Potsdamer Textbücher

PTB

Juan J. Linz

Totalitäre und autoritäre Regime

WeltTrends

Totalitäre und autoritäre Regime

Potsdamer Textbücher Band 4

2003

Juan José Linz

Totalitäre und autoritäre Regime

Herausgegeben von Raimund Krämer

Berliner Debatte
Wissenschaftsverlag

Potsdamer Textbücher *PTB*

Die Reihe wird herausgegeben von Erhard Crome,
Jochen Franzke und Raimund Krämer
im Auftrag des WeltTrends e.V. Potsdam.

Totalitäre und autoritäre Regime :
Juan J. Linz, Herausgegeben von Raimund Krämer. -
2., überarbeitete und ergänzte Auflage.
Berlin : Berliner Debatte Wiss.-Verl. ; 2003
(Reihe Potsdamer Textbücher ; 4)
ISBN 3-931703-88-6

PF 58 02 54, 10412 Berlin

Satz: Rico Janke
Druck: Books on Demand GmbH, Norderstedt
Auslieferung: Bugrim Berlin, Saalburgstraße 3, 12099 Berlin
Printed in Germany

ISBN 3-931703-88-6

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Es ist ein sehr zwiespältiges Gefühl, das mich angesichts der Veröffentlichung eines Textes überkommt, den ich vor mehr als 25 Jahren geschrieben habe. In dieser Zeit hat sich viel ereignet, sowohl politisch als auch intellektuell. Da liegt die Versuchung nahe, den ursprünglichen Text umzuschreiben, zu erweitern oder doch zumindest zu ergänzen. Leider habe ich dafür nicht die Zeit, aber vielleicht ist dies auch gut so. Die Arbeit an einem Buch über Föderalismus, Demokratie und Nation, das ich gegenwärtig mit Alfred Stepan schreibe, nimmt mich völlig in Anspruch. Zugleich denke ich, daß der Text in seiner ursprünglichen Form, also wie er 1973-74 in englischer Sprache geschrieben und 1975 publiziert worden war[1], dem deutschen Publikum zugänglich gemacht werden sollte. Nur eine Ergänzung erlaube ich mir, und zwar dieses Vorwort, „*The Potsdam Paper*", so der Arbeitstitel für dieses Vorwort in den letzten Monaten. Mit ihm möchte ich die Leser dieses Buches sowohl mit den näheren Umständen, die zu dieser Arbeit geführt haben, als auch mit den intellektuellen Debatten vertraut machen, die seit jener Zeit zu einzelnen Fragen dieser Thematik geführt wurden.[2] Von Lücken und Versäumnissen wird gesprochen, aber auch über Ideen und Pläne für künftige vergleichende Studien. Vor allem bietet dieses „Vorwort" dem Leser noch einmal einen Blick auf das gerade zu Ende gehende „kurze 20. Jahrhundert" und es versucht zugleich, den Blick auf das kommende, das 21. Jahrhundert zu werfen, dessen Konturen sich nun schemenhaft zeigen.

Das vorliegende Buch stellt, wenn man es metaphorisch ausdrückt, das Mittelstück eines Triptychons dar, das zwischen „*Breakdown of Democratic Regimes*" aus dem Jahre 1978 und dem mit Alfred Stepan geschriebenen Buch „*Problems of Democratic Transition and Consolidation*" aus dem Jahre 1996 steht. Der Umfang dieses Textes war - im Unterschied zu den beiden anderen Büchern - durch die Herausgeber des „Handbuches", Fred I. Greenstein und Nelson W. Polsby, begrenzt.[3] Diese drei Arbeiten umspannen in-

---

[1] Der vorliegende Text erschien unter dem Titel „Totalitarian and Authoritarian Regimes" im Jahre 1975 im „Handbook for Political Science", konkret im 3. Band „Macropolitical Theory". R.K.

[2] Ich möchte an dieser Stelle sehr herzlich Rocio de Terán für das kritische Lesen, Winnie Travers für das beständige Um- und Neuschreiben des Manuskriptes sowie Raimund Krämer für die sorgfältige Übersetzung und den ständigen Gedankenaustausch danken.

[3] Das „Handbuch" beschränkt sich auf die politische Dimension von Regimen und geht daher nur selten auf die sozialen und ökonomischen Strukturen, ebensowenig wie auf die religiösen Traditionen, ein. Ur-

haltlich jenen Zeitraum von 1914 bis 1989, den François Furet, Ernst Nolte und Eric Hobsbawm als das „verkürzte 20. Jahrhundert" bzw. „Zeitalter des Totalitarismus" bezeichneten. Das Buch *„Breakdown of Democratic Regimes"* und meine Schriften über den Faschismus können insofern inhaltlich als Teil dieses Textes angesehen werden, da sie sowohl den Zusammenbruch als auch das Überleben von Demokratien sowie die Etablierung nichtdemokratischer Regime diskutieren. Das „Dritte Buch", also jenes über die „demokratischen Übergänge", könnte wiederum gut und gerne das letzte Kapitel dieses Textes über totalitäre und autoritäre Regime sein, da es sich mit deren Krisen und Zusammenbruch sowie mit Übergängen zu Demokratien befaßt. Obwohl meine Texte über Faschismus (Linz 1976 und 1980) in den intellektuellen Debatten zu den Theorien zum Faschismus, speziell in Deutschland, nicht als eine Alternative autoritärer Herrschaft gesehen worden waren (Kraushaar 1997), hoffe ich dennoch, daß sie noch heute zum Verständnis einer der großen antidemokratischen Bewegungen dieses Jahrhunderts beitragen. Dabei betone ich faschistische *Bewegungen*, da ich ebenso wie de Felice, der italienische Historiker, zwischen Faschismus als Bewegung und als Regime unterscheide. Es gab viele Überlegungen, die Kategorie Totalitarismus durch die des Faschismus zu ersetzen, um das Nazi-Regime zu beschreiben und zu verstehen. Diese basierten vor allem auf mehr oder weniger gut ausgefeilten marxistischen Theorien. Zur gleichen Zeit wurden neue empirische und vergleichende Studien über faschistische Bewegungen, über deren Erfolge und auch Scheitern, über deren Führer, Mitglieder und die soziale Basis veröffentlicht. Diese Arbeiten sind zumeist aus einer nichtmarxistischen, oft streng historischen Perspektive geschrieben wurden.[4] Sicherlich könnten auch meine Arbeiten über den Faschismus dazu gerechnet werden. Da nur der italienische Faschismus und die Nazibewegung an die Macht gekommen waren - andere faschistische Bewegungen gingen unter oder wurden von nicht-faschistischen autoritären Regimen gestoppt, ja manchmal sogar zerstört - trugen die Forschungen zum Faschismus nicht sehr viel zur *vergleichen-*

sprünglich waren nur ein paar Seiten für mich vorgesehen, aber ich verhandelte unnachgiebig, um den Aufsatz erweitern zu können. Mein stärkstes Argument war damals, daß die Beiträge der anderen Autoren zu den insgesamt sechs Bänden kaum Fußnoten und noch weniger eine umfassende Debatte zu den Institutionen bzw. anderen Fragen von *nichtdemokratischen* Regimen enthielten. Man behandelte fast ausschließlich liberale Demokratien, und dies zu einer Zeit, als die Mehrheit der Weltbevölkerung unter nichtdemokratischen Regierungen lebte.

4 Hier sei auf Lacqueur 1976, Larsen, Hagtvet und Myklebust 1980, Griffin 1991 und das monumentale Werk von Stanley Payne 1995, das auch faschistische Regime bis zu ihrem Untergang beleuchtet, verwiesen.

den Untersuchung politischer Systeme bei. Eine Ausnahme waren sicherlich die Vergleiche zwischen der Nazidiktatur in Deutschland und dem italienischen Regime, da hierdurch die totalitären Charakteristika des ersteren gegenüber dem „gestoppten“ bzw. „gescheiterten“ Totalitarismus in Italien beleuchtet wurden. Konzeptionell lagen diese Untersuchungen nicht allzu weit von dem in diesem Buch entwickelten Ansatz entfernt. Es sind zwar einige neue Studien über nicht-faschistische autoritäre und sogar antifaschistische Regime hinzugekommen[5], aber jene Arbeiten, auf die sich meine damalige Analyse stützte, sind bis heute Standardwerke geblieben. Der sicherlich wichtigste Beitrag in der Debatte des „neuen Autoritarismus“ in Süd- und Mittelamerika kam mit dem Buch von David Collier, das unter anderem Aufsätze von Albert Hirschman und Fernando Henrique Cardoso enthält.

Der Zusammenbruch der Militärregime in Südamerika und in Griechenland hat auch zu neuen Überlegungen hinsichtlich der Rolle des Militärs in autoritären Regimen geführt. In diesem Kontext formulierte Alfred Stepan 1988 die Unterscheidung zwischen „hierarchischem“ und „nichthierarchischem Militär“. Während im ersten Fall das Militär als Organisation von der Spitze her die Macht übernimmt, werden im anderen Fall die führenden Militärs von unteren Dienstgraden, die nach der Macht greifen, abgelöst. So geschah es in Griechenland. Diese Unterscheidung wurde dann im Übergangsprozeß zu Demokratien, speziell bei deren Konsolidierung, außerordentlich wichtig (Linz/Stepan 1996).

Der Abschnitt zu sultanistischen Regimen ist in diesem Text ziemlich kurz ausgefallen. Gemeinsam mit Houchang Chehabi habe ich ihn in einer umfangreichen Einleitung zu einem Sammelband unter dem Titel „*Sultanistic Regimes*“ (1998) erweitert. Gerade diesen Regimetyp unterscheide ich in vielerlei Hinsicht ganz deutlich von den verschiedenen Varianten autoritärer Regime, was einigen Lesern meines Essays damals offensichtlich entging. Mark Thompson (1995) hat aus dieser Perspektive eine ausgezeichnete Monographie über das Marcos-Regime auf den Philippinen geschrieben. Während der Totalitarismus viele ernsthafte Krisen durchlief und es mittlerweile schwierig ist, irgendeinen Staat als rein totalitäres System zu bezeichnen, finden wir noch immer Regime in den verschiedenen Regionen der Welt, die starke sultanistische Tendenzen aufweisen.

---

[5] Siehe Ben-Ami (1983) über die Diktatur von Primo de Rivera in Spanien, von Lucena (1976) und Costa-Pinot (1995) über Portugal, von Özbudum (1995) über die Türkei, von Paxton (1972) über Vichy-Frankreich, Wynot (1974) zu Polen, Schmitter, Wiarda, Jowitt (1978) zu Rumänien, Lieven (1996) zu den baltischen Staaten und Liddle (1996) zu Indonesien und von Winckler (1999) zu China.

Als ich in den 70er Jahren über den Totalitarismus schrieb, stellte man in der Wissenschaft dieses Konzept sehr in Frage. Viele Autoren waren - aus mehr oder weniger guten Gründen - bereit, sich davon zu lösen. Zu den letzteren gehörte das Argument, zwischen diesem Konzept und der Polemik des Kalten Krieges bestehe eine enge Verflechtung. Dabei wurden die intellektuellen Wurzeln des Totalitarismus-Ansatzes, die deutlich *vor* dem Zweiten Weltkrieg liegen, weitestgehend ignoriert. Ein anderer Grund war sicherlich, daß man damit nicht zwischen dem sowjetischem und dem Nazi-Totalitarismus unterschied. Die Notwendigkeit einer solchen Unterscheidung zwischen diesen beiden Regimen habe ich niemals bezweifelt, und ich hoffe, daß ich auch in diesem Buch, das der Leser nunmehr in der Hand hält, dazu beigetragen habe. Zugleich hatte ich aber auch stets das Gefühl, daß ein einfacher Gegensatz zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Regimen das Besondere, das Markante des totalitären Phänomens eher verdunkelt.[6] Giovanni Sartori (1993) hat ebenfalls gegen eine solch vereinfachte Dichotomie polemisiert.

Ein weiterer, meines Erachtens legitimer Grund, sich vom Konzept des Totalitarismus zu verabschieden, bestand darin, daß dieser Ansatz ab den 70er Jahren nicht als ein adäquates Konzept für die Analyse der politischen Realität des sowjetischen Regimes jener Zeit galt. Zwar habe ich diesem Umstand in meinem Buch Aufmerksamkeit geschenkt, indem ich an die wachsende Literatur über die Wechsel und Veränderungen in kommunistischen Ländern, vor allem in der Sowjetunion, diskutierte. Aber ich formulierte nicht, wie ich es später getan habe, die besonderen Charakteristika von dessen, was ich später „posttotalitäre politische Systeme“ genannt habe.[7] Ich muß auch gestehen, daß ich nach all den Analysen nichtdemokratischer Regime gewissermaßen geistig ausgezehrt war und mich ja zugleich verpflichtet hatte, entsprechend dem Charakter eines Beitrages für ein „Handbuch“ den *State of the Art* der politikwissenschaftlichen Forschung zu dieser Thematik aufzuzeigen. Einige Autoren haben meinen Ansatz zu autoritären Regimen dann auf späte kommunistische Systeme angewandt, was zwar einige zusätzliche

---

6 Ich habe im Sammelband von Alfred Söllner (1997) einen Essay darüber geschrieben, wie ich zu dieser Unterscheidung zwischen Totalitarismus und Autoritarismus gekommen war. Ich habe dort beschrieben, wie schon in den 30er Jahren der Begriff Totalitarismus für beide, d.h. für Kommunismus und für Faschismus, von linksbürgerlichen Politikern verwandt wurde, und wie der konservative katalanische Politiker, Francesc Cambó, in seinem Tagebuch aus der Kriegszeit, das erst viele Jahre später veröffentlicht wurde, zwischen totalitären und autoritären Regimen unterschied.

7 Im Abschnitt 7 zu posttotalitären Regimen erfolgte in dieser Ausgabe die einzige Ergänzung des Originaltextes. RK

Einblicke brachte, jedoch meiner Meinung nach eher in die Irre führte.

Mit der Liberalisierung in Mittel- und Osteuropa entdeckten sowohl Wissenschaftler als auch politische Aktivisten dieser Länder die westliche Literatur über Totalitarismus neu (Rupnik 1984). Es kam zu einem eigenartigen Wiederaufleben des Totalitarismus-Ansatzes. Dieser wurde nun auf Systeme angewandt, die zu einer bestimmten Zeit zwar eindeutig totalitär waren, aber die - in meiner Sicht - nun als „posttotalitär" angesehen werden mußten (Linz/Stepan 1996, Thompson 1998). Während also im Westen einige Autoren das Totalitarismus-Konzept verwerfen wollten, da es durch den Kalten Krieg „politisch belastet" war, wobei sie positive Seiten des Kommunismus im Vergleich zu der absolut negativen Sicht auf den Faschismus, insbesondere auf die Nazidiktatur, hervorhoben, entdeckte man paradoxer-, aber wiederum auch verständlicherweise, in Mittel- und Osteuropa die Fruchtbarkeit des Totalitarismus-Ansatzes. Das galt natürlich besonders für jene, die sich den kommunistischen Regimen widersetzt hatten.[8] Auch jenen, die gegen autoritäre Regime, wie z.B. gegen das spanische, kämpften, schien eine Charakterisierung als „autoritär" zu beschwichtigend. Sie neigten daher mehr dazu, diese als „totalitär" zu bezeichnen. Da meine Unterscheidung von totalitären und autoritären Regimen anfänglich eine Reflexion meiner Erfahrungen mit dem Franco-Regime in Spanien war, speziell in der Zeit von Ende der 40er bis Anfang der 60er Jahre, wiesen einige meiner Kritiker auf den totalitären Charakter bzw. die totalitäre Tendenzen in der frühen Phase der Herrschaft Francos hin (Ramirez 1978). Manche verzichteten vielleicht deshalb nicht auf das Markenzeichen „totalitär", das ja vom Regime selbst in offiziellen Verlautbarungen geradezu überschwenglich benutzt wurde, weil sie dadurch eine größere moralische Legitimation in ihrem eigenen Widerstand fühlten. In gewissem Sinne ist diese Position das Gegenstück zur Auffassung jener, die den Totalitarismusansatz deshalb anzweifeln, weil er das Ergebnis des Kalten Krieges sei. Niemals würde ich die totalitären Ambitionen der *Falange* in Spanien bzw. die totalitären Tendenzen im Franco-Regime in jener Zeit, als die Achsenmächte in Europa dominierten, bezweifeln. Jedoch betone ich trotzdem das Erbe des begrenzten Pluralismus, das Franco seiner persönlichen Macht unterordnete und das die Herausbildung eines wirklichen totalitären Regimes verhinderte. Die ausgezeichnete Studie von Javier Tusell (1988) über Franco während des Bürgerkrieges zeigt die Quellen seiner Macht sehr deutlich. Diese machten ein echtes totalitäres Regime unwahrscheinlich - außer bei einem Sieg der Achsenmächte bzw. nach einer Ab-

[8] Wichtige Ausnahmen waren einige Autoren, die über Polen schrieben, so z.B. Djilas 1993, Staniszkis 1986.

lösung von Franco selbst.[9] Ich beziehe mich hier auch auf die von Stanley Payne 1987 verfaßte Geschichte der *Falange* während der Franco-Zeit, worin die komplexe Beziehung zwischen *Caudillo* und Partei ausgeleuchtet wird. Hinzu kommen Arbeiten über die Eliten des Regimes, die den begrenzten Pluralismus im Detail beschreiben.[10]

Mein Plädoyer für den Totalitarismus-Ansatz beruht darauf, daß es meines Erachtens intellektuell zwingend notwendig ist, eine bestimmte historische Form eines Regimes bzw. einer Gesellschaft, die nicht demokratisch ist, von anderen nichtdemokratischen Herrschaftsformen zu unterscheiden.[11] Es geht mir dabei nicht so sehr um die Unterscheidung zwischen Demokratie und Totalitarismus, die ich von Anfang an für selbstverständlich hielt. Auch Hannah Arendts Betonung des Terrors ist für mich nicht ausschlaggebend. Mein Ansatz konzentrierte sich auf eine bestimmte Form der Organisation des politischen Lebens. François Furet betonte Mitte der 90er Jahre nochmals, daß der Totalitarismus als ein besonderer Typ herauszustellen sei: „Der Bolschewismus unter Stalin und der Nationalsozialismus sind im 20. Jahrhundert die beiden prägnantesten Beispiele für totalitäre Regime. Sie sind nicht nur vergleichbar, sondern sie bilden eine Art politischer Kategorie, die seit Hannah Arendt Anwendung findet. Es handelt sich hierbei nicht um eine allgemein anerkannte Kategorie, doch mir ist keine andere Konzeption bekannt, die so treffend wäre für die Definition eines Regimes oder einer atomisierten Gesellschaft, die aus Individuen besteht, denen systematisch jegliche politische Einbeziehung vorenthalten wird und die der „totalen“ Herrschaft einer ideologischen Partei und ihres politischen Führers unterstehen. Da es sich um einen Idealtypus handelt, beinhaltet diese Vorstellung nicht, daß beide Staatsformen identisch

---

9 Manuel Azaña, Führer der bürgerlichen Linken und Präsident der spanischen Republik, schrieb 1937, also in der Zeit des Bürgerkrieges: „...wenn man vom Faschismus in Spanien spricht, so habe ich folgende Meinung: Da sind Faschisten und können auch so viele sein, wie man will – aber ein faschistisches Regime gibt es nicht. Wenn die Kräfte gegen die Republik siegreich sind, werden wir in eine militärische Diktatur traditionellen Typs mit starkem kirchlichen Einfluß zurückfallen, gleich welche Markenzeichen genutzt werden. Schwerter, Meßgewänder, Militärparaden und die Anbetung der Jungfrau von Pilar, das sind ihre Elemente, und da wird nichts anderes herauskommen.“ M. Azaña, Obras Completas, Vol. IV, Memorias Políticas y de Guerra, Mexico 1968, S. 813. Azaña hattte recht, der totalitäre Versuch scheiterte, obwohl der Faschismus mit zu einem anderen, im gewissem Sinne moderneren Charakter des autoritären Regimes führte.

10 Miguel Jerez 1982, Amando de Miguel 1975, Viver Pi-Sunyer 1978.

11 Dies habe ich in meinen Aufsätzen in Daalder (1997) und Söllner u.a. (1997) nochmals herausgearbeitet.

oder in jeder Beziehung vergleichbar wären; sie bedeutet auch nicht, daß die untersuchten gemeinsamen Merkmale ihre ganze Geschichte über gleichermaßen ausgeprägt gewesen wären. Hitler-Deutschland und das stalinistische Rußland sind zwei verschiedene Welten. Das nationalsozialistische Deutschland ist im Jahr 1937 weniger totalitär als 1942, während der stalinistische Terror seinen Höhepunkt eher vor und nach als während des Krieges erreicht. Dennoch ist den beiden Regimen, und dieses Merkmal kommt nur ihnen zu, die Zerstörung der staatlichen Ordnung durch die absolute Unterwerfung der Individuen unter ihre Ideologie und unter den Terror des Einparteienstaates gemeinsam. In beiden Fällen - und zwar nur in diesen beiden Fällen - hat die Mythologie der Einheit des Volkes innerhalb und durch den Einparteienstaat - unter Leitung eines unfehlbaren Führers - Millionen von Opfern gefordert und zu einem so großen Unheil geführt, daß die Geschichte beider Nationen, die der deutschen und die der russischen, derart zugrunde ging, daß ihr Fortbestehen beinahe unvorstellbar schien... Es ist richtig, daß die „totalitären" Gemeinsamkeiten der beiden Systeme die scheinbar offenkundige ideologische Gegensätzlichkeit widerlegen. Das nationalsozialistische Deutschland gehört zur Familie der faschistischen Regime, während das stalinistische Rußland der bolschewistischen Tradition entstammt. Hitler imitierte Mussolini, während Stalin Lenins Lehren folgte. Diese Einordnung ist ideengeschichtlich beziehungsweise intentional begründet, denn es lassen sich zwei revolutionäre Zielsetzungen erkennen: die eine beruht auf dem Besonderen, auf Nation und Rasse, die andere auf dem Universellen, wenn man davon ausgeht, daß die Befreiung der Arbeiterklasse derjenigen der gesamten Menschheit vorausgeht. Dieser klassische Gegensatz in der Begrifflichkeit beider Ideologien ist kein Hindernis dafür, daß die eine wie die andere geschlossene, der Geschichte der Menschheit immanente Interpretationssysteme begründet, aus der jede von ihnen eine Art Heilsversprechen angesichts des Elends des bürgerlichen Egoismus bezieht." (Furet 1996, S. 237f.)

Niemals habe ich bezweifelt, daß auch diese beiden Systeme systematisch verglichen werden müssen. Es geht dabei sowohl um die Gemeinsamkeiten innerhalb des Totalitarismus-Typus als auch um die spezifischen Unterschiede zwischen dem sowjetischen Regime und dem Nazi-Regime. Ebenso halte ich genaue Vergleiche kommunistischer Systeme, insbesondere in der Sowjetunion und in China, aber auch in Kuba, Nordkorea und in den mittel- und osteuropäischen Ländern, für dringend notwendig. Leider konnte ich damals den Vergleich der beiden Giganten aufgrund fehlender Vorarbeiten selbst nicht leisten. Ich habe aber in diesen Debatten betont, daß Polen bereits viele Jahre vor 1989 dem autoritären Regimetyp näher war als dem totalitären oder dem posttotalitären. Die Gren-

zen, die dem Terror auf Kuba gesetzt waren, beeinflußten wiederum meine Überlegungen, daß Totalitarismus nicht automatisch solchen Terror wie in der UdSSR erfordert, und das gleiche gilt sicherlich auch für die DDR.

Totalitarismus und Post-Totalitarismus

Im Falle der Sowjetunion und in gewissem Sinne auch der mittel- und osteuropäischen Länder führte das Infragestellen des ursprünglichen Totalitarismus-Modells und die Herausbildung posttotalitärer Regime dazu, daß dieses Modell von stärker soziologischen und ökonomischen Ansätzen abgelöst wurde. Nun wurden Modernisierungs- und Industrialisierungstheorien häufiger angewandt; man diskutierte die Veränderungen in Ausbildung und Arbeit, Sozialpolitik und den „Gesellschaftsvertrag“ zwischen den Herrschern und Beherrschten. Später rückten das Scheitern dieser Modelle wirtschaftlichen und sozialen Wandels, die Stagnation, Uneffektivität und sogar Korruption ins Zentrum der akademischen Beschäftigung. Zunächst wurde Stabilität auf den Erfolg der Modernisierung zurückgeführt. Später wurde dieses Stabilität durch Stagnation, fehlende Dynamik und Innovationsfähigkeit untergraben. Krisen und Zusammenbruch waren das Ergebnis (vgl. Müller 1997). Aus diesen Perspektiven verloren aber die politisch-institutionellen Strukturen an Bedeutung. Aber gerade diese blieben aus meiner Sicht zentral. Natürlich bin ich nicht der Meinung, daß die soziologischen und ökonomischen Ansätze nicht legitim (und im Großen und Ganzen auch empirisch korrekt) gewesen wären. Aber sie lieferten nicht den Schlüssel, um politische Stabilität bzw. politische Krisen zu verstehen. Totalitarismus war sowohl in Zeiten wirtschaftlicher Not als auch ökonomischer Erfolge stabil - und dies nicht allein wegen der Gewalt, obwohl diese natürlich ein wichtiger Faktor war. Posttotalitäre Regime überlebten trotz sich verstärkender Krisenzeichen. Viel gewichtiger für die Krisen, speziell in Mittel- und Osteuropa, waren meines Erachtens solche Faktoren wie die Geheimrede von Chruschtschow im Jahre 1956. Schließlich waren es die Veränderungen an der Spitze in der Sowjetunion, die dann den Regimewechsel bedingten. Diese hatte - mit erheblicher Verzögerung - eine politische Antwort formuliert, um Reformen einzuleiten. Aber es trat das ein, was bereits Tocqueville in seinem „*L'Ancien Régime et la Révolution*“ von 1856 geschrieben hatte: Wenn Reformen ernsthaft in Angriff genommen werden, verschärft sich die Krise noch mehr. Nichtbeabsichtigte Konsequenzen der Politik Gorbatschows führten letztlich zum Scheitern der Reformen (Brown 1996). Der Wechsel, der vielleicht durch soziale und wirtschaftliche Veränderungen vorbereitet oder gar beschleunigt wurde, war letztlich durch

Entscheidungen der politischen Führung ausgelöst worden. Diese Führung hatte schon lange vorher den Glauben in die totalitäre Utopie verloren und ebenso ihre Kapazität zur Mobilisierung; ja sie hatte gar keinen Willen mehr dazu, Gewalt bei den Herausforderungen an der Peripherie des Systems anzuwenden (Friedheim 1993). Ein solcher Verlust an Fähigkeit, Gewalt anzuwenden, paßt in das Analyseraster von Pareto, und den Verlust an Glauben kann man wiederum mit dem Weberschen Konzept von Legitimität erfassen.

In den Arbeiten, die ich zusammen mit Alfred Stepan zu den Übergängen von posttotalitären zu demokratischen Regimen verfaßt habe, war es uns wichtig, den Unterschied zwischen autoritären Regimen und jenen deutlich zu machen, bei denen es vorher totalitäre Phasen gab. Wir haben keine detaillierten Analysen des Übergangs von totalitären zu posttotalitären Regimen unternommen, obwohl wir schon auf die verschiedenen Entwicklungspfade und Stufen des Übergangs verwiesen haben. Hierfür sind gewiß soziologische Arbeiten über Veränderungen in diesen Gesellschaften nötig, sei es über die Strukturen der Wirtschaft, wie sie z.B. in der Novosibirsker Schule von Zaslavskaya herausgearbeitet wurden, oder über die Verwaltungsstrukturen, wie in den Arbeiten von Jerry Hough. Eine systematische vergleichende Analyse der Gesellschaften, Ökonomien und Politik der verschiedenen Länder in jener Zeit wäre ausgesprochen hilfreich. Das gilt auch für das Erbe des frühen Totalitarismus und des Posttotalitarismus in den „neuen" und „gescheiterten" Demokratien. Was wir auf jeden Fall aus den Analysen des Posttotalitarismus lernen können, besteht mit den Worten von Klaus Müller, der über Neototalitarismus geschrieben hat, in „der Betonung von Herrschaft und ihren spezifischen Irrationalitäten, also von Variablen, die seitens der *Mainstream*-Soziologie vernachlässigt wurden und die heute - nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion - nun von den liberalen Optimisten in ihren Reformprogrammen vergessen werden." (Müller 1997)

War das faschistische Italien totalitär?

Ich war stets zurückhaltend, wenn es darum ging, den italienischen Faschismus als totalitär zu charakterisieren, auch wenn dieser Begriff ursprünglich gerade von dessen Gegnern entwickelt und später von den Faschisten selbst übernommen worden war (Petersen 1996). Deshalb schrieb ich lieber von einem „gebremsten Totalitarismus" (*„arrested totalitarism"*), um einerseits die recht klare (totalitäre) Orientierung und Konzeption des italienischen Faschismus, aber andererseits auch die Hindernisse anzudeuten, die die italienische Gesellschaft mit Monarchie, Armee und Kirche diesem Anspruch in den Weg legte. Ich bin nicht deshalb zu dieser Einschät-

zung gekommen, weil ich etwa - wie Hannah Arendt - den begrenzten Terror und die geringe Zahl der Opfer, speziell nach der Machtübernahme, zum Kriterium genommen habe. Terror sehe ich nicht als ein bestimmendes Element des Totalitarismus an. Jedoch können neuere italienische Arbeiten, in denen sowohl die Schwäche der Institutionen, die offenbar die Partei kaum behinderten, als auch die persönliche Macht Mussolinis herausgestellt werden, fast zu einer veränderten Sicht des Regimes führen, d.h. es eher als ein totalitäres einzuordnen. Jenes Mussolini-Zitat, das ich auf Seite 137 anführe, ist vielleicht eher als eine Entschuldigung für das letztliche Scheitern denn als eine Beschreibung der Umstände zu deuten, unter denen sich das Regime über Jahre entwickelte. Wie Emilio Gentile 1986 die Position des großen Historikers de Felice zusammenfaßte, war der italienische Faschismus „niemals vollständig totalitär, weil er weder Massenterror praktizierte noch das System der Konzentrationslager einführte; weil er nicht die Überlegenheit der Partei über den Staat, sondern eher die ‘Depolitisierung’ der PNF und deren Unterordnung unter den Staat und den *Duce* durchsetzte und schließlich weil er nicht auf die völlige Ablösung des Rechtsstaates durch den Polizeistaat orientierte. Insgesamt sollte deshalb das faschistische System als ‘unvollkommener Totalitarismus’ (*imperfect totalitarism*) bezeichnet werden.“ Jedoch schreibt Gentile weiter, daß „eine faschistische Konzeption von Totalitarismus vorhanden war, und dies kann nicht übersehen werden. Wenn wir dem Faschismus eine totalitäre Tendenz zugestehen, die ihn von den traditionellen autoritären Regimen unterscheidet, dann haben wir auch zu analysieren, wo die Tendenz herkommt, wie sie sich in der politischen Realität ausformte und wie sie die Lebensbedingungen von Millionen von Männern und Frauen bedingte. Das Scheitern des faschistischen Totalitarismus ist nicht Beweis dafür, daß es ihn nicht gab. Die Kluft zwischen Mythos und Erreichtem kann nicht als Argument gegen den Mythos in der Politik des Faschismus, in seiner Konzeption und seiner Organisation, dienen. ... Eine genaue Klassifikation hinsichtlich der einen oder der anderen Kategorie ist konsequenterweise nicht möglich. Wenn der Begriff des ‘autoritären Faschismus’ die Phase des Aufbaus des Regimes beschreibt, so war es ‘totalitärer Faschismus’, der die Entwicklung, d.h. Ziele und Dynamik, in der zweiten Dekade bestimmte.“ (Gentile 1986)

Andere nichtdemokratische Regime - wo sind sie einzuordnen?

Das Beispiel Japan

In meinen Arbeiten habe ich keine umfassende komparative Analyse aller nichtdemokratischen Regime angestrebt. Zum einen, weil es an soliden Monographien fehlte, und zum anderen, weil in einigen Fällen, so z.B. Mexiko, die Befunde zu komplex waren und keine entsprechende Konzeptionalisierung möglich war. Mittlerweile ist es leichter, sowohl Japan als auch Kuba stärker mit einzubeziehen.

Das politische System Japans zwischen dem Zusammenbruch der Parteiendemokratie und der Nachkriegsdemokratisierung unter alliierter Kontrolle war nicht Thema meiner Analysen. Die damaligen Debatten, die mehr oder weniger aus marxistischer Perspektive geführt wurden, drehten sich um die nähere Bestimmung des „faschistischen Regimes“: war es ein militärischer oder ein imperialer Faschismus? Dieser Ansatz scheiterte, denn es hatte weder eine faschistische Bewegung noch eine faschistische Machtübernahme gegeben. Von der faschistischen Ideologie wurden nur einige Elemente übernommen. Die Anerkennung und Verpflichtung gegenüber der kaiserlichen Legitimität, was auch die Meiji-Verfassung mit einschloß, begrenzte das etwaige Aufsteigen eines wirklichen Faschismus. Und trotzdem hatte, wie Kasza (1995, 1999) betont, der faschistische *Zeitgeist* erheblichen Einfluß auf die Politik der militär-bürokratischen Eliten, die zwischen 1937 und 1945 herrschten. Ja, selbst eine gewisse Mobilisierung wurde erreicht. Kasza beschreibt diese autoritäre Rechte als „*Kakushin*“ oder „revisionistische Rechte“ und betont die Ähnlichkeiten mit autoritären Mobilisierungsregimen in anderen Ländern, sowohl rechter als auch linker Provenienz. Er benutzt dann auch diesen Begriff, um diese Systeme als *Kakushin*-Regime zu charakterisieren. Sein Überblick über die Literatur zur japanischen Politik in den 30er Jahren macht noch einmal deutlich, wie wichtig es ist, zwischen „totalitär“ und „autoritär“ zu unterscheiden, und er zeigt auch, wie bedeutsam der „faschistische *Zeitgeist*“ bzw. das faschistische Modell in jener Zeit waren. Aber er warnt vor der Gefahr, den Begriff „faschistisch“ zu überstrapazieren und auf alle nichtdemokratischen und zugleich nichtkommunistischen Regime anzuwenden.

Kuba: Von demokratischen Hoffnungen über Totalitarismus zu frühem Posttotalitarismus

Obwohl dieser Text geschrieben wurde, als Fidel Castro bereits seine Macht gefestigt hatte, habe ich - abgesehen von einer langen Fußnote - dieses System nicht näher behandelt. Vielleicht war ich als Person zu nah am Geschehen und neigte deshalb eher zu Polemik. Die Mehrzahl der damaligen Arbeiten über Kuba konzentrierte sich auf die Revolution, speziell auf ihre utopischen Elemente, auf die sozialen Ergebnisse, auf die Hoffnungen, die mit dem Bruch der Abhängigkeit von den USA verknüpft waren, vor allem was wirtschaftliche Unabhängigkeit und auch Industrialisierung betraf. Später wurde die Feindschaft zum US-Imperialismus stärker thematisiert. Interessant dabei war, daß im weiteren Verlauf zwar einige Autoren sehr wohl enttäuscht waren, was die erhoffte Demokratie betraf. Jedoch wurde dies immer noch mit positiven sozialen Veränderungen, breiter Unterstützung durch die Massen und deren Mobilisierung kompensiert. Die massive Auswanderung - zirka 12% der Bevölkerung verließen das Land und gingen vor allem in die USA und nach Spanien - begrenzte sicherlich das Ausmaß der Repression. Jedoch dokumentieren jüngere Arbeiten (Fontaine 1997) sehr wohl den Umfang des staatlichen Terrors und dessen Ähnlichkeiten mit dem sowjetischen Modell, so z.B. die sehr harten Strafen für ehemalige Revolutionäre. Der Widerwille gegen das Konzept des Totalitarismus hatte natürlich zur Folge, daß es in diesem Falle gar nicht angewandt wurde - obwohl meines Erachtens die Grundelemente vorhanden waren, wenngleich einige davon eher abgeleitet. Das zweifellos weiterbestehende Charisma Fidel Castros und dessen Anlehnung an die *Caudillo*-Tradition sind kein Grund, die Institutionalisierung des Regimes in den 70er Jahren nicht als totalitär zu charakterisieren. Die Frage ist heute, in welchen Ausmaß Charisma und nationalistische Appelle noch die Grundlage für eine Entwicklung sind, die man als posttotalitär bezeichnen könnte. Das Überleben des Regimes nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in der UdSSR sowie in Mittel- und Osteuropa, der Castros Herrschaft gestützt hatte, wirft natürlich die Frage auf, ob ein Übergang zur Demokratie in Kuba stattfinden wird, und wenn ja, wann und wie. Dabei betonen die Artikel zu dieser Thematik die Herausbildung kapitalistischer Enklaven, speziell im Tourismusbereich, die größere Toleranz gegenüber privaten wirtschaftlichen Aktivitäten, die „Dollarisierung" der Gesellschaft, die teilweise Duldung von Dissidenten und den neuen *modus vivendi* mit der katholischen Kirche nach Jahren des Konfliktes. Mancher spekuliert auch über die Haltung der Militärs. Heute stehen in der Literatur über Kuba der Charakter des Regimes und die Potentiale für eine Transformation

im Mittelpunkt des Interesses.[12] Kuba stellt in gewissem Sinne den gesamten Zyklus dar: von der revolutionären Übernahme und Abdankung eines sultanistischen Diktators, über eine provisorische Regierung - von der einige erhofften, sie bringe Demokratie-, zur Konsolidierung eines Regimes, das voll in den totalitären Typus paßt, und schließlich zu einem posttotalitären Regime mit sozialem Niedergang und teilweiser und recht zögerlicher Liberalisierung (Perez-Stable 1999). Einige interessante Analyse-Ansätze charakterisieren nun diese Phase als charismatischen Posttotalitarismus, Caudillo-Posttotalitarismus oder „spätsozialistisches Caudillo-Regime" (Krämer 1993). Bemerkenswert ist dabei auch, daß die gegenwärtige Phase sehr stark in komparativer Perspektive diskutiert wird, während dies bei der Machtübernahme Castros und während der totalitären Phase kaum erfolgte.

Ein Wort zur traditionellen Autorität

Als ich dieses Buch schrieb, gab es ein Land, das vor allem als Beispiel für eine traditionelle Monarchie stand - Äthiopien. Und dies trotz der italienischen Kolonialherrschaft nach 1935. Die nichtdemokratische Herrschaft des Kaisers wurde später von Militärs gestürzt; dem folgte ein kommunistisch orientiertes Regime und schließlich löste sich gar der Staat auf. Wir sollten aber heute nicht vergessen, daß es immer noch einige Regime gibt, deren Herrschaft auf der traditionellen Autorität beruht. Dazu zählen Saudi Arabien und andere Golfstaaten; einige davon - wie Kuwait - mit oligarchischen demokratischen Institutionen. Aber auch Marokko, wo vielleicht jetzt eine Demokratisierung beginnt, Nepal, wo es immer wieder zu Liberalisierung und Demokratisierung gekommen ist, und Bhutan gehören ebenfalls dazu. Ohne daß ich hier ins Detail gehen kann, ist es mir wichtig zu betonen, daß die Legitimität dieser nichtdemokratischen Herrschaftsformen die traditionelle ist. Dies gilt für die Bevölkerung und einen Teil der Eliten. Daher sollte dieser Typ nicht mit modernen autoritären Regimen verwechselt werden, wie es bei einigen Autoren vorkommt, die autoritäre oder sultanistische Regime in Süd- und Mittelamerika als traditionell bezeichnen. Sogar Franco-Spanien und das Portugal von Salazar wurden von einigen so eingruppiert! Eine solche Interpretation halte ich für völlig falsch, da die Grundlage für die Legitimierung dieser Regime nicht traditionell-dynastisch war und ist.

---

[12] Mujal-Leon/Saavedra 1977, Centeno/Font 1996, Krämer 1993, 1995, 1998, Dominguez 1997, Dominguez 1998.

Überblicksdarstellungen in den letzten Jahrzehnten

In den 25 Jahren, die seit Erscheinen dieses Textes vergangen sind, wurde viel über nichtdemokratische Regime in der Welt geschrieben. Es wäre mehr als unsinnig, wollte ich nun all dies hier zusammenfassen - obwohl das jüngste Handbuch der Politikwissenschaft dieser Thematik keine besondere Aufmerksamkeit schenkt. Der von Madelaine Grawitz und Jean Leca 1985 herausgegebene *Traité de Science Politique* enthält im Band 2 eine Reihe von Aufsätzen, die als *updating* meines Textes nach 10 Jahren gelesen werden können.[13] Für die britische Politikwissenschaft hat dies in gewissem Sinne der neueste Aufsatz von Archie Brown (1999) geleistet. Es ist nicht möglich, hier auf die große Zahl von Artikeln zur Nazi-Herrschaft einzugehen, unter denen viele vorzügliche akademische Arbeiten zu finden sind. Es sei hier nur auf den von Bracher, Funke und Jacobsen im Jahre 1983 herausgegebenen Sammelband verwiesen, der auch eine sehr interessante Bibliographie enthält. Jüngeren Datums ist der Sammelband von Eckhard Jesse aus dem Jahre 1996, der Aufsätze zum Totalitarismus aus verschiedenen Perspektiven anbietet.

Mit dem Öffnen der sowjetischen Archive können wir sicherlich eine Fortsetzung der historischen Monographien und beschreibenden Länderstudien erwarten. Das könnte z.B. zum besseren Verständnis der verschiedenen Phasen des sowjetischen Totalitarismus, wie z.B. der von 1917 bis zur stalinistischen Machtübernahme, beitragen. Wir könnten genauer die Bedeutung der Reformen von Chruschtschow verstehen: Können sie als Liberalisierung oder eher als Wiederbelebung eines Totalitarismus ohne Terror gedeutet werden? Dann die Jahre der „Enttotalisierung" unter Breschnew, dies mehr aus Versäumnis denn aus Absicht (Bialer 1980). Und schließlich werden wir Genaueres über die Reformen von Gorbatschow erfahren, die zum Zusammenbruch der Sowjetunion und zur Demokratisierung führten.

Obwohl die italienischen Archive bereits seit Jahrzehnten offen sind, haben die Politikwissenschaften bisher wenig systematisches Wissen beigetragen, um aus theoretischer Perspektive zu verstehen, warum dieser Totalitarismus trotz der Bemühungen vieler Faschisten letztlich „gebremst" wurde. Was wir aber in Italien finden, sind hervorragende historische Arbeiten, wie z.B. das monumentale Werk von Renzo de Felice (1986, 1989, 1996) und die interessanten Schriften von Emilio Gentile, speziell zu den ideologischen Wurzeln des

[13] Dazu gehören die exzellenten Aufsätze von L. Ferry und E. Pisier-Koucher, P. Ansert, K. D. Bracher, H. Carrére d´Encausse, J. L. Domenach über Totalitarismus und von G. Hermet zu Autoritarismus.

Regimes (1975). Ähnliches gilt für das Franco-Regime. Dazu gibt es ebenfalls hervorragende historische Arbeiten über die Wurzeln des „begrenzten Pluralismus" und über die Eliten. Im Falle von Portugal sei auf die Arbeit von Antonio Costa Pinto verwiesen, der das Salazar-Regime in einen breiteren Zusammenhang stellt, indem er kleinere faschistische Bewegungen und deren Schicksal unter autoritären Systemen im damaligen Europa analysiert. Von Manuel de Lucena gibt es eine ausgezeichnete Studie über den portugiesischen Korporatismus. Ich denke, daß noch erhebliche Arbeit zu den nichtdemokratischen Regimen in Süd- und Mittelamerika geleistet werden muß, die über die jetzige Konzentration auf die „Transition" hinausgeht. Dies gilt sowohl für Historiker als auch für Sozialwissenschaftler.

Mittlerweile können wir die Übergänge zu nichtgefestigten Demokratien bzw. die gescheiterten Demokratisierungsprozesse und das Scheitern der Hoffnungen auf Demokratisierung autoritärer Regime in der 3. Welt beobachten. Damit sind neue Bedingen für eine solide komparatistische Analyse von nichtdemokratischen Regimen gegeben. Wir haben heute nicht nur eine größere Übereinstimmung, was als Demokratie in ihren unterschiedlichsten Variationen bezeichnet werden kann. Wir haben heute auch eine größere Spannbreite an nichtdemokratischen Regimen, die wir vergleichend untersuchen können. Die meisten Autoren haben in der Zwischenzeit ohne einen theoretischen Rahmen für den Vergleich gearbeitet und manchmal, das muß ich einräumen, gelang dies außerordentlich gut. Sie hofften, dadurch den Polemiken zu entgehen, die sich über Jahre um die Grundkonzepte entsponnen hatten. Sie konzentrierten sich auf ein Land bzw. auf ein spezielles Problem, wie Entwicklung und Abhängigkeit *(dependencia)*. Dies war besonders bei Studien über Süd- und Mittelamerika sowie Südostasien deutlich zu beobachten. Man konzentrierte sich dabei entweder auf die Bedingungen, die zu autoritären Regimen führen, oder auf deren vermeintliches Handeln im Interesse des Kapitalismus bzw. wirtschaftlicher Entwicklung in nichtwestlichen Ländern. Leider trugen diese Arbeiten aber wenig dazu bei, um deren Institutionalisierung und deren Funktionieren zu verstehen und um sie als Herrschaftstyp zu charakterisieren.

Beim Auflisten all dessen, was nicht getan wurde und was noch getan werden müßte, kommt der verlockende Gedanke, eine neue systematisch angelegte vergleichende Arbeit zu schreiben. Diese würde dann gewiß um ein Vielfaches den Umfang dieses Buches überschreiten; sicherlich ein monumentales Unternehmen, das ich - wenn ich denn jünger wäre - auch beginnen würde.

Einige Gedanken über die Ursprünge des Totalitarismus

Die Leser meiner Arbeiten, aber auch der meisten Beiträge, die ich zusammen mit Alfred Stepan (z.B. „*Breakdown of Democracy*") veröffentlicht habe, werden bemerken, daß wir die Fähigkeiten und Kapazitäten antidemokratischer Führer und die Erfolge antidemokratischer Massenbewegungen keineswegs überschätzen. Es ist das Scheitern demokratischen Regierens, das im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit steht; sowohl die Unfähigkeit, eine liberale Demokratie gegenüber ihren Opponenten zu verteidigen, als auch die geringe Loyalität gegenüber demokratischen Regierungen. Aus dieser Perspektive waren die Machtübernahmen durch Mussolini (Lyttelton 1987) und Hitler nicht zwangsläufig. Das gilt wahrscheinlich auch für die Oktoberrevolution und die Machtergreifung durch Lenin.

Totalitarismus war nicht das unvermeidliche Ergebnis der europäischen Krise nach dem Ersten Weltkrieg und auch nicht der Wirtschaftskrise am Ende der 20er Jahre. Er war eines der möglichen Ergebnisse der Moderne - so wie auch Demokratie ein solches Resultat ist. Auf den Sieg des Kommunismus in Rußland und die „kommunistische Gefahr" in Europa gab es verschiedene Antworten - einige demokratische und einige autoritäre. Aber es gab - *Pace Nolte* - keine Unvermeidlichkeit des Kampfes zwischen Faschismus und Kommunismus!

Ein hilfreiches Korrektiv für jeglichen Determinismus bei der Betrachtung des 20. Jahrhunderts findet man bei Henry A. Turner, der eine „Gegengeschichte" auf der Annahme entwickelt, Hitler wäre im Sommer 1930 bei einem Autounfall ums Leben gekommen (Turner 1989). Dieser brillante Text gibt uns eine Menge Stoff zum Nachdenken. „Und wenn es passiert wäre", so hätte ich sicherlich vieles in dem vorliegenden Buch nicht geschrieben. Gewiß aber wäre die Frage nach der Entwicklung des Totalitarismus in der Sowjetunion und in anderen kommunistischen Ländern geblieben. Wahrscheinlich wäre es in vielen Ländern Europas, Süd- und Mittelamerikas und in Japan nicht zu einer so frühen Festigung der Demokratie gekommen, sondern diese wären - entsprechend ihren eigenen Realitäten - wohl eher einen autoritären Weg gegangen.

Das kurze Jahrhundert des Totalitarismus

Die Geschichte der politischen Katastrophen des „kurzen 20. Jahrhunderts" beginnt im Jahre 1914, mit dem Ersten Weltkrieg und seinen Nachwirkungen. Die alte bürgerliche Ordnung wurde vom Kanonendonner im August 1914 erschüttert. Darauf verweisen zu-

recht Eric Hobsbawm (1996), François Furet (1996), Ernst Nolte (1987) und Karl Bracher (1982). Ohne den Weltkrieg wäre es nicht zur Spaltung in der sozialistischen Bewegung zwischen *Bolschewiki* und Sozialdemokraten gekommen. In Italien wäre es nicht zum Aufschwung des Nationalismus, zu Mussolini und dem Faschismus und in Deutschland nicht zur radikalen Linken und den Erfolgen der Nazis gekommen. Die intellektuellen Wurzeln dieser Bewegungen, die die Weimarer Demokratie zerstörten, lagen in den verschiedenen ideologischen Antworten auf den Krieg und seine Folgen.[14] Neben respektablen Intellektuellen, wie Mommsen 1998 betont, beförderte der Weltkrieg auch eine starke nationalistische, oftmals chauvinistische und militaristische Reaktion, die heute schwer zu begreifen ist. Mit Massenschlachten, revolutionären Kämpfen und der Vertreibung von Millionen machten der Weltkrieg und seine Folgen die Menschen weniger sensibel für Gewalt und Schrecken. Das ist ein Moment, auf das Eric Hobsbawm sehr eindrucksvoll aufmerksam macht. Dieses „Erbe“ wurde von den großen antidemokratischen Bewegungen, die in diesem Buch behandelt werden, artikuliert und auch instrumentalisiert. Im Umfeld des Krieges und der folgenden Jahre fanden die intellektuellen Samenkörner des revolutionären Marxismus, der irrationalistischen Philosophie, des Sozialdarwinismus und des Rassismus einen fruchtbaren Boden, und aus ihnen wuchsen bald neue vergiftete Früchte.[15] Auch die altersmäßige Zusammensetzung der Gründer bzw. Führungen der faschistischen und kommunistischen Parteien, wie der NSDAP und der KPD, spiegelt die Bedeutung des Ersten Weltkrieges als *der* politischen Erfahrung wider. Hier ist der Unterschied zu den älteren Führungskräften bei den Christdemokraten und auch bei den Sozialdemokraten ganz offensichtlich.[16]

Wenn man Furet und andere Autoren liest, die über die intellektuellen und kulturellen Strömungen jener Zeit schreiben, so bekommt man einen recht guten Eindruck, warum so viele hervorragende Köpfe, wenn auch nicht immer für lange Zeit, vom Totalitarismus geradezu verführt wurden. Es gibt zwar keine Arbeiten zur intellektuellen Attraktivität des Faschismus, die dem voll entsprechen würden, jedoch sei auf den Literaturbericht von Hamilton (1971) und auf die Schriften von Heidegger, Schmitt, Benn und Gentile verwiesen. Wäre den faschistischen Regimen der gleiche Erfolg be-

---

[14] Darauf verweisen u.a. Bracher, Mosse (1964, 1978), Gentile (1975), Sternhell (1978) und Furet (1996).

[15] Sicherlich hätte eine umfassendere Beschäftigung mit diesem Thema bedeutet, diese geistigen Quellen stärker miteinzubeziehen; die angegebenen Quellen in den Fußnoten können aber vielleicht diesen Mangel etwas ausgleichen.

[16] Vgl. dazu Linz 1978, S. 43-47, speziell Tabelle 1.

schieden gewesen, wenn sie nicht in dem Maße Intellektuelle angesprochen hätten? Möglicherweise ja, wenn man bedenkt, wie diese Regime den einfachen Mann auf der Straße und dessen Wunsch nach Sicherheit ansprachen, und wenn man die Angst berücksichtigt, die mit dem Terror geschaffen wurde. Und nicht zu vergessen ist die Fähigkeit dieser Regime, mittels der Partei die Massen zu mobilisieren, und sei es nur durch damit verbundene Vergünstigungen oder Abhängigkeiten. Im Rahmen meiner Arbeit war es vielleicht nicht möglich, gerade die Bedeutung dieser „demokratisch-partizipatorischen“ Dimension entsprechend herauszustellen.

Nolte hat richtigerweise die Angst vor der Revolution in Europa betont (Nolte 1987). Der Haß auf die erfolglosen, aber blutigen revolutionären Aufstände, die verbreitete revolutionäre Rhetorik in der sozialistischen Bewegung, die Aktivitäten kommunistischer Emissäre, die Konflikte an der Grenze mit der Sowjetunion, speziell im Baltikum - dies alles führte zu reaktionären Gefühlen und Stimmungen, besonders bei den Milizen und Offizieren, die an der Niederschlagung der Aufstände und den anschließenden Verfolgungen beteiligt waren. Und diese Stimmung wandte sich dann letztlich auch gegen demokratische Regierungen, die die Revolution gestoppt hatten. Paradoxerweise waren in Italien die Faschisten nach der Niederschlagung der Fabrikbesetzungen in der Lage, genau diese Stimmungen in den Auseinandersetzungen in der Po-Ebene zu mobilisieren. Antikommunismus und antirevolutionäre Gefühle und Haltungen waren eine wesentliche Komponente der antidemokratischen Welle, die zu jener Zeit über Europa schwappte; jedoch waren es nicht immer Faschisten, die oben schwammen. Faschismus und Nazismus waren sicherlich die Nutznießer dieser Ablehnung des Kommunismus - aber Antikommunismus war meines Erachtens nicht die einzige, oftmals nicht einmal die wichtigste ideologische Grundlage des Faschismus. Nazismus war nicht einfach Antikommunismus. Hitlers Rassismus ist vielleicht mit dem Hinweis auf die führende Rolle von Juden in revolutionären Bewegungen etwas verstärkt, vielleicht auch legitimiert worden. Jedoch hatte dieser Rassismus tiefere intellektuelle und kulturelle Wurzeln, die vor dem 1. Weltkrieg liegen. Faschismus war ein komplexeres Phänomen, eine umfassendere Bewegung, als daß sie allein mit Antikommunismus erfaßt werden könnte. Wer Gentile (1975) liest, der erfährt, daß die antiliberalen, antibürgerlichen, ja sogar antiklerikalen Elemente, ebenso wie der Stil des italienischen Faschismus keine Antwort auf den Kommunismus oder das Ergebnis des „Lernens“ vom sowjetischen Experiment waren, wie dies Nolte in seiner wohl akademisch soliden, aber doch einseitigen Analyse meint. Wir neigen auch dazu, die lange wissenschaftliche, besser pseudowissenschaftliche Ahnenreihe, die das rassistische Denken hat, zu vergessen: Gobineau, Vacher de Laponge und Houston Stewart Chamberlain, sowie die

sich mit dem „edlen und wohlgeborenen Leben“ beschäftigende eugenische Bewegung.

Auch wenn Antisemitismus und Holocaust bei der Analyse der Nazi-Ideologie eine besondere, ja zentrale Stellung haben, sollte jedoch nicht vergessen werden, daß diese doch besser als Teil einer breiteren rassistischen Ideologie, als ein „voll ausgereiftes Gedankensystem, als eine Ideologie wie Konservatismus oder Liberalismus“ (Mosse 1985, IX) gesehen werden sollten. Diesen Rassismus findet man sowohl im Massenmord an den Roma und Sinti als auch in der Sterilisation von deutschen Kindern, die von schwarzen Soldaten des Ersten Weltkrieges stammten. Das sozial-darwinistische und eugenische Gedankengut ist Bestandteil des wissenschaftlichen Denkens und hatte weit über die Grenzen Deutschlands hinaus Anhänger, auch in der demokratischen Linken, gefunden. Obwohl der Nazismus, wie andere faschistische Bewegungen auch, grundsätzlich nationalistisch - also mehr „partikularistisch“ denn „universalistisch“ (Furet) - war, so war doch sein Rassismus in gewissem Sinne „universalistisch“, indem die Nation und ihre Bürger einem rassisch-biologischen Mythos geopfert wurden. Die rassistisch-eugenische Utopie, so Mosse, war vom Nationalismus verschieden (Mosse 1983).

Wir sollten auch nicht die „Bürgerkriegs“-Atmosphäre vergessen, die zur Krise der Demokratie und zur Attraktivität faschistischer, speziell nazistischer Ideen, beitrug. Diese Atmosphäre war durch Klassenkampf-Rhetorik, sinnlose Gewalt von KPD-Aktivisten, das Anwachsen der kommunistischen Parteien und eine zwiespältige Haltung zur Demokratie in einigen Sektoren der sozialistischen Bewegung entstanden. Antikommunismus konnte zu autoritären Regimen, zu Repression führen, und so geschah es auch. Aber er hatte nicht automatisch totalitäre Systeme mit ihren sozialen Umwälzungen zur Folge. Ja, einige Demokratien, z.T. mit Sozialisten in der Regierung, waren in der Lage, sich sowohl dem Faschismus als auch dem Kommunismus zu widersetzen. Die totalitären Ambitionen des Faschismus, die totalitäre Dimension des italienischen Faschismus können nicht einfach als antikommunistische Antwort verstanden werden. Weder ist die totalitäre Herrschaft Hitlers ohne Verweis auf weitere faschistische Elemente zu verstehen, noch das italienische Modell mit seinem von den Nazis sehr verschiedenen Antisemitismus. Tatsächlich ist der Rassismus über den für die faschistischen Bewegungen charakteristischen Nationalismus hinausgegangen.[17]

---

[17] In diesem Kontext ist es interessant, daß neofaschistische Gruppen und rechte Skinheads in ihrer Gewalt gegen Fremde heute eher auf die Nazi-Symbolik als auf die nationalen faschistischen Traditionen zurückgreifen.

Die totalitäre Versuchung

Wenn man einen solchen Text aus der Perspektive des Jahres 2000 schreibt und den Blick zurück auf das 20. Jahrhundert mit all seinen Schrecken und seiner Unmenschlichkeit wirft, so fallen zugleich der Enthusiasmus und jene gewaltigen idealistischen Hoffnungen und Bekenntnisse ins Auge, die von Kommunismus und Faschismus, den Nazismus eingeschlossen, hervorgerufen worden waren. Bis zu einem gewissen Grade gilt das auch für den Antikommunismus und den Antifaschismus. Dagegen standen die deutlich geringere Attraktivität der Demokratie in der ersten Hälfte und - trotz der Erfolge - die geringen Hoffnungen und Erwartungen, die mit ihr im letzten Viertel dieses Jahrhunderts verknüpft wurden. Hinzu kommen die schnelle Enttäuschung und der *desencanto*, die Entzauberung, der Demokratie. Die Anziehungskraft des Totalitarismus steht in scharfem Kontrast zur passiven Akzeptanz autoritärer Regime und zur Apathie, zum Opportunismus und zum Zynismus in sultanistischen Regimen. Die Fähigkeit des Totalitarismus zur *Verführung* und *Versuchung* wird heute allein durch sein trauriges Erbe ausgeglichen. Ich denke, daß wir durch die stärkere Beachtung gerade dieser ideologischen Dimension, dies auch durch Filme, Wochenschauen und literarische Arbeiten, die geistigen Grundlagen jener politischen Institutionen erfassen können, die im vorliegenden Text behandelt werden.

Nationale Kulturen und Autoritarismus

Eine Problematik, die ich ebenfalls nicht umfassend behandelt habe, ist die Fragestellung, inwieweit der Totalitarismus das Resultat einzigartiger historischer Entwicklungen ist. Das war eine recht gängige Erklärung in der Zeit des Zweiten Weltkrieges, speziell unter Politikern. In einer Art Völkerpsychologie verwiesen einige Historiker und Psychologen auf den deutschen *Sonderweg* und betonten sowohl das preußische Erbe als auch Luthers politisches und ethisches Denken. Ich habe mich bei solchen Interpretationen niemals wohlgefühlt, und die Entwicklung der deutschen Demokratie nach dem Krieg hat mich in meiner Skepsis gegenüber solchen Interpretationen bestätigt. Es gab ähnliche Erklärungsansätze, um den Leninismus bzw. den Stalinismus zu erklären (Arnason 1993). Der Historiker Richard Pipes hat dahingehend argumentiert, daß der sowjetische Totalitarismus aus der politischen Kultur heraus erklärt werden müsse, „die sich auf sozialistische Ideen zurückzog, um die totalitäre Praxis zu rechtfertigen." (K. Müller 1997, S. 32) Die Betonung der „russischen Kultur" führt paradoxerweise dazu, daß zu-

gleich der Bruch zwischen Leninismus und Stalinismus hervorgehoben wird. Es wird dabei angeführt, daß vieles in der Politik Stalins einen Bruch mit dem linken ideologischen Erbe bedeutete und eher ein rechts-nationalistisches Regime, das in den traditionellen autoritären Mustern handelt, entstanden war. Zweifellos kann man aus dieser Perspektive mit dem Totalitarismus-Konzept beide Systeme, also den Nazismus und den Stalinismus, abdecken. Letzteres kann dann sogar als Variante des Faschismus interpretiert, und der Marxismus-Leninismus somit von einer Verantwortlichkeit für den Totalitarismus freigesprochen werden. Wenn wir jedoch die leninistischen Wurzeln im Totalitarismus ignorieren, würden wir nicht erfassen, daß auch diese Utopie 1989 gescheitert ist.

Daniel Goldhagens Arbeit über den deutschen Antisemitismus als die Quelle für den Holocaust (Goldhagen 1996), die eine heftige Debatte über die Ursachen der Verbrechen Nazi-Deutschlands provoziert hat (Schoeps 1996), steht ebenfalls in dieser akademischen Tradition, nationale kulturelle Muster besonders hervorzuheben. Möglicherweise hat Huntingtons „*Clash of Civilzations*" von 1996 solche Kulturansätze zur Erklärung nichtdemokratischer Herrschaft wiederbelebt. Inwieweit dies z.B. auf Taiwan und Südkorea unter konfuzianistischem Vorzeichen zutrifft, erscheint mir sehr fraglich. Natürlich schließe ich solche Ansätze nicht aus, solange sie nicht dominieren und Kultur und Religion nicht als homogen bzw. unveränderlich angesehen werden. Jedoch ist ein „beinharter" *political culture*-Ansatz aus meiner Sicht unhaltbar. Vielleicht reagiere ich bei solchen Interpretationen deshalb so allergisch, weil ich all die Publikationen zur Genüge kenne, in denen über die Unvereinbarkeit von Katholizismus und Demokratie bzw. über die „tiefen Neigungen in der spanischen Kultur zum Autoritarismus" geschrieben wurde und in denen die anderen sozialen, ökonomischen und politischen Faktoren dann einfach unter den Tisch fielen.

Massengesellschaft und Totalitarismus

Auch gegenüber einem anderen Ansatz zur Deutung des Totalitarismus-Phänomens habe ich meine skeptische Distanz gewahrt: Ich meine jene Perspektive, die Totalitarismus von der Massengesellschaft her erklärt. Hier liegt einer der Hauptpunkte, weshalb ich Hannah Arendts Analyse nicht teile. Meine Zurückhaltung in dieser Frage beruht auf den Fakten, die wir über den Aufstieg der Nazi-Bewegung in Deutschland kennen, und was unter anderem Rainer Lepsius und das faszinierende Buch von Sheridan Allen (1984) zeigen. Diese Distanz gründet sich aber auch auf mehr theoretisch orientierte Kritiken dieses Konzepts. Dazu gehören Theodor Geiger

(1954), Salvador Giner (1976) und - wenn man noch weiter zurückgehen will - von Simmel hinsichtlich der Individualisierung als Konsequenz der Moderne. Viele, wenn nicht sogar die meisten Menschen, die der Nazi-Bewegung beitraten, waren keine einsamen Individuen, sondern wurden Teil dieser Bewegung als Teil von Gruppen und Vereinen der „Zivilgesellschaft“, die von Nazi-Aktivisten übernommen worden waren. Sie waren Zeitungsleser und hatten Freunde, mit denen sie zu den Versammlungen gingen. Der Erfolg der totalitären Bewegungen war sicherlich nicht Ergebnis der „Massengesellschaft“ und der Einsamkeit des Individuums in der modernen bzw. kapitalistischen Gesellschaft. In einigen Fällen wurde dies dadurch erleichtert, daß der Einzelne in geschlossene Gruppen integriert wurde, die eine komplexe und offene Gesellschaft ablehnten. Einige dieser Gruppen, wie die italienischen Kriegsveteranen, die *Arditi*, oder die deutschen *Freikorps,* hatten enge emotionale Bindungen aus der Zeit des Krieges bzw. der Gewalt danach. In einem gewissen Maße spiegelt dieser Ansatz die Suche enttäuschter Marxisten nach Alternativen zu einer Sicht wider, die Klassengesellschaft und Klassenkonflikt in den Mittelpunkt stellt.

Jedoch hilft dieser Ansatz, den Erfolg totalitärer Herrschaft besser zu verstehen, wenn diese einmal errichtet wurde. Die Zerstörung der Zivilgesellschaft, die einer durch den *Rechtsstaat* garantierten Freiheit bedarf, die Durchdringung der Gesellschaft durch gelenkte Massenorganisationen, die von einer einzigen Partei kontrolliert werden, die durch Repression und Terror erzeugte Angst und ein vereinsamtes Individuum, das der Mobilisierung und Manipulation ausgesetzt ist - das sind alles Momente, die von diesem Ansatz hervorgehoben werden und die für das Verstehen totalitärer Herrschaft sehr wohl wichtig sind. Selbst solche primären sozialen Gruppen wie die Familie oder Freundeskreise waren in diesen Systemen bedroht. Ich möchte dazu aus dem Tagebuch von Pierre Pascal, einen jungen französischen Intellektuellen zitieren, der die *Escole Normale Supérieure* absolviert hatte. Pascal schloß sich 1917 den *Bolschewiki* in Rußland an. Seine Aufzeichnungen, die aus der Zeit zwischen 1918 und 1921 stammen, zeigen recht plastisch, wie ein engagierter Beobachter dieser Zeit die Wirkung der politischen Prozesse auf die Gesellschaft empfand. „Ein einzigartiges und berauschendes Schauspiel: die Zerstörung einer Gesellschaft. Jetzt werden der 4. Psalm der sonntäglichen Vesper und das Magnifikat Wirklichkeit: Die Mächtigen sind von ihrem Thron gestoßen worden, und die Armen haben sich aus dem Kot erhoben. Die Hausherren sind in ein Zimmer verbannt, und in allen anderen wohnt je eine Familie. Es gibt keine Reichen mehr, sondern Arme und noch Ärmere. Das Wissen verschafft einem keine Privilegien und keinen Respekt mehr. Der ehemalige Arbeiter ist zum Direktor ernannt und befiehlt über die Ingenieure. Die hohen und niedrigen Löhne nä-

hern sich einander an. Das Recht auf Besitz ist auf die persönliche Habe beschränkt. Der Richter ist nicht mehr angehalten, das geltende Recht anzuwenden, wenn es seinem proletarischen Gerechtigkeitssinn widerspricht. Die Eheschließung wird nur noch auf dem Standesamt beurkundet, und die Scheidung kann per Postkarte kundgetan werden. Die Kinder sind dazu erzogen, ihre Eltern zu überwachen. Der Sinn für Freigiebigkeit ist durch das Unglück der Zeit verlorengegangen, innerhalb der Familie wird jeder Bissen Brot und jedes Gramm Zucker abzählt. Jede Annehmlichkeit gilt als Laster. Mitleid wurde von der Allgegenwart des Todes getilgt. Freundschaft hat sich zu Cliquenwirtschaft gewandelt." (Zitiert nach Furet 1996, S. 148) Die Schwierigkeiten, eine zivile Gesellschaft in posttotalitären Demokratien zu schaffen, machen die langfristige Wirkung einer solchen „eingeebneten sozialen Landschaft" (Marc Howard 1999) recht deutlich.

Totalitarismus und „Demokratie"

Das Verhältnis von Demokratie und Totalitarismus ist ein weiteres Problem, das im Buch etwas unterentwickelt ist, aber heute sicherlich weitere Überlegungen verdient. Meine Position war durch die Tatsache bestimmt, daß totalitäre Herrschaft nicht durch freie Stimmabgabe in kompetitiven Wahlen hervorgegangen war. (Damit habe ich mich auch gegen die falsche Interpretation - wenn nicht sogar Lüge - gewandt, Hitler hätte durch freie Wahlen die Macht übernommen.)

Jedoch habe ich nicht sonderlich über die Möglichkeit nachgedacht, daß eine Mehrheit in demokratischer, d.h. in meinem Verständnis in freier Entscheidung die Freiheiten und den *Rechtsstaat*, das *pro tempore*, die Essenz demokratischen Regierens, einfach zur Seite stellt. Das ist eine Möglichkeit, die wir nicht leichtfertig vom Tisch wischen sollten. Demokratie als höchster Wert, ohne daß der Freiheit gleichwertige Bedeutung zukommt, kann gefährlich sein. Davor hat schon Tocqueville gewarnt. Gewiß ist es eher unwahrscheinlich, daß ein funktionierendes demokratisches System zu einem unfreien, nichtdemokratischen Regime führen wird, aber es schließt eine solche erschreckende Möglichkeit nicht aus. In unserem Enthusiasmus für die Demokratie, so warnte mich Daniel Bell, sollten wir nicht den Vorrang der Freiheit vergessen, die nicht einfach als instrumentelle Voraussetzung für den demokratischen politischen Prozeß zu begreifen ist. Ohne attraktive antiliberale Ideologien, wie es sie in diesem Jahrhundert gab, ist diese Gefahr gewiß nicht so groß, aber sie kann nicht ausgeschlossen werden. Wir sollten nicht vergessen, daß beide - Faschismus, speziell Nazismus, und Kommunismus - grundsätzlich antiliberal waren und zugleich be-

anspruchten, „demokratisch“ zu sein. Dies finden wir jedoch nicht beim Autoritarismus.

Was ich ebenfalls nicht diskutiert habe, obwohl es in der Literatur über Totalitarismus, speziell bei Hannah Arendt auftaucht, ist dessen Beziehung zur Industriegesellschaft. Ist Totalitarismus in einer nichtindustriellen Gesellschaft möglich, und wenn ja in welcher Form? Mit Blick auf den sowjetischen Totalitarismus kann man zur Meinung kommen, daß beides möglich ist: Rußland war zu jener Zeit kaum eine industrielle Gesellschaft, aber die Sowjetunion wurde dann eine. Jedoch lassen die Beispiele China, Irak und noch stärker Kambodscha diese Wechselbeziehung anzweifeln. Eine Antwort könnte darin liegen, daß diese Fälle, zumindest Kambodscha, nicht totalitär waren. Aber dann müssen wir ihren Regimetyp bestimmen, oder wir nehmen sie als einzigartige Fälle, fern jeder sozialwissenschaftlichen Kategorisierung.

Zur zentralen Bedeutung der Ideologie

Die beste Ergänzung zu der politikwissenschaftlichen Analyse in diesem Buch findet man wahrscheinlich bei François Furet, konkret in seinem Buch „*Das Ende der Ilusionen. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*“. Darin konzentriert sich Furet auf die kommunistische Ideologie und ihre Anziehungskraft (mit einigen Kommentaren über den Faschismus). Furet zeigt vor allem die ideologische Manipulation, speziell von Antifaschismus und später Anti-Antikommunismus. In gewissem Sinne macht dies auch Nolte, indem er zeigt, wie Antikommunismus vom Faschismus genutzt wurde. Beide decken eher die Realität beider totalitärer Systeme auf, als daß sie diese verdunkeln. Sie zeigen, daß sie beide Unterstützung von jenen bekamen, die eigentlich ihre Feinde sein sollten. Und sie machen deutlich, wer von beiden Systemen gleichermaßen als Feind angesehen wurde: Liberale Demokraten, Sozialdemokraten, Christen, Nationalisten und vor allem Bürgerliche und - obwohl dies für jene, die marxistischen Theorien über den Faschismus nahestehen, fremdartig klingen mag - Kapitalisten. Diese bewußt geschaffene Konfusion führte dann dazu, das „kurze 20. Jahrhundert“ als eines zu begreifen, in dem der Kampf zwischen Kommunismus und Faschismus das Bestimmende gewesen war. So hat es Ernst Nolte, mit großem Wissen, aber eben in solcher Vereinfachung getan. Dabei wurden die Wurzeln faschistischen Denkens, die bis vor die Zeit der Oktoberrevolution reichen, ebenso ignoriert wie rassistisches Denken, Sozialdarwinismus, Pseudobiologie und Antisemitismus, in deren Traditionen der Nazismus stand.

Sicherlich sind die verschiedenen Ideologien ein wichtiges Moment der Unterscheidung zwischen Kommunismus und Faschismus, ganz speziell Nazismus. Jedoch ist bemerkenswert, wie gleichartig diese Ideologien waren. Das galt für das Bekenntnis und den Glaube an die Ideen sowie die Anwendung dieser Ideen für konkrete Politik. Dies auch in Bereichen wie Kunst, Musik und Wissenschaft, die andernorts fern der Politik stehen. Diese Gleichartigkeit findet man ebenso in den geradezu fanatischen Anstrengungen, diese Ideen umzusetzen, bis hin zu den mörderischen Konsequenzen. Und nicht zuletzt findet man diese Gleichartigkeit in der großen Zahl von Funktionären, Parteimitgliedern und einfachen Bürgern, die an diese Ideen glaubten. Wohl niemand zweifelt daran, daß die ideologisch verbrämten Auseinandersetzungen um die Nachfolge Lenins bis hin zu den Parteisäuberungen der 30er Jahre Teil eines gewaltigen (und mörderischen) Machtkampfes waren. Jedoch wäre es meines Erachtens falsch, wenn wir die Ernsthaftigkeit der intellektuellen Debatten in jener Zeit ignorieren würden. Daß letztlich Stalin ein Despot war und die einzige ideologische Quelle wurde, kann als Verfall einer Säule des Totalitarismus, der Ideologie, aber auch als Stärkung einer anderen - des Machtmonopols - gesehen werden. Es ist gerade diese zentrale Bedeutung der Ideologie, die dazu führte, daß Chruschtschows Enthüllungen so vernichtend für das System waren. Die Krise des Totalitarismus und dessen Übergang zum Posttotalitarismus war weitestgehend, jedoch nicht nur, ein Resultat der Krise der Ideologie und des ideologischen Denkens. An die Stelle der Utopie trat bei den Führungen der „realexistierende Sozialismus" und beim einfachen Bürger die „gelebte Lüge". Dabei wurden die alten Rituale weiter gepflegt. Die „hölzerne Sprache" wurde dabei fast zu einer Mentalität bei Funktionären und sogar bei einfachen Bürgern, die bis heute in den neuen Demokratien nachwirkt.

Es sei hier nochmals hervorgehoben, daß es die Ideologie ist, die das Verhalten und die Handlungen von Individuen und sozialen Gruppen formt, die gleichwohl sehr verschiedene Motive haben mögen. Ian Kershaw (1991) macht recht deutlich, wie sehr die Nazi-Herrschaft aus der Interpretation von Hitlers *angeblichen* Wünschen ohne zentrale Vorgaben dynamisiert wurde. Zugleich kann man daran erkennen, in welchem Maße Hitlers Ideologie weniger als konkrete Zielvorgabe, sondern eher als utopische „Handlungsvorgabe" verstanden wurde, die verschiedene soziale Motive verbindet, ohne daß der Diktator eine feste Steuerung vornimmt. Das war sicherlich für Stalin noch bedeutsamer, wie Bialer 1980 mit seinem Verweis auf den „vorauseilenden Gehorsam" deutlich macht. Auf jeden Fall reichen allein die Ideologie, die Absichten und die Personen nicht aus, um die politischen Prozesse in totalitären Systemen zu erklären. Natürlich sind diese Dinge wichtig, sicherlich wichti-

ger als ich sie in diesem Buch behandelt habe.[18] Aber ich glaube wiederum, daß sie nicht so wichtig waren, wie das bei einigen Autoren den Anschein hat, die ihr Augenmerk besonders auf Personen, konkret auf die Führer richten. Damit wurde dann eher jene Entstalinisierungsideologie sanktioniert, die nun wieder alle Schuld dem Führer auflud.

Der tatsächliche Konflikt dieses Jahrhundert war der zwischen Freiheit und liberaler Demokratie auf der einen Seite und den beiden Formen des revolutionären Totalitarismus auf der anderen. Dies haben u.a. Raymond Aron und Karl D. Bracher betont und in dieser Tradition steht auch dieses Buch. Hinzu kommt, daß ich auch die nichtkommunistischen und nichtfaschistischen autoritären und sultanistischen Gefahren für die Freiheit als Teil der Geschichte des 20. Jahrhunderts begreife und analysiere.

Sicherlich wurde in diesem Buch nicht ausreichend das Verhältnis nichtdemokratischer Regime zu anderen Bereichen der Gesellschaft, wie Religion, Kunst, Verwaltung oder Militär wie auch zum Alltag der einfachen Bürger, behandelt. Der damals vorgegebene Umfang war gewiß ein Grund dafür. Daß es an Hinweisen auf die „ökonomische" Gesellschaft mangelt, war eher beabsichtigt, da dies eine andere Untersuchung, wahrscheinlich ein anderes Buch erforderlich gemacht hätte.

Politische Religion, Religion und Regimes

Wenn - immer wieder „wenn" - ich ein eigenständiges Buch und nicht ein Kapitel für ein Handbuch geschrieben hätte, wäre sicherlich der Beziehung zwischen politischem Regime und Religion mehr Aufmerksamkeit geschenkt worden. In einigen Aufsätzen, vor allem über den „*Nacional-Catolicismo*" in Franco-Spanien, habe ich dieses Verhältnis beleuchtet.[19] Obwohl in der Literatur, auf die ich mich damals gestützt habe, auch das Konzept der „politischen Religion" oder zumindest die pseudo-religiösen Elemente totalitärer Politik erwähnt wurden, habe ich jedoch dieses Konzept nicht unmittelbar in meine Analyse einfließen lassen. Mittlerweile wurden in zwei Bänden, die Hans Maier 1997 herausgegeben hat, klassische Texte zum Totalitarismus publiziert, die diese Dimension hervorheben und die dieses Konzept auf die konkreten Phänomene anwenden. Zu dem ersten Band habe ich den Aufsatz „*Der religiöse*

---

[18] Es wurde hier auch nicht auf die wachsende Zahl von Biographien eingegangen.

[19] Siehe Linz 1992, 1993 und 1997.

Gebrauch der Politik und/oder der politische Gebrauch der Religion. Ersatzideologie gegen Ersatzreligion" geschrieben, der die Wechselbeziehungen zwischen politischem Regime und Religion untersucht und jene Aspekte etwas stärker behandelt, die in meinem Buch vernachlässigt wurden.

Obwohl ich in einigen Aspekten die Zurückhaltung gegenüber dem Konzept der politischen Religion teile, würde ich dennoch einigen seiner Aussagen zustimmen. Dazu gehören die grundsätzliche Feindschaft gegenüber bereits bestehenden und organisierten Religionen und die großen Anstrengungen, diese - wie im Falle der Sowjetunion- zu zerstören, zu begrenzen, zu kontrollieren oder zu manipulieren. Dieses ist mit pragmatischen, zynischen oder vagen Beschwörungen verbunden, die Religion zu verteidigen, wie wir sie in der „positiven Christenheit" im Programm der NSDAP oder in Hitlers „Vorsehung" antreffen. Ich würde auch zustimmen, daß der Erfolg von totalitären Bewegungen in säkularisierten Gesellschaften größer war und daß religiöse *Bindungen* zu einer größeren Widerstandsfähigkeit führten. Und ich sehe ebenfalls, daß trotz der Säkularisierung in faschistischen Bewegungen, und mehr noch im Falle der Nazis, einige ihrer Führer, vor allem etliche Ideologen, eine Sprache und eine Symbolik benutzten, die aus religiösen Traditionen stammte und nun verweltlicht worden war. Es ist schon bemerkenswert, wie Thomas Mann dieses gemeinsame Element der Sakralisierung wahrnahm, als er am 1.10.1933 in sein Tagebuch notierte: „Die statuarisch unbeweglichen S.A.-Wachen vor der Feldherrenhalle, direkt und ungeniert nachgeahmt den russischen Wachen am Mausoleum Lenins. Es ist der angebliche 'weltanschauliche' Todfeind, den man - wie im Film - kopiert, ohne Bedenken, vielleicht ohne Bewußtsein. Die Gemeinsamkeit des *Zeitstyls* ist viel stärker und entscheidender als die rationale Feindschaft im 'Weltanschaulichen'."[20] Aber auch in Italien ging dies sehr weit.[21] Man versuchte damit, jenes emotionale Vakuum, das mit der Säkularisierung entstanden war, durch politische Rituale und Liturgien, die aus der Religion stammten, zu füllen. Sicherlich paßt dies ganz gut in Durkheims Religionsverständnis. Gewiß ist es dabei schwierig festzustellen, in welchem Ausmaß die Führer, die Parteimitglieder und der einfache Bürger an diese Pseudoreligiosität glaubten und inwieweit sie bedeutsam für das Leben, für das Bekenntnis zum und das Engagement im politischen System war, in dem sie Emotionen hervorrief, die religiösen Gefühlen vergleichbar waren. Was den ersten Aspekt angeht, so bin ich - mit Ausnahme einiger Ideologen - recht skeptisch. Aber die Emotionen, die mit dieser Pseudoreligiösität hervorgebracht worden waren, sind meines Erachtens schon

---

20 Zitiert nach Furet, 1996, S. 661.

21 Vgl. Emilio Gentile 1996 und Mabel Berezin 1997.

wichtig, um die Unterstützung für totalitäre Bewegungen bzw. Systeme zu verstehen.

Faschismus und Totalitarismus

Unter Faschismus verstehe ich einen bestimmten eigenständigen Typ von politischer Bewegung, Ideologie und Stil, in dem der Nazismus eine besondere Variante, in bestimmten Maße sogar eine Abweichung darstellt. Das brachte mich jedoch nicht dazu, das Nazi-Regime und den italienischen Faschismus unter dem gemeinsamen Typ des Totalitarismus gleichzusetzen Andere argumentieren in die andere Richtung. Sie verwerfen ein umfassendes Faschismus-Konzept, heben aber die Gemeinsamkeiten dieser beiden Regime hervor. Manche Autoren meinen, daß jede Analyse, die nicht den konkreten einzelnen Fall beschreibt, nutzlos sei. Und schließlich gibt es noch jene, die Ideologie, Bewegungen und Regime unter der Kategorie „Faschismus" subsumieren, wobei sie diese dabei gewöhnlich auf rechtskonservative antidemokratische Parteien und Regime erweitern.

Paradoxerweise kommen diese dann zu ähnlichen Ergebnissen wie Nolte im „*europäischen Bürgerkrieg*", der den Konflikt zwischen Kommunismus und Faschismus als Schlüssel zur europäischen Geschichte des 20. Jh. ansieht.[22] Im Vergleich zu Bracher und mir vergessen aber all diese Autoren, daß der große Konflikt in diesem Jahrhundert der zwischen diesen beiden ideologischen Bewegungen einerseits und der freien Demokratie und dem modernen *Rechtsstaat* andererseits war. Dies ist auch die Sicht von Aron und vieler anderer. Für mich gab es noch einen weiteren Grund, die Verschiedenheit des Totalitarismus hervorzuheben. Dies war das Bedürfnis, die ganze Reihe von nichtdemokratischen und antiliberalen Regimen und deren Unterschiede zu beschreiben und zu verstehen.

---

22 Anfänglich konnte man vielleicht die Konflikte zwischen Faschisten, einschließlich anderer autoritärer Gruppen, auf der einen Seite und Kommunisten, wie auch anderer revolutionärer Gruppen, auf der anderen Seite als „Bürgerkrieg" ansehen. Das galt speziell für die Auseinandersetzungen zwischen deren paramilitärischen Milizen. Aber die dann folgende Ausrottung ganzer sozialer und ethnischer Gruppen kann keineswegs als Bürgerkrieg interpretiert werden. Unter einem Bürgerkrieg verstehe ich einen gewaltsamen Konflikt zwischen zwei oder mehreren Gruppen der gleichen politischen Einheit. Der umfassende Ausschluß und die anschließende Zerstörung von anderen Gruppen, die als „Insekten" oder als „Krankheit" angesehen werden, geht über den Bürgerkrieg hinaus. Bürgerkrieg schließt miteinander kämpfende Gruppen ein, aber nicht den Konflikt mit einer wehrlosen Gruppe, die keine Chance des Widerstandes hat.

Der Leser dieses Buches und meiner Aufsätze über Faschismus wird feststellen, daß ich mehr mit François Furets „*Ende der Illusion*“ als mit Ernst Noltes „*Europäischen Bürgerkrieg*“ übereinstimme. Die beiden westlichen Totalitarismen hatten ihren je eigenen Ursprung und auch ihre eigenen ideologischen Annahmen. Es ist meines Erachtens ein Fehler, Faschismus als eine Reaktion auf den Kommunismus zu interpretieren und damit seinen grundsätzlichen Anti-Liberalismus und auch andere Anti-Positionen zu ignorieren. Tatsächlich empfanden Faschisten aus verschiedenen Ländern eine Verwandtschaft zur kommunistischen Revolution in Rußland; gemeinsam war ihnen der Haß auf liberale Demokratien. Für einige von ihnen war der Stalinismus eine ihnen nahestehende nationale Revolution in Rußland.

Menschenrechte, Staatsterror und Massenmörder

Einer der großen Durchbrüche der letzten Jahre war die stärkere Beachtung der Menschenrechte. Das furchtbare Erbe der Repression in totalitären Regimen und die neuen Formen von autoritärer Unterdrückung, von staatlichem Terror und Gewalt wurden zu Themen akademischer Arbeiten. Jedoch finden wir in der umfangreichen wissenschaftlichen Literatur (z.B. bei Courtois u.a. 1998), und in den soliden Berichten über diese Fragen selten einen Bezug zu den Typologien von Regimen.

Ich muß zugeben, daß ich in einem Aufsatz, in dem ich Regimetypen mit Terror und Unmenschlichkeit zu verbinden suchte, in mancher Hinsicht nicht schlüssig war (Linz 1992). Sicherlich erklärt Totalitarismus einige der schlimmsten Formen. Aber totalitäre Tendenzen und Regime haben nicht immer zu dem gleichen Typ von Terror und Unterdrückung geführt, und sicherlich haben auch andere nichtdemokratische Staaten ihren Teil zu dem schrecklichen Erbe dieses Jahrhundert beigetragen. Die systematische Analyse der vorhandenen Daten über Massenmörder, Todesurteile, Konzentrationslager und Gefängnisse sollte durch den Vergleich der Mechanismen ergänzt werden, mit denen die politische und soziale Kontrolle erreicht worden war. Dazu gehören auch der Umfang der Polizei, deren Rekrutierung, die Zahl der bezahlten „Informanten“, der Druck durch Parteiaktivisten, die „politischen Tests“ für bestimmte Arbeitsstellen, für die Möglichkeit des Universitätsbesuches oder für Reisen. Und selbst hier gibt es erhebliche Unterschiede auch zwischen kommunistischen Ländern. Nicht jedes Land hatte eine *Stasi*. In diesen Mechanismen waren diese Systeme wahrscheinlich viel unterschiedlicher als in allgemein bekannten Grausamkeiten. Obwohl die Verbrechen des 20. Jahrhunderts vor allem politisch und ideologisch erklärt werden, haben Einzelstudien zu Tätern und

Opfern in verschiedenen Ländern gezeigt, daß der Repressionsapparat auch von Einzelnen für deren recht individuelle Ziele, für Racheakte oder für die Begleichung „alter Rechnungen“ genutzt wurde. Diese „Privatisierung“ der Gewalt und deren oftmals paradoxen Züge hat Jan Gross 1988 hervorgehoben und sie wird auch in neueren Studien (Kalyvas, i.E.) belegt. Es ist der fehlende liberale und demokratische *Rechtsstaat*, der dies möglich macht. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Arbeit von Alexandra Barahona de Brito „*Human Rights and Democratization in Latin America*“, aus dem Jahre 1997 verweisen. In ihrer Untersuchung kommt sie zu folgender, m.E. sehr wichtigen, Feststellung hinsichtlich des Terrors und der Gewalt in südamerikanischen Militärregimen: „Letztlich war das Niveau der totalitären Durchdringung nicht gleichmäßig verteilt. Einerseits waren diese Regime typisch autoritär: ihr rhetorisches Bekenntnis zu demokratischen Werten, ihre Durchlässigkeit, ihr begrenzter Pluralismus und ihre tägliche politische und diplomatische Konfrontation mit den Werten und der Rhetorik der inneren Opposition bzw. der internationalen Gemeinschaft. Die totalitäre Logik wurde andererseits nur von einzelnen Sektoren des Militärs im Zuge der Unterdrückung entwickelt. Es war gewissermaßen eine ideologische Dynamik innerhalb von Teilen der Militärs, die entsprechend der totalitären Logik dachten und auch handelten. Je näher sie dem Repressionsapparat standen und je weiter sie vom begrenzten Pluralismus entfernt waren, desto mehr dominierten totalitäre Elemente in ihrer Ideologie, desto stärker war die totalitäre Unterdrückung. ... Diese gleichzeitig existierenden Tendenzen führten oftmals zu paradoxen Ergebnissen. Die Streitkräfte, ansonsten gesetzlichen Regelungen verpflichtet, verletzten nun ihre eigenen Gesetze. Zugleich versuchten sie, Verfassungen durchzubringen, mit denen ‘geschützte Demokratien’ etabliert werden sollten. Obwohl die uruguayischen Militärs fast ein Drittel der Bevölkerung folterten, zwangen sie Präsident Bordaberry zum Rücktritt, als er versuchte, die traditionellen Parteien aufzulösen. In Chile konnte man von einem illegalen und offiziell nicht existenten *Comando Conjunto* entführt werden, aber zugleich füllten die Entführer mühsam die Formulare aus. ... Je mehr die totalitäre Ideologie die Streitkräfte durchdrang, desto schlimmer war die Unterdrückung. In diesem Sinne ergaben sich die Unterschiede in den repressiven Methoden teilweise aus dem Ausmaß der totalitären Durchdringung. Das zeigt sich recht deutlich, wenn man Uruguay und Chile mit Argentinien vergleicht. Daß die ideologische Penetration in den argentinischen Streitkräften am stärksten war, wird allgemein anerkannt. Hier führte die Institutionalisierung der Repression innerhalb der Armeestrukturen zusammen mit der ideologischen Ausrichtung zur schlimmsten Unterdrückung im *Cono Sur,* dem Südkegel des Kontinents. Das Militär wurde, im Unterschied zu anderen Fällen,

schon mehr eine totalitäre Institution bzw. Organisation." Dies zeigt recht eindrucksvoll, in welchem Maße wir heute auf „gemischte Formen" treffen, deren einzelne Bestandteile mehr zu dem einen bzw. anderen Idealtypus, wie ich sie in diesem Buch entwickele, passen. Wir können also in Regimen, die von ihren allgemeinen Charakteristika her als autoritär einzuschätzen sind, ein totalitäres Unterdrückungskonzept finden. Und im Falle Rumäniens unter Ceaucescu und Nordkoreas unter Kim treffen wir auf starke sultanistische Tendenzen, obwohl wir ansonsten diese Regime als totalitär bezeichnen.

Opposition und Widerstand

Es gehört sicherlich zu den Lücken des vorliegenden Buches, daß ich den zwar nicht erfolgreichen, aber doch existenten, gefahrvollen und heroischen Widerstand gegen den Totalitarismus vernachlässigt habe. Mittlerweile ist über den Widerstand gegen Hitlers Herrschaft umfangreich publiziert worden. Dabei wurden einige sehr interessante Differenzierungen zwischen dem passiven Zurückziehen, der *inneren Emigration,* der Wahrung einer gewissen Autonomie von Institutionen und Personen, der Planung für eine andere Zukunft und konspirativen Aktivitäten zur Überwindung des Regimes entwickelt (Hoffmann 1979, Schmädeke/Steinbach 1985). Es gibt eine umfassende Literatur über die Dissidenten, speziell Intellektuelle und Künstler in posttotalitären Regimen. In meinem Aufsatz „*Opposition in and under an Authoritarian Regime: The Case of Spain*" habe ich versucht, die verschiedenen Typen der Semiopposition, der „a-legalen", d.h. tolerierten, und „illegalen", d.h. der verfolgten Opposition in autoritären Regimen zu analysieren (vgl. Linz 1973). Richard Löwenthal (1983) unterschied zwischen „bewußter politischer Opposition, gesellschaftlicher Verweigerung und weltanschaulichem Dissens" und Martin Broszat (1987) hat dazu die interessante Unterscheidung von *Widerstand* und *Resistenz* entwickelt.

Die Tatsache, daß die Sowjetunion militärisch zur Stützung anderer totalitärer Regime, konkret in Ungarn 1956 und in der CSSR 1968, eingreifen mußte, macht ebenfalls die Grenzen bzw. sogar das Scheitern totalitärer Kontrolle sichtbar (Ekiert 1996). Zweifellos haben die verschiedenen Formen der Dissidenz, der Opposition und des Widerstandes mehr Aufmerksamkeit verdient. Dabei ist bemerkenswert, daß die Demobilisierung der Opposition und die Wiederherstellung dieser Regime zugleich Ausgangspunkte für die anschließende posttotalitäre Entwicklung waren. Eine Frage, die gewiß stärker verfolgt werden sollte, ist die nach dem Punkt, an dem die Etablierung totalitärer Herrschaft verhindert, gestoppt oder über-

wunden werden könnte. Wann hätte das erfolgen können, durch wen und wie? Sicherlich könnte solch eine Analyse noch besser dazu beitragen, die Bedingungen zu verstehen, unter denen totalitäre Herrschaft über eine Gesellschaft möglich wurde.

Alltagsgeschichte und Totalitarismus

In jüngeren Veröffentlichungen wurde der repressive Charakter totalitärer Regime stärker herausgestellt - die Prozesse, Gefängnisse, die Gulags und Konzentrationslager. Zugleich haben andere Publikationen versucht, die Normalität des täglichen Lebens für den Bürger zu erfassen, so z.B. Peukert über die deutsche Alltagsgeschichte. In diesem Zusammenhang neigt man dazu, die aktive, ja oftmals enthusiastische Teilnahme vieler mittlerer Funktionäre und einfacher Mitglieder in der Unmenge von Organisationen zu unterschätzen. Gerade sie machte die totalitäre Kontrolle erst möglich. Was das tägliche Leben, speziell in Nazi-Deutschland betrifft, wurde von Historikern mittlerweile solide empirische Arbeit geleistet. Die Arbeitsbedingungen, das Leben in den Gemeinden, die Briefe von Frontsoldaten, dies alles wurde von der *Alltagsgeschichte* zunehmend dokumentiert (Peukert 1984 und 1987). Zum Teil verwandte man diese Arbeiten gegen den Totalitarismus-Ansatz. Hitlers Macht war begrenzt und das tägliche Leben konnte nicht völlig politisiert werden, so die Argumentation. Aber die Ergebnisse dieser Arbeiten wurden auch genutzt, um die spontane Zustimmung und Beteiligung weiter Teile der Bevölkerung an Aktionen gegen „rassisch minderwertige“ Mitbürger, gegen Juden und Ausländer, zu dokumentieren. Ich denke, daß diese wichtigen Arbeiten nicht die besonderen Merkmale totalitärer Regime - in Unterscheidung zu anderen Formen nichtdemokratischer Herrschaft - in Frage stellen. Gewiß erschüttern sie vereinfachte Sichten auf totalitäre Regime, bei denen der Idealtyp einer völlig durchdrungenen und beherrschten Gesellschaft, also die totalitäre Utopie, herausgestellt wird. Solche Arbeiten zeigen auch, daß Gewalt und staatlicher Terror, gewiß immer latent vorhanden, aber nicht allgegenwärtig waren. Sicherlich haben viele Menschen, wenn sie denn nicht zu den zu „Feinden“ erklärten Gruppen gehörten, nicht über die politische Herrschaft in ihrer Gesellschaft nachgedacht; so wie dies auch in demokratischen Gesellschaften viele nicht tun. In nichtdemokratischen Regimen, speziell in einem stabilen totalitären, müssen sich die Menschen nicht notwendigerweise des Mangels an Freiheit bewußt sein und darüber klagen. Für viele ist das Leben so, wie es ist. Zugleich sind viele aus den unterschiedlichsten Gründen, auch wegen persönlicher Vorteile, in den Aufbau und Erhalt solch einer Gesellschaft eingebunden. Einige Idealisten wechseln dann die Sei-

te und kämpfen gegen das Regime und riskieren sogar ihr Leben. Nach dem Zusammenbruch eines solchen Regimes werden viele einfordern (und auch daran glauben), daß sie „einfache" Bürger waren, die von „denen da oben" beherrscht wurden.

Intellektuelle und die politische Geschichte der Totalitarismus-Debatte

Einige der wichtigsten Beiträge zu unserem Verständnis von Totalitarismus sind meiner Meinung nach in den letzten Jahren aus der Debatte um die intellektuelle Geschichte und die ideengeschichtlichen Wurzeln dieses Konzepts gekommen. Dazu gehört auch und besonders der „französische Beitrag", also die Arbeiten von Besançon, Castoriades und Lefort, obwohl diese vielleicht nicht viel zu einem auf empirischen Daten basierenden Verständnis dieser Regime hinzugefügt haben. Diese Arbeiten haben auch eine stärker philosophische Sichtweise auf die Politik des 20. Jahrhunderts bewirkt. Das gilt vor allem für die Debatten über Hannah Arendts Beitrag. Es könnte und es sollte ein Buch geschrieben werden, das sich mit den ideologischen Wurzeln der Schriften und Debatten über Totalitarismus, angefangen von der ersten Begriffsverwendung in Italien, beschäftigt. Die Arbeiten von Alfons Söllner (1997) und Hans Meier (1997) liefern dafür bereits viele Elemente. Dazu haben wir die Überblicke von Wippermann (1997) und von Gleason (1995)[23] und den Sammelband von Evelyne Pisier-Kouchner (1983), der Überlegungen und Analysen zu diesen Fragen von Trotzki, Althusser, Castoriades und Besançon vorstellt. Aber ein solches Buch sollte nicht nur die Arbeiten von Sozialwissenschaftlern wahrnehmen und berücksichtigen, sondern auch Belletristik: von Arthur Koestlers „*Sonnenfinsternis*", über Ignazio Silones „*School of Dictators*" und George Orwells „*1984*" bis zu Alexander Solschenizyns „*Archipel Gulag*". All diese literarischen Werke müßten in solch ein Projekt einfließen. Hinzu kommt die umfangreiche Memoiren-Literatur, besonders von ehemaligen Kommunisten, in denen konzeptionelle und analytische Elemente zu finden sind. (Interessant ist, daß es dagegen nur wenige, ja bedeutend weniger Autobiographien von Faschisten bzw. ehemaligen Faschisten gibt.) Sicherlich gehören auch die intellektuellen und scheinakademischen Anstrengungen von Carl Schmitt, Rudolf Huber und den zahlreichen italienischen Juristen dazu. François Furet bringt in seinem Buch „*Das*

---

[23] Obwohl der Titel eine Gesamtschau vermuten läßt, entspricht der Inhalt des Buches mehr seinem Untertitel „*The Inner History of the Cold War*" und reflektiert die polemischen Debatten um den Begriff in jener Zeit.

Ende der Illusionen“ viele Einblicke in die Illusionen von Intellektuellen in jener Zeit. So beschreibt er Georg Lukács, den ungarischen Intellektuellen, „der niemals eine Chance verpaßte, sich stets jenen Entwicklungen anzuschließen, die gerade in der Partei der Bolschewiki abliefen“, und der so verzaubert von der Idee der Sowjetunion war, daß er dahinter sein Wissen über die Geschichte dieses Landes, die auch sein eigenes Leben und das seiner Familie hart betroffen hatte, vergaß. Diese Seiten vermitteln sehr eindrucksvoll das ideologische Bekenntnis eines brillanten Intellektuellen. Die Tatsache, daß viele hervorragende Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler, die in freien Ländern lebten, vom Kommunismus, einschließlich Stalinismus, und vom Faschismus und Mussolini, ja sogar vom Nazismus, fasziniert waren, ist sicherlich ein sehr interessantes Kapitel bei der Analyse des Totalitarismus (Marcou 1982). Diese Haltungen lassen meines Erachtens auch Rückschlüsse auf das Wesen des Totalitarismus und seine Attraktivität zu. Hierbei gibt es keine Parallelen zu autoritären Regimen bzw. deren Führern. *Last, but not least* finden wir die „politischen Pilger“ (Hollander 1981), die diese Länder bereisen und von einzelnen Aspekten dieser Regime positiv beeindruckt sind. Darauf bin ich jedoch in meinem Buch kaum oder gar nicht eingegangen. Die Resonanz auf diese Regime im Ausland wurde auch erheblich durch die jeweilige Nutzung der Begriffe „Antifaschismus“ und „Antikommunismus“ zur Selbstbeschreibung geprägt. Man konnte dadurch die Sympathien bzw. die Tolerierung liberaler Demokratien gewinnen, die dem ansonsten sicher feindlich gegenübergestanden hätten. In den Zeiten des Kalten Krieges diente der „Anti-Antikommunismus“ sicherlich dem gleichen Ziel. Jeder dieser „ideologischen Mythen“ hat einen wahren Kern; jedoch verdunkelt er letztlich eher die Wahrheit über diese zwei Totalitarismen. Seit meiner Studentenzeit in Spanien bin ich mit den Schriften von Koestler, Monnerot, Merleau-Ponty und - auf der anderen Seite - mit Carl Schmitt vertraut. Gewiß hat dieses intellektuelle Gepäck auch mein Denken geformt, obwohl es möglicherweise nicht in den Fußnoten erscheint, wo ich mich auf mehr akademische Literatur beschränkt habe.

Regimetypen und Übergänge zu Demokratie

Ich für meinen Teil habe in der Zusammenarbeit mit Alfred Stepan eine klare Unterscheidung zwischen modernen politischen Formen gefunden: Demokratie, Totalitarismus, Post-Totalitarismus (als eine besondere Form von nichtdemokratischer Herrschaft), autoritäre Regime in all ihren Varianten sowie sultanistische Regime. Diese Unterscheidung erwies sich als sehr nützlich, um die verschiedenen Muster des Übergangs zur Demokratie und auch die Probleme der

demokratischen Konsolidierung zu verstehen. Wenn ich nicht so zögerlich wäre, würde ich gewiß ein zusätzliches Kapitel schreiben, das gerade diesen letzteren Aspekt erweitern würde. Aber ich beschränke mich darauf, auf unser gemeinsames Buch „*Problems of Democratic Transition and Consolidation*" (1996) zu verweisen.[24] Der Typ von Regime, den Alfred Stepan und ich darin in unserer Analyse über europäische postkommunistische Übergänge beschreiben und benutzen, ist unmittelbar mit den Überlegungen zum Totalitarismus in diesem Buch verknüpft.[25] Wir folgen auch hier unserem generellen Herangehen, d.h. Konzentration auf die politische Macht und Strukturen, weniger auf die sozialen und ökonomischen Strukturen bzw. auf kulturelle Faktoren, obwohl diese keineswegs negiert werden sollen. Das Entstehen neuer sozialer Schichten, wie der technischen Eliten oder der Manager, erklärt nicht den Wandel hin zum Totalitarismus oder von diesem zu anderen Herrschaftsformen. Ebensowenig wird dies durch ein wachsendes Bildungsniveau, durch verstärkte soziale Mobilität oder durch ökonomische Effizienzanforderungen erklärt. Diese Veränderungen haben gewiß stattgefunden, aber sie haben nicht auf direkte Weise das politische System verändert. Meiner Meinung nach war entscheidend, daß die Kader auf den verschiedenen Ebenen nach der Entstalinisierung ihre ideologische Bindung verloren. Der Niedergang der Ideologie, deren Verknöcherung und Ritualisierung, und der Verlust jeglicher mobilisierender Utopie bedeuteten dann am Ende, daß sich die Kader, besonders die der mittleren und unteren Ebenen, nicht legitimiert fühlten, den zweifellos intakten und weiterhin großen Zwangsapparat in Krisensituationen einzusetzen. Verhandlungen mit Demonstranten und *Runde Tische* waren die Konsequenz. Die hierarchisch strukturierte, bürokratisierte und manchmal auch korrupte *Nomenklatura*, die bis zum Ende nach politischen Kriterien rekrutiert worden war, fand in dieser Lage keine innovativen Antworten auf die Probleme, die vor der Gesellschaft standen. Schließlich begann zwar einer von ihnen, Michail Gorbatschow, mit *Perestroika* und *Glasnost*, das System zu reformieren und aufzurütteln. Das „äußere Imperium" wurde aufgegeben und Wahlen an der nationali-

---

24 Die Zahl der Publikationen zu den Übergängen von nichtdemokratischen zu demokratischen Regimen ist im letzten Jahrzehnt rasant angewachsen und ich selbst habe dabei auch einige Beiträge geleistet, u.a. zusammen mit A. Stepan 1996 und mit Y. Shain 1995. Desweiteren sei auf O´Donnell, Schmitter, Whitehead 1986, Di Palma 1990, Higley und Gunther 1992, Huntington 1994, Przeworski 1991, Offe 1994 und 1997, von Beyme 1994, Bratton und van de Walle 1997, Merkel und Puhle 1999, Diamond 1999 sowie Merkel 1999 verwiesen.

25 Teile aus diesem Buch wurden in dem vorliegendem Text im Abschnitt zu posttotalitären Regimen, S. 245-256 eingefügt. R.K.

stisch gesinnten Peripherie erlaubt. Das Ergebnis aber kennen wir alle. Es gab keinen Weg zurück zum Posttotalitarismus. Aber es wurde auch nicht versucht, zu einer Demokratie westlichen Typs überzugehen. (Di Palma 1995) Ein neues dynamisches Umfeld und Konflikte in der Elite beschleunigten dann diesen Auflösungsprozeß.

Die Überlegungen, die ich zusammen mit Alfred Stepan zu posttotalitären Regimen angestellt habe, sollten jedoch nicht als eine Theorie des Neo-Totalitarismus verstanden werden. Es geht hier nicht so sehr um die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen vor und nach Gorbatschow, sondern primär um die politischen Faktoren, die zum Kollaps dieses Typs geführt haben. Es geht um die politische Krise zwischen den Herrschenden und der Gesellschaft und um die Krise innerhalb der herrschenden Elite. Die Analyse der posttotalitären Phase - in ihren verschiedenen Formen in den einzelnen Ländern - erscheint uns für das Verständnis der Probleme, die in diesen Ländern bei der Transition und heute bei der Konsolidierung der Demokratie auftreten, außerordentlich nützlich. Leider konnten wir nicht selbst den unterschiedlichen Entwicklungen mehr Platz widmen. Gerade diese spezifischen Entwicklungen in den neuen Demokratien mit postkommunistischer Vergangenheit, sei es in der Wirtschaft, im geistigen Leben, in religiösen Fragen oder was die Zivilgesellschaft betrifft, machen unseres Erachtens noch einmal die Bedeutung des Totalitarismus als besondere Herrschaftsform im Unterschied zu autoritären Regimen sichtbar. Das sollte uns auch gegenüber kulturellen und zivilisationstheoretischen Interpretationen hinsichtlich eines historischen Sonderweges Rußlands, wie auch bei anderen mittel- und osteuropäischen Ländern, vorsichtig machen.

In Mittel- und Osteuropa kam es in den posttotalitären Regimen verschiedenen Typs, die wir in unserem Buch analysiert haben, zu Liberalisierungen, die von Mitgliedern der Elite eingeleitet wurden, oder zu Konfrontationen mit einer mehr oder weniger machtvollen zivilen Gesellschaft, die sich vorher in die Lügen des Regimes, passiv oder unter Zwang, einfügt hatte. Die Eliten des Regimes versuchten so viel wie möglich zu sichern: Entweder verhandelten sie bzw. ersetzten den einen Führer durch einen anderen. Oder sie gaben letztlich die Macht friedlich ab, nachdem sie das Vertrauen in ihr Recht auf Herrschaft verloren hatten und nicht mehr fähig waren, die Partei und ihre Organisationen zu mobilisieren.

Der Totalitarismus hat hier den vollen Kreislauf durchschritten: von den anfänglichen ideologischen Impulsen bis zum Verlust der ideologischen Legitimation. Mit welchem Recht, mit welcher Legitimation konnte nun die Unterordnung unter politische Herrschaft gefordert werden? Freie Wahlen hatte es nicht gegeben. (Im Falle

der DDR war es noch dramatischer, denn wenn er nicht sozialistisch sein sollte, warum sollte es dann noch einen anderen deutschen Staat namens DDR geben?) Alles, was den Totalitarismus so mächtig und angsteinflößend gemacht hat, ist zerfallen und hat sich aufgelöst. Aber zu seiner Erbschaft gehört eine verängstigte Gesellschaft, der es schwer fällt, sich im Rahmen demokratischer Institutionen und einer freien Marktwirtschaft zu artikulieren.

Politique d'abord - Zum Primat der Politik

Im 19. Jahrhundert gab es ein relativ stabiles Gleichgewicht zwischen dem Primat der Ökonomie und politischen Veränderungen. Die Bourgeoisie machte die wirtschaftliche Revolution, die industrielle, die agrarische und die im Servicesektor, und forderte politische Veränderungen. Zugleich war dies, wie Schumpeter anmerkt, in gewissem Sinne durch die politische Legitimität vorindustrieller politischer Strukturen geschützt. Die konstitutionellen Monarchien waren ein Ergebnis dieses Kompromisses. Dagegen war das „kurze 20. Jahrhundert" von 1914 bis 1989 durch den Slogan „*Politique d'abord!*", Politik zuerst!, von Charles Maurrass, dem Ideologen der französischen *Action Française,* geprägt; sei es nun im Bolschewismus, Faschismus oder Nazismus oder sogar in Demokratien mit ihrer keynesianistischen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg.

Heute nun, an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert, erleben wir den unbestreitbaren Erfolg der kapitalistischen Marktwirtschaft, gleich unter welchem politischen Regime. Dies hat die Tore für eine ökonomistische, neoliberale Sicht auf Politik geöffnet, die die Bedeutung von Institutionen und politischer Legitimität unterschätzt bzw. ignoriert. Bei der Vorherrschaft des Politischen wurde Macht, deren Maximierung innerhalb der Nation bzw. zwischen ihnen, zu einem Ziel an sich. Militärausgaben statt Konsumtion. Die absolute Vorherrschaft der Wirtschaft, des Eigentums und des Marktes kann zu individueller Wohlfahrt führen - jedoch auch zur Negierung bzw. Vernachlässigung gemeinschaftlicher Güter und Werte. Gefordert ist eine Balance zwischen Politischem und Wirtschaftlichem, was unter Demokratien möglich sein kann, jedoch nicht von selbst kommt.

Vom „Jahrhundert des Totalitarismus" zum „Jahrhundert der Demokratie"?

Wenn wir das konkrete soziale und institutionelle Erscheinungsbild des Totalitarismus verlassen, kommen wir zu den mehr philosophischen und moralischen Fragen: Was bedeutet dies alles? Was sagt

uns dies über die Natur des Menschen, über die Moderne und über unsere Werte? Inwieweit definiert dieser Totalitarismus eine historische Periode, nämlich die zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Jahr 1989? Sicherlich alles große und schwierige Fragen. Es ist logisch, daß nach 1989 und dem Ende der Sowjetunion - und mit der näherrückenden Jahrtausendwende - in den geistigen Debatten eine eher *weltgeschichtliche,* gewiß aber noch europäisch-weltgeschichtliche Sicht hervorgetreten ist. Dieser Ansatz geht zwar weit über die traditionelle politologische Perspektive, wie ich sie im vorliegendem Buch verwandt habe, hinaus, ist meines Erachtens jedoch außerordentlich bedeutsam. Mit ihren unterschiedlichen Sichten, einschließlich der darin enthaltenen Werte, sind gerade die Arbeiten von Bracher, Furet, Nolte und Hobsbawm für diese Diskussionen über den Totalitarismus von herausragender Bedeutung. Könnte ich ein längeres Vorwort schreiben, ich würde in diese Debatten eintauchen und dabei sowohl meine Übereinstimmungen als auch meine Differenzen deutlich machen. Sicherlich mehr Differenzen bei Nolte, weniger bei Hobsbawm und erhebliche Übereinstimmung mit Furet. Angesichts der Schrecken von Auschwitz und auch des Gulags sind jene Fragen, die Hannah Arendt als erste aufgeworfen hat, mehr denn je für vergleichende Untersuchungen politischer Regime von Bedeutung. Die Ungeheuerlichkeit unmenschlicher Herrschaft ist in dieser moralischen Perspektive die zentrale Erfahrung des 20. Jahrhunderts. Leider bedeutet aber die letztliche Krise totalitärer Ideologien, totalitärer Bewegungen und Regime nicht das Ende der Schrecken.

Das 20. Jahrhundert war das Zeitalter des Totalitarismus. Das stimmt, aber es ist gleichzeitig auch das Zeitalter der Demokratie. Die politische und in gewisser Weise auch soziale Demokratie haben sich verbreitet und gefestigt: von einigen wenigen Demokratien und konstitutionellen Monarchien des 19. Jahrhunderts zu der großen Zahl von Demokratien in diesem Jahrhundert. Es ist auch das Jahrhundert der Entkolonialisierung, das zum Ende der kolonialen Imperien führte. Und es ist das Jahrhundert des Entstehens vieler unabhängiger Staaten, einige davon demokratisch, die meisten jedoch nichtdemokratisch. Das 20. Jahrhundert wird gewiß als das Jahrhundert der Unmenschlichkeit des Menschen gegenüber seinem Mitmenschen in Erinnerung bleiben. Aber es steht auch für die universelle Menschenrechtserklärung und deren Umsetzung. Leider scheinen Unmenschlichkeit, Gewalt und Terror nicht das Monopol des Totalitarismus zu sein, obwohl sich die Ausmaße dieser Schrecken vielleicht, wie wir hoffen, nicht wiederholen werden.

Es kann meines Erachtens keinen besseren Beweis für den enormen geschichtlichen Wandel der letzten 25 Jahre geben, als die Tatsache, daß es nach Larry Diamond im Jahre 1974 nur 39 Demo-

kratien[26] in der Welt gab. (Davon lag in nur 28 Ländern die Bevölkerungsgröße über einer Million.) Das waren gerade 27% der damaligen unabhängigen Staaten und 22% der Staaten mit über einer Million Einwohner.[27] Bis Anfang 1998 stieg die Zahl der Demokratien auf 117. Dabei war die absolute Zahl der unabhängigen Staaten um mehr als ein Drittel gestiegen. Das bedeutet letztendlich, daß zu jenem Zeitpunkt die formell demokratischen Staaten einen Anteil von 61% hatten. Die meisten dieser politischen Regime waren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa sowie mit der „dritten Welle“ der Demokratisierung im subsaharischen Afrika entstanden. Dieser Demokratisierungsprozeß vom 19. bis zum Ende dieses Jahrhunderts war ein diskontinuierlicher, der von Huntington im Jahre 1991 mit „drei Wellen“ und „zwei Gegenwellen“ beschrieben worden war. Ich habe versucht, den Aufschwung der Demokratie vor und nach dem 1. Weltkrieg und deren Niedergang in den 20er und 30er Jahren systematisch zu erfassen (Linz 1991). Huntington macht dies für die „zweite Welle“ nach dem 1. Weltkrieg, die weitere 40 Länder auf die Demokratieliste bringt. Das führt zu einer Gesamtzahl von 51 Demokratien. Diese Zahl wird bald darauf durch 22 Übergänge zu nichtdemokratischen Regimen drastisch verringert.

Was die heutige Zeit angeht, so wird unsere Freude über die gestiegene Zahl von Demokratien dadurch gedämpft, daß von den 117 formellen Demokratien des Jahres 1997 nur 82, d.h. 62%, vom „*Freedom House*“ als „frei“ eingeschätzt werden. In einer erheblichen Zahl von Ländern, konkret 93, wurde z.B. im Jahre 1993 ein Rückgang der Freiheitsrechte festgestellt. (Im Vergleich dazu gab es nur in 18 Ländern Verbesserungen.). Sicherlich wäre es nötig, ein ganzes Kapitel über gescheiterte Übergänge zur Demokratie, über unzulängliche oder Scheindemokratien zu schreiben, wobei ich diese eher als „gewählte autoritäre“ Regime bezeichnen würde. Die meisten von diesen Regimen, in denen eine demokratische Fassade die autoritäre Führung verhüllt, sind ethnokratisch, oft auch plebiszitär und mit sultanistischen Komponenten.

Als ich den Text 1974 schrieb, gab es viele „Demokratien“ mit Adjektiven wie „organische“, „Volks-“, „Basis-“ oder „bevormundete“, wobei es diese nichtdemokratischen Regime selbst waren, deren Ideologen und Vorkämpfer, die diese Begriffe benutzten. Viele dieser Regime habe ich in meinem Buch analysiert. Ab Mitte der

---

[26] D.h. Staaten, in denen Regierungsämter durch konkurrierende Wahlen besetzt werden, wobei die Amtsinhaber das Risiko der Niederlage eingehen.

[27] In Huntingtons Liste finden wir für 1973 30 Demokratien mit einer Bevölkerung von über einer Million. Von den 122 Staaten werden 92 als nichtdemokratisch eingeordnet.

70er und dann in den 80er Jahren schälte sich ein relativ klarer Konsens darüber heraus, welche Regime als demokratisch bezeichnet werden können und welche nicht. In den 90er Jahren entstand wieder Verwirrung, aber nun sind es die Demokraten, jene Autoren, die der Demokratie verpflichtet sind, denen man diesen Vorwurf machen muß. Sie sehen die Demokratie ständig voranschreiten, beachten nicht die Übergänge von autoritären bzw. posttotalitären Herrschaftsformen und setzen ihre Hoffnungen auf demokratische Entwicklungen, die unterhalb des Staates ablaufen (Zivilgesellschaft). Mit neuen Adjektiven wird nun der Begriff Demokratie versehen, um diese nichtdemokratischen Regime zu beschreiben und einzuordnen: Schein- bzw. Pseudo-, Semi-, nichtliberale/elektorale oder delegative Demokratien. (Collier/Levitsky 1997, Merkel 1999, Collier/Adcock 1999) Die Tatsache, daß solche Regime nicht in die Basistypen von nichtdemokratischer Politik passen, führt zu solchen Konzeptionalisierungen. Da ich wahrscheinlich selbst auch in diese Falle gelaufen wäre, bin ich unbedingt dafür, konzeptionelle Klarheit zu suchen. Gewiß sollten wir einige Aspekte positiv einschätzen, aber bei weitem nicht alle dieser neuen Muster, und wir sollten uns klar machen, daß sie keine Demokratien sind - selbst wenn wir nur minimale Standards anlegen. Um Verwirrung zu vermeiden, würde ich eher Adjektive vor „Autoritarismus“ als vor „Demokratie“ setzen, demnach also lieber von „gewähltem Autoritarismus“ (*electoral authoritarianism*) , von „Mehrparteien-Autoritarismus“ (*multi-party authoritarianism*), und „Autoritarismus auf zentraler Ebene mit subnationaler Demokratie“ (*center authoritarianism with subnational democracy*) sprechen. Dies sind Vorschläge, und ich sollte sie zu präziseren Konzepten ausarbeiten und die relevanten Dimensionen bestimmen, um die wachsende Anzahl von diesen Regimen typologisch genauer zu fassen.

Eine davon zu unterscheidende Frage ist die nach der Qualität von demokratischem Regieren. Wir finden Regierungen, die aus zweifellos freien und fairen Wahlen entstanden sind, und diese handeln auch nach der Verfassung, sind dem *Rechtsstaat* verpflichtet und respektieren die Menschenrechte. Über die demokratische Überzeugung der politischen Führer gibt keinen Zweifel. Aber sie verfügen über einen Staatsapparat und eine Bürokratie, die dem nicht entsprechen, die auf die Forderungen der Politik nicht oder kaum reagieren. Wir haben Länder, in denen die Gremien der lokalen Ebene entsprechend eigenen Regeln (Verfassungen, Gesetzen) bestellt werden und regieren, und die nicht bzw. kaum von der Zentrale kontrolliert werden können. (Das gilt für viele föderalistische Staaten.) Wir finden Länder, wo die Polizei und das Militär zwar die Einhaltung der Gesetze sichern sollen, jedoch gerade diesen Institutionen jegliches positive Verhältnis zu liberalen Werten fehlt. De-

ren Reorganisation bzw. (Um)Schulung ist ein mühsames Unterfangen und nicht einfach zu erreichen. In wieder anderen Ländern treiben Terroristen und Aufständische, selbst wenn deren Forderungen friedlich ausgedrückt werden können und demokratische Institutionen auf diese reagiert haben, die Spirale von Gewalt und Gegengewalt hoch. Die Bürger haben hier kaum eine Chance, ihre demokratischen Rechte auszuüben. Die Qualität demokratischer Politik hängt, so meine Schlußfolgerung, von der Qualität des Staates ab. Verwaltung, Justiz, Polizei, Militär - das sind alles Institutionen, die auch eine demokratische Regierung nicht kurzfristig gewährleisten kann. Das gilt auch für alle sozialen Kräfte, die gewalttätige und nichtloyale Oppositionen eingeschlossen. Demokratie kann diese nicht immer in die demokratische politische Arena bringen.

Jegliche Analyse über die Qualität demokratischer Politik in solchen „Dritte Welle“-Demokratien hat zu beachten, daß totalitäre Systeme nicht nur politische Institutionen und in den sozialistischen Ländern auch eine sozialistische Kommandowirtschaft geformt, sondern daß sie auch das soziale Leben und die Kultur geprägt haben. Das ist jene Erbmasse, die so schwer zu bestimmen und zu konzeptionalisieren ist, die aber nicht ignoriert werden kann. Die UdSSR ist in dieser Hinsicht verschieden von Mittel- und Osteuropa, ja selbst von den baltischen Republiken, da mehrere Generationen in diesen totalitären und posttotalitären Gesellschaften sozialisiert wurden. Glücklicherweise konnte das Nazi-Regime mit seinen 12 Jahren, also weniger als eine Generation, nicht diese nachhaltige Wirkung haben.

Die Zukunft nichtdemokratischer und nichtliberaler Herrschaft

Eine Frage, die der Leser vielleicht stellen mag, und bei welcher ich sehr zögere, eine Antwort zu geben, ist die Frage nach der Zukunft nichtdemokratischer Politik. Zunächst möchte ich betonen, daß bei aller Freude über den Sieg der Demokratie wir nicht allzu optimistisch sein sollten. Einige der neuen Demokratien stecken in der Krise, und es gibt eine beachtliche Zahl von Ländern, in denen der Übergang zur Demokratie scheiterte. Es gibt ein großes Land, das bisher nicht eine Transition zur Demokratie erfahren hat, obwohl wir zugleich einige beachtliche Liberalisierungen beobachten konnten: die Volksrepublik China. Meiner Meinung nach kann das Regime immer noch als posttotalitär kommunistisch bezeichnet werden. Im Gegensatz zu den Hoffnungen vieler meiner Kollegen denke ich nicht, daß die Herausbildung eines Kapitalismus unbedingt

Demokratie nach sich zieht.[28] Es gibt immer noch große Ungewißheiten über die Entwicklung auf Kuba und in einigen der postkommunistischen Länder in Südostasien. Das gilt ebenso für Nordkorea, wo mittlerweile der Totalitarismus mit sultanistischen Elementen kombiniert wurde. Indonesien ist ein weiteres großes Land, das durch ein autoritäres Regime geprägt wird, wobei die starken sultanistischen Elemente des Suharto-Regimes der demokratischen Transition ein sehr schwieriges Erbe hinterlassen.

Was sich wahrscheinlich geändert hat ist, daß es kein nichtdemokratisches Regime mehr gibt, das irgendwie Intellektuelle anzieht und begeistert, wie dies immerhin in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beobachtet werden konnte. Aber das bedeutet nicht, daß es nicht einige Formen nichtdemokratischer Herrschaft gibt, die für Menschen aus vielen Teilen unserer Erde interessant sind, sie begeistert und anzieht. Das Ende der Ideologien, oder besser die Krise der Ideologie, bedeutet nicht - zumindest nicht außerhalb von Westeuropa -, daß der Nationalismus keine ideologische Anziehungskraft habe. Er hat mittlerweile zu neuen Formen von Ethnokratie geführt, die manchmal durch demokratische Fassaden verhüllt werden. Es ist schwierig zu sagen, ob neue Formen von nichtdemokratischer Herrschaft entstanden sind oder nicht. Vielleicht gehört dazu jener Autoritarismus, der plebiszitär, pseudo-demokratisch sowie ethnokratisch ist und der mit beträchtlichen sultanistischen Elementen durchsetzt ist. Wir treffen auf diesen Typ vor allem an der Peripherie der ehemaligen Sowjetunion. Aber auch in Süd- und Mittelamerika, speziell in einigen präsidentiellen Demokratien mit starken populistischen Traditionen, können autoritäre Tendenzen nicht übersehen werden.

Etwas hat sich im Vergleich zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewiß verändert: Es gibt kein nichtdemokratisches Regime, das heute für Intellektuelle attraktiv ist. Möglicherweise gibt es aber eine Ausnahme, und das ist der Iran. In der Islamischen Republik Iran fand der muslimische Fundamentalismus erstmals eine staatlich-institutionelle Ausgestaltung. Es ist recht schwierig, das iranische Regime in die vorhandenen Typologien einzuordnen, da es die ideologische Entschlossenheit des Totalitarismus mit dem begrenzten Pluralismus des Autoritarismus verbindet. Regelmäßig werden Wahlen abgehalten, bei denen Kandidaten mit unterschiedlichen Politikvorstellungen antreten und bisherige Amtsinhaber oftmals verlieren (Chehabi 1998). In den frühen 80er Jahren war das iranische Regime weltweit für muslimische Aktivisten außerordentlich attraktiv. Es schien solche Elemente wie Teilnahme des Volkes, Herrschaft der *Shari'a*, kulturelle Authentizität und Widerstand

[28] Vgl. dazu die Debatten zur Demokratisierung in China u.a. in WeltTrends Nr. 20 (Herbst 1998).

gegen westlichen Imperialismus erfolgreich zu verbinden. Jedoch hat die Unfähigkeit des Regimes, seine Versprechungen von einem besseren Leben für die Menschen zu erfüllen, zu einer weitverbreiteten Ernüchterung bei vielen Iraner geführt. Hinzu kommen der nicht gerade überzeugende Ausgang des Krieges gegen den Irak und ein wachsendes *Shi'ite*-Sektierertum in der Außenpolitik, die den Enthusiasmus für den Iran in der muslimischen Welt gedämpft haben (Roy 1994). Aber das Scheitern des iranischen Modells einer nichtdemokratischen Herrschaftsform heißt nicht, daß nicht andere nichtdemokratische Formen islamischer Herrschaft innerhalb der Muslims an Attraktivität gewinnen können. Die afghanischen Taliban scheinen z.B. heute einen solchen ideologischen Einfluß in der Kaukasus-Region auszuüben.

In anderen Teilen der Welt wäre überhaupt die Frage nach der Konsolidierung und Stabilität eines Staatswesens zu stellen, gleich unter welchem politischen Regime. Hier geht es darum, die Herrschaft des Chaos, des Mobs, der Söldner und Milizen zu verhindern, also jene Herrschaftsform, die man Chaoskratie (*chaocracy*) nennen kann: Ein Land ohne jegliche zentrale Macht, aber mit der Allgegenwart von Gewalt.

Klassenkampf und ideologische Konflikte waren in der Vergangenheit die hauptsächlichsten Gründe für autoritäre und totalitäre Regime. Die Krise der Ideologie, die Niederlage des Faschismus und die Auflösung der kommunistischen Herrschaft in der Sowjetunion und in Mittel- und Osteuropa sowie die ökonomischen Revolutionen in vielen Teilen der Welt haben gewiß die Voraussetzungen und Grundlagen autoritärer Antworten erheblich verringert. Jedoch wird die Verstärkung des Nationalismus, besonders in vielen multinationalen Staaten, zu Konflikten führen, die man mit autoritärer Politik und Unterdrückung zu lösen versuchen wird. Dies tritt dann ein, wenn einerseits die Herrschenden eine „Nation“ schaffen und dazu die ethnischen und kulturellen Minderheiten in einen „Nationalstaat“ zu integrieren versuchen, andererseits aber verschiedene Minderheiten ein Recht auf Selbstbestimmung formulieren und die Abspaltung fordern. Überbevölkerung und ungerechte Verteilung können große Migrationsströme auslösen und damit wiederum nationale Identitäten untergraben und ökonomische Interessen verletzen. Das kann Diskriminierung und Repression zur Folge haben. Ich denke deshalb, daß der Nationalismus in seinen verschiedenen Erscheinungsbildern die Hauptquelle für den Autoritarismus der Zukunft sein wird. Was jedoch nicht klar beantwortet werden kann, ist die Frage nach den Institutionen, in denen dieser Autoritarismus erscheinen wird.

Politischer und kultureller Nationalismus sind paradoxerweise eine nicht unwahrscheinliche Antwort auf die ökonomische Globalisierung und die Expansion des Weltmarktes und gewisser kultureller Konsumtionsmuster, die mit dieser Ausweitung verbunden sind. Während die wirtschaftlichen Veränderungen notwendig sein können, vielleicht sogar unausweichlich und möglicherweise langfristig auch vorteilhaft sein werden - wenn auch nicht für alle -, so bin ich doch nicht so optimistisch hinsichtlich der positiven Effekte für das Politische. Es ist zweifelhaft, ob dieser Prozeß die Ausweitung und Festigung liberaler Demokratien absichern wird. Manchmal habe ich den Eindruck, wir könnten in die Falle eines „weißen Marxismus" tappen.

Politische Herrschaft, die aus Revolverläufen kam oder mit Säbeln begründet wurde, schuf in diesem Jahrhundert eine gesetzlose politische Ordnung, die auf der mörderischen Unterscheidung von Freund und Feind beruhte. Das gibt es in gewissem Sinne auch am Ende des Jahrhunderts noch. Nun finden wir unabhängige Unternehmer, deren Ware die Gewalt ist. Sie verbinden persönliche Macht, Gier, ethnischen Haß und religiösen Fanatismus, ohne daß sie in der Lage wären, eine politische Ordnung in einer größeren politischen Einheit zu etablieren. Jedoch sind sie fähig, sich jedem Versuch zu widersetzen, sie unterwerfen zu wollen. Das Ergebnis ist Chaoskratie; Enklaven unbegrenzter Macht ohne legitimierende Mythen, seien sie nun wahr oder falsch, die nicht kontrolliert oder unterworfen werden können. Eine solche Situation finden wir heute in vielen afrikanischen Staaten, so in Liberia, Somalia, Sierra Leone oder Ruanda.[29] Aber auch die Herrschaft der *Tamil Tigers* im Norden Sri Lankas, der Taliban in Afghanistan, der Guerilla in weiten Teilen Kolumbiens oder der *UCK* im Kosovo, die kaum von der NATO, geschweige denn UNO kontrolliert wird, all dies entspricht diesem Modell. Wir haben es hier nicht mit Staaten oder politischen Regimen zu tun, sondern mit etwas Neuem, das sicherlich wenig in jene Typen von Herrschaft paßt, die in diesem Band diskutiert werden.

Mein gegenwärtiges Interesse richtet sich auf den Vergleich von Demokratien in all ihren Variationen, speziell ihrer institutionellen Formen: präsidentielle und parlamentarische Demokratien, Zentralstaaten oder föderalistische Staaten. Besonders interessiert mich heute das Verhältnis von Demokratie, Nation und Föderalismus. Ich hoffe, ja vielleicht glaube ich es sogar, daß sich die totalitäre Illusion und Versuchung nicht wiederholen wird. Aber wer will heute schon ausschließen, daß nach Jahrzehnten, in denen real-existierende Demokratien an unlösbaren gesellschaftlichen Problemen scheitern, nicht der Wunsch nach einem politischen System auferstehen

---

29 Unter dem Titel „Afrika - Jenseits des Staates" wird dies ausführlich in *WeltTrends* Heft 14 (Frühjahr 1997) diskutiert.

wird, das durch Homogenität, Gleichheit und Konfliktfreiheit geprägt ist und in dem die Ursachen der Konflikte beseitigt sind. Gerade die Idee von der Nation in einer globalisierten Welt, die sehr stark ist, kann meines Erachtens jene Plattform bieten, von der aus politische Führer demagogisch Massen mobilisieren können. Es sind dies Führer, deren Motive Groll und Ressentiment sind, und die ihre Politik als Antwort auf die Ungerechtigkeiten der Welt verstehen.

Mein Buch von damals wird, was die Möglichkeit eines gewaltfreien Übergangs zu einer liberalen Demokratie angeht und wie sich die Demokratie auf der Welt ausgebreitet hat, heute wahrscheinlich als zu pessimistisch angesehen. Sicherlich habe ich mich da geirrt. Zu jener Zeit gab es nur die Transition in der Türkei nach dem Krieg und die kolumbianische *Concordancia,* und niemand konnte vorhersehen, was 1976 in Spanien begann und danach in anderen Ländern ablief. Das Potential für Veränderungen in Richtung Freiheit und Demokratie würde ich nicht noch einmal unterschätzen. „Sieg und Krise der Demokratie“, der Titel des Buches von Hadenius von 1997, und das Nobel-Symposium in Uppsala von 1994 spiegeln meine eigenen Gefühle in dieser Frage wider. Wir sehen die wachsende Literatur über „fehlerhafte Demokratien“ und über den „*descencanto*“, also über die *Enttäuschung* und *Entzauberung* in Demokratien, und wir haben die erneute Debatte über die Qualität von Demokratien, wobei oft der Gewinn an Freiheit und menschlicher Würde selbst in sehr unvollkommenen Demokratien vergessen wird. Dies alles läßt die Formel vom „Sieg der Demokratie“ recht zweifelhaft erscheinen. Glücklicherweise gibt es aber heute keine attraktiven alternativen Formen, um politisches Leben zu organisieren, die Intellektuelle, Studenten, junge Menschen anziehen und deren Vorstellungskraft entfachen. Vielleicht sollten wir in dieser Frage auch auf den Dichter Friedrich Hölderlin hören, der im *Hyperion* schrieb: „Du räumst dem Staate denn doch zu viel Gewalt ein. Er darf nicht fordern, was er nicht erzwingen kann. Was aber die Liebe gibt und der Geist, das läßt sich nicht erzwingen. Das laß er unangetastet, oder man nehme sein Gesetz und schlag es an den Pranger! Beim Himmel! Der weiß nicht, was er sündigt, der den Staat zur Sittenschule machen will. Immerhin hat das den Staat zur Hölle gemacht, daß ihn der Mensch zu seinem Himmel machen wollte. Die rauhe Hülse um den Kern des Lebens und nichts weiter ist der Staat. Er ist die Mauer um den Garten menschlicher Früchte und Blumen.“[30]

Juan J. Linz, New Haven, 3. November 1999

---

[30] Friedrich Hölderlin, Sämtliche Werke und Briefe, Bd. 1, München 1970, S. 607.

Bibliographie

Allen, William Sheridan (1984), The Nazi Seizure of Power, The Experience of a Single German Town 1922-1945, New York.
Antonowa, Irina/Menkert, Jörn (Hrsg.), (1995), Berlin-Moskau, 1900-1950, München.
Barahona de Brito, Alexandra (1997), Human Rights and Democratization in Latin-America, Oxford.
Bebler, Anton/Seroka, Jim (Hrsg.), (1990), Contemporary Political Systems, Classifications and Typologies, London.
Ben-Ami, Shlomo (1983), Fascism from Above, The Dictatorship of Primo de Rivera in Spain 1923-1930, Oxford.
Berg-Schlosser, Dirk/De Meur, Gisele (1994), Conditions of Democracy in Inter-War Europe, A Boolean Test of Major Hypotheses, in: Comparative Politics 26, 3, S. 253-279.
Berezin, Mabel (1977), Making the Fascist Self: The Political Culture of Interwar Italy, Ithaca.
Beyme, Klaus von (1994), Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt a.M..
Bialer, Seweryn (1980), Stalin's Successors Leadership, Stability and Change in the Soviet Union, Cambridge.
Bracher, Karl Dietrich (1976), Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München.
Bracher, Karl Dietrich (1982), Zeit der Ideologien, Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart.
Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.), (1983), Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945, Eine Bilanz, Düsseldorf.
Bracher, Karl Dietrich (1992), Wendezeiten der Geschichte, Historisch-politische Essays 1987-1992, Stuttgart.
Bratton, Michael/de Walle, Nicolas (1997), Democratic Experiments in Africa, Regime Traditions in Comparative Perspective, New York.
Broszat, Martin (1987), Die Begriffsfrage, Widerstand und Resistenz, in: Broszat, Martin/Fröhlich, Elke, Alltag und Widerstand, Bayern im Nationalsozialismus, München.
Brown, Archie (1996), The Gorbachev Factor, Oxford.
Brown, Archie (1999), The Study of Totalitarianism and Authoritarianism, in: Hayward, Jack/Barry, Brian/Brown, Archie (Hrsg.), The British Study of Politics in the Twentieth Century, Oxford.
Browning, Christopher R. (1992), Ordinary Men, Reserve Police Battalion 101 and the Final Solution in Poland, New York.

Buchstein, Hubertus (1997), Totalitarismustheorie und empirische Politikforschung, Die Wandlung der Totalitarismuskonzeption in der frühen Berliner Politikwissenschaft, in: Söllner, Alfons/ Walkenhaus, Ralf/ Wieland, Karin (Hrsg.), Totalitarismus, a.a.O., Berlin, S. 239-267.

Centeno, Miguel Angel/Font, Mauricio (Hrsg.), (1996), Toward New Cuba, Legacies of a Revolution, Boulder.

Chehabi, Houchang (1991), Religion and Politics in Iran: How Theocratic is the Islamic Republic?, in: Daedalus 120, Summer.

Chehabi, Houchang E. (1995), The Provisional Government and Transition from Monarchy to Islamic Republic in Iran, in: Shain, Yossi/Linz, Juan J. (Hrsg.), Between States, Interim Governments and Democratic Transitions, Cambridge, S. 127-143, S. 278-281.

Chehabi, Houchang E./Linz, Juan J. (Hrsg.), (1998), Sultanistic Regimes, Baltimore.

Chehabi, Houchang E. (1998), Das politische System der Islamischen Republik Iran, in: Renate Schmidt (Hrsg.), Naher Osten, Politik und Gesellschaft, PTB 3, Berlin, S. 180-199.

Collier, David (Hrsg.), (1979), The New Authoritarianism in Latin America, Princeton.

Collier, David/Levitsky, Steven (1997), Democracy with Adjectives, Conceptual Innovation in Comparative Research, in: World Politics 30, 4, S. 477-493.

Collier, David/Adcock, Robert (1999), Democracy and Dichotomies, A Pragmatic Approach to Choices about Concepts, in: Annual Review of Political Science, Bd. 2, S. 537-565.

Costa Pinto, Antonio (1995), Salazar's Dictatorship and European Fascism, Boulder.

Courtois, Stephane/Werth, Nicolas/Panné, Jean Louis/Paczkowski, Andrzej/Bartosek, Karel/Margolin, Jean-Louis (Hrsg.), (1998), Das Schwarzbuch des Kommunismus, Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München.

De Felice, Renzo, Ausgaben der Mussolini-Biographie: Mussolini il fascista, 2 Bd., (1966), Mussolini il Duce, Gli Anni del Consenso, 1929-1936, Bd. 1, Lo Stato totalitario, 1936-1940 Bd. 2, (1974, 1981), Mussolini l'alleato, 2 Bd, (1990), Turin.

De Felice, Renzo (1975), Intervista sul Fascismo a cura di Michael A. Ledeen, Rom.

De Felice, Renzo (Hrsg.), (1991), Bibliografia orientativa del fascismo, Rom.

De Lucena, Mañuel (1976), A evoluçao do sistema corporativo portugués, Lissabon.

De Miguel, Amando (1975), Sociología del Franquismo, Análisis ideológico de los ministros del Régimen, Barcelona.

Diamandouros, Nikiforos/Gunther, Richard/Puhle, Hans J. (Hrsg.), (1995), The Politics of Democratic Consolidation in Southern Europe in Comparative Perspective, Baltimore.
Diamond, Larry (1999), Developing Democracy, Towards Consolidation, Baltimore.
Diamond, Larry/Linz, Juan J./Lipset, Seymour Martin (Hrsg.), (1989), Democracy in Developing Countries, Bd. 2, Africa, Bd. 3, Asia, Boulder.
Diamond, Larry/Hartlyn, Jonathan/Linz, Juan J./Lipset, Seymour Martin (Hrsg.), (1999), Democracy in Developing Countries, Bd. 2, Latin America, überarbeitete 2. Auflage, Boulder.
Di Palma, Giuseppe (1990), To Craft Democracies, An Essay on Democratic Transitions, Berkeley.
Di Palma, Giuseppe (1995), Totalitarian Exists, in: Chehabi, Houchang E./Stepan, Alfred (Hrsg.), Politics, Society and Democracy, Comparative Studies, Essays in Honour of J. J. Linz, Boulder, S. 233-245.
Djilas, Milovan, Disintegration of Leninist Totalitarianism, in: Howe, Irving (Hrsg.), Revisited Totalitarianism in Our Century, New York.
Ekiert, Grzegorz, (1996), The State against Society, Political Crisis and their Aftermath in East Central Europe, Princeton.
Elster, Jon (Hrsg.), (1996), The Roundtable Talks and the Breakdown of Communism, Chicago.
Ferry, Luc/Pisier-Kouchner, Evelyne, (1985), Theorie du totalitarisme, in: Grawitz, Madeleine/Leca, Jean (Hrsg.), Traité de Science Politique, Bd.2, a.a.O., S. 117-159.
Fontaine, Pascal (1998), Lateinamerika, Heimsuchungen des Kommunismus, in: Courtois, Stephane u.a. (Hrsg.), Das Schwarzbuch des Kommunismus, a.a.O., S. 711-747.
Friedheim, Daniel von (1993), Regime Collapse in Democtratic Transitions, The East German Revolution of 1989, in: German Politics 2, S. 97-112.
Furet, Francois (1996), Das Ende der Illusion, Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München.
Geiger, Theodor (1954), Die Legende von der Massengesellschaft, in: Acta Sociologica 1, 1, S. 75-79.
Gentile, Emilio (1975), Le origini dell' ideologica Fascista, 1918-1925, Rom.
Gentile, Emilio (1986), Fascism in Italian Historiography, In Search of an Individual Historical Identity, in: Journal of Contemporary History 21, S. 107-108.
Gentile, Emilio (1989), Storia del partito fascista, 1919-1922, Rom.
Gentile, Emilio (1995), La via italiana al totalitarismo, Il partito e lo stato nel regime fascista, in: La Nuova Italia Scientifica, Rom.

Gentile, Emilio (1996), The Sacralization of Politics in Fascist Italy, Cambridge.
Gentile, Emilio (1997), Il Fascismo e le Via Italiana al Totalitarismo, in: Baducci, V./Andreotti, B. Corbellini (Hrsg.), Sudditi Cittadini, Manduria.
Giner, Salvador (1976), Mass Society, New York.
Gleason, Abbot (1995), Totalitarianism, The Inner History of the Cold War, New York.
Goldhagen, Daniel Jonah (1996), Hitler's Willing Executioners, Ordinary Germans and the Holocaust, New York.
Graham, Lawrence S./Makler, Harry (Hrsg.), (1979), Contemporary Portugal, The Revolution and its Antecedents, Austin.
Grawitz, Madeleine/Leca, Jean (1985), Traité de Science Politique, Bd.2, Les régimes politiques contemporaines, Paris.
Gregor, A. James (1979), Italian Fascism as Developmental Dictatorship, Princeton.
Griffin, Roger (1991), The Nature of Fascism, London.
Gross, Jan T. (1988), Revolution from Abroad, The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia, Princeton.
Hadenius, Axel (Hrsg.), (1993), Democracy's Victory and Crisis, Cambridge.
Henke, Klaus Dietmar (Hrsg.), (1999), Totalitarismus, Dresden.
Hermet, Guy (1985), L'autoritarisme, in: Grawitz, Madeleine/Leca, Jean (Hrsg.), Traité de Science Politique, Bd.2, a.a.O., S. 269-312.
Hermet, Guy (Hrsg.), (1984), Totalitarismes, Paris.
Herz, John D. (Hrsg.), (1982), From Dictatorship to Democracy, Coping with the Legacies of Authoritarianism and Totalitarianism, Westport.
Higley, John/Gunther, Richard (Hrsg.), (1992), Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe, Cambridge.
Hobsbawn, Eric (1994), Age of Extremes, The Short Twentieth Century 1914-1991, London.
Hoffmann, Peter (1979), Widerstand, Staatsstreich, Attentat, Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München.
Hölderlin, Friedrich (1970), Hyperion, in: Sämtliche Werke und Briefe, Bd. 1, München.
Hollander, Paul (1981), Political Pilgrims, Travels of Western Intellectuals to the Soviet Union, China and Cuba, New York.
Howard, Marc (1999), Demobilized Societies, Understanding the Weakness of Civil Societies in Postcommunist Europe, Berkeley.
Howe, Irving (Hrsg.), (1983), 1984 Revisited, New York.
Huntington, Samuel P. (1994), The Third Wave, Democratization in the Late Twentieth Century, Oklahoma.

Huntington, Samuel P. (1996), The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, New York.
Janos, Andrew C. (1982), The Politics of Backwardness in Hungary 1825-1945, Princeton.
Jerez Mir, Miguel (1982), Elites políticas y centros de extracción en España 1938-1957, Madrid.
Jesse, Eckhard (Hrsg.), (1996), Totalitarismus im 20. Jahrhundert, Eine Bilanz der internationalen Forschung, Baden-Baden.
Jowitt, Kenneth (Hrsg.), (1978), Social Change in Romania 1860-1940, A Debate on Development in a European Nation, Berkeley.
Kalyvas, Stathis N., The Logic of Violence in Civil War, (unveröffentlichtes Manuskript).
Kasza, Gregory J., Fascism from Above? Japan's Kakushin Right in Comparative Perspective, (unveröffentlichtes Manuskript).
Kasza, Gregory J. (1995), The Conscription Society, Administered Mass Organizations, New Haven.
Kershaw, Ian/Lewin, Moshe (Hrsg.), (1977), Stalinism and Nazism, Dictatorships in Comparison, Cambridge.
Kershaw, Ian (1993), The Nazi Dictatorship, Problems and Perspectives of Interpretation, London.
Kluge, Ulrich (1984), Der österreichische Ständestaat 1934-1938, München.
Krämer, Raimund (1993), Der alte Mann und die Insel, Kuba auf dem Weg zu einem spätsozialistischen Caudillo-Regime, in: Berliner Debatte Initial, Nr. 2, S. 57-66.
Krämer, Raimund (1995), Kuba, Demokratisierung und imperiale Macht, in: WeltTrends, Nr. 7, S. 92-113.
Krämer, Raimund (1998), Der alte Mann und die Insel, Essays zu Politik und Gesellschaft in Kuba, Berlin.
Kraushaar, Wolfgang (1997), Von der Totalitarismustheorie zur Faschismustheorie, Zu einem Paradigmenwechsel in der bundesdeutschen Studentenbewegung, in: Söllner, Alfons u.a. (Hrsg.), Totalitarismus, a.a.O., S. 267-283.
Kronenberg, Volker (1998), Rückblick auf das tragische Jahrhundert, Furet, Nolte und die Deutung des totalitären Zeitalters, in: Backes, Uwe/ Jesse, Eckhardt (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Baden-Baden, S. 49-80.
Kuper, Leo (1981), Genocide, Its Political Use in the Twentieth Century, New Haven.
Laqueur, Walter (Hrsg.), (1976), Fascism, A Reader's Guide, Berkeley.
Larsen, Stein Ugelvik/Hagtvet, Bernt/Myklebust, Jan Petter (Hrsg.), (1980), Who were the Fascists, Social Roots of European Fascism, Bergen.

Lepsius, Rainer M. (1993), Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Demokratie in Deutschland, Soziologisch-historische Konstellationsanalysen, Göttingen, S. 51-74.

Liddle, R. William (1996), Leadership and Culture in Indonesian Politics, Sydney.

Lieven, Anatol (1993), The Baltic Revolution, Estonia, Latvia, Lithuania, and the Path to Independence, New Haven.

Linz, Juan J. (1980), Political Space and Fascism as a Late-Comer, Conditions Condusive to the Success or Failure of Fascism as a Mass Movement in Inter-War Europe, in: Larsen, Stein Ugelvik/ Myklebust, Jan Peter (Hrsg.), Who were the Fascists, a.a.O., S. 153-191.

Linz, Juan J (1976), Some Notes Toward a Comparative Study of Fascism in Sociological Historical Perspective, in: Laqueur, Walter (Hrsg.), Fascism, a.a.O., S. 8-121.

Linz, Juan J. (1996), Typen politischer Systeme und Achtung der Menschenrechte, Historische und länderübergreifende Perspektiven, in: Jesse, Eckhard (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert, a.a.O., S. 485-537.

Linz, Juan J. (1997), Der religiöse Gebrauch der Politik und/oder der politische Gebrauch der Religion, Ersatzideologie gegen Ersatzreligion, in: Maier, Hans/Schäfer, Michael, (Hrsg.), Totalitarismus und politische Religionen, Paderborn.

Linz, Juan J. (1991), La crisis de las democracias, in: Cabrera, Mercedes/Santos, Juliá/ Aceña, Pablo Martin (Hrsg.), Europa en crisis, Madrid.

Linz, Juan J. (1992), Totalitarianism and Authoritarianism, My Recollections on the Developement of Comparative Politics, in: Söllner, Alfons u.a. (Hrsg.), Totalitarismus, a.a.O., S. 141-157.

Linz, Juan J. (1992), Staat und Kirche in Spanien, Vom Bürgerkrieg bis zur Wiederkehr der Demokratie, in: Greschat, Martin/Kaise, Jochen Christoph (Hrsg.), Christentum und Demokratie im 20. Jahrhundert, Stuttgart, S. 60-88.

Linz, Juan J. (1992), Types of Political Systems and Respect for Human Rights, Historical and Cross-national Perspectives, in: Eide, Asbjørn/Hagtvet, Bernt (Hrsg.), Human Rights in Perspective, A Global Assessment, Oxford.

Linz, Juan J. (1993), Religión y Política en España, in: Díaz Salazar, Raphael/Giner, Salvador (Hrsg.), Religión y Sociedad en España, Madrid, S. 1-50.

Linz, Juan J. (1996), Non-competitive elections in Europe, in: Hermet, Guy (Hrsg.), Elections without Choice, New York, S. 36-65.

Löwenthal, Richard, Widerstand im totalen Staat, in: Bracher, K. D./Funke, M./Jacobsen, H.A. (Hrsg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945, Bonn.
Lyttelton, Adrian (1987), The Seizure of Power, Fascism in Italy, 1919-1929, New York.
Maier, Hans (1996), Politische Religionen - ein Begriff und seine Grenzen, in: Jahresbericht Görres-Gesellschaft 1996, S. 5-21.
Maier, Hans/Schäfer, Michael, (Hrsg.), (1997), Totalitarismus und politische Religionen, Paderborn.
Maravall, José María (1997), Regimes, Politics and Markets, Democratization and Economic Change in Southern and Eastern Europe, Oxford.
Marcou, Lilly (Hrsg.), (1982), L'U. R. S. S. vue de gauche, Paris.
Merkel, Wolfgang (1999), Defekte Demokratien, in: Merkel, Wolfgang/Busch, A., Demokratie in Ost und West, Frankfurt a.M., S. 361-381.
Merkel, Wolfgang (1999), Systemtransformation, Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen.
Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans Jürgen (1999), Von der Diktatur zur Demokratie, Opladen.
Meuschel, Sigrid (1999), Totalitarismustheorie und moderne Diktaturen, Versuch einer Annäherung, in: Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.), Totalitarismus, Dresden, S. 61-78.
Mommsen, Wolfgang J. (1997), Krieg und Kultur, Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle im Ersten Weltkrieg, in: Wissenschaftskolleg zu Berlin, Jahrbuch 1997-1998, Berlin, S. 261-276.
Mosse, George L. (1964), The Crisis of German Ideology, Intellectual Origins of the Third Reich, New York.
Mosse, George L. (1983), Toward the Final Solution, Madison.
Mujal-Léon, Eusebio/Saavedra, Jorge (1997), El postotalitarismo carismático y el cambio de régimen, Cuba en perspectiva comparada, in: Encuentro 6/7, S. 115-123.
Müller, Klaus (1997), East European Studies, Neo-Totalitarianism and Social Science Theory, Berlin.
Nolte, Ernst (1987), Der europäische Bügerkrieg 1917-1945, Nationalsozialismus und Bolschewismus, Frankfurt a.M..
O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Phillipe/Whitehead, Lawrence (Hrsg.), (1986), Transitions from Authoritarian Rule, Prospects for Democracy, Baltimore.
O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Phillipe (1996), Transitions from Authoritarian Rule, Tentative Conclusions about uncertain Democracies, Baltimore.
Offe, Claus (1994), Der Tunnel am Ende des Lichts, Erkundungen zur Transformation im neuen Osten, Frankfurt a.M.

Offe, Claus (1997), Varieties of Transition, The East European and East German Experience, Cambridge.
Ost, David (1990), Solidarity and the Politics of Anti-Politics, Philadelphia.
Ozbudum, Ergun (1995), Parameters of Turkish Democratic Development, The Struggle between the Military-Bureaucratic Founders of Democracy and New Democratic Forces, in: Chehabi Houchang E./Stepan, Alfred (Hrsg.), Politics, Society and Democracy, Boulder, S. 297-310.
Payne, Stanley G.(1987), The Franco Regime 1936-1975, Madison.
Payne, Stanley G. (1995), A History of Fascism 1914-1945, Madison.
Payne, Stanley G. (1999), Fascism in Spain, 1923-1977, Madison.
Pérez-Stable, Marifeli (1999), The Cuban Revolution, Origins, Course and Legacy, New York.
Perlmutter, Amos (1981), Modern Authoritarianism, A Comparative Institutional Analysis, New Haven.
Petersen, Jens (1996), Die Geschichte des Totalitarismus-Begriffs in Italien, in: Maier, Hans u. a. (Hrsg.), Totalitarismus und politische Religionen, a.a.O., S. 15-35.
Peukert, D. (1984), Alltagsgeschichte der NS-Zeit, Neue Perspektive oder Trivialisierung?, München.
Peukert, D. (1987), Inside Nazi-Germany, Conformity, Opposition and Racism in Everyday Life, New Haven.
Pipes, Richard (1984), Survival is not enough, New York.
Pipes, Richard (1990), The Russian Revolution, New York.
Pisier-Kouchner, Evelyne (Hrsg.), (1983), Les interprétations du stalinisme, Paris.
Preston, Paul, Franco, A Biography, New York.
Przeworski, Adam (1991), Democracy and the Market, Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latinamerica, Cambridge.
Ramirez, Manuel (1978), España 1939-1945, Régimen, política e ideología, Barcelona.
Roy, Oliver (1994), The Failure of Political Iran, Cambridge.
Rubenstein, Diane (1990), What's left? The Ecole Normale Supérieure and the Right, Madison.
Rupnik. Jaques (1984), Le totalitarisme vue de l'est, in: Hermet, Guy (Hrsg.), Totalitarismes, Paris, S. 43-71.
Rüschemeyer, Dietrich/Huber Stephens, Evelyne/Stephens, John (1992), Capitalist Development and Democracy, Chicago.
Sartori, Giovanni (1993), Totalitarismus, Modellmanie und Lernen aus Irrtümern, in: Jesse, Eckhard (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert, a.a.O., S. 38-55.
Scalapino, Robert A. (1953), Democracy and the Party Movement in Prewar Japan, Berkeley.

Schmädecke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hrsg.), (1985), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München.
Schmitter, Phillipe C. (1979), The 'Regime d'Exception' that became the Rule, Forty-Eight Years of Authoritarian Domination in Portugal, in: Graham, L.S./Makler, H.M. (Hrsg.), Contemporary Portugal, Austin, S. 3-46.
Schoeps, Julius H. (Hrsg.), (1996), Ein Volk von Mördern? Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust, Hamburg.
Shain, Yossi/Linz Juan J., (Hrsg.), (1995), Between States, Interim Governments and Democratic Transitions, Cambridge.
Söllner, Alfons/Walkenhaus, Ralf/Wieland, Karin, (Hrsg.), (1997), Totalitarismus, Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin.
Staniskis, Jadwiga (1984), Poland's Self-limiting Revolution, Princeton.
Stepan, Alfred, (Hrsg.), (1973), Authoritarian Brazil, Origins, Policies, and Future, New Haven.
Stepan, Alfred (1988), Rethinking Military Politics, Brazil and the Southern Cone, Princeton.
Stepan, Alfred (1978), The State and Society, Peru in Comparative Perspective, Princeton.
Sternhell, Zeev (1978), La droite révolutionaire, 1885-1914, Les origines françaises du fascisme, Paris.
Sternhell, Zeev (1986), Neighter Right nor Left, Fascist Ideology in France, Berkeley.
Stokes, Gale (1993), The Walls Came Tumbling Down, The Collapse of Communism in Eastern Europe, New York.
Thompson, Mark R. (1982), The Anti-Marcos Struggle, Personalistic Rule and Democratic Transition in the Philippines, New Haven.
Thompson, Mark R. (1998), Weder totalitär noch autoritär, Post-Totalitarismus in Osteuropa, in: Siegel, Achim (Hrsg.), Totalitarismustheorie nach dem Ende des Kommunismus, Köln, S. 209-339.
Turner, Henry A. (1989), Geissel des Jahrhunderts, Hitler und seine Hinterlassenschaft, Berlin.
Turner, Henry A. (1999), Victor Klemperer's Holocaust, in: German Studies Review, 22, S. 385-395.
Tussell, Javier (1988), La dictadura de Franco, Madrid.
Tussell, Javier (1992), Franco en la Guerra Civil, Madrid.
Viver Pi-Sunyer, C. (1978), El personal político de Franco (1936-1945), Contribución empírica a una teoría del régimen franquista, Barcelona.

Wincker, Edwin A., (Hrsg.), (1999), Transition from Communism in China, Institutional and Comparative Analyses, Boulder.
Wippermann, Wolfgang (1997), Totalitarismustheorien, Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt.
Wynot, Edward D. Jr. (1974), Polish Politics in Transitions, The Camp of National Unity and the Struggle for Power, 1935-1939, Athens.
Zaslavskaia, Tatiana (1984), The Novosibirsk Report, in: Survey 28 (1), S. 88-108.

Vorwort zur 2. Auflage

Ich war sehr erfreut als ich erfuhr, daß es schon nach drei Jahren eine erneute Auflage dieses Buches in Deutschland gibt. Zwar trübte sich diese Freude ein wenig, als ich von Raimund Krämer, dem Herausgeber, gebeten wurde, eine neue und „kurze", zumindest kürzere, Einleitung als bei der 1. Auflage zu schreiben. Aber ich habe dieses Angebot gern angenommen, denn zwischen November 1999, als ich das Vorwort zur 1. Ausgabe, das *Potsdam Paper I* geschrieben habe, und heute im Frühjahr 2003 hat sich viel in der Welt verändert. Dies nicht nur, aber vor allem nach dem 11. September 2001. Diese Entwicklungen haben unser Denken über Politik generell und politische Regime speziell, seien es demokratische oder nichtdemokratische, spürbar angeregt. Zwar sind die Ergebnisse insgesamt eher mager; weder gibt es über einzelne Regimetypen neue Erkenntnisse, noch finden wir großartige theoretischen Entwürfe, jedoch will ich im Folgenden auf einige interessante politische Entwicklungen und deren akademische Reflexion näher eingehen.

Hinsichtlich der *früheren nichtdemokratischen Regime* des 20. Jahrhunderts haben Historiker und Politologen viel Wissen in Form von Monographien, die sowohl vergleichen als auch theoretisch konzeptionalisieren, zusammengetragen. Dabei versucht man dem zu entkommen, was einige Autoren, vor allem in Deutschland und Italien, als „theoretische Konfusionen" bezeichnen. Es hat sich meines Erachtens ein erheblicher Konsens hinsichtlich der typologischen Bestimmung des Faschismus entwickelt – wenn auch offensichtlich mit unterschiedlichen Betonungen (Griffin 1991 und 2003, Payne 1995). Ebenso finden wir eine wachsende Beschäftigung mit „politischen Religionen". Hier ist auf die stimulierenden Publikationen von Hans Maier – in verschiedenen Sammelbänden – und den wichtigen Beitrag von Emilio Gentile (2001, 2003) zu verweisen. Gentile argumentiert überzeugend, daß Italien totalitärer war, als andere zuzugeben bereit sind. Ich selbst habe versucht, in einer komparativen Studie, die europaweit angelegt ist, die Fragen des Zusammenbruchs von Demokratien mit den Themen Faschismus, Totalitarismus und autoritäre Regime zusammenzuführen. Der exzellente Sammelband „Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südeuropa" von Erwin Oberländer beschäftigt sich ebenfalls mit früheren autoritären Regimen, wobei einige dieser Regime auch als „hybrid" charakterisiert werden könnten. Trotzdem sollten wir vorsichtig sein, die Erfahrungen dieser europäischen Regime auf heutige nichtdemokratische außerhalb Europas zu übertragen. Dort sind jene

Elemente, die mit dem Christentum verbunden sind, die römische Rechtstradition, die Universitäten und die Ausbildung von Beamten oder professionelle Armeen erheblich schwächer oder überhaupt nicht vorhanden. Das macht noch einmal auf die Notwendigkeit solider beschreibender Studien aufmerksam, bevor wir neue, sicherlich auch notwendige, theoretische Konzepte entwickeln. Quantitative Analysen, die auf einigen, manchmal sehr diskussionswürdigen „globalen Indikatoren" basieren, sind dabei nur wenig hilfreich.

Wenn wir uns der *heutigen Entwicklung* zuwenden, so müssen wir zunächst feststellen, daß es keine solche politische Veränderung in den letzten Jahren gab, die einen neuen Regimetyp hervorgebracht hat, wie dies im Zuge der Iranischen Revolution geschehen war. Dagegen ist ein weitverbreitetes Phänomen die Schwäche, ja auch das Scheitern von Demokratisierungen. Dies besonders in Gebieten der ehemaligen Sowjetunion und auf dem Balkan. (Bergland u.a. 2001) Das wurde bisher wenig in den Debatten über den Übergang zur Demokratie beschrieben. Es scheint mir zweifelhaft, ob die Typologie in meinem Buch für eine Interpretation dieser Regime nützlich ist, die korrekterweise als *hybride Regime* bezeichnet wurden. (Karl 1995, Diamond 2002) Sie sind sicherlich keine Demokratien und es ist unwahrscheinlich, daß sie sich in einem Übergangsstadium zur Demokratie befinden. Aber es ist noch unwahrscheinlicher, daß wir sie als klassische autoritäre Regime verstehen können, wie wir sie aus dem 20. Jahrhundert kennen. Sie als *hybrid* zu bezeichnen, sagt uns nur, daß sie eine Mischung von Elementen sind, die wir von vergangenen und heutigen Regimen her kennen. Man kann sie als autoritäre Regime ansehen, jedoch sind einige der Elemente, die solche von mir charakterisierten Regime im letzten Jahrhundert bestimmten, in den meisten dieser heutigen Regime nicht vorhanden. Dazu zähle ich einen begrenzten politischen Pluralismus, die ausgeprägte Rolle der Militärs als einer hierarchisch strukturierten Institution und das Vorhandensein einer starken bürokratischen Tradition oder einer Partei, die in der Tradition kommunistischer oder faschistischer Parteien die Massen mobilisiert. All diese Elemente fehlen heute. Dagegen finden wir eher eine Form sultanistischer Herrschaft, die manchmal bereits eine dynastische Erbfolge aufweist, mit starker Korruption und Prätorianergarden und mit nur wenig oder gar keiner ideologischen Legitimierung der Macht.

Das große Problem bei der theoretischen Bestimmung dieser Regime besteht darin, daß sie einen pseudo-demokratischen Charakter annehmen. Auf der Basis einer vergleichenden Analyse definierten zum Beispiel Steven Levitsky und Lucan A. Way einen besonderen Typ von hybriden Regimes: den konkurrierenden Autoritarismus (*competitive authoritarism*) als zwischen Demokratie und

„klassischen" autoritären Systemen stehend. Kennzeichnend für einen solchen Typ ist ihrer Meinung nach, daß „formale demokratische Institutionen weitestgehend als zentral für den Erwerb und die Durchführung politischer Herrschaft betrachtet werden. Jedoch werden durch die Amtsinhaber diese Regeln so häufig und in solch einem Ausmaß verletzt, daß diese Regime nicht mehr die konventionellen Minimalstandards einer Demokratie erfüllen". (Levitsky/Way 2002; S. 52-53.) Diese Regime benutzen einige der klassischen Institutionen westlicher Demokratien, wie Wahlen, parlamentarische Gremien und Verfassungen; aber sie pervertieren sie bis zur Unkenntlichkeit. Im Gegensatz zur Vergangenheit definieren heute nichtdemokratische Herrscher ihre Regime nicht als eine eigene, unverwechselbare Form der politischen Organisation. Der letzte interessante Versuch war die Iranische Revolution mit ihren theokratischen Elementen, die mit einem semipräsidialen System kombiniert wurden - und hier warten wir noch auf die umfassende Monographie.

Wie kann Demokratie gemessen werden? Diese Frage ist angesichts der diffusen Grenzlinien zwischen jenen Regimen, die für sich beanspruchen, demokratisch zu sein – und die demokratisch sein können – und jenen hybriden Regimen wieder höchst aktuell. (Munck u.a 2002) In der Vergangenheit, speziell in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, war es– von einigen Ausnahmen abgesehen – leicht, nichtdemokratische Regime zu bestimmen: diese selbst lehnten die Institutionen, Prozeduren und Werte der Demokratie ausdrücklich ab. Heute ist das Problem komplexer. Und wenn wir dann noch versuchen, die gestiegene Zahl von Staaten auf diesem Globus zu klassifizieren, potenzieren sich die Probleme. Wenn einige Kollegen heute vor ihrem Computer sitzen und mit ihren Kriterien und Indizes arbeiten, dabei kaum etwas von den Ländern selbst kennen und auch wenig von alternativen Kennziffern wissen, die zu anspruchsvollen statistischen Analysen führen, so sind die Resultate oft eher zweifelhaft. Das trifft noch stärker für die quantitativen Analysen von nichtdemokratischen Ländern und deren Verortung in Skalen und Tabellen zu. Bei der Lektüre solcher Beiträge, und noch mehr wenn solche Indizes genutzt werden, sollten wir uns der vielen Probleme bewußt sein, die Munck und Verkuilen bei der Debatte des Artikels von Coppedge/Marshall und Ward aus dem Jahre 2002 aufwerfen. Ganz offenbar sind diese Klassifizierungen nichtdemokratischer Regime auf der Grundlage solcher Skalierungen ohne jeglichen theoretischen Gehalt.

Der Zerfall der Sowjetunion hat von Sowjetrepubliken zu unabhängigen Staaten geführt. Der wichtigste davon ist *Rußland* selbst. Hier finden wir zwar viele jener Institutionen, die wir mit Demokratie verbinden. Jedoch wurden die Wahlen als *„elections without order"*

charakterisiert, der Staat befindet sich in einer tiefen Krise und die Herrschaft des Gesetzes, d.h. der *Rechtsstaat*, ist zumindest als „schwach" zu bezeichnen. (Brown 2001, Rose 2002) Ein interessantes Phänomen haben wir in diesem Zusammenhang in *Zentralasien.* Hier finden wir recht eindeutige autoritäre Herrschaftsformen und die demokratische Fassade ist mehr als durchsichtig. (Dawisha u.a.1999, Luong 2002) Diese autoritäre Herrschaft ist wahrscheinlich weder Ergebnis eines mobilisierten Nationalismus noch Resultat einer gemeinsamen kulturellen und sprachlichen Identität mit historischen Wurzeln, wie wir es auf dem Balkan vorfinden. Auch eine Mobilisierung von traditionellen religiösen Gefühlen und Strukturen trifft hier nicht zu. Tatsächlich haben sich die Herrscher eher von solchen Formen der Mobilisierung ferngehalten, während sie zugleich jede Art von Opposition, die auf solchen Identitäten basierte – und die manchmal auch von außen unterstützt wurde –, unterdrückt haben. Sie nutzten vor allem Wahlen oder Plebiszite, um mit der Zeit ihre Macht auszubauen. Ich halte es für sinnlos, hier von „defekten" oder „delegativen Demokratien" zu sprechen. Solche Konzepte wie „Semi-Demokratien", „Fassaden-Demokratien", „Wahl-Demokratie" oder „illiberale Demokratie" scheinen hier nicht besonders brauchbar zu sein. Für passender halte ich - in bestimmten Fällen - den Terminus „gewählter Autoritarismus" (*electoral authoritarianism*) . Jedoch brauchen wir eine umfassende Darstellung, wie solche Präsidenten, z.B. Karimov in Usbekistan oder Akaev in Kirgistan, ihre Herrschaft errichtet und dann konsolidiert haben. Es scheint, als wären die Regierungsstrukturen und die Eliten der kommunistischen Phase einfach *recycled* und in den neuen Staat integriert worden. Um solche Regime besser zu verstehen, müßten wir mehr über die posttotalitäre Phase in der Sowjetunion wissen, in der die jeweiligen regionalen Führungen ihre klientelistischen Machtstrukturen etablierten und eine Art „nationale Identität" schufen, die es ihnen erlaubte, ohne Probleme an der Macht zu bleiben. Und dies selbst nach der Auflösung der Sowjetunion, was in machen Fällen ja gar nicht gewünscht wurde. Die hervorragende Studie von Kathleen Collins (2002, 2003 i.E.) zu den drei zentralasiatischen Republiken Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan zeigt, wie trotz unterschiedlicher Wege sich in diesen Ländern eine „unkonsolidierte Klanherrschaft" etabliert hat. Sie unterscheidet richtig zwischen Regimen, die rein klientelistisch sind, und solchen auf Stammesbasis. Trotz der personalisierten Herrschaft der Präsidenten zögere ich, hier von sultanistischer Herrschaft zu sprechen, weil diese auf Stämmen basierende Herrschaft – wie Collins zeigt – noch auf die vorsowjetische Zeit zurückgeht. Selbst in den Zeiten schärfster sowjetischer Repression überlebte diese Form der Herrschaft, erreichte dann erhebliche Bedeutung in der posttotalitären Breshnew-Phase und blühte in der postsowjetischen Übergangsphase und der folgen-

den staatlichen Unabhängigkeit geradezu auf. Auch im Fall von Kirgistan konnten in einer relativ liberalen und demokratischen Periode andere potentielle Kräfte, wie die in den Städten entstehenden Parteien, die Intellektuellen, die nichttraditionellen Segmente der Gesellschaft oder auch islamistische Kräfte, nicht zu politisch relevanten Akteuren werden. Der nichtliberale Charakter dieser Regime verstärkte sich mit den Anstrengungen der amtierenden Präsidenten, unter allen Bedingungen an der Macht zu bleiben. Zugleich war dies eine Antwort auf die wirtschaftlichen Krisen in diesen Ländern und auf die – berechtigte oder unberechtigte – Furcht vor einer Auflösung der Staaten, die selbst nur über eine begrenzte, noch aus der sowjetischen Zeit stammende Legitimität verfügen und eine geringe „nationale Identität" besitzen. Deshalb finden wir hier einen schwachen autoritären Typus vor, der mehr auf einflußreichen sozialen Strukturen, den Klans, als auf Ideologie, Nationalismus, Religion oder einer einzelnen Partei basiert. Trotzdem haben wir hier eine gewisse Kontinuität zur sowjetischen Phase, da diese Klanstrukturen eng mit der kommunistischen Partei und den landwirtschaftlichen Kolchosen verknüpft sind. Diese Verbindung zwischen einer starken Klanstruktur und der politischen Macht unterscheidet das oben beschriebene System von einem „reinen" sultanistischen Regime. Eine vorläufige Antwort könnte auch in der Natur von posttotalitärer kommunistischer Herrschaft zu finden sein, die sich in einer sozialen Landschaft entfaltet, in der über Jahrzehnte Kahlschlag getrieben wurde. Hier schufen klanartige, lokale und familiäre Einheiten solche Verbindungen, die dann in die herrschende klientelistische Strukturen eingebunden werden konnten. Diese Einheiten, das sei betont, sind keine Basis für eine Zivilgesellschaft. Wir haben es hier weniger mit Übergängen von einer Form des Autoritarismus zu einer anderen zu tun, als vielmehr mit Transformationen von Posttotalitarismus oder einer gescheiterten Demokratie hin zu einer anderen Form nichtdemokratischer Herrschaft. Der kommunistische Totalitarismus ist nur dahingehend relevant, daß jene Gesellschaften über Jahrzehnte hinweg durch die sowjetische Herrschaft mit ihrer konsequenten Säkularisierung, partiellen Modernisierung und kulturellen Standardisierung geformt wurden. Dazu gehören auch die Parteimaschinerie und die klientelistischen Beziehungen zwischen Region und Zentrum. Neu ist eigentlich nur der unabhängige Staat. Dies sind durchaus faszinierende Fragen, die künftig mehr systematische vergleichende Forschung erfordern.

In den anderen kommunistischen Ländern außerhalb der Sowjetunion, speziell in Asien, fanden keine bedeutsamen Veränderungen in den politischen Regimen statt. (Thompson 2001) Trotzdem gehen wirtschaftliche und damit verbundene soziale Entwicklungen in China und Südostasien vor sich, die das ideologische Erbe unterminieren. Das gilt besonders für Vietnam. Die wissenschaftliche

Literatur über *China* debattiert weiterhin, ob ein Wechsel in politischer Hinsicht zu erwarten ist. Dabei stehen sich zwei Positionen gegenüber: Einige gehen davon aus, daß größere wirtschaftliche Veränderungen und die Herausbildung einer neuen kapitalistischen Mittelschicht, die nicht direkt mit politischer Macht verbunden ist, letztlich zur Demokratie führe – ich nenne diese Position „weißen Marxismus". Andere meinen, daß für einen politischen Wechsel andere Dinge geschehen müßten, insbesondere innerhalb der Eliten. Selbst die nähere Zukunft ist hier nicht absehbar, da die Veränderungen der letzten Jahre keine Hinweise dafür liefern, in welche Richtung die Entwicklung letztlich gehen wird. Was *Nord-Korea* betrifft, so kann nicht viel Neues über die Verbindung von totalitären und sultanistischen Elementen in einer persönlichen Herrschaft gesagt werden.

Neue Demokratien sind, genauso wie ältere, nicht immun gegenüber Krisen, auch nicht gegen einen Zusammenbruch. Darauf habe ich zusammen mit Alfred Stepan bereits früh verwiesen. Dabei kam die Bedrohung (zumeist) nicht von den alten Eliten, was viele Beobachter anfangs befürchteten. Deren Versuche scheiterten. Die Nomenklatura der postkommunistischen Regime hielt es für profitabler, sich von der politischen Macht zu verabschieden und ihre Positionen im öffentlichen Sektor und der Wirtschaft zu nutzen, um ökonomische Macht zu erlangen. Sie nahm dabei am Privatisierungsprozeß teil, den sie – oft zu ihrem eigenen Gewinn – organisierte. Ein Phänomen, das weiterer Untersuchungen bedarf, besteht darin, daß sich die mittleren Eliten des früheren Systems als Führer neuer oder umstrukturierter Parteien behaupten und dank ihrer politischen Fähigkeiten und lokalen Einflußmöglichkeiten in den Wahlen oft gewinnen konnten; in manchen Fällen führte der Aufstieg bis in die Regierungsspitze.

In *Lateinamerika* hat das Militär, das in der Vergangenheit stets bereit war, die Macht in Krisenzeiten zu übernehmen, dies gegenwärtig nicht getan. Auch wenn große Teile der Bevölkerung noch der Armee vertrauen, hier ist sicherlich Argentinien eine Ausnahme, so versuchten die Militärs nicht, die Macht wieder an sich zu reißen. Sie agierten eher als Makler im Konflikt zwischen politischen Führern und dem öffentlichen Protest, wie z.B. in Ecuador. Einer der wenigen militärischen Aufstände, der von Hugo Chávez im Venezuela der frühen 90er Jahre, wurde niedergeschlagen. Chávez lernte seine Lektion und er nutzte danach die Krise der traditionellen Parteien aus, um die Präsidentschaftswahl legal zu gewinnen. Die wirtschaftlichen Krisen, die wir in einigen lateinamerikanischen Staaten vorfinden, führten zu einer starken Mobilisierung der Massen, zu Demonstrationen und Streiks, bei denen z.B. Frauen kräftig Kochtöpfe schlugen und Präsidenten zum Rücktritt brachten. So der Fall

in Argentinien. Jedoch auch hier wurde die Krise weiterhin innerhalb der institutionellen Mechanismen behandelt, und es kam nicht zu einem Staatsstreich oder zu einer revolutionären Übernahme. Manchmal sicherten gerade die Formen legaler Demokratie, durch internationalen Druck und mit Hilfe der öffentlichen Meinung gestärkt, das Überleben von solchen Regimen, so in Venezuela, wo die „*Revolución Bolivariana*“ von Hugo Chávez die verschiedenen Krisen in einer hochgradig polarisierten Gesellschaft überstand.

Was die *islamische Welt* betrifft, so hat sich seit der Verkündung der *Clash*-These durch Huntington und im Kontext einer andauernden Nahostkrise, der Taliban in Afghanistan, dem 11. September und natürlich auch des Irak-Konfliktes die Literatur über das Verhältnis von Islam und Demokratie geradezu sprunghaft vermehrt. Aber wenig davon basiert auf konkreten Analysen. Tatsächlich werden sowohl die demokratischen Regime in islamischen Ländern selbst als auch die Unterschiede in der Politik zwischen arabischen und anderen islamischen Ländern weitestgehend ignoriert. (Stepan/Robertson 2003). Ausnahmen gibt es, wie z.B. die jüngst publizierte Studie zu Tunesien von Caman und Geisser.

Obwohl Al Quaida und andere islamistische Bewegungen solch erschütternden Einfluß haben, besitzen sie kaum Vorstellungen darüber, wie ein Staat zu organisieren sei. Sie wenden sich nicht an Bürger eines bestimmten Staates, sondern an eine weiter definierte religiöse, kulturelle und ethnische Gemeinschaft. Wenn sie Islam und Scharia anrufen, dann interessieren sie sich weniger darum, *wie* Macht und deren Institutionen zu organisieren sind, sondern vielmehr, *daß* islamische Gesetze erlassen und durchgesetzt werden. Und das kann auf verschiedene Art und Weise erreicht werden: durch demokratisch gewählte Regierungen, wie in einigen Bundesstaaten Nigerias, oder durch traditionelle Herrscher bzw. Führer bestimmter Ethnien, wie die Taliban in Afghanistan. Wenn eine komplexe religiöse Gemeinschaft oder ein institutionalisierter Klerus, wie der im Iran und unter den Schiiten, fehlen, können wir bei diesen Regimen nicht von einer Theokratie sprechen. Man kann dies eher dahingehend interpretieren, daß hier die Religion die Politik benutzt, obwohl wir nicht wissen, in welchem Maße wiederum Politiker selbst die Religion ausnutzen, um ihrer Herrschaft mittels eines islamistischen Anscheins Legitimität zu geben, wie in der Endphase des säkularen Baathisten Saddam Hussein.

Wenn man dieses Buch heute neu schreiben würde, müßte in einem Kapitel auch die Verbindung zwischen traditioneller monarchistischer Herrschaft und einem begrenzten Pluralismus, bei dem die Liberalisierung von der Demokratie ferngehalten wird, z.B. wenn es um Mitbestimmung von Frauen geht, diskutiert werden. Das könnte man am Beispiel der Golfstaaten Kuwait, Bahrain, Oman und auch Saudi-Arabiens untersuchen. (Seznec 2002, Herb 2002) Trotz der

Anhäufung von Reichtum durch die jeweiligen königlichen Familien und der ausufernden Korruption passen sie aufgrund der traditionellen Legitimation ihrer Herrschaft nicht in das Konzept des modernen Typs von sultanistischer Herrschaft.

Wenn ich die detaillierte Untersuchung von Nicolas van de Walle aus dem Jahre 2002 über Politik im *subsaharischen Afrika* lese, fühle ich mich ein wenig verloren. Was ist dort los? Nur einige wenige Fälle, in denen wir von stabiler Demokratie sprechen können, nur wenige erfolgreiche Transitionen, einige Autokratien, die mittels Wahlen zu „*electoral authoritarian regimes*“ transformierten, in einigen Fällen die Erneuerung der Führer, in anderen – wie in Zimbabwe - deren Rückentwicklung; dazu einige Versuche, die Macht durch zeitliche Vorgaben für die Präsidentschaft zu begrenzen. Hinzu kommen tragische Fälle wie der Kongo und die Elfenbeinküste, wo wir die Auflösung des Staates, ethnisch gefärbte Bürgerkriege und die Macht von Söldnertruppen vorfinden. Ich halte es dabei für schwierig, soziale, wirtschaftliche oder kulturelle Faktoren auszumachen, die für diese politischen Entwicklungen allein und primär entscheidend sind. Dagegen scheinen die Persönlichkeit der Führer und die politischen Eliten selbst für die jeweilige Entwicklung wichtig zu sein. Aus meiner Sicht geht es in der wissenschaftlichen Debatte über politische Regime in diesem Raum zwar auch um die Perspektiven für die Demokratie, jedoch sollte die Diskussion vor allem über die Stabilität und die Vielfalt von autoritärer Herrschaft geführt werden. Obwohl es einige Länder in Afrika gibt, in denen oppositionelle Führer durch Wahlen an die Macht kamen, sind autoritäre Regime noch immer zahlenmäßig dominierend. (Joseph 2003, Young 2002) Problematischer noch ist die große Zahl jener Länder, die durch Bürgerkriege zerrissen sind, und wo sich Nachbarstaaten einmischen. Hinzu kommen die Länder mit ethnisch-religiös geprägten Aufständen, und am schlimmsten von alledem ist es in jenen Ländern, in denen sich der Staat faktisch auflöst und sich eine „Chaoskratie“ etabliert. Die vielen internationalen Bemühungen um Frieden in diesen Ländern haben letztlich Regierungen gestützt, die einfach unfähig sind, auch nur elementare staatliche Funktionen zu erfüllen, und die auf das Engagement von Nichtregierungsorganisationen angewiesen sind. In Afrika, aber auch in anderen Teilen der Welt, haben wir oft keine gefestigten politischen Regime bzw. Staaten. In Gesellschaften, die vom Krieg geprägt sind, übt nicht nur die Armee, sondern üben auch Milizen und Söldner die Macht aus; hier bemühen sich Nachbarstaaten, Freiwillige und internationale Akteure als „*Peacekeepers*“ um eine politische Ordnung. In den Büchern von Ricardo René Laremont und Adekeye Adebajo und Chandra Lekha Scriram wird uns diese schreckliche Realität vorgeführt.

Gewiß, die sogenannte vierte oder besser „fünfte Welle" der Demokratisierung nagt an den Hoffnungen vieler NGO-Aktivisten und auch so mancher Kollegen. Jedoch hat sie ein sehr komplexes Erbe hinterlassen, dem wir uns stellen müssen. Dazu gehört die Problematik Staat. Die Art von Staat, die wir von der westlichen Geschichte kennen, mit seinen Grenzen und Institutionen, seiner Bürokratie und Armee, den Gerichten, den Steuern und der Rechtsordnung, fehlt weitestgehend. Nationale Identität oder die Identifikation mit dem Staat scheinen bedeutungslos für eine Bevölkerung zu sein, die sich eher über ethnische Gruppen oder Klans definiert, die oft über die meist künstlichen Staatsgrenzen hinweg bestehen. Hinzu kommen religiöse Gemeinschaften, die sich mit ethnischen Gruppen und lokalen Gemeinden wiederum überschneiden, und traditionelle Autoritäten, die zwar ohne irgendeine formelle Position sind, aber von Politikern oder Generälen unterstützt werden. Vertikale klientelistische Strukturen, die von jenen geschaffen werden, die die Macht hatten oder noch haben, unterstützen die Herrschenden in nichtdemokratischen, aber auch in formal demokratischen Systemen. Wahrscheinlich sind Anthropologen mehr als Politikwissenschaftler dafür geeignet, diese Strukturen zu beschreiben. Aber auch von den Historikern, die sich mit vormoderner Politik und mit Großreichen beschäftigen, können wir in diesen Fragen lernen. In dieser Situation sollte unser Interesse nicht so sehr der Frage des Aufbaus bzw. Erhalts eines Regimes gelten, sondern eher der Bildung von Staaten, und – meiner Meinung nach der hoffnungslosesten aller Fragen – der Herausbildung von Nationen. Unter solchen Umständen wird Macht fragmentiert, sie ist willkürlich und basiert auf einer Mischung von Zwang und Passivität. Aber ohne einen funktionierenden Staat und ein bestimmtes Maß von Identifikation der Menschen mit diesem – daran sei noch einmal erinnert - ist Demokratie mit all ihren komplexen Institutionen unwahrscheinlich. Man kann dies noch erweitern: Ohne einen Staat und seine grundlegenden Strukturen sowie einer (hinreichenden) Legitimation durch seine Untertanen bzw. Bürger ist ein stabiles politisches Regime, sei es autoritär oder demokratisch, schwer vorstellbar. In der weitgehend europäischen und lateinamerikanischen Orientierung meiner Arbeiten wurde das in gewissem Maße vernachlässigt, wobei dies für das Verständnis der politischen Prozesse in anderen Teilen der Welt fundamental ist.

Sicherlich gibt es heute Orte, wo auf lokaler Ebene Formen von Autorität und Ordnung hergestellt wurden, die man sogar als „demokratisch", aber nicht als liberal ansehen kann. Trotzdem ist die Perspektive einer stabilen, legitimen und demokratischen Ordnung sehr zweifelhaft – denn sie ist mit einer internationalen Kontrolle verbunden. Wie kann man eine solche Herrschaft, wie wir sie heute in Bosnien-Herzogowina, im Kosovo, in Afghanistan und vielleicht

auch im Irak vorfinden, theoretisch fassen? Die nichtdemokratischen Regime in den Zwischenkriegsjahren des 20. Jahrhunderts waren das Ergebnis des Zusammenbruchs von Demokratien oder der Enttäuschung über den Übergang von liberal-konstitutionellen Regimen hin zur Demokratie. Die heutigen nichtdemokratischen Regime entsprangen entweder Revolutionen gegen autokratische vorkonstitutionelle Herrschaft oder sie entstanden kurz nach der staatlichen Unabhängigkeit. Hier gibt es weder demokratische Traditionen noch einen *Rechtsstaat,* auf dem man Demokratie aufbauen könnte. Die inneren Kräfte für eine Demokratisierung sehen sich deswegen einer schwierigen Aufgabe gegenüber und auch äußere Interventionen werden wahrscheinlich nicht viel Unterstützung finden. Die Analogie zur Re-Demokratisierung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und der Demokratisierung nach dem Fall der Mauer ist deshalb eher irreführend.

Die Frage nach den *Voraussetzungen für Demokratie* steht heute mehr denn je. Ich habe mich dazu in früheren Arbeiten über politische Krisen demokratischer Systeme geäußert, und ich beschäftige ich mich auch in meinen laufenden Arbeiten über Föderalismus, Demokratien, Staat und Nation intensiv damit. Sicherlich kommen diese Debatten auch auf die Arbeiten von Seymour Martin Lipset zu diesem Thema zurück, speziell zum Problem des Entwicklungsniveaus, sowohl des wirtschaftlichen als auch des menschlichen. (Lipset 1959) Einige sozialwissenschaftliche Theorien betonen, daß die Voraussetzungen für Demokratie in vielen Länder der „vierten" oder „fünften" Welt nicht existieren. Vor allem die sozialen, wirtschaftlichen und menschlichen Defizite seien für den Übergang zu Demokratie und vor allem für deren Konsolidierung nicht günstig. Andere verweisen auf das Fehlen von kulturellen Voraussetzungen, indem sie die „a-demokratischen" oder sogar „anti-demokratischen Werte" bestimmter Kulturen hervorheben. Als Sozialwissenschaftler wissen wir aber auch, daß jene verbreiteten und leicht zu vereinfachenden Theorien stets ihre Ausnahmen haben. Größtenteils beschreiben sie die komplexe soziale Realität vieler Länder nicht korrekt. Und wir wissen auch, daß es erfolgreiche Demokratien in Ländern mit einem niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsstand gibt. Dazu gehört Indien, die größte Demokratie der Welt. (Linz, Stepan, Yadav, i.E.) Diese Regierungen können sich gegen Gegner selbst verteidigen, sogar gegenüber gewaltbereiten, und dies in einer zivilisierten Art und Weise, auch wenn dies manchen radikalen Liberalen nicht zufrieden stellen vermag. Wir kennen außerdem Formen der Zusammenarbeit zwischen Religion und Politik, die zweifellos mit der Demokratie vereinbar sind. (Stepan 2001) Dabei kam es zu einer Art „freundschaftlicher Trennung" statt radikalem Bruch zwischen Kirche und Staat. Wir wissen auch, daß in einigen (wenigen)

Teilen der Welt Menschen verschiedener Sprachen, Kulturen und Identitäten lange miteinander lebten, und daß doppelte Identitäten in einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft zweifellos Platz finden. Das erfolgt manchmal mittels föderaler Institutionen; manchmal wird auch Multikulturalität anerkannt, jedoch geht dies offensichtlich nicht ohne Spannungen ab.

In diesem Zusammenhang sollten wir die Rolle der politischen Führung nicht unterschätzen. Meine Hoffnungen auf Demokratisierung selbst in Ländern, in denen viele Voraussetzung fehlen, gründen sich – trotz aller Einschränkungen – auf die politischen Eliten und deren Handeln. Larry Diamond betont die vielen Faktoren, die in Richtung Demokratie Druck ausüben, wobei er speziell auf die für eine Demokratisierung günstige öffentliche Meinung in vielen dieser Länder verweist. Er hat dazu umfangreiches Zahlenmaterial von Umfragen aus vielen Teilen der Welt zusammengetragen und vielleicht wird uns eines Tages ein „*World-Barometer of Democracy*“ nähere Auskunft liefern. Trotzdem will ich meine Skepsis gegenüber solchen Überlegungen, es könne zu einer „Demokratie von unten“ trotz Fehlens einer reformorientierten Elite kommen, nicht verhehlen. Politische Führer, die einer freiheitlichen Gesellschaft verpflichtet sind, und ein Staat, der die Gesetze und demokratischen Institutionen achtet, können durchaus mit Erfolg in schwierigem Gelände handeln. Wenn einige nichtdemokratische Regime fähig zur Liberalisierung sind und Voraussetzungen für einen Übergang zur Demokratie schaffen, so sind es dabei die politischen Führer, die – bei Vorhandensein einer moderaten Opposition – als „Werkzeuge“ solch eines Übergangs handeln.

Korruption ist eine weitere wichtige Frage in der heutigen Forschung über politische Regime. (Darden 2002) Es ist ein Phänomen, das wir in allen politischen Systemen finden. (Auch demokratische Institutionen und Prozesse sind dagegen nicht gefeit.) Korruption ist sicher ein wichtiges Element für den sultanistischen Typus, aber auch für autoritäre Regime mit sultanistischen Tendenzen. Totalitäre Systeme, wie ich sie definiert habe, passen meist nicht in das Schema eines korrupten Staates; sie haben andere Mechanismen, Gehorsam zu erlangen. Zugleich muß betont werden, daß es autoritäre Regime gab und gibt, die ein niedriges Niveau der Korruption haben – in einigen Fallen ist dies sogar geringer als in etlichen gefestigten Demokratien. Deshalb sollte autoritäre Herrschaft, die eng mit politisch institutionalisierter Korruption verbunden ist, als ein spezifischer Subtyp betrachtet werden. Wenn das Ausmaß der Korruption nur als eine Frage der Qualität einer Demokratie gefaßt wird, so scheint mir das unzureichend, denn was anderswo eine Krankheit darstellt, gehört hier zum Kern des politischen Systems. Es sei hier auf das Beispiel der „Vierten Republik“ in Nigeria verwiesen.

(Harnischfeger 2002, Lewis 2003) In diesem Fall kann auch die interessante Frage aufgeworfen werden, ob diese Probleme durch den multiethnischen, multikulturellen und multireligiösen Charakter eines solchen föderalen Staates noch verstärkt werden? Eine Intervention der Zentralregierung wird von den regionalen Gruppierungen als Angriff auf ihre Machtstrukturen in den verschiedenen Bundesstaaten angesehen und entsprechend abgewehrt. Regionale Machthaber haben die Kontrolle über bewaffnete Milizen, sie sind gewaltbereit und drohen offen mit Bürgerkrieg. Demokratisierung und Föderalismus haben in dieser multinationalen Gesellschaft eine Art von „föderalisierter sultanistischer Herrschaft" hervorgebracht.

Wir sollten in diesem Kontext bedenken, daß Macht auch – hauptsächlich oder allein – auf der Kontrolle ökonomischer Ressourcen basieren kann, und seien es erbeutete, wie die Einkommen aus dem Verkauf von Öl, Diamanten oder Drogen. (Snyder 2002) Dies ist mit Gewalt und Korruption verbunden, um über eine mehr oder weniger passive und sich nicht artikulierende Bevölkerung zu herrschen. Die wirtschaftlichen Ressourcen stammen hier nicht aus Steuern, sondern aus Beutezügen und aus Korruption. Damit können sowohl die eigenen Anhänger zufriedengestellt als auch die Prätorianergarde bezahlt werden, ohne daß man sich auf eine professionelle Armee stützen muß. (Young 2002) Diese Staaten sprechen außerdem das Schuldgefühl der entwickelten Länder an und versuchen, die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung mittels ausländischer Hilfe und Nichtregierungsorganisationen sicherzustellen. Wichtig ist: Hier haben wir es zwar mit schwachen Staaten, aber mit starker Herrschaft zu tun! Die Rebellion gegen eine solche Herrschaft ist sehr schwierig. Sicherlich kann man über Teile des Landes die Kontrolle erlangen, aber Anpassung oder gar Auswanderung sind bessere Überlebensstrategien für den einzelnen. Ihren Widerstand führen sie dann in einem Nachbarland oder in Paris. Dort schreiben sie über ihre schlechte Regierung, jedoch die Menschen bewegen sie kaum. Hier haben wir es mit Formen *illegitimer* Herrschaft zu tun, die allein auf Korruption und Gewalt beruht. Ich denke, es führt eher in die falsche Richtung, wenn wir versuchen, in diesen Fällen einen bestimmten Regimetyp zu bestimmen.

Nach dem Kalten Krieg wurde nichtdemokratische Herrschaft in ganz neuer Art und Weise herausgefordert. Dies trug zu deren Instabilität bei, jedoch nicht notwendigerweise zu einem Übergang zur Demokratie. Im 20. Jahrhundert hatten nichtdemokratische Herrscher noch ihre Vorbilder in Großmächten, den kommunistischen Ländern und – etwas früher – in den faschistischen Staaten. Diese imitierte man. Anfangs wurde dies als „Modernisierung" ausgegeben, wofür sie dann sogar direkt oder indirekt unterstützt wurden. Intellektuelle in jenen Ländern selbst, aber auch im Westen, sympa-

thisierten oft mit ihnen. Später, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, brachte Antikommunismus den autoritären Regimen noch zusätzlich die Unterstützung der USA ein. Heute haben diese Regime nicht solchen Rückhalt. Im Gegenteil, ihnen bläst ein kräftiger Wind entgegen: starke Forderungen nach Demokratisierung, und breite Unterstützung für die Menschenrechte und die Wilsonschen Ideen von nationaler Selbstbestimmung. Hinzu kommen die sozialen Spannungen durch die starke Zunahme der Bevölkerung, geringes wirtschaftliches Wachstum und die Wirkungen der Globalisierung. Gerade der letzte Faktor, die Globalisierung, sei es deren tatsächlicher Einfluß oder nur der in der politischen Rhetorik leidenschaftlich herausgestellte, fördert eine populistische Mobilisierung gegen die „Zwänge“, die vom Westen bzw. von der internationalen Gemeinschaft ausgehen. Die Krisen, die sicher oft mit der Globalisierung verbunden sind, haben zur Instabilität von Demokratien beigetragen. Zwar führten sie nicht zu Regimewechseln, oft jedoch zu einer populistischen, plebiszitären und personalisierten Präsidialdemokratie.

Ein wichtiger Aspekt dabei ist, inwieweit Wahlen in solchen Regimen durch internationale Beobachter legitimiert bzw. delegitimiert werden. (Carothers 1997) Gewählte Herrscher, die ihre Macht undemokratisch ausführen, berufen sich gern auf die bei Wahlen erlangte „ursprüngliche Legitimität“ ihrer Herrschaft, um ihre Macht zu erhalten. Demgegenüber klagt die unterdrückte Opposition über „illegitime Machtausübung“.

Zusammenfassend kann man sagen, daß heute in vielen Ländern die Stabilität der traditionellen bzw. modernen autoritären Herrschaft stärker gefährdet und die Institutionalisierung einer solchen Herrschaft schwieriger ist. Ergebnis dessen ist, daß wir heute viele Formen pseudo-demokratischer Institutionalisierung und auch neue Formen nichtlegaler Repression und staatlicher Gewalt vorfinden. Zugleich beobachten wir das Anwachsen von Rebellion, Guerilla und Terrorismus. Zwar erhalten diese Kräfte nur begrenzte Unterstützung, und sie werden wahrscheinlich auch nicht das Zentrum der Macht übernehmen können, jedoch erschweren sie das Regieren in dem jeweiligen Lande ganz erheblich.

Es gibt heutzutage international eine ausgeprägte Neigung, den Prozeß der Demokratisierung von außen zu forcieren, ja sogar Demokratie aufzwingen zu wollen. Dabei beschwört man die erfolgreichen Re-Demokratisierungen in Europa, speziell in Deutschland, und die Demokratisierung Japans nach den Siegen der Alliierten im Zweiten Weltkrieg. Aber diese Erfahrung kann nicht auf andere Teile der Welt ausgeweitet werden. Es war dort möglich, weil bereits Staaten und Nationen mit einer langen Geschichte existierten, die im 19. Jahrhundert oder nach der Meiji-Restaurationszeit viele der Vor-

aussetzungen für eine Demokratisierung entwickelt hatten. Und sie besaßen eine Geschichte liberaler Verfassungen, ja sogar einer Demokratie *vor* einer jeweils kurzen nichtdemokratischen Herrschaftsperiode. Verglichen damit werden von außen auferlegte oder eingeführte Demokratisierungen in anderen Teilen der Welt weitaus größere Schwierigkeiten haben.

Staaten, die die Menschenrechte gravierend verletzen und ihre Nachbarn bedrohen, sollen keinen legitimen Platz in der internationalen Gemeinschaft haben, so die Forderung einiger Idealisten von heute. Das schließt dann ein, daß entweder die „Gemeinschaft demokratischer Staaten" oder sogar ein einzelner demokratischer Staat das Recht haben, in solche Länder (militärisch) zu intervenieren. Dies ist eine gefährliche Vorstellung, die die internationale Ordnung untergräbt und Konsequenzen hat, die heute noch nicht absehbar sind. Es gibt auch Stimmen, die das universelle Recht fordern, Herrscher weltweit strafrechtlich zu verfolgen, die verantwortlich für Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind, d.h. jeder Richter sollte überall die rechtliche Möglichkeit haben, gerichtlich gegen diese vorzugehen. Man fragt sich natürlich dann, ob irgendeiner dieser Herrscher je freiwillig seine Macht abgeben wird. Die heutige internationale Ordnung basiert auf der Existenz von verschiedenen Regimen – von liberalen und demokratischen bis hin zu autoritären, totalitären und sultanistischen. Gegner eines jeden dieser Regime erhielten stets mehr oder weniger versteckte Unterstützung von der jeweils anderen Seite. In einigen Fällen führte dies sogar zu Bürgerkriegen. Selbst wenn ein Staat einen anderen angriff, war es unwahrscheinlich, daß ein „Regimewechsel" zum Kriegsziel erklärt wurde. Jedoch nach den ideologischen Konflikten des letzten Jahrhunderts und der Passivität bzw. Toleranz gegenüber den Grausamkeiten von Diktaturen haben die Verpflichtung zum Schutz von Menschenrechten und die Hoffnung auf Demokratisierung bei so manchem Politiker – und auch Akademiker – dazu geführt, daß sie für eine internationale Ordnung eintreten, die solche Prinzipien nun konsequent durchsetzt – wenn nötig auch mit Gewalt. (Daedalus 2003, Chandler 2003) Dieses Ideal oder besser diese Utopie führe zu einer Weltordnung, in der solche Regime international völlig delegitimiert wären. Es ist jetzt, im März 2003, da ich dies schreibe, nicht klar, wer auf welcher Basis solch eine Politik formulieren und – was noch schlimmer wäre – umsetzen könnte. Neue Arten der Kriegsführung im Kampf gegen Terrorismus machen diese Konzepte noch schwammiger und zugleich noch gefährlicher.

Meine Überlegungen in diesem „kurzen" 2. Vorwort möchte ich mit der Aufforderung beenden, daß wir als Wissenschaftler weiterhin nichtdemokratische Politik in allen Teilen der Welt sorgsam untersuchen. Wir sollten der Qualität nichtdemokratischer Herrschaft und

dem Potential für (mögliche) Veränderung mehr Aufmerksamkeit schenken. Ich habe das Gefühl, daß wir heute noch nicht ausreichend Informationen und auch nicht die intellektuellen Werkzeuge dafür haben. Die Einteilung der Staaten dieser Welt entsprechend den Klassifikationen vom *Freedom House* oder anderer global angelegter Studien sind nur ein Schritt in diese Richtung – und dazu noch ein sehr begrenzter. Wir werden dafür eine neue konzeptuelle Herangehensweise entwickeln müssen. So wie wir es im 20. Jahrhundert angesichts der damaligen neuen Formen von Politik taten, müssen wir an die heutige Realität herangehen, und dies in allen Teilen der Welt. Dabei sollten wir aus unserer Erfahrung erkennen, daß es sich hierbei nicht um eindimensionale Phänomene handelt, die auf einer Achse zwischen den Extrempunkten Demokratie und Totalitarismus bzw. sultanistische Herrschaft variieren, sondern daß wir mehrdimensionale Unterscheidungen machen müssen. Damit können wir dann auch zu einer konzeptionellen Karte von nichtdemokratischen Regimen in der Welt des 21. Jahrhunderts gelangen. Daß auf diesem Wege auch diese Buch weiterhin behilflich sein möge, ist mein Wunsch für diese 2. Auflage.

Juan J. Linz, New Haven, im März 2003

Bibliographie

Adebajo, Adekeye/Chandra Lekha Sriram (Hrsg.), Managing Armed Conflicts in the 21st Century, London, Frank Cass, 2001.

Bergland, Sten/Aarebnet, Frank H./Vogt, Henri/Karasimeonov, Georgi, Challenges to Demogracy. Eastern Europe Ten Years After the Collapse of Communism, Chelterham, Edward Elgar, 2001.

Berg-Schlosser, Dirk/Mitchell, Jeremy (Hrsg.), Conditions of Democracy in Europe, 1919-1939, Systematic Case Studies, Houndmills, Basingstoke, MacMillan Press, 2000.

Berg-Schlosser, Dirk, Empirische Demokratieforschung. Exemplarische Analysen, Frankfurt/Main, Campus, 1999.

Botti, Alfonso, Nazional cattolicesimo e Spagna Nuova (1881-1975), Milano, Franco Angeli, 1992.

Brown, Archie (Hrsg.), Contemporary Russians Politics. A Reader, Oxford, 2001,

Caman, Michel/Vincent Geisser, Le syndrome autoritaire. Politique en Tunisie, de Bourguiba a' Ben Ali, Paris, Presses de Sciences Po, 2003.

Carothers, Thomas, „The Rise of Election Monitoring: The Observers Observed“, Journal of Democracy, Nr. 8 (July 1997), S. 16-31.

Chandler, David, „The domestic dynamic behind humanitarian intervention“, WeltTrends, 38 (Frühjahr 2003), S. 120-134.

Collins, Kathleen, „The Political Role of Clans in Central Asia“, Comparative Politics, January 2003, S. 171-190.

Collins, Kathleen, „Clans, Pacts and Politics in Central Asia“, Journal of Democracy, 13, Nr. 3 (July 2002), S. 137-152.

Collins, Kathleen, Clan Politics and Regime Transformation in Central Asia, i.E.

Daedalus. Journal of the American Academy of Arts and Sciences, Winter 2003.

Darden, Keith, „Graft and Governance; Corruption as an Informal Mechanism of State Control“, Paper auf der Konferenz „Non-Democratic Regimes and Trajectories after the Cold War“, Harvard University, Davies Center for Russian Studies, 10./11. Mai 2002.

Dawisha, Karen/Parrott, Bruce, (Hrsg.), Conflict, Cleavage and Change in Central Asia and the Caucasus, Cambridge, Cambridge University Press, 1997.

Diamond, Larry, „Elections without Democracy: Thinking about Hybrid Regimes“, Journal of Democracy, 13, Nr. 2 (April 2002).

Diamond, Larry, „Thinking about Hybrid Regimes“, Journal of Democracy, 13, Nr. 2 (April 2002) S. 21-50.

Diamond, Larry, Can the Whole World become Democratic? Democracy, Development and International Factors, The 2002-03 Henry Eckstein Lecture, Center for the Study of Democracy (ORV), Irvine, California, (Gekürzte Version unter dem Titel „Universal Democracy“, in: Policy Review, June-July 2003, S. 3-25.)

Gentile, Emilio, La via italiana al totalitarismo. Il partito e lo Stato nel regime fascista, Roma, 1995, 2002.

Gentile, Emilio, Il culto del littorio. La sacralizzazione delle politico, nell' Italia fascista, Roma, Bari, 2001.

Gentile, Emilio, Renzo De Felice, Lo storico e il personaggio, Roma, Bari, Laterza, 2003.

Griffin, Roger, The Nature of Fascism, New York, Routledge, 1991.

Griffin, Roger, „Fascism's new faces (and new facelessness) „ in the „post fascist“ epoch, in: Erwegen Wissen Ethik (EWE), Stuttgart 2003.

Harnischfeger, Johannes, „Nigerias Vierte Republik, Vom Niedergang der Demokratie und vom Aufstieg der Milizen“, WeltTrends, 36 (Herbst 2002), S. 123-138.

Herb, Michael, „Emirs and Parliaments in the Gulf“, Journal of Democracy, 13, Nr. 4 (October 2002), S. 33-40.

Howard, Marc Morje', The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe, Cambridge, Cambridge University Press, 2003.

Joseph, Richard, „Africa States in Crises“, Journal of Democracy, 14, 3, July 2003.

Karl, Terry Lynn, „The Hybrid Regimes of Central America“, Journal of Democracy, 6, Nr. 3 (1995), S. 72-86.

Kasekamp, A., The Radical Right in Interwar Estonia, New York, St. Martin's press, 2000.

Laremont, Ricardo René (Hrsg.), The Causes of War and the Consequences of Peacekeeping in Africa, Portsmouth, New Hampshire, Heinemann, 2002.

Levitsky, Steven/Way, Lucan A., „The Rise of Competitive Authoritarianism“, Journal of Democracy, 13, Nr. 2, (April 2002) S. 51-65.

Lewis, Peter M., „Nigeria Elections in a fragile Regime“, Journal of Democracy, 14, Nr. 3 (July 2003), S. 131-144.

Linz, Juan, Fascismo, Autoritarismo, Totalitarismo, Connessioni e differenze, Roma, Ideazione Editrice, 2003. (Erscheint demnächst in Deutsch in Hans Meier, Totalitarismus und politische Religionen, Verlag Ferdinand Schönigh, Paderborn)

Linz, Juan/ Alfred Stepan/ Yogendra Yadav, „State Nation or Nation State?“, Comparative Reflections on Indian Democracy, i.E. (Im Verlag Shanker Bagpai, unter dem Titel Managing Diversity in Democracies: India and the United States.)

Linz, Juan J., Fascism, Breakdown of Democracy, Authoritarian and Totalitarian Regimes; Coincidences and Distincitions, Estudio Working Papers, 2002/1279, Madrid, Instituto Juan March de Estudios e Investigaciones.

Lipset, Seymour Martin, „Some Social Requisites of Democracy“, American Political Science Review, 1959.

Luong, Pauline Jones, Institutional Change and Political Continuity in Post-Soviet Central Asia. Power, Perceptions and Pacts, Cambridge, Cambridge University Press, 2002.

Munck, Gerardo/Verkuilen, Jay, „Conceptualizing and Measuring Democracy. Evaluating Alternative Indicies“, Comparative Political Studies, 35, Nr. 1 (February 2002) S. 5-34, (Dem folgten Beiträge von M. Coppedge, M. G. Marshall, T. R. Garr, Ch. Davenport und K. Jaggers; M. D. Ward sowie die Antwort von Munck und Verkuilen.)

Oberländer, Erwin (Hrsg.), Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südeuropa, 1919-1944, Paderborn, Ferdinand Schönigh, 2001.

Rose, Richard, „How Muslims View Democracy. Evidence from Central Asia“, Journal of Democracy, 13, Nr. 4 (October 2002), S. 102-111.

Rose, Richard/Munro, Neil, Elections without Order. Russia's Challenge to Vladimir Putin, Cambridge, Cambridge University Press, 2001.

Payne, Stanley G., A History of Fascism, 1919-1945, Madison, University of Wisconsin press, 1995.

Przeworski, Adam/Michael E. Alvarez/José Antonio Cheibub/Fernando Limongi, Democracy and Development. Political Institutions and Well Being in the World 1950-1990, Cambridge, Cambridge University Press, 2001.

Seznec, Jean-Francois, „Stirrings in Saudi Arabia", Journal of Democracy, 13, Nr. 4 (October 2002), S. 33-40.

Snyder, Richard, „Similar Resources, Different Politics, Divergent Political Trajectories in the Context of Lootable Wealth", (Paper auf der Konferenz „Non-Democratic Regimes and Trajectories After the Cold War", Harvard University, 10./11. Mai 2002.)

Stepan, Alfred, „The World's Religious Systems and Democracy: Crafting the ‚Twin Tolerations'" in: Arguing Comparative Politics, Oxford, Oxford University Press, 2001.

Stepan, Alfred/Graeme B. Robertson, „An ‚Arab' more than ‚Muslim' Electoral Gap", Journal of Democracy, 14, Nr. 3 (July 2003) S. 30-44.

Thompson, Mark R., „Whatever Happened to ‚Asian Values'?", Journal of Democracy, 12, Nr. 4 (October 2001).

Van de Walle, Nicolas, „Africa's Range of Regimes", Journal of Democracy, 13, Nr. 2 (April 2002), S. 66-80.

Young, Crawford, „Pluralism, Ethnicity, and Militarization", in: Ricardo René Laremont, a.a.O., S. 37-57.

I. Einleitung

Von der Vielfalt und dem Vorherrschen nichtdemokratischer Regime

Regierungen sind recht verschiedenartig, und es ist nicht einerlei, ob ich Bürger oder Untertan dieses oder jenes Landes bin, zumal nicht im Alltag. Zugleich wissen wir, daß fast alle Regierungen oftmals ziemlich gleich handeln, und manchmal halten wir wie die reinsten Anarchisten alle Staaten für ein und dasselbe. Das Wissen um diese Zweideutigkeit ist ein Ausgangspunkt unserer intellektuellen Bemühungen als Sozialwissenschaftler. Ein Leben unter Stalin oder Hitler verlief anders als in Großbritannien oder in Schweden in jenen Jahren. Das gilt für den normalen Bürger, aber mehr noch für jene, die wichtige Positionen in ihren Gesellschaften einnehmen.[1] Selbst wenn man nicht solche Extreme bemüht: Das Leben war für viele Menschen in Franco-Spanien anders als in Italien, ganz sicher aber für einen Funktionär der Kommunistischen Partei. Als Sozialwissenschaftler wollen wir die komplexen Beziehungen der Menschen zu ihrer Regierung beschreiben und verstehen, warum diese in den verschiedenen Ländern so unterschiedlich sind. Persönliche Betrachtungen, wie sie in den Memoiren von Politikern, Generälen, Intellektuellen, Widerstandskämpfern oder ehemaligen KZ-Häftlingen sowie in literarischen Werken ihren Ausdruck finden, sollen hier weitestgehend unbeachtet bleiben. Es sind dies Erfahrungen, die Menschen mit der Macht gemacht haben, oftmals mit einer sehr brutalen und willkürlichen Macht. Uns geht es hier allein um die Sichtweise des Sozialwissenschaftlers. Es geht darum, durch Beobachtung, d.h. durch Analyse der Gesetze, der gerichtlichen und administrativen Entscheidungen, anhand von Berichten über die Tätigkeit des Staates und durch Interviews mit politischen Führern oder mittels Statistiken den Versuch zu unternehmen, das unterschiedliche Funktionieren politischer Systeme zu beschreiben und schließlich auch zu erklären.

Aber selbst die besten Darstellungen des politischen Lebens in einer bestimmten Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit können uns nicht zufriedenstellen. Ähnlich Aristoteles, als er die unterschiedlichen Verfassungen der griechischen Poleis seiner Zeit vergleichend

---

[1] Eine exzellente vergleichende Studie zweier Gesellschaften (der UdSSR und der USA) unter unterschiedlichen politischen Systemen und deren Auswirkungen auf das Leben des einzelnen findet sich bei Hollander (1973).

beschrieb, versuchen wir, die ganze Komplexität und Vielfalt auf eine begrenzte Zahl von Typen zu reduzieren, die sich voneinander in genügendem Maße unterscheiden, um die Vielfalt der realen Verhältnisse zu erfassen. Zugleich sollen mit dieser Reduktion jene Elemente erfaßt werden, die eine genügend große Zahl von politischen Systemen miteinander teilt. Bei einer solchen Konzeption muß gefragt werden, warum diesen politischen Systemen manche Charakteristika gemeinsam sind und worin schließlich ihre Unterschiede bestehen. Die Klassifizierung politischer Systeme bildet einen Kern der Sozialwissenschaft seit ihrem Entstehen. Klassifiziert wurde auch in anderen Bereichen der sozialen Realität – ebenso wie die anderer Aspekte unserer Realität wie z.B. Wirtschaftssysteme, Religionen oder Verwandtschaftsstrukturen. Neue Formen politischer Organisation, eine veränderte Art, Macht und Autorität zu schaffen bzw. anzuwenden, aber auch veränderte Werte und daraus neugewonnene Sichten führen unweigerlich auch zu neuen Klassifikationen. Die intellektuelle Herausforderung, vor der wir stehen, ist somit alles andere als einfach, konfrontiert sie uns doch mit einer politischen Realität, die in ständiger Veränderung begriffen ist. Die alten Begriffe passen nicht mehr. Alexis de Tocqueville schrieb über „eine Form der Repression, die demokratischen Nationen droht und in nichts dem ähnelt, was auf dieser Welt an Erfahrung bisher gemacht wurde... Sie ist etwas Neues. Daher muß ich sie zu definieren suchen, weil ich sie nicht benennen kann." Leider müssen wir nun einmal Namen für Realitäten finden, die wir gerade erst zu definieren suchen. Schlimmer noch, wir stehen dabei nicht allein. Diejenigen, die das politische Leben der Staaten des 20. Jahrhunderts bestimmen, wollen ihr politisches System ebenfalls beschreiben, definieren, benennen – und zwar so, wie sie es gerne hätten und wie andere glauben sollen, daß es sei. Die Perspektiven der Wissenschaft aber und die der politischen Akteure fallen augenscheinlich nicht zusammen. Es werden dieselben Worte verwendet, doch sie haben einen anderen Sinn. Dies macht konzeptionelle Klarheit um so zwingender. Hinzu kommt, daß sich Gesellschaften nicht nur in der Art unterscheiden, wie sie ihr politisches Leben organisieren, sondern auch darin, wie sich die Machtbeziehungen außerhalb der Sphäre des Politischen gestalten. Gewiß werden jene, die andere gesellschaftliche Dimensionen für wichtiger halten als das Regierungssystem, eine Konzeptualisierung der Unterschiedlichkeit von Gesellschaften bevorzugen, in der die Politik nur eine, und nicht einmal die wichtigste Dimension ist. Mein Anliegen aber ist es, die Unterschiede politischer Systeme als eigenständiges Problem zu behandeln.

Eine der einfachsten Methoden, ein Konzept zu definieren, besteht darin, zu sagen, was damit nicht gemeint ist. Wenn wir auf diese

Weise vorgehen, müssen wir zu allererst wissen, was das Andere ist, so daß wir sagen können, daß es nicht unser Konzept ist. Wir beginnen mit der Annahme, wir wüßten, was Demokratie sei, und konzentrieren unser Augenmerk auf sämtliche politische Systeme, die nicht mit unserer Definition von Demokratie in Einklang zu bringen sind. Als Giovanni Sartori (1962a, S.135-157) den Gebrauch solcher Termini, wie Totalitarismus, autoritäre Herrschaft, Diktatur, Despotismus und Absolutismus, die seit langem als dem der Demokratie entgegengesetzt angesehen werden, kritisch Revue passieren ließ, stellte er fest, daß es heutzutage schwieriger geworden ist, zu wissen, was Demokratie nicht ist. Meines Erachtens ermöglichen jedoch die bisherigen Arbeiten, den Begriff Demokratie ausreichend zu bestimmen und auf eine so große Zahl politischer Systeme anzuwenden, daß man sie mittels ein- und derselben Definition charakterisieren kann. In diesem Sinne beschäftigen wir uns im folgenden mit politischen Systemen, denen ein entscheidendes Charakteristikum gemeinsam ist: nicht wie jene zu sein, die wir anhand unserer Definition von Demokratie beschreiben werden. Insofern haben wir es im folgenden mit *nichtdemokratischen* Systemen zu tun.

Diese grundlegende Zweiheit wird herkömmlich mit Termini wie Polykratie und Monokratie, Demokratie und Autokratie beschrieben. Im 18. Jahrhundert wurden die Begriffe Absolutismus und Despotismus als deskriptive und zugleich ideologische Begriffe zur Beschreibung jener Regierungen benutzt, die keiner Beschränkung unterlagen (*legibus solutus)*, wenngleich auch der ambivalente Begriff eines „aufgeklärten Despotismus" verwandt wurde. Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, als sich konstitutionelle Regierungsformen etablieren konnten, zumindest auf dem Papier, waren in den meisten westlichen Ländern Begriffe wie Liberalismus und „*Rechtsstaat*" zu Symbolen des politischen Fortschritts geworden. Die neuen autokratischen Regierungsformen wurden zu jener Zeit allgemein als Diktaturen bezeichnet. Mussolini übernahm in den 20er Jahren Giovanni Gentiles neo-idealistische Konzeption vom „ethischen" und „totalitären" Staat und brachte dies folgendermaßen zum Ausdruck: „Die bewaffnete Partei führt zum totalitären Regime, ... eine Partei, die totalitär eine Nation regiert, ist etwas Neues in der Geschichte."[2] Bereits wenig später fand der Terminus in Deutschland

2 Zum Gebrauch des Begriffes „totalitär" bei Mussolini sowie generell in Italien siehe Jänicke (1971), S. 20-36. Diese Arbeit, die eine sehr ausführliche Bibliographie enthält, bietet die beste geschichtliche Untersuchung zur Verwendung des Begriffs, seinen Variationen sowie die dazugehörige Polemik. Bemerkenswert ist, daß dieser Begriff auf faschistische und kommunistische Regime nicht nur von Liberalen, Katholiken oder Konservativen angewandt wurde, sondern auch von So-

sein Echo; allerdings stärker unter Politik- und Rechtswissenschaftlern als in der Naziführung selbst. Carl Schmitt z.B. fixierte ihn bereits 1931 schriftlich. Die Karriere des Wortes war eng mit dem bekannten Buch von General Ludendorff *„Der totale Krieg“* aus dem Jahre 1935[3] verknüpft, in dem gewissermaßen die alte Clausewitz-Konzeption auf den Kopf gestellt wurde: Aus dem „Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ wurde der Frieden als Vorbereitung auf den Krieg, d.h. die Politik als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Ernst Jünger, einflußreicher Schriftsteller jener Zeit, prägte das Schlagwort von der *„totalen Mobilmachung“* (1930). Bald darauf hielt diese Idee - in positiver Konnotation - Einzug in den politischen Diskurs, bis hinein in juristische Texte, wie etwa in die Statuten der spanischen Einheitspartei. Bereits in den 30er Jahren machten Autoren wie Sabine (1934) diesen Begriff für die Charakterisierung von neuen mobilisierenden Einparteien-Regime, faschistischer und kommunistischer, nutzbar. Robert Michels bemerkte bereits 1928 die Ähnlichkeit zwischen bolschewistischen und faschistischen Parteien (1928, S. 770-772) und Trotzki schrieb 1936: „Stalinismus und Faschismus sind trotz des gravierenden Unterschieds in ihren sozialen Begründungen symmetrische Phänomene. In etlichen ihrer charakteristischen Merkmale zeigen sie eine tödliche Ähnlichkeit“. (1937, S. 278) Viele Faschisten, insbesondere linke, spürten die Nähe zwischen ihren Idealen und denen eines nationalrussischen Kommunismus, wie Stalin ihn vertrat.[4] So war es nicht allein liberalen Kritikern vorbehalten, die Affinität zwischen den faschistischen Mächten und der Sowjetunion sowie den Nutzen eines Konzepts zu entdecken, das die beiden neuartigen politischen Phänomene erfaßte. Wie wir noch sehen werden, kam es erst in jüngerer Zeit zu einer Gegenreaktion auf die Überdehnung und den Mißbrauch dieses Konzepts, die sich dann schließlich auch gegen seine intellektuelle Fruchtbarkeit richtete. Bereits in den 30er Jahren waren einige Theoretiker, die für autoritäre, antidemokratische Lösungen in der Politik eintraten, mißtrauisch gegenüber den aktivistischen Mobilisationsmodellen des totalitären Staates. Sie waren um die Autonomie des Staates gegenüber der Gesellschaft besorgt und unterschieden zwischen dem autoritä-

---

zialisten wie Hilferding, der sich schon 1939 in dieser Weise äußerte. Hilferding verwarf bereits 1936 die marxistische Analyse des totalitären Staates (siehe Jänicke, 1971, S. 74-75 und Hilferding, 1947b, S. 266).

3 Zum Konzept des totalen Krieges siehe Speier (1944).

4 Eine Erörterung der Ähnlichkeiten des sowjetischen und des faschistischen Regimes in der Wahrnehmung Trotzkis und der italienischen Faschisten findet sich bei Gregor (1974, S. 183-188). Eine weitere Untersuchung dazu ist nachzulesen bei dem spanischen Linksfaschisten Ledesma Ramos (1935, S. 288-291).

ren und dem totalitären Staat einerseits und dem, was sie den neutralen, liberalen demokratischen Staat nannten, andererseits (Ziegler, 1932; Voegelin, 1936). Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden diese Begriffe nur wenig Echo. Angesichts des Übergangs einiger autoritärer Regime zur Demokratie während der Zeit des Kalten Krieges, wie z.B. der Türkei und Brasiliens, und erster demokratischer Formen, die sich die neuen unabhängigen Nationen gaben, schien es, als würde die Zweiteilung in Demokratie und Totalitarismus ausreichen, um die Gesamtheit der politischen Systeme zu beschreiben, zumindest aber die beiden Pole benennen, zwischen denen sich sämtliche Systeme auf einer Achse bewegen. In diesem Kontext wurden etliche Regime, die sich weder als demokratisch noch als totalitär einordnen ließen, unter dem Begriff der „vormundschaftlichen Demokratien" (*tutelary democracies*) gefaßt. Bei diesen handelte es sich um Regime, die formal die Normen eines demokratischen Gefüges erfüllten und deren Eliten eine Demokratisierung der politischen Institutionen anstrebten, auch wenn sie sich der Tragweite dessen nicht unbedingt bewußt waren. Andere wurden als „traditionelle Oligarchien" verstanden, die schlicht überlebt hatten (Shils, 1960). So wurden Regime, die sich zwischen diesen beiden Grundtypen wiederfanden, entweder nach ihrer demokratischen Zukunft oder gemäß ihrer traditionsbehafteten Herkunft eingeordnet, und man fand dafür z.B. den Begriff der „modernisierten Oligarchie". Dabei ist allerdings bemerkenswert, daß man sich mehr auf das Ziel einer ökonomischen Entwicklung als auf die Natur der sich behauptenden bzw. zu schaffenden politischen Institutionen orientierte.

Wenige Jahre später schlugen die großen demokratischen Hoffnungen in Lateinamerika, insbesondere in den entwickelteren Republiken Südamerikas, sowie in den ehemaligen Kolonien, die zunächst erfolgreich die britischen und französischen demokratischen Verfassungsordnungen gemeistert hatten, in Enttäuschung um. Zugleich überlebten autoritäre Regime wie Spanien und Portugal unerwartet die Niederlage der faschistischen Achsenmächte. Politikwissenschaftler entdeckten, daß diese Regime keineswegs als erfolglose totalitäre Regime anzusehen waren. Kaum einer ihrer Begründer vertrat eine totalitäre Konzeption von Gesellschaft und Staat. Diese Regime funktionierten auf eine vom Nazi-Regime bzw. den stalinistischen Regimen sehr verschiedene Art und Weise. Ihre politischen Führer, vorwiegend in der Dritten Welt, wollten ihre Nationen mittels einer zeitweiligen autoritären Herrschaft auf die Demokratie vorzubereiten, wobei sie das liberale Demokratiemodell in wachsendem Maße ablehnten. Eher versuchten sie, das leninistische Modell einer Avantgardepartei, die den neuen Staat oder die neue Nation schaffen soll, zu imitieren. Bald sah man auch, daß die ideologischen Bekundungen und die Organisationsstatuten der Parteien und Massenbewegungen in nahezu allen Fällen keinesfalls mit

den Realitäten übereinstimmten. So war es auch schon in der Vergangenheit mit dem Faschismus auf dem Balkan, in Osteuropa und den baltischen Staaten, die nicht dem deutschen, ja nicht einmal dem italienischen Modell entsprochen hatten. Diese Entwicklungen führten folgerichtig, bei durchaus unterschiedlichen Akzentsetzungen, zu der Idee eines dritten Typs von Regimen, eines Typs an sich, *sui generis*, der nicht lediglich auf dem Kontinuum zwischen Demokratie und Totalitarismus zu verorten ist. Auf der Grundlage einer Analyse des Franco-Regimes, speziell nach 1945, habe ich dann das Konzept des autoritären Regimes formuliert, das sowohl von demokratischen Regierungen als auch von totalitären Systemen zu unterscheiden ist (Linz, 1964).

Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf totalitäre und autoritäre Regime, denen zumindest ein Merkmal gemeinsam ist: Sie sind nichtdemokratisch. Demzufolge will ich zunächst mit einer Bestimmung von Demokratie beginnen, die es uns erlaubt, den Gegenstand unserer Untersuchung einzugrenzen. Wir werden uns hier den reichhaltigen theoretischen und empirischen Arbeiten über die totalitären Systeme, die während des vergangenen Jahrzehnts entstanden sind, sowie den neueren Kritiken an diesem Konzept zuwenden, um jene Regimetypen, die wir als autoritär bezeichnen, durch das zu bestimmen, was sie nicht sind. Allerdings decken die genannten drei Typen nicht alle politischen Systeme ab, die das 20. Jahrhundert hervorgebracht hat. Zunächst bleibt da eine ganze Reihe von Regimen übrig, die auf der traditionellen Legitimation basieren, und deren Natur wir gründlich mißverstehen würden, stellten wir sie in eine Reihe mit modernen autoritären Regimen. Es wäre meines Erachtens auch nicht sehr fruchtbar, hier bestimmte Formen von Tyrannei oder Willkürherrschaft einzubeziehen, die von einem Einzelnen und seiner Klientel, gestützt auf eine Prätorianergarde, ausgeübt wird. Diese Regime lassen jegliche Form organisierter Partizipation an institutionell strukturierter Macht vermissen, sie scheren sich auch nicht im geringsten um irgendwelche Legitimität und sie verfolgen eher private als kollektive Zwecke. Solche Regime sollten wir nicht in eine Reihe mit stärker institutionalisierten autoritären Regimen stellen, deren Herrscher überzeugt sind, für das Gemeinwohl zu wirken. Ich habe mich deshalb entschlossen, diesen Regimetyp unter dem Begriff „sultanistisch“ gesondert zu behandeln, auch wenn er bestimmte Merkmale mit jenem gemeinsam hat, den ich autoritär nenne. Ein spezielles Problem stellt die Fallgruppe der dualen Gesellschaften dar. In einem solchen System zwingt der eine Sektor dem anderen seine Herrschaft auf, notfalls mit Gewalt, während er es seinen eigenen Mitgliedern erlaubt, am politischen Leben nach den Regeln einer Demokratie teilzunehmen. Die Frage des Verhältnisses zu der dominierten Gruppe bleibt jedoch außerhalb jeglicher

Diskussion, gestützt auf einen weitgehenden Konsensus in dieser Angelegenheit. Diesen Regimetyp bezeichne ich als „rassistische Demokratie“. Das ist gewiß eine paradoxe Kombination: Demokratie verbunden mit rassischer Vorherrschaft. Weiterhin haben die Entwicklungen in Osteuropa und in der Sowjetunion nach der Entstalinisierung die Frage nach der Natur der poststalinistischen Regime aufgeworfen. Diese Regime haben viele Charakteristika mit jenen gemeinsam, die ich als autoritär bezeichne. Allerdings unterscheiden sie sich von diesen durch ihre totalitäre Vergangenheit, die oft sehr kurz zurückliegt, sowie durch die Verbundenheit ihrer Eliten mit bestimmten Elementen der totalitären Utopie. Deshalb soll dieser Typ hier als ein spezieller Fall autoritärer Regime, als posttotalitär, diskutiert werden.

In meinen Definitionsversuchen autoritärer Regime sind zwei Aspekte besonders wichtig: der Grad eines begrenzten politischen Pluralismus und das Ausmaß, in dem solche Regime auf politischer Apathie und Demobilisierung oder einer begrenzten und kontrollierten Mobilisierung beruhen. Mit beiden Dimensionen lassen sich wiederum verschiedene Subtypen dieser Herrschaftsform unterscheiden. Diese basieren grundsätzlich auf einer Typisierung der Beteiligten und der Art und Weise ihrer Organisation innerhalb eines begrenzten Pluralismus sowie auf dem Grad und dem Typ der Partizipation. Daraus ergeben sich für mich folgende Unterscheidungen: bürokratisch-militärische Regime; den „organischen Staat“; Mobilisierungsregime in postdemokratischen Gesellschaften, für die der italienische Faschismus in vielerlei Hinsicht ein Beispiel war; Mobilisierungsregime nach Erlangen der Unabhängigkeit sowie die posttotalitären Regime. Sicherlich entsprechen diese im Weberschen Sinne verstandenen Idealtypen nicht einem bestimmten tatsächlichen Regime. Politische Systeme werden in der Realität seit je durch politische Führer und soziale Kräfte gestaltet, die gegensätzlichen Konzeptionen folgen und in Gewicht und Bewegungsrichtung beständiger Veränderung unterliegen. Politische Regime sind also das Ergebnis widersprüchlicher, manifester wie latenter Tendenzen, die in unterschiedliche Richtungen weisen. Aus diesem Grunde sind sie stets Mischformen. In diesem Sinne ist es stets schwierig, ein Land, und sei es auch nur zu einem bestimmten Zeitpunkt, in den Schubladen unserer Typologie präzise zu verorten. Das angebotene Schema soll in diesem Sinne als Empfehlung bzw. Anregung verstanden werden, um ein Regime im politischen Raum annähernd lokalisieren zu können.

Sozialwissenschaftler versuchen schon seit langem, die unabhängigen Staaten der Welt mittels operationabler Kriterien zu klassifizieren. Dafür stehen vor allem solche Autoren wie Shils (1960), Almond

und Coleman (1960), Almond und Powell (1966), Huntington (1970), Huntington und Moore (1970) sowie Lanning (1974).[5] Politischer Wandel, insbesondere in den instabilen Staaten der Dritten Welt, hat viele dieser Einteilungen veralten lassen. Zugleich gibt es nur einen geringen Konsens, was die (wenigen) theoretischen Be-

---

5 Für einen Überblick über die gängigen Typologien politischer Systeme siehe Wiseman (1966, S. 47-96). Almond und Coleman (1960) leisteten Pionierarbeit mit ihrem Werk, in dem Pye, Weiner, Coleman, Rustow und Blanksten die politischen Systeme in Asien, Afrika und Lateinamerika untersuchen. Shils Typologie wird in Verbindung mit der funktionalen Analyse von Almond gebraucht. Almond und Powell (1966, Kapitel 9-11) präsentieren eine Typologie entsprechend dem Grad der strukturellen Differenzierung und der Säkularisierung, von primitiven zu modernen demokratischen, autoritären und totalitären politischen Systemen. Eine andere interessante Ergänzung findet sich bei Finer (1971, Seite 44-51 u.a.). Blondel (1972) teilt in seiner Analyse die politischen Systeme in traditionell konservative, liberal-demokratische, kommunistische, populistische und autoritär-konservative Systeme ein. Rustow (1967) unterscheidet zwischen (a) traditionellen, (b) modernisierenden, d.h. charismatisch, militärisch, mit autoritärer Einzelpartei, (c) modernen demokratischen, totalitären und (d) regierungslosen Systemen. Organski (1965) hat eine andere Typologie auf der Basis einzelner Phasen der ökonomischen Entwicklung, der Funktion der politischen Interessenartikulation in diesem Prozeß und den Typen von Elitenallianzen und Klassenkonflikten entworfen. Unter diesen Regimen findet sich ein Typus, den er als „synkratisch", aus dem Griechischem *syn* (zusammen) und *kratein* (herrschen) benennt. Er findet sich in halbentwickelten Ländern, in denen ein Kompromiß zwischen Industrie- und Agrareliten aufgrund einer Bedrohung von „unten" geschlossen wurde. Apter (1965) hat aufgrund seiner umfangreichen Forschungen in Afrika eine sehr interessante und auch einflußreiche Typologie politischer Systeme entwickelt. Sie basiert auf zwei Hauptkriterien: der Autoritätstypus und die Werte, die verfolgt werden. Das erste Kriterium unterscheidet Systeme in solche mit hierarchischer Herrschaft (zentral kontrolliert) und jene mit pyramidenförmiger Herrschaft (konstitutionell-repräsentative). Das zweite Kriterium unterscheidet „vollkommene" (sakrale) und instrumentelle (säkularisierte) Werte. Die daraus resultierenden Typen unter den hierarchischen Herrschaftssystemen sind a) mobilisierende Systeme (wie China) und b) entweder moderne Autokratien oder neomerkantilistische Systeme (wie Marokko und die „kemalistische" Türkei). Unter den pyramidenförmigen Herrschaftssystemen finden wir c) theokratische und feudalistische Systeme und d) 'versöhnte' Systeme (*reconciliation systems*). Diese Systeme werden hinsichtlich Zwang und Information verglichen, welche in umgekehrtem Verhältnis zueinander stehen. Leider ist die Thematik zu komplex, um an dieser Stelle aufzeigen zu können, wie Apter seine theoretisch entwickelten Systeme mit der Analyse realer politischer Systeme und mit Problemen, die im Zuge der Modernisierung auftauchen, in Zusammenhang bringt.

mühungen angeht, die politischen Systeme in einer eher komplexeren Typologie zu klassifizieren. Dies allein schon deshalb, weil es nur wenige systematische Datensammlungen gibt, die für die Erarbeitung einer solchen Typologie relevant sind. Dazu kommt, daß viele Länder noch nie Gegenstand solider wissenschaftlicher Untersuchungen waren; die Datenbasis also äußerst schwach ist. Weitgehende Übereinstimmung besteht hinsichtlich der Länder, die von Dankwart Rustow als demokratische Systeme und von Robert Dahl als „Polyarchien" bezeichnet werden. Konsens besteht auch hinsichtlich jener Länder, die von den Autoren einer Übersicht aus dem Jahre 1960 über die politischen Verhältnisse in den Entwicklungsländern als „kompetitiv" charakterisiert wurden. Diese Studien zeigen, daß weltweit nur ein Viertel bis ein Drittel der politischen Systeme überhaupt zu irgendeinem Zeitpunkt politische Demokratien waren. Robert Dahl, Richard Norling und Mary Frase Williams (Dahl, 1971, Anhang A, S. 231-249), ordneten 114 Länder in 31 Typen. Grundlage dieser Untersuchung waren die Daten des *Cross Polity Survey* und anderer Quellen zu den Themen Wahlbeteiligung sowie öffentliche Opposition. Es wurden dabei sieben Indikatoren verwandt. In Auswertung dieser Daten von 1969 wurden 29 Regime als „Polyarchien" und sechs als Fast-Polyarchien (*near-polyarchies*) klassifiziert. Dankwart Rustows Tabelle (aus dem Jahre 1967) stimmt weitestgehend mit derjenigen Dahls überein und umfaßt 31 Länder, Ausnahmen sind Mexiko, Ceylon, Griechenland und Kolumbien. (Beide lassen aber einige Mikrostaaten außer acht, die man sicherlich auch als „Polyarchien" bezeichnen könnte.)

Unter den 25 Ländern, deren Bevölkerung 1965 über 20 Millionen Menschen betrug, wurden zum damaligen Zeitpunkt von Dahl nur acht Länder als „Polyarchien" angesehen und ein Land, die Türkei, als „Fast-Polyarchie"; Rustow würde hier sicherlich noch Mexiko hinzuzählen.[6] Wenn wir bedenken, daß von diesen 25 Ländern Japan, Deutschland und Italien während der ersten Jahrhunderthälfte die längste Zeit unter nichtdemokratischer Herrschaft standen, und von den fünf größten Staaten der Welt nur die USA und Indien seit ihrer Unabhängigkeit eine durchgehend demokratische Regierung hatten, dann sollte die Notwendigkeit einer Studie über *nichtdemokratische* Systeme mehr als offensichtlich sein. Tatsächlich sind in manchen Weltregionen Demokratien eher die Ausnahme. Nur sieben Länder, meist kleine, der insgesamt 38 afrikanischen Staaten, die seit 1950 unabhängig wurden, blieben Mehrparteien-

---

[6] Die Berechnungen, die in diesem Abschnitt bei der Klassifizierung von Ländern nach Bevölkerung, Bruttosozialprodukt, Wachstumsraten des BSP und der Bevölkerung unter verschiedenen europäischen Regimetypen durchgeführt werden, basieren auf den Tabellen 5.1, 5.4 und 5.5 aus Taylor und Hudson (1972).

Staaten, in denen Wahlen stattfinden und Wahlkampagnen möglich sind. 1973 hatten 17 dieser 38 Staaten ein militärisches Staatsoberhaupt, 64 Prozent der 266 Millionen Einwohner befanden sich unter militärischer Herrschaft. Sogar in Europa - nicht eingerechnet die UdSSR und die Türkei - waren nur 16 von 28 Staaten stabile Demokratien, und drei Staaten - Portugal, Griechenland und Zypern - sehen eher einer recht ungewissen Zukunft entgegen. Westlich der Sowjetunion leben 61,5 Prozent der europäischen Bevölkerung unter demokratischen; 4,1 Prozent unter instabilen und 34,4 Prozent unter nichtdemokratischen politischen Verhältnissen.

Nun gibt es sicherlich sehr deutliche Unterschiede zwischen Demokratien - etwa zwischen einer Demokratie wie der in den USA, wo seit 1788 kontinuierlich Wahlen stattfinden, und jener in der Bundesrepublik Deutschland, die 1949 nach 12 Jahren Nazi-Totalitarismus und ausländischer Besatzung entstand. Unterschiede gibt es zwischen Staaten, die auf einer klaren Herrschaft der Mehrheit beruhen, wie Großbritannien, und solchen, die, wie im Libanon, auf einem komplexen Beziehungsgeflecht ethnisch-religiöser Minderheiten beruhen, in dem politische Konkurrenz und der Erhalt der Einheit des Staates miteinander verbunden sind. Ebenso finden wir große Differenzen zwischen hochgradig egalitären Gesellschaften, wie in Skandinavien, und einem Land mit der Ungleichheit Indiens. Allen Unterschieden zum Trotz haben jedoch die politischen Institutionen dieser Länder viele Gemeinsamkeiten, die es uns wiederum erlauben, sie als Demokratien zu bezeichnen. Diese grundsätzliche Ähnlichkeit wird besonders augenscheinlich, wenn wir uns die Heterogenität auf der „anderen Seite“, bei den 20 größten nichtdemokratischen Ländern vergegenwärtigen. Niemand bestreitet, daß die Sowjetunion, Spanien, Äthiopien und Südafrika politisch weiter voneinander entfernt sind als die USA und Indien, oder nehmen wir zwei Extremfälle innerhalb Europas, Spanien und Ostdeutschland. Deshalb soll hier der Versuch einer Konzeptualisierung unternommen werden, mit der jene große Vielfalt politischer Systeme, die nicht zu den Konkurrenzdemokratien gerechnet werden können - wenn wir das Konzept nicht überbeanspruchen wollen - und in denen mehr als die Hälfte der Menschheit lebt, sinnvoll klassifiziert werden kann.

Mit Gewißheit können die reichsten Länder, also jene 24, deren Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf im Jahre 1965 über 1.000 US-Dollar lag, als Demokratien angesehen werden. Ausnahmen sind die Tschechoslowakei, die Sowjetunion, die DDR, Ungarn und der Spezialfall Kuwait. Doch bereits unter den 16 Ländern der nachfolgenden Gruppe, die ein Pro-Kopf-Einkommen von über 500 US-Dollar haben, lassen sich nur sieben stabile Demokratien ausmachen. Wir haben es hier nicht mit verarmten, unterentwickelten

Ländern oder solchen zu tun, die in ihrer ökonomischen Entwicklung stehen geblieben sind. Von den 36 Ländern, deren Wachstumsrate im Zeitraum von 1960 bis 1965 über 5,1 Prozent betrug, erschienen nur 12 auf Dahls Tabelle der 35 Polyarchien bzw. Fast-Polyarchien. Würden wir für denselben Zeitraum nur diejenigen Länder heranziehen, deren Pro-Kopf-Wachstum über 5 Prozent lag, dann erschienen nur zwei von zwölf Ländern in Dahls Tabelle. [Zur heutigen Situation siehe das Vorwort. - R.K.]

Das bedeutet, daß trotz der beachtlichen Wechselbeziehung zwischen Stabilität der Demokratie in ökonomisch fortgeschrittenen Ländern und der Wahrscheinlichkeit, daß die Länder, die ein bestimmtes Niveau der ökonomischen und sozialen Entwicklung erreicht haben, in Richtung Demokratie tendieren, es eine hinreichende Zahl abweichender Fälle gibt, die eine gesonderte typologische Analyse der politischen Systeme, der sozialen Verhältnisse und der Wirtschaftssysteme rechtfertigen. Zweifellos sind bestimmte Formen der politischen Organisation und der Legitimierung von Macht in bestimmten Typen von Gesellschaft und unter bestimmten ökonomischen Bedingungen eher vertreten als andere, während manch andere Kombinationen höchst unwahrscheinlich sind. Deshalb ist es wichtig, die verschiedenen Bereiche konzeptionell voneinander zu trennen und unterschiedliche Typologien der sozialen, ökonomischen und politischen Systeme zu entwickeln. Wenn das nicht erfolgt, gehen uns wichtige Fragestellungen verloren, denn wir könnten dann weder nach dem Typ sozialer und ökonomischer Struktur fragen, der mit größerer Wahrscheinlichkeit zur Etablierung bestimmter Regimetypen und zu deren Stabilität führt, noch könnten wir nach dem Unterschied fragen, den es für die soziale und ökonomische Struktur und ihre Entwicklung macht, ob das eine oder das andere Regime herrscht. Mit Sicherheit existiert kein 1:1-Verhältnis zwischen diesen unterschiedlichen Aspekten der gesellschaftlichen Realität. Demokratische Regierungen sind sicherlich mit vielen Formen sozialer und ökonomischer Systeme kompatibel. Gleiches gilt auch für die autokratischen Systeme. In der jüngeren Vergangenheit Deutschlands gab es so unterschiedliche Regime wie die instabile Weimarer Demokratie, den Nazi-Totalitarismus und die stabile Bonner Republik. Zwar wurden die sozialen wie ökonomischen Strukturen im erheblichem Maße durch das jeweilige Regime beeinflußt. Jedoch waren die politischen Unterschiede mit Sicherheit größer als die ökonomischen oder gar die sozialen. Aus diesem Grunde wollen wir auch unser Augenmerk auf die Vielfalt der *politischen* Systeme richten und weniger jene Aspekte einbeziehen, die eher für eine rein sozial- oder wirtschaftswissenschaftliche Typologie relevant sind. Es kann nicht genug betont werden, wie wichtig es ist, solch eine analytische Unterscheidung vorzunehmen, um zu sinnvollen Fragestellungen nach der Wechselbeziehung zwischen

Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu kommen, wozu noch ein vierter Aspekt, der kulturelle und religiöse, hinzugefügt werden kann.

Demokratische Regierungen und nichtdemokratische Politik

Eine demokratische Regierungsform zu definieren, wenn die Sozialstrukturen und die sozialen Beziehungen bei einer solchen Definition unbeachtet bleiben, ist sicherlich nicht allzu schwer.[7] Wir nennen dann ein politisches System demokratisch, wenn es bei Wahrung der Grundrechte auf Vereinigungs-, Informations- und Kommunikationsfreiheit die freie Formulierung politischer Präferenzen erlaubt. Diese werden in den freien Wettbewerb eingebracht, den die politischen Eliten darum führen, daß ihr Anspruch zu regieren in regelmäßigen Abständen und ohne Anwendung von Gewalt bestätigt wird. In einem demokratischen System ist kein einflußreiches politisches Amt von diesem Wettbewerb ausgeschlossen und die Mitglieder der politischen Gemeinschaft werden nicht gewaltsam an der Äußerung ihrer Präferenzen gehindert. Die liberalen politischen Rechte sind unabdingbare Voraussetzung für die öffentliche Auseinandersetzung und den Wettbewerb um die Macht und sie führten in der Vergangenheit konsequent zur Ausdehnung des Wahlrechts. Die Bedingung, in regelmäßigen Zeitabständen diesen Wettbewerb durchzuführen, schließt aus dieser Definition all jene Systeme aus, deren Herrscher zwar ihre Legitimation zu einem bestimmten Zeitpunkt aus einem solchen freien Wettbewerb ableiten, sich später jedoch weigern, rechenschaftspflichtig zu sein. Ausgeschlossen sind auch plebiszitäre autoritäre Regime; selbst dann, wenn wir im ursprünglichen Plebiszit Ehrlichkeit und Freiheit der Wahl unterstellen. Die Voraussetzung, daß jedes einflußreiche politische Amt direkt oder indirekt von Wahlen abhängen muß, schließt wiederum diejenigen Systeme aus, in denen ein traditioneller Herrscher seine Macht, die nicht durch öffentlich gewählte Gremien kontrol-

[7] Meine Definition von Demokratie entstammt den Arbeiten von Sartori (1962a), Kelsen (1929), Schumpeter (1950) und Dahl (1971). Zu Dahls Beitrag für eine Theorie der Demokratie oder *Polyarchie,* wie er diese zu nennen pflegte, siehe den kritischen und einen guten Überblick verschaffenden Aufsatz von Ware (1974), der auch Bezug auf die Kritikpunkte an der elitären Demokratietheorie nimmt. Ebenfalls dazu Bachrach (1967). Seitdem beziehen sich Kritiken mehr auf die Demokratisierung von Polyarchien als auf ihre Unterscheidungen von Nicht-Polyarchien. Ich werde hier nicht auf diese Debatte eingehen. Ich habe meine Idee von Demokratie in dem Kontext von Robert Michels pessimistischer und letztendlich irreführender Analyse weiterentwickelt (Linz 1966).

liert und vermittelt wird, allein durch Vererbung fortschreibt. Das Gleiche gilt, wenn ein Amt, z. B. Franco als Staatsoberhaupt oder Tito als Präsident der Republik, das nicht bloß symbolischer Natur ist, lebenslang dauern kann. Grundlegend, das sei nochmals wiederholt, ist ein breites Spektrum politischer Freiheiten, die auch die Rechte von Minderheiten gewährleisten, sowie das Recht, sich zu organisieren und auf friedliche Art und Weise um die Unterstützung des Volkes zu kämpfen.

Nichtdemokratische Regime hingegen stellen nicht nur *de-facto*-Beschränkungen für Minderheiten auf; sie errichten auch wohldefinierte juristische Beschränkungen, wobei die Interpretation dieser Gesetze und Anordnungen den Herrschenden selbst überlassen bleibt und nicht in die Hände unabhängiger objektiver Körperschaften gelegt wird. Meist umgeben sie dabei dies noch mit einem Schleier des Geheimnisvollen. Die Bedingung, daß kein Bürger gewaltsam von der Teilnahme an Wahlen ausgeschlossen werden darf, stellt in Rechnung, daß die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft ein langsamer, konfliktiver Prozeß war, in dem sich ein beschränktes Wahlrecht zum allgemeinen Stimmrecht für Männer und schließlich zum Wahlrecht für Frauen und Jugendliche entwickelt hat. Dabei bedurfte es gesellschaftlichen Drucks dieser Gruppen, um die Ausweitung des Stimmrechts zu erreichen. Politische Systeme, die zu irgendeinem Zeitpunkt ihrer Geschichte eine beschränkte Partizipation erlaubten, jedoch unter Anwendung von Gewalt deren Ausweitung auf andere Gruppen verweigern, fallen aus der Definition ebenfalls heraus. Südafrika ist hierfür ein Beispiel. Es ist ein politisches System, das sich möglicherweise bereits vor Jahrzehnten als eine Demokratie qualifiziert hätte. Angesichts des fortgesetzten und generellen Ausschlusses der schwarzen Bevölkerung vom Wahlrecht, kann es aber nicht als demokratisch gelten. Welche Elemente an innerparteilicher Demokratisierung es in einem Einparteienregime auch immer geben mag, die Beschränkung der „Bürgerschaft“ auf die Mitglieder einer einzigen Partei, d.h. auf jene, die mit den grundsätzlichen politischen Präferenzen einverstanden und der Parteidisziplin oder dem Ausschluß aus der Partei unterworfen sind, qualifiziert ein Regime als nichtdemokratisch. Gewiß ist ein System mit interner Parteidemokratie demokratischer als eines, bei dem sich die Partei vom „*Führerprinzip*“ oder von einem „demokratischen Zentralismus“ leiten läßt. Wenn Bürger, die nicht willens sind, dieser Partei beizutreten, deshalb in ihren Teilnahmerechten eingeschränkt oder von diesen gar ausgeschlossen werden, so können wir ein solches politisches System keinesfalls als demokratisch ansehen.

In diesem Definitionsversuch bin ich bisher nicht auf das Phänomen der politischen Parteien eingegangen. Theoretisch ist es sicher-

lich vorstellbar, daß der Wettbewerb um die Macht ohne sie organisiert werden kann. Jedoch kennen wir bisher kein System ohne politische Parteien, das unseren Ansprüchen an einen solchen demokratischen Wettbewerb genügen würde. Man könnte sich vorstellen, daß dieser Wettbewerb um die Führung auch zwischen Personen innerhalb sehr kleiner Wahlkörperschaften stattfindet, also ohne Organisationen, die auf Dauerhaftigkeit angelegt und bestimmten Prinzipien verpflichtet sind und die ein breites Spektrum von Themen quer über viele Wählergruppen hinweg bündeln, d.h. ohne Organisationen, die wir gemeinhin Parteien nennen. Die Theorien von der *organischen* bzw. *korporativen Demokratie* argumentieren in diesem Sinne. Demnach sollten politische Vertreter in primären sozialen Gruppen gewählt werden. Dort würden sich die Menschen untereinander kennen und gemeinsame Interessen teilen, womit es auch keine Notwendigkeit für politische Parteien gebe. Weiter unten werden wir beim Stichwort „organischer Staat“ die theoretischen und empirischen Schwierigkeiten etwas detaillierter erörtern, die sich für die Gestaltung eines freien Wettbewerbs um die Macht in einer „organischen Demokratie“ ergeben. Dabei werden wir auch schnell auf den autoritären Charakter solcher Regime stoßen. Deshalb ist die Freiheit der Parteienbildung und des Wettbewerbs der Parteien um die Macht, und nicht nur um Teile der Macht, ein erster Test hinsichtlich des demokratischen Charakters einer Regierung. Ein System, das einer Partei *de jure* einen speziellen verfassungsmäßigen Status gewährt, dessen politische Ämter speziellen Parteigerichten unterworfen sind und in dem einer Partei besonderer gesetzlicher Schutz gewährt wird, wonach andere Parteien deren Führung anerkennen müssen und nur dann am politischen Spiel teilnehmen können, wenn sie die besondere Position dieser Partei nicht in Frage stellen oder sich verpflichten, eine bestimmte sozio-politische Ordnung zu unterstützen - ein solches politisches System kann in keinem Fall als demokratisch qualifiziert werden. Dabei ist es wiederum wichtig, deutlich zwischen jenen Parteien zu unterscheiden, die sich *de facto* als dominant erweisen, d.h. die in Konkurrenz mit anderen Parteien Wahl für Wahl per Stimmzettel die überwältigende Unterstützung bekommen, und denen, die per Dekret eine hegemoniale Stellung in Pseudo-Mehrparteiensystemen einnehmen. Deshalb kann auch die Unterscheidung zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Regimen nicht identisch mit der zwischen Einparteien- und Mehrparteiensystemen sein. Oftmals wird noch ein anderes Kriterium, das des Wechsels, zur Unterscheidung verwandt, jedoch ist dies keine notwendige Voraussetzung. (Sartori, 1974; S.199 - 201)

Die bisher angeführten Kriterien erscheinen mir als sinnvoll und nützlich, um Staaten nahezu eindeutig als Demokratien zu klassifi-

zieren, ohne daß demokratische Elemente in anderen Staaten oder undemokratische und antidemokratische Tendenzen in den hier als demokratisch bezeichneten Ländern geleugnet werden. Nur in wenigen Fällen haben unterschiedliche Sichten der Autoren hinsichtlich der Freiheit für politische Gruppen und des politischen Wettbewerbs zu Zweifeln bei der Klassifizierung geführt.[8] Als ein weiterer Beweis dafür kann man natürlich auch die Proteste nichtdemokratischer Regime anführen, die zwar den Begriff Demokratie für sich in Anspruch nehmen, jedoch gegen die Einführung genau dieser Kriterien, die hier aufgeführt wurden, lautstark protestieren. Welch ideologische Verrenkungen vollziehen sie, wenn es darum geht, ihr Widerstreben zu rechtfertigen! Die Tatsache, daß sich kein demokratisches Regime in ein nichtdemokratisches verwandelt hat,

8 Der am meisten diskutierte Fall ist sicherlich Mexiko. Hier erhielt nur im Jahre 1952 ein Präsidentschaftskandidat weniger als 75% der Stimmen. [Erst in den 90er Jahren hat hier eine Veränderung stattgefunden, in der die PRI nur noch mit Mühe ihre Mehrheit halten konnte. - R.K.] Gewöhnlich erhalten die gewählten Kandidaten ungefähr 90%. Die Oppositionsführer sind sich vollkommen darüber im klaren, daß sie dazu verurteilt sind, jede der Gouverneurswahlen und jeden der Senatssitze zu verlieren. Die einzige Hoffnung der Oppositionspartei besteht darin, daß sie für einige Positionen als Repräsentanten oder Stadtoberhäupter, die sie besetzt, eine Anerkennung durch die Regierung in Form von Verträgen, Darlehen oder anderen Gefälligkeitsdiensten erlangt. Die Parteien werden in vielen Fällen durch die Regierung finanziert, und im Gegenzug unterstützen diese dann die Regierungskandidaten, oder sie kämpfen zeitweilig gegen diese, um Zugeständnisse bei ihren eigenen Anhängern zu erhalten. „*Thus they have participated in the political game and the ceremony of elections*“, wie ein mexikanischer Sozialwissenschaftler feststellte. Siehe dazu González Casanova (1970). Eine weitere kritische Analyse findet sich bei Cosio Villegas (1972). Brandenburg (1964) analysiert diese Thematik in einem früheren Aufsatz mit besonderer Betonung auf den oligarchischen Charakter. Die beste Einzelfallstudie der Politik in Mexiko als Beispiel für ein autoritäres Regime findet sich bei Kaufmann (1970). Für eine Wahlanalyse siehe Taylor (1960). Es gibt jedoch andere Interpretationen, die durchaus auf das demokratische Potential entweder innerhalb der *Partido Revolucionario Institucional* (PRI) oder in einer längerfristigen Entwicklung überhaupt aufmerksam machen; vgl. dazu Scott (1964, 1965), Needler (1971), Padgett (1966) und Ross (1966). Die Tatsache, daß Wahlen nicht dazu dienen, an die Macht zu gelangen, und die PRI eine privilegierte Partei ist, bedeutet nicht, daß es nicht ein beträchtliches Maß an Meinungs- und Organisationsfreiheit gebe. Eine Studie über die führende Oppositionspartei, ihre Unterstützung durch die Wähler und die Schwierigkeiten, mit denen sie konfrontiert ist, findet sich bei Mabry (1973, S. 170-82). Über den fortwährenden akademischen Streit über das politische System Mexikos siehe auch Neddleman und Needleman (1969).

ohne eines oder mehrere der hier angeführten Merkmale zu verändern, unterstreicht die Relevanz der Kriterien ebenfalls. Nur in einzelnen Fällen wandelte sich ein nichttraditionelles Regime in eine Demokratie, ohne daß es zu einen konstitutionellen Bruch oder zur gewaltsamen Ablösung seiner Amtsinhaber kam. Beispiele dafür sind die Türkei nach dem Zweiten Weltkrieg (Karpat, 1959; Weiker, 1963 und 1973); Mexiko (sofern wir die Argumente, die das Land als Demokratie klassifizieren, anerkennen) und eventuell Argentinien nach den Wahlen von 1973. Die Trennlinie zwischen nichtdemokratischen und demokratischen Regimen ist also eine ziemlich klare, die sich nicht durch eine allmähliche und unmerkliche Evolution überschreiten läßt. Es bedarf dazu praktisch eines Bruchs - antikonstitutioneller Akte, eines Militärputschs, einer Revolution oder einer Intervention von außen. [Diese Aussage hat sich nach 1974 als falsch erwiesen. Ich habe dies mit A. Stepan in *Problems of Democratic Transition and Consolidation* gezeigt. - J. L.]

Im Vergleich dazu ist die Grenze zwischen totalitären und anderen nichtdemokratischen Systemen viel diffuser. Es gibt Beispiele dafür, daß Systeme ihren totalitären Charakter verloren haben und nicht Demokratien wurden, ohne daß man exakt feststellen konnte, wann und wie der Wechsel stattgefunden hat. Obwohl ich großen Wert auf die Unterscheidung zwischen totalitären und anderen nichtdemokratischen Typen politischer Systeme lege, haben diese mehr miteinander gemein als mit demokratischen Regierungen. Deshalb stellt die Bezeichnung nichtdemokratisch eine breite, eine umfassende Kategorie dar und es sind genau diese Regime, die Gegenstand der weiteren Abhandlung sein werden.

Eine Anmerkung zum Begriff der Diktatur

Diktatur ist ein Begriff, der sowohl in der Literatur (Sartori 1962b) als auch im allgemeinen Sprachgebrauch häufig benutzt wird, um nichtdemokratische und nicht traditionell legitimierte Regierungen zu bezeichnen. In seinen historischen Ursprüngen bezeichnete er in Rom eine außergewöhnliche, in der Verfassung für Notsituationen vorgesehene Institution, den *dictator rei gerundae causa*. Diese war auf einen nicht verlängerbaren Zeitraum von sechs Monaten bzw. auf eine ganz spezielle Aufgabe begrenzt. Von dort aus entwickelte sich der Begriff Diktatur allmählich zu einer recht großzügig gebrauchten Bezeichnung politischer Herrschaft mit zunehmend negativer Bedeutung. Noch Garibaldi und Marx haben ihn ohne diese negative Aufladung benutzt. Darauf verweisen sowohl Carl Schmitt (1928) als auch Sartori (1962b, S. 416-19).

Wenn man nun diesen Terminus heute noch für wissenschaftliche Zwecke nutzen möchte, sollte man ihn auf die Beschreibung

von Notregierungen beschränken, die nur zeitweise die Verfassungsnormen des Machtzugangs und der Machtausübung aufheben oder verletzen. Konstitutionelle Diktatur ist in diesem Verständnis die Art von Herrschaft, die auf der Basis von verfassungsmäßigen Vorkehrungen für Notsituationen eingerichtet wurde, dies insbesondere bei Aufruhr und Krieg. Dabei weitet die von der Verfassung her legitime Autorität die Macht einiger staatlicher Einrichtungen aus oder verlängert deren Mandat über den Zeitpunkt hinaus, an dem die Macht normalerweise wieder in die Hände der Wählerschaft zurückfallen sollte. Solch eine jenseits der Verfassung stehende Autorität muß nicht notwendigerweise gegen die Verfassung, d.h. auf eine dauerhafte Veränderung der politischen Institutionen, gerichtet sein. Ja, sie kann sogar dazu dienen, diese Institutionen in einer Krisensituation zu verteidigen. Der ambivalente Charakter des Ausdrucks „konstitutionelle Diktatur" hat Sartori und andere dazu bewogen, den Begriff der „Krisen-Regierung" (Rossiter, 1948) zu bevorzugen. In diesem engen Wortsinne können auch jene revolutionären Komitees als „Diktaturen" angesehen werden, die nach dem Zusammenbruch traditioneller Herrschaftssysteme oder autoritärer Regime die Macht mit dem Ziel übernehmen, durch freie Wahlen ein demokratisches Regime (wieder) einzusetzen. Dies gilt jedenfalls, solange sie nichtgewählte provisorische Regierungen geblieben sind.[9] Viele militärische Staatsstreiche bekommen deshalb breite Unterstützung, weil sich deren Protagonisten verpflichten, die Demokratie gegen traditionelle Herrscher bzw. gegen autokratische Regierungen einzuführen oder die durch Wahlmanipulation und Wahlverzögerung ins Straucheln gekommene Demokratie wieder zu stärken. Diese Absicht ist anfangs und bei einigen Führern durchaus ernst gemeint. Die Schwierigkeit aber ist, daß militärische Herrschaft oft gerade autoritäre Regime hervorbringt, statt den Weg zur Demokratie zu ebnen. Das haben besonders Finer (1962) und Huntington (1968, S. 231-37) gut untersucht.

Die offene Dominanz einer auswärtigen Macht, die das Ziel verfolgt, die Bedingungen für Demokratie dadurch zu schaffen, daß undemokratische Führer von der Macht verdrängt werden, ist ein anderer Fall von Diktatur. Japan, Österreich und Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg sind Beispiele dafür, schließlich waren ja die Alliierten Hochkommissare keine demokratischen Herrscher dieser Gesellschaften (Gimbel, 1968; Hirschman und Montgomery, 1968). Ihr Erfolg kann sicherlich auch auf die recht einmaligen Umstände in diesen Gesellschaften zurückgeführt werden, die andernorts kaum zu finden sind. In diesem engen Sinne spreche ich

[9] Für eine ausführliche Studie dieser Übergangsregime siehe: Y. Shain/ J. Linz, Between States. Interim Governments and Democratic Transition, Cambridge 1995.

hier lediglich von jenen Diktaturen, die Carl Schmitt (1928) „*Kommissarische Diktatur*“ genannt hat und die er von „souveränen Diktaturen“ abgrenzte.

In der politischen Realität ist aber die Rückkehr zur Verfassungsdemokratie unsicher, wenn die demokratische Legitimität erst einmal verworfen wurde. Das gilt auch dann, wenn dies durch sogenannte konstitutionelle Diktaturen oder in Notsituationen durch Vermittler wie intervenierende Monarchen oder Armeen geschieht. Eine Ausnahme stellen vielleicht „Regierungen der Nationalen Einheit“ dar, d.h. wenn alle großen Parteien darin übereinstimmen, daß eine Wahl verschoben bzw. Wahlkampf vermieden werden soll, um auf diese Weise die Regierung uneingeschränkt in einer Kriegssituation zu unterstützen.

Diktatur als besondere Herrschaft im Falle von Notsituationen, die die bürgerlichen Freiheiten zeitweise begrenzt und/oder die Macht bestimmter staatlicher Stellen ausweitet, ist gewiß nur sehr schwer von autokratischer Herrschaft zu unterscheiden, die über eine klar definierte Situation hinaus andauert. Wir können die Argumente jener nicht ignorieren, die solche Macht in den Händen halten, auch wenn wir berechtigte Zweifel an deren Aufrichtigkeit oder am Realitätssinn der politischen Akteure hegen. Denn es ist wahrscheinlich, daß diese Argumentationen permanent Konsequenzen für die Legitimität von undemokratischen Regierungen haben, die auf diese Weise entstanden sind. Wir können nicht *a priori*, sondern nur *ex post facto* darüber entscheiden, ob die Herrschaft eines Einzelnen oder einer Gruppe eine Diktatur im engen Sinne der ursprünglichen römischen Bedeutung war oder nur der Übergang zu einer autoritären Herrschaft. Diktaturen dieser Art sind nicht selten Brücken zu anderen Formen autokratischer Herrschaft, und es ist kein Zufall, daß jene Könige vom Balkan, die mit der verfassungsmäßigen Herrschaft Schluß gemacht hatten, eher als königliche Diktatoren denn als die Rückkehr zu einer Monarchien betrachtet wurden. Wenn die traditionelle Legitimität erst einmal von der Demokratie abgelöst wurde, erscheint eine Rückkehr unmöglich. Diktaturen als besondere Autoritäten für eine Übergangsphase verfestigen sich oft in mehr oder weniger institutionalisierten Formen autokratischer Herrschaft. Wir sollten nicht vergessen, daß bereits die römische Verfassungsordnung untergraben und in eine dauerhaftere autoritäre Herrschaft verwandelt wurde, als Sulla 82 v.u.Z. *dictator rei publicae constituendae* und Cäsar 48 v.u.Z. Diktator auf begrenzte Zeit und 46 v.u.Z. schließlich für 10 Jahre wurde. Cäsarismus wird deshalb als Begriff benutzt, um die Untergrabung konstitutioneller Regierungen durch einen hervorragenden Führer zu beschreiben. Wir sollten also den Ausdruck Diktatur für nicht-institutionalisierte Krisen-Regierungen reservieren, die die institutionalisierten Regime, seien

es nun demokratische, traditionelle oder autoritäre, für eine Übergangszeit ablösen. Die zeitweise Abschaffung von Regeln, die in der Verfassung des zuvor bestehenden Regimes verankert sind, sollte Krisen-Regierung oder konstitutionelle Diktatur genannt werden.

II. Totalitäre Systeme

Annäherung an eine Definition des Totalitarismus

Sicherlich ist es sinnvoll, zunächst mit einigen bereits „klassischen" Definitionen totalitärer Systeme zu beginnen und dann über deren Kritik unser Verständnis und Wissen zu erweitern.[1] Carl Friedrich hat die ursprünglich eher beschreibende Definition, die er und Zbigniew Brzezinski 1956 aufgestellt hatten, später folgendermaßen neu formuliert: „Es gibt sechs Merkmale, die dieses Regime von älteren Autokratien, wie auch von Heterokratien, unterscheiden: Es handelt sich dabei um folgende, heute generell akzeptierte Merkmale: 1) eine totalitäre Ideologie, 2) eine alleinige Partei, die dieser Ideologie verpflichtet ist und die gewöhnlich durch einen Mann, einen Diktator, geführt wird, 3) eine hochentwickelte Geheimpolizei sowie drei Arten von Monopolen, genauer gesagt die monopolistische Kontrolle, über a) die Massenkommunikation, b) über die einsatzfähigen Waffen und c) über alle Organisationen, einschließlich der wirtschaftlichen, was also eine zentral verwaltete Wirtschaft einschließt. ... Man könnte diese sechs Merkmale, wenn denn eine weitere Vereinfachung gewünscht ist, auf drei reduzieren: eine totalitäre Ideologie; eine Partei, die durch eine Geheimpolizei verstärkt wird, sowie das Monopol in den drei wichtigsten Formen zwischenmenschlicher Organisation in industriellen Massengesellschaften. Ein solches Monopol wird nicht notwendigerweise durch die Partei ausgeübt. Das sollte betont werden, um manchen Mißverständnissen zuvorzukommen, die in einigen kritischen Kommentaren meiner früheren Arbeiten auftauchen. Wesentlich ist, daß eine solche monopolistische Kontrolle in den Händen einer Elite liegt, die eine bestimmte Gesellschaft beherrscht und damit ihr Regime konstituiert." (Friedrich, 1969, S. 126) Brzezinski hat dann eine stärker auf das Wesen dieser Regime ausgerichtete Definition angeboten, die deren Zielstellung betont: „Totalitarismus ist eine neue Form der Herrschaft, die in die allgemeine Klassifikation Diktatur fällt. In diesem System werden von einer zentralistischen Führung einer elitären Bewegung moderne Technologien als Instrumente politischer Macht uneingeschränkt eingesetzt, um eine umfassende soziale Revolution in Gang zu bringen. Dabei wird die gesamte Bevölkerung in einer erzwungenen Übereinstimmung auf der Basis bestimm-

---

[1] Verwiesen sei hier auf Jänicke, 1971; Friedrich, 1954; Friedrich und Brzezinski 1956; S. Neumann, 1942; Aron, 1968; Buchheim, 1968a; Schapiro, 1972a; 1972b; Seidel und Jenker, 1968.

ter ideologischer Voraussetzungen geformt." (Brzezinski, 1962) Ähnliche Kriterien bietet Franz Neumann an. (1957, S. 233-56) In diesen Definitionen, das soll ausdrücklich betont werden, ist das Element des Terrors, d.h. die Rolle der Polizei und des Zwanges, nicht so zentral wie zum Beispiel in den Arbeiten von Hannah Arendt (1966). Zweifellos basiert ein totalitäres System auf der Übereinstimmung eines sehr großen Teils der Bevölkerung mit den Herrschenden. Die aktive Teilnahme der Bevölkerung an politischen Organisationen steht im Dienst der Ziele der Herrschenden und wird von ihnen auch kontrolliert. Die weitreichende soziale Kontrolle basiert auf einer freiwilligen, wenn auch manipulierten Beteiligung. Es ist eine Mischung aus Belohnung und Angst in einer relativ geschlossenen Gesellschaft. Dabei wird vorausgesetzt, daß die Herrschenden mit der Loyalität der Streitkräfte rechnen können. In mancher Hinsicht hat sich das kommunistische China diesem Typ des Totalitarismus genähert, und Chruschtschows populistische Rationalisierung der Parteikontrolle, von Paul Cocks (1970) beschrieben, paßt ebenfalls in dieses Modell.

Ausdrücklich oder unterschwellig gehen diese Definitionen davon aus, daß die Grenzlinie zwischen Staat und Gesellschaft in der Tendenz zerstört wird und eine „totale" Politisierung der Gesellschaft durch politische Organisationen, im allgemeinen durch die Partei und deren verschiedenen Einheiten, einsetzt. Es ist gerade diese Erscheinung, die totalitäre Systeme von verschiedenen Typen autoritärer Regime und natürlich auch von demokratischen Regierungen unterscheidet. Jedoch ist es meines Erachtens unwahrscheinlich, daß sich dies voll ausprägt. Daher verringert sich zwar das Spannungsverhältnis zwischen Gesellschaft und politischem System in solchen Regimen, ist aber bei weitem nicht verschwunden. Die Formung des Individuums, die Verinnerlichung der Ideologie durch die Masse der Bürger, das Ziel des „neuen Menschen", von dem die Ideologen oft sprechen, ist offensichtlich unwahrscheinlich, auch wenn nur wenige soziale Systeme - ausgenommen Religionen - so weit in diese Richtung gegangen sind, wie totalitäre Systeme.

Die Merkmale, die wir als notwendig ansehen, um ein System als totalitär zu charakterisieren, sind aus meiner Sicht die folgenden: 1) eine Ideologie, 2) eine Einheitspartei mit Massencharakter und anderen mobilisierenden Organisationen und 3) die konzentrierte Macht einer Person oder einer kleinen Gruppe, die keiner größeren Wählerschaft verantwortlich ist und die nicht mit institutionalisierten, friedlichen Mitteln von der Macht entfernt werden kann. Jedes dieser Kriterien kann für sich genommen in anderen Typen nichtdemokratischer Systeme gefunden werden. Aber nur ihr gleichzeitiges Vorhandensein macht ein System totalitär. Das bedeutet auch,

daß nicht alle Einparteiensysteme totalitär sind. Ein nicht-demokratisches System ohne eine einzige Partei, oder genauer, ohne eine einzige aktive Partei, kann demnach ebenfalls nicht als totalitär betrachtet werden. Wie Friedrich in neueren Arbeiten bemerkt, sei es nicht entscheidend, daß die gesamte Macht oder deren größter Teil im Apparat einer Partei liegen muß. Jedoch erscheint es wohl sehr unwahrscheinlich, daß eine solche Monopolpartei und die sie kontrollierende Bürokratie nicht zu den mächtigsten Institutionen der Gesellschaft gehören. Es gibt sicherlich Diktatoren, z.B. cäsaristische Führer, kleine Oligarchien, Militärs oder Koalitionen von Eliten in unterschiedlichen institutionellen Einbindungen, die den Mitgliedern ihrer Organisationen und Institutionen gegenüber nicht verantwortlich sind. Jedoch sprechen wir deshalb nicht gleich von totalitärer Herrschaft. Solange diese Herrschaft nicht im Namen einer Ideologie ausgeübt wird, die auf zentralen Ideen oder einer „*Weltanschauung*" basiert, und solange sie nicht Formen von Massenorganisationen und Partizipation jenseits von Streitkräften und Polizei zur Herrschaftssicherung benutzen, können wir nicht von einem totalitären System sprechen, sondern von autoritären Regimen. Ich werde gerade dies später noch ausführlich darstellen.

Wie einheitlich die totalitäre Herrschaft auch immer sein möge, so ist doch ein Machtkampf innerhalb der Führung (um und/oder unterhalb der Spitzenfigur) sowie zwischen den von der Führung geschaffenen Organisationen durchaus möglich und sogar wahrscheinlich. Solche politischen Gruppenkonflikte erwachsen aber nicht aus der Gesellschaft heraus. Ihre Träger sind nicht Organisationen und Institutionen, wie sie vor der totalitären Machtübernahme bestanden haben. Die konkurrierenden Politiker, Fraktionen oder Organisationen beziehen ihre Macht nicht von den gesellschaftlichen Strukturen, die unterhalb der im engeren Sinne politischen Ebene liegen, auch wenn einzelne in solche Machtkämpfe verwikkelte Politiker zu bestimmten Sektoren der Gesellschaft eine besonders enge Beziehung haben mögen. In diesem Sinne scheint es mir nicht möglich, in totalitären Systemen von einem Klassenkonflikt im marxistischen Sinne zu sprechen. Die Ausgangspositionen, von denen aus die Konkurrenten versuchen, ihre Machtbasis durch eine Verbindung mit Interessengruppen in der Gesellschaft zu erweitern, sind Teile des politischen Systems: Es sind politische Organisationen wie die Partei, die abhängigen Massenorganisationen, regionale Parteiorganisationen, die Parteimiliz oder die Regierungs- und Polizeibürokratien. In stabilen totalitären Systemen spielen früher entstandene Institutionen wie Wirtschaftsorganisationen, die Kirche oder auch die Armee eine zweitrangige Rolle im Kampf um die Macht. Sie nehmen höchstens in dem Maße an solchen Auseinandersetzungen teil, in dem sie von dem einen oder anderen Führer oder von einer Gruppe innerhalb der politischen Elite in den Macht-

kampf eingebracht und benutzt werden. Die Führungen dieser Institutionen sind auch keine legitimen Anwärter im Kampf um die politische Macht. Sie können höchstens einzelne Entscheidungen beeinflussen und besitzen selten eine Vetomacht. In dieser Hinsicht ist auch die Unterordnung der militärischen Führung eines der Merkmale totalitärer Systeme, die es von anderen nichtdemokratischen Systemen unterscheiden. Bis zum heutigen Tag ist kein totalitäres System durch eine Intervention der Streitkräfte überwunden oder grundsätzlich geändert worden, auch wenn in Krisenzeiten die eine oder andere Fraktion durch das Militär in der Macht unterstützt wurde. Vielleicht hätten die hochgradig politisierte Volksbefreiungsarmee in China[2] oder die Armee auf Kuba[3] eine solche Rolle spielen können. Nur sehr bedingt können wir davon sprechen, daß einzelne Führer, Fraktionen oder Bürokratien in der Machtstruktur die verschiedenen sozialen Gruppen wie Betriebsdirektoren, Bauern, Intellektuelle bzw. ethnische oder kulturelle Bevölkerungsteile repräsentieren. Auch wenn Führer oder Gruppen die Interessen solcher Sektoren der Gesellschaft bis zu einem bestimmten Grade vertreten, sind sie keiner konkreten Wählerschaft oder Klientel gegenüber verantwortlich. Sie leiten ihre Machtbasis nicht aus diesen sozialen Strukturen ab, rekrutieren sich im allgemeinen nicht aus diesen und werden auch nicht in den Kreis der Herrschenden kooptiert, nur weil sie womöglich Führer/Interessenvertreter solcher Schichten sind. Es ist im Unterschied zu anderen nichtdemokratischen Systemen sicherlich eines der herausragenden Charakteristika totalitärer Systeme, daß all jene Institutionen, Organisationen oder Interessengruppen zerstört oder zumindest entscheidend geschwächt werden, die bestanden, bevor die neue politische Elite die Macht übernahm und sich ihre eigenen politischen Strukturen schuf. In diesem Sinne können wir auch von einem Machtmonopol sprechen, einem Monismus.

Es würde jedoch ein Fehler sein, diese Konzentration politischer Macht in den Händen der neuen Führungen und ihrer Organisationen als monolithisch anzusehen. Der Pluralismus totalitärer Systeme ist sicherlich kein sozialer, sondern eher ein politischer innerhalb der herrschenden Elite. Beispiel dafür sind die Konflikte zwischen der SA und der SS, der DAF (Arbeitsfront) und der Partei, der Vier-Jahres-Plan-Organisation Görings und der „Organisation Todt“ von Speer. Dies waren Konflikte innerhalb der Nazi-Elite und zwischen ihren Organisationen. Sie suchten und fanden sicher Verbündete unter dem Militär, der Bürokratie und der Wirtschaft, aber es wäre gewiß falsch, einen dieser Führer oder eine dieser Organisa-

[2] Vgl. Joffe 1965, 1971; Pollack, 1974; Schuremann, 1968, S. 12-13; Gittings, 1967.

[3] Vgl. Dominguez, 1974; Dumont, 1970.

tionen als Repräsentanten von Strukturen anzusehen, die vor den Nazis in der deutschen Gesellschaft bereits bestanden hätten. Gleiches kann wahrscheinlich über den Kampf zwischen den Fraktionen im Politbüro bzw. im Zentralkomitee der KPdSU nach dem Tode Stalins gesagt werden.

Nun könnte man der Meinung sein, daß sich die Mitglieder der politischen Organisationen - insbesondere der Partei - in fest etablierten totalitären Systemen durch funktionale Ausdifferenzierung und Arbeitsteilung mit bestimmten Politikfeldern verbinden würden; also sich zunehmend mit wirtschaftlichen oder territorialen Interessen identifizieren und diese auch im politischen Entscheidungsprozeß artikulieren. Dies gelte insbesondere in Friedenszeiten und in Perioden von Nachfolge- und Führungskrisen. Wenn sich das totalitäre System erst einmal durchgesetzt hat, die vorherigen sozialen Strukturen zerstört oder entscheidend geschwächt und die alte politische Elite verdrängt wurden, ist es nicht unwahrscheinlich, daß eine Transformation dahingehend erfolgt, daß ein begrenzter Pluralismus und eine eingeschränkte Autonomie erlaubt werden. An diesem Punkt werden die Vitalität von Ideologie und Partei sowie die Stärke der Führer entscheidend dafür sein, ob man das System als eine Spielart des Totalitarismus oder als etwas tatsächlich anderes ansehen muß. Sicher laufen solche Veränderungen in totalitären Systemen nicht ohne Spannungen und Belastungen ab. Daher müssen sie eher als zyklische Wandlungen denn als kontinuierliche Evolution gesehen werden.

Jede Typologie totalitärer Systeme wird die Bedeutung der Ideologie, der Partei und der Massenorganisationen, der politischen Führer oder Führungsgruppen sowie den Zusammenhalt bzw. die Fraktionierung der Führung in Betracht ziehen müssen. Sie wird zusätzlich analysieren müssen, wie sich diese drei Dimensionen mit der Gesellschaft und ihren Strukturen, mit der Geschichte und den kulturellen Traditionen verbinden. Verschiedene totalitäre Systeme oder Phasen des gleichen Systems können in Abhängigkeit vom Charakter der Monopolpartei als mehr oder weniger ideologisch, als populistisch oder als bürokratisch bezeichnet werden. In Abhängigkeit von der Struktur des Herrschaftszentrums kann ein solches System als charismatisch, oligarchisch oder gar feudal angesehen werden. Fehlt aber eine dieser drei Dimensionen oder wird sie über einen bestimmten Punkt hinaus geschwächt, ändert sich die Natur des Systems grundlegend. Trotzdem ermöglicht die Vielfalt unter diesen drei Dimensionen, verschiedene Typen von totalitären Systemen zu bestimmen. Es ist die Verbindung dieser drei Dimensionen, die für viele andere Charakteristika steht, die wir mit größerer Wahrscheinlichkeit eher in totalitären als in anderen nichtdemokratischen Systemen finden. Jedoch ist nur eine dieser Dimensio-

nen, die auch in anderen politischen Systemen gefunden werden können, für die Kennzeichnung als totalitär keineswegs hinreichend.

Ich betrachte deshalb ein System als totalitär, wenn die folgenden Charakteristika zutreffen:

1) ein monistisches, aber nicht monolithisches Machtzentrum; (Auch wenn ein Pluralismus von Institutionen oder Gruppen existiert, so erwächst deren Legitimation doch allein aus diesem Machtzentrum. Der Pluralismus ist meist eher eine politische Schöpfung des Machtzentrums als ein Ergebnis der vorherigen Gesellschaft.)
2) eine exklusive, autonome und mehr oder weniger intellektuell ausgearbeitete Ideologie, mit der sich die herrschende Gruppe oder der Führer, bzw. die Partei identifizieren; (Sie ist die Grundlage für Politik oder wird für deren Legitimation benutzt. Diese Ideologie hat Grenzen, hinter denen der „Irrglaube" beginnt, der nicht ungestraft bleibt, und sie geht weit über ein Teilprogramm oder über die Bestimmung politischer Aktion hinaus. Diese Ideologie liefert „letzte Antworten", historischen Sinn sowie eine Deutung der sozialen Realität.)
3) Beteiligung und aktive Mobilisierung der Massen; (Dies wird durch die Monopolpartei und ihre Hilfsorganisationen gefördert, gefordert, belohnt und kanalisiert. Passiver Gehorsam und Apathie, der Rückzug in die Rolle des „Untertanen" oder gar ins Private, wie dies für viele autoritäre Regime charakteristisch ist, werden von den Herrschenden nicht gewünscht.)

Das hier genannte dritte Charakteristikum, die aktive Teilnahme der Massen, bringt eine totalitäre Gesellschaft näher an das Ideal und sogar oft an die Realität vieler Demokratien heran und unterscheidet totalitäre Systeme zugleich grundlegend von den meisten „nichttotalitären nichtdemokratischen Systemen". Es ist diese Partizipation wie auch die Atmosphäre von Beteiligung, die Beobachter aus westlichen Demokratien oft an totalitären Systemen bewundern. Man bekommt den Eindruck, einer Demokratie gegenüberzustehen, die perfekter als jenes System ist, in dem die Bürger öffentliche Angelegenheiten nur oder hauptsächlich durch Wahlen beeinflussen können. Partizipation in einem mobilisierenden Regime unterscheidet sich aber von einer Demokratie grundsätzlich dadurch, daß im ersteren für jeden Lebensbereich und auf jedem Gebiet nur *ein* möglicher Kanal der Teilnahme existiert und der allgemeine Zweck und die Richtung der Partizipation durch ein Zentrum gesetzt sind. Dieses definiert die Ziele und kontrolliert letztlich auch deren Umsetzung. Es ist eine konstante Rückkopplung zwischen dem dominanten, mehr oder weniger monistischen Entscheidungszentrum und

jenen Prozessen der Partizipation im Interesse der ideologischen Ziele, die innerhalb der kontrollierten Organisationen stattfindet, und gerade dies kennzeichnet ein totalitäres System.

Es ist möglich, andere Charakteristika, die bei der Beschreibung totalitärer Systeme oft betont werden, von den drei hier genannten abzuleiten, und ich werde dies auch versuchen, indem ich einige der wichtigen Beiträge zur Untersuchung einzelner totalitärer Systeme im weiteren Verlauf genauer diskutiere. So haben wir z.B. die spannungsreichen Beziehungen zwischen Intellektuellen und Künstlern und der politischen Führung, die nicht nur Resultat pathologischer Züge solcher Herrscher wie Hitler und Stalin, sondern sicher auch durch die eine und einzige Ideologie bedingt sind, die ja zugleich den Verzicht auf bzw. die Ablehnung anderer Ideen bedeutet.[4] Es ist gewiß auch Angst dabei, Werte dieser Ideologie in Frage zu stellen, wenn beispielsweise kollektive bzw. öffentliche Ziele und individuelle bzw. private Interessen gegenübergestellt werden. Der private, nach innen gerichtete Mensch wird als latente Bedrohung gesehen, und viele Formen künstlerischen Ausdrucks gehen ja gerade in diese Richtung. Das gleiche gilt für die Ausweitung der normalen Konflikte zwischen Kirche und Staat, die sich in solchen Systemen zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Religion und Politik ausweiten.[5]

---

4 Über das intellektuelle und kulturelle Leben in der Sowjetunion siehe Pipes (1961), Swayze (1962), Simmons (1971) und P. Johnson und Labdez (1965), für Ostdeutschland vgl. Lange (1965), für das kommunistische China MacFarquhar (1960) und Chen (1967). Eine interessante Fallstudie über Lyssenko findet sich bei Medvedev (1969). Über Nazideutschland siehe Brenner (1963), Mosse (1966), Wulf (1963a, 1963b, 1963c, 1964) und Strohmann (1963). Für weitere sehr aufschlußreiche bibliographische Hinweise zu Kultur und Erziehung siehe Tannenbaum (1972). Obwohl kein theoretisch bedeutsamer Beitrag, zeigen diese Illustrationen jedoch die Heterogenität und den Eklektizismus in der offiziellen italienischen Kunst – dies im Gegensatz zur deutschen Kunst jener Jahre. Sie sind damit ein weiterer Indikator dafür, den totalitären Charakter des italienischen Faschismus anzuzweifeln, vgl. auch Silva (1973). Der Gegensatz zwischen der Kulturpolitik in einem totalitären und autoritären Regime wird bei der Lektüre der Studie über das spanische intellektuelle Leben unter Franco von E. Diaz (1974) recht deutlich.

5 Über die Religion und den Staat in der Sowjetunion siehe Curtis (1960). Über neuere Entwicklungen siehe Bourdeaux (1968,1969) und Hayward und Fletcher (1969). Über das kommunistische China siehe Baier (1968), Bush (1970), MacInnis (1972) und H. Welch (1972), über Deutschland Conway (1968), Zipfel (1965), Buchheim (1953). Eine Regionalstudie mit ausführlichen Dokumentationen siehe Baier (1968). Der Gegensatz zu Italien findet sich in Webster (1960).

Die spezielle Bedeutung der Ideologie in solchen Systemen hat sicherlich auch positive Aspekte, die hier nicht unterschlagen werden sollen. Bildung wird generell hoch angesehen und bestimmte kulturelle Leistungen werden geradezu massenhaft verbreitet. Hier besteht ein deutlicher Unterschied zu den meisten traditionellen Autokratien, wobei die Indoktrination in religiösen Autokratien und der hohe Stellenwert wissenschaftlich-technischer Bildung in einigen betont säkularen Autokratien Ausnahmen sein können. Propaganda, Bildung, Kaderschulen, intellektuelle Ausformung der Ideologie, durch Ideologie inspirierte Gelehrsamkeit und auch die Belohnungen für Intellektuelle, die sich mit dem System identifiziert haben, dies alles ist in totalitären Systemen weit wichtiger als in anderen nichtdemokratischen Systemen. Wenn wir die inhaltlichen Grenzen dieser Leistungen und die Einengung bzw. Verweigerung von Freiheit ignorieren, so finden wir hier eine bestimmte Konvergenz zu demokratischen Systemen, wo ja die Massenpartizipation am politischen Leben auch eine Bildung der Massen und deren Information erfordert und wo den Intellektuellen eine wichtige, wenn auch nicht immer von allen gern gesehene Rolle zukommt.

Die Konzentration der politischen Macht im Führer und seinen Mitkämpfern bzw. in einer abgegrenzten Gruppe von Machthabern, die durch den gemeinsamen Kampf um die Macht und die Etablierung des Regimes geformt wurde, deren Sozialisierung in den politischen Organisationen oder ihre Kooptierung aus anderen Bereichen (Kriterium ist die Loyalität und/oder die Identifizierung mit der Ideologie) – dies alles begrenzt notwendigerweise die Autonomie anderer Organisationen, seien es Wirtschaftsunternehmen oder Berufsgruppen der Militärs und der Intellektuellen. Der mehr oder minder starke Glaube an die Ideologie, die Identifizierung mit deren Symbolen und die Überzeugung, daß Entscheidungen durch die Ideologie legitimiert oder zumindest verständlich werden, unterscheidet diese Gruppe von jenen, die skeptischer oder gar desinteressiert gegenüber der Ideologie sind. Natürlich hebt das diese Gruppe von jenen ab, die von Berufs wegen, wie die Intellektuellen, Fragen stellen. Allerdings nähern sich wiederum die Herrschenden auch jenen an, die zur Ausarbeitung der Ideologie bereit sind, wenn sie nur nicht die Herrschaft selbst herausfordern. Das elitäre Element, das in der Analyse totalitärer Systeme häufig betont wird, ist die logische Konsequenz der Suche nach dem Monopol der Macht. Es ist auch einer der Gründe sowohl für die Verbissenheit vieler Konflikte innerhalb dieser Eliten als auch für die Ächtung und gnadenlose Verfolgung jener, die den Kampf um die Macht verloren haben. Macht wird ein persönliches Nullsummenspiel; in diesem System viel eher als in demokratischen Gesellschaften.

Die Bindung an die Ideologie, der Wunsch nach monopolistischer Kontrolle und die Angst vor dem Verlust der Macht erklären auch den Hang zu Druck und Zwang und die Wahrscheinlichkeit eines fortgesetzten Terrors gerade in diesen Systemen. Deshalb ist es der Terror, insbesondere jener innerhalb der Elite und weniger der gegen reale oder potentielle Opponenten, der totalitäre Systeme von anderen nichtdemokratischen Regimen unterscheidet. Gerade dieser ideologische Eifer und weniger die Größe der Gesellschaft, wie Hannah Arendt meint, oder gar der Grad der Modernisierung und Industrialisierung, wie andere Autoren hervorhoben, kann meines Erachtens dieses Engagement erklären. Ich denke, daß deren Argumente uns eher die Apathie der Untertanen oder einfach die äußere Uniformität der Bürokratie verständlich machen.

Der Charakter und die Rolle der Monopolpartei sind sicherlich die wichtigsten Variablen, wenn wir in behavioristischen Begriffen die Wirkung eines totalitären Systems auf die Gesellschaft analysieren. Die besondere Stellung der Parteiorganisation, der aus der Partei hervorgegangenen politischen Organisationen und der mit ihr verbundenen Massenorganisationen bedingt die grundlegenden Charakteristika dieser Systeme. Vor allem erlaubt die Fähigkeit, die Gesellschaft zu durchdringen, es diesen Organisationen, in vielen institutionellen Bereichen präsent zu sein und Einfluß auszuüben. Menschen können somit für langfristige Aufgaben auf freiwilliger oder pseudo-freiwilliger Basis und weniger durch materielle Anreize mobilisiert werden und wichtige Veränderungen lassen sich so auch mit begrenzten Ressourcen ausführen. Gerade für bestimmte Schritte in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung (Industrialisierung, Alphabetisierung) ist das von größter Wichtigkeit. Zudem gibt dies solchen Systemen einen gewissen demokratischen Charakter. Jenen, die teilnehmen möchten und dabei die Ziele der Führung akzeptieren und keine Alternativen suchen, wird damit eine Chance für eine aktive Teilnahme am politischen und sozialen Leben und auch das Gefühl des Einbezogenseins gegeben. Trotz des bürokratischen Charakters dieser Staaten, ihrer vielen Organisationen und selbst der Partei kann die Mitgliedschaft in einer solchen Massenpartei und in den mit ihr verbundenen Organisationen für viele sinnstiftend sein und ihnen das Gefühl vermitteln, am politischen Prozeß beteiligt zu sein. In dieser Hinsicht unterscheiden sich totalitäre Systeme sehr stark von vielen anderen nichtdemokratischen (autoritären) Systemen, wo sich die Herrschenden allein auf einen Stab von Bürokraten, Experten und Polizisten stützen, der vom Rest der Bevölkerung eher getrennt ist. In solchen Regimen haben die Menschen kaum eine Chance, sich über ihr Arbeits- und Privatleben hinaus als aktive Teilnehmer im politischen und gesellschaftlichen Leben zu fühlen.

Die Parteiorganisation und die Führungspositionen auf deren unteren Ebenen geben vielen Menschen die Chance, einen kleinen Anteil an der Macht zu haben und diese auch über Menschen auszuüben, die in anderen Hierarchien der Gesellschaft ihre Vorgesetzten sind oder sein könnten.[6] Damit wird ganz offensichtlich ein Element der Gleichheit eingebracht, bei dem andere soziale Schichtungen der Gesellschaft untergraben werden. Zugleich wird aber ein neuer Typ von Ungleichheit eingeführt. Eine aktive Parteiorganisation erhöht ganz beträchtlich die Möglichkeiten der Kontrolle und des latenten Zwangs gegenüber denjenigen, die nicht bereit sind mitzuarbeiten oder die von vornherein ausgeschlossen werden. Viel Energie, die in einer demokratischen Gesellschaft in die Politik wie auch in freiwillige gemeinnützige Vereinigungen mündet, wird so auch von totalitären Systemen genutzt. Viel von diesem Idealismus, der eher mit kollektiver als mit individueller Orientierung verbunden ist, ist in der Partei und den von ihr unterhaltenen Organisationen zu finden. Es ist ein Idealismus, der sich in der Vergangenheit oft in religiösen Organisationen ausdrückte und der heute in der liberalen demokratischen Gesellschaft zu freiwilligen gemeinnützigen Gruppen und Vereinen führt. Natürlich kommt dazu auch der Opportunismus jener, die von den Anreizen und Belohnungen sowie dem möglichen Zugang zur Macht angezogen werden. Dieser mobilisierende Aspekt ist für totalitäre Systeme von großer, wenn nicht gar von zentraler Bedeutung. Es ist ein Moment, das in den meisten anderen nichtdemokratischen Systemen nicht vorhanden ist. Sicherlich würden viele, die in einem totalitären System eifrige Aktivisten waren und sind, in anderen nichtdemokratischen Systemen passiv bleiben, sich nur für ihre privaten Ziele interessieren oder wegen fehlender Partizipationsmöglichkeiten frustriert und entfremdet sein. Es ist gewiß diese starke partizipatorisch-mobilisierende Dimension der Partei und der Massenorganisationen, aus der sich die Anziehungskraft totalitärer Modelle ableitet. Ablehnung und negative Haltung gegenüber solchen Systemen resultieren wiederum oftmals aus den fehlenden Wahlmöglichkeiten zwischen alternativen gesellschaftlichen Optionen sowie aus der begrenzten oder oft fehlenden Freiheit bei der Wahl der Führung solcher Organisa-

---

[6] Schon in der SA wurden Ränge ohne Beachtung des früheren Militärranges im 1.Weltkrieg vergeben; siehe Gordon (1972, S. 84/85). Diese Ideologie durchbrach die Statusstrukturen der Gesellschaft und spiegelt sich auch in dem Eid der SA wider: „Hiermit gelobe ich, daß ich jedes Mitglied ... ungeachtet der Klasse, des Berufs, des Reichtums oder der Armut nur als meinen Bruder und wahren Kameraden ansehe, mit dem ich mich in Freude und Leid verbunden fühle." Später bedeutete dies, daß ein hoher Zivilbeamter sehr wohl durch seinen Hausmeister, der eine Position in der „*Blockwart*"-Partei innehatte, eingeschüchtert werden konnte.

tionen. Eine Tatsache, die sich aus deren bürokratischem Charakter und solchen Normen wie dem Führerprinzip oder dem demokratischen Zentralismus ergibt.

Expansionismus ist ein anderes Merkmal, das oft totalitären Systemen zugeordnet wird. Sicher gibt es auch hier einen Zusammenhang, jedoch ist es schwierig, diesen aus den von mir benannten zentralen Charakteristika abzuleiten. Die Art und der Umfang der internationalen Politik der jeweiligen Regime sind schon deshalb unterschiedlich, da sie entweder Gegenstand einer öffentlichen und freien Diskussion, einschließlich des Widerspruchs, sind oder eben nicht. Die Betonung einer ausschließlichen Ideologie hat mit zur Folge, daß die schiere Existenz alternativer Ideologien und Glaubenssysteme als eine latente Bedrohung angesehen wird. Jedoch hängt in der konkreten Umsetzung dann viel vom Inhalt der Ideologie ab, und sicher wird der Charakter und die Richtung des Expansionismus eher davon als von anderen strukturellen Merkmalen geformt. Jedoch wäre es ein Fehler, zu jedem Zeitpunkt von ideologischen Verpflichtungen auf die Außenpolitik zu schließen, gleich bei welchem Regimetyp. Das wurde beim Hitler-Stalin-Pakt oder in den Beziehungen zwischen den USA und dem kommunistischen China deutlich. Aber vielleicht ist es begründeter, dieses zu den langfristigen Strategien der Regime zu zählen.[7] Ich kann hier nicht umfassend auf die Beziehung zwischen politischen Systemen und Außenpolitik eingehen, aber einige Anmerkungen sollen schon dazu gemacht werden: Ganz sicher ist, daß eine aggressive Politik, d.h. die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, sowie politischer und ökonomischer Imperialismus nicht einem bestimmten Regimetyp zuzuschreiben sind. Allerdings steht fest, daß der Nationalsozialismus, seine ideologische Konzeption und die innere Dynamik des deutschen Regimes zu aggressiver Expansionspolitik, Krieg und der Schaffung eines hegemonialen Systems mit unterdrückten Ländern sowie abhängigen Satellitenstaaten führte. Es gibt nationalsozialistische Komponenten in dieser Politik, vor allem die Konzeption des Rassismus, die nicht mit denen eines deutschen Nationalismus (wie z.B. Wiedererlangung der vollen Souveränität nach Versailles, der „Anschluß“, die Einbeziehung der deutschen

---

[7] Ein damit im Zusammenhang stehendes Thema, das ich - vielleicht zu sehr - vernachlässigt habe, ist zum einen die Verbindung zwischen außenpolitischen Krisen und den Krisen bzw. Zusammenbrüchen demokratischer Systeme, besonders beim Aufstieg des Faschismus oder auch bei der Hinwendung zu autoritären Lösungen in der Dritten Welt. Zum anderen muß die Beziehung zwischen der Bereitschaft zum Krieg, konkreter zum „totalen Krieg“, und totalitären Tendenzen stärker untersucht werden.

Minderheit in benachbarten Grenzregionen) oder einer Politik der ökonomischen Hegemonie in Mitteleuropa verwechselt werden dürfen.[8] Zweifellos verfolgte auch das faschistische Italien eine Expansionspolitik in der Adria und in Afrika. Allerdings könnte hier - läßt man die Rhetorik beiseite - von den Zielen eines präfaschistischen Imperialismus gesprochen werden. Alle faschistischen Bewegungen sind durch einen verschärften Nationalismus, durch Anti-Internationalismus, Anti-Pazifismus, Hervorhebung militärischer Werte, Irredentismus und Pan-Nationalismus gekennzeichnet. Diese Programmatik wurde dann den Ideologien demokratischer Parteien der Linken und des Zentrums entgegengesetzt, auch wenn einige von diesen Parteien auch nichts gegen Kolonialismus, nationale Stärke und Prestigepolitik einzuwenden hatten.

Bei der Frage nach der Außenpolitik kommunistischer Staaten wird am Beispiel der UdSSR dasselbe Problem offensichtlich. Nationale Interessen, die bereits im russischen Zarenreich entstanden waren, sind schwer von jenen zu trennen, die aus der Dynamik des Regimes resultieren, insbesondere durch Bürgerkrieg, ausländische Intervention, Einkreisung und Isolierung. Und diese Dynamik wurde dann noch durch die Vorstellungen von internationaler revolutionärer Solidarität verstärkt.[9] Die Beziehungen der anderen kommunistischen Parteien zur KPdSU, gerade als die Sowjetunion als das Modell diente, machten es besonders in der Stalin-Ära schwierig, ja oft sogar unmöglich, die Politik der weltweiten revolutionären Bewegung von der eines einzelnen Landes zu trennen. Der später entstandene Polyzentrismus innerhalb der kommunistischen Bewegung hat dies offensichtlich geändert und macht die Dinge doch etwas komplizierter. Ideologisch miteinander verbundene Parteien sind, wenn wir von anderen direkten Abhängigkeiten absehen, ohne Zweifel ein Faktor in der Außenpolitik der Regime der jeweiligen Bewegungen. Es fällt auf, daß trotz der Ähnlichkeiten zwischen faschistischen Parteien, der gegenseitigen Einflußnahme und Imitationen, diese im Unterschied zu den kommunistischen jedoch nie-

---

[8] Siehe dazu Bracher (1970, S. 287-329, 400-408 und die bibliographischen Hinweise S. 520-523), Jacobsen (1968), Hillgruber (1971), Hildebrand (1973), Deakin (1966) sowie Wiskeman (1966) mit seiner sehr aufschlußreichen Studie über die Beziehung zwischen Hitler und Mussolini.

[9] Die unterschiedlichen Meinungen hierzu können bei Hoffman und Fleron (1971, Teil 3), weiterhin Schulman (1969) und Ulam (1968) gefunden werden. Die Literatur über den chinesisch-sowjetischen Streit (Zagoria, 1969) bringt die Komplexität der Verflechtung zwischen nationalen Interessen und ideologischen Konflikten deutlich zum Ausdruck. Die Literatur über osteuropäische kommunistische Länder offenbart, wie unzertrennlich außen- und innenpolitischen Überlegungen im sowjetischen Wirkungskreis sind.

mals ein vergleichbarer Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung wurden.

Die Suche nach Konformität, die Verfolgung von Dissidenz, besonders wenn sie größere Teile der Bevölkerung erreichen kann und einen Versuch der Organisation darstellt, die Verringerung und Einengung des Privaten sowie eine umfassende erzwungene Partizipation - dies alles ist fast unvermeidlich in totalitären Systemen. Der massive und/oder willkürliche Gebrauch von Terror, wie wir ihn in den Lagern finden, die Säuberungen, die Schauprozesse, die kollektiven Bestrafungen von Gruppen scheinen zwar nicht das Wesentliche für ein totalitäres System zu sein, jedoch war es gewiß nicht zufällig, daß einige dieser Formen gerade unter Hitler und Stalin auftraten. Es war nicht zufällig, daß sie in diesen Systemen weiter verbreitet waren als in irgendeinem demokratischen System, und daß sie qualitativ und quantitativ verschieden von der Gewaltanwendung in anderen nichtdemokratischen Systemen waren, wobei Perioden der Konsolidierung der Macht während oder unmittelbar nach einem Bürgerkrieg Ausnahmen sein können. Terror ist zwar weder ein notwendiges noch ein hinreichendes Charakteristikum totalitärer Systeme, aber er tritt in solchen Systemen mit größerer Wahrscheinlichkeit auf, als in anderen, wobei sich seine Formen in den verschiedenen Varianten totalitärer Systeme unterscheiden. Deshalb haben einige Autoren meines Erachtens mit Recht auch von „Totalitarismus ohne Terror“ gesprochen.

Frühe Studien über den Totalitarismus, besonders die von Sigmund Neumann (*Permanent Revolution* aus dem Jahre 1942), betonen die Rolle eines Führers. Die faschistische Verpflichtung auf das Führerprinzip und die Begeisterung für den *Duce*, zusammen mit dem Personenkult um Stalin, machten dieses sicherlich zu einem ganz herausragendem Element in der Definition totalitärer Systeme. Jedoch haben wir gerade in der jüngeren Vergangenheit Systeme gesehen, die in vielen Punkten noch totalitär waren, in denen wir aber solch einen unumstrittenen Führer oder einen vergleichbaren Kult nicht finden können. Auf der anderen Seite gibt es viele nichtdemokratische Systeme, die keineswegs als totalitär einzuschätzen sind, in denen jedoch einzelne Führer samt eines Personenkultes eine vergleichbare Stellung haben. Deshalb meine ich, daß das Auftreten eines Führers, der eine umfangreiche persönliche Macht hat, um den ein Personenkult getrieben wird und der unter den Parteimitgliedern und der Bevölkerung über charismatische Autorität verfügt, zwar in totalitären Systemen sehr wahrscheinlich, aber nicht unvermeidlich oder gar notwendig für deren Stabilität ist. Nachfolgekrisen, die nach Auffassung mancher Autoren die Stabilität oder gar das Überleben solcher Regime bedrohen, haben - auch in kritischen Momenten - nie zum Sturz oder Zusammenbruch solcher Systeme

geführt. Das Problem der Nachfolge in nichtdemokratisch verfaßten Regimen wird im Gegensatz zu Erbmonarchien und präsidentiellen oder parlamentarischen Demokratien als eine ihrer Schwächen betrachtet (Rustow, 1964). Diese Diskussion wurde sicherlich sowohl durch die bei der Nachfolge Lenins entstandenen Machtkämpfe als auch durch die lebenslange Amtsdauer vieler Führer in Einparteienregimen geprägt. Bereits 1933 warf Farinacci in einem Brief an Mussolini die Nachfolgefrage bei einem Führer auf, der nicht das Entstehen anderer politischer Führer neben sich zulassen würde. Dies sei ein Problem für diesen Regimetypus (Acquarone, 1965, S. 173-75). In der Tat erwartete man, daß das Nichtvorhandensein eines gesetzlichen Erben eine unruhige Übergangszeit bedeutet und daß wirksame legale Methoden, den Führer zu Lebzeiten oder nach einer begrenzten Amtszeit abzusetzen, institutionalisiert werden könnten. Jedoch konnten wir nicht die Nachfolge in faschistischen Regimen beobachten. Uns bleibt nur die Möglichkeit, ausgehend von der Langlebigkeit anderer Regimegründer über die Zukunft dieser Regime zu spekulieren. Der Aufstieg Chruschtschows (Swearer, 1964; Rush, 1968) beweist trotz der dabei aufgetretenen Konflikte, daß Nachfolge nicht zum Zusammenbruch eines Systems oder zu einer anderen Herrschaftsform des Terrors führen muß. Über die Probleme, die in Zusammenhang mit der Nachfolge Maos auftraten, siehe Robinson (1974). Die relativ institutionalisierte und friedliche Nachfolge Chruschtschows, Ho Chi Minhs, Nassers und Salazars u.a. legt die Vermutung nahe, daß die Institutionen solcher Regime vielleicht besser geeignet sind, mit diesem Problem umzugehen, als von uns gedacht. Noch bemerkenswerter ist die Tendenz bei neu etablierten autoritären Regimen, wie z.B. beim brasilianischen Militär, die den Aufstieg eines Führers verhindern und eine Begrenzung für die Amtsdauer etablieren konnten. Auch die Tatsache, daß einige der Gründer autoritärer Regime vor nicht allzu langer Zeit verstarben, sollte uns eine vergleichende Analyse des Problems ermöglichen.

Man könnte nun meinen, daß die Betonung einer solchen personifizierten Führung charakteristisch für totalitäre Systeme des faschistischen Typs war. Das trifft sicherlich für Italien, Deutschland und einige faschistische Satellitenregime zu. Aber die Rolle Stalins in der Sowjetunion zeigt, daß es nicht ausschließlich ein Merkmal faschistischer Regime war. Gewiß verschwände dieser Widerspruch, wenn wir wie einige kommunistische Dissidenten und linke Faschisten argumentierten und Stalin als das russische Äquivalent zum Faschismus ansehen. Aber das scheint mir dann doch eine sophistische Lösung zu sein. Da ich an anderer Stelle darauf zurückkomme, sei hier nur festgehalten, daß eine solche Führung in totalitären Systemen wahrscheinlicher ist als in anderen nichtdemokratischen.

Die Unterschiede im Verhältnis zwischen Führung, Ideologie und massenhafter und organisierter Teilnahme sind jene Variablen, die wahrscheinlich den besten Anhaltspunkt für eine Typologie von totalitären Systemen bieten und die für unser Verständnis von der Konsolidierung, Stabilisierung, dem Wandel und vielleicht auch dem Zusammenbruch solcher Systeme von besonderer Bedeutung sind. Es wäre sicherlich übertrieben, jetzt schon zu versuchen, Hypothesen über die Wechselbeziehungen zwischen diesen relativ unabhängigen Variablen in totalitären Systemen zu formulieren. Sicher können nur theoretisch orientierte Untersuchungen der verschiedenen Typen und sogar der einzelnen Fälle einen solchen konzeptionellen Anspruch auf eine höhere Abstraktionsebene einlösen. Mit allen damit verbundenen Risiken werde ich versuchen, einige Richtungen zu skizzieren, in die sich solch eine Analyse bewegen könnte. Dabei soll von Anfang an klar sein, daß die Wechselbeziehungen zwischen den Variablen, die nicht unabhängig sind, „zweispurig“ und nicht eindimensional sein können, wobei sicherlich der Einfluß der Variablen stärker in die eine oder andere Richtung geht. Es sind gerade diese Wechselbeziehungen, die dann die Natur des Systems entscheidend verändern.

Ideologie und Totalitarismus

Einige Autoren sind der Meinung, daß totalitäre Systeme eher als „Ideokratien“ (*ideocracies*) oder Logokratien (*logocracies*), d.h. als Ideenherrschaft, betrachten werden sollten. Inkeles (1954) hat den Gedanken der totalitären Mystik entwickelt, um damit die besondere Bedeutung von Ideologien in solchen Systemen sichtbar zu machen.[10] Zweifellos leiten gerade totalitäre Führer - im Gegensatz zu anderen nichtdemokratischen Herrschern - aus der Verpflichtung und dem Bekenntnis zu ganzheitlichen Konzeptionen einen Großteil ihrer Berufung, ihrer Legitimität und oft auch eine bestimmte konkrete Politik ab. Sicherlich unterscheiden sich Ideologien erheblich in ihrer inhaltlichen Ausgestaltung und Komplexität. Sie sind verschieden in ihrer Abgeschlossenheit und im Grad ihrer Fixiertheit. Auch die Möglichkeiten, sie mit politischem Handeln zu verbinden, sind unterschiedlich. Die Untersuchung dieser Ideologien als Ideen- und Bedeutungssysteme, mit inneren logischen oder emotionalen Verknüpfungen, ist meines Erachtens ganz wesentlich, um unterschiedliche totalitäre Systeme verstehen zu können. Eine solche Untersuchung kann auf verschiedene Weise unternommen werden:

[10] Ein gutes Indiz für die Bedeutung einer Ideologie ist auch die Entwicklung einer eigenen, für das Regime charakteristischen Sprache, wie z.B. im deutschen Fall (siehe Berning 1964 und Klemperer 1966).

aus einer kulturell-historischen, soziologischen oder psychologischen Perspektive.

Das anfängliche Bekenntnis gegenüber einer Ideologie bedeutet natürlich auch Einschränkungen, da alternative Werte, Ziele und Denkweisen ausgeschlossen werden. Sie legt damit einen bestimmten Rahmen fest, der die möglichen Optionen für politisches Handeln erheblich einengt. Zweifellos bietet eine intellektuell ausgearbeitete Ideologie wie der Marxismus einen viel komplexeren, vielfältigeren und auch rationaleren Ausgangspunkt, als die einfacheren, eher emotionalen und wenig fixierten Elemente der faschistischen Ideologie. Einige Autoren, die die Anwendung des Totalitarismus-Ansatzes auf faschistische Regime und den Nazismus bezweifeln, begründen dies damit, daß diese Bewegungen gar keine Ideologie gehabt hätten. Deren Ideen, so ihre Annahme, stammten vielmehr von ihren Gründern oder Führern, die sie pragmatisch in ihrem Machtstreben genutzt hätten. Die einfache Tatsache, daß es von Marx, Engels und Lenin ein klar fixiertes, d.h. schriftliches Werk gibt, an dem man zwar herumlaborierte, das man verdrängte oder neu interpretierte, jedoch niemals völlig ignorieren konnte, unterscheidet diese Systeme von jenen Regimen, in denen sich politische Führungen mit weniger ausgearbeiteten Ideen identifizieren. Der Grad an Autonomie bzw. Abhängigkeit bei der Formulierung seiner Ideologie ist mit Sicherheit ein Schlüsselfaktor für die Selbständigkeit, aber auch für die Stabilität der verschiedenen totalitären Systeme. Gleichzeitig ist gerade dies auch eine Konfliktursache zwischen ihnen, vor allem wenn sie versuchen, ihre Legitimität aus dem gleichen ideologischen Werk abzuleiten. Zugespitzt könnte man sagen, daß ein vollkommenes totalitäres System nur existieren kann, wenn es die Formulierung und Interpretation des ideologischen Erbes uneingeschränkt kontrolliert. In dieser Hinsicht waren einige faschistische Regime gegenüber ihren Hegemonialmächten in einer besseren Position als die mittel- und osteuropäischen Kommunisten. Auch China und Kuba befanden sich dabei sicherlich in einer besseren Lage. Die Kontrolle über katholisches Denken durch eine universelle Kirche, insbesondere durch den Papst, war für jene nichtdemokratischen Herrscher, die den Anspruch formulieren, die katholische Soziallehre umzusetzen, eines der wichtigsten Hindernisse, um wirklich ein totalitäres System zu schaffen. Unter anderen war dies bei den österreichischen „Klerikal-Faschisten“ sowie sicherlich auch bei Franco und Salazar der Fall. (Linz, 1964, S. 303)

Ideologien stellen in totalitären Systemen eine Quelle von Legitimität und Berufung für Herrscher dar, und es überrascht nicht, wenn vom Charisma der Führer oder der Partei gesprochen wird. Viele Unterschiede und Veränderungen zwischen und innerhalb der Systeme werden erst verständlich, wenn man sich die Haltung der

politisch wichtigen Personen zur Ideologie ansieht. Zwar setzt die Ideologie den Herrschenden und ihren Handlungen mehr oder weniger enge Grenzen. Trotz dieser Beschränkungen ist das Verhältnis aber nicht einseitig. Gerade in totalitären Systemen wird viel Kraft darauf verwendet, das ideologische Erbe zu manipulieren, anzupassen und im Sinne der politischen Führung ständig neu zu interpretieren. Das gilt in besonderem Maße für die zweite Generation der Herrschenden. Lediglich ein kompletter Wandel in der Beziehung zur Ideologie wird Veränderungen bewirken, die vom totalitären Modell wegführen. Das kann dadurch erfolgen, daß die Ideologie durch eine pragmatische Politikformulierung ersetzt wird und daß Ideen oder politische Inhalte akzeptiert werden, auch wenn sie von außen kommen und der bisherigen Ideologie explizit widersprechen. Die politische Führung kann möglicherweise zu dem Schluß kommen, daß einerseits eine starre Auslegung der Ideologie ihre Handlungsspielräume zu stark einschränkt. Andererseits muß eine Neuinterpretation der Texte berücksichtigen, daß gerade eine einfache Fassung der Ideologie entscheidend für die Indoktrinierung der mittleren Kader bzw. der Massen war. Eine Änderung der Politik wird hier schwierig und kann sogar manchmal eine Legitimationskrise auslösen.

Im totalitären System sind die Autonomie und die Bedeutung der Organisation der Partei gegenüber der Macht des Führers oder einer kleinen Oligarchie in gewissem Maße eine Funktion der Verpflichtung zur Ideologie. Umgekehrt ist der begrenzende Charakter ideologischer Bindung wahrscheinlich direkt mit dem aktiven Parteileben verbunden (interne Diskussionen, Formulierung einer Parteilinie und Kadertraining). Substantielle ideologische Veränderungen, größere Manipulationen an der Ideologie setzen dementsprechend eine erhebliche Aktivierung innerhalb der Parteistrukturen voraus. Dadurch wird Druck auf die herrschende Gruppe ausgeübt. Politische Krisen können entstehen, die letztlich die Zusammensetzung der Führung entscheidend verändern. Zugleich können sich auch Veränderungen in den Beziehungen zwischen der politischen Führung und der Parteiorganisation, wie beispielsweise unter Stalin, auf die Ideologie auswirken. Dies vor allem, wenn Mitglieder aus der herrschenden Gruppe herausgedrängt werden, die ihre Kraft eher auf die ideologische Arbeit und weniger auf die Entwicklung einer eigenen organisatorischen Basis gerichtet hatten. Das Entfernen und die Ermordung der ursprünglichen bolschewistischen Intelligenz durch die Apparatschiks, die sich mit Stalin identifizierten, haben gewiß ganz erheblich zur Verfälschung des marxistisch-leninistischen Erbes beigetragen. Dazu gibt es auch interessante Parallelen in faschistischen Regimen, wie zum Beispiel den Fall Rosenberg in Deutschland, der von Himmler und Bormann verdrängt wurde, oder von Gentile und Bottai durch Starace in Italien. Solche Entwicklun-

gen haben natürlich Konsequenzen für das System. Schließlich hängt die Fähigkeit des Regimes, sich der Unterstützung der Intellektuellen, der Studenten und der jungen Parteiaktivisten zu versichern, sowohl von der Kreativität der ideologischen Entwicklung, als auch von deren Kontinuität ab. Auf diese Weise lassen sich auch die Wellen ideologischen Eifers erklären und mit ihnen die Mobilisierung neuer Mitglieder. Die von der SS geförderten intellektuellen Arbeiten, die von der Wissenschaft bisher vernachlässigt wurden, können dafür ebenfalls als Beispiel dienen. Die Schwächung und Verknöcherung der Ideologie führen tendenziell zur Isolierung der politischen Führung, hemmen die gesellschaftliche Entwicklung und erzeugen ein Machtvakuum, das dann oft durch stärkere bürokratische Kontrolle und das Zurückgreifen auf Polizei gefüllt werden soll. Letztendlich kann das dazu führen, daß das totalitäre System in andere Formen nichtdemokratischer Herrschaft, d.h. autoritäre, übergeht.

Die Partei in einem totalitären System

Wenn ich die Tendenz zu einem monistischen Machtzentrum, zur Massenmobilisierung und den hohen Stellenwert der Ideologie als Merkmale in totalitären Systemen gekennzeichnet habe, so finden diese Charakteristika in der totalitären Partei ihren besonderen Ausdruck. Gerade in der totalitären Partei als einer einzigartigen Organisationsform unterscheiden sich diese Systeme von anderen Formen moderner Autokratie, seien es traditionelle Regime oder andere nichtdemokratische Regierungsformen. Mussolini hat zu Recht betont: „Die Partei, die ein Volk totalitär regiert, ist ein Novum in der Geschichte; etwas Ähnliches oder Vergleichbares gibt es nicht." (Acquarone, 1965, S. 577)[11] Mitte der 30er Jahre hat der rumänischer Autor Mihail Manoilesco, der als Regierungsmitglied offen mit autoritären Kräften sympathisierte, eine der ersten vergleichenden Analysen über Einparteiensysteme geschrieben. Diese schloß neben den faschistischen Parteien auch die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die Republikanische Partei in der Türkei ein. Das Stichwortverzeichnis des Buches spiegelt ein wenig die Fragestellungen wider, die sich bis heute bei der Untersuchung solcher Parteien stellen: der historisch-ideologische Hintergrund, ihre Rolle bei der Ergreifung bzw. Konsolidierung der Macht, die komplexe Beziehung zwischen Partei, Staat und Nation, ihre besonderen or-

[11] Zitiert aus dem „*Statuto del Partito del 1938*", Appendix 63, S. 577. Acquarones Arbeit ist außerordentlich bedeutsam, um Ideologie und Organisation der italienischen faschistischen Partei und des Staates zu untersuchen. Enthalten sind darin auch zahlreiche Dokumente und Gesetzestexte.

ganisatorischen Merkmale sowie ihr gesetzlicher Status. Zur damaligen Zeit gab es sechs an der Macht befindliche Einparteiensysteme. Bis Anfang der 70er Jahre hat sich ihre Zahl vervielfacht, und mittlerweile können verschiedene Arten von etablierten Einparteiensystemen unterschieden werden.

Das Modell der totalitären Partei wurde sehr oft kopiert. Allerdings können wir nur unter ganz bestimmten Umständen davon sprechen, daß eine allein herrschende Partei auch eine totalitäre Partei ist. In manchen Demokratien gibt es auch Parteien, die mehr oder minder explizit das Ziel verfolgen, den Parteienwettbewerb abzuschaffen. Auch solche Parteien werden häufig totalitär genannt, aber hier erscheint mir der Ausdruck irreführend, denn diese Parteien müßten zunächst einmal die Macht ergreifen, bevor sie ihr Ziel verwirklichen können. Man kann natürlich darüber diskutieren, ob eine Partei, die eine Ideologie hat und auch einige der organisatorischen Merkmale einer totalitären Partei aufweist, nicht gezwungen ist, ganz anders zu funktionieren, wenn sie in einer stabilen Demokratie an die Macht gelangt. Möglicherweise wird sie dann gar zu einem legitimen Teilnehmer im demokratischen Spiel.

Der Begriff der totalitären Partei spiegelt an sich schon Spannungen und Ambivalenzen wider, und es war nicht zufällig, daß einige Parteien, insbesondere faschistische und nationalistische, einschließlich viele Theoretiker des Nazismus, den Begriff „Partei“ durch andere Bezeichnungen, wie etwa „Bewegung“, ersetzten. Spricht man von einer Partei, dann wird damit schon begrifflich gezeigt, daß sie nur „einen Teil“ des politischen Lebens ausmacht. Demgegenüber beschreibt das Adjektiv „totalitär“ das mehr oder minder utopische Ziel, sowohl den einzelnen Menschen als auch die Gesellschaft vollkommen zu umfassen. Kommunistische Parteien, die auf Lenins Konzept von der Avantgarde beruhen, haben diesen „Teil“charakter stets betont. In Artikel 126 von Stalins Verfassung heißt es dazu: „Den Bürgern der UdSSR wird das Recht garantiert, sich in öffentlichen Organisationen, Gewerkschaften, genossenschaftlichen Vereinigungen, Jugendorganisationen, Sport- und Verteidigungsverbänden, kulturellen, technischen und wissenschaftlichen Gesellschaften zusammenzuschließen. Die aktivsten und politisch bewußtesten Bürger aus den Reihen der Arbeiterklasse, der Bauern und der Intelligenz vereinigen sich freiwillig in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Sie ist die Vorhut der Arbeiterklasse im Kampf für eine kommunistische Gesellschaft und der führende Kern aller gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen.“ (Meyers, 1965, S. 107) Die Partei stellt dabei eine Minderheit dar, eine „Vorhut“ in der kommunistischen und eine „Elite“ in der faschistischen Terminologie. In den meisten kommunistischen Ländern repräsentiert sie weniger als fünf Prozent der Bevölkerung

und auch dort, wo sie größer ist, übersteigt sie nicht 25 Prozent. In Kuba betrug dieser Anteil zwischen 1,3 und 1,5% der Gesamtbevölkerung (1969), in China 2,5%, in der UdSSR 4,2%, bis zu dem recht hohen Anteil von 11,6% in der Tschechoslowakei (alle für das Jahr 1961) (Schurmann, 1968, S.138). Der Anteil der PNF in Italien betrug 5,3% (1937) und der höhste Anteil der NSDAP lag bei 9,9% im Jahre 1943 (Linz 1970a, S. 202).[12] (Mir scheint, daß diese Zahlen auch für jene bedenkenswert sind, die meinen, daß innerparteiliche Demokratie eine Alternative zum politischen Wettkampf in der Gesellschaft sein könnte.) Auch auf diesen Typ von Partei paßt die Parteidefinition von Max Weber: „Der Ausdruck ‚Partei' wird im folgenden für die Benennung von Vereinigungen verwandt, bei denen die Mitgliedschaft auf formal freiwilliger Basis beruht. Das Ziel, auf das deren Aktivitäten gerichtet sind, besteht darin, die Macht seiner Führer innerhalb einer Organisation zu sichern, um so ideelle oder materielle Vorteile für die aktiven Mitglieder der Partei zu erreichen. Diese Vorteile können darin bestehen, daß bestimmte politische Ziele oder auch persönliche Vorteile, oder beides zugleich, erreicht werden." (1968, Vol. 1, S. 284) Der Hinweis auf die „Macht innerhalb einer Organisation" als Ziel macht auf einen wichtigen Aspekt bei der Analyse totalitärer Parteien aufmerksam: das Verhältnis zwischen Partei und Staat. Trotz ihrer Bürokratisierung, des oligarchischen Charakters ihrer Führungsgruppe, der sogar gesetzlich fixierten Privilegien ihrer Führungspersonen und Mitglieder ist die Partei ganz bewußt vom Staat, seinen Organisationen und seiner Bürokratie zu unterscheiden. Dies gilt unabhängig davon, wie groß die Überlappungen dabei auch sein mögen. In der UdSSR waren Mitglieder der Regierung oft nicht Mitglieder des Politbüros, ja nicht einmal des Zentralkomitees. Andererseits gab es hohe Parteifunktionäre, die niemals ein Regierungsamt innehatten. Fraenkel (1941)

---

[12] Sowohl über herrschende als auch nichtherrschende kommunistische Parteien siehe *Yearbook on International Affairs* (Allen, 1969); über deren Stärke siehe die jährlichen Berichte des *U.S. Department of State*, über die Sowjetunion (Rigby, 1968); für China sind die Zahlen: 57 Mitglieder im Jahr 1921, 300.000 - 1933, 40.000 - 1937, 1.211.128 - 1945, 4.438.080 - 1949, 7.859.473 - 1955, 17 Mio. - 1961. Das Verhältnis zur Gesamtbevölkerung reichte im Jahr 1961 in kommunistischen Ländern von 3,2% (Albanien) bis zu 15,5% (Nordkorea). In den meisten Länder waren es zwischen 4 und 5%, in der UdSSR 4,2% (Schurmann, 1968, S. 129, 138). Siehe dazu auch Brzezinski (1971, S.86). Über die italienische faschistische Partei siehe Germino (1959), De Felice (1966a, S. 6-11); über die NSDAP siehe Schäfer (1957), Buchheim (1958), Orlow (1973, S. 136-38) und die sehr nützliche (und vernachlässigte) „*Parteistatistik*", veröffentlicht vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP (1935) sowie Linz (1970a, S. 202 ff.) für andere faschistische Parteien.

hat in seiner Analyse der Herrschaft der Nationalsozialisten vom „Doppelstaat“ (*dual state*) gesprochen, auch wenn er dabei andere Akzente gesetzt hat. Im Prinzip hat also auch die totalitäre Partei weiterhin die Funktion, die Forderungen, Anliegen und Interessen der Gesellschaft bzw. bestimmter Klassen der Gesellschaft auszudrücken und zu vertreten. Insofern handelt es sich bei ihr um ein modernes Phänomen, das ohne den Dualismus von Staat und Gesellschaft nicht zu verstehen ist. Zwar tendiert eine totalitäre Partei dazu, sich nach außen hin abzuschließen, auch wenn sie per Gesetz wiederum in den Verwaltungsapparat eingeschlossen wird. Dennoch unterscheidet sich eine totalitäre Partei gerade durch das formale Kriterium der freiwilligen Bewerbung und Mitgliedschaft von staatlichen Bürokratien, seien sie nun modern oder patrimonial, und auch von den meisten Armeen. Welche psychischen, sozialen und wirtschaftlichen Zwänge auch eine Rolle bei der Mitgliedschaft in einer Partei spielen mögen - diese Mitgliedschaft beinhaltet immer auch eine freiwillige Übereinstimmung. Es wäre z.B. kein großes Mißgeschick gewesen, wenn beispielsweise ein Kabinettsmitglied von Hitler aus Gewissensgründen die Mitgliedschaft in der NSDAP, sogar die Ehrenmitgliedschaft verweigert hätte. (Peterson, 1969, S. 33)[13]

Dieser Charakter der Partei, ein Teil der Gesellschaft zu sein, widerspricht aber zugleich dem totalitären Ziel, wie es z.B. in einem offiziellen „Leitfaden der sowjetischen Philosophie“ aus dem Jahre 1958 formuliert wurde: „Nur die Partei, die die Interessen des gesamten Volkes zum Ausdruck bringt, die das kollektive Selbstverständnis in sich vereint und die die besten Persönlichkeiten des Volkes in ihren Reihen hat, ist dazu berufen und qualifiziert, die Arbeit aller Organisationen und Organe im Staat zu kontrollieren. Die Partei realisiert die Führung aller staatlichen und öffentlichen Organisationen durch ihre Mitglieder, die in diesen Organisationen und Organen arbeiten.“ (Schumann 1968, S. 109) Hitler hat seinerseits in *Mein Kampf* die totalitären Ziele der Partei folgendermaßen ausgedrückt: „Jede Lebensphilosophie, sei sie auch tausendmal richtig, wird ohne jegliche Bedeutung für das praktische Leben des Volkes bleiben, solange sich die kämpfende Bewegung ihre Ziele nicht zu eigen gemacht hat. Diese Bewegung wird ihrerseits solange eine Partei bleiben, solange ihr Handeln nicht die Erfüllung gefunden hat und ihre Ideen und Dogmen siegreich zu den Prinzipien von Staat und Volksgemeinschaft geworden sind.“ (S. 380)

Ideen, die für die ganze Gesellschaft oder eine Klasse gültig sind, bedürfen einer militanten Organisation. Wichtig ist dabei, daß die

---

[13] Siehe auch Buchheim (1968a, S. 391-96) zum Austritt aus der SS, der den prinzipiell freiwilligen Charakter der Mitgliedschaft bestätigt.

Partei zunächst die Macht im Staat erobern und sichern muß. Der Staat ist zwar ein unverzichtbares Mittel, um totalitäre Utopien zu verwirklichen, aber keiner der totalitären Führer nahm an, daß der Staat dies erreichen kann. Es ist interessant, daß nur unter den italienischen Faschisten kurzzeitig die Möglichkeit diskutiert wurde, die Partei aufzulösen. Hier tendierten die Faschisten nach der Machtergreifung dazu, die Parteiorganisation und ihre Führer dem faschistischen Staat unterzuordnen. Eine korporatistische Idee hat in diesem Fall einen alternativen Weg aufgezeigt, die Gesellschaft zu organisieren. Die italienischen Faschisten gebrauchten beständig den Begriff „totalitär". Jedoch hat ihre Konzeption, die Partei als Organisation der politischen Administration bzw. als eine freiwillige zivile Miliz anzusehen, die dem *Duce* und dem faschistischen Staat untergeordnet ist, das totalitäre Parteikonzept letztlich untergraben. Damit wurde sie eher den anderen Parteien, die von oben geschaffen wurden, vergleichbar. Dieser Punkt wird gut bei Acquarone (1965, S. 31-34, 262-63) behandelt, indem er auf die Konflikte zwischen Präfekten bzw. Bürgermeistern einerseits und Parteisekretären andererseits verweist, die im allgemeinen (aber nicht immer) zugunsten der staatlichen Behörden entschieden wurden.[14] Die Beziehung zwischen Partei und Staat war auch ein ständiger Diskussionspunkt zwischen faschistischen Theoretikern und Konstitutionalisten (F. Neumann, 1963, S. 75-77). Die Kommunisten haben ebenfalls beständig mit diesem Problem gerungen. Maos Formulierung: „Die Partei ist das Instrument, das die Auflösung des Gegensatzes zwischen Staat und Gesellschaft mühsam voranbringt", ist eine Antwort auf dieses Problem.(Schurmann, 1968, S. 57, 88-89, 188-89) Die Jugoslawen kritisierten stark die Vorherrschaft des bürokratischen Apparates in der Frühphase des Regimes, und kluge italienische Faschisten wie Bottai sahen im staatlichen Dirigismus, der den Korporatismus, ja selbst die Partei unterminiere, das Ende

---

[14] In einem vertraulichen Bericht von 1938 heißt es dazu: „Bei den zahlreichen Wechseln der Garde werden die aktiven, selbstlosen und revolutionären Elemente durch solche ersetzt, die jede Parteiaktivität lahmlegen ... die Tendenz, städtische Angestellte zu Sekretären der (örtlichen) *Fasci* zu ernennen, also jene, denen es an der nötigen Freiheit mangelt, um die Partei zu aktivieren (*potenziare*) und die Tätigkeit der administrativen Behörden (*Enti)* zu kontrollieren. Die Partei verliert dadurch ihren revolutionären Aktivismus und die Möglichkeit, daß sich das staatliche Element, das sich in den Bürokratien der verschiedenartigen *Enti* darstellt, in Richtung Faschismus entwickelt. Zusammenfassend fehlt der gesunde Dualismus zwischen politischer und administrativer Gewalt, der ein unentbehrlicher Faktor für die revolutionäre Stärkung des Faschismus ist." (Acquarone, 1965, S. 238) Für einen Literaturüberblick dazu siehe Conde, 1942, S. 299-318; Manoilescò, 1938, S. 97-108).

der Spontanität und der Partizipation im Regime (Acquarone, S. 216-21). Es war gewiß nicht zufällig, daß die Idee vom „Verschwinden" der Partei bereits frühzeitig diskutiert wurde. Dies sollte geschehen, wenn der Staat ganz faschistisch geworden und der Korporatismus vollkommen entwickelt sei (Acquarone, 1965, S. 35). Solche Ideen tauchten - mit der Betonung der Selbstverwaltung - auch in Jugoslawien auf, und sie waren dort mit einem deutlichen marxistischen Bekenntnis verbunden. Entsprechend versuchte man das Prinzip der „Trennung der Partei von der Macht" durchzuführen, indem Partei- und Staatsämter inkompatibel gemacht wurden. Der Partei wurde die Rolle der führenden ideologischen – „das Bewußtsein der Revolution" - und politischen Macht der Gesellschaft zugewiesen, die nach den Leitlinien des Selbstbestimmungsrechts in Arbeiterräten und Kommunen organisiert wurde (Zaninovich, 1968, S. 141-46; Supek, 1973). Die Partei wurde in Jugoslawien zugleich als der einigende Faktor begriffen, die gesellschaftlichen Spaltungen sollten durch sie überbrückt und bürokratische, technokratische und auch partikularistische Interessen in Schranken gehalten werden. In der Praxis widersetzten sich jedoch die älteren, bürokratisch verwurzelten Parteikader einer solchen „Pluralisierung" der Gesellschaft. Interessant ist auch die Rolle der Parteimitglieder in der Armee, die wiederum zu einer „Vorhut" in der Partei werden sollen. In sie setzte man die Hoffnung, daß sie dann die nationalistischen Tendenzen in der Gesellschaft kompensieren könnten (Remington, 1974).

Wenn man über diese Frage konsequent nachdenkt, könnte man den Dualismus zwischen Partei und Staat als ein funktionales Analogon (die Bezeichnung Äquivalent wäre zu stark für diese Behauptung) zu dem Dualismus zwischen Staat und Kirche oder der dualistisch geprägten Herrschaft in vielen traditionellen Reichen sehen.

Die totalitäre Partei ist eine Massenpartei. Sie ist nicht bloß eine Organisation von Amtsträgern, die auf der Kooptierung von Beamten, lokalen Persönlichkeiten, Offizieren und vielleicht einigen Funktionären und Mitgliedern, die auf Postensuche sind, beruht. Das trifft sicherlich für viele Parteien in autoritären Regimen zu. Die totalitäre Partei ist auch keine Organisation mit indirekter Mitgliedschaft in Gewerkschaften, Genossenschaften oder Berufsverbänden, wobei enge Beziehungen zu solchen funktionalen Organisationen bestehen. Beispielsweise wurde in der NSDAP strikt zwischen der Partei als Kader- und Mitgliederorganisation, ihren organisatorischen Ablegern („*Gliederungen*"), wie der Hitlerjugend, der SA und der SS, einerseits und der großen Zahl von „*angeschlossenen Verbänden*", wie Berufs- und Interessengruppen (einschließlich der „*Deutschen Arbeitsfront*") andererseits unterschieden (Orlow 1973). Für die Kommunisten waren solche Organisationen „Transmissionsriemen". Stalin schrieb dazu: „Wenn man den Unterschied zwischen

der Vorhut und der nach dort strebenden Masse vergißt und ebenso die permanente Pflicht dieser Teile, immer breitere Schichten auf ihre Höhe zu heben, dann täuscht man sich selbst." (1924, S. 174) Wie ein „*Gauleiter*", ein regionaler Naziführer, anmerkte, habe der Bauernverband der Nationalsozialisten, das „*NS Landvolk*", nicht die Funktion, die Interessen der Bauern zu vertreten, sondern sie zu Nationalsozialisten zu machen (Orlow, 1973, S. 59).

Die Mitgliedschaft in einer totalitären Partei schließt in Theorie und sehr oft auch in der Praxis meist mehr als nur das Zahlen von Beiträgen ein. Auch dies ist ein Unterschied zu vielen demokratischen, auch sozialdemokratischen Parteien. Es war sicherlich kein Zufall, daß die Frage nach der Definition der Parteimitgliedschaft zu einer der grundlegenden Differenzen zwischen Martov und Lenin, d.h. zwischen den Menscheviki und den Bolschewiki in Rußland wurde. Es ist charakteristisch für totalitäre Parteien, daß ihre Mitglieder die Parteidisziplin akzeptieren und jede Kritik, die die Einheit der Partei gefährdet, ablehnen. Dies wirkt bis weit in die Privat- oder Berufssphäre hinein und führt auch oft zu Konflikten in den hierarchischen Strukturen des Staates und der Armee.

Die gezielte Planung der Mitgliedschaft sowie auch deren „Säuberung" sind ebenfalls typische Merkmale der totalitären Partei.[15] Der Beitritt zur Partei erfolgt nicht automatisch: Solche Parteien behalten sich das Recht vor, jemanden aufzunehmen bzw. abzulehnen. Oft gibt es Bewährungs- oder Kandidatenzeiten und diesen neuen Mitgliedern werden formell unterschiedliche Privilegien zugestanden. Und natürlich ist auch der Ausschluß möglich. Dies kann, wie es beispielsweise aus den Statuten der *Partito Nationale Fascista* (PNF) hervorgeht, schwerwiegende Konsequenzen für den Einzel-

---

[15] Über die Mitgliederpolitik der PNF siehe Acquarone (1965, S.177-87). Die politischen Säuberungen von 1930-31 betrafen 120.000 Mitglieder. 1932-33 stieg jedoch durch die Öffnung die Mitgliederzahl von 1.007.231 auf 1.413.407. (Siehe auch Germino, 1959.) Über die Säuberungsaktion der NSDAP von SA-Mitgliedern und Vertretern des linken Flügels, speziell unter den „*Politischen Leitern*", siehe Orlow, 1973, und Schäfer, 1957. Über die enttäuschende Mitgliederwerbekampagne im Jahre 1937, über die Mitgliederzusammensetzung und deren „Planung", über die Schwierigkeiten, die Jugend zu rekrutieren sowie über die Mitgliedszahlen von 1942 siehe ebenfalls Orlow 1973. Für die UdSSR siehe die exzellente Mongraphie von Rigby (1968), die die offiziellen Zahlen der Mitglieder und Kandidaten von 1917 bis 1967 enthält. Diese zeigen die Ergebnisse der Säuberungen und der Mitgliederwerbungen ebenso wie die soziale und die Geschlechterzusammensetzung, die regionalen Unterschiede sowie die Mitglieder in der Armee. Die Säuberung im Mai 1929 betraf 170.000 Mitglieder, d.h. ca. 11% der gesamten Mitgliederzahl, und von der im Jahre 1935 waren ca. 16% betroffen.

nen haben: „Der Faschist, der aus der Partei ausgeschlossen wird, muß aus dem ganzen öffentlichen Leben verbannt werden." (Acquarone 1965, S. 510) Entsprechend des Konzepts der Freiwilligkeit und der Selbstregulierung in Organisationen gibt es im Falle des Ausschlusses, nicht zuletzt auch weil es keine anderen Parteien gibt, keine Zuflucht bei anderen Autoritäten bzw. Gerichten (Rigby, 1968; Buchheim, 1958). Hinzu kommt, daß viele Positionen in Staat und Gesellschaft formal oder *de facto* nur über die Parteimitgliedschaft zugänglich sind.

Totalitäre Parteien sind bürokratischer organisiert als die bürokratischste demokratische Partei. Lenin schreibt dazu in *Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück*: „Die Verbindungen in der Partei müssen formell ‚bürokratisch' sein (bürokratisch aus der Sicht des unorganisierten Intellektuellen). Nur so kann man sich vor der Eigenwilligkeit und den Launen des Zirkelgeistes und den Balgereien zwischen den Grüppchen, die als freier ‚Prozeß des ideologischen Kampfes' bezeichnet werden, schützen." (Daniel, 1969, S. 11) Das Parteileben ist von unzähligen Regeln bestimmt. Ständig werden neue Normen erlassen, Akten angelegt oder Entscheidungen getroffen und all dies wird von den Funktionären kontrolliert. Überall, ob nun im Machtzentrum oder an der Peripherie, arbeiten ganztägig speziell geschulte Funktionäre, die häufig einen privilegierten Status genießen und auch eine besondere Vergütung, vergleichbar der von Beamten, erhalten. Darüber hinaus gibt es auch Mitglieder, die quasi halbtags Aufgaben in der Partei wahrnehmen. Jene Parteimitglieder mit Führungsaufgaben, die man in der *„Nomenklatura"* (Liste von Ämtern sowie deren Beschreibung für die Rekrutierung der Eliten) führt, werden in der kommunistischen Partei als „Kader" bezeichnet (Harasymiw, 1969). Das Äquivalent bei den Nationalsozialisten waren die *„Hoheitsträger"*, mit denen man die politischen Führer vom *„Gauleiter"* bis hinunter zum lokalen Führer bezeichnete. 1934 hatte die *„Politische Organisation"*, d.h. die Parteistrukturen in Deutschland 373.000 Funktionäre für 2,5 Millionen Mitglieder, während die Sozialdemokraten der Weimarer Republik für eine Millionen Mitglieder lediglich 10.000 Funktionäre benötigten (Orlow, 1973, S. 42). Die Hitlerjugend hatte zu jener Zeit 205.000 Funktionsträger und die NSDAP einschließlich aller angegliederten Verbände über eine Million, von denen aber nicht alle auch notwendigerweise Parteimitglieder waren. Jerry F. Hough (1971, S. 49) hat auf der Basis von Stichproben in verschiedenen Städten und Distrikten für die Sowjetunion die Zahl der Partei-Apparatschiks auf 100.000 bis 125.000 geschätzt. 1956 kam eine Analyse der Parteimitglieder in China auf 1.039.419 „Organe" (*organs*), womit wahrscheinlich jene Mitglieder gemeint waren, die ganztägig in der Parteibürokratie beschäftigt wurden. Die Mitgliederzahl insgesamt wurde mit 10,7 Millionen beziffert. Mit Hilfe der

großen Zahl von Basisfunktionären, die kleinen Zellen oder lokalen Organisationen vorstehen, gelingt es der totalitären Partei, in die Gesellschaft einzudringen und damit ihre Funktionen zu erfüllen. 1939 verfügte die NSDAP über 28.376 Führer lokaler Gruppen, 89.378 Führer von Zellen und 463.048 Blockführer, ohne die angeschlossenen Organisationen mitzuzählen. Ganz offensichtlich differieren das ideologische Bewußtsein dieser Personen, ihr politisches Engagement und ihre Loyalität gegenüber der Partei erheblich in bestimmten Phasen des Regimes und auch von Land zu Land. Dennoch kann man das Gewicht, das Kader in den Augen der Mitglieder haben, kaum unterschätzen. Sie werden von ihnen als „Führer" angesehen. Für den normalen Bürger sind sie die Vertreter der Parteimacht – dies im Guten wie im Schlechten -, mit deren Hilfe viele Probleme gelöst werden können. (Dies ist vielleicht mit dem Wahlbezirksleiter, *ward heeler*, in den Städten der USA vergleichbar.) Darüber hinaus versorgen sie die Machthaber mit Informationen (Inkeles und Bauer, 1959, S. 321-337). Dabei sollten wir nicht jenes Gefühl dieser Kader auf den verschiedenen Ebenen ignorieren, das sie haben, wenn sie in der Politik, an öffentlichen Aufgaben „teilnehmen" oder kleine Vergünstigungen genießen, die für totalitäre Systeme ja so typisch sind. Gerade durch ihre Kaderstruktur kann die Partei ihre Funktionen so gut erfüllen, und viele Ergebnisse bei der Transformation der Gesellschaft sind gerade diesen Kadern zu verdanken. Ohne sie wären eine Massenmobilisierung für Kampagnen oder bestimmte politische Aktionen unmöglich. Auch dann, wenn die Partei nicht so dominant in der Wirtschaft ist, wie in kommunistischen Systemen, kann die kurzfristige Verfügbarkeit über solche Kader eine massive und deutlich sichtbare Unterstützung für das Regime beispielsweise bei Plebisziten oder Massenkundgebungen bedeuten. Wenn wir uns in demokratischen Systemen die Meinungsmacher als Vermittler zwischen den Massenmedien und dem einzelnen Individuum vor Augen führen und deren Schwierigkeiten sehen, vergleichbare Netzwerke persönlicher Einflußnahme zu schaffen, dann können wir auch den Erfolg der Propaganda, den Enthusiasmus, die breite Unterstützung und die herrschende Konformität in totalitären Systemen verstehen. Viele Menschen, die sich in pluralistischen Systemen freiwillig für verschiedene Vereine und Verbände engagieren würden, tun dies in einem totalitären System für die eine Partei oder ihre angegliederten Organisationen, oft mit der gleichen Motivation und auch Aufrichtigkeit. Ihr Engagement trägt zur Effizienz und damit auch zur Legitimität des Systems bei.

Im Gegensatz dazu, das soll hier schon vorab angemerkt werden, gibt es in autoritären Systemen, mit Ausnahme kurzer Mobilisierungsperioden, weder irgendwelche Partizipationsmöglichkeiten noch komplizierte organisatorische Netzwerke dafür.

Da totalitäre Parteien immer mehr solche Funktionen ausüben müssen, die technisch-organisatorischer Natur sind, um komplexe Industriegesellschaften führen zu können, durchlaufen auch ihre Kader im Laufe der Regimestabilisierung eine allmähliche Umwandlung. Anfangs rekrutieren sich die Kader aus den „alten Kämpfern", die der Partei schon beigetreten waren, als diese noch in der Opposition oder im Untergrund agierte. Für „die Sache" haben sie oft große persönliche Opfer gebracht. Deren Loyalität scheint, mit Ausnahme jener, die enttäuscht auf eine „zweite Revolution" gewartet haben, ohne jeden Zweifel. Aber gleichzeitig ist ihre Kompetenz, große politische und vor allem wirtschaftliche Organisationen unter „normalen Umständen" zu führen, begrenzt. Wenn die Partei ihre Dynamik und ihren revolutionären Anspruch aufrechterhalten und nicht abhängig von der Beamtenschaft werden will, dann muß sie diejenigen rekrutieren und sozialisieren, die über die notwendige Expertise verfügen, bzw. loyale Parteimitglieder zu Experten schulen. Dazu wurden Parteischulen gegründet, Aktivisten aus den Jugendorganisationen in der weiteren Fortbildung unterstützt sowie Mitglieder der Partei, die über Expertenwissen verfügen, besonders gefördert bzw. privilegiert.[16] Die Formulierung „Rot oder Experte" spiegelt dieses Dilemma wider, das offenbar besonders für die kommunistischen Regime relevant ist. Dies sicherlich deshalb, weil die Partei hier eine entscheidende Rolle in Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistung spielt. Das politische Problem besteht darin, zu verhindern, daß sich die Fachleute aus den kommunistischen Kadern zu sehr „professionalisieren", d.h. ihr politisches Selbstverständnis ändern und sich weniger um die soziale und politische Mobilisierung für die Partei kümmern. Dieses Dilemma wurde für China besonders gut von Franz Schurmann untersucht. Für die italienische PNF war dies offensichtlich trotz einiger Gründungen von Parteischulen niemals wirklich ein Problem. Das lag sicherlich an der begrenzten ideologischen Schubkraft der Bewegung, der Verträglichkeit zwischen autoritärem Nationalismus, Korporatismus und Staat und in Mussolinis persönlicher Identifizierung mit dem Staat. Die staatlichen Ministerien und Präfekturen übernahmen die führende Rolle und die Parteifunktionäre blieben letztlich zweitrangig. Wir wissen nicht, wie die Nationalsozialisten dieses Dilemma letztlich gelöst hätten. Klar ist, daß die soziale Rekrutierung durch die Partei vor der Machtübernahme und die ideologische Affinität von konservativen, national und autoritär eingestellten Fachleuten es den Nationalsozialisten erlaubte, viele Bereiche der Gesellschaft zu vereinnahmen. Dennoch waren offenbar viele in der Parteiverwaltung mit dieser Situation unzufrieden und versuchten, im allgemeinen ohne Erfolg, ihre Anhänger in speziellen Schulen zu trainieren. Al-

[16] Vgl. Orlow, 1965; Scholz, 1967; Ueberhorst, 1968; Mickiewicz, 1967.

lerdings behinderten ganz offenbar die irrationalen, romantischen, anti-intellektuellen, militaristischen und rassistischen Komponenten in ihrer Ideologie auch die Fortbildung der Parteimitglieder zu Experten. Die SS als eine Elite innerhalb der Partei, die durch einen pseudoreligiösen, fast geheimen und terroristischen Charakter geprägt war, entschied sich für die Kooptierung und einen Kompromiß in der „Ordnung“: Ihre Mitglieder begannen im allgemeinen ihre Karriere nicht als Straßenkämpfer und Parteipropagandisten vor 1933, sondern danach innerhalb des Nazi-Establishments (Krausnick, 1968; Höhne, 1969).

Dagegen wissen wir, wie die Sowjetunion und andere kommunistische Staaten im Laufe ihrer längeren, stabileren und friedlichen Entwicklung die *Partiinost,* Parteimitgliedschaft, und Expertise verbunden haben. Aber die Frage, die von Jerry F. Hough (1971) gestellt wurde, können auch wir nicht exakt beantworten. Hough fragt sich, ob und inwiefern die sowjetischen *Apparatschiki*, mit ihren unterschiedlichen Funktionen und Lebensläufen, mit ihrer Ausbildung und ihrem Fachwissen und dem häufigen Wechsel zwischen Verwaltung und Parteiarbeit, gemeinsame ideologische Positionen teilen und auch gemeinsame Interessen haben? Inwiefern haben die Parteifunktionäre eine andere Sicht als ihre Partner in den Regierungs- und Wirtschaftshierarchien? Hough schreibt dazu: „Es würde sicherlich den Vergleich politischer Systeme erheblich vereinfachen, wenn wir davon ausgehen könnten, daß die Eliten in den einzelnen Institutionen, die zusammen ‘den gigantischen bürokratischen Komplex’ bilden, in einem Land wie der Sowjetunion im wesentlichen ihre eigenen Interessen repräsentieren und nicht die der Bauern, Arbeiter und Büroangestellten, die sie überwachen.“ (Hough, 1971, S. 89) Und was China zur Zeit der Kulturrevolution betrifft, so macht Franz Schurmann darauf aufmerksam, daß wir zwischen *professionals* und Experten zu unterscheiden haben. „Expertise, d.h. Fachwissen, bezeichnet eine technische Fähigkeit (z.B. in der Wissenschaft, Technologie oder Verwaltung). Professionalismus bedeutet dagegen die Bindung an eine berufliche Position. Ich habe darauf hingewiesen, daß in China zwei verschiedene Eliten entstanden sind: Zum einen die organisatorischen Führer, die ihren politischen Status der Ideologie verdanken, und zum anderen, die Fachexperten, die ihren Status aus ihrer Bildung ableiten. Wenn sich aus der beruflichen Stellung ein gewisser Status ableiten läßt, dann wird der Professionalismus zur Bildung von Eliten führen. Die Anschuldigungen gegen die ‚autoritäre Clique, die der Straße des Kapitalismus folgt‘, haben sich gegen den Status dieser Eliten und nicht gegen deren Expertenwissen gerichtet. Hier haben auch die Angriffe gegen ein professionelles Offizierskorps ihre Wurzeln. Die Intellektuellen sind die Experten in China, die Wissenschaftler, Techniker und Verwaltungsfachleute. Es gab, gibt und es wird ohne Zwei-

fel auch in Zukunft Tendenzen hin zur Entstehung einer Expertenelite geben. Allerdings bestand für Mao und dessen Anhänger seit den Hauptattacken auf die Partei während der Kulturrevolution die größte Sorge darin, daß eine professionelle rote Elite entsteht, d.h. eine Elite, die ihre Macht und ihren Status aus der Position innerhalb der Partei bezieht.“ (Schurmann, 1968, S. 565)

Diese ambivalente Rolle der Parteikader in totalitären Gesellschaften resultiert sowohl aus der Ideologie, die Anspruch auf das alleinige politische Kommando erhebt, als auch aus dem Bekenntnis der Politiker, die sich dem kollektiven Interesse und einer utopischen Vision verpflichtet fühlen - wie konfus auch immer dies sein möge –, die Gesellschaft zu führen. Es kann sehr gut sein, daß das, was als totale Politisierung mittels Mobilisierung der Partei begonnen hat, schließlich als Verwaltung einer posttotalitären Gesellschaft mit ihrem begrenzten bürokratischen Pluralismus endet.

Die Führung durch die Partei

Wenn es um den Schlüssel zum Verständnis der Rolle der einzelner Persönlichkeiten in diesen Systemen geht, sei es der „*Duce*“, der „*Führer*“ oder der 1. Sekretär, mit ihrer geradezu einmaligen Machtkonzentration und dem Personenkult, betonen viele Autoren die verzerrte Interpretation des demokratischen Zentralismus, der von oben nach unten die gesamte Partei durchzieht. (Schapiro 1972a, Tucker 1965, Vierhaus 1964)[17] Andere finden eher eine Erklärung in den Persönlichkeiten von solchen Männern wie Hitler und Stalin.[18] Es wäre sicherlich ein

---

[17] Die Konzeption des demokratischen Zentralismus formulierte Lenin 1906 in folgender Weise: „Das Prinzip des demokratischen Zentralismus und der Autonomie der lokalen Körperschaften bedeutet gerade die Freiheit der Kritik, vollständig und allerorts, wenn dadurch die Einheit einer bestimmten Aktion nicht gestört wird, und die Unzulässigkeit jedweder Kritik, welche die Einheit einer von der Partei beschlossenen Aktion untergräbt oder erschwert.“In: W.I. Lenin, Werke, Bd. 10, Dietz-Verlag, Berlin 1958, 447. Das führte zu jenen Kommentaren bei Rosa Luxemburg und Trotzki, die R.V. Daniels (1969, S. 12) zitiert.

[18] Für eine exzellente Analyse von Führerpersönlichkeiten in totalitären Regimen siehe Tucker (1965) und Vierhaus (1964). Allgemeine Abhandlungen zu persönlicher Führerschaft in der modernen Politik finden sich bei Hamon und Mabileau (1964), Willner (1968) und Schweitzer (1974). Der besondere Rückhalt Hitlers in der NSDAP, sogar bevor sie an die Macht kam, wird von Nyonmarkay (1967) untersucht. Siehe auch Hold (1972). Eine Quelle, die nicht vernachlässigt werden sollte, sind die Biographien, wie z.B. die von Bullock (1964) und die Beschreibung des *Führers* und seiner Umwelt durch Insider des Regimes, wie Albert Speer (1971). Die „Politik bei Hofe“, ein Phäno-

Fehler, würde man dies ignorieren. Jedoch bleiben Fragen: Wieso waren diese Männer in der Lage, eine solche Macht auszuüben? Wie entstanden jene Prinzipien und wieso wurden sie von den Mitarbeitern im Apparat und den übrigen Parteimitgliedern akzeptiert? Einige der Analysen totalitärer Systeme, wie das Buch von Schapiro (1972b), betonen meiner Ansicht nach die Rolle der Führung zu stark. Indem viele Analytiker Stalin die Schuld zuschreiben, fühlen sie sich offensichtlich davon „befreit“, die Bedingungen, die zum Stalinismus führten, zu verstehen. Ich glaube, sie sollten jenen Gedanken von Karl Marx bei seiner Kritik an Victor Hugos *Napoleon, le petit* stärker beachten, wonach Hugo nicht merke, „daß er dies Individuum groß statt klein macht, indem er ihm eine persönliche Gewalt der Initiative zuschreibt, wie sie beispiellos in der Weltgeschichte dastehen würde.“[19]

Robert Michels führt in seiner Soziologie moderner Parteien eine Reihe von Faktoren auf, die für eine solche Macht in (allen) Parteien verantwortlich sind (Michels 1962, erstmalig 1912 veröffentlicht). Diese sind in demokratischen Parteien vorhanden, haben dort aber aufgrund des vorhandenen Pluralismus nicht diese Konsequenzen. Rosa Luxemburg bemerkte schon 1904, daß „der Ultrazentralismus, der von Lenin vertreten wird, nicht etwas ist, das aus einem positiven kreativen Geist, sondern aus dem negativen sterilen Geist des Wächters entsteht.“ (Daniels 1969, S.12) Und Trotzki fühlte sehr wohl, daß für Lenin die Partei und der vorgeschriebene Theologieersatz für die Massen allein dazu dienen sollte, den „Weg der Geschichte“ freizumachen, und er schlußfolgerte geradezu prophetisch: „Diese Methoden werden zu dem führen, was wir schon heute sehen: die Parteiorganisation ersetzt die Partei, das Zentralkomitee ersetzt die Parteiorganisation, und schließlich ersetzt der ‘Diktator’ das Zentralkomitee.“(Daniels 1969, S.13) Für ihn sei die komplizierte Aufgabe, veraltetes und bourgeoises Denken bei den Massen zu beseitigen, nicht zu lösen, „indem über das Proletariat eine gut ausgesuchte Gruppe, oder noch besser eine Person, gestellt wird, die dann das Recht hat, jemanden zu vernichten oder zurückzusetzen.“ Diese Tendenzen, die zu einem allmächtigen Führer und zur Zerstörung kollektiver Führung führten, sind aber in einer kommunistischen Partei nicht zwangsläufig. Das gilt schon eher für faschistische Parteien mit ihrem Irrationalismus, dem Ansprechen von Gefühlen durch das Charisma und ihrer Bewunderung für militärische Organisation und für die „großen Männer“ in der Geschichte. Im deutschen Fall kam noch die Sehnsucht nach einem Erretter hin-

men, das wir an der Spitze jedes politischen Systems finden, aber offenbar in autoritären und totalitären Systemen eine besondere Bedeutung hat, sollte stärker einer ernsthaften vergleichenden Analyse unterzogen werden.

[19] Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Band 8, Berlin 1969, S. 559.

zu, die auf feudalen oder altgermanischen Vorstellungen basierte. Dennoch sollte beachtet werden, daß auch Statuten faschistischer Parteien eine gewählte Führung vorsahen. Es war sicherlich kein Zufall, daß eine der wenigen Veränderungen, die in Hitlers *Mein Kampf* bei späteren Auflagen vorgenommen wurde, gerade die eindeutige Formulierung des „*Führerprinzips*" war.[20] Das Bekenntnis zu einer Ideologie, die nicht diskutiert werden kann und die „unausweichliche Gesetze der Geschichte" formuliert, macht das Entstehen einer solchen Art von Führung wahrscheinlicher. Mit solch einer Ideologie lassen sich recht leicht die Suche nach Einheitlichkeit und damit die Ausgrenzung jeglicher Opposition in der Partei rechtfertigen. Inwieweit Dissidenten reden dürfen und bei loyaler Unterstützung toleriert werden, hängt in einem solchen Fall dann eher von der Person des Führers als von Normen ab. Das Führerprinzip, d.h. die Forderung nach Unterordnung, und die wirkliche oder scheinbare Loyalität stimmen zwar mit der totalitären Partei überein, sind vielleicht aber nicht unausweichlich.

Das Modell der Machtkonzentration in einer rationalen bürokratischen Organisation, d.h. die Schaffung eines einzigen Entscheidungszentrums, wurde oft zur Beschreibung solcher Systeme benutzt. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Franck, der Nazi-Generalgouverneur von Polen, hatte recht, als er die Anarchie in Hitlers Herrschaft betonte. Kein anderes Machtzentrum, das die Autorität des Führers herausfordert, durfte sich entwickeln. Der Machtkampf zwischen Unterführern und deren Organisationen, der vom Führer toleriert, wenn nicht gar gefördert wurde, war und ist sicherlich ein weiteres Charakteristikum totalitärer Systeme. „Teile und herrsche" ist auch hier das Motto. In reinen totalitären Systemen findet dieser Kampf hauptsächlich in der Partei und ihren Organisationen statt, die oft Allianzen mit prätotalitären Strukturen oder neuen sozialen Interessengruppen suchen. Orlow (1973) weist darauf hin, daß Hitler Teile seiner Autorität an ihm sehr nahestehende Personen und nicht an Beamte oder Institutionen abtrat. (Wobei er davon ausging, daß er selbst dies zu jedem Zeitpunkt rückgängig machen konnte.) Wenn auf dieser Grundlage einige politische Akteure starke Machtbasen mit unterschiedlichen Interessen und Zielen entwickelten, jedoch die Kompetenzen kaum klar abgesteckt waren, so waren innere Konflikte vorprogrammiert. Dann war entweder das Urteil des „*Führers*" gefragt, oder es wurden neue komplexe Strukturen mit gegenseitigen Abhängigkeiten geschaffen. Trotz des scheinbaren Monozentrismus konnte sich das System nicht

---

[20] Zu den Veränderungen, die hinsichtlich der Wahl von Führern in der Partei in *Mein Kampf* zwischen 1925 (2. Auflage) und der nach 1930 erschienen Auflagen vorgenommen wurden, siehe Maser (1970, S. 56-57).

mehr nach den Prinzipien rationaler bürokratischer Organisation entwickeln, und nur der Schiedsspruch des Führers oder seiner Sprecher konnte das festgefahrene Schiff wieder frei machen.

Im Falle Deutschlands kommt hinzu, daß sich bestimmter ideologischer Elemente aus einer romantischen Idealisierung des Mittelalters und einer gewissen Ablehnung des Rechts ab. Das System erhielt dadurch gewissermaßen einen feudalen Anstrich (Koehl 1972). Dabei wird hier Feudalismus im Sinne von Coulborn als ein System verstanden, „in dem die Gestaltung politischer Funktionen auf persönlichen Vereinbarungen zwischen einer begrenzten Zahl von Individuen beruht. ... Da die politische Macht mehr personell als institutionell ist, gibt es nur wenig Abgrenzung von der Funktion." In solch einem System ist „die Zersplitterung der politischen Autorität innerhalb der Hierarchie jener Personen, die die Macht in ihren eigenen Interessen ausüben, eine typische Eigenschaft des Staates, die sich oftmals aus dessen Zusammenbruch ergibt." In anderen Systemen, in denen das emotionale Band zwischen dem Führer und seinen Anhängern weniger stabil als im Falle Hitlers war, tendierte der politische Prozeß mehr in Richtung einer „Hofpolitik" eines degenerierten patrimonialen Regimes. Manchmal kommt es zu Pattsituationen oder zu stärkerer Bürokratisierung, wenn der Führer nicht interveniert. Aber solange der Führer die Legitimität und/oder die Kontrolle über die Zwangsinstrumente hat, kann er jederzeit ohne Rücksicht auf Normen oder Traditionen seinen Willen durchsetzen. Das gehört mit zu jenen Faktoren, die zu der Unberechenbarkeit dieser Systeme führen. Es ist dies ein Moment, das letztlich die große Instabilität von totalitären Systemen bedingt. Führungskräfte, die eine solche Erfahrung gemacht haben, lehnen wiederum gerade diesen Personenkult ab. Sie betonen mehr die kollektive Führung und setzen sich für mehr Rationalität bei der Kompetenzverteilung ein - Charakteristika posttotalitärer Herrschaftsstrukturen.

Funktionen der Partei

Die totalitäre Partei wird indes nicht nur durch ihre einzigartige Struktur, sondern auch durch ihre spezifischen Funktionen bestimmt, die sich in den verschiedenen Entwicklungsperioden des Regimes verändern: vom Anfangsstadium, in dem ein Machtvakuum im früheren System erzeugt wird, über die Phase der Machtübernahme; die Konsolidierungsphase (hier werden häufig taktische Kompromisse mit alten Machtstrukturen, sozialen Interessenvertretern und prätotalitären Institutionen geschlossen; man verfährt nach dem Muster „zwei Schritte vorwärts, einen zurück", um sie zu neutralisieren); die Phase der Selbstreinigung von jenen, die man während der

Konsolidierungsphase übernommen hatte, zu erneuten Anstrengungen zur Massenmobilisierung bis zu einer stabilen Dominanz über eine atomisierte Gesellschaft (Kornhauser 1959; Dallin/Breslauer 1970). Schließlich kommt es zu einer Phase, in der die Gesellschaft ohne eine prinzipielle Opposition, aber mit komplexen Politikentscheidungen verwaltet wird, die einen gemäßigten Pluralismus der Entscheidungsträger selbst innerhalb der Partei zur Folge haben können. Die Literatur hat sich mehr auf die Politik *in* totalitären Regimes konzentriert und weniger auf deren Etablierung, das gilt besonders im Falle Deutschlands. Jedoch können wir auch aus diesen Arbeiten, einschließlich verschiedener Monographien zu einzelnen Politikfeldern, diese Phasen sowie die sehr unterschiedlichen Funktionen, die der Partei und ihrer Organisation in jeder dieser Phasen zukommen, deutlich ableiten. Es ist unmöglich, die damit verbundenen Probleme hier in einer komparativen Perspektive zusammenzufassen. Deshalb werde ich hier die Funktionen der Partei beschreiben, ohne daß die Höhen und Tiefen bei deren Umsetzung berücksichtigt werden können (Orlow 1973).

An erster Stelle der Funktionen der Partei in totalitären Systemen steht sicherlich die Politisierung der Massen: Einerseits geht es um deren Einbeziehung, Integration, Bewußtseinsformung und -wandlung und andererseits deren Loslösung aus anderen Bindungen, die Zerstörung der Autonomie anderer Organisationen, die Ausmerzung anderer Werte und Entsozialisierung. Dies wird durch eine Mischung von Propaganda, Erziehung und Zwang realisiert, die sich in den verschiedenen totalitären Systemen unterscheidet. Hier lassen sich vor allem die unterschiedlichen Stile totalitärer Systeme erkennen. Es gibt z.B. eine tiefe Kluft zwischen dem brutalen Reglement der Nazis in ihren Massenorganisationen und der subtilen Mischung aus Zwang in der Landreform und der „sprechenden Bitterkeit“ (*speaking bitterness*), jenen kleinen, von Parteikaktivisten organisierten Propagandagruppen, die während verschiedener Phasen in sehr verschiedenen Proportionen in China operierten (Townsend 1972; Schurmann 1968). Diese integrative Funktion der Bewußtseinsbildung erklärt auch die Bedeutung, die solche Parteien ihren Jugendorganisationen beimessen, sowohl als Rekrutierungsbasis für künftiges Führungspersonal als auch als Gegengewicht zu den Sozialisationseinflüssen von Familie und Kirche (Brandenburg 1968; Klönne 1957; Kassof 1965; Germino 1959). Die Einbeziehung der Massen, die nicht bereit sind, sich der Partei anzuschließen und an ihren vielfältigen Aktivitäten teilzunehmen, soll durch die vielen funktionalen Organisationen erreicht werden, denen die Leute einfach angehören müssen, um ihre Ziele erreichen zu können. Im Fall von Nazideutschland, mit seinen vielen Organisationen und deren großem Einfluß innerhalb der Bevölkerung, was übrigens wie Lepsius (1968) anmerkt auch der Theorie der Massenge-

sellschaft von Kornhauser (1959) widerspricht, erforderte dies entweder die Zerstörung oder die Infiltration bzw. „*Gleichschaltung*" dieser Organisationen. Beispiel dafür sind die Freizeitorganisationen „*Dopolavoro*" in Italien und „*Kraft durch Freude*" in Deutschland. Sie machen recht deutlich, wie selbst die Freizeit - durch freiwillige Teilnahme aus apolitischen Gründen - für die politische Sozialisation genutzt werden kann. In weniger entwickelten Ländern gründen solche Parteien meist funktionale Organisationen, die dann als Transmissionsriemen dienen können. Dies ist oftmals mit einem aktiven Engagement zum Wohle der Gemeinschaft verbunden, d.h. konkret geht es um Sozialarbeit, Verschönerung der Umgebung, Sport oder Kultur. Dabei sind oftmals moralische und nicht materielle Anreize die einzigen Stimuli für diese Arbeit. Organisationen wie ein freiwilliger oder zwangsweiser „*Arbeitsdienst*" nutzen dabei die gleichen Motive, die z.B. auch in den Vereinigten Staaten junge Leute zum Friedenskorps (*peace corps*) führen. Solche Freiwilligen-Brigaden dienen auch als Rekrutierungsbasis für Aktivisten und künftiges Führungspersonal. Eine Gefährdung für die totalitäre Sozialisierung besteht darin, daß sich viele Teilnehmer mehr für die realen Funktionen derartiger Organisationen als für die damit verknüpften ideologische Schulung interessieren (Pipping 1954, S. 324f.). In einem stabilisierten totalitären System verringert die sorgfältige Auswahl und Indoktrination der Erzieher offenkundig die besondere Stellung dieser Sozialisationsfunktionen der Partei. Wahrscheinlich wird die Aufgeschlossenheit derjenigen, die der Indoktrination überdrüssig sind, dadurch auch nicht größer.

Diese Integrationsfunktion macht auch die Bedeutung, die in totalitären Systemen Wahlen und Plebisziten zukommt, erklärbar. Mit solchen Abstimmungen wird die Effektivität der Partei und ihrer Massenorganisationen getestet.[21] Wählen wird nicht einfach als

---

[21] Die Rolle der Wahlen und der sie organisierenden Partei in einer nicht durch Konkurrenz geprägten Politik ist es gewiß auch wert, in vergleichenden Studien untersucht zu werden. Interessantes Material für die Sowjetunion findet sich hierzu bei Gilison (1979), Mote (1980), *U.S. Departement of State, Division of Research of Europe, Office of Intelligence Research* (1948), für die DDR, Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (1963) und für Polen, Pelczynski (1959). Jugoslawische Wahlen bieten dazu einen interessanten Kontrast, siehe Burks und Stankovi (1967). Die Wahlen nach Hitlers Machtergreifung wurden von Bracher, Sauer und Schulz (1960) analysiert. Es gibt leider keine vergleichbare Untersuchung der Wahlen nach Mussolinis Marsch auf Rom. Wahlen in autoritären Regimen (außerhalb Jugoslawiens) sollte mehr Beachtung geschenkt werden. Dies besonders im Hinblick auf ihre Funktionen für das System, die Reaktionen der Bürger, die Teilnahmemuster, die ungültig gemachten Stimmen bezogen auf die soziale Struktur, die Techniken, um die Kandidaten der „tolerierten" Oppo-

eine Pflicht angesehen, sondern als Möglichkeit, um die Übereinstimmung mit dem System öffentlich, sichtbar und vorzugsweise auch freudig auszudrücken. Viele Typen autoritärer Systeme, die weniger um ihre demokratische Legitimierung oder ideologische Bekehrung besorgt sind, verschieben dagegen einfach die Wahlen, oder sie tolerieren die Apathie, solange nur ihre Kandidaten gewählt werden.

Die zweite wichtige Funktion der totalitären Partei betrifft die Rekrutierung, Prüfung, Auswahl und das Training der neuen politischen Elite. In der Phase des Kampfes um die Macht in Zeiten der Opposition, im Untergrund, in der Revolution oder im Bürgerkrieg ist das ganz offensichtlich. Während der Konsolidierungsphase läßt die Kooptierung von Experten und Personen des bisherigen Establishments die Reihen der Partei oftmals so anschwellen, daß es häufig zu einem Stop bei Neuaufnahmen und sogar zu Säuberungen kommt.[22] Sobald sich die Partei an der Macht konsolidiert hat, erfolgt dann die Rekrutierung idealerweise durch Sozialisation in den Jugendorganisationen, durch eine sogenannte „*leva fascista*", wodurch diejenigen, die die Jugendorganisationen durchlaufen haben, in die Partei aufgenommen werden. Der Zwangs- oder zumindest Massencharakter dieser Jugendorganisationen mindert allerdings wiederum deren Effektivität als Selektionsmechanismen, und so müssen schärfere und spezialisierte Rekrutierungssysteme entwickelt werden. Der Versuch, das bereits angeführte Dilemma „Experte oder Rot" zu lösen, führt zur Suche nach dem „roten Experten" und häufig zu Quereinsteigern, insbesondere durch Aktivitäten in den der Partei angeschlossenen Massenorganisationen. In einem stabilisierten totalitären System hängt der Erfolg der Partei letztlich von ihrer Fähigkeit ab, Menschen aus den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft anzuziehen, die dem Regime gegenüber loyal sind, aber nicht an politischem Aktivismus, Kontakt mit den Massen und politischer Verantwortung interessiert sind. Rekrutierung und Kaderauslese in einem stabilen totalitären System befinden sich also in gewissem Sinne zwischen Skylla und Charybdis,

---

sition zu entmutigen, sowie den Wahlzwang und die Wahlfälschung. Der Kontrast zwischen dem Wahlprozeß in totalitären und autoritären pseudo- oder semidemokratischen Regimen (von denen sogar einige behaupten würden, demokratisch zu sein) kann Penniman (1972) entnommen werden. Man findet Material auch in den Wahlberichten für lateinamerikanische Länder, die von dem *Institute for Comparative Study of Political Systems* veröffentlicht wurden. Für einen theoretischen Aufsatz, der als Ausgangsmaterial dienen kann, siehe Rose und Mossawir (1967).

[22] Vgl. Rigby 1968, S. 178-181; Acquarone 1965, S. 379-381; Orlow 1973, S. 202-205; Buchheim 1958.

d.h. zwischen Professionalisierung mit der Folge, daß das System nicht mehr vertreten wird, wenn primär die Bildung betont wird, und der Förderung von Parteiaktivisten ohne Qualifikation mit dem Risiko der Inkompetenz. Der Versuch, dieses Dilemma zu lösen, zeigt sich in den besonderen Anstrengungen bei der Rekrutierung - in kommunistischen Systemen besonders unter den Fabrikarbeitern. Hierbei werden ein schnelles und intensives Training des Parteiprogramms und die Qualifizierung der Verwaltungskompetenz verbunden (Rigby 1968, S. 115-125; Ludz 1968, 1970). In kommunistischen Systemen steht dieses Problem aufgrund der Rolle der Partei in Produktion und Wirtschaftsplanung besonders auf der Tagesordnung. Das erklärt auch mit, warum in fortgeschrittenen Industriegesellschaften kommunistischen Typs der Totalitarismus rasch routinehafte Formen annimmt.

Eine wichtige Aufgabe totalitärer Parteien ist dabei auch die Kontrolle der vielen spezialisierten Funktionsapparate, die zu unabhängigen, unpolitischen Machtzentren werden könnten. Die Partei ist außerdem das Reservoir für die Rekrutierung der Politkommissare in der Armee (Kolkowicz 1967, 1971). In diesem Zusammenhang soll daran erinnert werden, daß auch die Nazis in ihren letzten Herrschaftsjahren versuchten, die Partei innerhalb der Armee zu stärken (Orlow 1973, S. 460-462). Charakteristisch für totalitäre Systeme sind in diesem Zusammenhang die Politisierung der Polizeikräfte und die Bildung von Parteimilizen, die zumeist durch Parteikanäle rekrutiert werden. Sicherlich resultiert dies aus der großen Bedeutung der Gewalt im Kampf um die Macht. Hinzu kommen die Tradition der Geheimhaltung, die sich in der Illegalität unter repressiven Regimen entwickelt hat, der internationale Druck, der häufig ein solches Regime umgibt, und die Tatsache, daß viele dieser Regime in Bürgerkriegen entstehen. Das führt zu einer geradezu paranoiden Furcht vor Subversion, Konspiration und Aggression, und folglich auch zu einem Hang zum Terror. Da die Verteidigung der Ordnung politische Erwägungen einschließt, sei eine nur professionelle Polizei dafür ungeeignet.

Eine weitere Funktion der Partei besteht darin, in den vielen nachgeordneten bzw. übernommenen Organisationen, d.h. in den Gewerkschaften, Genossenschaften, Korporativen und verschiedenen Interessengruppen, präsent zu sein. In einer verstaatlichten Wirtschaft gewinnt diese Kontrollfunktion einen besonderen Sinn. Es gibt in der Literatur recht unterschiedliche Sichten hinsichtlich dieser „führenden und leitenden Funktion“ der Partei, und recht umfangreiche Bücher wurden über das Verhältnis von Partei und Gesellschaft, sowohl in der Theorie als auch in der Praxis, besonders in kommunistischen Ländern, geschrieben. Auch bei den Nazis gab es, wie Orlow betont, zwei Konzeptionen über die Rolle der NSDAP

(Orlow, 1973, S. 14-16). Diese wurden mit Rudolf Heß, dem Stellvertreter des „*Führers*“, bzw. mit Robert Ley, dem Leiter des Organisationsbüros der Partei und Chef der Arbeitsfront, identifiziert. Schlüsselbegriffe in den beiden unterschiedlichen Ansätzen waren „*Kontrolle*“ und „*Betreuung*“. Diese signalisierten zwei verschiedene Reaktionen auf eine komplexe, hochentwickelte Industriegesellschaft, die während der Jahre des Kampfes um die Macht und nach deren Ergreifung weitgehend erhalten geblieben war. Nach Ley sollte die während des Kampfes entstandene Partei, die „*Gemeinschaft*“, nun mit den übrigen, jetzt politisierten Segmenten der deutschen Gesellschaft verschmelzen und eine „*Volksgemeinschaft*“ bilden - und zwar durch „*Betreuung*“, d.h. Sorge um die Bedürfnisse des Volkes durch einen politisch motivierten Wohlfahrtsstaat. Dabei wurde weniger der Elitestatus der Mitgliedschaft und der Kaderorganisation betont, sondern die Partei sollte letztlich mit der Arbeitsfront zu einer einzigen Massenorganisation verschmolzen werden. Seine Gegner wiederum meinten, daß Deutschland weit von einer „*Volksgemeinschaft*“ entfernt wäre. Deutschland, so ihre Auffassung, würde eine „*Gesellschaft*“ bleiben, in der die Schlüsselfunktionen der Partei durch eine eng verbundene, zentralisierte Organisation mit einer kooptierten Elite und einem fanatischen, aber technisch und administrativ kompetenten Funktionärskorps kontrolliert werden. Keine der beiden Konzeptionen gewann Hitlers offene Billigung, aber in der Realität kam das Regime doch eher der zweiten Option näher.

Staat und Partei

Da die Partei Führungspersonal für viele der ihr angeschlossenen Organisationen bereitstellt, die wiederum andere Institutionen kontrollieren, sollten wir nicht vergessen, daß eine zentrale Funktion der Partei darin besteht, politische Ämter auf allen Regierungsebenen durch Wahlen oder Berufung zu besetzen. Diese Amtsinhaber in totalitären Systemen können sich, im Gegensatz zu kompetitiven politischen Systemen, ihrer Stellung nur sicher sein, solange sie das Vertrauen der Partei genießen, die wiederum eigene umfangreiche und spezialisierte Bürokratien hat. In welchem Ausmaß die Partei in der Regierung von der Partei als Organisation abhängig ist oder nicht, in welchem Grade die Regierungsstellen versuchen, sich die Partei unterzuordnen oder einfach zu ignorieren, und in welchem Maße wiederum die Partei versucht, ihren Vertretern auf allen Regierungsebenen Anweisungen zu geben - das gehört sicherlich zu den interessantesten Fragen bei der Untersuchung totalitärer Systeme. Generell ist festzustellen, daß wir nur dann von einem totalitären System sprechen können, wenn die Parteiorganisation der Re-

gierung übergeordnet oder gleichgestellt ist.[23] Wenn dies nicht geschafft wird, degeneriert das System zu einem bürokratischen Autoritarismus, es verliert seine Verbindung zur Gesellschaft und viel von seinem mobilisierenden und dynamischen Potential. Maos Feststellung, die Partei sei das Instrument, das „die Lösung des Widerspruchs zwischen Staat und Gesellschaft im Sozialismus vorantreibt", ist eine sehr treffende Formulierung dieses Problems (Schurmann 1968, S. 112). Die Überlegenheit des Staatsapparates, selbst wenn dieser mit Parteimitgliedern besetzt ist, ist eher Kennzeichen einer vortotalitären Phase. Die totalitäre Dynamik ist dann, wie im Falle Italiens, fehlgeschlagen oder das Regime befindet sich im Übergang zu einem posttotalitären System. Es ist wichtig, sich ins Gedächtnis zu rufen, daß in der marxistischen Tradition der Staatsapparat in der Gesellschaftsform, die dem Kapitalismus folgt, keine Legitimität besitzt, und daß das angestrebte letzte gesellschaftliche Stadium das Absterben des Staates einschließt. Weniger bekannt ist Hitlers tiefe Feindschaft gegenüber dem Staat. In *Mein Kampf* schreibt er: „Es ist deshalb die erste Verpflichtung für eine auf dem Boden einer völkischen Weltanschauung beruhende neue Bewegung, dafür zu sorgen, daß die Auffassung über das Wesen und den Daseinszweck des Staates eine einheitliche klare Form erhält ... Die grundsätzliche Erkenntnis ist dann die, daß der Staat keinen Zweck, sondern ein Mittel darstellt. Er ist wohl die Voraussetzung zur Bildung einer höheren menschlichen Kultur, allein nicht die Ursache derselben. Diese liegt vielmehr ausschließlich im Vorhandensein einer zur Kultur befähigten Rasse ... So ist die Voraussetzung zum Bestehen eines höheren Menschentums nicht der Staat, sondern das Volkstum, das hierzu befähigt ist ... Es ist, wie gesagt, natürlich leichter, in der Staatsautorität nur den formalen Mechanismus einer Organisation zu erblicken als die souveräne Verkörperung des Selbsterhaltungstriebes eines Volkstums auf der Erde." (Hitler, Mein Kampf, 1938, S. 431, 433, 440) Das Kapitel geht dann in einen weitschweifigen Diskurs über Rasse, biologische Auslese und eine durch diese begründete Sozialisation über. Die Gemeinschaft wird dem Staat fundamental entgegengesetzt, insbesondere einem Staat wie dem deutschen, der mit dieser Gemeinschaft nicht übereinstimmme. Seine abstruse Idee einer Unterscheidung zwischen Untertanen und Bürgern des Staates im zweiten Buch von *Mein Kampf* fand dann in den Nürnberger Rasse-Gesetzen ihren juristischen Ausdruck und unterscheidet sein Regime sowohl von der bürgerlichen, zivilgesellschaftlichen Kultur der Demokratien als auch von traditionellen und

---

[23] Das Problem der Beziehung zwischen Partei, Staat und Gesellschaft wird immer wieder in der ideologischen Literatur der totalitären Regime diskutiert. Für eine gute Analyse im deutschen Fall siehe Franz Neumann (1963).

autoritären Staatskonzeptionen. Auch Hannah Arendt (1966, S. 257-266) weist zu Recht darauf hin. Man könne die totalitären Bewegungen nicht verstehen, wenn man nicht ihre feindliche Einstellung gegenüber dem Staat und dem traditionellen Patriotismus sieht. Dieser nationale Patriotismus soll durch eine Loyalität gegenüber einer größeren sozialen Einheit, der Gemeinschaft ersetzt werden. Arendt verknüpft richtigerweise den Totalitarismus mit den Pan-Bewegungen in Mittel- und Osteuropa, wo nationale und Staatsgrenzen nicht, wie in Westeuropa, tendenziell zusammenfielen. Hitler selbst spiegelt als geborener Österreicher, Deserteur aus der k.u.k. Armee, der seinen Dienst in der Armee seines angenommenen Landes Deutschland ableistete, recht eindrucksvoll diese Unterschiede zwischen dem Staat und einer größeren sozialen Gemeinschaft wider. Das internationale Proletariat und die unterstellte Übereinstimmung vom Sozialismus in einem Land mit der Führerschaft einer weltweiten politischen Bewegung jenseits seiner nationalen Grenzen ist das marxistische Äquivalent hierzu. Schließlich sei noch angemerkt, daß auch in dieser Frage die italienischen Realitäten und auch Mussolinis Denkweise der totalitären Entwicklung Grenzen setzten.

Die Partei in Theorie und Realität

Meine Beschreibung der tatsächlichen wie auch der möglichen Funktionen der Partei beruht weitgehend auf ihrer ideologischen Konzeption, auf Sachaussagen zu ihrem Wirken, auf idealtypischen Darstellungen sowie Untersuchungen zu den Überschneidungen zwischen der jeweiligen Partei und anderen Institutionen. Eine Frage dabei war und ist nun, in welchem Maße Kader, insbesondere der mittleren und unteren Ebene, und die übrigen Mitglieder der Partei sich verhalten, wie dies von ihnen erwartet wird? Zwischen den verschiedenen totalitären Systemen sowie zwischen verschiedenen Phasen ihrer Existenz gibt es offenkundige Variationen, wie dies Studien zum regionalen und lokalen Leben unter solchen Regimen zeigen.[24] Das kann einen beachtlichen Grad an Unterschiedlichkeit bedeuten, der verschiedene Gründe haben kann. Dabei ändert sich die Politik auch in Richtungen, die von den Herrschenden nicht gewünscht werden. Dies zeigt sich besonders an der Peripherie. Die lokalen Parteiorgane müssen sich dort - fern vom ideologi-

[24] Für die UdSSR siehe Fainsod (1963), für China Yang (1965) und Vogel (1971), für Kuba Yglesias (1969) und für Deutschland Allen (1965), Peterson (1969), Heyen (1967), Meyerhoff (1963) und Görgen (1968). Hinsichtlich des Gegensatzes zu einem autoritären Regime vgl. Ugalde (1970), Fagen und Tuohy (1972), Linz (1970b).

schen Gerangel an der Spitze – stärker auf eine Funktion konzentrieren, die zwar in der Theorie totalitärer Parteien vorkommt, doch praktisch an nachgeordneter Position steht: die Vertretung von Interessen der Bevölkerung. Dies hat Jerry F. Hough (1969) für die Sowjetunion deutlich gezeigt. Eine Lektüre der Literatur über lokale Aktivitäten der Nazipartei würde wahrscheinlich dasselbe Muster zutage fördern, angesichts der Funktion der Sowjetpartei in der Wirtschaft sicherlich aber in einem beschränkteren Ausmaß. Die Vertretung von Interessen territorialer Einheiten durch lokale Parteiorganisationen unterscheidet sich gewiß nicht sehr vom Verhalten demokratischer Parteien und demokratisch gewählter subnationaler Einheiten. Da sie oft weniger zerstritten und umfassend in Politikformulierung und Aufbringung von Ressourcen eingebunden sind, können sie sich eher darauf einigen, soviel wie möglich zum Wohle ihrer Bevölkerung vom Zentrum zu fordern. Einflußreiche alte Parteiführer können dabei als Vermittler zwischen einer Vielzahl lokaler und selbst privater Interessen und den höheren bürokratischen Strukturen auftreten, und dies ist, wie in demokratischen Regierungen, ganz offenbar auch eine gute Gelegenheit für Korruption.

Auf ähnliche Weise werden die ideologisch bestimmten Funktionen einer Partei auf den höheren Ebenen häufig sekundär gegenüber dem bürokratischen Gerangel zwischen den Partei- bzw. Regierungsorganisationen. Letztere werden zwar auch von Parteifunktionären kontrolliert, aber sie sind - ebenso wie ihre Angestellten - daran interessiert, die Autonomie ihrer Organisation gegenüber der Partei zu wahren und zu schützen. Totalitäre Politik wird trotz ihrer mobilisierenden Komponente sehr oft von endlosen bürokratischen Grabenkämpfen begleitet. So war es auch im Falle Deutschlands. Angesichts der sehr persönlichen Beziehungen vieler Spitzenfunktionäre zu Hitler kam es zu feudalem Gerangel und einer „Politik bei Hofe", wo dann die meiste Energie der Eliten verbraucht wurde. So konterkarieren die begrenzte Aufmerksamkeit der Führungsspitzen, ihr Arbeitsstil sowie die wechselnden Ziele und Politiken, die oft hastig entschieden werden, das Image totalitärer Politik als einer effizienten Maschinerie, die Entscheidungen reibungslos von oben nach unten durchsetzt. Doch sollte uns bereits eine kurze Lektüre von Petersons Buch (1969) *The Limits of Hitler's Power* nicht vergessen lassen, daß viele, und insbesondere die wirklich wichtigen Wünsche des „*Führers*" letztlich umgesetzt wurden, ohne daß die Möglichkeit einer effektiven Opposition dagegen bestand. Das „Gesetz des vorauseilenden Gehorsams" machte das System für all jene Entscheidungen empfänglich, die mit dem Bild seiner Macht und mit seiner grundlegenden Politik übereinstimmten oder ihm zumindest nahe kamen. Gewiß ist die Vorstellung vom allmächtigen Führer, der alle Entscheidungen trifft, empirisch falsch. Doch in einem

anderen Sinne ist sie wiederum wahr, da die Menschen, die er auswählt oder um sich duldet, in einem solchen System weitgehend so handeln, wie diese denken, daß es von ihnen erwartet wird. Statt in der totalen Macht des Führers ein Alibi für die Partei und andere Organisationen zu finden, haben sie damit auch für Entscheidungen Verantwortung (vgl. Speer 1969, S. 491, 518). Ohne diese Anhänger kann es nicht einmal den Ansatz zu einer totalitären Gesellschaft geben. Sie kann es aber auch nicht geben, wenn nicht eine gewisse Reaktionsfähigkeit auf die Erwartungen vieler mittlerer und unterer Kader, Parteimitglieder und Bürger vorhanden ist, gleich welche Motive dabei existieren. Da kann es z.B. einfach nur um die eigene Sicherheit oder die der Familie gehen. Viele italienische Spitzenfunktionäre unter Mussolini waren an einer solchen totalen Kontrolle, um das ideologische Ziel einer sozialen Mobilisierung zu erreichen, nicht oder nur wenig interessiert. Dementsprechend waren die staatlichen Strukturen an den Mobilisierungskampagnen geringer beteiligt. Das erklärt auch, daß der italienische Faschismus niemals das Niveau von Kontrolle und Mobilisierung erreichte, das die Erklärungen des *Duce* und die Gesetzgebung erwarten ließen. Dies wiederum zeigt auch, daß sich die Italiener stärker anderen Loyalitäten und Interessen, z.T. kulturell verankerten und partikularistischen Bindungen, verpflichtet fühlten, und weniger loyal zur faschistischen Partei waren.

Insgesamt ist mir hierbei wichtig, daß wir die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und psychologischen Bedingungen für das Entstehen von Totalitarismus zur Kenntnis nehmen, also jenes Umfeld analysieren, das es einer totalitären Organisation ermöglicht, ihr utopisches Selbstbild zu erreichen. Zugleich dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, bis zu welchem Grad die jeweiligen politischen Systeme in den einzelnen historischen Phasen die totalitäre Utopie - zum Bösen wie zum Guten – umgesetzt haben und wie stark sich ideologischer Anspruch und politische Realität unterscheiden.

Kommunistische und faschistische Parteien

Zwischen kommunistischen und faschistischen totalitären Parteien gibt es viele Unterschiede, die zum Teil gewichtig sind. Nicht nur in Ideologie und Politik, wie ich bereits ausgeführt habe, sondern auch in der Organisationsstruktur. Der wichtigste Unterschied ist dabei die Betonung des Führerprinzips in den faschistischen Parteien (Vierhaus 164; Nyomarkay 1967; Horn 1972), speziell im Falle der Nazis. Dieses Prinzip widerspricht deutlich der demokratischen Komponente des Sozialismus, ganz gleich, welche Ähnlichkeiten während der stalinistischen Periode in der Praxis auch entstanden sind. Das unterschiedliche ideologische und auch formale Prinzip ist wich-

tig. Ein gewisser Grad innerer Demokratie ist in kommunistischen Parteien zweifellos möglich, und dort liegt auch die ideologische Basis für jene, die in diese Richtung gehen wollen. Im Falle des Nationalsozialismus gab es dagegen nichts dergleichen.

Ein anderer Unterschied ist die Institutionalisierung paramilitärischer Organisationen. Schon die italienischen Faschisten hatten versucht, mit der Gründung der „*Milizia volontaria per la sicurezza nazionale*“(*MVSN*) die unruhigen und auch unberechenbaren Elemente des Partei-S*quadrismo* aufzusaugen und der Repression eine legale und institutionelle Basis zu verschaffen. Jedoch verhinderten in Italien die Unterordnung dieser Organisationen unter den Regierungschef und die Koordination mit der Armee bei der Ernennung von Offizieren, daß sich diese Milizen in eine reale politische Armee verwandelten. Die Entwicklung in Nazideutschland war in dieser Frage völlig anders. Anfangs die SA und dann vor allem die SS wurde im Verlauf des Krieges eine wirkliche Parteiarmee, parallel zur Armee des Staates und nicht von ihr kontrolliert (Werner 1964, Höhne 1967; Buchheim et al. 1965). Hierin liegt einer der fundamentalen Unterschiede zu Italien. In kommunistischen Ländern gab es zwar ähnliche Tendenzen. Übereinstimmungen gibt es mit der ideologischen Verklärung von Gewalt im Faschismus und der nationalistischen Anbetung der bewaffneten Kräfte. Doch die Kontrolle der regulären Armee ebenso auch der Polizei durch die politische Führung und deren Politisierung haben verhindert, daß solche Formen politischer Gewalt als Teil der Partei und getrennt von den eher professionellen militärischen Organisationen entstanden. Der Unterschied kann auch durch den unterschiedlichen Prozeß der Machtübernahme erklärt werden. Die faschistischen Parteien entstanden in liberalen demokratischen Gesellschaften, die ihren Opponenten einen relativ großen Raum für ihre Organisationen zugestanden. Die Gründe dafür waren vielfältig: Reaktion auf kommunistische Revolutionsversuche, Furcht vor einer mobilisierten Arbeiterklasse oder illegale Wiederbewaffnung unter Verletzung des Versailler Vertrages. Die Bildung paramilitärischer Organisationen und bewaffneter Parteigruppierungen wurden toleriert oder sogar indirekt ermutigt. Sobald dann die faschistischen Führungen, zum großen Teil dank der Gewalt dieser Organisationen, den Staat übernahmen, war dieser nicht darauf vorbereitet, diese Organisationen aufzulösen. Auch wenn die neuen Kräfte gezwungen waren, Kompromisse mit dem alten politischen Establishment einzugehen, insbesondere mit dem Militär, dem diese Organisationen sehr suspekt waren, blieben diese bestehen. Solch ein Kompromiß und die Furcht vor einer „zweiten Revolution“ führten in Deutschland zur blutigen Säuberung der SA im Jahre 1934. Das führte allerdings zum Aufstieg der SS. Dadurch wurde nun - im Widerspruch zu den Versprechungen an die Armee - das Monopol der bewaffneten Kräfte erst richtig gebrochen (Mau 1953).

Diese aus Freiwilligen rekrutierten Organisationen zogen ein seltsames Gemisch gewaltbereiter Personen an: fanatische Idealisten, Söldner und Sadisten. Die militärischen Rituale, die Kameradschaft der Kaserne, die romantische, pseudofeudale Rhetorik des „Meine Ehre heißt Treue“ und die Ablehnung durch die bürgerliche Gesellschaft führten zu dem Gefühl, die Vorhut der Bewegung zu sein. Es entstand gewissermaßen eine Mischung von Mönchs- und Ritterdienst. Es war dann konsequenterweise auch eine solche Organisation, die die schlimmsten Verbrechen bei der Realisierung der nazistischen Utopie beging. „Diese Maßnahmen im Innern des Reiches können nicht von einer Polizei, die nur aus Beamten besteht, durchgeführt werden. Dazu hätte ein Korps, das nur seinen Beamteneid geleistet hat, nicht die Kraft. Diese Maßnahmen können nur von einer in sich gefestigten Organisation von fanatischen und zutiefst überzeugten Nationalsozialisten getragen und durchgeführt werden. Die SS rechnet sich dazu und versteht sich dafür geeignet und hat diese Verantwortung übernommen.“ So die Worten von SS-Führer Heinrich Himmler (Buchheim 1965, S. 339).

Im Unterschied dazu entstanden kommunistische Parteien oft im Untergrund und hatten kaum Möglichkeiten, sich frei zu organisieren - und erst recht nicht ihren militärischen Arm. Die Machtübernahme erfolgte dann entweder in Gesellschaften, in denen das Machtgefüge zerfallen war, oder gestützt auf die Sowjetarmee. In vielen Fällen kam es zu Bürgerkriegen, der oft, wie in China oder Vietnam, mit einem nationalen Unabhängigkeitskampf zusammenfiel. Unter diesen Umständen agierte die Partei als der Kern der neuen militärischen Kraft - der Roten Armee oder der Volksbefreiungsarmee. In den von den Revolutionären kontrollierten Gebieten war die Partei zwar in der Lage, ihre eigene Polizei, die *Tscheka*, zu etablieren und deren Einrichtungen durch örtliche Parteimitglieder personell aufzufüllen. Aber weder Armee noch Polizei mußten hier mit paramilitärischen Organisationen konkurrieren, die bereits vor der Machtübernahme existiert hatten, einen anderen Berufsstatus und ein anderes Selbstbild hatten. Obwohl es auch Elemente der Idealisierung der Tschekisten gab, wurde kein eigenes Ethos für dieses und andere Zwangsinstrumente entwickelt (Barghoorn 1971). Es war weiterhin möglich, diese Kräfte als Teil des Staatsapparates zu identifizieren, die zwar auf das engste mit der Partei koordiniert, aber niemals der Partei gleichgestellt oder gar übergeordnet waren. Es ist sicherlich kein Zufall, daß die „Revolutionäre“ in der SA einen Miliztyp für die neue Armee bevorzugten, bei dem sie dann die führende Rolle hätten spielen können. Demgegenüber bemühten sich weniger ideologische Kräfte der SS, die Waffen-SS vom Image der terroristischen „*Verfügungstruppe*“ zu befreien und damit letztlich die Anerkennung der „richtigen Militärs“, der Wehrmacht, zu erreichen. In autoritären Regimen, in denen es totalitäre Tendenzen gibt,

das gilt insbesondere für Regime mit einer faschistischen Partei, ist die Tatsache, daß es nicht gelingt, eine unabhängige bewaffnete Miliz aufzubauen, um das in den Händen der Armee und des Polizeikorps befindliche Gewaltmonopol zu brechen, eines der deutlichsten Zeichen für die Schwächen und Grenzen, die Gesellschaft zu politisieren und zu kontrollieren.

Exkurs über den Terror

Der Anspruch des modernen Staates auf das Gewaltmonopol ist eines seiner bestimmenden Merkmale. Doch sicherlich unterscheiden sich politische Regime gerade im Ausmaß und in den Formen, wie Zwang und Gewalt angewendet werden. Totalitäre Systeme zeichnen sich, zumindest während einzelner Phasen, durch eine massive Gewaltanwendung aus: Polizei, die ohne Beschränkungen handelt, Konzentrationslager und Folter, Verhaftungen und Hinrichtungen ohne Prüfung der Schuld, Repressionen gegen ganze Gruppen von Menschen, keine öffentlichen Gerichtsverhandlungen und Möglichkeiten der Verteidigung und schließlich die Verhängung von Strafen, die in keinem Verhältnis zum Vergehen der Beschuldigten stehen. Dies alles geschah in einem Ausmaß, das in der neueren Geschichte präzedenzlos ist (Solschenizyn 1974). Politischer Terror wird von Dallin und Breslauer als „die willkürliche Anwendung von starkem Zwang gegen Individuen oder Gruppen durch die politischen Machtorgane, die glaubhafte Gefahr einer solchen Anwendung oder die willkürliche Ausrottung solcher Individuen oder Gruppen" definiert (1970, S. 7). Politischer Terror ist sicherlich ein Merkmal totalitärer Herrschaft und bewog Hannah Arendt auch, Totalitarismus als eine Regierungsform zu verstehen, „deren Wesen der Terror ist und deren Handlungsprinzip die logische Folge des ideologischen Denkens ist." (1966, S. 474) Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß die von mir angeführten Formen von Gewalt und politischem Terror auch in anderen politischen Systemen anzutreffen sind, die gewiß nicht totalitär genannt werden können, vorausgesetzt wir wollen den Begriff nicht überdehnen (Chapman 1970). Zweifellos haben auch andere nichtdemokratische Systeme, die nicht durch „die logische Folge des ideologischen Denkens" bestimmt sind, ihre Fähigkeit zum Terror und zur Verletzung der elementarsten Menschenrechte ausreichend demonstriert. Wir brauchen hier nur an die Trujillo-Diktatur in der Dominikanischen Republik zu denken, wo der willkürliche Terror, den ein Mann ausübte, weder ideologische Rechtfertigung hatte noch sie benötigte, und wo es auch keine modernen Formen politischer Mobilisierung gab. Zugleich finden wir Regime mit jene Merkmalen, die wir zur Definition des Totalitarismus benutzt haben, in denen es keinen politischen Terror gibt. Si-

cherlich finden wir in solchen Regimen nicht die politischen Freiheiten, deren sich ein Bürger in einem demokratischen Staat erfreut. Jedoch gibt es hier gewisse Grenzen für willkürliche Gewalt: Es bestehen juristische Garantien (insbesondere im Prozeßverfahren) und auch eine Akzeptanz des *nullum crimen sine lege*. Das gibt denjenigen, die das Risiko der Gesetzesverletzung nicht auf sich nehmen wollen, ein wenig Sicherheit, auch wenn es Gesetze gibt, die ein Verhalten bestrafen, das in anderen Gesellschaften als legal betrachtet wird, wie z.B. die Veröffentlichung von Kritik an der Regierung, die Vereinigung zu politischen Zwecken oder die Verteidigung von Interessen durch Streiks. Das Verbot der rückwirkenden Anwendung von Gesetzen, verbunden mit einem Mindestmaß von Garantien für den Angeklagten, die Unabhängigkeit der Justiz von direkter Intervention durch die Behörden sowie Beschränkungen für die Polizei gestatten zumindest jenen Bürgern, die das Regime nicht bekämpfen, ohne Furcht zu leben. Ein Regime mit derartigen Merkmalen kann immer noch eine weitgehend monopolistische Machtstruktur besitzen, sich von einem ideologischen Bekenntnis leiten lassen sowie die aktive Mitwirkung in seinen Organisationen fordern und belohnen. In meinem Verständnis wäre dies ein Totalitarismus ohne Terror. Sein Rechtssystem ist eher repressiv als liberal, aber sicherlich verschieden vom Stalinismus oder der SS-Herrschaft unter Hitler. Mit der Einführung dessen, was „sozialistische Gesetzlichkeit“ genannt wurde, bewegte sich die Sowjetunion Ende der 50er Jahre in diese Richtung.[25]

Fassen wir nochmals zusammen: Während der Terror in totalitären Systemen einzigartige Bedeutung erlangt, gibt es viele seiner Formen auch in Systemen, denen wiederum viele jener Merkmale fehlen, die die meisten Autoren zur Bestimmung des Totalitarismus verwenden. Zugleich treffen wir auch auf stabile Systeme, die alle Merkmale des Totalitarismus besitzen, in denen wir aber keinen allumfassenden Terror finden. Das ist auch der Grund, weshalb ich Terror nicht in meine Definition des Totalitarismus einbezogen habe. Wir können allerdings die unterschiedlichen Formen und das Ausmaß an Repression im Totalitarismus nicht ignorieren und müssen uns deshalb auch fragen, ob der Terror dieser Systeme eher ein Resultat dieses Systemtyps und weniger das Ergebnis der Persönlichkeitsstrukturen von Stalin oder Hitler war. Ich würde darauf antworten, daß dieses System derartige Führer möglich, aber nicht unvermeidlich machte. Wir müssen uns auch fragen, ob und warum der Terror in diesen Systemen Merkmale aufwies, die anderswo nicht zu finden sind, und inwieweit sich der Terror in verschiedenen totalitären Systemen unterscheidet? Welche Funktionen hatte der Ter-

---

[25] Vgl. Barghoorn 1972, Kap. 10; Lipson 1968; Weiner 1970; Berman/Spindler 1972.

ror in diesen Systemen? Kann man verschiedene Typen von Terror unterscheiden, die wiederum unterschiedlichen Phasen dieser Regime entsprechen? Auch die Frage nach Formen des Terrors in autoritären Regimen ist zu stellen. Unterscheiden sich diese von denen in totalitären Systemen, und wenn ja, können wir diese Unterschiede mit jenen Merkmalen verknüpfen, mit denen wir totalitäre und autoritäre Regime definieren? Mit diesen Überlegungen wollen wir uns dann auch einer einfachen, aber so wichtigen Fragen annähern, der Frage: Wie war dies möglich?

Zwang hat in totalitären Systemen folgende Merkmale: 1) ein bisher beispielloses Ausmaß; 2) die Anwendung gegen soziale Gruppen, ohne die Schuld für spezielle Handlungen in Betracht zu ziehen; 3) das Ignorieren selbst des Anscheins legaler Prozeduren, der Prozeßformalitäten und der Möglichkeit irgendeiner Art von Verteidigung; 4) die moralische Selbstgerechtigkeit und eine häufig damit verbundene Öffentlichkeit; 5) die Ausdehnung des Terrors auf Angehörige der Elite; 6) die Ausweitung auf Familienmitglieder der Beschuldigten, die mit der Tat nichts zu tun hatten; 7) die Betonung des Versuchs, der Absicht und der sozialen Charakteristika des vermeintlichen Täters und weniger dessen tatsächliche Handlungen; 8) die Nutzung von Organisationen des Staates und/oder der Partei statt sogenannter unkontrollierter Elemente, sowie Größe und Komplexität dieser Organisationen; 9) der fortgesetzte und manchmal zunehmende Terror nach der Konsolidierung des Regimes an der Macht sowie 10) die Tatsache, daß auch die Führung der bewaffneten Kräfte von der repressiven Politik betroffen ist. Zusätzlich kommt es mit der allmächtigen Position der Partei in der Gesellschaft zu einer weiteren Form der Bestrafung: den Parteisäuberungen mit anschließendem Ausschluß, der die Lebenschancen und sozialen Beziehungen der betroffenen Personen entscheidend beeinflußt.

Einmalig in diesen modernen repressiven Gesellschaften sind die Zahl der Todesopfer, die in Konzentrationslagern verbrachten Jahre, die Zahl der verhafteten und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkten Personen, wobei dies nicht im Ergebnis von militärischen Operationen geschehen ist. Es kann zwar Diskussionen um die Genauigkeit der Statistiken geben, doch das Ausmaß steht außerhalb jeglicher Debatte. Conquest (1968) hat für die Sowjetunion die verstreuten Angaben über die Zahl von Verhaftungen, Exekutionen und Gefangenen sowie Todesfällen in Lagern gesammelt und dabei auch die Schätzungen genutzt, die aus Volkszählungen in der UdSSR abgeleitet werden können. Danach sind in der Sowjetunion Ende der 30er Jahre ca. 1 Million. Menschen hingerichtet worden. Um 1940 schwankte die Zahlen der Lagerinsassen je nach Jahr und an-

gewandter Methode zwischen 6,5 und 12 Millionen Menschen. Nimmt man die vorsichtige Schätzung eines Durchschnitts von 1936 bis 1950, einschließlich 8 Millionen Lagerhäftlingen und einer jährlichen Todesrate von 10%, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 12 Millionen Opfern. Hinzu kommen die ca. 1 Millionen Hinrichtungen während dieser Zeit, die Opfer der Zeit vor Jeschow (1930-1936), diejenigen, die in den Lagern gestorben sind, und die 3,5 Millionen Opfer der Kollektivierung. Conquest errechnet insgesamt die Zahl von 20 Millionen Toten während der 23 Jahre von Stalins Herrschaft. Die Zahlen für China in der Konsolidierungsphase sind geringer, doch bekannte Mao 1967, daß während der ersten fünf Jahre der kommunistischen Herrschaft etwa 800.000 „Volksfeinde“ getötet wurden. Andere Schätzungen erreichen eine Zahl zwischen einer und drei Millionen, d.h. zwischen 0,3% und 0,5% der Bevölkerung (Dallin/Breslauer 1970, S. 55). Reitlinger schätzt, daß die Zahl der Opfer der nationalsozialistischen „Endlösung der Judenfrage“ 4,2 bis 4,5 Millionen Personen beträgt. Insgesamt haben sechs Millionen Juden ihr Leben verloren (1968, S. 533-546). In Italien war trotz starker Tendenzen zum Totalitarismus der Terror eingeschränkter. Ausnahmen waren die Jahre des Kampfes um die Macht und in der kurzen Periode der „Republik von Salo“ (1943-1945). Das „Sondertribunal zur Verteidigung des Staates“ verurteilte insgesamt 33 Personen zum Tode (davon wurden 22 hingerichtet) und klagte 5.619 Personen an, wovon 4.596 zu durchschnittlich fünf Jahren verurteilt wurden (Acquarone 1965, S. 104). Das Ausmaß der Repression ist in einigen Regimen, die dem totalitären Modell weit weniger nahekamen als Italien, unbestreitbar größer gewesen.

Ebenso bedeutsam wie der Umfang des Terrors, wenn nicht gar wichtiger, war in einigen totalitären Systemen seine Anwendung gegen ganze Gruppen von Menschen. Das geschah völlig unabhängig davon, ob irgendeine Schuld vorlag oder gar die Absicht bestand, das politischen Systems zu stürzen oder zu bedrohen. In modernen Zeiten geradezu beispiellos waren der Entzug von Menschenrechten, Massenverhaftungen und Vernichtung durch Vertreter des Staates oder der Partei. Im Falle der Nazis betraf dies Juden, Roma und Sinti (Döring 1964), Mitglieder religiöser Sekten, biologisch „Minderwertige“, bestimmte Gruppen von Kriegsgefangenen oder Teile der Bevölkerung der okkupierter Gebiete (Institut für Zeitgeschichte 1958). In kommunistischen Ländern traf diese „Kollektivschuld“ auf Angehörige bestimmter sozialer Gruppen zu, die „konterrevolutionär“ eingestuft worden waren. Das betraf z.B. die Gutsbesitzer und Kulaken, die Beamtenschaft und Angehörige bestimmter ethnischer Gruppen (Conquest 1960). In diesen Fällen mußten sich die Opfer nicht persönlich irgendwelcher Handlungen gegen den Staat oder die Gesellschaftsordnung schuldig gemacht

haben, noch mußten ihre Verfolger ein Verfahren gegen sie einleiten, das auf - konstruierten oder realen - Anschuldigungen beruhte. In vielen Fällen hätten sie auch keine reale Bedrohung darstellen können, selbst wenn sie das gewollt hätten. Ihr Schicksal wurde einfach durch ideologische Vorurteile bestimmt, die häufig - wie im Falle Hitlers - schon vor der Machtübernahme formuliert worden waren. Diesen Personen wurde einfach ihre menschliche Natur abgesprochen. Den Aufbau einer besseren Gesellschaft verknüpfte man mit deren Vernichtung. In diesem Kontext war der Holocaust in den Augen eines Himmler eine schmerzhafte Pflicht, jedoch im Dienste der Geschichte, wofür künftige Generationen dankbar sein würden (Bracher 1970; Buchheim et al. 1965).

Sicherlich gibt es in jedem politischen System Justizirrtümer, Verletzungen von Prozeßgarantien, Hindernisse für eine Verteidigung, befangene Gerichte, unfaire Prozesse, ebenso wie illegale Gewalt gegen politische Gegner, die von „oben" angeordnet oder stillschweigend geduldet wird. Aber die systematische, umfassende, auch formal organisierte Verhängung von Strafen, einschließlich der Todesstrafe, selbst ohne den Anschein einer Verteidigung und ohne daß eine Notsituation vorliegt, das ist ein deutliches Merkmal für totalitäre Systeme. Die Macht der Sonderkollegien des Innenministeriums der Sowjetunion, die auf der Basis des Statuts von 1934, das bis 1953 in Kraft war, Menschen in Abwesenheit und ohne Prozeß zu Lagerhaft verurteilten, ist nur ein Beispiel dafür. Dazu gehören auch die vom *„Führer"* persönlich angeordneten Hinrichtungen, ohne daß irgendein ordentliches oder auch außerordentliches Gericht einbezogen wurde. Es begann mit der Beseitigung der SA-Führung und anderer Gegner in der „Nacht der langen Messer" im Jahre 1934, die dann durch ein Notstandsgesetz legalisiert wurde. Offiziell fielen ihr 77 Personen zum Opfer, aber wahrscheinlich waren es dreimal so viele. Damit setzte in Deutschland die Legalisierung der Gesetzlosigkeit ein (Bloch 1970; Bracher 1970; Mau 1953). Der Terror des Totalitarismus ist nicht nur Perversion und Mißbrauch der Justiz oder die Tolerierung illegaler Handlungen der Behörden, die wir in vielen autoritären Regimen und manchmal sogar auch in Demokratien finden. Dieser Terror wird in totalitären Systemen sogar normativ institutionalisiert und ideologisch gerechtfertigt, manchmal sogar in den Kommentaren von Juristen. Die Schriften sowjetischer und nationalsozialistischer Rechtstheoretiker, zum Teil wie im Falle von Carl Schmitt zweifellos intelligent, machen diesen Bruch mit einer langen Rechtstradition sichtbar. „Das formale Gesetz ist dem Gesetz der Revolution untergeordnet. Es kann Gegensätzlichkeiten und Unterschiede zwischen den formalen Geboten der Gesetze und denen der proletarischen Revolution geben ... Dieser Gegensatz muß dadurch gelöst werden, daß die formalen

Gebote der Gesetze denen der Parteipolitik untergeordnet werden." (Wyshinskij 1935, S. 32; nach Berman 1963, S. 42f.) Wenn dies der damalige Generalstaatsanwalt der UdSSR Wyschinskij im Jahre 1935 schreibt, so drückte er damit ein Denken aus, das wir kaum und schon gar nicht mit solchem Nachdruck in autoritären Regimen formuliert finden.

Ein Merkmal des Terrors im Totalitarismus, das ganz offensichtlich ins Auge fällt und das vielleicht auch Allgegenwart und Ausmaß miterklärt, ist die moralische Selbstgerechtigkeit, mit der dieser Terror von den Herrschenden und ihren Anhängern gerechtfertigt wird. Das geschieht zuweilen öffentlich, manchmal auch nur im „inneren Kreis". Häufig steht dies sogar in Konflikt mit den mehr pragmatischen Zielen des Systems. Der Terror wird also nicht rein instrumentell gesehen. Er ist ideologisch. Deshalb sind für diesen Terror Streben nach Einmütigkeit, das Ideal der Konfliktlosigkeit, die historische Notwendigkeit, als „das Böse" definierte soziale Gruppen total zu vernichten, die bewußte Ablehnung traditioneller moralischer Standards, die andere Menschen bei Gewaltanwendung zögern oder sich schuldig fühlen lassen, und der Verzicht auf persönliche Verantwortung so charakteristisch.[26] Dies erklärt auch, weshalb viele Agenten des Terrors in ihrem täglichen Leben normale Menschen und keineswegs psychisch defekt waren. Vergessen wir nicht, daß Chruschtschow in seiner Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, nach seinen Enthüllungen der Verbrechen sein zweifellos negatives Porträt von Stalin mit den Worten schloß, Stalin sei davon überzeugt gewesen, „daß dies zur Verteidigung der Interessen der werktätigen Massen gegenüber den Umtrieben der Feinde und den Attacken des imperialistischen Lagers unerläßlich sei. All das betrachtete er von der Position der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse, der Interessen des arbeitenden Volkes, der Interessen des Sieges des Sozialismus und Kommunismus. Man kann nicht sagen, daß die Taten Stalins die eines gedankenlosen Despoten waren. Er meinte, daß man im Interesse der Partei, der werktätigen Massen, um der Verteidigung der revolutionären Errungenschaften willen so handeln müßte. Darin liegt die wirkliche Tragödie!" (Chruschtschow 1990, S. 82)

Ein weiterer Charakterzug dieses Terrors ist seine Ausdehnung auf die Angehörigen der Elite. Speziell unter Stalin kam es zu einer harten Behandlung gerade derjenigen, die zusammen mit ihm die Revolution gemacht hatten und danach in verantwortlichen Positionen

---

[26] Vgl. Arendt 1963; Cohn 1966; Jäger 1967; Barghoorn 1971; Dicks 1972.

waren. Die Tatsache, daß sie das Vertrauen oder die Gunst der Führung verloren hatten, hätte in anderen politischen Systemen zwar auch dazu geführt, daß sie degradiert und/oder ins Privatleben abgeschoben würden. Gewiß hätten sie dabei häufig machtlose, aber gutbezahlte oder prestigeträchtige Ruheposten bekommen. Nicht so in diesem System! Dabei waren Stalins Opfer nicht nur Sowjetbürger, sondern auch die Führer anderer kommunistischer Parteien, die in der UdSSR bzw. später in den mittel- und osteuropäischen kommunistischen Staaten lebten (Kriegel 1972; Oren 1973). Die grausame Geschichte dieses politischen Terrors spiegelt sich auch im Schicksal der 504 Führungskader der KPD aus dem Jahre 1933 wider: Von den 136, die eines gewaltsamen Todes starben, waren 86 (17%) Opfer der Nazis und 43 (9%) Opfer der Säuberungen Stalins oder später in Ostdeutschland (Weber 1969, S. 36f.). Ehernes Prinzip dieses Terrors war es, daß Angehörige der Elite, die im Machtkampf verloren, entehrt und schließlich zerstört werden müssen, selbst dann, wenn sie keine reale Gefahr darstellen. Unter Stalin mußten sie Verbrechen gestehen, die sie nicht begangen hatten, und sie wurden zu „Unpersonen" in der offiziellen Geschichtsschreibung (Leites/Bernaut 1954; Brzezinski 1956; Kriegel 1972; Levytsky 1974). Nicht einmal die militärische Führung konnte der politischen Repression und einer nichtmilitärischen Gerichtsbarkeit entgehen. Die militärische Führung war eindeutig der politischen untergeordnet, und die Partei mit ihren Milizen oder speziellen Sicherheitseinheiten konnte das Machtmonopol der Armee brechen. Das machen die Zahlen von Conquest (1968) für die Stalinschen Säuberungen sehr deutlich: drei der fünf Marschälle, 14 der 16 Armeekommandeure 1. und 2. Klasse, 60 der 67 Korpskommandeure, 136 der 199 Divisionskommandeure und etwa die Hälfte des Offizierskorps, d.h. rund 35.000 Personen wurden entweder erschossen oder inhaftiert. In Deutschland stellen 20 hingerichtete Generäle von den 675 der Armee sicherlich keine annähernde Größe dar, besonders wenn man die tatsächliche Einbeziehung in die Verschwörung des 20. Juli 1944 berücksichtigt. Aber auch diese Zahl zeigt die Fähigkeit dieses Systems, selbst in Kriegszeiten das Oberkommando der Armee zu bestrafen (Zapf 1966, S. 164).

Ein weiteres Charakteristikum politischen Terrors in totalitären Systemen ist die Ausdehnung der Strafverfolgung auf die Familienmitglieder der Beschuldigten, unabhängig davon, ob sie in (vermeintliche) Aktionen verstrickt waren oder nicht. Dies betrifft sowohl die „*Sippenhaft*" der Nazis als auch die Bestimmungen von Art. 58, Abs. 1c des (bis 1953 gültigen) Strafgesetzbuches der RSFSR von 1926, wonach bei Flucht eines Armeeangehörigen ins Ausland auch

die Familienmitglieder bestraft werden.[27] Daß die Nazis den Verschwörern des 20. Juli 1944 die Kinder wegnahmen und Mitglieder der Jugendorganisationen lobten, die bereit waren, ihre Eltern zu denunzieren, sind ebenfalls Beispiele für die Mißachtung und den Mißbrauch familiärer Bindungen unter totalitären Bedingungen.

Die eindeutig ideologische Basis der totalitären Gewalt schließt auch ein, daß juristischer Formalismus vehement abgelehnt wird. Das betrifft die Definitionen des Verbrechens, die Formulierung der Anklage durch die Staatsanwälte, die Begründungen der Urteile durch die Richter und die Variationen in der Bestrafung. Dabei geht die Tendenz nicht so sehr zu strengen Gesetzen und drakonischen, aber klar bestimmten Strafen, sondern eher zu subjektiven Betrachtungen, zu diffusen Standards und zu nicht vorhersagbaren Urteilen, die mehr davon abhängen, wer der Angeklagte ist, als von der juristischen Klassifizierung seiner (vermeintlichen) Tat. Im Gegensatz dazu sind selbst härteste militärische Schnellgerichte formalistisch oder sogar legalistisch. Sie schenken den Motiven wenig Beachtung und ihre Entscheidungen basieren eher auf einer repressiven Gesetzgebung und auf (unausgesprochen) pragmatischen Betrachtungen. Die politische Justiz in totalitären Regimen versucht dagegen die Motive des Beschuldigten aufzuzeigen; sie bestraft eher seine Absichten als seine Handlungen. Auch die Bestrafung erfolgt nach bestimmten ideologischen Kriterien, wie dem *„gesunden Volksempfinden“* oder dem *„sozialistischen Rechtsbewußtsein“*. Sie ist deshalb eher pädagogisch und exemplarisch denn strafend gemeint. Die Betonung der Person des „Täters“ und seines Motivs statt der eigentlichen Tat hängt natürlich auch eng damit zusammen, wie das soziale Milieu des Angeklagten und die ideologische „Grundeinstellung“ ganzer sozialer Gruppen eingeschätzt werden. Dies erklärt auch das Paradoxon, daß der Rechtspositivismus unter autoritären Rahmenbedingungen in erster Linie dem repressiven Staat dient. In totalitären Systemen, wo dieser Rechtspositivismus durch eine eher soziologische Gesetzeskonzeption ersetzt wird, wandelt sich dieser zu einem Hindernis für die „Wünsche“ bzw. Willkür der

---

[27] Art. 58, Abs. 1c lautete: „Flieht eine Militärperson ins Ausland, so werden die volljährigen Mitglieder ihrer Familie, sofern sie die Vorbereitung oder Begehung des Verrats in irgend einer Weise gefördert oder davon zwar gewußt, die Behörden aber nicht in Kenntnis gesetzt haben, bestraft - mit Freiheitsentzug von fünf bis zehn Jahren, verbunden mit der Konfiskation des gesamten Vermögens. Die übrigen volljährigen Mitglieder der Familie des Verräters, die mit ihm zusammengelebt haben oder zur Zeit der Begehung des Verbrechens von ihm unterhalten worden sind, - werden ihrer Wahlrechte für verlustig erklärt und auf fünf Jahre in entlegene Bezirke Sibiriens verschickt.“ [20. Juli 1934 (GS Nr. 30, Art. 173)] Strafgesetzbuch 1953, 16f.

Herrschenden (Schorn 1959; Staff 1964; Johe 1967; Weinkauff 1968).

Eine weitere Tendenz beim politischen Terror in totalitären Systemen ist die Einbeziehung der Gesellschaft in den repressiven Prozeß. Dieser wird nicht einer professionellen Polizei und den Gerichten allein überlassen, sondern tendenziell sind viele Mitglieder der Gesellschaft, vor allem die Mitglieder der Partei und ihrer Formationen, aktiv oder passiv einbezogen. Beispiele dafür sind die Abkommandierung von Angehörigen der SS zum Dienst in Konzentrationslagern, der Auftrag an Parteimitglieder, ihre Nachbarn zu bespitzeln, oder die große Öffentlichkeit bei bestimmten politischen Prozessen. In China nahm die gesamte Dorfgemeinschaft an der Repression - durch die „sprechende Bitterkeit" - gegen die Grundbesitzer teil. Die „Reform des Denkens" fand unter Beteiligung der Brigade oder der Volkskommune statt. Die Moskauer Schauprozesse und die Prozesse gegen die Teilnehmer an der Verschwörung des 20. Juli 1944 vor dem „*Volksgerichtshof*" in Deutschland, einschließlich ihrer propagandistischen Ausschlachtung, sind dafür Beispiele, die man kaum in autoritären Regimen findet (Travaglini 1963). Dies schließt natürlich äußerste Geheimhaltung bei anderen Formen des Terrors nicht aus. Ohne gleich Hannah Arendts These zu akzeptieren, daß Terror im Totalitarismus mit der Konsolidierung des Regimes und der Schwäche seiner Gegner zunimmt, kann man aber mit einiger Berechtigung die Auffassung vertreten, daß der Terror nicht auf die Phase der Machtübernahme beschränkt bzw. in diesem Moment am größten ist. Dies gilt sicherlich für autoritäre Regime. Vielleicht ist dies in autoritären Systemen deshalb so, weil der Terror dort nicht in einer Weise instrumentalisiert wird, wie dies Lenin und Trotzki postulierten (und praktizierten). Leo Trotzki schrieb dazu: „Die Frage, wer im Lande zu herrschen hat, ... wird von beiden Seiten nicht durch Hinweise auf die Verfassungsparagraphen, sondern durch Anwendung von allen Arten von Gewalt entschieden werden. ... Der Krieg ist ebenso wie auch die Revolution auf Abschreckung begründet. Bei einem Sieg im Krieg wird im allgemeinen nur ein unbedeutender Teil der besiegten Armee vernichtet; die Übrigen aber schreckt er ab und bricht so ihren Willen. Ebenso wirkt die Revolution: Sie tötet Einzelne und schreckt Tausende ab." (Trotzki 1976, S. 40, 43) Diesen Terror in der Übernahmephase kann man in vielen autoritären Regimen finden, besonders wenn sie es mit einem gut organisierten Gegner zu tun hatten, dessen endgültige Niederlage nicht sicher ist. So war es in Spanien nach dem Bürgerkrieg oder in Chile nach dem Septemberputsch von 1973.

Der totalitäre Terror erlangt seinen einzigartigen Charakter durch die zentrale Rolle, die dabei die Ideologie spielt. Adolf Hitler faßte dies in folgende Worte: „Jede Gewalt, die nicht einer festen geistigen Basis entspringt, ist schwankend und ungewiß; ihr fehlt die Stabilität, die nur auf einer fanatischen Einstellung beruhen kann." Allerdings wäre diese Gewalt ohne die organisatorischen Ressourcen der Kader und Aktivisten einer Partei nicht möglich. Ohne diese würde die Gewalt weder die Intensität und das Ausmaß noch den systematischen Charakter annehmen, die sie im Totalitarismus erreichen kann, aber nicht muß. Der Terror in einigen autoritären Regimen kann weit verbreitet sein, und in denjenigen politischen Systemen, die ich sultanistisch nenne, ist er es massenhaft, wenn nicht gar willkürlicher. Dabei ist wichtig, daß in den meisten autoritären Regimen die repressive Funktion den bewaffneten Kräften überlassen wird. Obwohl auch sie brutale Gewalt und juristische Schnellverfahren gern anwenden, tendieren sie aber doch eher zu einer bürokratischen Mentalität, in der die Regeln und Prozeduren betont werden. Sie haben weder das missionarische Interesse gebildeter Menschen an irgendwelchen ideologischen Motiven oder Rechtfertigungen noch die Lust, ihre Handlungen der Bevölkerung zu erklären, um damit deren Unterstützung zu erlangen. Leider existiert keine vergleichende Analyse politischer Prozesse in unterschiedlichen Systemtypen, um auch die unterschiedlichen Verfahrensweisen in totalitären und autoritären Regimen herauszuarbeiten. Bereits eine kurze Lektüre der Berichte in den Massenmedien und eine systematische Beobachtung dieser Prozesse würde die Unterschiede offenbaren. In totalitären Systemen verschwindet die Unabhängigkeit der regulären Gerichte. Das Ziel ist deren Politisierung (Wagner 1968). Die meisten autoritären Regime tendieren hingegen dazu, der regulären Justiz ihr traditionelles Maß an Unabhängigkeit zu belassen, während sie die politisch relevanten Fälle Sondergerichten, im allgemeinen der Militärjustiz, übergeben (Toharia 1974).

Es gibt zweifellos auch wichtige Unterschiede im politischen Terror und der Repression zwischen den verschiedenen totalitären Systemen. Das sollte nicht ignoriert werden, auch wenn ich dies hier nicht ausführlich behandeln kann. Dabei ist nicht immer klar, woraus diese Unterschiede resultieren. Sind es Differenzen in den nationalen Kulturen und Rechtstraditionen? Beruhen sie auf persönlichen Eigenarten der Führung, auf Verhaltensmustern, die man im Prozeß der Machtübernahme erworben hat, oder auf einem Lernprozeß, der auf den Erfahrungen ähnlicher, zuvor existierender Systeme basiert? Naziterror und kommunistischer Terror sind sicherlich in vielerlei Hinsicht verschieden. Aber trotz vieler Ähnlichkeiten zwischen den kommunistischen Regimen unterscheiden sich

auch die stalinistischen und die chinesischen Methoden in vielen Aspekten. Auf Kuba hat die Möglichkeit der Emigration (geschätzt auf 7,1% der Bevölkerung) nach Spanien und in die Vereinigten Staaten wahrscheinlich die Notwendigkeit der Repression erheblich verringert (Fagen et al. 1968). Die Nazis wiederum waren in einer Gesellschaft an die Macht gekommen, deren institutionelle Ordnung nicht zerstört worden war. Sie vertrauten ursprünglich viel mehr auf manipulierte Spontanität und scheinbar unkontrollierte, aber geplante Aktionen als auf die normale Staatsmaschinerie, die sie nur langsam für ihre Zwecke veränderten. Dadurch entstand auch ein dualer und letztlich ein paralleler Staat der SS. Auch die weit größere Geheimhaltung, die gerade ihre Aktionen umgab, erklärt sich daraus. Die Nazis in Deutschland entwickelten niemals den Drang, daß ihre Opfer ihre Schuld bekannten und daß diese die Rechtmäßigkeit der Machthaber anerkannten. Die Selbstkritik der Opfer der Stalinschen Säuberungen hat in Deutschland keine Parallele. Zweifellos sind auch die kommunistische Konzeption von der Formung des Menschen einerseits und der biologische Determinismus der Naziideologie andererseits für den Unterschied verantwortlich. Die Chinesen mit ihrer Idee, daß durch „Reform des Denkens" eine Gesundung eintrete und Klassenfeinde „zwangsweise überzeugt" werden können, tendieren zu „Voluntarismus" und „Aktivismus". Sie privilegieren das Bewußtsein, dieses steht im Mittelpunkt ihrer Aktionen. Ein durchdachter Angriff auf die Identität des Individuums, und zwar durch Selbstkritik, Bekenntnis, Selbsterniedrigung, Bestrafung und Rehabilitierung, tritt an die Stelle der strikten physischen Bestrafung (Lifton 1968; Schien 1961; Townsnend 1972; Vogel 1967). Damit treiben die Chinesen Tendenzen, die der sowjetischen Partei und ihrem Ansatz bereits innewohnten, zur äußersten Konsequenz. Der Kontrast zwischen dem sowjetischen Stalinismus und den chinesischen Kommunisten reflektiert auch den unterschiedlichen Prozeß der Eroberung und Festigung der Macht und das unterschiedliche Verhältnis zu den Massen auf dem Lande. Die während der Revolution und des Bürgerkrieges in Sowjetrußland erworbenen Verhaltensmuster der Tschekisten weitete sich unter Stalin, vor allem durch städtische Kader, auf die Kulaken aus. Dadurch entstand jene Brutalität, die dann während der „*Jeschowschtschina*"[28] institutionalisiert wurde. Vielleicht erkannten die Chinesen auch, daß einige Formen des Terrors eine solche Feindschaft bewirken, die wiederum nur durch Terror unterdrückt werden kann; d.h. ihnen wurden die dysfunktionalen Konsequenzen des Terrors bewußt. Schließlich erklärt die Erfahrung des Stalinismus auch, daß die poststalinistische

---

[28] Jeschow, N. J., 1895-1939. Als Volkskommissar des Innern und enger Vertrauter Stalins leitete er von 1936-1938 die zweite Phase der „Großen Säuberung".

Führung in der Sowjetunion Anstrengungen unternahm, die Exzesse zu beseitigen und Formen „sozialistischer Gesetzlichkeit“ einzuführen. Dabei blieben aber andere Formen von Zwang, die sich auch weiterhin von denen der meisten autoritären Regime unterscheiden, bestehen (O’Connor 1963; Lipson 1967). Auf Kuba stellen die „Komitees zur Verteidigung der Revolution“ (*CDR*), die angesichts der konterrevolutionären Gefahr Anfang der 60er Jahre geschaffen wurden, mit ihren vielfältigen gesellschaftlichen Funktionen heute ein System kollektiver Wachsamkeit dar (Fagen 1969). Zweifellos repräsentieren die 110.000 Komitees mit ihren zwei Millionen Mitgliedern zugleich eine enorme Kapazität für die politische Integration und Sozialisation sowie für die organisatorische Umsetzung verschiedener Programme, die weit über die Sicherheitsfragen hinausgehen. Mit ihrer Präsenz in jedem Wohnviertel und an jedem Arbeitsplatz versorgen diese Komitees auch die Straforgane von Staat und Partei zusätzlich mit Informationen. Die Willfährigkeit in und die Effizienz von konsolidierten totalitären Systemen hängt wahrscheinlich mehr von einer solchen Durchdringung der Gesellschaft ab. Es ist eher diese Atmosphäre des Zwangs, die dadurch erzeugt werden kann, und weniger von Polizeigewalt und wahllosem Terror. Man könnte sogar dahingehend argumentieren, daß der Stalinsche Terror ursprünglich aus dem Verlust des revolutionären Enthusiasmus, der geringen Fähigkeit, auf die verschiedenen sozialen Forderungen zu reagieren, sowie aus dem fehlenden Einfluß der kommunistischen Partei in vielen ländlichen Gebieten hervorgegangen ist. Die zwangsweise Gefügigkeit im Totalitarismus, so meine These, ist somit eher durch die Einflußnahme der Partei und ihrer Massenorganisationen auf die gesamte Gesellschaft, also auf „chinesische Weise“, zu erreichen als durch die Exzesse des Stalinschen Terrors.

Warum dieser Terror? - das ist die große Frage auf den Gefängnismauern und die Antwort fällt nicht leicht. Warum nahm der Terror solche Formen an? Wie war es möglich, eine Maschinerie dafür zu schaffen und warum war niemand imstande, diesen Terror zu stoppen? Dallin und Breslauer (1970), und andere Autoren, die über die „Säuberungen“ in der Sowjetunion[29] und über die Naziherrschaft, speziell die SS,[30] geschrieben haben, stellten diese Fragen. Die Antworten, die oft konträr waren, können hier nicht im Detail diskutiert werden. Unstrittig ist aber, daß der Terror und seine verschiedenen Ausdrucksformen in den verschiedenen Systemen und histo-

---

29 Vgl. Leites/Bernaut 1954; Brzezinski 1956; Conquest 1968; Gliksman 1954; Kriegel 1972.

30 Vgl. Bracher 1970; Arendt 1963, 1966; Cohn 1966; Buchheim et al. 1965; Höhne 1969; Dicks 1972.

rischen Situationen auch unterschiedlich erklärt werden müssen. Aber allgemein läßt sich vielleicht die These aufstellen, daß jedes politische System, das von einer Minderheit, aber möglicherweise auch von einer Mehrheit, gegen den Willen anderer etabliert wurde, dazu geführt hat, daß die Gegner wiederum Gewalt gegen die Konsolidierung dieses Systems anwandten. Über kurz oder lang wird sich ein solches Regime in Richtung Terror bewegen. Wenn dann für die Konfliktregulierung ein von beiden Seiten akzeptierter normativer Rahmen fehlt und die Überzeugungen und ideologischen Ansprüche bei den Konfliktparteien groß und die Unterstützung, die sie in der politischen Gemeinschaft finden, gering sind, führt dies zu Zwang. Hier liegt offenbar eine enge Korrelation vor. Gewalt hat ohne Zweifel ihren festen Platz im revolutionären Denken. Nach der Machtübernahme geht es um „Unterdrückungs- und Abschreckungsmaßnahmen gegenüber der erbitterten und bewaffneten Konterrevolution", um Trotzki zu zitieren (1976, S. 11). Bei Lenin heißt es dazu: „Das wissenschaftliche Konzept von Diktatur bedeutet nichts anderes als eine durch nichts beschränkte, durch keine Gesetze und absolut keine Regeln eingeengte, sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht." (Lenin 1966, S. 345) Ohne allzusehr darüber nachzusinnen, würde sicherlich jeder Konterrevolutionär diesen Formulierungen zustimmen, wenn nur das Wort Konterrevolution durch Revolution ersetzt würde. Die Phase der Machtübernahme, in der es darum geht, der Opposition das Rückrat zu brechen und all jene zu bestrafen, die mit ihr vorher zusammengearbeitet haben, insbesondere in einem Bürgerkrieg, führt zu massenhafter Gewalt. Daß es dabei Unschuldige geben kann, kümmert niemanden. Haben wir es mit einer schwachen Minderheit zu tun, die eine neue Ordnung errichten will, ist die Wahrscheinlichkeit für Repression größer. Terror führt zu Gegenterror, so daß sich die Spirale der Gewalt weiterdreht. Die im nachhinein formulierten Rechtfertigungen etablieren dann die „Gewohnheit der Gewalt" bei jenen Menschen, die an solchen Repressionen teilnehmen. In diesem Stadium kann der Terror noch als rein instrumentell aufgefaßt werden, selbst wenn schon viele seiner Formen weit über eine solche Zweck-Mittel-Relation hinausgehen und zum Selbstzweck werden, so z.B. wenn Idealisten mit visionärem Eifer „säubern" oder wenn Brutalität einfach zur persönlichen Befriedigung dient.

Doch der Terror geht weiter. In vielen totalitären Systemen scheint er sogar zunehmend rationalisiert und bürokratisch kontrolliert. Dies paradoxerweise zu einem Zeitpunkt, da das Regime konsolidiert ist und auf die Einwilligung der Mehrheit der Bevölkerung, zumindest die passive, zählen kann. Das wird besonders bei Hannah Arendt diskutiert. Dallin und Breslauer (1970) versuchen, Kontinuität und Anwachsen des Terrors dadurch zu erklären, daß sie seine Funktio-

nen für das Regime in diesen Phasen beschrieben. Ein neuer, entscheidender Durchbruch wird versucht, um die große Utopie zu erreichen. Je mehr ein Regime aber versucht, die Gesellschaftsordnung zu transformieren, um den „neuen Menschen“ zu schaffen, und je größer die Geschwindigkeit ist, mit der es dieses Ziel erreichen will, desto mehr nimmt es den Widerstand gegen diese Veränderungen wahr und desto mehr Terror dann wird angewandt. Viele beschreiben diese Periode als Mobilisierungsphase. Je geringer die Anreize für eine Belohnung und je größer die dafür notwendigen Entbehrungen sind, desto größer ist der Terror in der Mobilisierungsphase. Diese Überlegung finden wir bei jenen Autoren, die der Auffassung sind, daß die schnelle Industrialisierung der Sowjetunion und die damit verbundenen gewaltigen Entbehrungen für die Bauernschaft dem Stalinschen Terror zugrunde lagen.

In dieser Sicht ist der Terror immer noch instrumentell und rational, zumindest für diejenigen, die die Ziele der Herrschenden und auch deren „Zeitplan“ akzeptieren. Sie glauben, keine alternativen Wege zu erkennen, um dieselben Ziele zu erreichen. Solche Annahmen bleiben natürlich nicht unwidersprochen; wobei dies gewiß schwer zu beweisen ist. Sicherlich ist es nicht möglich, öffentlich zu erklären, die erreichten Ziele hätten die Kosten menschlichen Elends gerechtfertigt. Aber es ist schon denkbar, daß die Herrschenden selbst es als notwendig ansahen, um ihrer hochgesteckten Ziele willen eine ganze Generation zu opfern. Hier wird die Ideologie, die „geistige Basis“, von der Hitler sprach, entscheidend für die fanatische Umsetzung durch Terror. Hier finden wir die Wurzel für die hohe Wahrscheinlichkeit von Terror in totalitären Systemen. In diesem Kontext liegt die Betonung auf den Funktionen des Terrors für die Etablierung des Gewalt- und Organisationsmonopols. Es geht darum, alle autonomen Untergruppen auszuschalten. Nicht nur die gegenwärtigen, sondern auch die potentiellen Opponenten gilt es moralisch, aber zunehmend auch physisch zu zerstören. Ziel ist eine atomisierte Gesellschaft, in der die Individuen unfähig sind, einander zu vertrauen, wo selbst die elementarsten Solidaritätsformen, wie Familie und Freundschaft, zerstört sind und ein weit verbreitetes Gefühl persönlicher Unsicherheit zu Anpassung und Willfährigkeit führt (Moore 1954). Terror wird als soziale Prophylaxe (Gliksman 1954) und als erzieherisch wahrgenommen, indem er die Empfindungen, Annahmen und Haltungen des Individuums „auftaut“. Das gilt insbesondere in der chinesischen Konzeption der „Reform des Denkens“, die öffentliche Anklage, eigenes Schuldbekenntnis und anschließende Umerziehung in kleinen Gruppen verbindet. Bezeichnenderweise trägt das Buch von Kriegel (1972) den Untertitel *La Pédagogie infernale*. Es ist auch kein Zufall, daß die Opfer so häufig als Träger von Krankheiten angesehen werden; denken wir nur an die Ausdrücke, mit in denen Hitler die Juden verunglimpfte

(Jäckel 1972). Mao Tse-tung sah den „Bürger als Patienten, der medizinisch behandelt werden muß“. In dem einen Fall erfordert die Heilung die Zerstörung seiner Träger, im anderen einen komplexen Prozeß, der „zwangsweise Überzeugung“ genannt wird. In jedem Fall werden aber die Opfer nicht als normale Mitglieder der Gemeinschaft gesehen. Das „Streben nach Einmütigkeit“, das konsequenterweise aus der Bindung an ein einziges Glaubenssystem und an eine einzige Hierarchie herrührt, erfordert auch, diesen Zwang innerhalb der Elite, speziell gegen die Intellektuellen, anzuwenden.

Eine latente Funktion dieses fortgesetzten Terrors, die in den Analysen oft vernachlässigt wird, aber insbesondere für den SS-Staat feststellbar ist, besteht darin, daß jene, die mit dem terroristischen System verbunden sind, und auch viele gewöhnliche Bürger damit kompromittiert werden. Auch auf diese Weise versichert man sich ihrer Loyalität als „Komplizen aus Angst“ - Angst vor Entdeckung oder/und Vergeltung.

Wenn wir über Gründe für diesen fortgesetzten Terror nachdenken, dann sollten noch folgende Aspekte bedacht werden: Der bürokratische Apparat, der seine Existenz zu rechtfertigen hat und dessen Willfährigkeit gegenüber Direktiven von oben immer mehr Opfer fordert. Ein weiterer Aspekt ist die Übertragung bestimmter wirtschaftlicher Funktionen auf die Arbeitslager, die immer mehr Häftlinge benötigten (Dallin/Nicolaevsky 1947). Auch die Kritik, der Haß und manchmal auch der Widerstand, die in Reaktion auf den Terror entstehen, und die daraus wiederum abgeleitete Furcht bei den Verfolgern und Peinigern selbst treiben die Spirale des Terrors weiter. Und auch an Chruschtschows berühmte Rede sei erinnert, an die Persönlichkeit des obersten Führers und an den Gehorsam, den er findet. Dies sind wichtige Faktoren für den Aufbau und die Aufrechterhaltung eines Terrorsystems.

Wenn wir die funktionalen Aspekte im politischen Terror, auch in der Etablierungsphase, hier so hervorheben, so birgt das ein gewisses Risiko. Es besteht dann die Gefahr, daß dieser Prozeß viel zu rational und zu zweckgerichtet erscheint. Dabei wird die Eigendynamik, die auch in einem solchen Phänomen liegt, unterschlagen. Durch die erwähnten funktionalen Aspekte kann dieser fortgesetzte Terror nicht allein erklärt werden kann. Wir sollten nicht ignorieren, daß die „Gewohnheit des Terrors“ und der politischen Gewalt aus der Periode der Machtübernahme, die wir bei Aktivisten finden können, erhalten bleibt. Ebensowenig können wir persönlichen Groll und Rachegelüste, wie auch die gewöhnliche menschliche Niedertracht ausschließen. Dies alles findet nunmehr ein Ventil und das ist nun auch noch politisch legitimiert.

Auch angesichts dieser nichtinstrumentellen Ursachen für weit verbreiteten Terror sollten wir diesen nicht als eine Vorbedingung für

jene tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen, die totalitäre Systeme erreichen wollen, ansehen. Wir finden ja totalitäre Systeme mit großen Ähnlichkeiten und vergleichbaren gesellschaftlichen Veränderungen, die aber sehr große Unterschiede im Umfang und in den Formen des Terrors aufweisen. Dasselbe gilt auch für autoritäre Regime. Ein furchteinflößendes und rational schwer zu erklärendes Merkmal des nazistischen und Stalinschen Terrors war dessen Ausmaß, das so unnötig und sogar dysfunktional für das Erreichen der Ziele war. Es war ein Ausmaß, mit dem sie zum „Bösen an sich“ geworden sind (Nove 1964).

Die Tatsache, daß die „Dekompression“ des Terrors in der nachstalinschen Ära relativ leicht durchgeführt werden konnte, ohne daß dabei das System ernsthaft bedroht wurde (außer an seiner osteuropäischen Peripherie) und ohne daß es zu einem radikalen Wandel in der Natur des politischen und sozio-ökonomischen Systems kam - wahrscheinlich war dies eher mit einem Zugewinn an Legitimität verbunden - spricht meines Erachtens ebenfalls für diese These. Kalkulierbare und weniger willkürlichere Formen von Zwang erlauben aber auch neue und zuvor unbekannte Formen von Regimekritik (Tökés 1974). Sicherlich entsteht damit auch die Notwendigkeit für erneuten Zwang. Doch sollte dabei nicht vergessen werden, daß diese Formen von Regimekritik erst durch das Ende des Terrors möglich wurden. Wie Dallin und Breslauer (1970, S. 90) anmerken, erzeugt Terror zweifellos Entfremdung. Die Abschaffung des Terrors erlaubt es paradoxerweise, derartige Entfremdung in Form organisierten Widerstandes, spontaner Revolten oder Dissidenz auszudrücken. Aus diesem Grunde ist auch ein solches Tauwetter nach „totalitärem Frost“ äußerst gefährlich. Das gilt besonders für solche Regime, die lange Zeit auf einem starken Zwang basierten und die nicht in der Lage waren, sich eine stabile Legitimationsbasis zu schaffen. Deshalb ist häufig in einer solchen Liberalisierungsphase wieder mit einem Anwachsen des Zwangs zu rechnen, sei es wegen der Furcht von Teilen der Elite, nun selbst Opfer zu werden, oder einfach weil ihnen ihr ideologisches Bekenntnis verlorengegangen ist.

Die innere Dynamik des totalitären Systems

Indem wir versuchen, den spezifischen Beitrag zu definieren, den die Ideologie, die Partei oder ein Führer sowohl zur Legitimierung des Regimes als auch zur Formulierung der Politik und zur Mobilisierung der Bevölkerung erbringen, können wir zwischen verschiedenen Typen totalitärer Systeme differenzieren. Auch Veränderungen innerhalb dieser Systeme werden dadurch verständlicher. Ohne dabei die Relevanz anderer Faktoren völlig zu ignorieren, lassen sich dann folgende Typen unterscheiden: a) ideologische; b) macht-

zentrierte (besonders Subtypen mit ausgeprägtem Führerprinzip) und c) parteizentrierte totalitäre Systeme, wobei die Spannweite von eher bürokratischen bis hin zu mehr populistisch-partizipatorischen reicht.

Sicherlich ist Zurückhaltung angebracht, wenn man die Entwicklungsphasen verallgemeinert. Aber es lassen sich doch gewisse generelle Trends festhalten: die innere Dynamik führt solche Regime von einer überwiegend ideologischen Phase - hier gibt es häufig das Gespenst einer „zweiten Revolution“ derjenigen, die ideologisch engagiert, aber enttäuscht von den Kompromissen sind, die die Führung während der Konsolidierung der Macht mit der Realität machen mußte - zu einer eher personalisierten Führung oder oligarchischen Kontrolle. In dieser zweiten Phase finden wir trotz gegenteiliger Beteuerungen ein mehr instrumentelles Verständnis von Ideologie. In der folgenden Phase versuchen die Mitglieder der herrschenden Gruppe, die Macht des Führers oder des führenden Kreises einzuschränken. Damit sollen sowohl Kontinuität und Sicherheit als auch ein gewisses Maß an Vorhersagbarkeit gesichert werden. Die Institutionalisierung wird vorangetrieben und versucht, die Partei zu rationalisieren. Diese Versuche werden von verschiedenen Strategien geleitet, die von Populismus bis zur Betonung der technischen Expertise reichen. Dies führt schließlich dazu, daß mehr vermittelnde Elemente zwischen den mittleren Ebenen der Parteiorganisation und der Gesellschaft mit ihren differenzierten Strukturen entstehen. Je länger der ursprüngliche ideologische Impetus und die Gründungsphase zurückliegen und je scholastischer die Ideologie verwendet wird, desto mehr entwickelt sich das System entweder in Richtung persönlicher Macht oder es wird zusehends entideologisiert. Letzteres erfolgt dann, wenn die charismatische Herrschaft im Weberschen Sinne zur Routine wird und in der Partei dann institutionalisiert wird. Eine solche Entwicklung kann auch den Weg für nichttotalitäre Formen autokratischer Herrschaft freimachen, die allerdings durch ein Wiederaufleben der Ideologie immer wieder bedroht werden können. In der umfangreichen Literatur über „posttotalitäre“ Politik werden diese Regime als „verwaltete Gesellschaft“ (Kassof 1969), „Organisationsgesellschaft“ (Rigby), als „Regime von Beamten oder bürokratische Politik“(Brzezinski 1962), weniger deskriptiv als „posttotalitär“ (Tucker 1961) oder „populistischer Totalitarismus“ (Cocks 1970) beschrieben.

In dieselbe Richtung weist das Modell des „beschränkten Pluralismus“. Hier stellen die Führer der Parteiorganisation, der Massenorganisationen und anderer Bürokratien zur Formulierung von Politik engere Verbindungen zu verschiedenen Interessengruppen her. Nach diesem Modell entsteht damit ein beschränkter Pluralismus, der nicht nur politische Fraktionen und Organisationen umfaßt, sondern auch

wirtschaftliche und berufliche, ja sogar Klassen- oder regionale Interessen. Dieser führe letztlich zur Transformation in eine Art von System, das nicht länger den Namen „totalitär“ verdient. Gordon Skilling (1966) hat in seinem Buch sehr vage jene Systeme beschrieben, die auf diese Weise im Schoße eines totalitären Systems entstehen können. Allerdings kommt es in einem solchen Umwandlungsprozeß zu ernsten Schwierigkeiten, bedenkt man das Legitimationsproblem des Systems, wenn es keine Verbindung zu einer Ideologie mehr gibt. Auch das Fehlen einer zentralen politischen Organisation wie der Partei kann zu ernsthaften Problemen führen, wenn wirkliche und unabhängige Wahlmöglichkeiten noch fehlen, die einer derartigen Mischung zwischen technokratischen und Interessengruppen Macht und eine gewisse demokratische Legitimierung gäben. Es gibt nur wenige konkrete Fälle, bei denen wir einen solchen Zyklus des Werdens und Vergehens totalitärer Systeme beobachten und untersuchen können. Das liegt zum Teil an deren relativ kurzer Lebensdauer, aber auch daran, daß das totalitäre Modell infolge des Widerstandes der Gesellschaft, dem faschistischen Italien, oft nur teilweise umgesetzt werden konnte, und nicht zuletzt verschwand das Naziregime, bevor es aus seinem Inneren heraus solche Entwicklungen durchlaufen konnte.

Veränderungen in totalitären Systemen werden häufig mit der unterschiedlichen Zusammensetzung der herrschenden Elite und der mittleren Kader in solchen Systemen bezüglich ihrer sozialen Herkunft, ihrer Bildung und ihres Karriereverlaufs erklärt. Hier gibt es eine interessante Korrelation zu den von Max Weber formulierten Legitimitätstypen. Nach einer Anfangsphase, die in einigen Aspekten auch als prätotalitär zu bezeichnen ist, erscheint im Zentrum der ideologischen Formulierung häufig eine Gestalt mit charismatischer Autorität, unterstützt von einer Gruppe von Schülern oder „Jüngern“. Wenn der Glaube an die Einzigartigkeit des Führers oder seines unmittelbaren Nachfolgers verschwindet, kann eine Mischung aus patrimonialen und bürokratischen Merkmalen entstehen, die allerdings zum sultanistischen Typ degenerieren kann. Die posttotalitäre Phase würde dann eine Kombination von Merkmalen erblicher Bürokratie mit solchen der Herausbildung von Gesetzesherrschaft sein. Hinzu kämen Mißtrauen gegen das oder Furcht vor dem Wiedererstehen der charismatischen Herrschaft, die mit Versuchen gekoppelt sind, das Charisma in der Partei als einer Körperschaft zu institutionalisieren.

Die institutionalisierte Interessen- oder Gruppenpolitik kann, wie es offensichtlich in Jugoslawien der Fall gewesen war, zu gewissen Formen genossenschaftlicher Repräsentation auf der Basis von Berufsgruppen führen. Die Sowjetideologie bietet dafür offensichtlich eine Legitimitätsgrundlage an, nicht aber für eine individualistische

Repräsentation, die dem Modell der kompetitiven Demokratie näher stände. Die Parteiorganisation könnte in diesem Falle zurückschlagen, indem sie die eher plebiszitären Elemente der direkten Teilnahme der Massen verstärkt. In dieser Hinsicht ist es interessant, daß selbst diejenigen totalitären Systeme, die zeitweise mit genossenschaftlichen Elementen operierten, der korporativen Vertretung letztlich mißtrauten und die Parteiführung eine Stärkung charismatisch-plebiszitärer Komponenten eher ablehnte.

Totalitarismus der „Linken“ und der „Rechten“

Viele Autoren haben zu Recht kritisch angemerkt, daß sich oft jene Arbeiten, die das Totalitarismus-Modell nutzen, auf die formalen Ähnlichkeiten in bezug auf Organisation, Entstehung und Gebrauch der Macht konzentrieren. Man kann sicherlich einwenden, daß auch der Begriff Demokratie auf so verschiedene politisch-soziale Systeme wie die in Skandinavien, Italien und den USA angewendet wird. Dadurch wird natürlich der Inhalt der Politik vernachlässigt, die durch Institutionen formuliert und umgesetzt wird. Bis zu einem gewissen Grade haben deshalb diese Kritiker recht. Es ist richtig, daß dadurch z.B. einfach außer acht gelassen wird, für wen welche Politik gemacht wird. Leider gibt es nicht sehr viele Arbeiten, die verschiedene totalitäre Systeme, insbesondere kommunistische und faschistische, miteinander verglichen haben. Talmon (1961, S. 6-8) hat auf wenigen Seiten einige der grundlegenden Unterschiede in den ideologischen Annahmen beider Totalitarismen umrissen und Groth (1964) hat in einer eher empirischen Analyse einige wichtige Unterschiede versucht herauszustellen, wobei er aber die Schwierigkeiten solch einer systematischen Analyse deutlich machte. Obwohl es etwas spitzfindig klingt, möchte ich doch auf einige methodologische Probleme hinzuweisen, die auch er nicht völlig lösen konnte.

Die erste Schwierigkeit liegt darin, daß faschistische Systeme, insbesondere das eine, das im strengen Sinne nur totalitär genannt werden kann, im Vergleich zur Sowjetunion nur von kurzer Dauer waren. Ist ein totalitäres System in der Konsolidierungsphase, wie Nazideutschland vor dem Zweiten Weltkrieg, vergleichbar mit einem System in seinem zweiten und dritten Jahrzehnt, also wie Stalins Sowjetunion? Eine zweite Schwierigkeit besteht darin, den Einfluß, den der Krieg auf die deutsche (und in geringerem Maße auf die italienische) Gesellschaft hatte, klar zu bestimmen. Waren einige Merkmale des Naziregimes eine Folge des Krieges? Beschleunigte der Krieg den Prozeß hin zum Totalitarismus, oder war er ein zeitweiliges Hindernis? Hätten wir erst die Nachkriegsentwicklung

des Systems sehen müssen, um sein totalitäres Potential besser einschätzen zu können?

Andere methodologische Schwierigkeiten entstehen aus der Analyse des Faschismus. In welchem Grade ist der Nazismus in Deutschland ein sehr spezieller Typ des Faschismus, oder ist er ein generelles Modell für faschistische Regime? In welchem Grade waren die ideologischen Bekenntnisse des Faschismus in einer komplexen, fortgeschrittenen Gesellschaft mit einer langen Geschichte der Institutionalisierung realisierbar? Wie konnte er Bevölkerungsmassen erreichen, die schon zum großen Teil durch andere, frühere erfolgreiche politische Bewegungen, insbesondere den Sozialismus und katholische soziale Bewegungen, gebunden waren? Schränkte das die Anziehungskraft des Faschismus ein? Die linken Faschisten, deren ideologische Thesen in neuerer Zeit mehr Aufmerksamkeit erfahren haben (Kühnl 1966), waren sich dieses Problems sehr wohl bewußt. Andere faschistische Bewegungen, die in der Mittelklasse und oberen Mittelklasse weniger Unterstützung hatten, wie die in einigen Balkanländern (Nagy-Talavera 1970) und der Peronismus (Germani 1965, 1973; Kirkpatrick 1971), entstanden in Gesellschaften, wo Teile der Unterklassen solche engen Parteiloyalitäten bisher nicht entwickelt hatten. Eine Analyse, die sich auf die ursprüngliche soziale Basis faschistischer Parteien, speziell in Italien und Deutschland, beschränkt, wie dies in der marxistischen Literatur oft geschieht, ignoriert die Möglichkeit einer umfassenderen „*Volksgemeinschaft*“ und einer weniger klassengebundenen faschistischen Bewegung. Zwiespältig ist auch, inwiefern eine an der Macht befindliche totalitäre Partei in ihrer Politik noch ihre ursprüngliche soziale Zusammensetzung und ihren Klassenanspruch reflektiert (Schoenbaum 1967; Dahrendorf 1965; Kele 1972). Auch hier resultieren aus der Zeitspanne von 12 Jahren im Falle Deutschlands für den Vergleich Einschränkungen.

Der Wert des Vergleichs hängt weitgehend von der Enge bzw. der Breite des untersuchten Politikbereiches ab. Bezeichnend ist, daß diejenigen, die für die Ähnlichkeit der Systeme plädieren, sich speziell den Zwangsaspekten zuwenden. Im Mittelpunkt ihrer Untersuchungen stehen das Verhältnis von Zwang und Rechtssystem oder Zwang und Bildung/Jugend, der Einfluß der Repression auf die Familie, auf die Massenmedien, die Kultur und Künste, und die Beziehung zur Religion. Zugleich sind diese Arbeiten sehr oberflächlich und vage, wenn es z.B. um das Verhältnis zwischen Nationalsozialisten und Wirtschaft geht. Wenn solche Themen, wie die Rolle von Eigentümern und Managern in diesen Systemen oder die der Regierung und des parteinahen Sektors in der Wirtschaftspolitik und der Leitung der Produktion angesprochen werden, halten sie sich zurück (Schweitzer 1965; Mason 1968; Milward 1966; Eichholtz

1969; Hennig 1973). Noch komplizierter ist die Analyse des Einflusses totalitärer Systeme auf die Einkommens- und Machtverteilung zwischen den sozialen Klassen und einzelnen Gruppen in bezug auf ökonomische Entscheidungen und das alltägliche Arbeitsleben.[31] Eben in diesem Bereich finden Groth und andere Autoren wesentliche Unterschiede. Der faschistische Totalitarismus habe nicht beabsichtigt, die Klassenstruktur zu verändern, während der Kommunismus ausdrücklich eine solche Veränderung zum Ziel hatte. Dieses Argument ist zwar einleuchtend, wenn wir ausschließlich die Variable des Privateigentums an großen Unternehmen betrachten, jedoch fraglich, wenn die Trennung von Eigentum und Kontrolle sowie das Ausmaß, in dem diese Kontrolle in die Hände des Staates oder parteinaher Körperschaften übergegangen war, ignoriert werden.

Aufgrund der Unterschiede zwischen der Basis der kommunistischen Partei sowie den Anhängern der bolschewistischen Revolution in der Sowjetunion und jenen, die Hitlers Machtergreifung unterstützten, war auch die soziale Zusammensetzung der Eliten in beiden Regimen sehr verschieden. Dabei stellte die Arbeiterklasse, insbesondere auf den mittleren Ebenen, bei den Nazis weniger Führer als bei den Bolschewiki (Linz 1976; Lerner 1965; Zapf 1966). Wir wissen zwar, daß sich das Führungspersonal der Sowjetunion während der letzten Jahre in seiner Zusammensetzung erheblich verändert hat (Farrell 1970; Barghoorn 1972), jedoch nicht, wie die Nazi-Elite der zweiten Generation zusammengesetzt gewesen wäre. Sicherlich kann man ein bestimmtes Maß an Konvergenz der beiden Systeme erwarten, nimmt man die Betonung von Bildung und damit auch die zunehmende Übertragung von Positionen an die *Intelligenzija* in der Sowjetunion. In Deutschland hätte vielleicht die *Nazifizierung* der gesamten Gesellschaft zu einer breiteren Rekrutierung der Elite und zu einer Entmachtung einiger der traditionellen Schichten, deren Werte und Lebensstil im Konflikt mit den Nazis standen, geführt.

Die Frage nach der Zusammensetzung der Elite muß allerdings von der nach der Einkommensverteilung und anderen Vorteilen größerer sozialer Schichten wie Manager, Angestellte, Arbeiter und Bauern, wie auch nichtproduktiver Gruppen (wie z.B. Jugend und Alte) getrennt werden. Ein derartiger Vergleich ist besonders kompliziert in Gesellschaften, in denen viele Vergünstigungen nicht über Löhne und Gehälter verteilt werden, und es ist noch viel Forschungsarbeit erforderlich, um die politischen und sozialen Systeme zu vergleichen. Dabei sind ökonomische Entwicklungsniveaus, der Konjunkturzyklus und internationale Abhängigkeiten selbst innerhalb

[31] Vgl. dazu Schoenbaum 1967; Schumann 1958; Uhlig 1956; Bauer et al. 1956; Inkeles/Bauer 1959; Lipset 1973; Lipset/Dobson 1973.

der ideologischen Blocks als Konstanten anzusehen. Solche Unterschiede können weder einfach aus der sozialen Zusammensetzung der politischen Elite oder aus der Kontinuität der alten Elite abgeleitet werden, noch sind solche Differenzen in einer modernen Wirtschaft ausschließlich von der Eigentumsverteilung abhängig. Daß die Sowjetunion in einem kriegszerstörten Land aufgebaut wurde, nach einer Revolution, die die alte Sozialstruktur vielfach sogar physisch zerstört hatte, steht in offensichtlichem Kontrast zu der Tatsache, daß die Naziherrschaft in einer Gesellschaft etabliert wurde, die diese Machtübernahme hinnahm und deshalb nicht im selben Umfang wiederaufgebaut werden mußte.

Ein recht augenscheinlicher Unterschied zwischen Kommunismus und Faschismus ist das Ausmaß, indem sich letzterer zu Nationalismus bzw. Pan-Nationalismus und gegen den Staat bekannte, wenn dessen Grenzen nicht mit denen der Nation übereinstimmten. Dies stand im Gegensatz zum ideologischen Internationalismus der Bolschewiki und deren (zumindest formalen) Bekenntnis zu einem föderalen und multinationalen Staat. In der Praxis ist aber diese strenge ideologische Unterscheidung, die auch bei den Faschisten dazu führte, daß sie den Kommunismus so scharf attackierten, selbst wenn sie viele seiner Aspekte bewunderten, kein so klares Kriterium, um diese beiden Subtypen des Totalitarismus zu unterscheiden. Das totalitäre Rußland und das totalitäre China haben stets auch an nationale Loyalitäten und Traditionen appelliert. Das galt besondere im Vaterländischen Krieg. Auch später hat die Sowjetführung ihre nationalen Interessen gegenüber den anderen kommunistischen Ländern nie geleugnet. Diese Länder wiederum haben ihre Legitimität auch dadurch gestärkt, wie z.B. Rumänien (Jowitt 1976), daß sie sich auf den Nationalismus beriefen. Mit einer Demokratisierung oder Liberalisierung ging das aber keineswegs einher. Auf der anderen Seite finden wir bei den originären faschistischen Bewegungen, insbesondere bei einigen der deutschen linken Nationalsozialisten, bei einigen Spielarten im italienischen Faschismus und auch bei Ideologen der SS, ebenfalls Elemente des Internationalismus (Ledeen 1972; Kluke 1973).

Ganz offensichtlich war der Rassismus des Nazismus ein ganz entscheidender Unterschied zum Totalitarismus in der Sowjetunion, wobei sich wiederum die Hervorhebung der nordischen oder arischen Rasse durch die Nationalsozialisten im Widerspruch zur traditionellen Konzeption der Nation befand. Es soll nicht vergessen werden, daß in etlichen seiner Varianten der Faschismus weder rassistisch noch antisemitisch war. Ausnahmen waren die ungarischen Pfeilkreuzler und die rumänische Eiserne Garde. Faschistische Führer identifizierten sich sogar mit nicht-westlichen faschistischen Bewe-

gungen (Kühnl 1966). In der Tat kann man den Faschismus nicht als exklusiv europäisch bezeichnen. Die Erfolglosigkeit der japanischen Faschisten (Maruyama 1963; Morris 1968) in der Konfrontation mit dem bürokratischen, militärischen und autoritären Staat, das Scheitern der indischen Faschisten von Chandra Bose und auch das der brasilianischen „*Integralistas*" (Trindade 1974) haben dies etwas verschleiert. Selbst wenn der kommunistische Antisemitismus unter dem Etikett des Antizionismus und Antikosmopolitismus nicht rassistisch und in der praktischen Politik auch nicht so bedeutsam ist - und einige Appelle der Chinesen an die nichtwestlichen Rassen sind eher Teil eines politökonomischen Konflikts -, so zeigen diese sekundären Merkmale, wie die anscheinend saubere Unterscheidung dieser ideologischen Dimension zwischen den beiden historischen Antagonisten gar nicht so eindeutig erfolgen kann.

Ein sicherlich größerer Unterschied in den ideologischen Formulierungen beider Bewegungen besteht in der Frage der Elite und der Führer. Einerseits finden wir Elitismus und Führerprinzip mit seiner charismatischen Verbindung im Faschismus und andererseits haben wir im Kommunismus eine grundsätzlich vorhandene demokratische Verpflichtung, selbst in der Form des demokratischen Zentralismus. Zwar führte die Stalinsche Version des Personenkultes zu einer Kongruenz der Systeme, doch war die ideologische Illegitimität dieses Personenkultes für Chruschtschows Reformen außerordentlich wichtig. Der „*Avantgarde*"-Begriff der Partei führt sicherlich ein wichtiges elitäres Element ein, das durch die Spezialausbildung an den Parteischulen noch verstärkt wurde. Wenn ich hier auf diesen Gegensatz verweise, so soll aber nicht vergessen werden, daß das Führerprinzip in der faschistischen Doktrin und die Parteistatuten ursprünglich eine eher demokratische als eine rein traditionelle Legitimation besaßen, selbst wenn die Demokratie auf die Partei beschränkt bleiben sollte. Der Elitismus von Rasse, Partei und Gefolgschaft des Führers basierte im Faschismus letztlich auf der Idee von der Identität der Bewegung mit der Nation, also der „*Volksgemeinschaft*". Das brachte in die traditionellen status- und klassenbegründeten Gesellschaften gewisse egalitäre Züge. Durch ein symbolisch ausgedrücktes Solidaritätsgefühl über die Klassen hinweg wurden die alten Hierarchien unterminiert. Ein sehr einfaches Beispiel dafür war das Duzen unter Parteimitgliedern, unabhängig vom Rang. Jedoch wurden dann die traditionellen Status- und Klassenunterschiede durch eine neue Hierarchie in der Partei ersetzt.

Betrachtet man die soziale Basis der faschistischen Regime und die keineswegs revolutionäre Art und Weise, wie sie im allgemeinen an die Macht kamen, so fällt auf, daß sie ihre Bekenntnisse und Versprechen sehr selten in der politischen Realität umsetzten. Beide Ideologien formulierten das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft

statt einer Institutionalisierung der Klassenkonflikte, wie sie für Gesellschaften mit demokratischen Regierungen eher charakteristisch ist. Die Wege dahin waren jedoch verschieden. Kritiker des Totalitarismus-Konzeptes haben auf diesen Aspekt hingewiesen und die negativen Seiten einer undifferenzierten, von den Herrschenden manipulierten Massengesellschaft betont. Dadurch haben sie aber die Anziehungskraft negiert bzw. unterschätzt, die dieses neue Gefühl von Gemeinschaft gerade auf jene ausübte, die in Gesellschaften mit scharfen Klassenkonflikten lebten und wo es klar war, daß die Diktatur des Proletariats nicht im Sinne von Marx die Diktatur der Mehrheit, sondern die einer Minderheit sein mußte, denn wichtige Teile, die Marx für proletarisch gehalten hätte, wie die Arbeiter mit „weißem Kragen", sahen sich selbst nicht als Proletarier.

Die Gegenüberstellung von Kommunismus und Faschismus läßt sowohl die Unterschiede in den grundlegenden sozialen und philosophischen Annahmen sichtbar werden als auch die gemeinsamen Antworten, die beide Systeme in Reaktion auf die moderne Gesellschaft mit ihrem Pluralismus, ihren Interessenkonflikten, dem Fehlen eines von allen geteilten Wertesystems nach der Säkularisierung anbieten. Die Unterschiede in den intellektuellen Ursprüngen waren dann allerdings für die unterschiedliche Entwicklung beider Systeme und für die Entwicklung von immanenter Kritik von entscheidender Bedeutung. Das Verhältnis zwischen der Ideologie und den Realitäten der Gesellschaft, in der sie politisch umgesetzt werden sollte, führte zu sehr unterschiedlichen Konsequenzen. Ebenso hatte die Art und Weise der Machtübernahme durch beide Bewegungen Bedeutung für deren innere Entwicklung. Die Realitäten faschistischer und kommunistischer Herrschaft können nicht verwechselt werden, auch wenn wir auf einigen Analyseebenen eine gewisse Nähe in den ideologischen Annahmen finden. Einige dieser Annahmen und Voraussetzungen waren allerdings sehr wichtig für die Art der Organisation der politischen Macht und damit für gemeinsame totalitäre Charakterzüge: die Rolle der Ideologie, die Konzentration der Macht innerhalb einer herrschenden Gruppe sowie die Rolle der Partei und Betonung der Massenmobilisierung.

Für ein besseres Verständnis beider Systeme ist es sicherlich sinnvoll, gerade diese drei Aspekte zwischen der Sowjetunion und Nazideutschland zu vergleichen. Wahrscheinlich liegt der wichtigste Unterschied zwischen Kommunismus und Faschismus in der Natur der Ideologie und in der Art und Weise, wie diese den politischen Prozeß beeinflußte. Ich bin nicht damit einverstanden, wenn dem Faschismus der Charakter einer Ideologie abgesprochen wird und man ihn ausschließlich auf willkürliche Verlautbarungen der Führerschaft reduziert, die die Ideen Machiavellis anwendeten, um an Macht zu kommen. Arbeiten von Gregor, Mosse und Nolte über den Faschismus haben den Unterschied zwischen dem Faschismus

und anderen politischen Ideologien wieder klar herausgearbeitet. Wer faschistische Ideologie und Literatur, Parteiprogramme und Losungen liest, kann diese sicherlich von anderen Ideologien wie dem Konservatismus oder dem katholischen Korporatismus unterscheiden, um hier nur zwei Ideologien zu nennen, die ihm zum Teil nahestehen (Schmitter 1974; Wiarda 1973a, 1973b, 1974). Ebenso können wir auch marxistisch-leninistische Formulierungen von den vielen „afrikanischen Sozialismen“ und anderen Ideologien der Dritten Welt unterscheiden. Es ist sicherlich eine Tatsache, daß der Faschismus erst spät auf der politischen Szene erschien. Auch deshalb definierte er sich weitestgehend in Anti-Begriffen: antiliberal, antikommunistisch, antiklerikal, antiinternationalistisch und antiproletarisch. Das darf jedoch nicht vergessen machen, daß er einen eigenen Stil, eine eigene Rhetorik und auch eine eigene Gefühlswelt besaß, die zu seiner Zeit viele ansprach. Das Argument, daß eine antirationalistische Konzeption und die Betonung von Aktion und Emotion statt intellektuellem und wissenschaftlichem Denken keine Ideologie konstituieren könne, ignoriert, daß ein großer Teil der modernen, und auch anerkannten Philosophien ebenfalls irrationalistische Schichten besitzen. Eine ernsthafte Differenz besteht eher darin, daß der Kommunismus mit dem Werk von Marx verbunden ist, der nicht nur ein Mann der Tat, sondern auch Philosoph und Sozialwissenschaftler war. Obwohl auch die Faschisten Namen und Ideen von Philosophen und Schriftstellern benutzten, erreichten diese aber niemals eine ähnliche Bedeutung für sie. Deshalb wurde kein Konzept, das vor der Machtübernahme und unabhängig von ihr formuliert worden war, zur Quelle für Legitimität und Kritik innerhalb der Bewegung. Dies gestattete in Verbindung mit der irrationalistischen Erhöhung der Aktion, die dem Leninismus sicherlich ebenfalls nicht völlig fehlte, einen unendlich größeren Spielraum für politischen Opportunismus. Deshalb wurde der faschistische Totalitarismus auch viel weniger eine Ideokratie, sonder eher als Herrschaft eines Führers, häufig ohne jegliche Ideen, wahrgenommen.

Totalitarismus bedeutete in beiden Fällen auch die Manipulation des ideologischen Erbes. Im Falle Stalins ging dies bis zur Eliminierung der Intellektuellen in der Bewegung, wie z.B. Bucharin. Im Falle Hitlers verlor Rosenberg seinen Einfluß und bei Mussolini betraf dies Gentile. Die Kanonisierung von Marx und Lenin und ihrer Schriften erlaubt dennoch eine gewisse intellektuelle Kritik und die weitere Ausarbeitung kommunistischen Denkens, folglich gab es auch eine Vitalität der Ideologie. Die den beiden Bewegungen zugrundeliegenden fundamentalen Ideen sind gewiß Teil unseres intellektuellen Erbes und sie reflektieren auch die Bedürfnisse des Menschen in der Moderne. Dabei ist unstrittig, daß der Marxis-

mus, der einer modernen Wissenschaft von Gesellschaft und Wirtschaft zweifellos näher steht, eine bessere Basis für die Formulierung rationaler Politik bietet. Selbst wenn einige hervorragende Intellektuelle eine zeitweilige Sympathie für den Faschismus empfanden und sich von ihm angezogen fühlten (Hamilton 1973), konnte kaum einer seine negativen Aspekte vom Tisch wischen. Das Fehlen eines solchen Gedankengebäudes wie des Marxschen schränkte seine Anziehungskraft außerhalb des Kreises ergebener Gefolgsleute und Parteischreiberlinge entscheidend ein. Die Tatsache, daß Marx auch in einer nichtkommunistisch-demokratischen und sogar liberal-humanistischen Richtung interpretiert werden kann, ermöglicht es dem Nichtmarxisten und insbesondere dem Nichtstalinisten, diese Ideologie wahrzunehmen, sich mit ihr zu beschäftigen und sie sogar zu schätzen. Dies wiederum kann im ideologischen Bereich Entwicklung sowie Polyzentrismus stimulieren, und dies ist offenbar auch erfolgt.[32] Spannungen mit einem strikten Totalitarismus waren die Folge.

Im Nazismus dagegen führte die Verbindung von Sozialdarwinismus und Rassismus mit einem irrationalen Voluntarismus in den Händen eines ungebildeten Autodidakten zu einer engstirnigen und kruden Ideologie, deren Umsetzung dann die extremsten Möglichkeiten ideologisch-totalitärer Herrschaft zeigte. Das macht es auch schwierig, sich eine Evolution nach Hitler vorzustellen.

Der Unterschied zwischen den beiden Totalitarismen basiert auch auf der unterschiedlichen Qualität beider Ideologien. Das erlaubt es uns, den Kommunismus von seinen schlimmsten Formen unter Stalin zu trennen. Es ist jedoch so gut wie unmöglich, den Nationalsozialismus von Hitler und seiner „*Endlösung*“ zu separieren. Die Tatsache, daß einerseits das Schicksal des nichtnazistischen Faschismus während des Krieges eng an das der Führer des faschistischen Blocks gebunden wurde, und wir andererseits im Kommunismus mit Blick auf die Entwicklungen in Jugoslawien, China und in Kuba nicht diese enge Bindung an die Sowjetunion und an Stalin haben, ist für die Zukunft beider Ideologien sicherlich entscheidend. Wir können faschistische ideologische Elemente in vielen nichtdemokratischen Regimen finden. Es ist aber zweifelhaft, daß wir ein wirkliches faschistisches Regime finden, und noch weniger einen wirklichen faschistischen Totalitarismus. Daß neofaschistische Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg wenig Erfolg hatten, kann nicht allein durch militärische Niederlage und Diskriminierung ihrer Vertreter erklärt werden, sondern dies kann auch in diesem Moment gesucht werden.

---

[32] Vgl. Labedz 1962; Laqueur/Labedz 1962; Drachkovitch 1965; Shaffer 1967; Triska 1969.

Trotz der Ähnlichkeiten in Konzeption und Organisation der totalitären Parteien in kommunistischen und faschistischen Systemen gibt es wichtige Unterschiede, die hier nicht negiert werden sollen. Es sind Unterschiede, die nicht ausschließlich aus der verschiedenen sozialen Zusammensetzung von Mitgliedschaft und/oder Elite sowie der unterschiedlichen sozialen, ökonomischen, politischen und historischen Kontexte ihrer Machtübernahme resultieren. Die Organisationskonzeption der Bolschewiki entstand im Grunde aus den sozialistischen Massenparteien, die mehr oder weniger mit der Gewerkschaftsbewegung im Europa des 19. Jahrhunderts verbunden waren. Dabei war die Leninsche Konzeption einer Elite von Berufsrevolutionären eine Anpassung an die besonderen Umstände der zaristischen Herrschaft, selbst wenn sie mit dem Argument der Unfähigkeit großer Teile der Arbeiterklasse, über gewerkschaftliches Bewußtsein hinauszukommen, rationalisiert wurde (Schapiro 1965; Daniels 1969; Meyer 1957).

Im Gegensatz dazu entstanden die faschistischen Parteien aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges und/oder als Antwort auf den Erfolg kommunistischer Parteien. Die Kriegserfahrung der „*Arditi*", der „*Frontkämpfer*" führte dazu, daß militärische Formen in der Organisation, militärische Disziplin, Uniformen und Symbole verwendet und nicht zuletzt die Verehrung der „Gemeinschaft" herausgestellt wurden. Verstärkt durch diese Organisationsformen und die soziale Zusammensetzung, die Jugend und Veteranen umfaßte, verwandelte sich die Bewegung vom Instrument zum Selbstzweck. Das romantische Element des „*Bundes*" - eine von Schmalenbach geprägte soziale Kategorie, um einen bestimmten Typ von Gruppe sowohl von „*Gesellschaft*" als auch von „*Gemeinschaft*" zu unterscheiden - ist gerade für faschistische Parteien charakteristisch (Duverger 1963, S. 124-132). Die Sorge um persönliche Beziehungen, die Suche nach Sinn, die Ablehnung des Individualismus – dies alles reflektiert auch die Sorge einer säkularisierten Bourgeoisie in einer modernen, aber von Sicherheiten befreiten Gesellschaft (Merkl 1975). Im Falle der Nazis führte dies zur Hervorhebung des Pseudoreligiösen und damit zum Ritual der Indoktrination und zu einem politischen Stil, mit dem auch ein Gefühl von Zugehörigkeit erzeugt werden sollte. Die Unterscheidung - in militärischen Begriffen – zwischen „erster" und „zweiter" Linie, zwischen dem aktiven, militanten Mitglied des faschistischen Stoßtrupps und dem normalen Parteimitglied, das bringt auch ein elitäres Element in die Partei und ist dann auch die Quelle für die Heterogenität, wie sie für die Organisationen im Faschismus typisch war. In Deutschland erreichten diese Tendenzen ihren krankhaften Höhepunkt. Hier entwickelten sich pseudoreligiöse Gruppen einer „*völkischen*" Bewegung, die ihre romantischen, geradezu mystischen Vorstellungen von militärischer Bauerndemokratie und von mittelalterlichen teutonischen Rittern

hatten. Dazu kamen halblegale oder illegale paramilitärische Kampfbünde und Hitlers Haßliebe gegenüber den Jesuiten (Gamm 1962). In den kommunistischen Ländern gibt es nichts, das der Vielfalt der faschistischen Organisationen mit eigenen Uniformstilen und eigenem Aussehen - Partei, SA, SS, und schließlich die Unterschiede innerhalb der SS -, ähnlich ist. Die *Roten Garden* blieben stets instrumentell und wurden keine den regulären Mitgliedern überlegene Elite der Partei. Diese Vielfalt der Organisationen brachte in den Nazi-Totalitarismus auch ein Element der Heterogenität hinein und verlieh ihm eher feudale als bürokratische Züge (Koehl 1972). Das Gerangel innerhalb der Eliten ist nicht nur das von Individuen, sondern das von politischen Organisationen, wobei die Fraktionen nicht notwendigerweise mit einzelnen Sektoren der Gesellschaft oder der Verwaltung zu identifizieren wären. Es waren politische Organisationen, die nur durch ihre Identifikation mit dem Führer miteinander verbunden waren.

Eine andere Konsequenz davon war, daß der Terror noch direkter an die Partei gebunden wurde, mit der seltsamen Fusion zwischen der Polizei und einer Parteielite, wie im Falle der SS.

Einzelne ideologische Komponenten, die sich in Organisationsformen umsetzten, verstärkten dann auch den fundamental antidemokratischen Charakter des Nazismus. Dazu gehörte der Männlichkeitskult. Die Trennung von Männer und Frauen beinhaltete auch eine latent homosexuelle Komponente in diesen Bewegungen. Dieses Element erklärt auch, warum Frauen im Unterschied zu kommunistischen Bewegungen in keiner faschistischen Partei eine prominente Rolle spielten.

Die milizartige Organisation machte es faschistischen Parteien, wenn sie nicht mehr an der Macht waren, sehr schwer, ihren Schwung aufrechtzuerhalten und wählbare Oppositionsparteien zu werden. Das erklärt auch den Druck, den sie spürten, die Macht zu gewinnen, um nicht ihre Anziehungskraft zu verlieren. Die Aktivitäten der SA-Männer oder der italienischen „*Squadristi*“ konnte nicht auf dieselbe Weise bewahrt werden wie die Loyalität der Parteimitglieder und Wähler einer kommunistischen Partei. Die Milizform der Parteiorganisation erklärt darüber hinaus sowohl die häufige Mitarbeit von Armeeoffizieren in der Anfangsphase, ihre aktive Einbeziehung in faschistische Parteien, als auch den Argwohn und sogar den Haß von Armeeführungen gegenüber faschistischen Bewegungen, wie er z.B. in der Unterdrückung der *Eisernen Garde* durch Marschall Antonescu in Rumänien zum Ausdruck kam. Der exklusive Charakter solcher paramilitärischer Organisationen zeigt auch den Unterschied, wie Faschisten und Kommunisten jeweils die Parteimitgliedschaft aktiv dienender Armeeoffiziere behandelten: die Kommunisten veranlaßten die Offiziere, Parteimitglied zu wer-

den (Weinberg 1964; Berghahn 1969; Messerschmidt 1969), während Franco z.B. ins andere Extrem verfiel, indem er einfach alle Offiziere zu Parteimitgliedern machte. Die Milizform der Parteiorganisation lag auch der Herausbildung einer Parteiarmee wie der Waffen-SS zugrunde. Sie kann nicht mit den NKWD-Spezialtruppen unter Berija gleichgesetzt werden, denn diese Einheiten besaßen im kommunistischen System keine vergleichbare ideologische Rechtfertigung.

Die Multi-Organisations-Struktur des Nazismus und der Elitismus innerhalb dieser Bewegung führten auch zu einer Vervielfachung der Rekrutierungskanäle und zu einer internen Differenzierung, die dem Modell der monolithischen Macht, das oft benutzt wird, um Totalitarismus zu beschreiben, deutlich widerspricht. Nazikarrieren vollzogen sich nicht innerhalb der Partei und durch Missionen der Partei in verschiedenen Organisationen, sondern innerhalb der feudalen Struktur der Parteiorganisationen, die sich ihrerseits durch Identifikation mit verschiedenen Unterführern auszeichneten. Diese Vielfalt, die manche mit Feudalismus vergleichen und andere als „quasi-Anarchie" beschrieben haben, hat zwar die Einheit der herrschenden Gruppe unter Hitler (der davon profitierte, daß er jeden gegen jeden ausspielte) und besonders nach Hitler bedroht. Jedoch hatte dies nicht die Art von Pluralismus zur Folge, die wir in autoritären Regimen finden, oder gar jenen Typ von Gruppenpolitik, den Skilling und andere im posttotalitären Kommunismus sehen. Die Verbindung dieser Führer-Gefolgschafts-Strukturen und der Bürokratien mit dem Rest der Gesellschaft war davon sehr verschieden. Sie basierte nicht auf einer funktionalen Spezialisierung und einer Arbeitsteilung, wie der von Parteiarbeitern mit Erfahrungen in Landwirtschaft oder Industrie, sondern allein auf persönlichen Verbindungen und Affinitäten des Stils, wobei diese stärker als bei Fraktionen in kommunistischen Parteien quer durch die Sozialstruktur gingen.

Die Merkmale der herrschenden Gruppe, insbesondere die Rolle der Führer, sind vielleicht die wichtigsten differenzierenden Variablen zwischen totalitären Systemen. Theoretisch ist dies aber sicherlich am wenigsten relevant. Der historische Kontext, insbesondere die Art und Weise der Machtübernahme und -konsolidierung, sowie persönliche Faktoren stechen hier mehr hervor. Diese sind offensichtlich für Verallgemeinerungen weniger zugänglich. Sie sind stärker an persönliche Eigenarten gebunden und zu einem gewissen Grade auch zufällig. Es ist sehr schwer zu sagen, in welchem Ausmaß die Beziehungen zwischen Stalin bzw. Hitler und ihren engsten Mitarbeitern Ideologie und Organisationsformen widerspiegelten oder ob sie eher Ausdruck ihrer ganz eigenen Persönlichkeitsstrukturen waren. Die Tatsache, daß Stalin nur einer der ursprüngli-

chen Führer der bolschewistischen Revolution war, der alles andere als von seinen Mitstreitern geliebt wurde, die er sich dann unterordnen wollte, erklärt sein tiefsitzendes Mißtrauen in diese Beziehungen. Die „Säuberungen" betrafen ja gerade einen großen Teil der Politbüromitglieder (Schueller 1966; Levytsky 1974). Im Gegensatz dazu hatte Hitler während der Jahre in der Opposition die Partei formen können, und das Ausscheiden der Dissidenten hatte nur die loyalen Kameraden übriggelassen. Aber selbst dann noch hielt er es für nötig, Röhm und seine SA-Führer auszuschalten.

Der Unterschied zwischen den beiden herrschenden Gruppen wird deutlicher in den Beziehungen zwischen dem Führer an der Spitze, seinen „Unterführern" und der „Mannschaft". Diese Beziehungen hängen weitgehend vom Wachstumsprozeß der Partei und der Führungsgruppe ab, wie die Arbeiten von Orlow (1973) und Nyomarkay (1967), die Beschreibung der Beziehungen der Gauleiter zu Hitler durch Peterson (1969) und die Arbeiten über die kommunistischen Eliten in Osteuropa und in China zeigen (Farrell 1970; Barton et al. 1973; Beck 1970; Lewis 1963; Scalapino 1972). Wann man in die Partei eingetreten ist, die gemeinsamen Erfahrungen in Gefängnissen, Internationalen Brigaden, regionalen Parteiorganisationen, in der Landguerilla bzw. im städtischen Untergrund, die Fusionen verwandter Parteien oder Organisationen - das alles wird zu wichtigen Faktoren für das Verständnis des internen Lebens von solchen Parteien und Bewegungen. Sie sind - und das zeigt die große Bedeutung von politischer Sozialisation und Organisationserfahrungen - im allgemeinen wichtiger als die Standardvariablen des soziologischen Hintergrundes, die bei der Untersuchung demokratischer Eliten benutzt werden. Sie erklären auch die Unterschiede in Klima und Stil bei verschiedenen totalitären Systemen innerhalb des kommunistischen Lagers und ebenso unter den faschistischen Regimen.

Groth betonte, daß die während der Machtübernahme eingegangenen Allianzen einen bedeutenden Einfluß auf das System haben, mindestens bis zu seiner vollen Konsolidierung und Festigung. Die Tatsache, daß Faschisten und Nazis durch „stille Revolutionen" unter pseudolegalen Formen an die Macht kamen (Linz/Stepan 1984), und dabei von Institutionen und Parteien unterstützt wurden, die hofften, sie für ihre eigenen Zwecke ausnutzen zu können, und von vielen potentiellen Gegnern geduldet wurden, verweist auf eine Sozialstruktur, die vor der Machtübernahme komplexer war als in kommunistischen Systemen, wo die jeweilige Partei durch Revolution, Bürgerkrieg oder mit Unterstützung der Sowjetarmee an die Macht kam (Seton-Watson 1952; Gripp 1973, S. 19-39). Viele Unterschiede zwischen totalitären Systemen, sowohl kommunistischen als auch nichtkommunistischen, können durch die Art ihrer Machtübernahme, wie auch durch ihre Stärke und ihren Zusammenhalt vor dieser

Übernahme erklärt werden (Huntington 1970, S. 14). Der Gesellschaftstyp, in dem sie die Regierung übernahmen, und die Umstände, unter denen sie dies taten, erklären zugleich, wie ausgeprägt der totalitäre Charakter ihrer Herrschaft war und werden konnte. Sie geben uns auch eine Erklärung dafür, daß die Etablierung eines totalitären Systems, trotz der Ambitionen vieler faschistischer Führer, in Italien und Spanien letztlich scheiterte. Das Miteinander von faschistischen und prä- bzw. pseudofaschistischen, wenn nicht gar antifaschistischen Elementen beeinflußte natürlich Ideologie, Organisation und Charakter der Partei und ihrer Zweigorganisationen wie auch einen großen Teil ihrer Politik während der Konsolidierung ihrer Macht. Die relative Leichtigkeit, mit der die Faschisten die Macht errangen - im Gegensatz zu den russischen, den chinesischen oder auch den kubanischen Kommunisten - bedingte die größeren Abweichungen von ihren Leitsätzen selbst bei den Nazis in Deutschland, die Peterson (1969) gut beschrieben hat. In den mittel- und osteuropäischen Ländern wiederum haben die relative Schwäche der kommunistischen Partei und die Stärke der Kirche, so z.B. in Polen, zu deutlichen Unterschieden geführt. Azrael (1970) hat in seiner Analyse der Entstalinisierungs-Varianten, ebenso wie Zvi Gitelman (1970), Roger W. Benjamin und John H. Kautsky (1968), recht überzeugend nachgewiesen, in welcher Art und Weise der gesellschaftliche Hintergrund und die Form, in der die Macht übernommen bzw. später konsolidiert wurde, auch die Natur kommunistischer Regime modifiziert haben. Für unsere komparativen Zwecke verfügen wir allerdings - außer der Tschechoslowakei (Korbell 1959) - über kein kommunistisches Regime, das in einer „stillen Revolution" entstanden ist, also die Macht durch halb- oder pseudolegale Prozesse innerhalb einer kompetitiven Demokratie übernommen und dann in eine nichtdemokratische Herrschaft umwandelt hat. Es wäre sicherlich interessant zu untersuchen, ob sich in einem solchen System Kooperationsformen zwischen den zuvor existierenden Institutionen und Eliten, beispielsweise der Kirche, den Unternehmern oder dem Militär, entwickelten und ob diese zu einer weniger umfassenden Transformation der Sozialstruktur als in anderen kommunistischen Regimen geführt haben. Im Falle faschistischer Regimes, vor allem Nazideutschlands, ist es kompliziert, genau zu bestimmen, inwieweit die Übereinstimmung der Interessen zwischen den faschistischen Parteien und jenen Institutionen und Gruppen, die vor der Machtübernahme existierten, aus gemeinsamen ideologischen Bindungen, aus Kooptierung bzw. Korruption durch die neuen politischen Machthaber resultiert oder ob sie durch Zwang und Furcht erreicht wurde. Sicherlich haben diese Faktoren alle zu dem einen oder anderen Zeitpunkt gewirkt, und die Unterschiede zwischen totalitären Systemen, die wir feststellen können, sind durch Konzentration des einen oder anderen Faktors in

einer bestimmten Phase solcher Systeme begründet. Die Kontinuität von Sozialstrukturen, Institutionen und Interessen aus der Zeit vor der Machtübernahme und der konservative Charakter des Systems, den Groth berechtigt hervorhebt, treffen für die frühen Jahre der Naziherrschaft, vielleicht auch noch für die ersten Kriegsjahre, völlig zu. Aber gewiß nicht mehr nach dem 20. Juli 1944, und sie wären nach einem deutschen Sieg im Zweiten Weltkrieg oder auch durch eine Hitler-Nachfolge von Himmler oder Bormann und die Beseitigung anderer Führer wie Göring sicherlich verschwunden.

Wie bei allen makrosoziologischen Phänomenen werden Verallgemeinerungen dadurch erschwert, daß aus der Vergangenheit Erfahrungen vorhanden sind. Autoren, die den chinesischen Kommunismus oder die Kollektivierung in Osteuropa untersucht haben, stellen allesamt fest, daß die Erfahrung der Stalinschen Zeit mit ihrem Terror die kommunistischen Herrscher dazu geführt hat, die Taktik in ihren jeweiligen Ländern so zu verändern, daß einige der schlimmsten Züge des Stalinismus vermieden wurden. Sie entwikkelten andere Methoden gesellschaftlicher Kontrolle, indem sie z.B. - statt Polizeiterror - Freiwilligkeit und Kontrolle des Denkens betonten (Schurmann 1968, S. 311-313). In diesem Sinne wird es auch gefährlich, von einer historischen Erfahrung aus zu verallgemeinern. Sicherlich ist kein totalitäres System vollständig identisch mit einem, das ihm zeitlich vorausging; es sei denn, es wäre - wie einige stalinistische osteuropäische Systeme für kurze Zeit - ein abhängiges System, und in diesem Sinne ist kein totalitäres System, das wie jeder politische Prozeß von Menschen verwirklicht wird, die natürlich die jüngere Vergangenheit kennen, identisch mit einem früheren. Kein politischer Versuch, kein Modell kann also die Geschichte makrosozialer Phänomene ignorieren, und das gilt auch für totalitäre Systeme.

Die Kritiker des Totalitarismus-Konzepts und einige Alternativen

In den letzten Jahren erschienen wichtige kritische Beiträge zum Gebrauch des Begriffes Totalitarismus. Dabei wurden auch Vorschläge gemacht, ihn durch andere Termini zu ersetzen. Mit Ausnahme der Begriffe „Mobilisierungsregime“ oder „Parteien“ fanden sie aber keine vergleichbare Akzeptanz. Diese Kritiken enthalten sicherlich viele richtige Aspekte, die bei einer sorgfältigeren Ausarbeitung des Modells eines totalitären Systems außerordentlich fruchtbar sind. Ich denke auch, daß sie dazu beigetragen haben, unser Wissen von der Vielfalt totalitärer Systeme in Raum und Zeit zu vergrößern. Eine einigermaßen systematische Darlegung der vielen Kritikpunkte und die Sichtung ihrer sinnvollen, wie auch ihrer

weniger nützlichen Aspekte könnte deshalb ein erster Schritt sein, um zukünftige Forschungen, die mit dem Begriff des Totalitarismus arbeiten, vorzubereiten.

Viele Kritiker betonen explizit oder implizit, daß das Konzept des Totalitarismus in den Zeiten des Kalten Krieges formuliert wurde und in dieser Periode auch breite Akzeptanz fand. Es habe deshalb eine abwertende, negative Konnotation, es sei polemisch. Deshalb sei es auch intellektuell eher nutzlos (Barber 1969; Curtis 1969; Spiro 1968; Burrowes 1969). Allerdings könnte man dies von vielen Begriffen der Politikwissenschaft sagen. Die Alternative bestünde darin, auf alle Termini, die Eingang in die politischen Diskurse und Auseinandersetzungen gefunden haben, zu verzichten und eine eigene formale Terminologie zu schaffen. Dies hätte dann gewiß den entgegengesetzten Vorwurf zur Folge: die Terminologie sei scholastisch, lebensfremd und für Laien schwer verständlich. Eine andere Alternative könnte sein, die von den Akteuren selbst gebrauchte Terminologie zu verwenden, die diese mit den damit verbundenen normativen Vorstellungen benutzen, und mit denen eher die Realität verdeckt wurde.

Keine dieser Alternativen erscheint mir aber sinnvoll. Die Kritiker des Totalitarismus-Konzeptes vergessen oft, daß der Begriff „totalitär" schon vor dem Kalten Krieg formuliert wurde (Jänicke 1971), und daß viele Wissenschaftler und Politiker - und nicht nur liberale Demokraten - die gemeinsamen Elemente faschistischer und kommunistischer Systeme gesehen hatten. Robert Michels (1928) ist dabei nur ein markanter Name aus der Wissenschaft. In der politischen Szene waren es die linken Flügel einiger faschistischer Bewegungen sowie kommunistische Dissidenten, die auf diese Gemeinsamkeiten aufmerksam machten. Die Kritiker vergessen ferner, daß der Terminus „totalitär" von vielen Faschisten gebraucht und ohne negative Konnotationen akzeptiert wurde. Deshalb muß die Kritik eher lauten: Kann derselbe Begriff benutzt werden, um einige gemeinsame Merkmale faschistischer und kommunistischer Regime zu beschreiben, statt auf den Faschismus beschränkt zu bleiben? (Wobei wir bei letzterem nicht diesen Begriff benötigen würden.) Sicherlich wurde der Begriff, vor allem in einigen Definitionen, mit einigen der negativsten Aspekte dieser Regime, insbesondere mit dem Terror, verbunden. Dagegen wurden Aspekte beiseite gelassen, die aus unterschiedlichen Perspektiven als positiv angesehen werden können. Nicht zufällig hat Hannah Arendt den Begriff praktisch auf die Herrschaft von Hitler und Stalin beschränkt. Sollte es sich indes herausstellen, daß politische Systeme außer diesen beiden eine ausreichende Anzahl von Merkmalen mit ihnen gemeinsam haben, um sie dann wiederum von anderen Autokratien zu unterscheiden, dann sollte uns auch gestattet sein, den Begriff weiterhin zu verwenden. Letzten Endes hängt viel von der Interpretation

der Herrschaft dieser beiden Männer ab - ist sie das Resultat der Eigenarten ihrer Persönlichkeiten oder vielmehr der Möglichkeiten, die diese besondere Organisationsform des politischen Lebens und deren Ideologien ihnen eröffneten?

Die Kritiker befinden sich auf sicherem Boden, wenn sie den willkürlichen Gebrauch des Begriffs anführen. Oft werden damit alle nichtdemokratischen Systeme oder zumindest all diejenigen, die der jeweilige Autor nicht mag, beschrieben. Das ist aber eine Kritik, die uns auch den akademischen Gebrauch des Faschismusbegriffes entziehen würde. Gewiß, wenn der Begriff irgendeinen Nutzen hat, so ist es der, einen sehr spezifischen Typ von Autokratie zu beschreiben, aber nicht, um nur als Synonym für Diktatur, Despotismus, oder einfach nichtdemokratische Regime zu dienen. Es gibt sicherlich auch Regime, die wir in jedem Falle nicht totalitär nennen würden, die aber aus den meisten Blickwinkeln heraus ebenso negativ wie Hitlers Herrschaft erscheinen, so z.B. das Trujillo-Regime in der Dominikanischen Republik.

Ein anderes Argument der Revisionisten besteht darin, daß sie solche Merkmale totalitärer Systeme hervorheben, die auch in Gesellschaften mit anderen politischen Systemen, einschließlich der entwickelten westlichen Demokratien, zu finden sind. Die Arbeiten von Barrington Moore (1965, S. 30-88) über totalitäre Elemente in vorindustriellen Gesellschaften haben gezeigt, daß das Totalitarismus-Konzept auch außerhalb der Untersuchung von politischen Systeme, die ich hier totalitär nenne, von Nutzen ist. Sicherlich ist eine Unterscheidung zwischen totalitären politischen Systemen und totalitären Elementen in anderen Systemen fruchtbar. Sie setzt aber die Kennzeichnung derjenigen Systeme als totalitär nicht außer Kraft, in denen totalitäre Elemente für das politische System dominant und zentral sind. Die Kritik der liberalen Demokratie durch die neue Linke bringt sicherlich einige Konfusion in den Gebrauch des Begriffs „totalitär" hinein, sie zeigt aber indirekt auch dessen Nutzen (Marcuse 1964, 1969).

Andere Kritiker meinen, daß sich Totalitarismus nur auf eine Realität beziehe, die sich inzwischen gewandelt hat. Regime, die nun in den Bereich der historischen Kontroverse entschwunden sind, sollten - wie auch der Begriff - den historischen Studien überlassen bleiben, so wie die Begriffe Feudalismus, absolute Monarchie, aufgeklärter Despotismus und Polizeistaat. In diesem Fall würde die Frage lauten: Ist die Untersuchung solcher Systeme nur von historischem Interesse oder stehen sie unserem eigenen politischen Leben, unserer Realität nahe genug, um für das Verständnis heutiger politischer Systeme wichtig zu sein, und unterscheiden sie sich damit von einem Konzept wie z.B. das im engeren Sinne gebrauchte des Feudalismus?

Ein Großteil der Kritik zielt mit Recht auf die große Zahl, den unterschiedlichen Charakter und die fehlende Präzision der Definitionen. Leider kann auch diese Kritik gegen die meisten Begriffe in der Politikwissenschaft, die komplexe Phänomene beschreiben, gerichtet werden. Sicherlich haben die verschiedenen Definitionen und Beschreibungen zu unserem Wissen beigetragen, indem sie verschiedene Dimensionen der Phänomene hervorhoben und vielleicht Elemente für eine weitergehende Konzeptualisierung einbrachten. Die Anstrengungen von Benjamin R. Barber (1969), mehr auf das Wesen konzentrierte Definitionen zu klassifizieren, ist gewiß nützlich, aber doch ein wenig scholastisch. Die meisten dieser Definitionen betonen einige der qualitativen oder quantitativen Dimensionen, in denen diese politischen Systeme sich von anderen unterscheiden. Sicherlich erleichtern es die beschreibenden Definitionen mehr als die auf das „Wesen" orientierten, ein einzelnes System als totalitär zu identifizieren, oder zumindest als mehr oder weniger totalitär. Aber gewiß ist auch, daß die meisten Autoren diese Dimensionen nicht in einem Ausmaß operationalisiert haben, das es empirischen Forschungen mit einer Quantifizierung von Variablen erlauben würde, eine eindeutige Entscheidung zu treffen, ob ein System zu einem bestimmten Zeitpunkt totalitär ist oder nicht. Das war und ist sicherlich eines der großen Hindernisse für den Gebrauch des Konzepts. Eine Möglichkeit ist natürlich, den Totalitarismus als Idealtyp im Sinne von Max Weber aufzufassen, der nicht exakt einer konkreten historischen Realität entspricht. Tatsächlich schließen einige wesensorientierte Definitionen normative Elemente, die in den Köpfen der Führer totalitärer Parteien und der Ideologen existierten, ein. Damit findet dies auch Eingang in die Bestimmung dessen, was ein totalitäres System sein sollte, aber nicht, was es wirklich ist. Wie ich bereits betont habe, und auch Giovanni Sartori (1962) weist darauf hin, gilt das auch für das Demokratiekonzept und vielleicht für viele politikwissenschaftliche Konzepte. In gewissem Grade stammen unsere Einsichten in die Natur des Totalitarismus aus einer Analyse dieser Spannungen zwischen dem Idealtypus und der Realität, die er aber nur teilweise beschreibt. Es ist kein Zufall, daß einige dieser Begriffe für die Führer, die diese Systeme geformt haben, akzeptabel wären, und dies sind Termini, die häufig aus deren normativer Perspektive keine negativen Annahmen einschließen, wie dies bei den eher beschreibenden Konzepten fast unvermeidlich vorkommt.

Eine weit substantiellere Kritik besteht darin, daß der Begriff „Totalitarismus" zu vieles abzudecken versuche. Es werden damit politische Systeme charakterisiert, die in vielen Aspekten voneinander verschieden sind. Natürlich muß die Last des Beweises denjenigen

überlassen bleiben, die den Terminus nutzen, um das Ausmaß zu zeigen, in welchem einige kommunistische Systeme, zumindest in einigen Phasen, eine ausreichende Zahl wichtiger Merkmale mit dem Nazisystem gemeinsam hatten, um dann auch die Unterordnung unter einen gemeinsamen Begriff zu rechtfertigen. Zugleich erlaubt dieser Begriff, die Art und Weise, wie die beiden Subtypen Probleme des politischen Lebens handhaben, besser zu verstehen. Die Verfechter des Begriffs müssen natürlich auch zeigen, daß die so charakterisierten Systeme wiederum gemeinsame Merkmale haben, die sie von anderen Typen der Autokratie unterscheiden und die damit ohne die Benutzung eines solchen Begriffs im Dunkeln bleiben würden. Vieles davon ist getan und manches kann auch noch getan werden. Doch das erfordert als Ergänzung auch eine sorgfältigere Analyse der grundlegenden Unterschiede zwischen dem Totalitarismus der Stalin-Ära und dem der Nationalsozialisten oder der Faschisten. Dies ist in der Literatur leider nicht systematisch erfolgt.

Eine sorgfältigere Analyse der Subtypen des Totalitarismus und der Entwicklungsstadien totalitärer Systeme, wie auch der Veränderung des kommunistischen Totalitarismus in verschiedenen sozialen Kontexten - insbesondere in der UdSSR, in China, in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten und auf Kuba - sollte uns eine genauere Typologie solcher Systeme ermöglichen. Sie sollte auch den Begriff Totalitarismus von der ziemlich hohen Sprosse auf der Leiter der theoretischer Abstraktion herunterbringen, um Theorien mittlerer Reichweite zu entwickeln (Sartori 1970). Das allgemeinste und abstrakteste Konstrukt eines totalitären Systems sollte als Referenzpunkt dienen, um die verschiedenen Subtypen kommunistischer und faschistischer Systeme besser verstehen und beschreiben zu können. Das würde auch zu einer Theorie über jene Prozesse beitragen, die zur Konsolidierung und Festigung eines totalitären Systems führen, wie auch derjenigen, die seine Transformation bedingen. Ein Beispiel dafür ist die Arbeit von Azrael (1970), die uns hilft, die Typen der Entstalinisierung oder die posttotalitären Systeme in kommunistischen Ländern besser zu verstehen.

Ein ernsthaftes Hindernis stellt in einigen Totalitarismus-Definitionen deren statischer, manchmal geradezu starrer Charakter dar. Dabei werden sowohl die dynamischen Elemente und die den idealen Modellen inhärenten Spannungen ignoriert als auch die Widerstände vergessen, die die Gesellschaften einer vollständigen Herausbildung eines totalitären Systems entgegensetzen. Folglich fehlen die verschiedenen Stadien und Phasen des Totalitarismus. Ein zentrales Thema für die Totalitarismus-Analyse muß gerade die Untersuchung der Veränderungen sein, sowohl innerhalb der einzelnen Systeme als auch generell. Die beschränkte Zeitspanne der Existenz der meisten faschistischen Systeme und die Tatsache, daß es kein

Folgesystem zum Nazisystem im Gegensatz zur langen Periode der Sowjetherrschaft und der Vielfalt kommunistischer Systeme gab, erschwert es natürlich, Verallgemeinerungen hinsichtlich der Veränderungen in totalitären Systemen zu formulieren, die über kommunistische Systeme hinausgehen.

Eine ganz andere Kritik ist diejenige, die wir „historistisch" nennen können. Sie unterstreicht die einzigartigen sozialen oder kulturellen Vorbedingungen und Traditionen der Länder, in denen als totalitär bezeichnete Systeme entstanden. Die „slawophile" Interpretation des Sowjetkommunismus[33] oder die Analyse der einmaligen politischen, kulturellen und sozialen Geschichte Deutschlands, die den Aufstieg des Nationalsozialismus erklärt[34], sind sicherlich starke Alternativen zu einer politologischen Konzeptualisierung. Einige Autoren haben dabei wichtige Beiträge geliefert, indem sie die Kontinuität zwischen modernen totalitären Systemen und den vormodernen oder vorindustriellen Traditionen ihrer Gesellschaften

---

33 Ein solcher Ansatz, der nicht ignoriert werden kann, betont die historische und kulturelle Kontinuität des vorrevolutionären Rußlands (Berdyaev, 1948; Simmons, 1955; Pipes, 1967; Vaker, 1962 sowie die exzellente Aufsatzsammlung von Black 1967). Bell (1961) untersucht diese „slawische" Sichtweise näher in seinem Aufsatz „*Ten Theories in Search of Soviet Reality*", in dem er auch *A Study of Bolshevism* von Leites (1953) diskutiert. Dieser sieht in einem interessanten Versuch psychologischer Geschichtsschreibung den Bolschewismus als das Bemühen an, die traditionellen Muster des russischen Charakters zu überwinden. Über kulturelle Kontinuität des chinesischen Kommunismus siehe Solomon (1971) und Pye (1971).

34 Der speziell deutsche historische und kulturell-ideologische Hintergrund, der den Aufstieg des Nationalsozialismus und seine Machtergreifung möglich machte, wurde breit diskutiert. Eine ausgewogene Sicht eines Soziologen findet sich bei Dahrendorf (1967). Die ideologisch-kulturellen Wurzeln wurden untersucht von Stern (1965), Mosse (1964), Sontheimer (1968), Faye (1972), Struve (1973). Dazu gehören auch die früheren und weniger beachteten Untersuchungen von Butler (1941), Viereck (1961) und Vermeil (1955). Interessant, aber übertrieben, ist Lukács (1955). Die Aufsätze von Buchheim (1953) und Plessner (1959) verdienen Beachtung. Es sollte jedoch auch nicht das europäische Meinungsklima vernachlässigt werden, wie die Studie von Hoepke (1968) zur deutschen Rechten und zum italienischen Faschismus zeigt. Der Antisemitismus, der dem Vordringen der Nazis und anderer faschistischer Bewegungen einen gewaltigen Antrieb gab, ist Gegenstand einer umfangreichen Forschung, die ich aber hier nicht darstellen kann; siehe Massing (1949), Pulzer (1964), die psychologischeren Darstellungen von Fromm (1941), Adorno et al. (1950), Bettelheim und Janowitz (1950) und deutsche Quellen, zitiert von Bracher (1970, S.506-7). Ein damit verbundenes Problem ist der Sozialdarwinismus; siehe Conrad-Martius (1955) und Zmarzlik (1973).

betonten. Andere haben zu Recht hervorgehoben, daß die einzigartige Persönlichkeit der jeweiligen Führer wesentliche Merkmale des politischen Systems erklärt. Einige gehen sogar so weit zu behaupten, ohne diese Führer, wie z.B. Mussolini oder Hitler, wären diese Systeme niemals entstanden. Hier könnte sicherlich die Rolle Lenins für den Sieg des Bolschewismus ergänzt werden.

Wie überzeugend ein solcher Ansatz bis zu einem gewissen Punkt auch sein mag - es ist sicherlich nicht fruchtbar, derart komplexe historische Phänomene wie Nationalsozialismus oder Stalinismus auf die Führerpersönlichkeiten zu reduzieren und sie gewissermaßen als Zufälle zu behandeln, die der sozialwissenschaftlichen Erklärung nicht bedürften. In diesem Kontext steht auch die Unfähigkeit der Marxisten bzw. Marxisten-Leninisten, das Phänomen des Stalinismus in allgemeinen Kategorien, in ihrem Fall möglicherweise mehr soziologischen bzw. polit-ökonomischen, zu erklären, in deutlichem Kontrast zu ihren ansonsten formulierten wissenschaftlichen Ansprüchen. Eine solide Analyse dieser Systeme sollte sich bemühen, sowohl den Einfluß der Persönlichkeiten auf das System zu erfassen als auch die eher strukturellen Komponenten von den mehr persönlichkeitsbedingten zu trennen. Vielleicht kann die spezifische Form, die z.B. der Terror unter Stalin annahm, ohne Bezug auf seine Persönlichkeit nicht voll erklärt werden.

Die historistische Kritik am Totalitarismus-Konzept ist allerdings implizit auch eine Kritik an jeglicher sozialwissenschaftlichen Konzeptualisierung von einzigartigen historischen Phänomenen. Zwar kann eine solche Kritik die oftmals ungerechtfertigten Anmaßungen von Sozialwissenschaftlern mäßigen, aber wird sie akzeptiert, so mindert das zugleich unser Wissen über soziale Phänomene und auch das Verständnis von ihnen.

Weit fruchtbarere Kritik kommt meines Erachtens von jenen, die die Realität totalitärer Herrschaft vor allem auf der lokalen Ebene sorgfältig untersucht haben, was durch die Zugangsmöglichkeiten zu Archiven z.B. in Deutschland möglich war. Diese Autoren, wie Edward N. Peterson (1969), betonen zu Recht die Grenzen von Hitlers Macht, die Vielfältigkeit der Macht statt des Monismus, die sich verändernde Rolle der Partei und anderer Organisationen, die um die Macht kämpften, die Unterschiedlichkeit der Entscheidungsprozesse und das Überleben der Opposition innerhalb und während des Systems - die „Inseln der Abgeschiedenheit“, wie Inkeles geschrieben hat. Diese Tatsachen passen nicht mit einigen eher simplistischen und oftmals überzeichneten Charakterisierungen totalitärer Systeme zusammen. Doch Autoren, die diese Aspekte hervorheben, riskieren wiederum, vor lauter Bäumen nicht den Wald zu sehen, indem sie grundlegende Tendenzen vergessen, die diese Systeme von anderen Autokratien unterscheiden.

Die Arbeit von Skilling (1973), die den Faktor der Gruppeninteressen in kommunistischen Systemen - insbesondere nach Stalin - hervorhebt, ist ein willkommenes Korrektiv, wenn der Monismus solcher Regime überbetont wird. Aber man darf dabei nicht der von Sartori erwähnten Versuchung erliegen, den wesentlichen Unterschied zwischen einer solchen relativ pluralistischen Politik von Gruppierungen innerhalb eines totalitären oder auch autoritären Systems und analogen Prozessen in demokratischen Regimen zu negieren.

Die Konvergenztheorien, die auf die Ähnlichkeiten und Parallelen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten abheben und die Alfred G. Meyer (1970) zusammenfaßte, stellen ebenfalls den Nutzen des Totalitarismus-Begriffs mehr oder weniger offen in Frage. Indem sie gemeinsame Tendenzen und Probleme in entwickelten Industriegesellschaften herausstellen - die Ähnlichkeit der bürokratischen Organisationen, der großen Wirtschaftseinheiten, Art und Weise von ökonomischer Entscheidungsfindung und militärischer Organisation sowie den ähnlichen Einfluß solcher Gesellschaften auf den Durchschnittsbürger und der psychischen Folgen wie Konformität und Machtlosigkeit - stellen diese Theorien ein nützliches Korrektiv zur Schwarz-Weiß-Malerei mancher Totalitarismus-Autoren dar. Jedoch konzentrieren sich viele dieser Arbeiten mehr auf die Ähnlichkeiten in der Sozialstruktur statt auf die politischen Institutionen. Hinter solchen Arbeiten stehen gewiß auch ideologische Motive, wozu vor allem der Wunsch, den Kalten Krieg zu überwinden, gehört. Insbesondere einige Kritiker von Seiten der Neuen Linken versuchen damit, sowohl industriell entwickelte demokratische als auch kommunistische Gesellschaften von einer Wertperspektive her zu untersuchen. Diese Analysen heben die Ähnlichkeiten in wichtigen Entscheidungsprozessen an der Spitze hervor, also in jenen Prozessen, die Mills in seiner *Power Elite* untersucht hat. Sie betonen die Parallelen im Alltagsleben von Durchschnittsbürgern in ihren Betrieben oder in ihrem Verhältnis zur Bürokratie. Leider neigen sie jedoch dazu, fundamentale Differenzen zu unterschlagen, die gerade auch in den Institutionen der verschiedenen politischen Systeme existieren.

Die ernsthafteste Herausforderung für das Konzept des Totalitarismus liegt zweifellos in der Schwierigkeit, den Unterschied zwischen totalitären Systemen und anderen Typen der Autokratie in klaren operationalen Begriffen empirisch zu bestimmen. Das Problem ist dabei weitaus komplexer als die Bestimmung der Grenzen zwischen kompetitiven Demokratien, wie ich sie oben definiert habe, und verschiedenen autoritären Übergangsregimen. Es ist sicherlich deshalb komplizierter, weil die Veränderungen eher graduell sind und

generell nicht mit solchen Brüchen, wie Revolutionen, Putschen oder ausländischen Interventionen, verbunden sind, die meist den Übergang von einer Demokratie zu einem autoritären oder totalitären Systemen kennzeichnen.

Die Kritik an den Totalitarismus-Theorien hat sich jedoch nicht darauf beschränkt, diese Theorien in Frage zu stellen. Es gibt auch Versuche einer alternativen Konzeptualisierung. In einigen Fällen ist es dabei gewiß schwer, die alternativen Konzepte klar von den alten Totalitarismus-Definitionen zu unterscheiden. Andere Konzepte, wie das des „Mobilisierungsregimes" von Tucker (1963), scheinen auf dieselben Schwierigkeiten zu stoßen, die Kritiker eines ungenauen Gebrauchs des Begriffes „Totalitarismus" hervorgehoben haben: es werde ein zu großer Kreis von Autokratien eingeschlossen und wichtige Unterschiede zwischen ihnen würden ignoriert. Zudem ist der Begriff „Mobilisierung", wie Aszrael (1970a, S. 136f.) anmerkte, in sich selbst unklar. Er wird eher als Unterscheidungskriterium gebraucht, statt als eine von mehreren Dimensionen, die politische Systeme charakterisieren, und er kann auch sehr schwer empirisch gebraucht werden. Andere Versuche der Konzeptualisierung, wie Meyers (1967) „administrativer Totalitarismus", „Totalitarismus ohne Terror", „Rationalisierung" oder „populistischer Totalitarismus", die sicherlich gewisse Merkmale des politischen Lebens in der UdSSR nach Stalin beschreiben, sind gewiß fruchtbar. Jedoch schließen sie nicht aus, daß wir eine umfassendere Kategorie, die des Totalitarismus, nutzen. Das von Rigby (1969) vorgeschlagene Konzept „traditioneller Markt- und Organisationsgesellschaften" scheint sich eher auf soziale und ökonomische, denn auf politische Systeme zu beziehen.

Generell zeigt sich, daß die in den letzten Jahren vorgeschlagenen Alternativbegriffe nicht dieselbe breite Akzeptanz gefunden haben, wie der „alte" Begriff des Totalitarismus. Die offensichtliche Kritik hat mich nicht dazu geführt, das Totalitarismus-Konzept aufzugeben, selbst wenn ich den Vorschlag akzeptieren könnte, einen anderen Begriff zu finden, der weniger mit den aus der recht einzigartigen Herrschaft von Hitler und Stalin stammenden Konnotationen aufgeladen ist. Die verschiedenen Kritiken haben allerdings Folgendes klargemacht:

- der Terminus sollte genau gebraucht werden, wenn er irgendeinen Nutzen haben soll;
- eine Theorie des Totalitarismus macht das Verständnis und die Beschreibung besonderer historischer politischer Systeme nicht überflüssig;

- es gibt die Notwendigkeit sorgfältiger systematischer Vergleiche zwischen totalitären Systemen, um ihre gemeinsamen wie ihre unterschiedlichen Elemente zu bestimmen;
- wir brauchen eine Typologie totalitärer Systeme und
- die Theorie muß eine dynamische Analyse der Veränderungen innerhalb totalitärer Systeme und dieser selbst einschließen.

Ein großer Teil unserer Arbeit konzentrierte sich auf den Aufstieg totalitärer Bewegungen und die Machtübernahme nach dem Zusammenbruch von Demokratien, insbesondere, was den Aufstieg des Faschismus betrifft. Selbst im Falle der Sowjetunion beschäftigen sich nur wenige Arbeiten mit der Entwicklung des Systems von der Februarrevolution bis zur Machtübernahme der Bolschewiki im Jahre 1917 oder mit der Verdrängung anderer radikaler Parteien in der Zeit von Lenin bis zu Stalin (Schapiro 1965; Daniels 1969). Ebensowenig wird gefragt, ab wann wir das System als totalitär ansehen können, und warum es so geworden ist. Eine komparative Untersuchung über den Aufstieg der kommunistischen Bewegungen in der Sowjetunion, in China, auf Kuba und in Nordvietnam würde uns sicherlich mehr sagen als solche abstrakten Modelle, wie in Kornhausers *Politics of Mass Society* (1959). Die militärische Niederlage des Faschismus und insbesondere des Naziregimes war sicherlich ein Hindernis, um den Wandel in totalitären Systemen in Nachfolgekrisen zu untersuchen. Doch nach Stalins Tod und der Entstalinisierung war eine Analyse der Dynamik des Wandels innerhalb von totalitären Systemen zwingend erforderlich. Darüber hinaus sollten uns die weitere empirische Forschung und die theoretische Konzeptualisierung nichtdemokratischer Regime, die sinnvollerweise nicht totalitär genannt werden können, dabei helfen, verschiedene Typen von Autokratie begrifflich präziser zu fassen. Indem wir die vielfältigen Dimensionen, die die Typen des Totalitarismus voneinander unterscheiden und den Totalitarismus klarer von anderen nichtdemokratischen Regimen trennen, aufdecken, kommen wir auch zu einer komplexeren Einschätzung solcher Regime. Sicherlich haben totalitäre Systeme positive Charakterzüge, die sie für Menschen attraktiv machen, denen auch die brutalsten Merkmale eher bekannt sind.

Das schließliche Ergebnis der Kritik der verschiedenen Totalitarismus-Konzepte sollte eine komplexe Theorie des Totalitarismus sein, die nicht ein bestimmtes totalitäres System als Ausgangsmodell nimmt. Auf die gleiche Weise beginnt die Politikwissenschaft gegenwärtig über Typen von Demokratie und die innere Dynamik demokratischer Regime nachzudenken, statt einen einzelnen Typ zu nehmen, der dann vorzugsweise mit einer der großen angelsächsischen Demokratien gleichgesetzt wird.

Die Bedingungen für nichtdemokratische, speziell totalitäre Systeme in modernen bzw. sich modernisierenden Gesellschaften

Eine oberflächliche Analyse könnte uns suggerieren, daß das Fehlen jener Bedingungen, die kompetitive Demokratien möglich und stabil machen[35], die erste Antwort auf die Frage nach den Bedingungen für nichtdemokratische Regime und speziell für den Totalitarismus sei. Dies kann sich allerdings selbst für nichtdemokratische Regime als falsch herausstellen. Viele dieser Länder, so die Kritiker, müßten nach diesen Kriterien mit hoher Wahrscheinlichkeit demokratische Regime haben. Offensichtlich würde die Einführung einer Zeitdimension, also eine Analyse jener Bedingungen, die zum Zeitpunkt der Etablierung des Regimes existierten, einige der scheinbaren Ausnahmen beseitigen. Wenn wir die Unterscheidung zwischen einer Vielfalt nichtdemokratischer Regime und den totalitären Systemen akzeptieren, müssen wir uns auch die Frage stellen, welches die spezifischen Bedingungen für Totalitarismus sind. Dazu sollten meines Erachtens folgende Fragen beantwortet werden:

1. Ein erster Schritt ist es, die Bedingungen zu bestimmen, die zur Krise und schließlich zum Zusammenbruch der prätotalitären Regime führen. (Mindestens eines der prominentesten Modelle des Totalitarismus entstand in einer früheren Demokratie.) Vielleicht ist gerade dieser Aspekt am besten wissenschaftlich untersucht.[36]

[35] Für einen Überblick siehe May (1973) und die schon klassischen Untersuchungen von Lipset (1959), Neubauer (1967), Eckstein (1966) und Dahl (1971). Eine allgemeinere Analyse der Stabilität von Regimen findet sich bei Eckstein (1971).

[36] Hier wären die Arbeiten von Bracher und seiner Mitarbeiter Sauer und Schulz über Hitlers Aufstieg zur Macht zu nennen (Bracher 1957; Bracher et al. 1960), die Arbeiten zur Krise der Weimarer Demokratie (Matthias/ Morsey 1960; Eschenburg 1966; Conze/Raupach 1967; Kaltefleiter 1968; Lepsius 1966, 1971; Jasper 1968), ebenso wie Allens (1965) exzellente Studie zu diesem Prozeß auf der lokalen Ebene. Die weniger theoretisch ausgerichteten, aber informativen Untersuchungen über den Aufstieg des Faschismus in Italien (De Felice 1965,1966,1968) und die Ursprünge des spanischen Bürgerkrieges. Für eine detaillierte historische Darstellung siehe La Cierva (1969). Eine englische Darstellung findet sich bei Jackson (1965) und Carr (1971). Relevanter für einen Politikwissenschaftler ist die Untersuchung von Malefakis (1970, Kapitel 15 „*Could the Desaster Have Been Avoided?*“, S. 388-400). Das Ende der Parteiregierung in Japan (Scalapino 1953), den Niedergang der Verfassungsdemokratie in Indonesien (Feith 1962) und einige Studien zum Zusammenbruch der lateinamerikanischen Demokratien, insbesondere Brasiliens im Jahre 1964 (Schneider 1971; Stepan 1971), sollen die Formulierung eines Modells oder einer Theorie des Zusammenbruchs der Demokratien ermöglichen (Linz 1978, Linz/Stepan 1984).

Die Analyse von Krise und Zusammenbruch der Demokratie sagt uns allerdings nicht, welche Art von Regime entstehen wird oder welche Bedingungen zu dessen Konsolidierung und Stabilität beitragen. Läßt man jene Fälle außer acht, bei denen das Gleichgewicht der Demokratie wiederhergestellt wurde, wie z.B. in Frankreich 1958, dann war tatsächlich nur in einem Fall ein rein totalitäres System das Resultat. In einem anderen Fall kam es zu Anfängen. Der Zusammenbruch der Demokratie ist deshalb nicht identisch mit der Etablierung von Totalitarismus, doch er kann eine Bedingung dafür sein. Allerdings sollte man nicht vergessen, daß das andere prominente Modell des totalitären Systems nicht aus dem Zusammenbruch einer relativ stabilen Demokratie resultierte. Das Regime, das nach dem Sturz des Zaren in der Februarrevolution 1917 in Rußland entstand, kann sicherlich nicht als eine auch nur minimal institutionalisierte Demokratie angesehen werden.

2. Mit der Analyse von Krise und Zusammenbruch demokratischer Regime hängt die jener Bedingungen zusammen, die zu antidemokratischen Massenparteien führen.[37] Da in einigen Demokratien derartige Parteien entstanden und auch breite Unterstützung fanden, ohne daß sie imstande waren, den Zusammenbruch der Demokratie zu provozieren oder entscheidend dazu beizutragen, kann die Untersuchung des Entstehens faschistischer und kommunistischer Parteien - sowie von deren Wirkung, Organisation, Führung, Politik, legalen und illegalen Aktivitäten - nur *ein* Element in der Kausalkette sein. Es könnte sogar irreführend sein, hier schon von totalitären Parteien zu sprechen, denn der Begriff kann sich nur auf den Typ des politischen Systems beziehen, dessen Etablierung sich solche Parteien zum Ziel setzen. Wir wissen aber, daß einige dieser Parteien selbst nach dem Zusammenbruch der Demokratie unfähig waren, totalitäre Systeme zu etablieren. Einige Parteien, die an Ideologien und in gewissem Grad an Modelle, wie in der Sowjetunion, gebunden sind, können in ausreichend stabilen Demokratien über einen langen Zeitraum hinweg einen Wandlungsprozeß durchmachen, was sie langfristig zu legitimen Akteuren in einem demokratischen politischen System machen kann.[38] Der Fall Italien ist hier sicherlich besonders interessant (Blackmer 1968; Blackmer/Tarrow 1975).

[37] Ich habe bereits auf die Schriften von S. M. Lipset, S. Rokkan, S. Neumann, W. Kornhauser, R. Lepsius bezug genommen. Siehe auch die Literaturhinweise zu faschistischen Bewegungen und Regimen (Linz 1976, 1980).

[38] Der langsame Übergangsprozeß von „negativer Integration" sozialistischer Parteien, um den Begriff von Günther Roth (1963) zu verwenden, zur „Partizipation" ist in dieser Hinsicht erhellend. Die Monographien von Schorsky, Berlau, Gay und G. A. Ritter über die SPD und Robert Michels theoretische Analyse sind die gewiß die herausragendsten Beiträge hierzu.

3. Sind der Zusammenbruch der Demokratie und selbst das Vorhandensein einer Partei, die durch Ideologie und Organisationsmerkmale dazu prädestiniert scheint, zur einzigen Partei eines totalitären Regimes zu werden, ausreichend, um solch ein Regime zu etablieren? Wir müssen zusätzlich fragen, welches die Bedingungen sind, die eher zur Etablierung eines totalitären Systems als zu anderen nichtdemokratischen Regierungsformen führen, wenn ein demokratisches Regime zusammengebrochen ist. Geht man von der Definition eines totalitären Systems aus, so ist es sehr unwahrscheinlich, daß ein solches System in kurzer Zeit geschaffen werden kann. Es ist deshalb eine Periode des Übergangs zu erwarten: von einer nichtdemokratischen Herrschaft, die nicht voll institutionalisiert ist, zu einem totalitären System. In diesem Sinne ist die Etablierung des Totalitarismus schwieriger zu datieren als der Zusammenbruch der Demokratie. Also müssen wir weiterfragen: Wie entwickeln sich in einer nichtdemokratischen Situation bzw. in einem nichtdemokratischen System jene spezifischen Merkmale, mit denen wir Totalitarismus identifizieren? Wie entwerfen die herrschenden Gruppen totalitäre Institutionen, oder ist es eher zufällig, daß sie ein derartiges Gesellschaftsmodell entwickelt haben? Welche Faktoren machen einige Gruppen erfolgreich und hindern wiederum andere, ihre politischen Systeme und Gesellschaften in totalitäre umzuwandeln?

4. Was erklärt die Stabilisierung und Dauer totalitärer Systeme über längere Zeiträume hinweg? In diesem Kontext ist es wichtig hervorzuheben, daß bis auf den heutigen Tag kein einziges totalitäres System durch innere Kräfte überwunden worden ist, daß aber diejenigen, die einige ihrer ausgesprochen totalitären Merkmale verloren haben, dies in einem komplexen Transformationsprozeß erreichten.

5. Ist Totalitarismus ein stabiler Typ politischer Systeme wie die Demokratie oder viele traditionelle Formen autokratischer Herrschaft? Und wenn nicht, welche Faktoren führen zur Transformation in andere Formen nichtdemokratischer Herrschaft?

Die ersten beiden Fragenkomplexe sind nicht spezifisch für das Totalitarismus-Problem. Sie gehören zu jenen Problemen, die mit dem Zusammenbruch von Demokratien und dem Entstehen potentieller Führer und Parteien, die unter günstigen Umständen zum Kern eines totalitären Systems werden können, verbunden sind. Man kann sich eine Analyse der Bedingungen, die zur Herausbildung spezifischer Merkmale eines totalitären Systems führen, nur schwer ohne Bezugnahme auf die besonderen Subtypen, vor allem das kommunistische und das faschistische, vorstellen. Darüber hinaus wird es schwierig, diese Bedingungen zu analysieren, ohne zu erklären, warum in einigen Situationen, in denen viele Elemente vorhanden waren, die die Etablierung eines totalitären Systems begünstigten,

dieses dennoch nicht zustande kam. In dieser Hinsicht ist es sicherlich sehr aufschlußreich, die Entwicklung des Naziregimes mit der des Mussolini-Regimes zu vergleichen. Dasselbe trifft auf den Vergleich der verschiedenen kommunistischen Systeme zu, vor allem in der stalinistischen Phase. Viele Analysen wurden während der Ereignisse oder kurz danach verfaßt, und deshalb wurde oft angenommen, daß gewisse Bedingungen für die betreffenden Gesellschaften einzigartig waren. Spätere Entwicklungen zeigten dann, daß in sehr verschiedenen Gesellschaften sehr wohl ähnliche Prozesse möglich sind. Von daher ist es interessant zu verfolgen, wie man anfangs bei der Interpretation des Aufstiegs des Faschismus und der Konsolidierung der Macht von Mussolini nach eigenständigen Merkmalen in Italiens Gesellschaft und Geschichte suchte. Bei der Erklärung dieses Phänomens in relativ unterentwickelten Ländern Osteuropas und der Türkei ging man davon aus, daß ähnliche Prozesse in entwickelten Industriegesellschaften, speziell in Deutschland, trotz der Stärke der NSDAP, nicht möglich seien (Borkenau 1933; Matossian 1958). Die von den Erfahrungen Deutschlands und der Sowjetunion ausgehende Literatur wiederum unterstrich bestimmte Merkmale der Industriegesellschaft, die jedoch im Falle Chinas irrelevant sind. Vielleicht wäre es besser, die Analyse besonderer Fälle des erfolgreichen bzw. erfolglosen Übergangs zum Totalitarismus fortzusetzen, und eine Generalisierung auf höherem Abstraktionsniveau erst dann zu versuchen, wenn die in jedem einzelnen Falle besonders relevanten Variablen analysiert worden sind.

Ich habe bisher nur die internen Prozesse analysiert, die zur Errichtung oder zum Untergang des einen oder anderen Regimes führten. Jedoch sind nicht nur bei der Analyse der Bedingungen für die Etablierung der Demokratie die inneren Prozesse von den äußeren Faktoren zu unterscheiden, sondern auch bei der Untersuchung des Totalitarismus. Offensichtlich wurden viele nichtdemokratische Typen von außen vernichtet. Es sei hier an Nazideutschland oder Japan mit seinem bürokratisch-militärischen, semitraditionellen Autoritarismus nach dem Zweiten Weltkrieg erinnert. Mit ausländischer Hilfe wurden Regime eingesetzt, gefestigt oder auch niedergeschlagen. Dieser äußere Faktor spielte auch eine entscheidende Rolle bei der Etablierung der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa, in der DDR sowie in Nordkorea. Ebenso ist die mit faschistischer Hilfe errichtete autoritäre Herrschaft in Spanien zu nennen; ganz zu schweigen vom Einfluß der US-amerikanischen Hilfe bzw. Feindschaft auf Regimewechsel in Süd- und Mittelamerika. Sicher sind in ökonomisch abhängigen Ländern äußere Einflußnahme und die Reaktionen darauf, selbst wenn es keine direkte Intervention gibt, ein zusätzlicher Faktor, der zu internen Krisen führt und damit über Erfolg oder Scheitern verschiedener Regime ent-

scheiden kann. Trotzdem werden die Interessen ausländischer ökonomischer Mächte gleich gut sowohl durch demokratische als auch durch autoritäre Regime bedient, so daß es m.E. sehr schwierig ist, einen direkten Bezug zwischen *dependencia* und Regimetyp herzustellen.

Ein anderer externer Faktor, der zur Entstehung, Konsolidierung und zur Dauerhaftigkeit autoritärer Herrschaft beiträgt, ist eine feindliche internationale Umwelt, die eine offene Debatte über Alternativen in der Außenpolitik nicht erlaubt. Sie rechtfertigt die Ächtung jener Parteien, die mit einer ausländischen Macht in Verbindung stehen, oder die Diskriminierung separatistischer Minderheiten. Dies war ein Faktor, der z.B. zur Stärkung der antidemokratischen Tendenzen in Finnland in den 30er Jahren und zur Transformation der baltischen Länder von Demokratien zu präsidentiellen Diktaturen beitrug. Ähnliche Probleme führten in der Zwischenkriegszeit zum Autoritarismus in Polen und einigen Balkanländern.

Wir können auch nicht die Installierung demokratischer Systeme in Italien, Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg durch äußere Mächte außer acht lassen, selbst wenn dort viele innere Faktoren vorhanden waren, die den Erfolg der so etablierten Systeme begünstigten (Dahl 1971, S.189-201). Im Falle stalinistischer totalitärer Systeme müssen wir auch einen solchen äußeren Faktor wie die Präsenz der Sowjetarmee berücksichtigen. Betrachten wir die spätere Evolution der verschiedenen mittel- und osteuropäischen Länder, so wird allerdings klar, wie wichtig letztlich die endogenen, d.h. die inneren Faktoren für die volle Konsolidierung eines solchen Regimes waren.

Wenn wir die hier aufgeworfenen Fragen durchgehen, stoßen wir auf unterschiedliche intellektuelle Perspektiven, auf die Beiträge verschiedener Disziplinen und eine Vielzahl unterschiedlicher theoretischer Ansätze. Diese wurden leider nicht auf alle Fälle angewandt, sondern nur auf einige, so daß es unmöglich ist, ihre Gültigkeit zu verallgemeinern. So gibt es beispielsweise in der Literatur über Ursprünge und Entwicklung des Nazi-Totalitarismus einige Studien, die psychologische Variablen, Kultur oder Persönlichkeit betonen und sogar psychoanalytische Ansätze anwenden (Greenstein, Handbook, vol. 2). Es ist dabei interessant, daß wenige Studien eine solche Perspektive hinsichtlich des Aufstiegs und der Konsolidierung der Macht Stalins angewandt haben. Der Marxismus hat zwar jene, die über den Faschismus forschen, mit vielen Hypothesen ausgerüstet, doch nur wenige haben dann auch eine marxistische Perspektive auf den Stalinismus angewendet. Hinzu kommt, daß viele Hypothesen, die entwickelt wurden, nicht *a contrario* für jene Fälle getestet wurden, in denen die Entwicklung zum Totalitarismus nicht oder nur teilweise erfolgreich war. Ich werde diese Theorien in an-

deren Abschnitten noch behandeln, um die Herausbildung zahlreicher Typen autoritärer, aber nichttotalitärer Regime zu erklären, womit dann auch dieser Theorieüberblick zu den Ursprüngen und Bedingungen des Totalitarismus ergänzt werden soll.

Wittfogel und Moore - Zwei historisch-soziologische Analysen

Einige Autoren stellen das Problem des Totalitarismus in einen größeren historischen Kontext, indem sie sich stärker den grundlegenden sozio-ökonomischen und organisatorischen Strukturen, die aus längeren Entwicklungen resultieren, zuwenden. Hier sind vor allem Karl August Wittfogel (1962) und Barrington Moore (1966) zu nennen.

Für Wittfogel stellt der orientalische Despotismus eine Form totaler Macht dar, die aus dem Erfordernissen einer bürokratischen Herrschaft für die Regulierung der Wassernutzung in Gesellschaften, die er hydraulisch nennt, entstanden war. Von Marx war dies als „asiatische Produktionsweise" beschrieben worden, die die Basis für jene despotischen Institutionen bildet. Gesellschaften, in denen „der Staat stärker ist als die Gesellschaft", beschränken bzw. verhindern die Entwicklung eigenständiger politischer Gruppen und führen zu einer gesellschaftlichen Schichtung, die eher auf politischer Kontrolle als auf Eigentum basiert. In moderner Version wäre das ein bürokratischer Kapitalismus bzw. ein Kapitalismus der Großgrundbesitzer. Seiner Meinung nach ist es bezeichnend, daß kommunistische Autoren die Analyse dieses Gesellschaftstyps durch Karl Marx nicht wahrgenommen haben; wahrscheinlich deshalb, weil sie sicherlich auch zur Interpretation der Realitäten der kommunistischen Welt genutzt worden wäre. Wittfogels Theorie ist nicht unwidersprochen geblieben, z.B. durch Eberhard hinsichtlich der Rolle des chinesischen Adels (vgl. die Rezension von Eisenstadt 1958).

Direkter mit den gegenwärtigen politischen Realitäten verbunden - obwohl m.E. wichtige Schritte fehlen - ist Barrington Moores These über alternative Modernisierungspfade in seiner Arbeit *Social Origins of Dictatorship and Democracy*(1966), die den bezeichnenden Untertitel *Lord and Peasant in the Making of Modern World* trägt. Den ersten Pfad bilden danach die großen Revolutionen und Bürgerkriege, die zur Kombination von Kapitalismus und westlicher Demokratie geführt haben. Der zweite Weg ist ebenfalls kapitalistisch, findet aber im Faschismus des 20. Jahrhunderts seinen Abschluß. Deutschland und Japan sind offensichtlich die Fälle einer kapitalistischen und zugleich reaktionären Form mit einer Revolution von oben infolge der Schwäche der Bourgeoisie. Der dritte Weg ist der Kommunismus, hier am Beispiel von Rußland und Chi-

na - also von Ländern, in denen die großen Agrarbürokratien die Impulse aus dem Handel und später der Industrie hemmten; Impulse, die noch schwächer waren als in Deutschland und in Japan. Die verbleibende umfangreiche Bauernschaft stellte dann jene destruktive revolutionäre Kraft, die die alte Ordnung überwindet - und zwar unter kommunistischer Führung, die wiederum die Bauern später zu ihren ersten Opfern machte. Die Art und Weise, wie die ländliche Oberschicht und auch die Bauern auf die Herausforderung der kapitalistischen Landwirtschaft reagierten, war danach für das jeweilige politische Ergebnis entscheidend. Die Verschmelzung der Unzufriedenheit der Bauern mit derjenigen anderer Schichten entschied darüber, daß der Weg der Revolution beschritten wurde. Doch der Erfolg dieser Revolutionen war zwar für die Bauern negativ, aber entscheidend für die Schaffung neuer politischer und wirtschaftlicher Bedingungen. Diese Revolutionen resultierten aus dem Fehlen einer von der ländlichen Oberschicht geführten kommerziellen Revolution in der Landwirtschaft und aus dem Überleben bäuerlicher sozialer Institutionen bis in die modernen Zeiten hinein, woraus insbesondere dann Druck erwuchs, wenn gleichzeitig auf traditionelle und auf moderne Weise Überschüsse aus der Landbevölkerung herausgepumpt wurden.

Zusammen mit dem Erstarken einer monarchistischen Zentralmacht und dem damit einhergehenden Funktionsverlust des Adels führte das zu Revolutionen. Ergebnis waren konservative Modernisierung und Faschismus, mit einer Trennung der Regierung von der Gesellschaft und Modernisierung von oben auf Kosten der unteren Klassen, nachdem Versuche einer parlamentarischen liberalen Demokratie gescheitert waren. In dieser Variante nutzten die ländlichen Oberschichten viele Druckmittel, um die Arbeitenden auf dem Lande niederzuhalten. Barrington Moores Erklärung der Bedingungen für Demokratie, Faschismus und Kommunismus bettet das Problem nichtdemokratischer Politik in einen anspruchsvollen historischen Rahmen, der es wert ist, geprüft und auch verfeinert zu werden (Moy 1971). Dem intellektuellen Reichtum dieser Analyse, ihren Fallstudien, ihrer Komplexität, aber auch ihren Grenzen, kann ich hier nicht gerecht werden. Meines Erachtens kommt jedoch seine Analyse in ernsthafte Probleme, wenn wir den Blick z.B. auf die kleineren europäischen Demokratien, die die großen Revolutionen nicht durchgemacht haben, ausdehnen. Auch die Gleichsetzung von autoritärer Herrschaft in Japan mit dem Nazi-Totalitarismus unter dem Namen „Faschismus" halte ich für problematisch. Seine Antwort auf die Frage, warum es in Indien eine Demokratie gibt, ist recht unklar und zwiespältig. Noch größere Probleme entstehen aus dem großen zeitlichen Abstand zwischen der Agrarentwicklung in Deutschland im 19. Jahrhundert und dem Aufstieg der Nazis in den 30er Jahren unseres Jahrhunderts, aus seiner Mißachtung der Span-

nungen, die innerhalb der städtischen Industriegesellschaft mit dem Erstarken einer organisierten Arbeiterklasse entstanden, sowie aus der Vernachlässigung des Einflusses des Ersten Weltkrieges und seiner Wirkungen auf die Mittelklasse. Dasselbe gilt für den Einfluß von Krieg und Niederlage auf die halbtraditionellen Agrargesellschaften Rußlands und Chinas, was die Machtübernahme durch kommunistische Revolutionäre mit Unterstützung der Bauern möglich machte - ein Prozeß, der nicht ausschließlich durch die sozioökonomische Struktur und die Unterdrückung der Arbeitenden erklärt werden kann.

III. Traditionelle Autorität und persönliche Herrschaft

Dieses Buch beschäftigt sich mit den wichtigsten Typen moderner politischer Systeme - demokratische, totalitäre und autoritäre. Es gibt allerdings politische Systeme, die - wie sehr man auch die Begriffe dehnt - diesen drei Haupttypen nicht zugeordnet werden können. Hierzu gehören Formen traditioneller Autorität, die manchmal auch mit moderneren bürokratisch-militärischen Elementen kombiniert sind. Die traditionelle Herrschaft mit patrimonialem oder feudalem Charakter erfreut sich heute noch immer beträchtlicher Legitimität, auch wenn ihre Zukunft ungewiß scheint. Auf der regionalen und lokalen Ebene spielen diese traditionellen Elemente in vielen politischen Regimen des Maghreb, des subsaharischen Afrikas sowie in Südostasien eine noch größere Rolle als im nationalen Rahmen. An der Peripherie der modernen westlichen Welt, besonders in Süd- und Mittelamerika nach der Unabhängigkeit, entstanden bei formell demokratischen Verfassungen Formen persönlicher Herrschaft, die nicht strikt als traditionell bezeichnet werden können: der *Caudillismo* und die oligarchische Herrschaft der lokalen Notabeln, Landbesitzer und der *Políticos*, die zuweilen mit einem moderneren Zentrum verbunden war. Dieses System wird oft auch als *Caciquismo* beschrieben.

Die Verbindung traditioneller und moderner Elemente in wirtschaftlich unterentwickelten Ländern mit einer nichtmobilisierten Bevölkerung (manchmal ethnisch und kulturell verschieden, wie die Indios der Anden und in Mittelamerika) und oft mit beschränkten bürgerlichen Freiheiten, ermöglichte solche „oligarchischen Demokratien". Diese Herrschaftsform wechselte sich häufig mit offen autoritären Regimen ab (z.B. in Peru; vgl. Bourricaud 1967). In einigen Gesellschaften führten besondere Umstände zur Herausbildung sehr zentralisierter, in einigen Aspekten auch modernerer Formen persönlicher Herrschaft (um den Ausdruck von Günther Roth (1971) zu benutzen), die weder auf Tradition, Charisma noch auf korporative Institutionen oder eine moderne Partei gegründet sind. Diesen Typ einer willkürlichen persönlichen Herrschaft werde ich unter dem Begriff „sultanistisch" diskutieren, den ich mir bei Max Weber entliehen habe.

Die angeführten Regime - *Caudillismo*, *Caciquismo*, oligarchische Demokratie, Sultanismus - haben sicherlich viele Ähnlichkeiten mit denen, die ich im strengen Sinne als autoritär bezeichne und Zwang und Furcht unter sultanistischen Regimen erinnern sogar sehr

an totalitäre Herrschaft. Aber sowohl die Wurzeln als auch das Funktionieren dieser Regime sind fundamental anders. Deshalb möchte ich sie hier auch gesondert diskutieren.

Traditionell und semi-traditionell legitimierte Autorität

Ich kann hier nicht die umfangreiche Literatur über prämoderne politische Systeme darlegen, sondern es soll auf einige Publikationen verwiesen werden, die sich mit den wenigen Staaten, die sich immer noch unter traditioneller Herrschaft befinden, bzw. die sich mit der Kontinuität traditioneller Elemente und Institutionen in modernisierten Systemen beschäftigen. Politische Anthropologen, insbesondere Experten für Afrika, haben dabei unser Verständnis vom Entstehen primitiver politischer Systeme erheblich erweitert.[1] Historiker wie auch Soziologen konnten in der systematischen vergleichenden Analyse dieser politischen Herrschaftsformen gewiß große Fortschritte erzielen. Beschrieben wurden Gerontokratie, Patriarchat und Patrimonialismus bis zum Königtum, von antiken Stadtstaaten wie der griechischen Polis in ihren verschiedenen Formen bis zu den mittelalterlichen Stadtstaaten der Renaissance[2], der Feudalismus im Westen oder in Japan, die Evolution repräsentativer Institutionen und Ständegesellschaften im Westen und der zentralisierten traditionellen Regierungsformen (besonders der bürokratischen Imperien). Das Entstehen des modernen Staates ist schon jahrzehntelang Gegenstand umfangreicher historischer und sozialwissenschaftlicher Untersuchungen. Politikwissenschaftler und Rechtstheoretiker, Moralisten und Theologen aller Zeiten haben die damit verbundenen Probleme aus ihrer Perspektive behandelt. Auf diese Weise haben viele Disziplinen dazu beigetragen, die Vielfalt *prämoderner, prädemokratischer politischer Formen* zu verstehen, die mit nur wenigen Ausnahmen alle autokratisch waren. In ihnen fand kein freier und friedlicher Wettbewerb um die Macht zwischen allen Mitgliedern der politischen Gemeinschaft und noch weniger unter allen Bewohnern des politischen Gebildes statt.

---

1 Von der umfangreichen Literatur siehe Winckler (1970), Krader (1968), Eisenstadt (1962), Cohen und Middleton (1957), Turner und Swartz (1966), Fortes and Evans-Pritchard (1940), Fallers (1965), Evans-Pritchard (1940 und 1948), Gluckman (1965a und 1965b).

2 Der Sammelband, der von Eisenstadt (1971) herausgegeben wurde, enthält viele Beiträge zu vormodernen politischen Systemen. Dasselbe gilt für Bendix (1968). Der Klassiker in diesem Bereich ist *Wirtschaft und Gesellschaft* von Max Weber (1972). Die heutige Bedeutung von Webers Kategorien wird bei Roth herausgestellt (1971, S. 156-69). Für eine größere vergleichende Studie klassischer Imperien siehe Eisenstadt (1962). Für eine Typologisierung traditioneller Systeme siehe Apter (1965, S. 85-122).

In diesem Kontext muß unbedingt auf Max Weber verwiesen werden. In seinem Werk finden wir in bemerkenswerter Weise jene typologischen und analytischen Begriffe, die gerade für den Sozialwissenschaftler mehr als nur historisch-deskriptiven Wert besitzen. Webers Begriffe sind meines Erachtens für das Verständnis der zeitgenössischen politischen Systeme von großem Nutzen. Das gilt besonders für jene Systeme, die sich in der nichtwestlichen Welt im Übergang von der Tradition zur Modernität befinden. Die historisch-soziologische Schule hat viel dazu beigetragen, daß wir die historischen, institutionellen und rechtlichen Bedingungen für die Herausbildung repräsentativer Institutionen - und mit ihnen auch liberaler demokratischer Regime - verstehen.

Die Zähigkeit der traditionellen politischen Kultur, die in den großen nichtchristlichen Zivilisationen am deutlichsten zutage tritt, und die Rolle religiöser Werte und Institutionen in vielen Gesellschaften machen das Begreifen dieser Kultur zu einem wesentlichen Bestandteil der Analyse der verschiedenen Regime.[3] Autoritäre Herrschaft in nichtwestlichen und weitgehend ländlichen Gesellschaften außerhalb der kommunistischen Länder (und wahrscheinlich auch in diesen) kann in ihrer Politik diese traditionellen Elemente nicht ignorieren. Sie sind auf der lokalen politischen Ebene sicherlich am stärksten. Autoren, die sich eher auf die autoritären Strukturen im Zentrum konzentrieren, unterschätzen leicht das Ausmaß, in dem das Regieren in solchen Systemen, auch wenn sie manchmal schon „gemischte“ Institutionen haben, über diese traditionellen Kanäle erfolgt, die durch Religion und Tradition legitimiert sind und die sich am Rande oder sogar außerhalb der Kontrolle der zentralen Behörden befinden. Die wachsende Zahl von Studien zur Politik auf lokaler, Stammes-, Gemeinde- oder regionaler Ebene in diesen Ländern korrigiert bzw. ergänzt die Analysen demokratischer und autoritärer Regierungen in diesen Teilen der Welt.

Die kleine und sich verringernde Zahl traditioneller politischer Systeme in der Dritten Welt, deren Herrscher sich anhaltender Legitimität erfreuen und die durch patrimoniale Bürokratien, feudale Strukturen oder Stammesorganisationen regieren, sollten von jenen Sy-

[3] Für Aufsätze, die die Bedeutung von Traditionen für das Verständnis heutiger Regierungsformen zeigen, siehe „*Post-Traditional Societies*“ in der Zeitschrift *Daedalus* (1973). Als Beispiele von Monographien, die die komplexe Wechselwirkung zwischen traditionellen und modernen politischen Institutionen zeigen, kann ich Gellner und Micaud (1972) sowie Behrmann (1970) anführen. Siehe auch die Sammlung, die von Swartz (1968) herausgegeben wurde, und die Aufsätze in „*Political Systems and the Distribution of Power*“, A.S.A., Monographs, No. 2.

stemen unterschieden werden, in denen derartige Elemente mit nicht-traditionellen, im allgemeinen westlichen, Institutionen „durchmischt“ sind, wobei sich diese dabei häufig in einer sehr schwierigen Koexistenz befinden. Einige dieser rein traditionellen Systeme haben sich als bemerkenswert stabil erwiesen, vergleicht man sie mit halbmodernen Staaten. Allerdings ist schwer zu sagen, ob es die Fortdauer der traditionellen Legitimität, die traditionelle Sozialstruktur oder die Isolation und die wirtschaftliche Unterentwicklung oder - wie im Mittleren Osten ein überproportionaler Reichtum - sind, aus denen sich die Stabilität dieser Regime erklären läßt. Beispiele dafür sind die Herrschaft des Kaisers von Äthiopien[4], des Königs von Nepal[5] und einiger Könige, Emire und Scheichs der arabischen Halbinsel. Selbst nach ihrem formellen Sturz oder ihrer Abdankung können solche Herrscher weiterhin Macht ausüben, und zwar unter pseudomodernen, von der westlichen Welt kopierten Formen. Thailand (Wilson 1962; Riggs 1967) und Iran (Binder 1962; Zonis 1971), zwei asiatische Länder, die niemals Kolonien waren, haben moderne autoritäre oder demokratische Formen und die Überreste traditioneller Legitimität miteinander verschmolzen und augenscheinlich stabile Gesellschaftsordnungen geschaffen, ohne radikal mit der Tradition zu brechen. Auch Malaysia zeugt davon, daß eine partielle Kontinuität der Vergangenheit mit der Einführung demokratischer Institutionen nicht völlig inkompatibel ist (Milne 1967), auch wenn die Zahl semitraditioneller Regime mit bürokratisch-militärisch-autoritären Elementen anscheinend zunimmt. Die traditionelle Autorität der Monarchen und ihrer patrimonialen Bürokratien kann die Einführung moderner politischer Institutionen erleichtern und hat dies auch getan - ein Prozeß, der historische Vorläufer in Japan mit der Meiji-Restauration bzw. der Etablierung von Demokratie unter der US-Besatzung hat.[6] Die traditionelle Autorität kann sicherlich in „gemischten“ politischen Systemen überdauern. Es gibt aber keine Beispiele dafür, daß sie voll restauriert werden konnte, sobald einmal die Kontinuität unterbrochen worden ist. Restaurationsversuche können nur zu verschiedenen Formen neotraditioneller

---

4 Perham 1947; Hess/Loewenberg 1964; Levine 1965; Abraha 1967; Hess 1970.

5 Rose/Fischer 1970.

6 Die Rolle der Tradition bei der politischen und gesellschaftlichen Modernisierung von Japan wurde recht umfassend in der Forschung behandelt. Als Beispiele verschiedener Interpretationen der Modernisierung unter der *Meiji-Dynastie* siehe Norman (1948), Craig (1961) und Jansen (1961). Einer der wenigen Vergleiche zwischen Japan und einem anderen Land ist der von Ward und Rustow (1964), *Political Modernization in Japan and Turkey*. Für die weiterhin bedeutsame Rolle des Herrschers und des Hofes in der Moderne siehe Titus (1964).

Herrschaft führen, die häufig, wie in Marokko[7], ziemlich instabil sind.

Die Gesellschaften im Maghreb sind gute Beispiele dafür, wie das historische Erbe einer traditionellen, vorkolonialen politischen und Sozialstruktur und deren Transformation unter verschiedenen Mustern kolonialer Herrschaft - die ihrerseits zum Teil eine Reaktion auf die Strukturen vor der Eroberung ist - politische Entwicklungen nach der Unabhängigkeit beeinflussen kann. Die ausgezeichnete Studie von Elbaki Hermassi (1972), die die Entwicklung - die politische wie auch die wirtschaftliche - in Marokko, Tunesien und Algerien miteinander vergleicht, erklärt, wie die jeweilige Dominanz der Monarchie, der Partei und der Armee das Ergebnis struktureller Faktoren und der Entwicklung der Elite, von Elitekoalitionen und *cleavages* ist, die aus diesem nationalen - vorkolonialen und kolonialen – Erbe resultieren. Hermassi zeigt auch, wie sich die Monarchie in Marokko als zu machtvoll erwies, um durch die politischen Parteien geschwächt zu werden. Sie ist zu sehr verwurzelt, um eine Öffnung zu gestatten. In Anlehnung an Samuel Huntington deutet er drei mögliche Strategien für die Monarchie an: ihre Autorität reduzieren und Entwicklung zu einer modernen konstitutionellen Monarchie; Autorität der Monarchie und des Volkes kombinieren oder die Monarchie als die Hauptquelle von Autorität beibehalten und die für sie negativen Effekte, die durch eine Erweiterung des politischen Bewußtseins entstehen, verringern (vgl. Huntington 1968, S. 40-91). Der König versuchte letzteres, indem er selbst den Oberbefehl über Armee und Polizei übernahm und das Innenministerium dem früheren Chef seines Privatkabinetts anvertraute. Diese Lösung hat gewissermaßen zu einem Wesir-System geführt, ohne daß man sich von Anfang an für ein reines Wesir-System oder ein reines Ministerialsystem entschieden hatte. Dieses instabile Arrangement findet seinen konkreten politischen Ausdruck in einem Rat, der von parteilosen Technokraten dominiert wurde, die sich nicht gegenüber politischen Gruppen zu verantworten hatten. Eine solche Verantwortung hätte auch ihre Arbeit unmöglich gemacht. Zugleich hatte dieser Rat keine kollektive Regierungsverantwortung. Seine Mitglieder waren gesondert ernannt worden und dem König individuell verantwortlich, zunächst Mohammed V. und später Hassan II. (Zartmann 1971). Die Ablehnung der zweiten Strategie, also

---

[7] Es gibt eine große Anzahl von exzellenten Studien zum marokkanischen Regierungssystem: Ashford (1961, 1965a, 1967), Waterbury (1970), Zartman (1971), Moore (1970b) sowie Gellner und Micaud (1972). Die letztere betrachtet insbesondere die Wechselwirkung zwischen einzelnen sozialen und ethnischen Sektoren, konkret Arabern und Berbern, und diskutiert den Putsch vom 10. Juli 1971.

direkte monarchische Herrschaft, aber durchsetzt mit einer gewissen Teilnahme des Volkes, z.B. durch die *Istiqlal*-Partei und andere organisierte Interessen, die in der Nationalversammlung vertreten sind, führte zur Spaltung der nationalistischen Bewegung und zur Herausbildung einer neuen Opposition. Um diese auszuspielen, sammelte der König Gegeneliten, wie jene, die die Sache der Berber unterstützten oder die für einen Pluralismus eintraten. (Letztere meinten, die Komplexität der marokkanischen Gesellschaft mache eine Einparteienherrschaft unmöglich und erfordere einen königlichen Schiedsrichter.) Nachdem die Kräfte der Monarchie bei Wahlen unter der 1962 verkündeten Verfassung nur 69 von 144 Sitzen errangen, setzte der König die Verfassung außer Kraft und kehrte zur Regierung durch sein Innenministerium zurück, zunächst unter Notstandsbedingungen und später unter einem neuen Grundgesetz, das seine absolute Herrschaft legalisierte. Wie die wiederholten Versuche zu seinem Sturz und seine Ineffektivität in der Wirtschaftspolitik zeigen, ist das Regime weitgehend von der politischen Elite isoliert. Dies ist ein interessantes Beispiel dafür, daß es unmöglich ist, nach einer Periode beachtlicher politischer Mobilisierung zu einer stabilen traditionellen Herrschaft zurückzukehren. Im Falle Marokkos verschlimmerte sich die Situation durch die Erfolglosigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung, die wiederum die Folge der beschränkten Machtbasis des Regimes war. Die Analyse der Situation Marokkos vor der Unabhängigkeit von Hermassi zeigt sehr deutlich, unter welchen Bedingungen der Neotraditionalismus matt gesetzt werden kann.

Die Kolonialherrschaft verstärkt häufig die traditionellen Sozialstrukturen und Institutionen, mobilisiert aber gleichzeitig neue soziale Kräfte im Kampf für die Unabhängigkeit. Im 19. Jahrhundert zeichneten sich die Maghreb-Staaten allesamt durch Patrimonialismus aus - private Aneignung von Armee und Administration, keine Transparenz bei der Ernennung von Offizieren, dynastische Aneignung des Bodens. Das wurde auf der Ebene der Provinzen fortgesetzt. Dennoch war die persönliche Machtausübung durch religiöse und traditionelle Zwänge beschränkt. Eine andere Einschränkung der patrimonialen Herrschaft kam aus der Stammesbasis der Gesellschaft, die für den Staatsapparat ständig Probleme im Hinblick auf die territoriale und soziale Einheit des Landes provozierte. In Marokko blieb der Staat bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts von den bewaffneten Stämmen abhängig. Die marokkanische Regierung *(al-Machsan)* blieb eine eher rudimentäre Organisation, abhängig von einer Person, die eine Institution an sich war - dem Sultan. Die patrimoniale Herrschaft stand vor dem fast unlösbaren Problem, in einer Subsistenzwirtschaft ein Steuersystem zu unterhalten, das die Bedürfnisse von Bürokratie und Armee befriedigen konnte. Die daraus resultierenden Rebellionen der Notabeln und Stammesführer in den Randzonen ließen dem Sultan keine andere Wahl, als die

Unterstützung Frankreichs zu nutzen, um sein Reich zu erhalten. Die danach einsetzende Kolonialisierung unterbrach jede Form eigenständiger politischer und wirtschaftlicher Entwicklung, gleich ob feudalistisch, kapitalistisch oder wie auch immer.

Die Franzosen, die in jede der drei Maghreb-Gesellschaften zu unterschiedlichen Zeiten mit verschiedenen Methoden eingedrungen waren, manipulierten die vorhandenen Spannungen zu ihren Gunsten, indem sie die traditionelle Sozialstruktur bewahrten und gleichzeitig veränderten. Während die Berber in Tunesien fast völlig verschwunden waren und in Algerien immer noch 30 Prozent der Bevölkerung ausmachten, wobei die Hälfte dieser Berber auf dem Lande lebte, stellten sie 40 Prozent der marokkanischen Bevölkerung und zwei Drittel der ländlichen Bevölkerung insgesamt. Das 19. Jahrhundert war eine Periode des Wandels in diesem Raum. Der Sultan versuchte, seine Kontrolle über die Stämme zu stabilisieren, und dies mittels Feuerwaffen und unter Ausnutzung seines religiösen Monopols, und schürte einen Konflikt zwischen *Balad al Machsan* („Land der Regierung") und *Balad es-Siba* („Land der Abtrünnigen"). Die intensiven Stammesverbindungen, Schwierigkeiten der Kommunikation und das Schwanken zwischen nomadischen und seßhaften Lebensformen der Bevölkerung der Randgebiete hatten diese vor der Zentralgewalt letztlich geschützt. Diese Veränderungen gingen mit der Institutionalisierung der vermittelnden Macht der Stammesführer einher. Diese bedeuteten einerseits für das Regime die Einbindung der anarchischen Stämme und andererseits waren sie für die Stämme die letzte Bastion gegen die Unterwerfung. Die Stammesführer zerstörten die lokalen, mehr oder weniger demokratischen Institutionen und ersetzten sie durch eine persönliche, despotische patrimoniale Form der Regierung. Das Sultanat mußte diese Willkür seiner Notabeln zwar beschränken. Zugleich wurden die vermittelnden Stammesführer unterstützt, um dem Abfall von abtrünnigen Einheiten entgegenzuwirken. Jedoch durfte wiederum deren Macht nicht so stark werden, daß sie in Krisenzeiten illoyal sein könnten. Diese Politik griff Traditionen der politischen Legitimität im Islam auf, indem sie den Bestrebungen der ländlichen Muslime entgegenkam und die charismatische Autorität eines Nachfolgers des Propheten betonte. Sie gewann zugleich Legitimität in den Städten, da real keine Amtseinsetzung ohne die Zustimmung der Notabeln und Religionsgelehrten *(Ulama),* die im Namen der Gemeinschaft dem zustimmten, erfolgte. Wie Geertz (1968) anmerkt, verstanden es die Alawiten in Marokko, in ihrem Sultanat die Prinzipien der politischen und religiösen Organisation miteinander zu vereinbaren, die in den meisten Teilen der muslimischen Welt unvereinbar sind. Die religiöse Legitimität erreichte selbst die Bevölkerung der Randgebiete, die offiziell als politisch abtrünnig galt.

In Marokko realisierten die Franzosen ihre Verwaltung weder direkt noch durch eine partielle Kontrolle, wie in Tunesien, sondern durch eine komplizierte Verwaltungsstruktur, die die Symbole der Legitimität, die Orte der Macht und das Instrument der Autorität voneinander trennte. Die Monarchie blieb erhalten; die Verwaltung lag in den Händen von Europäern, die im Namen der Monarchie handelten, und bei einem Gremium von *Qa'ids*, die formell vom Sultan berufen waren. Die Franzosen protegierten die Berber, insbesondere deren *Qa'ids,* und ihre Stammessolidarität, sie stärkten die Stammesführer und erhielten die alten *Murabit* –Bruderschaften aufrecht. Im Gegensatz zu Tunesien wurde in Marokko der Prozeß der Zentralisierung der Regierung nicht fortgesetzt, weil die Segmentierung und die Meinungsverschiedenheiten der Stämme nicht so groß waren. Auch zerstörten die Franzosen dort nicht die existierende Verwaltung wie in Algerien. Dort waren sie viel früher eingedrungen und hatten alle Zeichen algerischer Souveränität im Namen einer Ideologie der Integration beseitigt, wodurch die einheimische Bevölkerung in vereinzelte Individuen verwandelt wurde. Die französische Protektoratspolitik beruhte in Marokko auf der Nutzung der früheren herrschenden Gruppen statt auf deren Auflösung. Das größere funktionale Gewicht der marokkanischen Monarchie im Vergleich zur tunesischen Dynastie veranlaßte die Franzosen, den Verwaltungsapparat des Sultans selbst zu modernisieren. Die Stämme, die sich lange Zeit geweigert hatten, sich Frankreich zu unterwerfen, waren nun gewillt, sich dem von den Franzosen gestützten Sultan unterzuordnen, worauf es unerwartet zur Vereinigung der Gesellschaft kam - natürlich zugunsten der Monarchie. Die traditionellen religiösen Universitäten von Marokko und Tunis wurden nicht angetastet, und die gebildeten Schichten der alten Städte herrschten weiter in einer Weise, wie das in dem seiner Kultur beraubten Algerien unmöglich war. Die Homogenität und Offenheit für kosmopolitische Einflüsse in Tunesien und die größere Schwäche des Beys im Vergleich zum Sultan von Marokko unterminierten die Autorität des Beys und gestatteten die Bildung eines säkularen Einparteienstaates mit einem beträchtlichen Mobilisierungspotential. In Marokko war der *„Berber Dahir"*, ein 1930 erlassenes Gesetz, das die Berberstämme der Gerichtsbarkeit des Sultans entzog, von Bedeutung. Damit wurde versucht, die ländliche Berbergesellschaft durch Bewahrung und Restauration des Gewohnheitsrechts und Legalisierung der dualen Konzeption vom „Land der Regierung" und dem „Land der Abtrünnigen" zu isolieren. Auf diese Weise sollte die Teilung zwischen Berbern und Arabern strukturiert werden. Doch entgegen den angestrebten Zielen führte dies zur Herausbildung eines modernen Nationalismus. Die Protestbewegung brachte die Furcht der Liberalen vor der Teilung ihrer Gesellschaft zum Ausdruck und sie gewann auch die Unterstützung pseudo-

religiöser Führer, die - mit Billigung der städtischen Bourgeoisie und im Namen des ursprünglichen Islam - für die Wiederherstellung der alleinigen Macht in der Hand des Monarchen eintraten. Die Franzosen förderten Bildungseinrichtungen einerseits für die Söhne städtischer bürgerlicher Familien und andererseits für Berber-Studenten in Form der Militärakademie, die sich auf die Kinder der ländlichen Notabeln orientierte. Zusammen mit der Fortführung der traditionellen islamischen Erziehung wurden dadurch die Eliten auch weiter voneinander separiert. Die nationalistische Bewegung *Istiqlal* wurde von einer Koalition sehr unterschiedlicher Eliten geführt, deren Ziele vom Sultan gebilligt worden waren. Mohammed V., von einigen Nationalisten der Kapitulation und gleichzeitig von den Franzosen der Obstruktion bezichtigt, vom Stammesführer El Glawi getadelt, lediglich der König von *Istiqlal* und einiger Randelemente der städtischen Gesellschaft zu sein, wurde nun zum Verbündeten der nationalen Eliten. Dies führte wiederum zu Gegenallianzen von bürgerlich-zivilen bis hin zu ländlichen Notabeln. Um der wachsenden städtischen Opposition entgegenzuwirken, versuchten die Franzosen, der Politik einen mehr ländlichen Charakter zu geben, indem sie das Stimmrecht ausdehnten. Mit dem Boykott der Wahlen durch die *Istiqlal* begannen die Franzosen eine Politik der Reaktivierung der Stammes-Dissidenz. Diese war mit der Repression der städtischen Elite verbunden. Die Mobilisierung der religiösen Führer und der *Qa'ids,* und durch sie wiederum der traditionalistisch gesinnten Massen, gegen den Sultan führte dann zu dessen Abdankung und Exil. Man hätte sich nun kaum vorstellen können, daß derart unterschiedliche Fraktionen wie die Marxisten und die *Ulama* zusammenkommen und für die Wiedereinsetzung des Monarchen und nicht etwa für die Unabhängigkeit eintreten. Das zwang sogar den durch die Franzosen eingesetzten Sultan, die Rückkehr des legitimen Herrschers zu fordern. Durch diesen komplexen Prozeß wurde die Monarchie letztlich zum Hauptnutznießer der Unabhängigkeit, während die nationale Elite in eine sekundäre Rolle abgedrängt wurde und die Einheitspartei in einem Wirrwarr pluralistischer Tendenzen versank. Zur gleichen Zeit unterminierte die nun schnell expandierende Staatsmacht die traditionalistischen islamischen Kräfte. Wie Geertz (1968, S. 78) mit Recht betont, „gibt es wahrscheinlich keine andere befreite Kolonie, in der der Kampf um die Unabhängigkeit dermaßen um die Erlangung, Wiederbelebung und Erneuerung einer traditionellen Institution zentriert war."

Der Fall Marokkos ist ein gutes Beispiel für Entwicklungstrends, die in verschiedenen Ausmaßen und Formen bei vielen Übergängen vom Kolonialstatus zur Unabhängigkeit auftreten. Diese werden bisweilen durch semi- oder pseudomoderne Formen kaschiert. Segmentierung, Traditionalismus und Prätorianertum, die struktu-

relle Unfähigkeit der Elite, eine Mobilisierung in den ländlichen Gebieten zu erreichen, und das funktionale Gewicht der Monarchie führte zu solchen wie den gerade beschriebenen instabilen und ineffektiven semi-traditionellen Systemen. Wir können hier aber nicht Hermassis komparative Analyse fortsetzen - mit Tunesien, einem der stabilsten und erfolgreichsten mobilisierenden Einparteiensysteme. Und auch zu Algerien, wo die Kolonialherrschaft infolge der direkten Herrschaft die einheimische Gesellschaft völlig zerstörte und die ausgedehnte weiße Ansiedlung sowie die Vernichtung der Kultur wahrscheinlich die Schwierigkeiten politischer Institutionalisierung schufen, die nach der Unabhängigkeit zur Herrschaft der Armee geführt haben, kann hier leider nichts weiter gesagt werden. Hermassis Analyse macht deutlich, wie wichtig das tiefe Verständnis des - vorkolonialen wie kolonialen - historischen Hintergrundes ist, um die Verschiedenheit der autoritären Regime zu begreifen, die in nichtwestlichen Gesellschaften entstehen. Das etwas ausführlichere Beispiel Marokkos sollte zugleich zeigen, wie oberflächlich einige der typologischen Versuche sein können. Wenn man bedenkt, in welchem Maße die Maghreb-Staaten eine gemeinsame islamische Kultur besitzen und gemeinsam europäischen Einflüssen ausgesetzt waren, so zeigt dieses Beispiel sowohl die Grenzen einer kulturellen Interpretation, die so vielen Regionalstudien der vergleichenden Politikwissenschaft zugrunde liegt, als auch die Bedeutung struktureller, sozialer, historischer und ökonomischer Faktoren.

Sultanistische Regime

Es gibt einige wenige Regime, in denen die persönliche Herrschaft und die Loyalität gegenüber dem Herrscher nicht auf Tradition und dessen Verkörperung einer Ideologie gegründet ist (vgl. Roth 1971). Ebensowenig sind es eine einzigartige politische Mission oder Charisma, die diese Herrschaft begründen. Es ist einfach ein Regime, das allein auf einer Mischung aus Furcht und Belohnung für seine Mitstreiter und Anhänger basiert. Der Herrscher übt seine Macht uneingeschränkt aus, nach eigenem Gutdünken und über alle. Er ist in seinem Handeln durch keinerlei Regeln oder irgendeine Bindung an eine Ideologie oder ein Wertesystem beschränkt. Die bindenden Normen und Verhältnisse, die aus einer bürokratischen Administration entstehen, werden beständig durch persönliche Willkürentscheidungen des Herrschers konterkariert, wobei er keine Versuche unternimmt, dies mit irgendwelchen ideologischen Termini zu rechtfertigen. In vielerlei Hinsicht ähnelt die Organisation der Macht und der Beamtenschaft des Herrschers in solchen Systemen dem des traditionellen Patrimonialismus, wie ihn Weber beschrieben hat (1968, S. 231f.). Doch das Fehlen von - aus der Tradition und aus fortge-

setzter traditioneller Legitimität abgeleiteten - Beschränkungen unterscheidet sie wiederum deutlich von den historischen Typen patrimonialer Herrschaft.

Die unmittelbaren Mitarbeiter und Gehilfen solcher Herrscher kommen nicht aus den traditionellen Eliten, die über die verschiedenen Karrieren in der Armee oder in der zivilen Beamtenschaft durch mehr oder weniger allgemeine formale Kriterien rekrutiert werden, sondern sie sind weitgehend vom Herrscher direkt ausgewählte Personen. Sie sind weder „Schüler" noch die alten Kampfgenossen einer Bewegungspartei oder einer konspirativen Gruppe. Es handelt sich häufig um Menschen, die aus eigenen Kräften in der Gesellschaft weder Prestige noch Anerkennung erlangt hätten. Ihre Macht leitet sich ausschließlich vom Herrscher her ab. Oft sind es Familienmitglieder, Freunde, Kumpane, Geschäftspartner oder auch Personen direkt aus dem Gewaltapparat. Armee und Polizei spielen eine prominente Rolle in diesem System, wobei die Ermordung politischer Gegner, die Angriffe und Schikanen oft privat ausgeführt werden - natürlich mit dem Wissen des Herrschers, aber ohne Polizei oder Gerichte einzuschalten.

Sicherlich ist ein solch willkürlicher Machtgebrauch auch in den schlimmsten Phasen des Totalitarismus zu finden. Es gibt allerdings einen wesentlichen Unterschied zwischen diesen Regimen und totalitären Systemen: das Fehlen jeglicher ideologischer Ziele. Ebensowenig gibt es die Mobilisierung der Bevölkerung in und durch eine Partei. Der personalistische und ganz gezielte Machtgebrauch für private Ziele des Herrschers und seiner Getreuen macht das Land im Grunde zu einem riesigen Privatbesitz. Unterstützung basiert nicht auf einer Interessenübereinstimmung zwischen bereits existierenden privilegierten Gesellschaftsgruppen und dem Herrscher, sondern einzig auf den durch diese Herrschaft geschaffenen Privilegien und Vergünstigungen, die für Loyalität angeboten werden, und natürlich auf der Furcht vor brutaler Rache. Die Grenzen zwischen dem öffentlichen Besitz und dem Privatvermögen des Herrschers werden fließend. Öffentliche Mittel werden nach Gutdünken benutzt, profitable Monopole geschaffen und entsprechende Geschenke und Zahlungen von den Geschäftsleuten, die selbstverständlich nicht öffentlich abgerechnet werden, gefordert. Die Betriebe und Unternehmen des Herrschers schließen Verträge mit dem Staat, und der Herrscher bezeugt seinen Anhängern und seinen Untertanen seine Großzügigkeit häufig auf ganz besondere Weise. Die Familie des Herrschers spielt häufig eine prominente politische Rolle. Ihre Mitglieder besetzen öffentliche Ämter und sichern sich auch somit ihren Anteil am Gewinn.

Diese Vermengung von Öffentlichem und Privatem und das Fehlen eines jeglichen Engagements für öffentliche Ziele unterscheidet

solche Regime grundlegend vom Totalitarismus. Die Regierung mischt sich zwar beträchtlich in die Wirtschaft ein, aber nicht zum Zweck der Planung, sondern allein um ihr Ressourcen zu entziehen. Die Stellung der Beamten leitet sich in diesem System allein von der persönlichen Ergebenheit gegenüber dem Herrscher ab, und ihre Stellung gegenüber den Untertanen ist lediglich der äußere Aspekt dieser Beziehung - dies im Gegensatz zu den Bürokratien in anderen Regimen, gleich ob zivile oder militärische. Selbst wenn der politische Beamte kein persönlich Abhängiger ist, fordert der Herrscher bedingungslosen administrativen Gehorsam. Seine Loyalität gegenüber seinem Amt ist kein unpersönliches Engagement für unpersönliche Aufgaben, die Umfang und Inhalt seines Amtes bestimmen, sondern es ist die Loyalität eines Knechts, die auf einer streng persönlichen Beziehung zum Herren beruht. Es ist eine Verpflichtung, die prinzipiell keine Grenzen kennt. In dieser Darstellung habe ich einige Webersche Beschreibungen des patrimonialen Beamtentums übernommen. Diese Beamten genießen wenig Sicherheit; sie werden willkürlich eingesetzt oder entlassen und haben auch keinen unabhängigen Status. In Extremfällen können sie sogar an einem Tag verurteilt und verfolgt werden und am nächsten Tag dank der Gnade des Herrschers zurückkehren. Die gesetzliche und symbolische Institutionalisierung des Regimes ist reine Fassade und kann sich auf Grund äußerer Faktoren, wenn z.B. zu einer bestimmten Zeit bestimmte politische Modelle im Ausland gern gesehen sind, leicht ändern.

Derartige Regime sind ganz offensichtlich stark von der wirtschaftlichen Situation abhängig, denn die Vergünstigungen, die der Herrscher seinen Mitstreitern gewähren kann, hängen davon ab. Opposition gegen sein Regime kommt wahrscheinlich eher von verärgerten Angehörigen des Apparates als von sozialen Gruppen, Institutionen oder politischen Organisationen. Der plötzliche Zusammenbruch solcher Regime wie auch ihre ebenso plötzliche Wiederherstellung machen die grundlegende Instabilität einer solchen, auf Gewalt basierenden Herrschaft deutlich. In entwickelten Industriegesellschaften werden derartige Regime selten etabliert. Sie sind eher mit einer Agrarwirtschaft, in der auch einige Handels- und Industrieunternehmen existieren, kompatibel. Ihre Stabilität und Kontinuität erfordern sicherlich auch ein gewisses Maß an Modernisierung der Verkehrs- und Kommunikationslinien sowie der Organisation von Armee und Polizei, um über die Mittel zur Aufrechterhaltung der Herrschaft zu verfügen und um Bedrohungen, die oft von der Peripherie her ausgehen, abzuwenden. Die Isolierung der ländlichen Massen, deren fehlende Bildung und ihre Armut sind wahrscheinlich notwendig, um ihre passive Unterwerfung zu sichern. Diese wird durch eine Kombination von Furcht und Dankbarkeit

für gelegentliche paternalistische Wohlfahrtsmaßnahmen erreicht, die durch ein Minimum an wirtschaftlicher Entwicklung möglich werden. Die Politik eines solchen Herrschers neigt dazu, gewisse Typen kapitalistischer Unternehmen zu fördern, insbesondere Handel und Plantagen, doch sie kann auch ein ernsthaftes Hindernis sein, wenn es darum geht, einigermaßen rational zu planen. Dies ist für Unternehmen, die in großem Umfang in Kapital investieren und sich auf einen Konsumentenmarkt orientieren, unabdingbar. Es ist also wahrscheinlich, daß ein kleines Land mit einigen städtischen Zentren diesen Typ der Herrschaft begünstigen kann, denn hier ist die Herausbildung alternativer Eliten schwierig und Aufstände an der Peripherie sind eher unwahrscheinlich. Sicher wurden die Regime von Trujillo in der Dominikanischen Republik[8] und Duvalier in Haiti[9], die stark dem hier entwickelten Modell entsprechen, auch dadurch möglich, daß beide auf einer Insel - und sogar derselben - liegen. In Verbindung mit ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Agrarexport erleichterte dies sowohl die Kontrolle der Ressourcen (wie z.B. Handel) als auch die Isolierung von äußeren Bedrohungen.[10]

Außerhalb unterentwickelter Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse haben sultanistische Regime, wie einige traditionelle Autokratien, nur dann eine Überlebenschance, wenn sie über beträchtliche wirtschaftliche Ressourcen verfügen können, die weder moderne industrielle Arbeitskräfte und eine Unternehmerklasse noch eine moderne Verwaltung, Urbanisierung oder verbreitete Bildung erfordern. Leicht auszubeutende natürliche Rohstoffe, deren Produktion sich in den Händen eines oder einiger weniger, hochprofitabler Unternehmen befindet, können die Mittel für ein solches Regime bereitstellen. Im Fall von Trujillo erleichterte die beschränkte Modernisierung des Landes unter seiner langjährigen Herrschaft sowohl die Aneignung von Ressourcen als auch die Nutzung einiger moderner Kontrolltechniken, die den meisten lateinamerikani-

---

8 Wiarda 1968; Galindez 1973; Crassweiler 1966.

9 Rotberg 1971; Diederich/Burt 1969; Fleischman 1971.

10 Ein weniger extremes Beispiel findet sich bei Anderson (1964). Diese Regime werden als Fälle von „persönlicher Kontrolle“ in der Typologie von Lanning (1974) klassifiziert. Sie gründen sich auf zwei Dimensionen: Machtbeziehungen zwischen Autoritäten und Gruppen (wobei er zwischen Gruppendominanz, Machtgleichgewicht und Autoritätendominanz unterscheidet) und organisatorischer Basis, die sich in funktionale, persönliche Beziehungen und Beziehungen von Interessengruppen zeigen. Der sechste sich daraus ergebende Typus basiert auf der Autoritätendominanz und den persönlichen Beziehungen und schließt Haiti, Nicaragua, Paraguay und die Dominikanische Republik unter Trujillo in dessen Spätphase ein.

schen *Caudillos* im 19. Jahrhundert nicht zur Verfügung standen.[11] Das hatte ihre Herrschaft oft so instabil gemacht und häufig andere *Caudillos* als Herausforderer auf den Plan gerufen. Die Ölfunde in Venezuela ermöglichten sicherlich dann auch die Konsolidierung der Herrschaft des *Caudillo* Gómez und später die von Pérez Jiménez, selbst wenn die Gesellschaft Venezuelas zu diesem Zeitpunkt bereits eine Komplexität erreicht hatte, die seine Herrschaft, trotz einiger populistischer Elemente, letztlich unmöglich machte. Die Plantagenwirtschaft einiger mittelamerikanischer Republiken bot ebenfalls eine Basis für derartige Regime. Allerdings wäre es falsch, diese Regime als das unvermeidliche Resultat der Wirtschaftsstruktur aufzufassen. Dadurch würden viele andere Faktoren ignoriert, die zu ihrer Herausbildung und Stabilität beigetragen haben. Hierzu zählt nicht zuletzt, daß jene ausländischen Investoren, die stabile „Geschäfts"beziehungen mit dem Herrscher hergestellt haben, in der Regel auch an einer solchen „Ordnung" interessiert sind.

Sicherlich kann dieser Typ nicht immer säuberlich von anderen Typen autoritärer Regime unterschieden werden. Doch gewiß wird jeder, der sich mit der Dominikanischen Republik unter Trujillo oder mit Portugal unter Salazar befaßt - um zwei relativ kleine Länder als Beispiel zu nehmen -, sehr schnell ein Gespür für den fundamentalen Unterschied zwischen diesen beiden Typen von Autoritarismus bekommen. Die Herrschaft eines Stalin oder Hitler würde niemals die Bewunderung und Loyalität der Massen, oder gar der Intellektuellen und ausländischen Beobachter hervorgerufen haben, hätten sie nicht ihre Herrschaft in den Dienst unpersönlicher Ziele gestellt. Im Totalitarismus, selbst wenn einige Mitglieder der herrschenden Gruppe, wie z.B. Göring, das Leben recht genossen haben und wenn auch Korruption nicht fehlte, war die Herrschaft weder auf die persönliche Bereicherung des Herrschers und seiner Familie gerichtet noch wurde Macht einfach zum Nutzen der herrschenden Gruppe ausgeübt. Doch in einem sultanistischen System geht es in der Tat um die Aufrechterhaltung und Förderung der Privilegien, nicht einer Gesellschaftsklasse oder einer Schicht, sondern allein einer Gruppe von Machthabern. Dabei werden häufig sogar die privilegierten sozialen Gruppen, die Grundeigentümer, die Händler oder auch ausländische Kapitalisten zur Kasse gebeten, die sich auf diese Weise ihren Frieden erkaufen. Die Kosten eines derartigen Regimes trägt hauptsächlich die Masse der Bevölkerung, denn die Privilegierten tendieren dazu, ihre Beiträge zur Erhaltung des Systems auf die Massen abzuwälzen. Diesen fehlt aber die Organisation, um gegen die Ausbeutung Widerstand zu leisten - eine Folge der durch die autokratische Herrschaft erzeugten Atomisierung. Ihre einzige

[11] Zum Leben in einer bäuerlichen Gemeinschaft in der Dominikanischen Republik unter Trujillo siehe Walker (1972, S. 11-31).

Zuflucht ist der mildtätige Paternalismus des Herrschers selbst. Um seine Macht gegen wirtschaftlich oder sozial privilegierte Oligarchien oder institutionelle Gruppen, wie z.B. die Offiziere der Armee, zu konsolidieren, verbindet dieser seine Herrschaft mittels patrimonialer Beamter und Söldner bisweilen mit populistischen Gesten. So war es bei Duvalier, auch „Papa Doc" genannt, auf Haiti, der geschickt auch rassische und soziale Spannungen für sich ausnutzten konnte.

Der Sturz solcher sultanistischer Regime erfolgt meist ohne daß es zuvor zu beträchtlichen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen gekommen war, und er führt oft zu nichts anderem als zu einem anderen sultanistischen Regime. Bestenfalls kommt es zu einer rationaleren autoritären Herrschaft, die von den privilegierten Oligarchien unterstützt wird. Mit Hilfe von außen ist es ebenfalls möglich, daß ein revolutionäres Regime (auch eines mit totalitären Zügen) entstehen kann, während die Transition zu einer stabilen Demokratie äußerst schwierig zu sein scheint. Batista auf Kuba war in diesem Kontext ein sehr spezieller Fall. Er hatte gewiß viele der hier beschriebenen Merkmale, obwohl seine militärische Herrschaft mit der Politikern der Elite und mit verschiedenen Interessengruppen verbunden war (Solaún 1969). Die Tatsache, daß Batista über ein Land herrschte, dessen urbaner Sektor viele moderne Charakterzüge aufwies, verstärkte die Illegitimität seiner Herrschaft und führte, als das Militär die Rebellion von Fidel Castro nicht unterdrücken konnte, schließlich zu seinem Sturz. Der Widerwille im Establishment der kubanischen Gesellschaft, bei Teilen der Justiz und der Kirche, Batista in seiner Herrschaft länger zu unterstützen, machte seinen Sturz und seine anschließende Flucht möglich, ohne daß ein wirklicher Bürgerkrieg stattgefunden hatte. Ein solcher ist jedoch recht wahrscheinlich, wenn traditionelle autoritäre Systeme, wie im Jemen, herausgefordert werden.

Caudillismo und Caciquismo

Im 19. Jahrhundert führten in Süd- und Mittelamerika die Auflösung des spanischen Imperiums mit seinen politische Einheiten und die Schwierigkeiten, in der Folge einen neuen Typ legitimer Herrschaft zu etablieren, zur Herrschaft von *Caudillos*, die von Eric Wolf und Edward Hansen durch folgende vier Merkmale definiert wurde: 1) enge Beziehungen zwischen Patron und Klientel, die durch einen militärischen und persönlichen Charakter und den gemeinsamen Wunsch, durch Gewalt Reichtum zu erwerben, geprägt waren; 2) das Fehlen institutionalisierter Mittel einer Amtsnachfolge; 3) die Anwendung von Gewalt im politischen Wettbewerb sowie 4) die

wiederholten Mißerfolge amtierender Herrscher, ihre Besitztitel als Führer zu sichern (Wolf/Hansen 1967, S. 169).

Dieses System entstand mit der Verbreitung von militärischer Gewalt unter großen Bevölkerungsschichten in dieser Region, wie sie im modernen Europa nicht zu finden war. Das vorhersagbare Wechselspiel hierarchischer Klassenverhältnisse wurde dadurch völlig zerrüttet. Die Grundlage dieser Herrschaftsform waren der traditionelle Großgrundbesitz, die *Hacienda,* und die auf ihr basierenden Arbeits- und persönlichen Abhängigkeiten. Hinzu kamen die sozialen Bande von Verwandtschaft und Freundschaft, und die Fähigkeit einer Person, Gewalt zu organisieren (Gilmore 1964). Infolge der beschränkten Ressourcen, anderen die eigene Herrschaft aufzuzwingen, wegen des Wettbewerbs unter den *Caudillos* und angesichts der Ungewißheit persönlicher Loyalitäten war es ein instabiles politisches System. Diese Instabilität und Veränderungen in der internationalen Wirtschaftssituation, die in der Mitte und am Ende des 19. Jahrhunderts auf Süd- und Mittelamerika erheblich wirkten, führten schließlich zu „Ordnung und Fortschritt"-Diktaturen. Diese zeigten zwar auch noch viele *Caudillo*-Merkmale, aber sie erreichten eine Zentralisierung der Herrschaft und stabilere Beziehungen zu bestimmten gesellschaftlichen Kräften, einschließlich zu internationale Partnern. Prototyp dieser Herrschaft war das sogenannte *Porfiriato* in Mexiko unter General Porfirio Díaz (1876 bis 1911). Diese „Ordnung und Fortschritt"-Diktatur liegt typologisch sicherlich im Grenzbereich zwischen sultanistischen und militär-bürokratischen Regimen.

Auf der lokalen Ebene wurden die Machtstrukturen, die anfangs auch als Basis des *Caudillaje* gedient hatten, zur Stütze des *Caciquismo*-Systems in Spanisch-Amerika bzw. des *Coronelismo*-Systems in Brasilien (Kern 1973). Dieses Herrschaftsmuster beruhte auf der Allianz zwischen den zentralen Machthabern und jenen auf der lokalen Ebene. Letztere „lieferten" die Stimmen und als Gegenleistung erhielten sie dafür aus der Zentrale Patronage oder Geldzuwendungen, oder die Zentralmacht mischte sich einfach nicht in ihre willkürliche oder paternalistische Gewalt über Arbeiter, Pächter und die örtliche Regierung ein. Der *Caciquismo* wurde von Kern und Dolkart (1973, S. 1f) „als ein oligarchisches politisches System" definiert, „das von einer diffusen und heterogenen Elite geführt wird, deren gemeinsamer Nenner die für nationale Zwecke genutzte lokale Macht ist." Seine Basis ist vorwiegend, aber nicht ausschließlich, agrarisch. Häufig sind Freiberufler, Händler, Industrielle und städtische Bosse politischer Körperschaften darin eingeschlossen. Die Grundlage ist „eine starke lokale Macht, die pyramidenförmig organisiert ist, so daß die ‚Chef-'Systeme oder ‚Häuptlinge' - die

Cacicatos - miteinander verzahnt sind und damit die politische Infrastruktur in vielen portugiesisch- bzw. spanischsprachigen Staaten bilden." An der Spitze befand sich eine zahlenmäßig begrenzte Oligarchie von national einflußreichen Männern, die bewußt, durch formale und informelle soziale Bindungen, mit den lokalen *Caciques* verbunden waren.

Trotz der ständigen Veränderungen haben derartige Strukturen, gleich ob unter autoritären oder halbdemokratischen Regimen in der Metropole, bis in unsere Tage überlebt.[12] Der sultanistische Autoritarismus hat auf nationaler Ebene einige der schlimmsten Merkmale des lokalen *Caciquismo* des 19. Jahrhunderts wiederbelebt - vielleicht, weil einige der sozialen Kontrollmechanismen, die auch begrenzende Wirkung für Willkür besaßen, nun den lokalen Gemeinschaften fehlten.

---

12 Neuere soziologische und anthropologische Studien zur lokalen und auch nationalen Politik haben dies mit dem Begriff „*clientela*" konzeptualisiert und ihre Muster als „Klientelismus" beschrieben: siehe z.B. Lemarchand und Legg (1972), Powell (1970), Heidenheimer (1970), Lande (1965), Leeds (1964), Leff (1968).

IV. Autoritäre Regime

Schritte zu einer Definition autoritärer Regime

Bereits in einem früheren Aufsatz habe ich versucht, eine Variante nichtdemokratischer und nichttotalitärer Systeme als *autoritär* zu definieren. Als solche verstehe ich politische Systeme, die „einen begrenzten, nicht verantwortlichen politischen Pluralismus haben; die keine ausgearbeitete und leitende Ideologie, dafür aber ausgeprägte Mentalitäten besitzen und in denen keine extensive oder intensive politische Mobilisierung, von einigen Momenten in ihrer Entwicklung abgesehen, stattfindet und in denen ein Führer oder manchmal eine kleine Gruppe die Macht innerhalb formal kaum definierter, aber tatsächlich recht vorhersagbarer Grenzen ausübt" (Linz, 1964, S. 255).

Diese Definition wurde von mir im Unterschied sowohl zu Systemen mit kompetitiven Demokratien als auch in Abgrenzung zum Idealtypus eines totalitären Systems entwickelt.[1] Sie beinhaltet zwar eine klare konzeptionelle Abgrenzung zur demokratischen Politik, jedoch ist die Grenze zum Totalitarismus recht diffus, da auch vor- und nachtotalitäre Entwicklungen in diese Definition passen. Zugleich werden traditionell legitimierte Regime, die auf unterschiedlichen Formen von Legitimität eines Führers oder autoritär regierender Oligarchien beruhen, nicht in diese Definition eingeschlossen. Zwar hat der Typus, den wir als sultanistisches Regime bezeichnet haben, viel mit jenen Systemen gemeinsam, die wir hier mit unserer Definition des Autoritarismus abdecken wollen. Jedoch unterscheidet er sich von ihm hinsichtlich des Ausmaßes an Willkür und des unvorhersehbaren Gebrauchs von Macht sowie der Schwäche des begrenzten politischen Pluralismus.

Weiterhin erscheint es sinnvoll, die halbkonstitutionellen Monarchien des 19. Jahrhunderts aus unserer Definition auszuschließen. Diese stehen gewissermaßen in der Mitte zwischen traditionell legitimierten Regimen und autoritärer Herrschaft. Dabei vermengten sich monarchische, grundherrschaftliche und sogar feudale Elemente mit sich entwickelnden demokratischen Institutionen. Weiterhin fallen aus dieser Definition die „Zensusdemokratien" (*censitary democracies*) heraus, in denen das begrenzte Wahlrecht, zunächst mit dem allgemeinen Wahlrecht nur für Männer, einen Schritt in der Entwicklung zu modernen kompetitiven Demokratien darstellt. Jene oligarchischen Demokratien, die - vor allem in Süd- und Mit-

---

1 Linz 1964, 1970a, 1973a, 1973b.

telamerika - dem Druck zu weitergehender Demokratisierung durch die Beibehaltung von Wahlrechtsbeschränkungen, z.B. für Analphabeten, durch Kontrolle oder Manipulation der Wahlen mittels der örtlichen Führer, der *Kaziken*, durch den häufigen Einsatz der Armee und durch amorphe Parteien widerstanden, befinden sich an der Grenzlinie zwischen modernen autoritären Regimen und der Demokratie. Sie sind in ihrer konstitutionellen und ideologischen Konzeption zwar näher an demokratischen Regimen, aber soziologisch ähneln sie eher den autoritären Regimen.

Diese methodische Abgrenzung durch Ausschluß läßt jedoch noch eine erhebliche Zahl von politischen Systemen übrig, die unsere Definitionskriterien erfüllen und es außerdem erforderlich machen, weitere Subtypen autoritärer Herrschaft zu bestimmen.

Der von mir hier verfolgte Ansatz konzentriert sich auf die Ausübung und Organisation von Macht. Gefragt wird danach, wie diese Macht mit der Gesellschaft verknüpft ist, wie die Glaubens- und Wertesysteme, die diese Macht stützen, beschaffen sind und welche Rolle der Bürger im politischen Prozeß hat. Dagegen stehen die Politikinhalte, die verfolgten Ziele und die *raison d´être* jener Regime nicht im Zentrum des Interesses. Ich denke, daß diese Dinge uns weder über die Institutionen, Gruppen und sozialen Schichten Aufschluß geben, die Bestandteile des begrenzten Pluralismus sind, noch über jene, die von diesem Pluralismus ausgeschlossen sind. Natürlich setzt die Orientierung auf diese engeren politischen Aspekte dieses Konzept der Kritik aus, ein rein formales zu sein. Eine Kritik, die auch gegen ein generelles Konzept des Totalitarismus bzw. der Demokratie angeführt wird. Ich denke aber, daß ich durch die Charakterisierung von Regimen - unabhängig von deren angestrebter Politik - einen anderen Weg einschlage, um die Probleme zu analysieren, mit denen alle politischen Systeme konfrontiert sind, wie zum Beispiel das Verhältnis der Politik zur Religion oder zu den Intellektuellen. Die Bedingungen für die Entstehung solcher politischer Systeme, für ihre Stabilität und Transformation und letztlich auch für ihren Zusammenbruch sind ebenfalls recht unterschiedlich. Der allgemeine Charakter unserer Definition macht es sogar noch wichtiger, auf der Abstraktionsleiter herabzusteigen und uns die Vielzahl von Subtypen anzuschauen.

Ich spreche hier von autoritären Regimen (*regimes*) statt von autoritären Regierungen (*governments*), um die relativ geringe Eigenständigkeit und Abgegrenztheit politischer Institutionen anzudeuten. Sie durchdringen das Leben der Gesellschaft. Sie verhindern - auch mit Gewalt - die politische Artikulation bestimmter Gruppeninteressen, wie z.B. die religiöser Interessen in der Türkei und in Mexiko nach der Revolution sowie die gewerkschaftlicher Interes-

sen in Spanien. Oft formen sie diese Gruppeninteressen durch eine interventionistische Politik um, wie es für korporatistische Regime typisch ist. Im Gegensatz zu einigen Autoren, die sich mit dem Totalitarismus auseinandersetzten, spreche ich auch von Regimen statt von Gesellschaften, da der Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft sogar in den Vorstellungen der Herrscher nicht völlig verschwunden ist.

Das pluralistische Element ist die herausragendste Charakteristik dieser autoritären Regime. Aber es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß im Gegensatz zu den Demokratien mit ihrem fast *unbegrenzten* Pluralismus, der zudem institutionalisiert ist, wir es hier mit einem *begrenzten* Pluralismus zu tun haben. Es wurde auch vorgeschlagen, daß wir diese Regime mit dem Begriff des „begrenzten Monismus" charakterisieren. Tatsächlich würden diese beiden Begriffe den weiten Spielraum abdecken, in dem diese Regime operieren. Die Begrenzung des Pluralismus kann legal oder *de facto* sein. Sie wird mehr oder weniger effektiv durchgesetzt und ist entweder auf politische Gruppen beschränkt oder auf Interessengruppen ausgeweitet. Es gibt aber einen Pluralismus, und das scheint mir wichtig, solange es auch politische Gruppen gibt, die nicht durch den Staat geschaffen wurden bzw. von ihm abhängig sind. Einige Regime gehen ja so weit, die politische Teilnahme einer begrenzten Anzahl von unabhängigen Gruppen oder Einrichtungen zu institutionalisieren. Sie ermutigen sogar deren Entstehung. Jedoch lassen diese Regime keinen Zweifel daran, daß die Herrscher letztendlich definieren, welche Gruppen unter welchen Bedingungen erlaubt sind.

Weiterhin kann bzw. muß die politische Macht nicht legal und/oder *de facto* durch solche politischen Gruppen gegenüber den Bürgern verantwortet werden, selbst wenn diese Gruppen dafür recht ansprechbar wären. Hier ist auch der wichtige Unterschied zu demokratischen Regierungen zu sehen, wo die politischen Kräfte formal von der Unterstützung der Wähler abhängig sind, auch wenn in der politischen Realität Abweichungen entsprechend dem von Robert Michels formulierten „eisernen Gesetz der Oligarchie" bewirkt werden. In autoritären Regimen erhalten jene, die an die Macht kommen, ihre Position nicht durch die Unterstützung einzelner Gruppen, wobei sie zweifellos die Sichtweisen und Interessen verschiedener Gruppen und Institutionen reflektieren. Sie erhalten sie vor allem aufgrund des Vertrauens, das ein Führer oder eine führende Gruppe in sie gesetzt hat. Ohne Zweifel stärkt dies wiederum deren Prestige und damit auch Einfluß bei ihren verschiedenen Gruppen. Sie haben eine Art von Wählerschaft; eine „potentielle Wählerschaft" könnte man sie nennen, aber diese ist nicht allein oder gar prinzipiell die Quelle ihrer Macht.

Ein ständiger Prozeß der Kooptierung, der Aufnahme von politischen Führern, in den Machtapparat ist der Mechanismus, durch den verschiedene Sektoren oder Institutionen am System beteiligt werden. Und dieser Prozeß ist auch für eine bestimmte soziale Heterogenität und die Verschiedenheit in den Karrieremustern der Elite verantwortlich. Dazu gehört die geringere Zahl von professionellen Politikern, also jenen, die ihre Karriere in rein politischen Organisationen gemacht haben, gegenüber jenen, die aus der Bürokratie, der technischen Elite, der Armee, aus Interessengruppen und manchmal auch aus religiösen Gruppen rekrutiert werden.

Wie wir noch sehen werden, ist in einigen dieser Regime eine offizielle, Einheits- oder privilegierte Partei ein mehr oder weniger wichtiger Faktor des begrenzten Pluralismus. Auf dem Papier beanspruchen solche Parteien oft die allumfassende Macht totalitärer Parteien und haben demnach auch dieselben Funktionen wie diese. Aber in der Realität müssen sie klar von diesen getrennt werden. Das Fehlen oder die Schwäche einer politischen Partei macht oftmals Organisationen, die von der Kirche finanziert oder mit ihr verbunden sind, so z.B. die *Acción Católica* oder der *Opus Dei* in Spanien, zu einem Reservoir für politische Führer in den jeweiligen Regimen. Das unterscheidet sich dann nicht wesentlich von der Elitenrekrutierung bei christdemokratischen Parteien (Hermet 1973). Die Partei in autoritären Regimen ist oftmals nicht mehr, als das, was man in Afrika eine „*parti unifié*“ statt einer „*parti unique*“ nennt: eine Partei, die eher auf der Fusion unterschiedlicher Elemente als auf einem einzigen disziplinierten Körper basiert (Foltz 1965). Oft sind solche Parteien eine Schöpfung von oben. Eher durch jene Gruppe geschaffen, die an der Macht ist, als durch Kräfte, die, wie bei totalitären Systemen, die Macht erst erobern wollen.

Bei der Bestimmung autoritärer Regime benutze ich statt Ideologie den Begriff Mentalität. Dies erfolgt in Anlehnung an die Unterscheidung des deutschen Soziologen Theodor Geiger. Für ihn sind Ideologien Gedankensysteme, die mehr oder weniger intellektuell ausgearbeitet und strukturiert sind, was oftmals durch Intellektuelle oder zumindest mit deren Unterstützung erfolgt (Geiger 1932, S. 77-79). Mentalitäten sind dagegen „Wege des Denkens und Fühlens“, mehr emotional als rational. Sie bieten keine fest kodifizierten Lösungen an, wie der Einzelne in verschiedenen Situationen zu reagieren hat. Geiger benutzt einen sehr plastischen deutschen Ausdruck: Mentalität ist demnach *„subjektiver Geist“* - sogar wenn er gemeinschaftlich ist - und Ideologie wird als „*objektiver Geist*“ angesehen. Mentalität ist intellektuelle Haltung; Ideologie ist intellektueller Inhalt. Mentalität ist psychische Voraussetzung und Bereitschaft; Ideologie ist Reflexion, Selbstinterpretation. Mentalität ist früher, Ideolo-

gie ist später. Mentalität ist formlos, fließend, Ideologie ist fest geformt. Mentalität ist ein Konzept, um den sozialen Charakter zu studieren; Ideologie ist ein Konzept der Kultursoziologie. Mentalitäten sind näher an der Gegenwart und der Vergangenheit, Ideologien haben ein starkes utopisches Element.

Ideologische Glaubenssysteme sind gerade ein Charakteristikum für totalitäre Systeme. Sie basieren auf festen Elementen und starken affektiven und geschlossenen Erkenntnisstrukturen und haben eine beträchtliche Bindungsmacht, die gerade für die Mobilisierung und Manipulation der Massen bedeutsam ist. Im Gegensatz dazu basieren demokratische Regime auf einem allgemeinen Konsens hinsichtlich der Verfahrensweise, wobei das Bekenntnis dazu gewiß auch oft etwas von der Qualität ideologischen Glaubens hat.

Nutzen und Sinn dieser Unterscheidung zwischen Mentalität und Ideologie werden von Bolivar Lamounier (1974) in Frage gestellt. Er meint, daß Mentalität und Ideologie als eine aktuelle politische Variable, als erkennende Formen des Bewußtseins, die tatsächlich im politischen Leben wirken, dies besonders im Kommunikationsprozeß, nicht wirklich so verschieden seien. Er glaubt, daß diese Unterscheidung eher zu einer Unterschätzung der herrschenden Ideen in autoritären Regimen führe und damit deren Analyse behindere. Nichts liegt mir aber ferner. Lamounier betont zu Recht die Effektivität symbolischer Kommunikation und die Vielzahl von referentiellen Verbindungen zwischen Symbol und sozialer Realität in autoritären Regimen. Vieles von Lamouniers' Argument dreht sich um die philosophischen Voraussetzungen für die Definition von Ideologie; ein Aspekt, den ich hier jedoch nicht weiter verfolgen will.

Sowohl Ideologien als auch Mentalitäten gehören zu jenen Ideen, die Anleitungen zum Handeln werden. Dies stellt wiederum einen Aspekt der Institutionalisierung der Machtbeziehungen dar, für die Lamounier den Ausdruck Ideologie vorzieht. Die für mich wichtige Frage ist: Warum haben Ideen eine unterschiedliche Form, unterschiedliche Kohärenz, Artikulation, Verständlichkeit, Klarheit, intellektuelle Ausarbeitung und normative Bindung? Hinsichtlich dieser verschiedenen Dimensionen unterscheiden sich Ideologien und Mentalitäten. Diese Unterschiede sind wahrlich nicht ohne Konsequenzen für den politischen Prozeß. Es ist gewiß schwieriger, sich Mentalitäten als bindend vorzustellen, also die gegenseitige Verpflichtung von Herrschern und Untergebenen, unabhängig von der Notwendigkeit und den Kosten des Zwangs, die eine solche Verpflichtung bedeuten. Mentalitäten sind schwieriger unter den Massen zu verbreiten und sie sind für die Erziehung weniger erfolgversprechend. Wahrscheinlich geraten sie auch in geringerem Maße in

Konflikt mit Religion oder Wissenschaft. In diesem Sinne ist es gewiß komplizierter, Mentalitäten auch als Loyalitätstest zu gebrauchen. Die Spannbreite der Antworten, die wir aus Mentalitäten gewinnen, der Grad ihrer Genauigkeit, die Logik der Ableitungen sowie die offensichtlichen Widersprüche zwischen Mentalitäten und der realen Politik sind sehr verschieden. Ebenso ist ihre Kraft, politische Aktionen zu legitimieren bzw. zu delegitimieren, sehr unterschiedlich.

Bei der Analyse autoritärer Regime fällt es sicherlich schwer, direkte Bezüge zwischen den Ideen des Regimes und dem juristischem Denken oder gerichtlichen Entscheidungen in unpolitischen Fällen zu finden. Dies gilt ebenso für die Kunstkritik und für die wissenschaftlichen Argumentationen. Auch in der Bildung findet man kaum solche leitenden Ideen. Man trifft sicherlich nicht auf die vielgestaltige und hervorstechende Sprache von Ideologien, weder auf deren neue Terminologie und noch auf deren esoterischen Gebrauch. Dies ist für Außenstehende zwar schwer zu verstehen, aber wichtig für jene, die im System leben. Und man findet in den Bibliotheken nicht volle Regale mit ideologischer Literatur, in der dann diese Ideologien lang und breit behandelt werden.

Ich möchte aber hier anmerken, daß diese Unterscheidung keinen klaren Schnitt machen kann, sondern nur zwei extreme Pole mit einer großen grauen Masse dazwischen widerspiegelt. Sicherlich reflektieren bürokratisch-militärische Regime eher die Mentalität ihrer Herrscher. In einigen Regimen werden wir wahrscheinlich das finden, was Susan Kaufman (1970) einen programmatischen Konsens genannt hat, und in anderen Regimen Ideen, die aus verschiedenen Quellen abgeleitet wurden und nun wahllos kombiniert werden, um den Eindruck einer totalitären Ideologie zu vermitteln. Sicherlich spüren gerade autoritäre Regime an der Peripherie der ideologischen Zentren einen Druck, die herrschende Ideologie nachzuahmen, und sie zugleich zu verändern. Das kann oftmals zu ernsthaften Mißverständnissen bei der Analyse solcher Regime führen.

Die in unserem Kontext wirklich interessante Frage besteht in der nach den Machtkonstellationen, die die ideologische Artikulation in solchen Regimen verhindern? Kräftekoalitionen, Interessen, politische Traditionen und Institutionen als Teil des begrenzten Pluralismus erfordern offenbar von den Herrschern den symbolischen Verweis auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Auf diese Weise erreichen sie, bei Fehlen einer unterstützenden Masse, ein Maximum bei der Neutralisierung potentieller Opponenten. Die Verschwommenheit der Mentalität mindert die Bruchstellen in der Koalition und erlaubt es den Herrschern, die Loyalität unterschiedlichster Kräfte zu sichern. Der Verzicht auf explizite Bekenntnisse sei-

tens des Regimes erleichtert die Anpassung an veränderte Bedingungen im äußeren Umfeld. Das gilt besonders für autoritäre Regime in der Einflußsphäre des demokratischen Westens. Der Verweis auf allgemeine Werte wie Patriotismus und Nationalismus, ökonomische Entwicklung, soziale Gerechtigkeit, Ordnung sowie die diskrete und pragmatische Einbeziehung ideologischer Elemente aus den dominanten politischen Zentren der Zeit erlaubt es gerade jenen Machthabern, die ohne mobilisierte Massenunterstützung an die Macht kamen, die politischen Opponenten zu neutralisieren. Sie können verschiedene politische Kräfte, die sie unterstützen, in das System kooptieren und pragmatisch politische Entscheidungen fällen. Mentalitäten, Semi- oder Pseudoideologien reduzieren das utopische Element in der Politik, und damit werden Konflikte gemindert, die anderenfalls entweder eine Institutionalisierung oder eine stärkere Repression erforderlich machen würden. Beides können sich aber die Machthaber oft nicht leisten. Offensichtlich stimmt eine begrenzte Utopie in vielem mit konservativen Tendenzen überein.

Solche Regime bezahlen natürlich für ihren Mangel an Ideologie, wie ich sie verstehe, auch einen Preis. Ein solcher Mangel begrenzt deren politische Kapazität erheblich, Menschen zu mobilisieren und eine psychologische und emotionale Identifikation der Massen mit dem Regime zu erreichen. Das Fehlen einer artikulierten Ideologie, der Verkündung eines historischen Sinns und eines langfristigen Zieles sowie eines Ideals der Gesellschaft reduziert die Attraktivität solcher Regime gerade für jene Menschen, für die Ideen und Werte eine zentrale Bedeutung haben. Die Entfremdung solcher sozialer Gruppen wie der Intellektuellen und Studenten, der Jugend generell und auch religiöser Personen, sogar wenn diese Regime verglichen mit totalitären Systemen erfolgreich und relativ liberal waren, kann zum Teil durch das Fehlen oder die Schwäche der Ideologie erklärt werden. Einer der Vorteile autoritärer Regime mit einer starken faschistischen Komponente war es, daß sie durch die ideologischen Elemente auf einige Gruppen anziehend wirkten. Aber diese Komponente war zugleich auch eine der Quellen von Spannungen, wenn die Machthaber die ideologischen Elemente ignorierten, und das immer offensichtlicher wurde.

In der Theorie sollten wir in der Lage sein, die öffentlich artikulierten Ideen des Regimes, einschließlich seines Stils, von denjenigen Ideen zu unterscheiden, die wirklich den politischen Prozeß als eine politische Variable leiten bzw. beeinflussen. Es könnte nun gesagt werden, der erste Aspekt, der mit Objektivierung umschrieben werden könnte, sei letztlich weniger zentral als die subjektive Aneignung und die vielfältigen Formen des Bewußtseins, die dann tatsächlich im politischen Leben wirken. Ich meine aber, daß die Unterscheidung zwischen Mentalität und Ideologie relevant für die Art

und Weise ist, in der diese beiden Phänomene das Handeln und die Kommunikation in Politik und Gesellschaft beeinflussen. Die komplexe Beziehung zwischen den beiden Ebenen schließt aus, *a priori* über die Richtung dieser Beziehung zu entscheiden. Wahrscheinlich werden in totalitären Systemen die aktuellen politischen Prozesse tiefer durch den Inhalt der Ideologie berührt, während in autoritären Regimen die Mentalitäten der Herrscher, ohne daß diese zugleich explizit gemacht sein müssen, mehr die sozialen und politischen Realitäten reflektieren.

Die Verschwommenheit von Mentalitäten und der Täuschungscharakter der sogenannten Ideologien in autoritären Regimen hat dazu geführt, daß es nur wenige Studien dazu gibt. Interviews mit den Eliten und Umfragen in der Bevölkerung, die jedoch zugleich die Begrenztheit der Meinungsfreiheit und die Hindernisse in den Kommunikationsprozessen in Rechnung stellen müssen, können Mentalitäten zu einem wichtigen Feld bei der Analyse solcher Regime machen.

Jedoch basiert die Typologie autoritärer Regime, die wir hier vorstellen wollen, mehr auf dem Charakter des begrenzten Pluralismus sowie auf dem Grad von Apathie oder Mobilisierung als auf der Analyse verschiedener Arten von Mentalitäten.

In meiner ursprünglichen Definition unterstrich ich zwar das Fehlen von politischer Mobilisierung, weder extensiv noch intensiv, fügte aber zugleich hinzu, daß es in gewissen Entwicklungsphasen solcher Regime durchaus eine Mobilisierung geben kann. Die geringe und begrenzte politische Mobilisierung ist tatsächlich ein Charakteristikum, das solchen Regimen gemeinsam ist. Wie wir in der Diskussion der Subtypen noch sehen werden, ist die Entpolitisierung der Massen in einigen Regimen beabsichtigt. Sie paßt zu deren Mentalität und reflektiert auch die Bestandteile eines begrenzten Pluralismus. In anderen Systemtypen versuchen die Machthaber zu Beginn, sowohl ihre Parteigänger als auch die Bevölkerung insgesamt für eine aktive Teilnahme am politischen Regime und seinen Organisationen zu mobilisieren. Öffentliche Bekenntnisse, oftmals Kopien ideologischer Konzeptionen, drängen sie in diese Richtung. Der historische und soziale Kontext, in dem sich diese Regime etablierten, fördert bzw. verlangt sogar oftmals solch eine Mobilisierung durch eine Einheitspartei und ihre Massenorganisationen. Der Kampf um nationale Unabhängigkeit von der Kolonialmacht oder für die völlige Unabhängigkeit, der Wunsch, neue Gesellschaftsschichten in den politischen Prozeß einzubinden, oder aber die Niederlage eines hoch mobilisierten Opponenten in demokratischen Gesellschaften können zur Entstehung mobilisierter autoritärer Regime mit nationalistischer, populistischer oder faschistischer Prägung führen. Es gibt eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß sich

diese Regime trotz unterschiedlicher Voraussetzungen und Entwicklungspfade tendenziell einander nähern. Diese Übereinstimmung sollte jedoch nicht jene wichtigen Unterschiede verdecken, die sich aus ihren Ursprüngen, der gewählten Legitimationsgrundlage, der Antwort auf Krisensituationen, der Kapazität zur Transformation sowie den Quellen und Typen der Opposition ergeben.

Letztlich sind der Grad der politischen Mobilisierung und damit die Möglichkeiten für die Teilnahme jener, die das Regime unterstützen, ein Resultat der anderen zwei Dimensionen, die ich in meiner Definition verwandt habe. Mobilisierung und Partizipation sind aber schwer zu sichern, wenn sich das Regime nicht in eine totalitäre oder eine demokratische Richtung bewegt. Die effektive Mobilisierung der Massen, besonders durch eine einzelne Partei und ihre Organisationen, würde von den anderen Komponenten des begrenzten Pluralismus, speziell der Armee, der Bürokratie, der Kirche oder einzelnen Interessengruppen als eine Bedrohung aufgefaßt werden. Um dies zu durchbrechen, bedürfte es der Hinwendung in Richtung Totalitarismus. Das Unvermögen, diese einschränkenden Bedingungen zu durchbrechen, und der begrenzte Pluralismus, der einer Entwicklung zum Totalitarismus im Weg steht, wurde für Italien von Alberto Acquarone sehr gut analysiert. Acquarone bringt dabei folgendes Zitat aus einem Gespräch Mussolinis mit einem alten Freund aus der Gewerkschaftsbewegung: „Wenn du dir nur vorstellen könntest, welche Mühe es mich gekostet hat, ein mögliches Gleichgewicht zu suchen und den Zusammenprall jener antagonistischen Kräfte, die sich gegenseitig berühren und eifersüchtig einander mißtrauen, zu vermeiden: Regierung, Partei, Monarchie, Vatikan, Armee, Miliz, Präfekten, Parteiführer in der Provinz, Minister, die Funktionäre der *Confederazioni* sowie die gewaltigen monopolistischen Interessen, etc. Du würdest verstehen, daß dies jene unverdaulichen Dinge für einen Totalitarismus sind, jene ‚Erbmasse', die ich 1922 ohne Einschränkungen akzeptieren mußte, deren Einschmelzen ich nicht erreichen konnte. Es ist ein geradezu krankhaft verbundenes Gewebe, das mit traditionellen und den heutigen Umständen geschuldeten Defiziten dieser großartigen, kleinen italienischen Menschen verknüpft ist, und wo eine über 20 Jahre dauernde und hartnäckige Therapie es nur geschafft hat, etwas an der Oberfläche zu verändern." (Acquarone 1965, S. 302)

Offensichtlich engt die Notwendigkeit, ein Gleichgewicht innerhalb des begrenzten Pluralismus zu erhalten, in der politischen Realität eine effektive Mobilisierung für eine Einheitspartei ein. Letztendlich führt dies auch zur Apathie der Mitglieder und Aktivisten, da solch eine Partei nur einen limitierten Zugang zur Macht im Vergleich mit anderen Kanälen bieten kann. Hinzu kommt, daß die

Unterentwicklung, besonders einer großen ländlichen Bevölkerung, die in isolierten Gebieten lebt und noch Subsistenzwirtschaft betreibt und die oft mit traditionellen oder klientelistischen Machtstrukturen verbunden ist, keine partizipatorische politische Kultur schafft. Trotz ideologischer Erklärungen, Stabskarten der Organisatoren und plebiszitären Wahlen gelingt nicht einmal eine kontrollierte oder manipulierte Partizipation.

Autoritäre Regime, die nach einer Periode kompetitiver demokratischer Partizipation entstehen, die zu unlösbaren Konflikten in der Gesellschaft geführt hatte, entscheiden sich zunächst für Entpolitisierung und politische Apathie. Das bewirkt bei vielen Bürgern zunächst ein Gefühl der Erleichterung nach den Spannungen der vorangegangenen Periode. Anfänglich finden wir auch die Apathie derjenigen, die vom neuen Regime besiegt wurden. Aber angesichts des Fehlens einer disziplinierten Massenpartei und ihrer Organisationen wird nur wenig unternommen, um diese zu integrieren. Hinzu kommt der Terror gegen sie. In dem Maße, wie sich die Spaltungen und Feindschaften in der Gesellschaft verringern, die für eine Mobilisierung für das System gesorgt hatten, werden auch die Parteigänger des neuen Regimes in Apathie versinken. Oftmals ist das den neuen Machthabern willkommen, da somit auch der Druck zur Erfüllung der früher gemachten Versprechungen nachläßt.

Das Fehlen einer Ideologie, die simple Nachahmung von Leitideen sowie die Mentalitäten der Machthaber, besonders der Militäreliten, Bürokraten, Experten und kooptierten Politiker der regimenahen Parteien, sind zweifellos ernsthafte Hindernisse bei der Mobilisierung und Partizipation der Massen. Ohne eine Ideologie wird es schwierig, Aktivisten für freiwillige Kampagnen zu mobilisieren, regelmäßige Teilnahme an Parteiversammlungen zu garantieren sowie eine unmittelbare Propaganda durchzuführen. Ohne eine Ideologie mit utopischen Elementen wird es auch schwierig, diejenigen für Politik zu interessieren, die diese eher als einen Wert an sich und weniger als ein Mittel zur Durchsetzung pragmatischer Interessen begreifen. Ohne eine Ideologie werden die Jugendlichen, die Studenten und die Intellektuellen kaum in die Politik einbezogen und als Kader für die Politisierung der Bevölkerung gewonnen werden können. Ohne das utopische Element, ohne den Anreiz für breitere soziale Schichten - was einen partizipatorischen statt des begrenzten, kontrollierten und kooptierenden Pluralismus der Eliten erfordern würde - basieren die Aufrufe autoritärer Regime eher auf einer konsensualen, nichtkonfliktiven Gesellschaft. Außer in Momenten des Aufbegehrens, des Nationalismus oder der Gefahr für das Regime tendieren sie dazu, Politik auf die Verwaltung des öffentlichen Interesses und auf den unmittelbaren Ausdruck von Einzelinteressen zu reduzieren.

Der begrenzte Pluralismus autoritärer Regime und der unterschiedliche Anteil, den die tolerierten pluralistischen Komponenten an der Machtausübung in verschiedenen Momenten besitzen, führt zu unterschiedlichen Mustern von Semi- bzw. Pseudoopposition innerhalb des Regimes (Linz 1973a). Es gibt eine Halb- oder Semiopposition durch Gruppierungen, die nicht dominant oder in der regierenden Gruppe vertreten sind. Sie üben zwar teilweise Kritik, sind aber grundsätzlich bereit, an der Macht teilzuhaben, ohne das Regime fundamental herauszufordern. Auch wenn diese Gruppen nicht institutionalisiert sind und der gesetzliche Rahmen gering ist, operieren sie keineswegs illegal. Sie können gegenüber der Regierung und einigen Stellen der institutionellen Ordnung sehr kritisch eingestellt sein. Aber sie unterscheiden zwischen diesen und dem Führer des Regimes und akzeptieren die historische Legitimität oder zumindest die Notwendigkeit der autoritären Herrschaft. Es existieren auch Gruppen, die unterschiedliche Schwerpunkte und Politikkonzepte vertreten. Sie unterstützen zwar die Etablierung des Regimes, jedoch wollen sie bestimmte Ziele erreichen, die nicht von ihren Koalitionspartnern geteilt werden. Es gibt oftmals einen erheblichen Dissens zwischen jenen, die sich anfänglich mit dem System identifiziert hatten, aber nicht an seiner Etablierung teilnahmen, oft als die „Jungtürken des Regimes“ bezeichnet, und denen innerhalb des Regimes, die in der Anfangsphase für Ziele eintraten, die aber nun nicht umgesetzt werden, wie z.B. die Restauration eines vorangegangenen Regimes. Es gibt andere Kräfte, die eine stärker ideologische Verpflichtung sehen, jedoch akzeptieren, daß diese Ziele angesichts des notwendigen Kampfes gegen einen Feind augenblicklich zurückgestellt werden. Wieder andere orientieren sich an einem ausländischen Modell, von dem sich aber die neuen Machthaber gerade zu distanzieren versuchen. Und liegt ein autoritäres Regime in den letzten Zügen, finden wir jene, die jeglicher Transformation entgegenstehen, insbesondere der Liberalisierung des Regimes und der Beseitigung seines „ausschließenden“ Charakters. Semiopposition findet sich auch unter jenen der älteren Generation, die an der Etablierung des Regimes teilgenommen haben, um Ziele zu erreichen, welche sie schon vor der Machtübernahme formuliert hatten. Aber sie entsteht auch unter den Intellektuellen und der Jugend, besonders bei Studenten, die die rhetorischen Erklärungen der Führer ernst genommen hatten und nun der Auffassung sind, daß keine effektiven Kanäle für die politische Partizipation mehr existieren.

Nicht selten wird die Semiopposition innerhalb des Regimes zu einer illegalen Opposition. Sie hat dann die Hoffnung auf Transformation des Regimes von innen heraus aufgegeben. Jedoch ist sie noch nicht in der Lage, illegale oder subversive Aktivitäten durch-

zuführen und findet ihre Toleranz manchmal aufgrund persönlicher Beziehungen, die in früheren Jahren zu Vertretern des Regimes hergestellt worden waren. Die Schwäche der politischen Sozialisation und Indoktrination in autoritären Regimen wird auch darin deutlich, daß die dritte Generation, die bisher nicht in das Regime inkorporiert ist, wenn sie die Politik entdeckt, sie sich eher der illegalen Opposition zuwendet. Der autonome Raum für bestimmte soziale Organisationen, die begrenzten Bemühungen der Liberalisierung, die stärkere Beteiligung in den Organisationen des Regimes und die relative Offenheit für andere Organisationsformen schaffen ebenfalls Möglichkeiten für die Entstehung einer nichtlegalen (*alegal*) Opposition. Sie dient manchmal der illegalen (*illegal*) Opposition dazu, die Organisationen des Regimes zu infiltrieren. Zugleich werden die moralischen Skrupel hinsichtlich des Eintritts in diese Organisationen, die von anderen Opponenten formuliert werden, abgebaut. Die Opposition wird oftmals in formal unpolitische kulturelle, religiöse oder berufliche Organisationen kanalisiert. In multikulturellen Gesellschaften mit mehreren Sprachen, wo das Regime mit einer der nationalen Gruppen identifiziert wird, werden gerade kulturelle Manifestationen wie der Gebrauch anderer als der offiziellen Sprache zu einem Ausdruck von Opposition.

Die besondere Position der katholischen Kirche in vielen Gesellschaften unter autoritärer Herrschaft und der oftmals legale Status ihrer Organisationen entsprechen den vertraglichen Vereinbarungen, den Konkordaten, zwischen dem Vatikan und den einzelnen Machthabern. Sie erlauben Priestern und Laien eine bestimmte Autonomie, um als Kanal für oppositionelle Gefühle von sozialen Klassen, kulturellen Minderheiten oder von generationsbedingter Unruhe zu dienen, und nicht zuletzt formieren sich hier auch neue politische Führer. Bei der katholischen Kirche begründen der transnationale Charakter, die moralische Legitimation, besonders nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil, zusammen mit der existierenden Autonomie religiöser Organisationen jene aktive Rolle, die religiöse Gruppen in autoritären Regimen oftmals spielen. Paradoxerweise versorgt die Kirche einerseits das Regime durch ihre Laienorganisationen mit Eliten. Andererseits schützt sie ebenso Dissidenten und gelegentlich spielt sie jene Rolle, die Guy Hermet (1973) als Tribun im Sinne eines Hüters moralischer Werte gegenüber dem Regime beschrieben hat. Die Kirche als eine Institution, die jedes Regime überleben wird, sogar jene, mit denen sie in bestimmten historischen Momenten identifiziert wird, erlangt ihre Autonomie in jenem Moment wieder, wenn Zeichen der Krise im Regime auftauchen. Dasselbe gilt auch für andere Institutionen, die eine erhebliche Autonomie unter autoritärer Herrschaft bewahren können, so z.B. in der Rechtsprechung oder sogar bei der Beamtenschaft.

Ich möchte hier nochmals betonen, daß die Semioppositionen, die nichtlegale, jedoch tolerierte Opposition, und die relativ autonome Rolle verschiedener Institutionen unter den Bedingungen der Halbfreiheit einen komplexen politischen Prozeß hervorbringen, der weitreichende Konsequenzen für die Gesellschaft und ihre politische Entwicklung hat. Die Liberalisierung autoritärer Regime kann weit gehen, aber ohne einen Wandel in der Natur des Regimes, ohne die Institutionalisierung politischer Parteien, wird sie sehr begrenzt bleiben. Die Halbfreiheit unter solchen Regimen zwingt ihre Opponenten, bestimmte Kosten zu tragen, die zwar sehr verschieden sind von jenen verfolgter illegaler Oppositionen. Sie erklären auch manchmal deren Frustration, Auflösung und manchmal sogar Bereitschaft zur Mitarbeit in diesem Regime. Dies kann aber genauso zur Festigung solcher Regime beitragen. Die Mehrdeutigkeit von Opposition unter autoritären Regimen hebt sich deutlich von den klaren Grenzlinien zwischen dem Regime und seinen Opponenten in totalitären Systemen ab. Zugleich erlaubt uns die Bestimmung von begrenztem Pluralismus und tolerierter Opposition, d.h. vor allem das Fehlen von institutionalisierten Kanälen für die politische Teilnahme und für die Opposition, um die Masse der Bevölkerung zu erreichen, eine klare Unterscheidung zwischen Autoritarismus und demokratischen Regimen zu treffen.

Bevor ich meine allgemeine Diskussion autoritärer Regime abschließe, soll noch auf eine weitere Schwierigkeit aufmerksam gemacht werden. Wir leben in einer Welt, in der die großen und erfolgreichsten Mächte entweder stabile Demokratien oder kommunistische bzw. faschistische politische Systeme waren oder sind. Letztere haben mit ihrer ideologischen Attraktivität, ihrer organisatorischen Kapazität, ihrer scheinbaren Stabilität, ihrem Erfolg als entwickelte Industrienationen oder in der Überwindung ökonomischer Rückständigkeit bzw. ihrer internationalen Zweitklassigkeit die autoritären Regime in eine zweischneidige Position gebracht. Kein autoritäres Regime dient als ein utopisches Modell für andere Gesellschaften. Vielleicht ist das Ägypten unter Nasser in der arabischen Welt eine Ausnahme und möglicherweise könnte auch Mexiko mit seiner Kombination eines revolutionären Mythos und der pragmatischen Stabilität seines herrschenden Parteiregimes ein Modell sein. Keines der autoritären Regime hat jedoch politisches Feuer bei Intellektuellen und Aktivisten außerhalb der eigenen Grenzen entzünden können. Keines konnte eine „Internationale“ inspirieren, die solch ein Modell unterstützt hätte. Nur die originären Lösungsversuche Jugoslawiens haben ein unkritisches Interesse unter den Intellektuellen gefunden. Unter diesen Umständen nehmen autoritäre Regime oftmals einzelne Elemente der attraktiven totalitären Mo-

delle auf. Allerdings vermeiden sie es, die eigentliche Substanz des Modells zu erfassen oder sie sind dazu einfach auch nicht in der Lage. Nur in den 30er Jahren schien mit der Ideologie des Korporatismus, die eine Vielfalt ideologischer Quellen vereint und mit der konservativen katholischen Soziallehre verbunden ist, eine genuine nichttotalitäre und nichtdemokratische ideologische Alternative zu entstehen. Das sichtbare Scheitern dieser Systeme, die Tatsache, daß keine große Macht diesem Weg gefolgt ist, die diffusen Grenzlinien zwischen dem konservativen bzw. katholischen Korporatismus und dem italienischen Faschismus und letztlich auch die Tatsache, daß sich die Kirche von ihren organischen Gesellschaftstheorien gelöst hat, haben dieses dritte Modell der Politik endgültig unterminiert. Unabhängig davon, welche gesellschaftlichen Wurzeln autoritäre Regime haben und welche Leistungen sie vorzeigen mögen, sie werden letztendlich mit zwei attraktiven alternativen Politikmodellen konfrontiert, die sowohl die Möglichkeiten einer umfassenden und selbstbewußten Institutionalisierung dieser autoritären Regime begrenzen als auch ihren Opponenten Stärke verleihen. (Linz 1973 b)

Typologisierung von autoritären Regimen als Forschungsproblem

In der sozialwissenschaftliche Literatur findet man eine Reihe von Vorschlägen und Ideen, um eine Typologie autoritärer Regime zu entwickeln. Einen solchen haben Almond und Powell (1966) unterbreitet, indem sie innerhalb der autoritären Systeme konservative, modernisierende und „prämobilisierte“ (*pre-mobilized*) unterschieden haben. Beispiele dafür sind Spanien, Brasilien und Ghana. Ebenso sind die Typologien von Samuel Huntington und Clement Moore (1970) zu nennen, die die Dynamik von bestehenden Einparteiensystemen analysiert haben: Huntington unterscheidet zwischen ausgrenzenden und revolutionären Einparteiensystemen einerseits und zwischen revolutionären und etablierten Einparteiensystemen andererseits. Auch Edward Shils Vorschlag von 1960 sollte nicht vergessen werden. Shil unterscheidet dabei zwischen „Vormundschaftsdemokratien“ (*tutelary democracies*), modernisierenden Oligarchien und traditionellen Oligarchien. Giovanni Sartori wiederum hat in einer nichtveröffentlichten Studie zu politischen Parteien die Systeme, die auf einer nichtkonkurrierenden Staatspartei beruhen, in Einparteiensysteme und Systeme, in denen eine Partei vorherrscht (*hegemonic-party systems*) unterschieden. Auf weniger abstrakter Stufe unterscheidet er totalitäre und autoritäre Parteien, Einheitsparteien und hegemonistische Parteien sowie ideologische und pragmatische Parteien (Sartori, 1970b). Eine Typologie von Clement

Moore, in der die Ideologien von Einheitsparteien das Kriterium sind, sieht folgendermaßen aus:

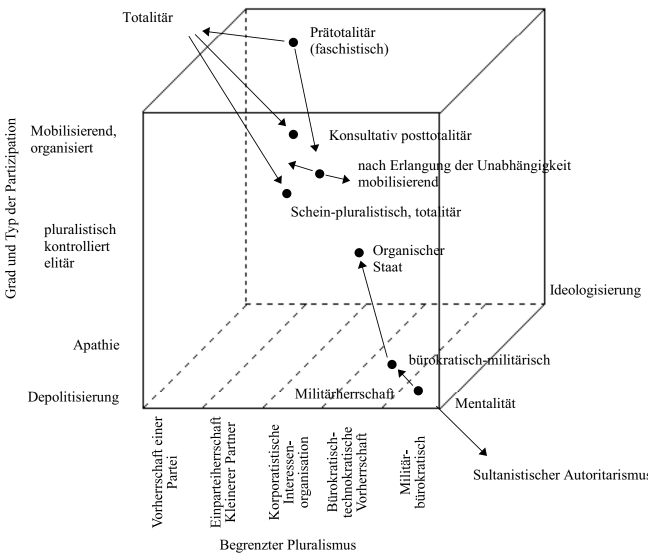
Funktion	Transformationsziele	
	Total	Partiell
Instrumental	*Totalitär* Rußland unter Stalin, China unter Mao, Drittes Reich, osteuropäischer Stalinismus	*bevormundend (tutelary)* Tunesien, Tansania, Jugoslawien, Türkei unter Atatürk
Expressiv	*Chiliastisch/utopisch* Italien unter Mussolini, Ghana unter Nkrumah, Mali, Guinea, Kuba, Algerien unter Ben Bella	*administrativ* Mexiko

Diese Typologie gründet sich auf eine Unterscheidung zwischen einer zweckmäßigen, instrumentalen und einer expressiven Dimension, deren Operationalisierung aber ziemliche Schwierigkeiten bereitet. Die Unterscheidung zwischen totalitären und chiliastisch-utopischen Parteien ist meines Erachtens besonders diffus: Es ist z.B. nicht klar, warum das „bevormundende“ System als instrumental und das „administrative“ als expressiv eingeordnet werden (Moore, 1970). Ich denke, daß diese Typologien, die ich keineswegs einfach übergehen möchte, bestimmte Aspekte autoritärer Regime beleuchten. Sie sind wahrscheinlich gerade für die Analyse von Regimen in den neuen und alten Staaten der nichtwestlichen Welt oder besonderer Kulturzonen sinnvoll.

Da viele autoritäre Regime im Zuge eines Militärputsches entstanden sind und auch später von Militärs beherrscht werden, scheint eine Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Systemen zunächst fruchtbar zu sein. Eine solche Differenzierung soll dann auch die politische Natur und den Zweck der Militärintervention bei der Machtergreifung mit einbeziehen. Gewiß ist, daß jene Autoren, die über die politische Rolle des Militärs in Süd- und Mittelamerika sowie im Nahen und Mittleren Osten geschrieben haben(z.B. Finer, 1962), wichtige Beiträge zu unserem Verständnis von autoritären Regimen liefern. Allerdings würde in meinem Verständnis eine Kategorie „militärische autoritäre Regime“ zu viele und auch zu unterschiedliche Regime beinhalten. Allein die Nennung solcher Namen wie Atatürk, Pétain, Franco, Perón, Nasser, Odría, Medici

und Lazaro Cardenas deutet dies schon an. Stabile Militärregime durchlaufen oftmals einen Prozeß, in dem die zivile Komponente zunehmend gestärkt wird. Ich denke, die militärische Herkunft bzw. militärische Karriere eines Staatsoberhauptes allein sagt uns wenig über den Charakter des Regimes. Soldaten, wie Atatürk, können eine tiefgreifende Kulturrevolution durchführen, oder wie Nasser, soziale und ökonomische Veränderungen bewirken. Manchmal ersetzen sie traditionelle Regime und an anderer Stelle, wie z.B. in Spanien unter Franco, stoppen sie unter konterrevolutionären Vorzeichen die Entwicklung zur Demokratie. Sicherlich resultieren aus der militärischen Mentalität der Männer an der Spitze bestimmte gemeinsame Züge dieser Regime, aber ich denke nicht, daß diese für eine sinnvolle Typologie ausreichend sind.

Wir werden bei der Untersuchung von autoritären Regimen auch leicht in die Irre geführt, wenn wir die Selbstaussagen der Regime nehmen, die häufig wenig Aussagekraft haben. Die Gründungsgruppe oder deren Führer haben bei der Machtergreifung meist keine oder nur eine geringe ideologische Orientierung. Es gibt höchstens einige vage Vorstellungen von „Ordnung“, „Einheit des Landes“, „Modernisierung der Nation“, „Sturz des korrupten Regimes“ oder vom „Ende ausländischer Einflüsse“. Ihnen fehlt eine ideologische Begründung oder eine Idee, die für Intellektuelle attraktiv wäre. In diesem Vakuum sucht man Symbole und Ideen, um sie in ihr *arcana imperii* einzufügen, und diese findet man beim Zeitgeist, d.h. man nimmt Ideen, die gerade *en vogue* sind und den „Lauf der Geschichte“ zu bestimmen scheinen. Es ist sicherlich kein Zufall, daß in den 20er Jahren Atatürk in der Türkei eher progressive, säkulare und demokratische Ideen und Symbole wählte, und daß die mittel- und osteuropäischen Diktaturen mit ihren Bürokraten und Offizieren, wie auch Franco, in den 30er Jahren den Faschismus nachahmten. Einige der jetzigen autoritären Regime geben wiederum vor, „sozialistisch“ zu sein. Statt Korporatismus werden nun „demokratischer Zentralismus“, „partizipatorische Demokratie“ oder „Arbeiterräte“ eingeführt. Wir sollten solche Behauptungen in keinem Falle für bare Münze nehmen. Natürlich sind sie nicht irrelevant. Schließlich haben diese anfänglichen, oftmals nur vagen Parteinahmen internationale Reaktionen zur Folge, und sie beeinflussen auch deren spätere Entwicklung, indem sie Möglichkeiten eröffnen bzw. ausschließen (Linz, 1973b). Dennoch wäre es sehr riskant, unsere Klassifizierung auf diesen Behauptungen aufzubauen. Die wirkliche Politik und die Funktion der politischen Institutionen können sich trotz pseudoideologischer Unterschiede sehr gleichen, und die Ähnlichkeiten in der Mentalität der Herrscher können wiederum eine Verständigung und Affinität zwischen Herrschern scheinbar sehr unterschiedlicher Systeme möglich machen.



Würde man nun ideologische Elemente als Unterscheidungskriterium nehmen, so käme meines Erachtens folgende Typologie autoritärer Regime zustande:

1. Regime, die vorgeben, eine Modernisierung durchzuführen. Es geht ihnen dabei vor allem um die Säkularisation, die Reform des Erziehungswesens und die Schaffung der Voraussetzungen für eine konstitutionelle Demokratie, die den westlichen Nationen gleicht. Regime, die im Zuge des Ersten Weltkrieges entstanden waren, wie in der Türkei und auch Mexiko, waren einer solchen Rhetorik verpflichtet. Dies zeigte sich an den institutionellen Regeln, die zwar in der Praxis ignoriert wurden, am Ende aber eine Entwicklung in diese Richtung möglich machten.
2. Faschistische oder semifaschistisch-nationalistische Regime.
3. Regime, die ich als „organische Staaten“ („*organic statism“*) charakterisiere, und die sich an einer katholisch-korporativistischen Soziallehre mit faschistischen Elementen orientieren.

Diese unterscheidet sich aber von faschistischen, populistischen, nationalistischen und totalitären Vorstellungen. Oft werden diese Regime, die einen bestimmten Typ von Pluralismus institutionalisieren, mit dem Faschismus verwechselt. Der Begriff „Klerikalfaschismus" reflektiert sowohl das Vorurteil des Beobachters als auch die Zwiespältigkeit dieses Typs von autoritären Regimen der 20er und 30er Jahre dieses Jahrhunderts.

4. Regime, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den neuen unabhängigen Staaten entstanden. Sie behaupteten, einen eigenen nationalen Weg in Richtung einer partizipatorischen Staatsform einzuschlagen. Die Bildung einer Einheitspartei oder die Unterordnung bestehender Parteien unter eine Partei wird als „bevormundende Demokratie", so wie Sukarnos Indonesien, oder als eine Institutionalisierung von „Basisdemokratie", z.B. in Pakistan, bezeichnet.
5. Neue Staaten in Afrika und im islamischen Raum, die die traditionellen Vorstellungen von Autorität ablehnen und unter dem Eindruck des Erfolgs kommunistischer Länder und manchmal auch, um deren Sympathie zu suchen, vorgeben, „sozialistisch" zu sein. Sie gründen Massenparteien und sprechen sich eindeutig gegen einen westlichen Individualismus aus. Statt dessen versuchten sie, eine neue Vorstellung von „Gemeinschaft" durchzusetzen. Im Falle der islamischen Länder wird versucht, diese ideologischen Nachahmungen mit den islamischen Vorstellungen von „Gemeinschaft", die zum Teil moderne Ideen mit traditionellen religiösen Vorstellungen vermengen, zu verbinden. Es ist gewiß kein Zufall, daß einige Autoren Ähnlichkeiten zwischen „afrikanischem Sozialismus" und Faschismus in halbentwickelten Agrarstaaten der 30er Jahre betont haben (Gregor, 1968, 1974a).
6. Kommunistische posttotalitäre Regime, die Gordon Skilling wiederum in „konsultativen, quasi-pluralistischen, demokratisierenden und anarchischen Autoritarismus" differenziert.

Obwohl die hier kurz beschriebenen Typen sicherlich nützlich sind, würde ich jedoch diesen Ansatz nicht als den fruchtbarsten für die Entwicklung einer Typologie autoritärer Regime ansehen. (Eine gewisse Ausnahme stellt der sechste Typ dar.)

Zu einer Typologie autoritärer Regime

Wenn unsere Definition von Nutzen sein soll, so muß sie uns auch erlauben, Subtypen dieser Regime zu entwickeln. Der begrenzte Pluralismus als Gegensatz zur Tendenz zum Monismus sollte zu Typologien führen, die danach gruppieren, welche Institutionen und

Gruppen sich in welcher Weise beteiligen dürfen und welche ausgeschlossen werden. Wenn keine Mobilisierung in totalitärer Art versucht wird bzw. diese scheitert und dieses Moment ein solches Regime von einem totalitären unterscheidet, dann sollten die Ursachen und die Art und Weise dieser begrenzten Mobilisierung eine weitere Dimension für eine Typologie sein. Da es jedoch schwierig ist, die Unterschiede zwischen Mentalitäten und Ideologien konkret zu erfassen, besonders weil Ideologien oft nachgeahmt werden, stellt sich in der Praxis diese Dimension als weniger hilfreich heraus, auch wenn sie theoretisch ein wichtiges Element einer Typologie bleiben sollte.

Der eingeschränkte Pluralismus autoritärer Regime zeigt sich in unterschiedlichen Formen. Innerhalb dieser Regime besetzen verschiedene Gruppen oder Institutionen mehr oder weniger dominante Positionen. Die Beteiligung von Gruppen an der politischen Macht wird von bestimmten sozialen Kräften kontrolliert und durch verschiedene organisatorische Strukturen kanalisiert. In diesem Kontext werden bestimmte autoritäre Regime von einer bürokratisch-militärisch-technokratischen Elite beherrscht, die zu einem Großteil schon vor diesem Regime existierte. In anderen Regimen ermöglicht eine aus der Gesellschaft wachsende Einheits- oder dominierende Partei die privilegierte politische Beteiligung und den Eintritt in die Elite. In wieder anderen Regimen nehmen verschiedene soziale Gruppen in der einen oder anderen Weise am politischen Prozeß in einer Form teil, die wir „organischen Staat" nennen können, und der oft auch als Korporatismus bzw. „organische Demokratie" beschrieben wird. Ein besonderer Fall von begrenztem Pluralismus liegt vor, wenn ein Großteil der Bevölkerung von der organisierten Teilnahme an wichtigen Entscheidungen aufgrund zugeschriebener Charakteristika wie Rasse oder Ethnizität ausgeschlossen wird, während andere Bürger die politischen Freiheiten der Demokratie genießen - zumindest solange sie nicht die Aufnahme der bisher ausgeschlossenen Teile der Bevölkerung in die Politik aktiv befürworten. Ich werde diesen Spezialfall von autoritären Regimen unter dem paradox anmutenden Begriff „Rassendemokratie" diskutieren.

Wenn wir uns nun der anderen Dimension unserer Definition zuwenden - der eingeschränkten bzw. begrenzten Beteiligung, der kontrollierten Teilnahme, der Tendenz zu Apathie bei den Bürgern, die vom Regime toleriert oder gar gefördert wird, dann stehen in bürokratisch-militärisch-technokratischen Regimen nur wenige, wenn überhaupt, Kanäle für die Teilnahme der Bevölkerung offen. Selbst an einer manipulierter Beteiligung der Massen haben diese Herrscher kein besonderes Interesse. Andere Regime wiederum

versuchen, die Bürger zur Teilnahme in genau definierten, mehr oder weniger monopolisierten Kanälen, die durch die politische Führung geschaffen wurden, zu mobilisieren. Dies geschieht meist durch eine Einheits- oder Hegemonialpartei und abhängige Massen- und Funktionsorganisationen. Insoweit diese Einheitspartei nicht dazu geschaffen wurde, andere Organisationen und Institutionen von einem begrenzten politischen Pluralismus auszuschließen bzw. sie nicht vollständig durchdringt, haben wir es mit einem autoritären Regime zu tun. Solche Regime können dann als „mobilisierende autoritäre Regime" bezeichnet werden. In dieser Hinsicht unterscheiden sie sich sowohl von bürokratisch-militärischen Regimen als auch von denen, die ich als „organischen Staat" bezeichne. Sie sind auch von dem viel freieren politischen Pluralismus innerhalb der privilegierten „Rassengemeinschaft" der „Rassendemokratie" verschieden.

Wenn man die Umstände in Betracht zieht, unter denen diese mobilisierenden autoritären Regime historisch entstanden sind, werden zwei verschiedene Typen deutlich. Im ersten Fall ist die mobilisierende Einheits- oder Hegemonialpartei während des Unabhängigkeitskampfes entstanden. Sie hat im Prozeß der Machtübernahme eine dominante Position erlangt, die sie vor potentiellen Konkurrenten schützt, indem sie jene politischen Freiheiten abschafft, die zu anderen Parteien führen würden. Potentielle Führer anderer Parteien werden kooptiert oder korrumpiert. In ihrer Anfangsphase stützen sich solche Regime auf eine beachtliche Mobilisierung der Gesellschaft und sie könnten sich unter anderen Umständen als denen einer postkolonialen unterentwickelten Gesellschaft auch in eine totalitäre Richtung bewegen. Allerdings werden sie eher zu autoritären Regimen, in denen dann die anfänglich mobilisierende Partei eine wichtige Komponente in der Machtstruktur wird.

Der zweite Typ von mobilisierenden autoritären Regimen findet sich in postdemokratischen Gesellschaften, in denen eine rein bürokratisch-militärische Herrschaft oder eine solche, die auf der Repräsentation einer genau definierten und auch begrenzten Zahl von sozialen Gruppen und institutionellen Interessen im organischen Staat beruht, nicht möglich ist, da sich der Großteil der Bevölkerung am politischen Prozeß beteiligen will. Darüber hinaus entstehen solche Regime, wenn der Ausschluß bestimmter Bevölkerungsgruppen oder die Zerstörung ihrer Organisationen mehr als nur einen *coup d'etat* benötigt. Dann ist eine Mobilisierung durch eine Partei oder durch zum Teil obligatorische Massenorganisationen jenseits der bürokratischen Strukturen der Polizei oder der Armee notwendig. Diese Art von ausgrenzenden autoritären Mobilisierungsregimen in postdemokratischen Gesellschaften war eines der Ergebnisse faschistischer Mobilisierung von Interessen, Ideologien und Emotionen in den Demokratien der krisenhaften Zwischenkriegs-

zeit in Europa. Die autoritären Mobilisierungsparteien und -bewegungen zielten auf ein totalitäres Machtmonopol und die *„Gleichschaltung"* sozialer Gruppen, Interessen und Organisationen ab. Dabei versuchte man, andere Kräfte, wie die Kirchen oder Armee, politisch zu neutralisieren. Soweit sie darin scheiterten, können wir auch von „defekten" oder „gestoppten totalitären Systemen" sprechen. Da die Stabilisierung eines wirklich totalitären Regimes nicht am Tag der Machtübernahme erreicht ist, können wir auch die prätotalitären Phasen einiger politischer Systeme als autoritäre Situationen bezeichnen.

Schließlich läßt die Art und Weise, in welcher der begrenzte Pluralismus in bestimmten politischen System nach einer Periode totalitärer Herrschaft entsteht, von einer *posttotalitären Gesellschaft* als einem speziellen Typ sprechen. In solchen Systemen ist die hegemoniale Stellung der Partei nicht völlig verschwunden. Der eingeschränkte Pluralismus, in dem sie sich die politische Macht mit anderen Institutionen, Gruppen und Interessen teilen muß, ist zu einem Großteil eher aus den sozialen und politischen Strukturen erwachsen, die durch das neue Regime geschaffen wurden und weniger aus den zuvor bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen. Soweit diese Gruppen nicht einfach Teile der Einheitspartei und der kontrollierten politischen Struktur sind und soweit die Konkurrenz um die Macht zwischen ihnen nicht einfach das Resultat von bürokratischen oder gruppeninternen Streitigkeiten zwischen den Eliten und den Institutionen ist, sondern sich mit breiteren Schichten der Gesellschaft verbindet, haben wir es hier mit einem *posttotalitären autoritären Regime* zu tun. Jedoch unterscheidet sich ein solches Regime von den zuvor genannten durch die ererbten Organisationsstrukturen, die politische Kultur und die Erinnerungen an die Vergangenheit.[2]

Es wäre überraschend, wenn die Typen, die ich aus meiner Analyse des begrenzten Pluralismus und der Art der Beteiligung oder Apathie abgeleitet habe, nicht auch eine gewisse Nähe zu bestimmten Arten der Systemlegitimierung hätten. Sicherlich werden im Falle der bürokratisch-militärischen Herrschaft solche Ideen am wenigsten intellektuell artikuliert. Hier sollten wir vor allem von Mentalität sprechen und den angebotenen ideologischen Formulierungen wenig Aufmerksamkeit schenken, da sie meist nur einfach gestrickt sind und häufig von anderen Ideologien abgeleitet wurden. Im Gegensatz dazu benötigt die *Mobilisierung* eine ideologische Grundlage, besonders wenn sie den Einheits- oder Hegemonialparteien

---

2 Ich habe später – gemeinsam mit Alfred Stepan – posttotalitäre Regime als einen eigenen spezifischen Typus, und nicht als einen Subtyp der autoritären Regime behandelt. (Vgl. auch IV.7. in diesem Buch.)

eine besondere Rolle zuweisen und die Beteiligung der breiten Bevölkerung in dieser Partei suchen. Diese ideologischen Formulierungen sind dann gewiß ein wichtiger Faktor im politischen Prozeß, selbst wenn sie nicht eine solche Rolle wie Ideologien in totalitären Regimen spielen. Jedoch trägt deren Mangel an Artikulation und Komplexität bzw. ihr abgeleiteter Charakter oft dazu bei, daß das Mobilisierungspotential dieser Regime relativ schnell abnimmt. Dieser Prozeß war besonders in vielen der afrikanischen Einparteistaaten sichtbar, die zunächst als stark ideologisch begründete Regime entstanden, und sich dabei auch dem totalitären Modell annäherten, das manche ihrer politischen Führer vielleicht auch im Sinn hatten. Das Ergebnis macht aber offensichtlich, daß viele autoritäre Mobilisierungsregime sich schließlich eher dem bürokratisch-militärischen oder dem organischen Typ annäherten. Nur in den mobilisierenden postdemokratisch-ausgrenzenden Regimen westlicher Gesellschaften, in denen eine faschistischen Partei, bevor sie die Macht übernahm, eine wichtige politische Kraft geworden war, blieb Ideologie ein selbständiger Faktor. Dies trifft noch mehr auf posttotalitäre Regime und jene, die ich mit den Begriffen eines „defekten“ bzw. „gebremsten“ Totalitarismus bezeichne, sowie auf die prätotalitären Phasen mancher dieser Regime zu.

Im Folgenden werden ich etwas detaillierter die Merkmale einer Reihe von Typen autoritärer Regime beschreiben. Es geht dabei um die Bedingungen ihres Entstehens, um die Konsequenzen für den politischen Prozeß und für das Leben der Bürger in diesen Systemen. Hier soll zunächst angemerkt werden, daß diese Typen nicht von unseren Begriffstypen autoritärer Regime, sondern aus einer umfangreichen Literatur über diese Regime, die oftmals keine komparative typologische Begiffsbildung beinhaltet, weitgehend induktiv abgeleitet wurden. Ich denke aber, daß diese abgeleiteten Typen zu den hier entwickelten Definitionen von autoritären Systemen passen, und daß die hervorstechenden Unterschiede, die zu ihrer Charakterisierung benutzt wurden, auch in den verschiedenen Dimensionen meiner Definitionen gefunden werden können.

Im Sinne der oben gemachten Demokratiedefinition, mit der sich demokratische Systeme recht gut von nichtdemokratischen abgrenzen lassen, können lediglich jene Systeme, die ich als *Rassen*- oder *Ethniendemokratien* konzeptualisiert habe, nur zu bestimmten Zeiten als demokratische begriffen werden: solange sie nicht auf repressive Gewalt zurückgreifen, um zu verhindern, daß die ausgeschlossenen ethnischen Gruppen die Beteiligung fordern, oder daß Mitglieder der privilegierten Gruppe eine solche Erweiterung von politischen Rechten verlangen. Auf der anderen Seite ist die Grenze zwischen autoritären Regimen und denen, die sich dem Idealtypus von totalitären Systemen annähern, viel schwerer zu operationa-

lisieren. Das zeigt sich auch darin, daß wir mit den Adjektiven wie „posttotalitär", „defekt totalitär" oder „prätotalitär" verschiedene autoritäre Systeme beschreiben.

In einem gewissen Maße sind die bürokratisch-militärischen Regime, die weder eine komplexere Institutionalisierung des begrenzten Pluralismus in der Form des organischen Staates noch eine Einheitspartei entwickelt haben, die der Nachwuchsrekrutierung für die Elite und als Kanal für die Beteiligung dient, Musterfälle autoritärer Regime. Sie sind am weitesten entfernt von jeglicher Ähnlichkeit zu demokratischen Systemen, aber auch vom modernen Totalitarismus. Man könnte sicherlich fragen, welche der anderen Typen dem Modell demokratischer Politik am ähnlichsten sind. Die Möglichkeiten politischer Beteiligung und der Zugang zu politischen Machtpositionen in mobilisierenden Regimen bringen diese in gewissem Maße dem Idealtyp demokratischer Politik näher. Auf der anderen Seite sind mobilisierende Organisationen wie die Einheitspartei und die zahlreichen Massenorganisationen, die sie kontrolliert, ein Hindernis für den gesellschaftlichen Pluralismus, weil sie der Vereinigungsfreiheit, die demokratische Politik kennzeichnet, entgegenstehen. Der organische Staat wiederum ähnelt mehr dem sozialen Pluralismus, der sich innerhalb einer freien Gesellschaft spontan entwickelt, weil er den bestehenden gesellschaftlichen Pluralismus - wenn auch in kontrollierter Form - institutionalisiert und ihn in die politischen Prozesse integriert, ohne eine Monopolstellung einer einzigen politischen Organisation zu schaffen. Dies geht aber auf Kosten der Beteiligung der Bürger im Unterschied zu den Eliten. In dieser Beziehung entfernt sich der organische Staat weiter als die mobilisierenden Regime von der Vorstellung, daß sich Bürger am politischen Prozeß beteiligen. Auf die eine oder andere Weise unterscheiden sich sowohl die mobilisierenden Regime als auch der organische Staat recht deutlich von demokratischen Regimen.

Noch schwieriger ist die Frage, in welchem Maße sich diese Regime in eine Konkurrenzdemokratie verwandeln können. Sicherlich läßt der organische Staat spezifischen Interessen mehr Artikulationmöglichkeiten und den Institutionen mehr Autonomie. Er wendet auch deutlich weniger Kraft auf, um die Masse der Bürger in eine bestimmte Richtung zu politisieren. So könnte eine Gesellschaft geschaffen werden, die besser darauf vorbereitet ist, einen uneingeschränkten Pluralismus und multipolaren und konfliktreichen Charakter der demokratischen Politik zu akzeptieren. Allerdings ist es eher wahrscheinlich, daß die Privilegien, die der Staat bestimmten Organisationen und Institutionen gegeben hat, dazu führen, daß deren Führer die Möglichkeiten für politische Mobilisierung durch Parteien als besonders gefährlich ansehen und sich deshalb noch mehr an den autoritären Rahmen klammern. Dagegen könnte ein

mobilisierendes Regime, das glaubt, mit seiner Einheits- oder Hegemonialpartei die Gesellschaft ausreichend durchdrungen und seine dominante Position gesichert zu haben, auch mit einem kompetitiveren Rahmen experimentieren, um an der Macht zu bleiben. Tatsächlich kann die Chance, daß die vorherrschende Stellung beibehalten wird, die Transformation in Richtung einer Demokratie erleichtern, die langfristig größere Legitimität verspricht. Auf längere Sicht oder auch durch eine Fehlkalkulation könnte sich somit schließlich doch eine Konkurrenzdemokratie ergeben. Ein mobilisierendes Regime behält auch institutionell und ideologisch das demokratische Prinzip der direkten Beteiligung von Bürgern im politischen Prozeß bei. Angesichts dessen können wir verstehen, daß die Türkei unter Atatürk, in der ein bürokratisch-militärisches Regime zu einem moderat mobilisierenden Einparteienregime geworden ist, sich nach dem Zweiten Weltkrieg dann in eine Konkurrenzdemokratie wandeln konnte. Dasselbe trifft in gewissen Maße auch für die Transformation des *Estado Novo* in Brasilien in eine populistische Demokratie zu, in der die Eliten des vorherigen autoritären Regimes weiterhin eine wichtige Rolle spielen konnten. Mexiko wäre ein weiteres Beispiel. Einige Autoren haben in die Entwicklung von Demokratie innerhalb von Einheitsparteien in mobilisierenden autoritären Regimen, besonders in posttotalitären Regimen, außerordentlich große Hoffnung gesetzt. Ich denke aber, daß die Möglichkeiten einer Umwandlung solcher Regime in Konkurrenzdemokratien geringer sind, als vermutet wird. Schließlich setzt die Beteiligung innerhalb der Einheitspartei eine Bindung an Programm und Ideologie der Partei voraus. Von der Partei wird aber jede alternative politische Vorstellung, die Vorbedingung für Konkurrenzpolitik ist, mit Hinweis auf die Möglichkeiten für politische Partizipation innerhalb der Grenzen der Partei und ihrer Massenorganisationen erstickt.

Leider kann hier keine ausführliche Analyse jener Regime erfolgen, die sich an den Grenzlinien zwischen den beschriebenen Idealtypen befinden. Viele der Regime verbinden in verschiedenen Phasen ihrer Geschichte in einer mehr oder weniger geplanten oder zufälligen Weise Elemente der verschiedenen Typen. Es scheint, daß viele autoritäre Regime als bürokratisch-militärischer Typ entstanden, aber nach ihrer Konsolidierung mit anderen Möglichkeiten experimentierten und versuchten, sich mit mehr oder weniger Erfolg in organische Regime und, meist ohne Erfolg, in mobilisierende Regime zu wandeln. Auf der anderen Seite driften viele Regime, die als mobilisierend-autoritärer Typ begannen, in eine Mischung von bürokratischem und organischem Staat ab, wenn sie nicht gar von einer militärischen Macht gestürzt werden, die dann mit der Hilfe technokratischer Eliten versucht, einen organischen Staat zu

institutionalisieren. Jede Phase in der Entwicklung von autoritären Regimen - ihr Entstehen in einer prä-autoritären Gesellschaft, ihre Etablierung, ihre Suche nach kopierbaren Modellen, ihr Zögern bei der Institutionalisierung - hinterläßt wahrscheinlich Spuren im System. Autoritäre Regime sind in der Realität sehr komplexe Systeme, die durch verschiedene widersprüchliche, oft nicht miteinander zu vereinbarende Modelle geprägt sind, die dann auch ihre Institutionalisierung beeinflussen. Genau dies erklärt die Schwierigkeiten bei der typologischen Einordnung. Sicherlich nähern sich nichtdemokratische Regime während ihrer Entwicklung dem einen oder anderen Typ an. Diese Tatsache wird in gewissem Maße in dieser Analyse vernachlässigt, die die Entstehung und Entwicklung solcher Regime und deren Einordnung gegenüber den vorhergehenden oder nachfolgenden Regimen betont. Nicht zufällig befinden sich solche Regime noch Jahre nach ihrer Etablierung in den Augen ihrer Herrscher in einer Phase, in der man sich eine Verfassung gibt. Ständig werden Verfassungen neu verabschiedet. Die politische Architektur bleibt lange unvollendet, was wiederum verschiedenen politischen Kräften die Hoffnung gibt, sie doch noch nach ihren eigenen politischen Vorstellungen zu gestalten. Paradoxerweise scheint in demokratischen Regimen die Verfassungsgebung eine kürzere Zeit zu benötigen, die dann auf oft unerwartete Weise künftige Entwicklungen des Regimes vorherbestimmt. Genauso paradox scheint es, daß in der Anfangsphase von Demokratien die neuen demokratischen Eliten in Versuchung kommen, ihre gewonnene Macht zur Institutionalisierung ihrer eigenen politischen Präferenzen zu nutzen. Dies kann dazu führen, daß soziale Gruppen, die zu diesem Zeitpunkt organisatorisch schwach waren, später die konstitutionelle Ordnung beim Kampf um die politische Macht angreifen, wobei sie die Freiheiten nutzen, die ihnen die Demokratie gibt. Die rationalistische Richtung der jakobinistischen Demokratie kontrastiert in dieser Beziehung mit der oft pragmatischen Weise, in der politische Institutionen in autoritären Regimen geschaffen werden. Vielleicht finden wir hier eine Erklärung für die relative Stabilität vieler autoritärer Regime trotz ihres beachtlichen Wandels und für die Instabilität von neu etablierten Demokratien in denselben Gesellschaften.

Der Versuch, die verschiedenen autoritären Regime zu konzeptualisieren und zu verstehen, stößt auch deshalb auf einige Schwierigkeiten, da die Tendenz besteht, politische Systeme außerhalb der westlichen Demokratien und der kommunistischen Systeme im Kontext eines bestimmten geographisch-kulturellen Rahmens zu untersuchen. So beschäftigt man sich sehr oft mit Regimen in Süd- und Mittelamerika oder dem Nahen und Mittleren Osten, mit Systemen

in Südostasien oder in Afrika. Statt analytische Kategorien zu verwenden, ist der geographische Faktor hier entscheidend.[3] Zugleich hat die Zusammenfassung der mittel- und osteuropäischen kommunistischen Staaten in der vergleichenden Analyse und die wissenschaftliche Spezialisierung bei der Untersuchung von kommunistischer Politik dazu geführt, mögliche Vergleiche mit nichtkommunistischen autoritären Regimen zu vernachlässigen.[4] Gleicherma-

---

[3] Die beschreibende Literatur über Politik in Süd- und Mittelamerika generell und zu einzelnen Ländern in diesem Raum ist sehr umfangreich. Ich kann mich auf sie hier nicht im Detail beziehen. Eine gute Darlegung mit einzelnen Länderkapiteln, einschließlich Bibliographien, findet sich bei Needler (1970). Siehe auch Anderson (1967) mit besonderer Betonung des Verhältnisses von Politik und ökonomischer Entwicklung. R. H. McDonald (1971) ist informativ bezüglich der Parteiensysteme und Wahlen. Siehe auch meine Bemerkungen in diesem Kapitel zu Militärpolitik, Korporatismus und der mexikanischen Politik. Zu dem Problem der Instabilität siehe Kling (1956). Zu Regierungsformen im Mittleren Osten siehe u.a. Binder, 1964, Halpern, 1963; Karpat, 1968; Hurewitz, 1969, Abboushi, 1970; Rustow, 1971; Landau, 1972. Sie bieten umfangreiche Beschreibungen, bibliographische Angaben und Analysen der ideologischen Tendenzen. Diese Arbeiten und jene zu Ägypten und dem Maghreb, besonders Marokko sollten die Grundlage für eine stärker vergleichend arbeitende und auch theoretischere Analyse autoritärer Regime in islamischen Gesellschaften sein. Dabei sollten auch die verschiedenartigen Übergangsmuster von traditioneller oder kolonialer Herrschaft zu moderneren politischen Systemen stärker beachtet werden. Mein Ansatz in diesem Kapitel schließt die Diskussion über die Beziehung zwischen kulturellen Traditionen, Werten und sogar einem psychologischen Ansatz zur Entstehung von autoritären Herrschaftsformen aus. Die Unterschiede, die hier z.B. zu spanischen oder südostasiatischen Gesellschaften bestehen, würden sicherlich meine Analyse ergänzen. Für einen Überblick über südostasiatische Regierungsformen siehe Kahin (1964) und Pye (1967).

[4] Vergleichende Analysen zu kommunistischen Systemen und die Verschiedenheit der theoretischen Ansätze haben eine lange Tradition: siehe Cohen und Shapiro (1971), Kanet (1971) und Soup (1971). Kanet (1971) argumentiert wie Tucker (1969) oder Fleron (1969), daß die Studien über kommunistische Systeme in einen weiteren Kontext eingebunden werden sollten. Ohne diesen Punkt zu vernachlässigen, möchte ich aber behaupten, daß ein mehr systematisch-theoretischer Vergleich kommunistischer Systeme notwendig ist. Dieser sollte nicht auf die UdSSR und Osteuropa oder Vergleiche zwischen der UdSSR und China, wie in dem Band, der von Treadgold (1967) herausgegeben wurde, oder in indirekter Weise in besseren Monographien über China, begrenzt bleiben, sondern auch Kuba, Nordvietnam und Nordkorea einschließen. Die verschiedenen Phasen in jenen Systemen könnten uns sogar mehr Möglichkeiten bieten, eine „multivariable" Vergleichsanalyse durchzuführen, wie dies von Yeh (1967) in der Studie über die Industri-

ßen führte die Dominanz von Untersuchungen zu Nazi- Deutschland in der Forschung zum Europa der Zwischenkriegszeit zu einer Vernachlässigung der autoritären Regime der 20er und 30er Jahre als einem eigenen Typ. Wir haben zwar viele exzellente historische Berichte, aber wenige systematische Studien. In diesem Kontext fällt auch der Mangel an Studien zu Portugal auf, dem langlebigsten autoritären Regime in einer westlichen Gesellschaft.[5] Auf der ande-

---

alisierungsstrategien in der UdSSR von 1928-1937 und in China von 1953-1962 umgesetzt wurde. Regionale Spezialisierung, sicherlich auch durch unterschiedliche Sprachkenntnisse bedingt, und die Schwierigkeiten bei der Datenaufnahme waren dabei oft Hindernisse. So zog z.B. Kuba besonders die Aufmerksamkeit sowohl von Sympathisanten als auch von Kritikern in den USA sowie von französischen Linken auf sich. Jedoch nur wenige Lateinamerikanisten und kaum ein Autor, der sich mit anderen kommunistischen Ländern beschäftigt, interessiert sich für diese Insel. Kuba ist mehr Objekt beschreibend-historischer Studien (Huberman und Sweezy 1969; Draper 1965; Suárez, 1967, Dumont, 1970; Karol, 1970; Thomas, 1971; Halperin, 1972); ebenso die Aufsatzsammlungen, die von MacGaffey und Barnett (1965), Mesa Lago (1971) und Horowitz (1972) herausgegeben wurden. Außer der Studie von Tang und Maloney (1962) zur chinesischen Wirkung und der größeren Ähnlichkeit in den kubanischen Partizipationsmustern mit denen in China als mit jenen der Sowjetunion (Fagen, 1969, S. 259) gab es bisher, sogar unter kommunistischen Ländern, nur wenige Bemühungen, das kubanische Regime in vergleichender Perspektive zu untersuchen. Die charismatisch geprägte Herrschaft Castros (Fagen, 1965; Lockwood, 1967), die relativ langsame Institutionalisierung der Parteiorganisation, der Wandel in der Politik, die Abhängigkeit von der UdSSR, die Feindschaft der USA, die wachsende Militarisierung (Dumont, 1970; Domiguez, 1974) und die hoch polemische Antwort auf die Revolution haben zusammen möglicherweise dieses Defizit bewirkt. Es ist an dieser Stelle unmöglich, eine adäquate Bibliographie zum kommunistischen China anzuführen. Für eine fundierte Quellenauflistung siehe Berton und Wu (1967), Schurmann (1968), Waller (1971, S. 172-82). Die exzellenten Aufsatzsammlungen, die von Treadgold (1967), Barnett (1969), Baum (1971), Lindbeck (1971) und Scalapino (1972) herausgegeben wurden, sowie das *Handbook* von Wu (1972) können, zusammen mit den hier zitierten Monographien, als sehr gute Einführung dienen. Dazu kommen Arbeiten von Lewis (1963), Townsend (1972), Vogel (1971) und die klassischen Werke von Schram (1967, 1969) zu Mao und seinem Denken. Einen Überblick bietet Schaffer (1967) mit Kapiteln von marxistischen und nicht-marxistischen Autoren. Außerdem werden Länder, wie Albanien, Korea, Vietnam und die Mongolei behandelt, die ansonsten oft vernachlässigt werden.

5 Zu Salazars *Estado Novo* siehe Kay (1970), Lucena (1971), Schmitter (1973b, 1974), Wiarda (1974) sowie die Primärliteratur, die sie zitieren, einschließlich der grundlegenden Werke zur Organisation des Staates, die in Portugal selbst veröffentlicht wurden.

ren Seite sind viele Analysen autoritärer Regime dadurch eingeschränkt, daß recht einseitig der militärische Beginn betont wird, ohne daß das Funktionieren dieser Regime nach dem Coup analysiert wird. Daß eine breitere komparative Perspektive im Fall von Süd- und Mittelamerika fehlt, ist besonders schade, da dadurch diese regionale Gruppierung angesichts bestimmter kultureller, historischer und internationaler Faktoren nicht einem sicherlich fruchtbaren Vergleich mit südeuropäischer Politik gestellt wurde. Zum Beispiel wurden kaum die vergleichbaren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in einigen der weiter entwickelten südamerikanischen und europäischen Länder sowie die wichtigen ideologischen Einflüsse, die gerade aus Europa kamen, untersucht.

In jüngster Zeit kamen zu diesen methodischen Hindernissen das Übergewicht soziologischer Kategorien, die oft auf relativ vereinfachten wirtschaftlichen Indikatoren beruhten, und noch vereinfachendere marxistische Analysen hinzu. Dies hat dazu geführt, daß die politischen Variablen in der Untersuchung vieler politischer Systeme in der Dritten Welt vernachlässigt wurden. Dasselbe trifft für die Literatur der großen Theorien politischer Entwicklung oder Modernisierung zu, die sich sehr oft auf einem hohen Abstraktionsgrad befindet. Zwischen den beschreibenden Fallstudien und theoretisch-vergleichender Forschung, die sich auf bestimmte Variablen und deren Zusammenhang konzentriert, wird kaum eine Brücke geschlagen. Globale quantitative Untersuchungen, die auf Datensammlungen zweifelhafter Qualität beruhen, haben die Unterschiede zwischen verschiedenen Typen politischer Systeme völlig ignoriert, in dem diese alle auf einem einheitlichen Kontinuum sozial-ökonomischer Entwicklung, politischer Entwicklung und Demokratisierung behandelt werden. Die Verwendung der Definitionen ist meines Erachtens recht locker und die erreichten Ergebnisse haben für mich eine recht trügerische wissenschaftliche Genauigkeit. Ganz sicher wurden dadurch Autoren nicht gerade ermutigt, systematische vergleichende Studien einer begrenzten Zahl politischer Systeme mit Theoriefragen zu verbinden, paarweise Vergleiche durchzuführen oder systematisch „harte Daten“ für den Vergleich zu sammeln. Ich denke, daß solch eine vergleichende Analyse von autoritären Regimen, die sich in verschiedenen kulturellen und geographischen Räumen und unter dem Einfluß von unterschiedlichen ideologischen Systemen befinden, es uns erlaubt, genauer den spezifischen Einfluß von kulturellen Traditionen und ideologischen Modellen zu erkennen, anstatt sie mit Mustern in Verbindung zu bringen, die in einer ganzen Reihe von Systemen gefunden werden können, wo diese Variablen nicht vorhanden sind. Natürlich gibt es eine beachtliche Überschneidung zwischen Untersuchungen zu autoritären Regimen und solchen zu Prozessen politischer Entwicklung, die besonders in

wirtschaftlich unterentwickelten Ländern der sogenannten Dritten Welt abgelaufen sind.[6]

1. Bürokratisch-militärische Regime

Der Untertyp, den wir am häufigsten bei autoritären Regimen finden, ist sicherlich jener, in dem Koalitionen dominieren, die von Militärs und Bürokraten kontrolliert, jedoch nicht ausschließlich beherrscht werden. Diese Koalitionen übernehmen die Regierung, wobei sie andere Gruppen ein- bzw. ausschließen, ohne daß dies mit einem Bekenntnis zu einer bestimmte Ideologie verbunden ist. Pragmatismus innerhalb der bürokratischen Mentalität bestimmt ihr Handeln. Eine Einheitspartei, die eine dominante Rolle spielen könnte, wird weder geschaffen noch erlaubt. Diese Regime funktionieren ohne eine solche Partei, wobei sich oft eine offizielle, von der Regierung unterstützte Partei findet. Diese versucht aber nicht, die Gesellschaft in kontrollierter Weise zu mobilisieren, sondern es geht ihr eher um das Gegenteil: Deren Beteiligung am politischen Leben, selbst in manipulierter Form, soll vermindert werden. Eine solche Partei „besetzt politischen Raum", um einen Ausdruck Schmitters (1974) zu verwenden. In relativ wenigen Fällen erlauben diese Regime ein Mehrparteiensystem, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Wahlen keine freie Konkurrenz um öffentliche Unterstützung ermöglichen. Selbst bei einer begrenzten Zahl von erlaubten Parteien versuchen sie, mit Manipulationen, die sich von Kooptierung über Korruption bis Repression erstrecken, die Kollaboration, Unterwerfung oder Ineffektivität solcher Parteien zu erreichen (Janos, 1970a).

In der polemischeren Literatur werden solche Regime gerne als „faschistisch" bezeichnet, da sie besonders in der Zwischenkriegszeit einige faschistische Slogans, Symbole und Stilelemente übernahmen. Einige Länder in Osteuropa wurden durch geographische und außenpolitische Erwägungen dazu gebracht, sich mit den Achsenmächten zu verbinden, die wiederum oft diese den überzeugteren, also nationalistischen, faschistischen Bewegungen, wie der „Eiserne Garde" in Rumänien, vorzogen. Der im Grunde pragmatische Charakter solcher Regime erlaubte es einigen von ihnen auch, sich mit den westlichen Demokratien gegen ihre aufsteigenden faschistischen Nachbarn zu verbinden (Seton-Watson, 1967). Die herausragende Rolle der Armee als Stütze des Regimes und die Tatsache, daß viele Offiziere eine wichtige Rolle gespielt haben,

[6] Ich habe hier bewußt diese gewiß fruchtbare Perspektive vernachlässigt, da sie an anderer Stelle in diesem Handbuch, in dem dieser Essay erscheint, behandelt wird.

obwohl die Armee als Institution nicht die Macht ergriff, hat andere Autoren dazu gebracht, sie als „militärische Diktaturen“ zu beschreiben. Gewiß, manche von ihnen wurden als Militärdiktaturen geboren und das Militär blieb oft dominant. Es wäre aber meines Erachtens verfehlt, die viel komplexeren politischen Strukturen und die wichtige Rolle der zivilen Führer, vor allem der höheren Beamten, aber auch der Freiberufler und Experten sowie der Parteipolitiker aus der vorherigen Ära, nicht zu beachten.[7] In vielen dieser Regime spielten traditionelle Institutionen, wie die Monarchie und in einem geringeren Maße die Kirche oder vormoderne soziale Strukturen wie aristokratische oder bürgerliche Großgrundbesitzer, eine große Rolle. Trotzdem sollte man diese Systeme nicht als traditionelle Systeme bezeichnen. Zunächst war die traditionelle Legitimität der Monarchie in den Ländern, die dieses System noch hatten, relativ schwach (Clogg und Yannopoulos, 1972). In einigen von ihnen war diese erst ein paar Generationen vorher eingeführt worden, und die Monarchen kamen oft aus einem fremden Königshaus. In einem Fall, Iran, war die Dynastie sogar von einem erfolgreichen General nach einem Putsch errichtet worden. Es ist sehr fraglich, ob in vielen dieser Regime überhaupt ein größerer Teil der Bevölkerung dieser Art von Herrschaft gegenüber loyal war. Sogar die traditionellen Sozialstrukturen, wie die aristokratischen Großgrundbesitzer, waren oft mehr die Nutznießer der Herrschaft von moderneren Eliten, die aus anderen sozialen Schichten kamen und politische Macht ausübten. Diese griffen oft die symbolischen Privilegien der traditionellen Herrschaftsschicht an, deren Macht zunehmend auf ländliche Gebiete begrenzt wurde. In der Typologie von Edward Shils, die vor allem nicht-westliche Entwicklungsländer zu erfassen sucht, fallen solche Regime logischerweise in die Kategorie von traditionellen Oligarchien. Während die Grenzlinie zwischen den Typen von Regimen, die hier beschrieben werden, und den traditionellen Oligarchien oder rein traditionellen politischen Systemen relativ schwierig zu ziehen ist, sollte nicht vergessen werden, daß eine große Zahl der politischen Führer solcher Regime nicht aus den Familien der traditionellen Oligarchie kamen und auch keine starken Verbindungen zu diesen hatten. Ihre Politik nutzte einer weit größeren Zahl von sozialen Gruppen, auch wenn sie nicht ernsthaft die Privilegien der traditionellen Oligarchie in Frage stellte.

Im Sinne der Legitimitätstypen von Max Weber sind solche Regime oftmals gemischt. Sehr wenige ihrer Anhänger halten den Mann an der Spitze der Regierung oder der Partei für eine einzigartige Person mit einer Mission und einer persönlichen Anziehung, die die Bezeichnung charismatische Herrschaft verdienen würde.

---

[7] Janos, 1970a; Roberts, 1951; Tomasecich, 1955; Cohen, 1973, Macartney, 1962.

Viel öfter sind die Personen an der Spitze in ihrem Stil, in der Vorstellung von ihren Aufgaben und der Wirkung, die sie auf ihre Anhänger haben, wenig charismatisch, manchmal nur pseudo-charismatisch, wenn nicht sogar das Gegenteil. Obwohl die Ausübung der Herrschaft viele Züge patrimonialer Bürokratie aufweist, ist das Element der traditionellen Legitimität zu schwach, um dem Idealtyp der traditionellen Herrschaft zu entsprechen. Wenn man den Begriff, wie Günther Roth, im Sinne personeller Herrschaft neu definiert, würden gewiß relativ viele zu dieser Charakterisierung passen.

Trotz der willkürlichen Elemente in der Herrschaftpraxis dieser Regime, nicht nur gegenüber der illegalen Opposition oder anderen Gegnern und Kritikern des Systems, bemühten und bemühen sich solche Regime, innerhalb eines legalistischen Rahmens zu operieren: sie erlassen Verfassungen, die denen westlicher liberaler Demokratien nachgebildet sind, sie halten so lange wie möglich an scheinkonstitutionellen und scheinparlamentarischen Formen fest, ge- und mißbrauchen gesetzliche Prozeduren und die Gerichte. Vor allem verlangen sie Gehorsam von Beamten und Offizieren nicht aufgrund einer Übereinstimmung mit der aktuellen Politik und des politischen Programms oder gar des Charismas eines Führers, sondern dieser Gehorsam basiert primär auf gesetzlicher Autorität. Dieser Legalismus, der oft auch mit der Ausbildung vieler dieser Führer zusammenhängt, die manchmal Beamte oder Politiker einer vorherigen, liberalen demokratischen Periode waren, führt oft zu seltsamen Widersprüchlichkeiten in solchen Systemen. Sie erlauben oftmals geradezu erstaunliche Bereiche individueller Freiheit, sind aber gleichzeitig für schlimmsten Machtmißbrauch verantwortlich. Politische Morde an Oppositionellen, „auf der Flucht erschossen“ und nicht nach einem Prozeß oder, wie in totalitären Systemen, einem Schauprozeß hingerichtet, sowie der Gebrauch von privater Gewalt unter Tolerierung der Behörden sind Erscheinungen, die wir gerade in solchen Systemen finden. Statt „revolutionärer Legalität“ finden wir die Verzerrung oder gar Pervertierung von Legalität.

In der Typologie von Shils würden diese Regime, wenn wir ihre programmatischen Erklärungen ernst nehmen, als „bevormundende Demokratien“ (*tutelary democracies*) erscheinen. Aber die Mehrheit, so denke ich, würde eher zu dem von ihm vorgeschlagenen Typ der modernisierenden Oligarchien passen, besonders wenn sie in vorindustriellen Gesellschaften vorkommen, in denen eine städtische bürokratische, freiberufliche und kommerzielle Mittelklasse kaum vorhanden ist. In anderen Fällen wäre es irreführend, von modernisierenden Systemen zu sprechen. Sicherlich sind einige Männer, die die Kontrolle dieser Systeme übernehmen, höhere Beamte. Oft haben wir hier Haushaltsexperten, die für Steuerreformen, ein gewisses Maß an Staatsinterventionismus in der Wirtschaft und

für die Förderung von Industrialisierung stehen, ohne jedoch einen öffentlichen Sektor großen Stils schaffen zu wollen (Janos, 1970a, S. 212-16). Ihre Politik ist pragmatisch und eher als Antwort auf Wirtschaftszyklen und das internationale Wirtschaftssystem zu sehen. Sie ergreifen deshalb Maßnahmen, die sich oft nicht allzusehr von solchen in Ländern mit einer anderen politischen Ordnung unterscheiden. Solche Regime sind in Gesellschaften entstanden, die am Beginn ihrer Industrialisierung stehen und die keine moderne Landwirtschaft und daher eine große ländliche Bevölkerung aus armen Bauern oder Tagelöhnern haben. Sie tauchten auch in Gesellschaften auf, die trotz ihrer momentan niedrigen Entwicklungsstufe eigentlich schon eine beträchtliche Urbanisierung aufweisen, insbesondere in der Hauptstadt, deren Bildungsgrad höher ist, als die ökonomische Entwicklung erwarten läßt, und in denen daher eine wachsende mittelständische Schicht beim Staat beschäftigt war bzw. direkt oder indirekt von Regierungsaktivitäten abhing. In dieser Schicht finden wir sowohl intelligente aufstrebende Personen als auch andere, die in ihrer beruflichen Karriere absteigen, wobei sie natürlich versuchen, ihren sozialen Status zu halten. Während auch soziale Gruppen, wie die wohlhabenderen Schichten auf dem Lande oder die wenigen Geschäftssektoren mit guten Beziehungen, Nutznießer dieser Politik sein konnten, war die Hauptstütze des Regimes und die Rekrutierungsbasis für seine Eliten vor allem jene Schicht, die Osteuropa-Spezialisten wie Seton-Watson (1967) als „Staatsbourgeoisie“ und Linz und De Miguel (1966) in ihren Untersuchungen der spanischen Gesellschaft „*clases medias*“ genannt haben. Sie unterscheidet sich von der „Bourgeoisie“ insofern, als diese normalerweise mit einer modernen Wirtschaft verbunden ist. Der Begriff „Mittelklassen-Coup“ von José Nun (1968) würde auch einigermaßen in dieses Modell passen.

Solche Regime tauchen ebenfalls in Gesellschaften auf, in denen liberal-demokratische Institutionen, besonders parlamentarische, schon eingeführt wurden, aber keine wirklichen Parteiensysteme entstanden waren, die die Loyalität der Bevölkerung gebunden hätten und/oder in denen die Parteien unfähig waren, stabile Regierungen zu bilden. Die Unfähigkeit der Parteien, die Bevölkerung, von ein paar urbanen Zentren abgesehen, auf demokratische Weise zu mobilisieren, reflektiert das Weiterleben der Macht der Großgrundbesitzer auf dem Lande, den niedrigen Bildungsstand der Massen und die klientelistische Politik auf lokaler Ebene. Jedoch war die Bevölkerung im Gegensatz zum 19. Jahrhundert ausreichend mobilisiert, um eine Bedrohung für ein System darzustellen, das für traditionelle oligarchische Herrschaft durch Notabelnparteien stand. In Osteuropa traten Bauernparteien als machtvolle politische Bewegungen nach dem Ersten Weltkrieg in Erscheinung. Sie waren das Ergebnis der Kriegsmobilisierung, der Forderungen nach bzw. das

Resultat der Agrarreformen und sie brachten das Selbstbewußtsein der ländlichen Schichten zum Ausdruck. Als sie mit dem von ihnen als „verdorben“ und „dekadent“ angesehenen städtischen Leben konfrontiert wurden, das sich an ausländischen Lebensstilen orientierte, wurden sie eine Bedrohung, die sich gegen die Krone und die alten liberalen Oligarchien richtete. In einigen Fällen, wie z.B. Kroatien, bedrohten solche Parteien auch die staatstragenden, ethnisch-kulturellen Gemeinschaften, wie die Serben. Die Führer dieser Bauernparteien fanden aber oftmals keine angemessenen Strategien gegenüber der Weltwirtschaftskrise und ihren Auswirkungen auf die Bauern, so daß deren Unterstützung nachließ. In manchen Fällen konkurrierten zunehmend faschistische Bewegungen um deren Wählerschaft und trugen mit ihrer Gewalt zu einer Krisenatmosphäre bei. Die Abhängigkeit von Agrarstaaten im Zuge der Industrialisierung von moderneren Industriestaaten schuf geradezu unlösbare Probleme (Roberts, 1951). Die moralische Unnachgiebigkeit von Bauernführern trug ebenfalls nicht zu Konsenslösungen bei.

Das Ergebnis waren monarchistische Diktaturen und Wahlen, an denen zwar alle Parteien teilnehmen konnten, bei denen aber der Sieg bestimmter Parteien, das Verbot anderer und die Tolerierung wieder anderer schon vorherbestimmt waren. Eine andere Alternative war die Schaffung einer nationalen Einheitspartei, in der viele Politiker der alten Parteien und andere, die aus der bäuerlichen oder faschistischen Opposition kooptiert wurden, beteiligt wurden. Am Ende führten diese Spannungen zu militärischen Staatsstreichen, die im Falle Rumäniens zunächst die faschistische „Eiserne Garde“ einbezog, die jedoch später selbst brutal unterdrückt wurde.

In wirtschaftlich, sozial und kulturell weiter entwickelten Gesellschaften hatten kriegsbedingte Entwurzelungen und das Vorbild ausländischer Revolutionen zu Protesten geführt und in Krisenmomenten revolutionäre Versuche entfacht, die allerdings scheiterten oder zu Wellen von Terror und Gegenterror führten. So wurde die Gefahr einer Revolution direkt erlebbar, was wiederum vielen dieser Systeme einen stark konterrevolutionären und reaktionären Charakter gab. Das Ziel dieser Regime war es, eine unabhängige, nichtkontrollierte Teilnahme der Bevölkerung zu verhindern und diese Massen, besonders Arbeiter, Tagelöhner und Bauern, manchmal auch religiöse, ethnische oder kulturelle Minderheiten, auf ihre Weise zu organisieren. Solche Systeme erlauben einen mehr oder weniger ausgeprägten Pluralismus in anderen Bereichen der Gesellschaft und sichern dem Militär und den Bürokraten eine herausragende Rolle. Sie haben die Aufgabe, den Ausschluß der großen Masse der Bevölkerung von der Macht zu erzwingen und zugleich diese ausgegrenzten Schichten durch ihre Regierungsarbeit zu be-

frieden. Dabei werden zwar in den meisten Fällen keine größeren strukturellen Veränderungen der Gesellschaft begonnen, oft aber werden Macht, Organisierungsfähigkeit und Autonomie von vorher privilegierten Eliten eingeschränkt, so zum Beispiel von Händlern, Freiberuflern, ausländischen Großunternehmern, ja sogar von kirchlichen Amtsträgern und in seltenen Fällen auch der Armee. Manuel Lucena (1971) hat in seiner Untersuchung des portugiesischen Regimes unter Salazar, die von Philippe Schmitter (1973) zitiert wird, die ambivalente Beziehung in den Klassen- und Wirtschaftsstrukturen selbst bei einem solch konservativen und nur wenig „populistischen" Regime gezeigt. „Der Staat faßte die Kapitalisten in diesem (evolutionären) Prozeß mit einer samtenen, aber zugleich harten Hand an. Indem er den Kapitalismus gebrauchte, war er den meisten Kapitalisten, wenn auch nicht allzusehr, voraus. Er half den mächtigsten, aber behinderte sie zugleich. Er erfaßte sie alle, die Großen und die Kleinen, in dichten Regelnetzen. Schließlich ist er selbst ein großer Unternehmer, gegen die Wünsche seines Gründers, aber in Übereinstimmung mit den Gesetzen des ökonomischen Systems. ... Man darf nicht vergessen, daß besonders am Anfang dieses (korporative) System eine Schöpfung des Staates war. Es wurde nicht von der dominanten Klasse erschaffen, welche vorsichtig beruhigt werden mußte. ... Der portugiesische Korporatismus kontrollierte die Arbeiterschaft, ohne aber dem Kapital zu gehorchen. Es ist nämlich der Staat, der den erzwungenen Ausgleich geschaffen hat, der wiederum das Kapital begünstigt. Das Kapital selbst besaß weder Einheit noch klare Ideen. Und es zeigte sich nicht immer wirklich dankbar. ... Der „neue Staat" (*estado novo)* war die Avantgarde einer Bourgeoisie geworden, die ihn nicht unterstützte." (Lucena, 1971, S. 56, 75f, 126, 292)

Solche Regime entstehen im Allgemeinen nach einer liberalen Demokratie, die eine mehr oder weniger starke Mobilisierung der unterprivilegierten Schichten erlaubt hatte. Sie unterscheiden sich in dem Grad der Autonomie, die sie der sozialökonomisch privilegierten Schicht zugestehen. Unterschiede ergeben sich daraus, welche Gefahr die Dominanz dieser Schichten für die neuen Herrscher darstellt, die das Regime übernommen hatten, um es gegenüber den revolutionären Forderungen der unterprivilegierten Schichten zu schützen. In Abhängigkeit von der Stärke des Regimes wurde traditionellen Notabeln eine Teilhabe an der Macht erlaubt. Die wirtschaftliche Entwicklung entscheidet darüber, in welchem Maße den Besitzern der Produktionsmittel ein Platz in der Koalition oder sogar der dominante Einfluß zugestanden wird. Der Umfang der präautoritären Mobilisierung der Massen bestimmt auch weitgehend, inwieweit die Systemträger - Bürokraten und Militärs - eine beherrschende Rolle spielen, und er entscheidet auch darüber, wie diese

Massen durch kontrollierte Organisationen, offizielle Gewerkschaften, korporative Organisationen oder populistische bzw. faschistische Parteien eingebunden werden. Wir werden diesen Typ von autoritären Regimen noch weiter unten etwas genauer betrachten. Trotz ihrer anfänglich reaktionären Zielsetzung und dem konservativen Charakter vieler ihrer Anhänger ergreifen sie oft wohlfahrtsstaatliche und entwicklungspolitische Maßnahmen, die durchaus die Interessen der Reichen und Machtvollen bedrohen oder einschränken. Wie Schmitter in seiner Verwendung des von Karl Marx entwickelten bonapartistischen Modells gezeigt hat, können solche autoritären Regime dabei so weit gehen, daß sie den Staat selbst völlig unabhängig machen und die politische Macht der Mittelklasse täglich neu brechen, wobei sie zur gleichen Zeit die materielle Macht dieser Schicht erhalten.[8] Ganz offensichtlich wird ein solches Regime von einer politisch nichtmobilisierten und sich sicher fühlenden bzw. befriedeten Bauernschicht unterstützt. Die Grenzen, die der ökonomisch privilegierten Schicht gesetzt werden, und die Behinderungen der Mittelschichten, besonders der Intellektuellen und manchmal auch der Bürokraten und Offiziere, ihre Interessen frei zu artikulieren, führen zu dem Paradoxon, daß die Stabilität solcher Regime mehr von jenen Schichten gefährdet wird, die sie an die Macht gebracht haben und die zum großen Teil auch von ihrer Herrschaft profitieren, und weniger von denen, die durch den eingeschränkten Pluralismus ausgegrenzt werden.

Ein anderes Problem, das viele der liberal-demokratischen Regime nicht lösen konnten, waren die starken Spannungen zwischen ethnischen und nationalen Gruppen. Dies trifft besonders auf Mittel- und Osteuropa zu, wo jedes Land jenseits der Grenze seine separatistische Bewegung besaß und mehr oder weniger die Minderheiten im eigenen Land unterdrückte, die wiederum dem Nachbarland gegenüber loyal waren. Solche Konflikte verstärkten einen Nationalismus, der chauvinistische Züge erhielt, und sie erhöhten die politische Rolle der Armee. Wie Janos (1970a) und Nagy-Talavera (1970) gezeigt haben, hat die soziale Position der Juden in vielen osteuropäischen Gesellschaften, besonders ihre überproportionale Repräsentation unter Berufen mit Universitätsausbildung, und dies in Gesellschaften mit großer intellektueller Arbeitslosigkeit, starke antisemitische Gefühle erzeugt. Die wichtige Rolle der Juden in-

---

[8] Um den Ausdruck von Karl Marx aus dem „*18. Brumaire des Louis Bonarparte*“ zu gebrauchen (Marx-Engels-Werke, Bd. 8, Berlin 1969, S. 559). Thalheimer (1930) vermittelt eine interessante Verwendung Marxscher Ideen aus dem *18. Brumaire* zum Faschismus, die allerdings differenzierter als andere marxistische, insbesondere kommunistische, Interpretationen ist.

nerhalb der Finanz- und Wirtschaftseliten in einigen dieser Länder trug ihrerseits zu einem gesellschaftlichen Antisemitismus bei, während sie auf der anderen Seite die Bildung von Geheimkoalitionen begünstigte, die das politische Leben korrumpierten.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß in Ungarn und Rumänien die aktivste und gefährlichste Opposition für das jeweilige bürokratisch-autoritäre Regime die faschistischen Bewegungen waren, die eine populistische, die Massen mobilisierende Ideologie hatten. Die ungarischen „Pfeilkreuzler" fanden die Unterstützung vieler Arbeiter in Budapest, die „Eiserne Garde" konnte die Bauern der am wenigsten entwickelten Gegenden von Rumänien mobilisieren. Die Tatsache, daß sich weder in Ungarn noch in Rumänien die stärker benachteiligten Gruppen vor der Etablierung des autoritären Regimes mit einer marxistischen Protestbewegung identifiziert hatten, gab gerade den Faschisten jene Attraktivität, die sie in sozial und ökonomisch weiter fortgeschrittenen und integrierten Ländern wie Spanien nicht hatten. Daher hing die Einbeziehung des Faschismus in ein autoritäres Regime eher von der externen Situation, der eigenen Schwäche oder dem Wunsch ab, die Macht zu teilen, und war weniger eine Herausforderung der oligarchischen Strukturen durch eine nationale faschistische Revolution. Es ist auch kein Zufall, daß einige der faschistischen Führer aus ethnischen Randgruppen der jeweiligen Gesellschaft stammten, und daß einige der faschistischen Bewegungen sich gerade an Nationalitäten wandten, die nicht Teil der herrschenden oligarchischen Elite waren, wie z.B. an die Kroaten im von Serben dominierten Jugoslawien. Andrew Janos hat meines Erachtens einige der Faktoren gut zusammengefaßt, die erklären, warum „der Pluralismus trotz der totalitären Tendenzen, die in der Ideologie der Einheitspartei enthalten sind, überlebt. Wenn revolutionäre Bewegungen in einer Gesellschaft die Macht ergreifen, die nicht ausreichend mobilisiert ist oder in der die mobilisierte Schicht stark polarisiert ist, kann die neue Elite dazu gezwungen sein, zumindest für einige Zeit autonomen Gruppen und Organisationen entgegenzukommen. Daher ist der entstehende Einparteienstaat oft in Ideologie und Form, nicht aber in der Wirklichkeit totalitär. Auf der anderen Seite sind die Gebote der revolutionären Ideologie unvereinbar mit Verhandlung, Kompromiß und Aussöhnung oder der Einführung institutioneller Mechanismen zur Lösung von Konflikten. In solchen politischen Kontexten - der Ausdruck ‚System' scheint hier unangemessen - produzieren die Spannungen zwischen Ideologie und Struktur einige Zufälligkeiten im politischen Prozeß und können dazu führen, daß verschiedene, miteinander konkurrierende Gruppen versuchen, sich gegenseitig von der politischen Szene zu verdrängen. Diese Art von Parteistaat ist *de facto* pluralistisch, aber nicht durch Tradition oder ausdrückliche Vereinbarung. Dies ist eher Pluralismus aus Mangel an Alternativen und nicht nach

Plan. Wenn man einen Begriff aus der Terminologie der Verwaltungswissenschaft nimmt, so sind sie weder pluralistisch noch monolithisch, sondern „prismenförmig". Per Definition ist diese prismenförmige, zerschnittene Gestaltung der politischen Kräfte instabil und kann am besten als ein Übergangsstadium politischer Veränderungen gedacht werden. Dieser „prismatische" Zustand einer Gemeinschaft kann zu voll ausgebildetem Totalitarismus führen, zu innerparteilicher Institutionalisierung, zu einem Vielparteiensystem oder zu weiterem bzw. völligem Zerfall, um nur einige der möglichen Alternativen zu nennen." (Janos, 1970a, S. 233)

Wie wir später noch sehen werden, führte die Entwicklung stabiler militärisch-bürokratischer Regime in einigen Gesellschaften zu mehr institutionalisierten Regimeformen. Dies war in komplexeren Gesellschaften mit einem höheren Niveau sozialer Mobilisierung, einer katholischen intellektuellen Tradition und relativ geringer Verflechtung von Außen- und Innenpolitik der Fall. Der Bruch mit liberal-demokratischen Verfassungsformen wurde dezidiert vollzogen und gleichzeitig die alten politischen Eliten einbezogen. Manche wählten verschiedene Mischformen zwischen dem, was wir organischen Staat nennen, und dem Experiment mit mobilisierenden Einheitsparteien faschistischer Inspiration. Dies traf auf das Spanien von 1926, auf Portugal in den frühen 30er Jahren, auf Österreich im Jahre 1934, auf Brasilien unter Vargas (1937-45) und auf das Spanien unter Franco zu.[9]

Der Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg führte dazu, daß Länder, die mit Nationenbildung und Modernisierungkrise zugleich konfrontiert waren, nun zwei grundlegende Modelle zur Auswahl hatten: die westliche Konkurrenzdemokratie und Massenbewegungs-

---

[9] Der Unterschied zwischen mobilisierendem Autoritarismus und den militärisch-bürokratischen Varianten wird in einem Bericht von Guariglia vom Mai 1933 recht gut reflektiert. Guariglia, der italienischer Botschafter und ein faschistischer Spitzenfunktionär war, spricht sich darin für die Unterstützung des spanischen Faschismus aus: „Wir sollten auf seiner Seite sein. Wir müssen ihnen [den spanischen Faschisten - R.K.] in diesem Moment zur Seite stehen, damit sie ihre katholischen, monarchistischen und reaktionären Vorurteile überwinden können. Wir müssen sie unterstützen, um die Übernahme der Ideologie der *Action Française* zu verhindern und den *Primoderniverismo* vergessen zu lassen. *Pronunciamentos, d.h.* militärische Erhebungen, wie die von Sanjurjos, müssen vermieden werden. Die Propaganda unter den Bauern und Arbeitern ist wesentlich. Mit einem Wort, sie müssen die veraltete Mentalität der Revolutionäre von 1848 hinter sich lassen und sich dem Ideal der einmütigen Zusammenarbeit aller Klassen, vereinigt unter dem einzigen höchsten Prinzip, der Autorität des Staates, verschreiben" (Bericht vom 16. Mai 1933, zitiert in Coverdale).

regime nach dem sowjetischen Modell. Diese beiden großen Paradigmen schienen die bürokratisch-autoritären Muster auszuschließen, die in den neuen Nationen in Ost- und Südosteuropa in den Zwischenkriegsjahren entwickelt worden waren. Anfänglich schien nur Portugal als einziges der bürokratisch-autoritären Regime, die dem Scheitern der Demokratien im Zwischenkriegseuropa gefolgt waren, zu überleben. Zugleich hatte die Niederlage des Faschismus jedes mobilisierende Einparteiensystem autoritärer Art, das nicht auf dem Modell der kommunistischen Avantgardepartei beruhte, diskreditiert. Gewiß überlebte auch das Franco-Regime die internationale Ächtung. Der Grund dafür lag sicherlich in seiner Mischung aus bürokratischem Autoritarismus, abgeschwächten Elementen eines faschistischen Einparteienstaates, eines Mobilisierungsregimes und später - ab 1942 - eines entwickelten organischen Staates.[10] Argentinischer Nationalismus, der auf ausländischen Druck und eine neue Arbeiterklasse reagierte, die durch die Industrialisierung entstanden war, führte in der Form des Peronismus zur Transformation eines militärisch-oligarchischen Regimes zu einem populistischen Autoritarismus mit einigen faschistischen Elementen. Dieses Modell war nicht ohne Anziehungskraft gerade auf jüngere Lateinamerikaner, die mit erfolglosen oder oligarchischen Demokratien unzufrieden waren. Das war das Gegenteil von dem, was Politologen vorhergesagt hatten. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung, der sozialen und kulturellen Modernisierung, der Professionalisierung der Armeen und mit der Hinwendung der Kirchen vom demokratischen Korporatismus zur Christdemokratie würden sich die Länder der westlichen Hemisphäre in Richtung Konkurrenzdemokratie bewegen. So war die Prognose.

Der erfolgreiche Transfer demokratischer Institutionen nach Indien ließ jene hoffen, daß ein ähnlicher „Export“ in andere Regionen, die von Großbritannien kolonisiert worden waren und nun un-

---

[10] Zum Franco-Regime nach der Phase, die ich als „gehemmten Totalitarismus“ umschreiben möchte, vermitteln zusätzlich zu Linz (1964, 1970a, 1973a, 1973b) sowohl die Arbeit von Beymes, die bezeichnenderweise den Titel *From Fascism to Development Dictatorship: Power Elite and Opposition in Spain*, als auch die von Medhurst (1973) einen exzellenten Überblick. Esteban et al. (1973) analysierte die Verfassung vom Gesichtspunkt möglicher Veränderungen *im* System aus, die zu Veränderungen *des* Systems insgesamt führen können. Iglesias Selgas (1968, 1971) bietet eine nützliche „orthodoxe“ Beschreibung. Anderson (1970) analysiert die Wirtschaftspolitik im Regime und Linz und de Miguel (1966b) untersuchen die Geschäftswelt, ihre formelle und informelle Führung und die Trennung beider in korporativen Institutionen, die Realität des organischen Staates und der Politik der Interessengruppen. Zur lokalen Politik und der Machtstruktur in Kommunen siehe auch Linz (1970a).

abhängig wurden, ebenfalls möglich wäre - allerdings nur diejenigen, die sich der langen und komplexen historischen Prozesse nicht bewußt waren, die zur Schaffung der politischen Institutionen durch die Kongreßpartei in Indien geführt hatten.[11] Anfängliche Abweichungen von diesem Transfermodell wurden zuweilen als Übergangsstadien einer „bevormundenden Demokratie" interpretiert, die am Ende die Gesellschaft für die Demokratie vorbereiten würden. Derartige Hoffnungen waren zwei Jahrzehnte später zerstört. An einigen Orten gab es Revolutionen, so z.B. in Kuba, und in anderen Ländern verband sich der Kampf um nationale Unabhängigkeit mit einer sozialen Revolution, zuerst in China und dann besonders in Nordvietnam. In afrikanischen und arabischen Ländern war wiederum der Versuch zu beobachten, mobilisierende Einparteienregime zu schaffen.

Noch unerwarteter wurden die optimistischen Modelle, wonach sozial-ökonomischer Fortschritt den politischen Pluralismus vergrößern und am Ende politische Demokratie ergeben sollte, in zwei der am weitesten fortgeschrittenen Länder Südamerikas widerlegt. Mit diesem Phänomen hat sich intensiv Guillermo O'Donnell (1973) beschäftigt, der ein alternatives Entwicklungsmodell vorgeschlagen hat. Es basiert auf einer Fallstudie zu Argentinien während der letzten Jahrzehnte und stützt sich auch auf frühere Arbeiten von Stepan (1971, 1973) zu Brasilien. Dieses Modell setzt ein höheres Niveau wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung mit dem Entstehen von bürokratischem Autoritarismus in eine enge Verbindung. Dieser Autoritarismus zielt dann primär auf die Ausgrenzung der aktivierten Volksmassen, besonders der städtischen Arbeiterklassen, und basiert auf einer Koalition zwischen einem neuen Typ von Militärelite und denjenigen, die technokratische Ämter in öffentlichen und privaten, relativ effizienten und dynamischen Sektoren innehaben. Diese neue Machtelite wird von jenen sozialen Schichten unterstützt, die sich durch die Mobilisierung gefährdet sehen. Wie Stepan gezeigt hat, haben Technokraten im Militär, in der Bürokratie oder in modernen Unternehmen gemeinsame Vorstellungen über die Voraussetzungen von Entwicklung. Dazu gehört für sie, daß die Bevölkerung aus dem politischen Prozeß ausgeschlossen und entpolitisiert werden müsse. Diese Eliten haben zugleich internationale Verbindungen mit gleichartigen Kräften in den westlichen Industriegesellschaften. Dies führt dazu, daß sie ihre Fähigkeit überschätzen, soziale Probleme zu lösen und wichtige Sektoren zu kontrollieren. Die entstehende Koalition für einen Putsch beabsichtigt, den

[11] Es darf nicht vergessen werden, daß die Kongreßpartei bereits 1885 gegründet wurde und schon seit 1937 an repräsentativen halbsouveränen Institutionen teilgenommen hatte.

sozialen Kontext unter Anwendung von technokratischer Expertise und Ausweitung des Einflusses von jenen sozialen Sektoren umzugestalten, die im Zuge der Modernisierung am stärksten von ihnen durchdrungen wurden.

O'Donnell vermerkt mit einem gewissen Zögern, daß dieses Modell jenem der sich entwickelnden Gesellschaften an der Peripherie der industriellen Kernländer Europas in den Zwischenkriegsjahren gleicht. Meines Erachtens deutet aber das relativ starke Gewicht der Experten, Technokraten und neuen Manager, die Entwicklung statt ökonomischer Stabilität und Protektionismus betonen, wichtige Unterschiede an. Im Unterschied zu den mehr bürokratisch-militärisch-oligarchischen Regimen Osteuropas können sie als militärisch-technokratisch-bürokratische Regime bezeichnet werden. Es gibt noch andere Unterschiede, die nicht von O'Donnell genannt werden, aber Beachtung verdienen. So fehlte in dem letztgenannten Regimetyp eine monarchische Legitimität, die – so schwach sie auch war - zu Veränderungen der Politik in Krisensituationen fähig war, z.B. in Rumänien und Jugoslawien, aber auch in Spanien unter Primo de Riviera. Ein anderer Unterschied ist das Fehlen von nationalen, sprachlichen und kulturellen Konflikten, die die autoritären Regime in Osteuropa und auf dem Balkan gleichzeitig stärkten und schwächten. Allerdings besteht meines Erachtens der Hauptunterschied im Fehlen eines faschistischen Koalitionspartners oder eines Modells, das man nachahmen könnte, und das zur Legitimierung des Regime unter Intellektuellen, Studenten und der Jugend hätte beitragen können. Die Krise der katholischen korporatistischen Ideologie verstärkte die Probleme bei der Institutionalisierung der neuen bürokratisch-autoritären Regime in Südamerika.

Beide autoritären Antworten sind von der Furcht vor einer Revolution von unten, die von radikalen Intellektuellen stimuliert wird, motiviert. In Europa war diese Angst von den kommunistischen Revolutionen in Rußland und Ungarn, von der bäuerlich-populistischen Mobilisierung in Bulgarien und von isolierten revolutionären und pseudorevolutionären Ausbrüchen in anderen Ländern hervorgerufen worden. In Südamerika trugen in den 60er Jahren die kubanische Revolution und die von ihr inspirierten kleineren Guerilla- und Bauernbewegungen, zum Beispiel unter der Führung von Che Guevara, zu dieser Furcht bei. Realistischer war die Furcht wichtiger Sektoren der südamerikanischen Gesellschaften vor dem Druck der breiten Bevölkerung, die durch die vorhergegangenen populistischen autoritären Regime von oben mobilisiert worden war. Diese hatten organisierte Kräfte, wie Gewerkschaften und damit verbundene Parteien, geschaffen die nach dem Fall des *Estado Novo* in Brasilien und des Peronismus in Argentinien nun ihre Forderungen in demokratischen oder quasidemokratischen Systemen ausdrükken konnten.

Meines Erachtens vernachlässigt O'Donnell auch die Tatsache, daß es für die modernisierenden Eliten nach der Diskreditierung des Faschismus unmöglich war, die Bevölkerung in solchen Gesellschaften kontrolliert zu mobilisieren, in denen populistische Regime, zum Teil mit faschistischen Elementen in ihrer Politik, eine nationalistische, mehr oder weniger antioligarchische Mobilisierung erreicht hatten. Die Demobilisierung dieser Kräfte bedurfte entweder der Gewalt, wie in Brasilien, oder führte zu instabilen autoritären Regimen, wie in Argentinien, wo die Kosten sowohl der Repression als auch die einer offenen Gesellschaft zu hoch schienen, so daß man ständig zwischen Ausschluß und Kooptierung experimentierte. Dies konnte im quasi-demokratischen Stadium beobachtet werden, das dem Putsch von General Onganía 1966 vorausging, und wurde in den letzten Phasen der bürokratisch-militärischen Herrschaft vor den letzten Wahlen weitergeführt, die die Peronisten wieder an die Macht brachten. O'Donnell hat die strukturellen Begrenzungen, die sich durch bestimmte wirtschaftliche Entwicklungsniveaus angesichts der lateinamerikanischen Abhängigkeit in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ergeben, detailliert beschrieben. Er hat auch die zu unlösbaren Problemen führenden sozialen Konsequenzen dokumentiert, die er mit Apter als „*ceiling effect*" umschreibt, weil sie scheinbar keinen anderen Weg als den des bürokratischen Autoritarismus lassen und somit der politische „Höchstpreis" gezahlt werden müsse.

Hier kann sein dynamisches Modell, das ein Beispiel dafür ist, wie die Bedingungen und Prozesse, die zu einem autoritären Regime führen, analysiert werden sollten, nicht in all seinen Einzelheiten dargestellt werden. Er kombiniert in diesem Modell ökonomische, soziologische und politologische Ansätze. Leider kann hier auch nicht seine vergleichende Analyse jener Bedingungen vorgestellt werden, die zur Instabilität dieser Lösung im argentinischen Fall und dessen zeitweiser Stabilität in Brasilien führten. Das gilt ebenso für die Studie von Alfred Stepan (1973), der die Faktoren analysierte, die in Brasilien 1964 und in Peru 1968 zu verschiedenen Typen von autoritärer Institutionalisierung durch das Militär führten. Dank dieser Analysen, einschließlich jener von John S. Fitch III (1973) zu Ecuador, wissen wir mehr über die Bedingungen, die zu autoritären Regimen unter der Führung des Militärs führen. Dies geht weit über die traditionelle Literatur hinaus, in deren Perspektive lediglich der „General" dem „Präsidenten" entgegensetzt wird, und überschreitet auch die traditionelle kulturell-historische Interpretation lateinamerikanischer Politik. Das Modell von O'Donnell tendiert aber zu einer Überbetonung der strukturellen Begrenzungen und neigt zu einer Vernachlässigung des politischen Gestaltens, um hier einen Gedanken von Giovanni Sartori (1968) aufzunehmen. Er unterschätzt auch die Möglichkeit, daß verantwortliche demo-

kratische Führer jene Krisensituation verhindern, in der sich dann Putschkoalitionen herauskristallisieren, denen eine solche Krise wiederum anfänglich Legitimation und Unterstützung verschafft. Alfred Stepans brillante Analyse des Falls von Goulart und der Vergleich mit verschiedenen Krisen, die ihm vorausgingen und nicht zu einem Regimewechsel geführt hatten, ergänzen und korrigieren teilweise das makropolitische, soziale und ökonomische Modell von O'Donnell (Stepan, 1971).

Eine gut dokumentierte und meines Erachtens auch gelungene Analyse der Modernisierung in Südamerika, die die Indikatoren und die interne Verschiedenheit der Gesellschaften und das Maß der Modernisierung im Zentrum kritisch betrachtet, führt zu der Annahme, daß die höheren und tieferen Modernisierungsgrade mit nichtdemokratischen politischen Systemen verbunden sind, während sich mit Ausnahme Perus politische Demokratien eher im mittleren Niveau befinden. Entgegen den Erwartungen von vielen Autoren haben sich Argentinien und Brasilien in einer Zeit in Richtung bürokratischen Autoritarismus bewegt, als sich Venezuela und mit gewisser Zurückhaltung Kolumbien im Demokratisierungsprozeß befanden und auch Chile, trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten, immer noch an seiner umkämpften Demokratie festhielt.

Brasilien und Argentinien fingen in den 60er Jahren damit an, den bereits aktivierten städtischen Sektor, d.h. die Arbeiterklasse und Teile der unteren Mittelschichten, von der nationalen politischen Arena auszuschließen. Die Forderungen von Führern dieser Sektoren wurden zurückgewiesen und ihnen wurde der Zugang zu politischen Machtpositionen verwehrt. Ausgrenzung kann durch direkten Zwang geschehen und/oder durch die Schließung der Möglichkeit, Wahlen zu nutzen. Diese Versuche hatten unterschiedlichen Erfolg. In einem Fall wurde die politische Deaktivierung eines ausgegrenzten Sektors erreicht. Er wurde politisch untätig, nachdem seine Ressourcen, besonders seine organisatorische Basis, zerstört wurden. Im anderen Fall scheiterte jedoch diese Deaktivierung. Diese Länder entfernen sich von inklusiven, einschließenden politischen Systemen, in denen der Volkssektor bewußt und zielgerichtet aktiviert wird und ihm auch eine Stimme in der nationalen Politik gewährt wurde. Sie entwickeln sich in Richtung exklusive, d.h. ausschließende politische Systeme. In diesen Ländern führten die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre und der Zweite Weltkrieg zu einer nationalen Industrie und einer städtischen Arbeiterklasse, was sich auch auf die Verteilung der politischen Macht auswirkte. Diese verlagerte sich aus den nationalen für den Export produzierenden Agrargebieten und den meist in ausländischer Hand befindlichen Finanz- und Exportnetzwerken. Die Basis dieses Prozesses war eine breite populistische Koalition, die von machtvollen Führern wie

Vargas und Perón angeführt wurde, und die sich gegen die alten Oligarchien und die sichtbare Herrschaft ausländischer Unternehmen richtete, die zwischen den internationalen Märkten und dem Binnenmarkt vermittelten und für traditionelle Freihandelspolitik standen. Diese Koalition forcierte die Industrialisierung und die Ausweitung des heimischen Marktes. Sozial gesehen bedeutete dies, daß die Funktionen des Staates ausgeweitet und Arbeit für Angestellte, Techniker und Facharbeiter bereitgestellt wurde. Nationalismus und Industrialisierung wandten sich an die Armee, kamen den städtischen Arbeitern zugute, stärkten die Migration in die Städte, weiteten die Marktwirtschaft aus, verstärkten den Konsum, erleichterten die Formierung von Gewerkschaften und verbesserten die Bedingungen für einen Agrarsektor, der sich auf den Binnenmarkt orientiert. Dagegen verlor der traditionell exportorientierte Sektor, der Devisen erwirtschaftete, seine bisherige Vorherrschaft. Die Regierung entzog ihm einen bedeutenden Teil seines Gewinns, um damit die Binnenexpansion und den Konsum zu finanzieren. Die ökonomische Bedeutung von Exporten sicherte jedoch weiterhin diesem Sektor politischen Einfluß, der trotz des schwindenden Anteils am Sozialprodukt immer noch unverhältnismäßig hoch war. Nationalistisch-populistische Politik, das sollten wir nicht vergessen, ging nie weiter, als die Oligarchie von Zeit zu Zeit rhetorisch zu verurteilen und sichtbare Symbole ausländischen Kapitals zu nationalisieren. Die Industrialisierung war horizontal oder extensiv, und nur wenig wurde unternommen, Zwischengüter oder Kapitalgüter zu produzieren. Dies führte zu einer starken Abhängigkeit von Importen dieser Güter und von Technologie. Nachdem die Phasen der einfachen Industrialisierung erschöpft waren, die sich vor allem auf die Ablösung von Importen im Bereich der verarbeiteten Konsumgüter stützten, stellte sich diese Substitution als importintensiv heraus - und dies bei unberechenbaren Preisen für die eigenen Exporte. Dies verschlechterte noch die geringe Produktivität des Exportsektors, der letztlich die Rechnung für die populistische Politik bezahlen mußte. Devisenknappheit war das Ergebnis dieser Politik. Zur gleichen Zeit förderten Vargas und Perón die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter, die die Basis für deren Loyalität darstellte und die Kontrolle über die neu einbezogenen sozialen Sektoren sicherte. Obwohl die Gewerkschaftsführer von jenen politischen Führern abhängig waren, erhielt der städtische Volkssektor zum ersten Mal in der nationalen Politik eine aktive Rolle und konnte innerhalb der populistischen Koalition mitverhandeln. Dabei erlangte er einen hohen Grad von Organisation. Bei anhaltendem Wachstum hielten sich anfängliche Begeisterung und Hoffen auf den „*takeoff*“, und die Erwartungen aller Mitspieler in den populistischen Koalitionen wurden mehr oder weniger erfüllt. Jedoch führte die zuvor beschriebene wirtschaftliche Dynamik bald

zu einem Ende des expansiven Wachstums. Die horizontale Industrialisierung hinterließ ein Überangebot vor allem an Konsum- und Luxusgütern sowie unzählige Kleinproduzenten, die zusammen mit wenigen großen Firmen bei minimaler Konkurrenz und maximaler Protektion durch den Staat existierten. Konsumerwartungen festigten sich, und vertikale Industrialisierungsprojekte wurden noch abhängiger von ausländischem Kapital und Technologietransfer. Die Abhängigkeit von den Gesellschaften, aus denen diese Transfers stammten, wurde zementiert. Im Zuge der Modernisierung wurde jetzt ein hohes Maß an sozialer Stabilität und Vorhersehbarkeit als notwendig erachtet. Nachdem man die Modernisierung in den Zentren dieser Länder erreicht hatte, entstanden neue Probleme, die schließlich zum Zusammenbruch der populistischen oder entwicklungsorientierten Allianzen führte. Die Notwendigkeit, den Markt von marginalen Produzenten zu befreien, wobei die Beschränkungen für die technologisch fortgeschritteneren oder kapitalintensiveren Unternehmen beseitigt werden, sollte mit Nationalismus und Appellen an den sozialen Frieden verbunden werden. Im Endergebnis stellte man sich gegen jegliche Empfehlungen von Experten, gegen Stabilisierungspläne und schließlich auch gegen die Interessen der machtvoller Produzenten. Dies hatte besondere Bedeutung für das Militär und die *„técnicos“,* die in strategischen Positionen der nationalen Planung saßen.

In den offeneren demokratischen Systemen mit einer populistischen Wirtschaftspolitik, wie im Falle Brasiliens unter Getulio Vargas, wurden Stimmzettel, Streik und politische Demonstration von einigen sozialen Sektoren eher als eine Bedrohung empfunden. Entsprechend stimmten die begüterten Gruppen in Argentinien und Brasilien darin überein, daß die Forderungen der unteren Schichten „unmäßig“ seien, sowohl in Bezug auf Konsumgüter als auch hinsichtlich der Beteiligung an der Macht. Kapitalakkumulation sei unmöglich, solange diese Schichten nicht kontrolliert würden. Der Klassencharakter dieser Polarisation führte dazu, daß schließlich eine politische Lösung akzeptiert wurde, die diese Bedrohung angeblich ausschalten würde - eine Bedrohung, die nach der kubanischen Revolution meines Erachtens unverhältnismäßig stark als der springende Punkt empfunden wurde.

Auch die Mentalität des Offizierskorps hatte sich im Ergebnis des anti-subversiven Trainings durch die USA und unter dem Einfluß militärischen Denkens in Frankreich über politische Kriegführung verändert. Entwickelt wurde eine „Doktrin der nationalen Sicherheit“, die sozialökonomische Entwicklungen als eine Antwort auf innere Subversion einschloß. Die Einkommensverschlechterung bei den Mittelschichten vor den Putschen von 1964 (Brasilien) und 1966

(Argentinien) führten zugleich dazu, daß sich diese vom demokratischen System abwandten und empfänglich für „Recht und Ordnung"-Parolen wurden. Die unteren Schichten, die unter einer ungünstigen Einkommensverteilung zu leiden hatten, engagierten sich zunehmend politisch, um das wenige zu halten. Die Lücke zwischen Forderungen und Ergebnis sowie zwischen Differenzierung und Integration führte zu einer Situation, die Samuel Huntington als „Massen-Prätorianismus" beschrieben hat (Huntington, 1968, S. 192-343). Politische Institutionen, Parlamente, die nie besonders stark waren, wurden nun weiter geschwächt. Die Exekutive wurde zum Adressaten einer Flut von Forderungen; die Regierungen wurden jedoch Opfer und Partner dieses „Prätorianismus" zugleich. Es entstand eine Pattsituation, in der auf hohem Niveau der Konflikt eskalierte. Die Forderungen an die Regierungen waren unannehmbar. Zugleich verhinderte deren Schwäche die Umsetzung jeglicher Politik. Die Sorge um den Machterhalt führte zu einer Abfolge von Befriedungsstrategien gegenüber den bedrohlichsten politischen Akteuren, ohne daß die gesellschaftlichen Schwierigkeiten in ihrer Gesamtheit bedacht wurden. Die Konkurrenz glich immer mehr einem Nullsummenspiel, in dem ein Erfolg unsicher wurde. Die Schwelle für eine wirkliche Krise war erreicht, als sich die meisten der politischen Akteure darauf konzentrierten, die politischen Spielregeln insgesamt zu ändern, anstatt innerhalb der bestehenden Regeln ihre Interessen durchzusetzen. Das bestehende politische System hatte damit die Grenze seiner Belastung erreicht, der Kollaps war nur noch eine Frage der Zeit.

Der Modernisierungsprozeß hatte zugleich zur Herausbildung einer Schicht von Technokraten geführt. Sie waren in Produktion, Planung und Kontrolle ausgebildet; ihre Vorstellungen und Konzepte hatten sie ihren Modellen aus dem Westen entnommen. Diese neue Schicht wurde besonders bei brasilianischen Autoren unter dem Begriff „Techno-Bürokratie" diskutiert. Ihrem Selbstverständnis und ihrem Fachwissen entsprang die feste Überzeugung, daß sie die soziale Situation verbessern könnten, wenn sie nur den sozialen Kontext entsprechend ihren eigenen Vorstellungen verändern würden. Fähige Planer und Beamte wollen Regierungen, die ihren Ratschlägen folgen und ihnen auch wirkliche Entscheidungskompetenzen zugestehen. Darüber hinaus trafen diese Eliten auf ein neues Umfeld. Neue Wirtschafts- und Militärakademien wie die „*Escola Superior de Guerra*" in Brasilien wurden eingerichtet, und neue Publikationen zu diesem Thema, die ein breites Publikum erreichten, erschienen. Wie Stepan (1973) gezeigt hat, entstand eine neue Mentalität. Das Training dieser Eliten betonte rein rational-technische Problemlösungen, Emotionen wurden dagegen abgelehnt, Verhandeln als zwielichtig und Konflikte als dysfunktional angesehen.

Politik war in diesem Konzept eher ein Hindernis für rationale Lösungen. Eine gemeinsame technische Sprache erleichterte die Kommunikation. Die enge Zusammenarbeit innerhalb dieser Gruppe führte trotz ihrer geringen quantitativen Größe dazu, daß sie später eine dominierende Rolle in der neuen Koalition spielen konnte und sich nicht aus der Politik zurückzog. Dieses große Selbstvertrauen in ihre Fähigkeit zum Regieren führte dann auch zu ihrem großen Einfluß bei den Putschen von 1964 in Brasilien und 1966 in Argentinien. Auch in dieser Hinsicht unterschied sich die Entwicklung im Südamerika der 60er Jahre von der im Europa der Zwischenkriegszeit.

In einem modernen sozialen Umfeld erfordern der Ausschluß und die Deaktivierung breiter Bevölkerungsschichten ohne psychologischen oder ökonomischen Ausgleich unausweichlich einen starken und systematischen Zwang. Bürokratischer Autoritarismus war die Antwort: politische Parteien und Wahlen wurden abgeschafft; Beamte, die für die Forderungen der Bevölkerung sensibel waren, entfernt; die Gewerkschaften durch Kooptierung bzw. durch Zwang gezähmt und die verschiedenen Sektoren bürokratisch eingekapselt. Dies alles, um eine maximale Kontrolle zu erreichen. Verhandlungen und Interessenvertretung wurden auf die Spitzen dieser Organisationen beschränkt und spontane Forderungen und Dissens konnten somit nicht mehr artikuliert werden.

O'Donnell verbindet dieses Model mit jenem, das Barrington Moore (1966) als den dritten historischen Weg zur Industrialisierung beschrieben hat: neben bürgerlicher und kommunistischer Revolution bestehe ein Entwicklungspfad, bei dem sich ein Bündnis zwischen Bürokratie und Grundeigentümern, einschließlich der untergeordneten Industriebourgeoisie, gegen die Bauern und das entstehende Proletariat formiert. Es ist eine konservative Reaktion. Sie richtet sich gegen eine spontan fortschreitende Industrialisierung, gegen schwache Impulse in Richtung parlamentarische Demokratie und gegen den Eintritt der Massen in die Politik. Solche Regime versuchen, die traditionellen Formen der Vorherrschaft in den ländlichen Gegenden zu erhalten und die Industrialisierung geplant voranzutreiben, während sie zugleich die Chancen einer sozialen Revolution zu minimieren versuchen. Nebenbei sei hier angemerkt, daß Moore und O'Donnell viel mit der Analyse von Franz Borkenau (1933) über die Bedingungen für den Aufstieg des Faschismus gemein haben. Borkenau verband den Faschismus mit einer Gesellschaft, in der die Industrialisierung erst spät erfolgte. Bei solchen „Zuspätgekommenen" fallen die Spannungen, die sich aus dem Wechsel von einer ländlichen zu einer urbanen Gesellschaft und von der traditionellen zur modernen Wirtschaft mit ihrer neuen Art von Arbeitsdisziplin ergeben, mit der Verbreitung von sozialistischen Forderungen zusammen, die den nationalen Kapitalismus

in einer Art und Weise bedrohen, wie es in den früher industrialisierten Gesellschaften nicht der Fall war.

Nachdem O'Donnell dieses Modell entwickelt hat, analysiert er die Unterschiede zwischen Brasilien und Argentinien nach den erfolgreichen Militärputschen, insbesondere das unterschiedliche Maß der Gewaltanwendung. Er erklärt diese Verschiedenheit damit, daß in Argentinien das Ausmaß der Aktivierung höher war als in Brasilien. Während in Argentinien der Impuls vor allem von unten kam, wurde in Brasilien die politische Aktivierung von oben, von der Goulart-Regierung gefördert. Die Peronisten wurden von den etablierten Sektoren weniger bedrohlich empfunden als angenommene sozialistische Tendenzen unter brasilianischen Regierungsbeamten, was auch einen höheren Einfluß von „anti-subversiven" und „effizienzorientierten" Kräften in den neuen Koalitionen erklärt. Die Feindschaft der regierenden Radikalen gegen die Peronisten führte in Argentinien dazu, daß die Gewerkschaften und Peronisten den Putsch von 1966 - zumindest für kurze Zeit - begrüßten. Dieses Moment schwächte die Repression zunächst ab bzw. schob sie auf, während im brasilianischen Fall die von Anfang an antagonistische Position der Bevölkerung gegen den Putsch zu einer repressiveren Antwort führte. Letztlich war der Versuch der Deaktivierung der Bevölkerung in Brasilien erfolgreich, während im modernisierten Argentinien ein relativ hoher Aktivierungsgrad erhalten blieb, was dann auch den unterschiedlichen Grad der Konsolidierung der beiden Systeme erklärt.

In bürokratisch-autoritären Regimen tendieren die Technokraten dazu, jene Aspekte zu betonen, die sie entsprechend ihrer Sozialisation und Ausbildung am besten „bearbeiten" und „messen" können. Die Realität wird mit „harten Daten" verwechselt, die das Wachstum des Bruttosozialproduktes, verminderte Inflation oder weniger Streiks anzeigen. Dagegen vernachlässigen sie die schwer zu entschlüsselnden Informationen, die aus den „rauschenden" Kanälen kommen, in denen sich das Volk artikuliert. Sie ignorieren, daß diese wirtschaftlichen Ergebnisse nur auf Kosten von Repression, Einkommensumverteilung, Eliminierung von nationalem Eigentum, Beseitigung politischer Institutionen, verstärkter Armut der städtischen und ländlichen Bevölkerung sowie der Entfremdung von Intellektuellen und Studenten möglich sind. Wenn jedoch die Indikatoren, für die diese Eliten sensibel sind, befriedigende Ergebnisse zeigen, ist die politische Herrschaft leicht rationalisierbar, wird die Fähigkeit, Probleme zu lösen gefestigt, und schließlich kann sich die neue Koalition festigen. Dies erklärt sowohl die Verhärtung und den *Continuismo* in Brasilien als auch die Tatsache, daß im argentinischen Fall einflußreiche Mitglieder der ursprünglichen Koalition bereit waren, angesichts des offensichtlichen Versagens des Systems

am Maßstab dieser Indikatoren eine Rückkehr zur Demokratie zu versuchen. Die Putsche, die die Generale Onganía und Levingston an die Macht brachten und die Wahl, die die Peronisten nach dem Interregnum von Lanusse gewannen, reflektieren das Urteil der herrschenden Elite über den unterschiedlichen Erfolg der Regime in Brasilien und Argentinien nach dem jeweiligen Staatsstreich. Das heißt nicht, daß die Bemühungen, die Militärs aus der Politik zu entfernen, und damit die Demokratisierung von autoritär-bürokratischer Herrschaft garantiert sind. Auch der relative Erfolg des militärisch-bürokratischen Regimes in Brasilien heißt noch nicht, daß es eine stabile institutionelle Form und Legitimität gefunden hat (Linz, 1973b). Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich angesichts von Problemen einige Offiziere mit einheimischen Unternehmern und den Gewerkschaften verbünden könnten. Die Möglichkeit, daß sie durch eine nationalistische Rhetorik und Versprechungen hinsichtlich protektionistischer und redistributiver Maßnahmen ein populistisches System aufbauen könnten, besteht weiterhin, selbst wenn nach O'Donnells Meinung die Wahrscheinlichkeit gering ist.

O'Donnell erkennt an, daß sein Modell etwas einseitig Effekte betont, die durch sozio-ökonomische Faktoren auf der politischen Seite entstehen, und er weiß auch, daß weitere Forschung notwendig ist, um die sozio-ökonomischen Konsequenzen von politischen Maßnahmen zu untersuchen. Ich denke, daß seine Analyse die negativen politischen Konsequenzen von bürokratischem Autoritarismus zu Recht hervorhebt. Allerdings tendiert sie dazu, die umfassenden sozialen Auswirkungen des wirtschaftlichen Erfolgs zu unterschätzen, der von der technokratischen Elite ausgeht und von den ursprünglichen Nutznießern auch zu breiteren Bevölkerungsschichten durchsickert. Er verkennt meines Erachtens die Fähigkeit solcher Regime, nach einem anfänglichen Akkumulationsstadium mittels Ausweitung von sozialen Sicherungssystemen und erzwungenem Firmenpaternalismus, selektive Wohlfahrtsmaßnahmen einzuführen, dies besonders zugunsten der kritischen urbanen Arbeiterschichten. Selbst marxistische Kritiker geben zu, daß dies in Spanien der Fall ist, und Umfragedaten zeigen, daß weite Bevölkerungsteile - außer in den modernsten Regionen mit dem höchsten Pro-Kopf Einkommen - eine Verbesserung des Lebensstandards feststellen. Natürlich kann dies auch zu erhöhten Erwartungen und späteren Spannungen führen. Zugleich ändern sich damit die sozialen Muster und Klassenbeziehungen. Auf der Basis meiner Arbeit zu Spanien meine ich, daß die Probleme von stabilisierten bürokratisch-autoritären Regimen mehr von ihrer fragwürdigen Legitimität und den Schwierigkeiten politischer Institutionalisierung herrühren als von ökonomischen Belastungen und deren Wirkung auf die Gesellschaft. Ich würde zugleich betonen, daß in einem westlichen Land, in dem keine ideologische Einheitspartei besteht, die herr-

schenden Eliten entweder die kompetitiv-liberalen Demokratien oder die mobilisierenden Einparteienregime als Idealmodelle zur Beteiligung von Bürgern ansehen. Die internationalen Verbindungen mit stabilen demokratischen und industriell fortgeschritteneren Gesellschaften tragen auf der einen Seite zur Entstehung dieser Regime durch ihren Kontakt zur technokratischen Elite bei, unterminieren aber zur gleichen Zeit ständig deren Legitimität durch die internationale Kritik und durch kulturelle Einflüsse. Die westlichen Gesellschaften tragen somit gleichzeitig zu den künftigen Krisen dieser Regime bei. Während sie deren Existenz mit technischen oder ökonomischen Gründen rechtfertigen, unterminieren sie ständig deren Legitimität, indem sie den Bürgern dieser Regime ein alternatives politisches Modell bieten und diese ermutigen, dem autoritären Regime ihre Unterstützung zu entziehen und die Hoffnung auf eine demokratische politische Entwicklung nicht aufzugeben. Selbst mit beachtlichen wirtschaftlichen Erfolgen können bürokratisch-autoritäre Regime im Westen nicht jener Stabilität sicher sein wie posttotalitäre autoritäre Regime in Mittel- und Osteuropa, was zum Teil auch an den Verbindungen zur Hegemonialmacht liegt, in dessen Einflußsphäre sie sich befinden.

Exkurs über Militärs in der Politik

Unsere Betrachtung autoritärer Regime mit einer starken militärischen Komponente könnte mißverstanden werden, wenn wir nicht auch auf andere Aspekte der Rolle von Militärs in der Politik verweisen würden. Erstens sind nicht alle militärischen Interventionen darauf aus, solche autoritären Regime zu schaffen, doch führen sie alle zu deren Etablierung. Zweitens wäre es falsch, die Motive der Offiziere und die Umstände, die zum Sturz eines demokratischen Regimes führen, allein von der sozio-politischen Natur und Funktion des Regimes abzuleiten, das mit Hilfe des Militärs errichtet wird. Die Antwort des Militärs auf die Politik wird ebenfalls stark durch „interne", d.h. spezifisch militärische Faktoren wie die Mentalität der Offiziere, institutionelle Interessen und organisatorische Probleme beeinflußt. Deshalb ist es auch schwierig, den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kurs einer Militärjunta nach der Machtübernahme vorherzusagen. Drittens dürfen wir nicht vergessen, daß es oft die Zivilisten selbst sind, die in den Kasernen um Hilfe beim Sturz oder bei der Verteidigung von verfassungsmäßigen Regierungen nachsuchen, und daß in vielen Gesellschaften die zivilen und „demokratisch" eingerichteten Verfassungen dem Militär eine „moderierende" Macht einräumen, die deren Intervention letztlich „legitimiert". So manche schwache demokratische Regierungen wurde in Krisenzeiten von der Unterstützung durch das Militär abhängig. Viertens beschränken sich die Beziehungen zwi-

schen ziviler Gesellschaft und Militär nicht allein auf die Rolle des Militärs in der Innenpolitik, sondern gehen darüber hinaus. Dazu gehören der Bereich der internationalen Beziehungen sowie die militärischen und politischen Erwägungen in der Kriegsführung, wozu es brillante Ausführungen von Clausewitz gibt (1911 [1832]). Auch die Beziehung verschiedener Regime zur Armee des jeweiligen Landes (Huntington, 1956, 1964) oder die komplexen Prozesse der Entmilitarisierung der Politik bzw. der „Zivilisierung" des Militärs können hier leider nicht umfassend behandelt werden. All diese Themen verdienten sicherlich ein Kapitel für sich.

Die Analysen von militärischen Interventionen in die Politik bewegen sich zwischen zwei Perspektiven. Die erste betont die Charakteristika der Institution, die zur Einmischung führt bzw. diese erleichtert, ohne daß anderen Akteuren im politischen und sozialen System besondere Beachtung geschenkt wird. Die andere Sicht unterstreicht die politischen Motive und weniger die militärischen. Die sozialen und organisatorischen Charakteristika des militärischen Establishments werden kaum beachtet, sondern mehr die politische und institutionelle Struktur der Gesellschaft (Fitch, 1973). Ein Unterschied besteht auch zwischen jenen Ansätzen, die der sozialen und politischen Entwicklung sowie den kulturellen Traditionen, manchmal auch unter der Bezeichnung „politische Kultur" zusammengefaßt, besonderes Gewicht geben und denen, die die konkrete historische Situation, die zur Intervention führte, untersuchen. Ihnen geht es konkret um die Formierung einer „Putsch-Koalition". Wie wurde die Basis dafür erweitert, wie wurden potentielle Gegner neutralisiert und zu welchen politischen Ergebnissen führte die militärische Intervention? Andere Autoren ignorieren oder unterschätzen oft die expliziten Rechtfertigungen und Äußerungen der Beteiligten, und suchen nach den „wirklichen" Interessen des Militärs - sei es als soziale Gruppe oder als „Instrument" bzw. „Repräsentant" von sozialen oder ökonomischen Interessen. In der Literatur besteht auch ein Unterschied zwischen jenen, die die politische Stärke des Militärs betonen, und denen, die wiederum dessen politische Schwäche hervorheben. Darüber hinaus werden globale Konflikte und ausländischer Einfluß thematisiert: der Kalte Krieg und die internationalen Abhängigkeiten, die Verbindungen, die zwischen dem Militär verschiedener Länder durch Ausbildung, Militärmissionen, Expeditionstruppen, Waffenlieferungen und Verbreitung von Militärdoktrinen bestehen (Einaudi, 1969; Pauker, 1963). Diese Unterschiede reflektieren auch den Umstand, daß in der Literatur oftmals nur die Rolle des Militärs in bestimmten Regionen oder Ländern untersucht wird. Methodisch kann man zudem zwischen vergleichenden - zum Teil auch quantitativen Analysen - Studien, wie Schmitter, 1973a; Nordlinger, 1970; Putnam, 1967, und kon-

kreten Fallstudien unterscheiden. Die Studien werden zudem auch durch unterschiedliche ideologische und kulturelle Einstellungen ihrer jeweiligen Autoren beeinflußt. Der Mangel an systematischen, theoretisch orientierten Fallstudien hat leider oft zu übereilten Verallgemeinerungen geführt. Auf jeden Fall sollten alle hier angeführten Perspektiven in Betracht gezogen werden, um erfolgreich einen bestimmten Falle untersuchen zu können.[12]

Die hier angesprochenen Dimensionen sind verschieden stark in den unterschiedlichen Phasen vorhanden bzw. ausgeprägt, d.h. in der Periode vor der Bildung einer konspirativen Gruppe, in der Phase der Ausweitung ihres Einflusses, zum Zeitpunkt der Entscheidung zum Handeln, in der Zeit unmittelbar nach dem Putsch und im politischen Prozeß in den Monaten und Jahren nach der Machtübernahme. Sicherlich sind die Akteure innerhalb des Militärs in jeder dieser Phasen andere Personen mit einer jeweils anderen Mentalität. Es ist schwierig, wenn nicht gar unmöglich zu erklären, warum in einem Land häufiger militärische Putsche stattfinden als in ande-

---

[12] Andreski (1954, überarbeitet 1968), S. E. Finer (1962) und Janowitz (1964) boten die ersten systematischen und vergleichenden Analysen an, die zusammen mit den Aufsatzsammlungen, die von Huntington (1962), Gutteridge (1965), Van Doorn (1968), Janowitz und Van Doorn (1971), Kelleher (1974) herausgegeben wurden, und der Arbeit von Feit (1973) gelesen werden sollten. Eine frühe Bibliographie bietet Lang (1965). Für eine Typologie militärischer Systeme siehe Perlmutter (1969). Die zahlreichen Interventionen in Süd- und Mittelamerika führten zu Analysen, die jeweils das ganze Gebiet untersuchten. Hierzu zählen die frühen Schriften von Lieuwen (1960, 1964), Germani und Silvert (1961) und Johnson (1964), von Needler (1966), Horowitz (1967), Putnam (1967), Nun (1969), Ronfeldt (1972), Solaun (1973), Stepan (1973), Schmitter (1973a) und den bibliographischen Aufsätzen McAllister (1966) und Lowenthal (1974). Unter den Monographien zu einzelnen Ländern möchte ich folgende erwähnen: North (1966) zu Argentinien, Chile und Peru, Potash (1969), Evers (1972), O´Donnell (1973) zu Argentinien, Hector (1964) zu Argentinien und Bolivien, Puhle (1970) auch zu Bolivien, Stepan (1971, 1973) und Schneider (1971) zu Brasilien, Gilmore (1964), Needler (1964), Fitch (1973) zu Ecuador und Einaudi (1969) und Lowenthal (1974) zu Peru. Auch zu Peru und Brasilien Einaudi und Stepan (1971). Die Interventionen und die jeweils nach einem Staatsstreich geschaffenen Regime im Mittleren Osten wurden von N. Fisher (1963), Hurewitz (1969) und Perlmutter (1970) untersucht; für Ägypten von Vatikiotis (1961) und Dekmejin (1971) sowie für den Irak von Vernier (1963) und Dann (1969). Für Indonesien siehe Feith (1962) und Pauker (1963), für Korea Kim (1971). Die lange Geschichte der durch die Armee geprägten Politik in Spanien wurde von Payne (1967) und in der Literatur im Zusammenhang mit der Entstehung des Bürgerkrieges behandelt.

ren, wenn man allein die statistischen Daten analysiert. In der Analyse der Variablen, bei denen die Bedeutung jedes Details von seiner Beziehung zum gesamten Kontext abhängt, werden wir mit einer Komplexität konfrontiert, die mit einer länderübergreifenden statistischen Analyse einfach nicht aufgelöst werden kann.

Es ist gewiß riskant zu behaupten, daß irgendein Staat gegenüber einem militärischen Putsch oder sogar einem Regierungswechsel unter dem Druck des Militärs immun sei. Sicherlich bestehen aber in verschiedenen politischen Systemen unterschiedliche Qualitäten in der Unterordnung der Streitkräfte unter die politische Führung. In schweren politischen, sozialen und ökonomischen Krisen, bei einer Niederlage im Krieg oder bei enormem Prestigeverlust wird wahrscheinlich, unabhängig vom Typ des Regimes, das Militär stets eine wichtige Rolle spielen. Kriege bzw. die Möglichkeit von Kriegen oder auch potentielle innere Unruhen erhöhen diese Wahrscheinlichkeit noch. Bestimmte Parteien oder Fraktionen finden dann größere Sympathie unter den Offizieren. Zugleich werden die Interessen der Streitkräfte dann auch bei den Politikern eher gehört. Jedoch wird in einigen Gesellschaften das Militär die Schwelle der Unterordnung kaum überschreiten, während in anderen Systemen dies relativ einfach erreicht wird. Bei den Modellen, die auf solchen Wertübereinstimmungen und/oder Kontrollmechanismen beruhen, die eine hohe Wahrscheinlichkeit von Unterordnung gewährleisten, finden wir aristokratische, liberale, traditionell-professionelle und kommunistische (Huntington 1956, 1964). Zwei Modelle weisen eine recht hohe Wahrscheinlichkeit von Militärinterventionen und damit autoritären Regimen auf. Alfred Stepan (1971, 1973) hat diese als „moderierende Muster zivil-militärischer Beziehungen" und als „neuen Professionalismus" beschrieben. Keines von beiden stellt eine Abweichung von dem bekannten Muster militärischer Unterordnung in außergewöhnlichen Krisensituationen dar. Sie sind eher eine institutionalisierte Antwort, die dann erfolgreich ist, wenn unter der Führungsschicht der Streitkräfte ein breiter Konsens darüber entsteht, daß die Umstände ihre Intervention legitimieren. Zu Stepans zwei Modellen können wir ein drittes hinzufügen, das durch eine abwartende Haltung („*attentivism*") gekennzeichnet ist. Hier steht das Militär ohne ausdrückliche Bindung an ein Regime als eine neutrale Macht außerhalb des politischen Prozesses. Es macht seine Loyalität oder Unterstützung für Regierungen von Bedingungen abhängig und vermeidet jegliche Bindung, die die Streitkräfte spalten könnte. Dies war die Position von Seeckts in der Weimarer Republik (Carsten, 1967; Vogelsang, 1962) und von Franco in den 30er Jahren (Payne, 1967). Eine solche Position kann die demokratischen Regime unterhöhlen und indirekt zu ihrem Zusammenbruch beitragen.

Das liberale Modell, das auf einer objektiven zivilen Kontrolle des Militärs beruht, ist solange nicht möglich, wie zivile Gruppen nicht bereit sind, ein politisch neutrales Offizierskorps zu akzeptieren, und solange sie eher darauf bedacht sind, ihre Macht im militärischen Bereich zu maximieren. Eine solche zivile Kontrolle ist auch dann unwahrscheinlich, wenn die professionellen Ziele des Militärs in Frage gestellt werden oder nur von sehr begrenzter Bedeutung sind. Unter diesen Umständen entsteht das „moderierende" Muster. In diesem wird ein politisches Militär begünstigt, dessen politisches Handeln jedoch zugleich auf Grenzen stößt. Stepan faßt die Schlüsselkomponenten in folgendem Muster zivil-militärischer Beziehungen zusammen:

1. Alle politischen Akteure versuchen, das Militär zu kooptieren. Ein politisiertes Militär ist die allgemeine Norm.
2. Das Militär ist politisch heterogen, versucht aber auch ein gewisses Maß an institutioneller Einheit zu wahren.
3. Die relevanten politischen Akteure verleihen dem Militär Legitimität, unter gewissen Umständen als „Vermittler" im politischen Prozeß zu handeln und die Exekutive zu kontrollieren, zu stürzen oder den Zusammenbruch des Systems zu vermeiden. Dies besonders dann, wenn die neuen sozialen Gruppen mobilisiert sind, die vorher von der Beteiligung am politischen Prozeß ausgeschlossen waren.
4. Wenn zivile Eliten dem politisch heterogenen Militär die Zustimmung erteilen, die Exekutive zu stürzen, erleichtert dies die Bildung einer erfolgreichen Putschkoalition. Die fehlende Unterstützung durch die Zivilisten für einen legitimen Sturz der Exekutive behindert umgekehrt eine solche Formierung.
5. Unter den zivilen Eliten und Offizieren ist die Überzeugung stark verbreitet, daß das Militär im politischen Prozeß zwar zeitweilig herrschen darf, es jedoch illegitim handelt, wenn es das politische System über längere Zeit hinweg steuert.
6. Diese relative Übereinstimmung von Werten ist das Ergebnis ziviler und militärischer Sozialisation und Erziehung. Die Militärdoktrin zur „Entwicklung" stimmt mit der Sicht parlamentarischer Kräfte in dieser Frage oftmals überein. Die soziale und intellektuelle Unterordnung der Militärs erleichtert die militärische Kooptierung und eine andauernde zivile Führerschaft. (Stepan, 1971, S. 64)

Dieses Modell kann in Süd- und Mittelamerika sehr oft gefunden werden; ja, es wurde manchmal sogar in Verfassungen festgeschrieben. Hier ist ein gewisser Hang zur militärischen Intervention sicherlich nicht pathologisch, wie es im liberalen Modell der Fall wäre, sondern normal. Die Neigung zu einem solchen Modell korreliert mit dem Zusammenhalt der entsprechenden politischen Schicht: sie

ist hoch, wenn der zivile Zusammenhalt niedrig ist und umgekehrt. Der Erfolg des Putsches ist abhängig vom Maße öffentlicher Legitimation, die der Exekutive und dem Militär jeweils zukommt. Typisch ist eine Situation, bei der wir angesichts der häufigen Konflikte zwischen Präsident und Parlament einen recht schwachem Zusammenhalt der relevanten politischen Schicht finden. Das wurde noch durch die unterschiedlichen Wählerschichten verschärft, die populistische Führer auf der nationalen Ebene einerseits und lokale Abgeordnete andererseits unterstützen. Bei diesen Konstellationen werden die Positionen jener, die die Exekutive unterstützen, entscheidend. Gute Indikatoren für solch einen fehlenden Zusammenhalt der zivilen politischen Kräfte sind u.a. eine knappe Stimmenmehrheit bei Wahlen und der geringe Konsens für einen Kompromißkandidaten. Dazu gehören auch der Glaube an die gegebene Legitimität der Institutionen, besonders der Exekutive, an deren Konformität mit der Verfassung. Bemerkenswert ist in diesem Kontext das Vertrauen in die persönlichen Qualitäten des Präsidenten, das Vertrauen in seine Bereitschaft, gesetzlichen oder konventionellen Regeln zu folgen und nicht einen *Continuismo* zu praktizieren, d.h. seine ständige Wiederwahl zu sichern, sowie die Autonomie von Institutionen, einschließlich der Streitkräfte, zu respektieren, was wiederum entscheidend für deren Antwort in Krisensituationen ist (Fitch, 1973; Solaún, 1973). In einem Rahmen, in dem die militärischen Aktivisten für oder gegen die Regierung immer in der Minderheit sind, muß diese Minderheit die große Mehrheit der Offiziere überzeugen, die entweder strikte Legalisten oder einfach politisch nicht aktiv sind. Die Aktivisten wollen kein Blutvergießen oder die Spaltung der Streitkräfte riskieren; sie werden also warten, bis ein Konsens entstanden ist. Die öffentliche Meinung oder als Ersatz dafür die in Artikeln der führenden unabhängigen Zeitungen oder anderswo publizierten Meinungen und die Position von einflußreichen Gruppen werden somit entscheidend, um das Militär von der Notwendigkeit einer Intervention zu überzeugen. Erfolg oder Scheitern von Putschen sind eng mit dessen Legitimation verbunden. Die „moderierende“ Variante hängt davon ab, ob die Militärs an verfassungsmäßige Formen von Regierung glauben, ob sie darauf vertrauen, daß die Krise effektiv gelöst werden kann, indem man die Regierung zivilen Kräften zurückgeben kann, und ob sie davon überzeugt sind, daß die Militärs keine, den zivilen Akteuren vergleichbare Herrschaftslegitimität haben. Unter solchen Umständen versucht das Militär nicht, ein neues Regime, sondern nur ein Übergangsregime zu schaffen, das in vielem dem in der Einleitung beschriebenen Diktaturbegriff der römischen Republik gleicht.

In der Vergangenheit funktionierte das moderierende Muster auch deswegen, weil diese Regime sowohl mit zivilen als auch militärischen Opponenten milde umgingen, wobei die gestürzten Amts-

inhaber auch bereit waren, ihre Position ohne Widerstand zu räumen. Das Regime konnte so den Eindruck bruchloser Legitimität erwecken.

Im letzten Jahrzehnt sind jedoch einige dieser Bedingungen, die das „moderierende Muster“ erlaubt hatten, verschwunden. Das Maß an Mobilisierung, das die populistischen Präsidenten, egal ob demokratisch oder halbautoritär, erreicht hatten, und deren wirkliche oder überschätzte Fähigkeit, die moderierende Rolle des Militärs herauszufordern, haben immer mehr unblutige Putsche und den einfachen Rückzug von der Macht verhindert. Die Ineffektivität der zivilen Führerschicht, die mit immer größeren Problemen zu kämpfen hatte, setzte sich fort. Soziale Unruhe wuchs und öffentliche Ordnung konnte immer weniger aufrecht erhalten werden. Dies sind charakteristische Kennzeichen eines Phänomens, das Huntington „prätorianische Politik“ genannt hat, d.h. sie ermutigt bzw. toleriert Forderungen, die nicht vom gegenwärtigen System innerhalb der Grenzen der Institutionen erfüllt werden können.

Auf diese Weise entstand ein neues Muster von militärischen Interventionen - der „neue Professionalismus“. Dieser unterscheidet sich erheblich von jenem Professionalismus des Militärs in fortgeschrittenen stabilen Gesellschaften, wo es besonders in der Außenpolitik größere Verantwortung trägt. Der Erfolg von revolutionären Techniken der Kriegsführung gegen konventionelle Armeen, wie z.B. im Guerillakampf, und die darauf folgende Entwicklung von anti-revolutionären Militärstrategien im Innern, führten zu einem sozialen und politischen Bewußtsein innerhalb des Militärs, das nun die Notwendigkeit bzw. die Möglichkeit sah, gegen eine innere „Subversion“ zu kämpfen, die Forderungen artikulierte, die zwar gerecht erschienen, aber nicht von den zivilen Autoritäten erfüllt werden konnten. Da diese Unterdrückung auch politisches Können erforderte, erweiterte das Militär seinen Aufgabenbereich. Kritik an der Wirkungslosigkeit von teuren Militäreinrichtungen führte zu einer Beteiligung des Militärs an zivilen Aktionen, wie öffentlichen Arbeiten oder Entwicklungshilfe. Das machte wiederum den Offizieren die Probleme der Unterentwicklung bewußt. Neue Ausbildungstypen in den Militärschulen veränderten die inhaltlichen Schwerpunkte und auch professionelle Kapazität des Militärs. Dieses Training, der Kontakt mit anderen Gesellschaften, und die Beziehungen zu anderen Sektoren der Elite, besonders zu Experten und Managern, führte letztlich zu diesem „neuen“ Professionalismus in den Bereichen innere Sicherheit und nationale Entwicklung. Diese konsequente Ausweitung der Rolle des Militärs führte beim Scheitern der zivilen politischen Kräfte nicht mehr zum moderierenden Interventionsmuster, sondern zur eigenen Machtergreifung. Man glaubte nun eher an die eigene Fähigkeit zum Herrschen und man mißtraute den Politikern. Die Militärs sahen die zivile politi-

sche Führung in erster Linie als das Instrument gut organisierter Gruppen und von Sonderinteressen an, seien es nun die der Großgrundbesitzer, des Exportsektors bzw. ausländischer Investoren, der Gewerkschaften oder von aktiven Intellektuellen. Das brachte sie zu dem Glauben, es sei ihre Pflicht, die Macht zu übernehmen, um objektiv den nationalen Interessen zu dienen. Der „neue Professionalismus" führte zur Errichtung von autoritären Regimen, die als Antwort auf verschiedene nationale Kontexte eine sehr unterschiedliche Politik betrieben, wie dies Brasilien und Peru zeigen. In beiden Fällen handelt es sich um eine Reaktion der Militärs, bei gleichen Annahmen über die Rolle der Armee in einer Gesellschaft, die sich in der Krise befindet.

2. Der organische Staat

Einige autoritäre Regime haben versucht, durch die kontrollierte Partizipation und die Mobilisierung der Gesellschaft im Rahmen „organischer Strukturen" über die bürokratisch-militärische Herrschaft hinaus zu gehen. Obwohl sie hinsichtlich Klasseninteressen und Wirtschaftsorganisation recht verschieden waren, war ihnen die deutliche Ablehnung des Individualismus der liberalen Demokratie wie auch des Klassenkampfes gemeinsam. Dagegen boten sie institutionelle Kanäle für die Vertretung der unterschiedlichen Interessen in modernen bzw. sich modernisierenden Gesellschaften an. Dies hat zu verschiedenen theoretischen Konzeptionen und auch praktischen Versuchen der Umsetzung geführt, die als eine Alternative zur mobilisierenden Einheitspartei bzw. als ein Instrument oder eine Ergänzung der Herrschaft der Einheitspartei, d.h. als ein Weg, diese Partei mit der Gesellschaft zu verbinden, verstanden wurden. In Demokratien dienen politische Parteien mehr zur Artikulierung und Bündelung eines weiten Spektrums von Interessen und weniger als Kanal für einzelne Sonderinteressen. Politische Parteien, die auf die Machtausübung abzielen, tendieren unvermeidlich dazu, Mehrheiten zu suchen. Sie versuchen entweder einen übergreifenden Sektor der Bevölkerung zu vertreten, der sich zumindestens zeitweise auf einige politische Ziele einigt - dies ist ein Charakteristikum der modernen Volksparteien - oder aber sie maximieren ihre Unterstützung in einer sozialen Klasse oder einem anderen breiten Gesellschaftssektor. Nur Parteien mit einem begrenzten Zugang zur Macht identifizieren sich mit speziellen Interessen, wie Max Weber es für die Parteien im deutschen Kaiserreich bemerkte. Ausnahmen sind kleine Koalitionspartner in stark fragmentierten Mehrparteiensystemen, die als Partner größerer Parteien operieren. Einparteienregime sind auch in dieser Beziehung den Prozessen demokratischer Politik näher. Es ist daher nicht überraschend, daß autoritäre Tenden-

zen gerade in einem Klima der Ablehnung von politischen Parteien und der ideologischen Konflikte der Parteien in instabilen Demokratien entstehen. Bei einem gewissen Grad von ökonomischer und sozialer Komplexität und Mobilisierung kommt es dann zum Griff nach korporativen Lösungen.

Das ideologische Erbe des Konservatismus des 19. Jahrhunderts, der sowohl den individualistischen Liberalismus als auch den staatlichen Absolutismus ablehnte und sich ideologisch eher mit dem Mittelalter identifizierte, war eine Antwort vorindustrieller Schichten wie Handwerkern, Bauern, aber auch von Freiberuflern, Industriellen und Finanziers, die zu verschiedenen korporativen Ideologien führte.[13] Die anti-liberale, anti-kapitalistische und gegen den säkularisierenden Staat gerichtete anti-etatistische Antwort der katholischen Kirche, die in Enzykliken wie *Rerum Novarum* zum Ausdruck kam, war eine andere Strömung, die zur Attraktivität des Korporatismus beitrug (Azpiazu, 1951; Vallauri, 1971). Die syndikalistische Tradition in der Arbeiterbewegung, die den Autoritarismus des Marxismus ablehnte, die Tatsache, daß der Staat weiterhin als ein Instrument der Unterdrückung diente, und die Kooptierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die sich an Wahlen und Parlamentspolitik beteiligte, führten ihrerseits zur Suche nach alternativen Partizipationsformen. Unabhängige Räte der Produzenten in Fabriken und Gemeinden, die sich in freier Übereinkunft bilden und auch widerrufen werden konnten, sollten größere Organisationen schaffen. Selbst mancher Liberale, der sich vor der wachsenden Macht des Staates und der Hilflosigkeit und Einsamkeit des vereinzelten, isolierten Individuums fürchtete, glaubte, daß korporative Organisationen der sozialen Kontrolle dienen könnten (Durkheim, 1902). Die vorhandenen konservativen, anti-revolutionären, katholischen, syndikalistischen und liberal-solidarischen Traditionen trugen dann in der Krise der 20er und 30er Jahre ihre Früchte. Faschistische Denker in Italien und anderen Ländern machten den Korporatismus durch theoretische Manifeste, Gesetze und gelehrte Kommentare, aber auch durch den Aufbau von entsprechenden Institutionen zu einer einflußreichen ideologischen und politischen Strömung.[14]

---

13 Vgl. u.a. Schmitter, 1974, Manoilesco, 1934; Elbow, 1953; Bowen, 1947; Pike und Stritch, 1974.

14 Die Literatur zum italienischen Korporatismus ist sehr umfangreich; wenig davon jedoch soziologisch. Unter den vielen Quellen verdienen Acquarone (1965), Ungari (1963) und Sarti (1968, 1970, 1971) besondere Beachtung. Unter den Untersuchungen, die vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges veröffentlicht wurden, siehe Schneider (1928, 1936), Finer (1935), Schmidt (1938, 1939), Welk (1938). Eine interessante Analyse zu der Frage, wie die italienischen Erfahrungen von den

Es ist theoretisch sicherlich vorstellbar, daß der Korporatismus eine Alternative zur Wahl von Einzelpersonen oder Parteikandidaten für ein nationales Parlament hätte sein können, um freie und spontane Partizipation zu ermöglichen. In der Realität wurde jedoch die „organische Demokratie", im Gegensatz zu der individualistischen „nichtorganischen Demokratie" der Parteien, letztlich mit autoritärer Herrschaft und fehlender Verantwortlichkeit der Herrscher gegenüber den Beherrschten verbunden. Die Wirklichkeit des Korporatismus wurde von Philip Schmitter als „ein System von Interessenvertretung" definiert, „in dem die Bestandteile in einer begrenzten Zahl von einzelnen, erzwungenen, nichtkonkurrierenden, hierarchisch geordneten und funktional unterschiedenen Einheiten organisiert sind. Diese werden durch den Staat anerkannt und zugelassen, wenn nicht sogar geschaffen, und ihnen wird ein bestimmtes Vertretungsmonopol innerhalb ihrer jeweiligen Kategorien zugewiesen. Im Gegenzug sichert sich der Staat eine gewisse Kontrolle bei der Auswahl der Führer und der Artikulation von Forderungen und Unterstützung." (Schmitter, 1974, S. 93) In idealtypischer Weise unterscheidet er diesen Korporatismus von dem Pluralismus in Demokratien, den er als ein System der Interessenvertretung beschreibt, „in dem sich die Bestandteile zahlenmäßig unbegrenzt, mehrfach, freiwillig, miteinander konkurrierend und nicht hierarchisch geordnet organisieren. Die Einheiten bestimmen selbst über ihren Organisationstyp und das Ausmaß der Interessenvertretung. Sie sind nicht speziell lizenziert und werden vom Staat weder unterhalten, noch geschaffen oder kontrolliert. Innerhalb ihrer jeweiligen Kategorien besitzen sie kein Vertretungsmonopol." (Schmitter, 1974, S. 99)

In der Realität finden wir natürlich diesen Idealtypus nicht. Einerseits hat interessengeleiteter Pluralismus in demokratischen Gesellschaften oft korporativen Charakter und andererseits toleriert auch der Korporatismus autoritärer Regime ein gewisses Maß an pluralistischen Tendenzen, besonders in der Wirtschaft und bei berufsständischen Interessenvertretungen. Warum sollte nun Korporatismus mit autoritären Regimen identifiziert werden und warum ist es zum „organischen Staat" (*organic statism*) gekommen? Meines Erachtens gibt es dafür folgende drei Gründe: Erstens die logischen und praktischen Schwierigkeiten, das politische Leben ausschließlich im Sinne von „korporierten" Interessen zu organisieren; zweitens der sozio-politische Zweck, der in der jeweiligen besonderen historischen Situation verfolgt wurde und für den solche Lösungen einge-

---

verschiedenen Gesellschaftsgruppen in Deutschland - von Konservativen bis zu den Nazis - aufgenommen wurden, siehe Hoepke (1968). Für die Differenzierung zwischen katholischen, faschistischen und nationalistisch-korporativistischen Ideologien siehe Vallauri (1971).

setzt wurden, und drittens die Natur des politischen Gemeinwesens und des Staates sowie die intellektuellen und rechtlichen Traditionen, auf denen die Idee des Staates gegründet ist.

Die Theoretiker der „organischen Demokratie“ betonen, daß Menschen die natürlichen Mitglieder von Gruppen sind, die auf primären sozialen Bindungen beruhen. Dazu zählen sie die sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz, in bäuerlichen Genossenschaften, in Berufsverbänden, Universitäten, Nachbarschaften und kirchlichen Gemeinden. Diese stehen ihrer Meinung nach im Kontrast zu den künstlich geschaffenen größeren Gruppen, wie politischen Parteien. Diese würden die Menschen von ihrem primären Umfeld trennen und zum Entstehen von Berufspolitikern und Parteibürokraten führen, die fernab vom Leben der Bürger handeln. Warum, so ihre Frage, sollte man nicht die Vertretung auf der Basis von solchen primären Einheiten organisieren? Offensichtlich wären die Repräsentanten von solchen Gruppen näher an den Menschen und sie wären auch deren Kontrolle täglich ausgesetzt. So die Annahmen der „organischen Demokratie“. Die sozialwissenschaftliche Forschung hat jedoch gezeigt, daß im Gegensatz zu den Erwartungen solcher Theorien die Führung solcher Verbände eher durch starke oligarchische Tendenzen und durch Apathie ihrer Mitglieder charakterisiert sind.[15] Davon abgesehen fragt man sich, wie auf dieser Basis Partizipation in größeren Entscheidungseinheiten, vor allem in urban-industrialisierten Gesellschaften mit großen Organisationen, die wiederum mit anderen sozialen, ökonomischen und politischen Einheiten zusammenarbeiten, organisiert werden soll. Die Theorie antwortet mit mehrschichtigen, d.h. indirekten Wahlen innerhalb einer Serie von Wahlkreisen, die auf solchen Primäreinheiten beruhen und bis zu einer „nationalen Kammer“ oder einer Reihe von spezialisierten Kammern führen sollen. [16]

Im Prinzip sollte es schon möglich sein, ein nationales demokratisches Gemeinwesen auf dieser indirekten Demokratiebasis zu organisieren, selbst wenn die Rechenschaftspflicht der nationalen Führung gegenüber dem individuellen Bürger schwierig zu erreichen wäre. Eine Reihe von irrigen Annahmen macht das Modell jedoch fragwürdig: Zunächst ist es zweifelhaft, ob solche primären Gruppen ein gemeinsames Interesse teilen; eher sind sie intern konflikiv. Zweitens ist zu erwarten, daß sich dann auf der nationalen Ebene gegensätzliche Standpunkte finden, die über die gemein-

---

[15] Das hohe Maß an Apathie bei den Mitgliedern und die oligarchische Kontrolle in vielen freiwilligen Vereinigungen, insbesondere in Gewerkschaften und Berufsverbänden, wurde besonders von jenen Autoren gesehen, die von Robert Michels inspiriert waren.

[16] Vgl. Acquarone, 1965; Fraga, 1959; Fernández-Carvajal, 1969, S. 77-124; Esteban, 1973, S. 127-255.

samen Interessen ihrer Mitglieder hinausgehen, d.h. Nachbarschaftsgruppen haben ein größeres Interesse an lokalen Problemen als an Themen wie Säkularisierung versus Klerikalismus oder Krieg und Frieden. Diese Streitfragen teilen die Gesellschaft und verlangen nach Repräsentanz. Wenn solche übergreifenden Themen in der Gesellschaft existieren, können wir auch annehmen, daß am Ende, besonders auf der nationalen Ebene, Parteien entstehen, die sich auf eine Vielzahl von Themen berufen. Demgegenüber hätten korporativ gewählte Repräsentanten keinerlei Entscheidungsgrundlage, da sie nicht aufgrund ihrer Position in einer jener übergeordneten Fragen gewählt wurden. Noch schwieriger ist es, auf rationale Weise die Wählerschaft und ihren Anteil an der Macht abzugrenzen. Wenn man spontan entstandene bzw. schon früher bestehende Organisationen anerkennen würde, zeigte sich sehr schnell die sehr ungleiche organisatorische Mobilisierung der verschiedenen Interessen. Daher übernimmt der Staat unausweichlich die Aufgabe, nicht konkurrierende und funktional vorherbestimmte Einheiten zu definieren, indem er sie „lizenziert“ und damit ihnen das Vertretungsmonopol gibt. Noch problematischer ist die Entscheidung, welches Gewicht man den verschiedenen organisierten Interessen im Entscheidungsprozeß zuweist. Es gibt einfach keine klaren Kriterien dafür. Die Anzahl der Mitglieder kann es nicht sein, denn das würde die Repräsentation von funktional wichtigen, aber zahlenmäßig kleinen Gruppen unmöglich machen. Auf der anderen Seite läßt das wirtschaftliche Gewicht - ein Kriterium, das im jugoslawischen Kammersystem zur Sitzverteilung benutzt wird - zahlenmäßig große, aber ökonomisch schwache Sektoren wie die Landwirtschaft in halbentwickelten Gesellschaften ohne Einfluß. Es fällt natürlich auch schwer, Argumente für eine Repräsentation jener Interessen zu finden, die nicht ökonomischer oder beruflicher Natur sind. Schließlich müßten selbst die besten Entscheidungen ständig revidiert werden, sobald sich ökonomische und soziale Strukturen veränderten. Die Konflikte, die dabei gelöst werden müßten, würden jene Auseinandersetzungen in „nichtorganischen Demokratien“ geradezu läppisch erscheinen lassen. Die autoritären Entscheidungen durch den Staat, d.h. durch Bürokraten und/oder herrschende Gruppen, würden in allen Fällen die Natur und die Zusammensetzung von Organen mit Entscheidungsmacht vorbestimmen, die dann alles andere als aus der Gesellschaft „organisch“ gewachsen wären. Sicherlich gibt es Abweichungen von fairer Repräsentation in solchen Demokratien, die auf Wahlkreisen beruhen, die nach Bevölkerung und Territorium aufgeteilt sind - außer vielleicht in nationalen Wahlen mit klarer verhältnismäßiger Vertretung. Welche Abweichungen es vom Ideal auch geben mag, sie sind unvergleichbar kleiner als jene, die selbst die rationalste und ausgeglichenste korporative Repräsentation hervorbringen würde. Soziologisch gesehen haben,

wie es Max Weber in einem kurzen Abschnitt über „Repräsentation durch Interessenvertreter" bemerkte, solche Systeme die latente Funktion, gewissen Schichten das Stimmrecht zu entziehen.[17] Ein solches System kann seiner Meinung nach sowohl einen extrem konservativen als auch einen radikal-revolutionären Charakter haben. Es kann konservativ sein, indem es Mandate nach Berufsständen verteilt und daher die zahlenmäßig größeren Bevölkerungsgruppen entmündigt, und es kann revolutionär sein, indem es offen und formal das Wahlrecht auf das Proletariat beschränkt und damit jene Schicht von der Macht ausschließt, deren Einfluß auf ihrer ökonomischen Position beruht (wie im Falle des Sowjetstaats). Dies erklärt die Anziehungskraft des Korporatismus auf autoritäre Regime, besonders in jenen Gesellschaften, in denen die große Masse von Arbeitern, Tagelöhnern und Bauern eine potentielle Unterstützung für große Klassenparteien darstellt. Dies und die Möglichkeit, die indirekten, mehrschichtigen Wahlen zu manipulieren, erklärt auch die Realität politischer Systeme, die auf solchen korporatistischen Prinzipien beruhen. Darüber hinaus sind Interessen oft sehr antagonistisch und daher sind Mehrheitsvoten innerhalb sehr verschiedener Kategorien, die nach Status und Klassenzugehörigkeit geordnet sind, äußerst künstlich. Der Stimmzettel als Basis von letztendlich gültigen Entscheidungen hat die Charakteristik, einen Kompromiß der Parteien herbeizuführen, was in berufsständischen Interessengruppen normalerweise nicht der Fall ist. Darüber hinaus werden die Interessenvertreter über viele Angelegenheiten gar keine Meinung haben und daher natürlich gern bereit sein, ihre Stimme in den meisten Angelegenheiten gegen politische Maßnahmen „zu tauschen", die wiederum ihren Sonderinteressen dienen.

In einem solchen Kontext gerät die Macht schließlich in die Hand einer herrschenden Gruppe, die das System organisiert, Wahlgruppen

[17] Max Weber (1972) schreibt in *Wirtschaft und Gesellschaft* im Kapitel III, §22 über Repräsentation durch Interessenvertreter: „Normalerweise verbindet sich mit der Absicht der Schaffung dieser Art von Repräsentation die Absicht: bestimmten Schichten das Wahlrecht zu entziehen. Entweder: a) den durch ihre Zahl immer überwiegenden Massen durch die Art der Verteilung der Mandate auf die Berufe material, b) den durch ihre ökonomische Machtstellung überwiegenden Schichten durch Beschränkung des Wahlrechts auf die Nichtbesitzenden formal (sog. Rätestaat)" (S. 175). Weber beschreibt weiterhin das Fehlen einer effektiven individuellen Führung in solchen Körperschaften und zeigt die Schwierigkeiten, Mehrheitsentscheidungen zu bekommen, die nicht künstlich zustande gekommen sind. Diese Muster stärken offensichtlich die „nicht-repräsentativen", „nicht-wählbaren" Elemente im politischen System, d.h. die autoritären Elemente, die niemandem gegenüber verantwortlich sind.

einteilt und Vertretungsmacht zuteilt, Interessenkonflikte schlichtet und all jene Dinge entscheidet, über die die Vertreter der Interessengruppen letztlich keine Entscheidungsgrundlage haben. Selbst in Systemen, die ideologisch an organische Demokratie gebunden sind, kann die Realität eher als „staatsorganisch" (*state organicism*) bezeichnet werden. In ihnen haben die bürokratischen, militärischen und technokratischen Eliten und/oder die Führer einer Einheitspartei den größten Anteil an der Macht. Die korporative Struktur wird höchstens ein Element im eingeschränkten Pluralismus solcher autoritären Regime. Selbst schwache korporative Strukturen stellen für die Bestrebungen einer politischen Elite, die Gesellschaft für ihre utopischen Ziele zu mobilisieren, Grenzen dar. Das gilt besonders an der Basis. Es ist daher kein Zufall, daß in den faschistischen Regimen Ambivalenzen und Spannungen über die Frage bestanden, inwieweit diese Institutionen auf Kosten der Macht der Partei entwickelt werden sollten. Auch die Nazis mit ihrer Vorstellung einer plebiszitären, klassenlosen „*Volksgemeinschaft*" haben früh die korporativen Ideen des deutschen Konservatismus abgelegt (Rämisch, 1957). Keines dieser Systeme hat die höchsten Entscheidungsträger wie Kabinett und Regierungsspitze gegenüber den korporatistisch gestalteten Legislativen verantwortlich gemacht (Acquarone, 1965; Fraga, 1959; Fernández-Carvajal, 1969). In meinem Verständnis gab es noch keine Demokratie ohne politische Parteien, obwohl rein theoretisch die politische Teilnahme sicherlich auf korporativer Basis, statt durch Parteien, organisiert werden könnte.

Wenn die Idee des institutionalisierten oder tolerierten Klassenkonflikts bzw. einer klassenlosen Gesellschaft in ihren utopischen Versionen des Marxismus und der nationalsozialistischen „*Volksgemeinschaft*" abgelehnt wird, so stellt die Vorstellung, politische Institutionen durch korporative Interessenvertretung zu bilden, offensichtlich eine Alternative dar. Sie ist besonders für bürokratische, militärische und technokratische Eliten ansprechend, die den offenen Konflikt ablehnen und an eine rationale, im Grunde administrative Lösung von Interessenkonflikten glauben. Sie sind weniger von utopischen Gesellschaftsvisionen inspiriert, sondern werden eher von pragmatischen Überlegungen geleitet. Für sie erlaubt gerade ein solches System, sowohl Interessenvielfalt und Pluralismus in der Gesellschaft zu artikulieren als auch die Konflikte, speziell den Klassenkonflikt, die sich aus dieser Vielfalt ergeben, zu begrenzen. *De facto* aber hatten diese sich herausbildenden Regime gerade viele Elemente von Klassenherrschaft.

Es ist kein Zufall, daß die Nationalsozialisten, die ein totalitäreres Gesellschaftsmodell anstrebten, den Gedanken eines korporativen *Ständestaates* verwarfen, nachdem sie zunächst mit ihm gespielt hatten. Auch demokratische Parteien, die interessiert waren, zweite

Kammern wie den *Reichswirtschaftsrat* oder *Conseil Economique et Social* auf korporativer Grundlage zu schaffen, konnten diesen Körperschaften am Ende niemals wirkliches Leben einhauchen. In allen politischen Systemen finden wir einige Elemente des Korporatismus und von institutionalisierter und regulierter Interessenvertretung, besonders in der Wirtschaft und bei Berufsverbänden. Aber nur in autoritären Systemen wurde ernsthaft versucht, ein ganzes politisches System nach einer korporativen Ideologie zu gestalten. Die autoritären Regime, die vorgaben, korporatistisch zu sein, waren in Wirklichkeit stets eher bürokratisch, technokratisch oder von einer mobilisierenden Partei geprägt. Der Korporatismus bzw. die „organische Demokratie" war jedoch eine wichtige ideologische Alternative zur Konkurrenzdemokratie. Es war eine wichtige Komponente des institutionellen Pluralismus jener Regime, die über eine Gesellschaft herrschten, die bereits ein gewisses Maß an sozialer und ökonomischer Komplexität und sozialer und politischer Mobilisierung erreicht hatte und die nicht mehr rein bürokratisch verwaltet werden konnte. Diese Regime sahen deshalb die Notwendigkeit, bestimmte Möglichkeiten der politischen Beteiligung zu schaffen. Jedoch waren sie unfähig, eine ideologische Massenpartei, die von einer politisch bewußten Elite oder Avantgarde geführt würde, zu bilden bzw. aufrechtzuerhalten. Dieser Korporatismus war darüber hinaus eine politische Lösung, die besonders zu einem ökonomischen System paßt, das sowohl einen freien Markt und Unternehmerfreiheit als auch Volkseigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft ablehnt. Die Desillusionierung in europäischen und lateinamerikanischen Gesellschaften in Bezug auf liberale Demokratie und ein rein kapitalistisches Wirtschaftssystem war natürlich auch ein guter Nährboden für die Akzeptanz von korporativen Eliten durch viele soziale Gruppen, einschließlich der Wirtschaft.

Es gab und gibt eine große Zahl von autoritären Regimen, die die korporativen Ideen der „organischen Demokratie" nutzten, um ihre Herrschaft zu legitimieren, indem sie eine sorgfältig begrenzte Beteiligung einführten. Der portugiesische *Estado Novo* von Salazar, mit seiner schwachen Einheitspartei, die von oben geschaffen wurde, war sicherlich der exemplarische Fall dafür (Schmitter, 1973a). Wie in Österreich zwischen 1934 und 1938 unter Dollfuß[18] und in Spanien unter Franco nach einer prätotalitären faschistischen Periode[19], wurden Systeme mit einer Komponente organischer Demo-

[18] Vgl. u.a. Voegelin 1936; Diamant, 1960; Busshoff, 1968, Bärnthaler, 1971.

[19] Vichy-Frankreich unter der Regierung Pétains ist ein Beispiel für den Unterschied zwischen einem autoritären Regime mit vielen Charakteristika eines organischen Staates einerseits und einem faschistischen,

kratie geschaffen. Dabei wurde oftmals die herrschende katholische Ideologie mit den Erfahrungen des italienischen Faschismus verbunden. Mussolini stammte ja ursprünglich aus der syndikalistischen Tradition, wurde dann aber von den intellektuellen Strömungen des rechten Nationalismus unterstützt und suchte die Unterstützung der Katholiken. Er schuf einen korporativen Überbau, der konservativen Interessen gut diente, indem er die stark mobilisierte Arbeiterklasse entmachtete und einen Kanal für die komplexe Interessenstruktur einer relativ entwickelten Gesellschaft bereitstellte. Die starken prätotalitären Tendenzen von vielen faschistischen Führern und die aus der idealistischen Tradition stammende Konzeption eines „ethischen Staates", der über allen Partikularinteressen stehe, führte jedoch zu einer unsicheren Balance zwischen den korporativen und den mobilisierenden Komponenten des Regimes.[20]

Autoritäre Regime in Süd- und Mittelamerika, besonders die populistischen, nutzten ebenfalls korporative Politik (Wiarda, 1973a, 1974). Weil eine starke Arbeiterklasse vor der Machtübernahme nicht durch Sozialisten oder andere unabhängige Arbeiterbewegungen politisch mobilisiert worden war, konnten politische Führer wie Vargas in Brasilien (Schmitter, 1971), Cárdenas in Mexiko und in mancher Hinsicht auch Perón in Argentinien korporative Interessenrepräsentation, einschließlich der machtvollen Gewerkschaften, für ihre autoritären Regime nutzen. Die Mexikaner haben über die Sektorenorganisation in der *PRI*-Partei und deren Einflußnahme auf die Auswahl von Kandidaten für das Parlament und andere Ämter korporative Elemente in der Partei eingebaut (Scott, 1964). Die Militärs in Peru versuchten Ende der 60er Jahre ein interessantes Experiment mit dem *Sinamos* („*Sistema Nacional de Apoyo a la Mobilisación Social*"). Dieses „Nationale System der Unterstützung sozialer Mobilisierung" wurde von den Militärs in den *pueblos jóvenes,* den urbanen Slums, unter den Bauern, der Jugend, den Arbeitern sowie in kulturellen, berufsständischen, und ökonomischen Bereichen (z.B. in kooperativen und selbstverwalteten Unternehmen) gefördert.[21] Auch in der Anfangsphase der Russischen Revo-

---

mobilisierenden Regime andererseits, das von einigen der Befürworter Pétains angestrebt wurde.

[20] Zum Machtkampf zwischen dem Staat, der von den Faschisten in Allianz mit dem bürokratischen Apparat kontrolliert wurde, der Parteiorganisation und den *Corporazioni* (den faschistischen Gewerkschaften), der letztlich zugunsten des Staates entschieden wurde, siehe Acquarone (1965, Kapitel 3 und 4). Hinsichtlich jener, die dafür argumentierten, daß die *Corporazioni* die Partei ersetzen sollten, siehe S. 220-221. Zu den Konflikten zwischen Staat und Partei, besonders zwischen den Präfekten und den Parteiführen in der Provinz, siehe S. 262-63.

[21] Vgl. u.a. Cotler, 1972; Palmer, 1973; Malloy, 1974.

lution hatte die Idee der Sowjets, der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte eine große Anziehungskraft auf jene Revolutionäre, die eine marxistische sozialdemokratische Partei ablehnten, da sie bereit gewesen war, an einem parlamentarischen Regime teilzunehmen. Die Sowjets, die Räte, sollten genutzt werden, um andere Gesellschaftssektoren auszuschließen und eine besonders effektive Plattform für revolutionäre Aktivisten bereitzustellen. Zugleich sollten die Führer anderer linker Parteien und Bewegungen ersetzt werden (Kool, 1967). Jedoch hat die Avantgardepartei schließlich diese Form von Partizipation wieder abgeschafft. In Jugoslawien wurde mit der „Arbeiterselbstverwaltung“ und den lokalen Selbstverwaltungen ein Kammernsystem mit korporativem Charakter geschaffen, das die politischen Strukturen ergänzte, die primär auf der Partei und ihren funktionalen Organisationen und der revolutionären Oligarchie beruhte.

Es ist aber auch wichtig, daß wir sehen, wie viele pluralistische Systeme mit kompetitiven demokratischen Institutionen und Parteien zugleich direkt oder indirekt korporative Einrichtungen institutionalisieren bzw. unterstützen. Dies gilt speziell für die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Viele haben versucht, die politischen Institutionen mit beratenden korporativen Kammern zu verbinden. Diese werden aber im Allgemeinen nicht wirklich wirksam, wenn Interessengruppen entlang politischer, ideologischer oder religiöser Linien gespalten sind. Nur in der skandinavischen Demokratie (Rokkan, 1966) und in manchen der kleineren europäischen Demokratien, besonders in Österreich, haben sich diese Institutionen einigermaßen an der Regierung beteiligen können. Dies war vielleicht deswegen möglich, weil ein moderates, zentripetales Vielparteiensystem mit den grundlegenden Interessenlinien in der Gesellschaft weitestgehend übereinstimmte und somit die Verbindung von Partei und Interessenorganisation möglich war. Jedoch sollten wir nicht den wesentlichen Unterschied zwischen dem Vorhandensein korporativer Elemente in Systemen, die auf politischem Parteienpluralismus basieren, und jenen Systemen verwischen, die den politischen Prozeß durch korporative Strukturen zu organisieren versuchen. Auch sollten wir nicht ignorieren, wie sich solche Organisationen, die aus der Gesellschaft heraus gewachsen sind, selbst wenn sie oft vom Staat unterstützt und privilegiert werden, von solchen unterscheiden, die autoritativ vom Staat geschaffen wurden. Die zuerst genannte Entwicklung ist das Resultat einer liberalen Periode, manchmal einer Tradition, einer Kultur und einer wirtschaftlichen Entwicklung, die die „Kunst der Vereinsbildung“ befördert. Bei der anderen Entwicklung geht diese von einem bestimmten Sektor der Gesellschaft, der die Macht hat, aus, wobei oft sowohl die Rahmenbedingungen dafür als auch die Kontrolle feh-

len. Trotz aller ideologischen Betonung von Korporatismus und „organischer Demokratie“ hat keines der Regime, die sich als „organisch“ bezeichnen, auf eine Einheitspartei verzichtet, die oft aus einer Fusion von antidemokratischen Organisationen hervorging oder von oben geschaffen wurde. Diese Parteien waren in Europa, mit Ausnahme des faschistischen Italiens, stets schwache Organisationen. Dagegen waren die neuen, offiziell geschaffenen Parteien in Süd- und Mittelamerika, vielleicht wegen des oligarchischen Charakters der vorherigen politischen Systeme, oft eng verbunden mit den korporativen Strukturen, wie den „anerkannten“ Gewerkschaften, und wurden so wichtige Institutionen, die auch nach den Übergängen zur demokratischen Politik überleben konnten.

3. Mobilisierende autoritäre Regime in postdemokratischen Gesellschaften

Die demokratische Revolution in Westeuropa, die im 18. Jahrhundert begann, führte dazu, daß sich liberale Institutionen in Gesellschaften mit ganz unterschiedlichem ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklungsstand ausbreiteten. In vielen von ihnen gab es nach politischen Revolutionen bzw. größeren sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen keine Möglichkeit, zur traditionell legitimierten Herrschaft zurückzukehren. In einigen von ihnen lief der Zyklus Krise, staatsbildende Legitimation, Beteiligung, Einbindung von neuen sozialen Kräften, Repräsentation in den gesetzgebenden Organen und schließlich ein Anteil an der exekutiven Gewalt in einer sehr kurzen Zeit ab. Oft konnte dabei die wirtschaftliche Entwicklung nicht mit dem politischen Wechsel Schritt halten. Protestideologien aus entwickelteren Gesellschaften verbreiteten sich und neue Bewegungen verbanden Forderungen hinsichtlich Verteilung und Partizipation mit der Feindschaft gegenüber den Veränderungen, die sich aus der frühen Industrialisierung und dem Bruch mit den traditionellen sozialen Mustern ergaben (Borkenau, 1933). Andere Länder, besonders jene, die nicht die protestantische Reformation erlebt hatten, standen vor einer Säkularisierungskrise. In „verspäteten“ Staaten wie Italien und Deutschland, deren Grenzen nicht mit denen der jeweiligen kulturellen Nation übereinstimmten, entwickelte sich ein starkes Bedürfnis nach nationalem Zusammenhalt. Die Kolonialpolitik von Großbritannien und Frankreich, aber auch der Niederlande und Belgiens, führte dazu, daß sich andere Staaten gewissermaßen als „proletarische Nationen“ empfanden. In Spanien führte der Verlust der letzten Reste des Imperiums und in Portugal das englische Veto gegen die Ausweitung zu tiefen Krisen des nationalen Bewußtseins.

Diese sehr unterschiedlichen, aber sich kumulierenden Krisen in einer Periode schneller politischer Demokratisierung einerseits und das Fehlen bzw. die Schwäche traditionell legitimierter Institutionen und Eliten andererseits verhinderten eine allmähliche und damit letztlich erfolgreiche Institutionalisierung von solchen demokratischen Prozeduren in der Politik, mit denen man den Forderungen der neuen sozialen Gruppen, die ein eigenes Klassenbewußtsein oder eine eigene kulturelle Identität entwickelten, hätte entsprechen können. Im Unterschied zu den osteuropäischen Demokratien waren in denen Westeuropas schon vor dem Ersten Weltkrieg konstitutionelle oder halbkonstitutionelle Regierungen mit liberalen Freiheiten entstanden. Hier hatten bereits moderne politische Parteien, einschließlich Marxisten, Syndikalisten und christliche Arbeiterbewegungen, beachtlichen Einfluß gewonnen.

Der Erste Weltkrieg mit dem damit verbundenen wirtschaftlichen Niedergang und der Einfluß der Russischen Revolution auf die unterprivilegierten Massen, mit ihr auch die Spaltung der sozialistischen Bewegung, führten zu einer Krisensituation, die demokratische Regierungen in starkem Maße delegitimierte. Im Unterschied zu den weniger entwickelten osteuropäischen Nationen konnte in Staaten Westeuropas eine autoritäre Lösung mit bürokratisch-militärisch-oligarchischem Charakter jedoch keine Antwort auf die Krise sein. Selbst die oligarchischen Institutionen des politischen Establishments hatten akzeptiert, daß Politik nicht auf Verwaltung begrenzt sein konnte und eine reine Gewaltherrschaft zum Scheitern verurteilt war, da mittlerweile in allen sozialen Gruppen, einschließlich der privilegierten Mittelschichten, demokratische Ideen erheblich an Einfluß gewonnen hatten. In solchen Gesellschaften führte die Krise der Demokratie zu neuen politischen Lösungen. Darin eingeschlossen war auch eine plebiszitäre pseudodemokratische Komponente: die Massenpartei.

Zugleich hatten diese Gesellschaften aber einen solch komplexen Entwicklungsstand erreicht, der es für die Führungen dieser Parteien wiederum schwierig machte, sich in eine totalitäre Richtung zu bewegen. Ausnahme ist hier Deutschland. Es ist sicherlich kein Zufall, daß die erste plebiszitäre, nichtliberale autoritäre Antwort auf die Krise der Demokratie in Europa der Bonapartismus war. Frankreich war das europäische Land, in dem bis dahin ein revolutionärer Wandel zum größten Bruch mit der traditionellen Autorität geführt und zur stärksten politischen Mobilisierung im Zuge der 48er Revolution geführt hatte. Einige Marxisten, wie z.B. August Thalheimer (1930), haben sich dann auch auf den *18. Brumaire*

von Karl Marx gestützt, um die neuen autoritären Regime, die der Faschismus hervorbrachte, zu verstehen.[22]

Die Krise der europäischen Gesellschaften am Ende des Ersten Weltkrieges führte zum Entstehen zweier politischer Bewegungen, die beide mit dem liberalen demokratischen System, das im Aufstieg begriffen schien, brachen: der Leninismus und der Faschismus. Beide beruhten auf der Herrschaft einer Minderheit und waren durch eine Elite geprägt, die sich selbst ernannt hatte, um die Mehrheit, d.h. entweder das Proletariat oder die Nation, im Dienste einer „historischen Mission" zu vertreten. Beide Bewegungen schufen Parteien, die von einer selbstbewußten Elite geführt wurden, die nicht durch irgendwelche professionellen Erfolge definiert war, sondern allein durch ihren Willen, die Macht zu ergreifen, um soziale oder historische Begrenzungen zu durchbrechen. Zwar bemühte man sich um die Unterstützung der Massen, aber man war nicht bereit, ihnen irgendwelchen Einfluß zu gewähren. Das demokratische Erbe des Marxismus und der wissenschaftliche Anspruch der marxistischen Sozialwissenschaft sicherten zwar eine andauernde ideologische Bindung an die Demokratie, während sie gleichzeitig einen Bruch mit der liberalen Tradition einschlossen. Der Faschismus, der sich

---

[22] Bezeichnenderweise gebraucht Leo Trotzki bei der Analyse des Stalinismus auch den Begriff des „Bonapartismus". Ich kann an dieser Stelle nicht widerstehen, diesen Text als Beweis für Trotzkis Sicht der Symmetrie zwischen Stalinismus und Faschismus anzuführen, die „trotz großer Unterschiede im sozialen Ursprung" bestehe. „Bonapartismus ist eine der politischen Waffen des kapitalistischen Regimes in seiner kritischen Phase. Der Stalinismus ist eine Variante des gleichen Systems, aber auf der Grundlage eines Arbeiterstaates, der durch den Antagonismus einer organisierten und bewaffneten sowjetischen Aristokratie und unbewaffneten, sich abmühenden Massen zerrissen ist.. ...Nach der letzten Analyse verdankt der sowjetische Bonapartismus seine Entstehung der Verspätung der Weltrevolution. In den kapitalistischen Ländern wurde aus eben diesem Grund der Weg zum Aufstieg des Faschismus geebnet. Wir kommen also zu dem Schluß, der nach dem ersten Eindruck zunächst unerwartet erscheint, dann aber in der Realität unvermeidlich ist, daß der Zusammenbruch der sowjetischen Demokratie durch einen allmächtigen bürokratischen Apparat und die Vernichtung der bürgerlichen Demokratie durch den Faschismus durch ein und denselben Grund verursacht wurden: das Zaudern des Weltproletariats, die Probleme, die ihm durch die Geschichte aufgebürdet wurden, zu lösen. Stalinismus und Faschismus sind trotz großer Unterschiede im sozialen Ursprung symmetrische Phänomene. In vielen ihrer Merkmale zeigen sie eine bestechende Ähnlichkeit. Eine siegreiche revolutionäre Bewegung in Europa würde mit ziemlich großer Sicherheit nicht nur den Faschismus, sondern auch den sowjetischen Bonapartismus erschüttern." (Trotzki, 1937, S. 278-79)

mit solchen ideologischen Traditionen des 19. Jahrhunderts wie dem romantischen Irrationalismus, dem Sozialdarwinismus, der Hegelianischen Staatsverherrlichung, Nietzsches Ideen und den Vorstellungen Sorels über die Rolle von Mythen und „großen Männern" verband, war dagegen eher eine nationalistische Antwort auf den ideologischen Internationalismus des Marxismus, und er war explizit antidemokratisch (Gregor, 1969; Nolte 1969; E. Weber, 1964). In einer recht komplexen Weise hat der Faschismus viele Ströme der westlichen intellektuellen Tradition, die direkt oder indirekt die Voraussetzungen einer liberalen demokratischen pluralistischen Gesellschaft und Politik in Frage stellten, verbunden und dann auch verfälscht. Im Unterschied zu anderen Auffassungen von Autoritarismus als einer modernen Antwort auf die Krise der Gesellschaft suchte der Faschismus eine neue und andere Form politischer Legitimation. Sie sollte auf der emotionalen Übereinstimmung der Massen mit dem Führer und in der Anwendung von Plebisziten beruhen, also jener Form, die wir erstmals im napoleonischen Cäsarismus finden.

Die speziellen Umstände der italienischen Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg führten zur Entstehung einer neuen Form von antidemokratischer Volksbewegung. Deren Aktivisten waren anfänglich Nationalisten, Kriegsveteranen, die sich nur schwer in die Nachkriegsgesellschaft integrierten, Intellektuelle, die von Nationalismus und Futurismus zugleich geprägt waren und der klientelistischen Politik des *Transformismo* und dem bürgerlichen Egoismus feindlich gegenüberstanden. Darunter waren schließlich auch revolutionäre Gewerkschafter, die ihre nationale Identität entdeckt hatten (De Felice, 1966a; 1969; 1970). Der Dichter D'Annunzio prägte einen neuen Stil und neue Symbole für diese Generation von Rebellen (Hamilton, 1971). Die maximalistische Arbeiterbewegung, die nicht zu einem reformorientierten Handeln, das sie in die Demokratie eingebunden hätte, bereit war, war zwar zu einer revolutionären Machtübernahme unfähig. Sie erreichte jedoch eine Mobilisierung der italienischen Arbeiterklasse, die schließlich wiederum die Bedingungen für den Erfolg einer Minderheit von Aktivisten schuf. Die „rote Dominanz" in den ländlichen Gebieten Norditaliens, die sowohl Grundbesitzer als auch reiche Bauern aufschreckte, und die Besetzung von Fabriken in den industriellen Zentren, besonders in Turin, brachten eine ängstliche Bourgeoisie dazu, die aufstrebende faschistische Bewegung zu unterstützen (Salvemini, 1961). Deren Führer waren ihrerseits nun zu einer Allianz bereit. Die Ambivalenz des Staates gegenüber dem faschistischen Terror des *Squadrismo,* das Scheitern der liberalen Reformer und die Spannungen zwischen den alten liberalen Parteien einerseits und den Sozialisten und der neuen christdemokratischen Volkspartei andererseits führten zusammen

mit Mussolinis Rücksichtslosigkeit und Opportunismus die neue politische Bewegung an die Macht. Eine neue und facettenreiche Ideologie, eine neue Form politischer Aktion und ein neuer politischer Stil waren geboren. Das Echo darauf war groß. Es war in weiten Teilen Europas[23], in Südamerika (Trindade, 1974) und auch in Asien (Maruyama, 1963; Morris, 1968) zu hören. Anfangs sah man den Faschismus als ein spezielles Ergebnis der italienischen Krise an, und bis in die 30er Jahre hinein interpretiert man ihn vor allem als eine Antwort auf die Probleme der späten und erfolglosen ökonomischen Entwicklung und Modernisierung (Borkenau, 1933). Aber mit dem Erfolg Hitlers in Deutschland wurde es notwendig, den Faschismus innerhalb der allgemeinen Kategorien der westlichen Gesellschaft zu erklären.[24]

Im Zusammenhang mit der Analyse verschiedener Typen politischer Systeme kann ich hier weder die Unterschiede faschistischer Ideologien und Bewegungen darstellen, noch die Bedingungen ihres Erfolgs umfassend erklären. Die Natur und Definition des Faschismus ist selbst Thema einer sehr bewegten und kontroversen Debatte. Faschismus als eine Ideologie und eine Bewegung kann zunächst durch das definiert werden, was er ablehnt, dann durch seinen exzessiven Nationalismus, sowie durch die neuen politischen Aktionsformen und den neuen Stil. Faschismus ist antiliberal, antiparlamentarisch, antimarxistisch, insbesondere antikommunistisch, anti- oder zumindestens nichtklerikal und in einem gewissen Sinne auch antibürgerlich und antikapitalistisch. Diese negativen Positionen sind eine logische Folge seiner späten Ankunft auf der politischen Bühne: Er versucht, liberale, marxistische, sozialistische und klerikale Parteien zu ersetzen und deren Anhänger zu gewinnen. Der Faschismus ist auch eine Frucht des radikalen Nationalismus, der Klassensolidarität über nationale Grenzen hinaus scharf ablehnt und statt dessen die Solidarität aller in der nationalen Produktion Beteiligten gegen die anderer Nationen einfordert. Kommunistischer Internationalismus wird in diesem Zusammenhang geradezu zu einem Feindbild. Während er an die realen oder angeblichen nationalen Traditionen anknüpft, ist er jedoch nicht einer konservativen oder gar reaktionären Rückkehr in die Vergangenheit verpflichtet, sondern er ist zukunftsorientiert. Im Namen der „proletarischen Nation" wird der Gegensatz der armen Länder gegen die „reichen Plutokratien", die damals auch die starken Demokratien waren, postu-

---

[23] Vgl. u.a. Nolte, 1966, 1968a; Laqueur/ Mosse, 1966; Rogger/ E. Weber, 1966; Woolf, 1969; Carsten, 1967; Kedward, 1969; Hayes, 1973.

[24] Siehe Nolte, 1967, 1969; Gregor, 1968, 1974a, 1974b; Woolf, 1968; Turner, 1972.

liert. Dazu gehört auch die latente Feindschaft gegenüber einer grenzüberschreitenden Kirche und deren „spaltenden Effekten“ auf die vermeintliche „nationale Gemeinschaft“. Die damit verbundenen Auseinandersetzungen zwischen klerikalen und säkularisierenden Kräften behinderten ebenfalls das Ziel angestrebter nationaler Größe. Diese Feindschaft wurde im Falle des Nationalsozialismus zum bitteren Haß und unterscheidet die faschistischen von anderen konservativen antidemokratischen Parteien. In dem Maße, wie der moderne Kapitalismus, besonders in seinen finanziellen Institutionen, Teil eines internationalen System ist, tendieren Faschisten dazu, vorindustrielle Schichten wie Bauern, Handwerker und kleine Unternehmer, besonders den „Gründer“, der seine eigene Firma leitet, zu idealisieren (Mosse, 1964; Winkler, 1972). Auch die Freimaurer wurden als natürliche Feinde betrachtet, da sie als Organisation umfangreiche internationale Verbindungen besaßen und eng mit dem säkularisierten liberalen Bürgertum assoziiert wurden, das demokratisch-liberale Regime hervorgebracht hatte. Der europäische Antisemitismus hatte schon um die Jahrhundertwende, besonders in Osteuropa (Pulzer, 1964; Massing, 1949) eine lange Tradition. Wo auch immer Juden waren, verstärkte der Faschismus diese Tendenzen und betonte den „a-nationalen, kosmopolitischen Charakter“ des Judentums, besonders des Zionismus.

Die Anti-Positionen des Faschismus sind sicherlich wesentlich für seine Erklärung und auch seine Attraktivität; aber sie allein erklären nicht seinen Erfolg. Die negativen Positionen hatten zugleich zwar verzerrte, aber positive Gegenpositionen. Der Antimarxismus wurde mit einer Verherrlichung der Arbeit von *„Faust“* und *„Stirn“* kompensiert. Dadurch versuchte man auch, die wachsende Zahl der Vorarbeiter und Angestellten anzusprechen, die es ablehnte, sich der marxistische Position entsprechend als Proletarier zu verstehen (Kele, 1972). Der faschistische Populismus unterstützte wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen und in seiner Rhetorik erschienen „nationaler Sozialismus“ und die „Nationalisierung“ der Banken als Themen. Der Antikapitalismus, der gerade vorkapitalistische und kleinbürgerliche Schichten ansprechen sollte, war mit der Feindschaft gegenüber internationalen Finanzbörsen, speziell dem „jüdischen Kapitalismus“ sowie mit einer Verherrlichung der nationalen unternehmerischen Bourgeoisie verbunden. Die Betonung eines „höheren nationalen Interesses“, das zugleich den Individualismus ablehnt, wurde mit einer Feindschaft gegenüber dem freien Spiel der Kräfte des wirtschaftlichen Liberalismus verbunden und fand dann seinen praktischen Ausdruck in Protektionismus und einer Wirtschaftspolitik der Autarkie, die im Interesse der von internationaler Konkurrenz bedrohten einheimischen Industrie betrieben wurde. Die Feindschaft der säkularisierten Intelligenz gegenüber klerikaler Politik und

die Konkurrenz des Faschismus mit den christdemokratischen Parteien um eine ähnliche soziale Basis erklärt auch den faschistischen Antiklerikalismus, der jedoch zugleich religiöse Momente als Teil der nationalen Tradition zu vereinnahmen suchte. So hatte die *Action Française* in Frankreich um jene Katholiken geworben, die den säkularisierenden, liberal-demokratischen Staat ablehnten. Die „Eiserne Garde“ in Rumänien, die einzige erfolgreiche faschistische Bewegung in einem griechisch-orthodoxen Land, die einer entnationalisierten, säkularisierten Bourgeoisie und einer einflußreichen jüdischen Gemeinschaft gegenüberstand, war jene Variante des Faschismus, die sich am deutlichsten mit einem religiösen Symbolismus verband. Im Falle von Deutschland verwandten die Nationalsozialisten eine unklare und geradezu konfuse Rhetorik über „positives Christentum“. Sie profitierten dabei zugleich von der Übereinstimmung vieler Protestanten mit einer konservativen Staatsreligion; jedoch war die rassistische Ideologie letztlich unvereinbar mit jeder Bindung an das Christentum (Lewy, 1965; Buchheim, 1953). Angesichts der antireligiösen Positionen des Marxismus, besonders des sowjetischen Kommunismus, konnte der Faschismus von seiner ambivalenten Identifikation mit religiösen Traditionen profitieren. Der Antiklerikalismus des Faschismus erleichterte wiederum den Anklang innerhalb der säkularisierten Mittelklasse, die keine Sympathien für die klerikalen und christdemokratischen Parteien hegte. Zugleich erleichterten Antiliberalismus, Feindschaft gegen Freimaurer und auch Antisemitismus, der mit Antikommunismus verbunden war, den faschistischen Bewegungen die Zusammenarbeit mit den Kirchen.

Die antibürgerliche Stimmung, die Romantisierung des Bauern, des Handwerkers, des Soldaten, die einem unmenschlichen Kapitalismus und egoistischem Bürgertum entgegengesetzt wurden, entsprachen der emotionalen Unzufriedenheit unter der jungen Generation im Bürgertum und unter den Kulturkritikern der modernen industrialisierten und urbanen Gesellschaft. Die Ablehnung von proletarischer Selbstgerechtigkeit einerseits und bürgerlichem Egoismus andererseits sowie die Betonung gemeinsamer nationaler Interessen über Klassengrenzen hinaus spiegelte den Wunsch nach klassenloser Solidarität wider. Dieser war gerade unter den Kriegsveteranen vorhanden und entsprach zugleich einem latenten Schuldgefühl im Bürgertum. Dies alles diente natürlich auch den Interessen der Wirtschaft, indem es die Arbeiterbewegung zerstörte, die ihre Privilegien und ihren Status bedrohte. Der populistische Appell an die höheren Werte der „*Gemeinschaft*“ gegenüber dem Pragmatismus der „*Gesellschaft*“ fand deshalb auch erheblichen Anklang in jenen demokratischen Gesellschaften, die durch Klassenkonflikte geteilt und durch moderne Massenparteien mobilisiert worden wa-

ren. Jedoch blieben die durchaus beabsichtigte Doppeldeutigkeit und Widersprüchlichkeit in der gerade beschriebenen ideologischen Programmatik in anderen Gesellschaften, in denen Krieg und Niederlage keine ernsten nationalen Krisen hervorgerufen hatten, erfolglos. Bei den Verlierern, aber auch in Ländern wie Italien, die zwar zu den Gewinnern gehörten, sich aber ungerechterweise um die Früchte ihres Sieges gebracht sahen, wurde eine plötzliche Welle des Nationalismus durch die neuen Parteien kanalisiert.

Die Anstrengungen um eine neue internationale Ordnung durch den „Völkerbund“, was unter der Führung und zum Nutzen der westlichen kapitalistischen Demokratien erfolgte, wurden zu einem anderen Thema im propagandistischen Arsenal der faschistischen Parteien. Die fehlende Übereinstimmung zwischen national-kulturellen und staatlichen Grenzen, die verschiedenen Anschlußbewegungen und die Existenz von nationalen Minderheiten, die keine Nationalstaaten geworden waren, sowie die pan-nationalistischen Bewegungen waren ein zusätzliches Moment für die Stärke des Faschismus, besonders im Falle der deutschen Nationalsozialisten.

Die faschistische Ideologie lehnt alle Prinzipien liberal-demokratischer Politik ab, d.h. die pluralistische Teilnahme am politischen Prozeß, die freie Meinungsäußerung und der Kompromiß werden klar zurückgewiesen. Statt dessen wird auf die Durchsetzung von „Kollektivinteressen“ gegenüber denen von Individuen oder Klassen und auf kulturelle oder religiöse Gemeinschaften gesetzt. Die offensichtliche Verzerrung der demokratischen Idee in der Realität des frühen 20. Jahrhunderts und die Unfähigkeit der demokratischen Eliten, Mechanismen zur Konfliktlösung zu institutionalisieren, bereiteten ebenfalls den Boden für die Attraktivität des Faschismus. All jene, die sich von einer machtvollen Arbeiterbewegung mit revolutionärer Rhetorik, besonders nach gescheiterten revolutionären Aufständen, in ihren Interessen gefährdet sahen, neigten dazu, die faschistischen Bewegungen, die sich als Verteidiger der sozialen Ordnung gebärdeten, zu unterstützen. In Gesellschaften mit westeuropäischem Entwicklungsstand waren die alten Institutionen, also die Monarchie, die Armee, die Bürokratie oder die oligarchischen politischen Eliten, nicht mehr imstande, diese Verteidigung zu übernehmen. Hier bot die faschistische Ideologie eine neue Alternative: die Integration der Arbeiterklasse in die nationale Gemeinschaft und die Durchsetzung ihrer Interessen gegen andere Nationen, wenn nötig durch militärische Rüstung und sogar Aggression (Neumann, 1963). Diese Position sprach auch Armeeoffiziere und Veteranen, die nicht in die zivile Gesellschaft zurückgefunden hatten, an und konnte so auch genutzt werden, um die Streitkräfte im Machtkampf zu neutralisieren.

Jedoch können weder die ideologischen Appelle des Faschismus noch die Interessen, die er bediente oder bedienen sollte, allein seinen raschen Erfolg erklären. Der Faschismus entwickelte neue Formen von politischer Organisation, die sich sowohl von den bürgerlichen Honoratiorenparteien und den großen sozialistischen Parteien mit Gewerkschaftsbasis als auch von den klerikalen und religiösen Parteien stark unterschieden. Er schuf einen Organisationstyp, der, wie die kommunistische Konkurrenz, Aktion, Beteiligung und Durchbrechen der Alltagsroutine ermöglichte. Für eine Generation, die den Krieg erlebt hatte, und mehr noch für diejenigen, denen diese Erfahrung nur aus zweiter Hand vermittelt wurde, boten der *Squadrismo* und die Sturmtrupps eine willkommenes Ventil. Bei vielen von ihnen waren Ausbildung und Karriere durch den Krieg und die Wirtschaftskrise unterbrochen oder entwertet worden. Derart Enttäuschte wie auch Arbeitslose wurden vor allem zu Aktivisten der Partei. Deren Propaganda und direkte Aktionen sprachen ganz konkrete Mißstände an: die Zwangsräumungen bei Bauern; die Vorschriften der Gewerkschaften, welche die Bauern verpflichteten, Arbeiter einzustellen; die Bedrohung der Industrie durch Streiks. Das brachte der Partei eine Unterstützung, die keine Wahlpropaganda je hätte erreichen können. Ihr neuer Politikstil befriedigte auch bestimmte psychologische und emotionale Bedürfnisse, wie es - mit Ausnahme einiger Formen kulturellen Protests und teilweise auch der Kommunisten - keine andere Partei vermochte. Schließlich bot der Faschismus eine eigene Symbolik, die in den Uniformen, speziell den Hemden zutage trat. Wer sie trug, brach sichtbar mit bürgerlichen Konventionen, hier konkret mit dem Individualismus der bürgerlichen Kleidung. Die Massendemonstrationen und Zeremonien erlaubten es dem Individuum, in der Gemeinschaft „aufzugehen“ und damit der Vereinzelung der modernen Gesellschaft scheinbar zu entkommen. Die Lieder, die Grußformen, die Aufmärsche, all dies waren Zeichen dieses neuen Mythos, der Hoffnungen und der Illusionen eines Teils dieser Generation.

Diese idealtypische Beschreibung des Faschismus als einer politischen Bewegung ignoriert natürlich die nationalen Varianten in Ideologie, sozialer Basis und politischen Allianzen. Wir können hier nicht die komplexe Frage beantworten, ob der deutsche Nationalsozialismus mit seinem extremen Rassismus und seiner biologistischen Vorstellung vom Menschen in die breitere Kategorie des Faschismus hineinpaßt (Nolte, 1963; Mosse, 1964; 1966). Viele Faschisten standen dem Nazismus sehr kritisch gegenüber und viele Nazis hatten gegenüber Mussolini und seiner Bewegung eine recht ambivalente Haltung (Hoepke. 1968). Ich denke aber, daß der Nationalsozialismus, besonders der nördliche linke Flügel der Bewegung, eher als der „Hitlerismus“ in die Kategorie Faschismus paßt (Kühnl,

1966). Der Nationalsozialismus lehnte es zwar nicht ab, sich mit dem Faschismus zu identifizieren, aber er entwickelte doch charakteristische Merkmale, die ihn zu einem sehr eigenen Zweig am Baume der ideologischen Traditionen in Deutschland werden ließ (Mosse, 1964; Sontheimer, 1968; Lukács, 1962). Und dieser Zweig trug dann auch sehr spezielle Früchte.[25] Seine Stärke, die natürlich auch aus den Ressourcen der deutschen Gesellschaft erwuchs, machte ihn zu einer attraktiven Konkurrenz gegenüber dem ersten faschistischen Staat, der einige Jahre früher in Italien entstanden war. Die Zweideutigkeiten und Widersprüchlichkeiten der faschistischen Utopie auf der einen und die unausweichlichen pragmatischen Kompromisse mit den Kräften, die er anfänglich kritisierte, auf der anderen Seite erklären meines Erachtens auch das Scheitern dieses Modells, außer in Deutschland und bis zu einem gewissen Grad in Italien. Um erfolgreich zu sein, hätte der anfängliche Kern die Unterstützung aller Gesellschaftsschichten, besonders in der Arbeiterklasse zusätzlich zur Bauernschaft, erreichen müssen. Jedoch brachte die organisatorische Präsenz der sozialistischen, kommunistischen und anarcho-syndikalistischen Arbeiterbewegungen, außer in Ungarn, Rumänien und, wenn wir den Peronismus als einen Ableger des Faschismus betrachten, auch in Argentinien, solche Hoffnungen zum Scheitern. In manchen Ländern solidarisierten sich die katholische Bauernschaft, die Mittelschichten, und sogar viele Arbeiter mit den klerikalen und/oder christdemokratischen Parteien zur Verteidigung der Religion. Sie fanden oftmals in der Soziallehre der Kirchen eher eine Antwort auf jene Probleme, auf die eigentlich der Faschismus eine Antwort sein wollte. Die Mittelschichten blieben den alten

---

[25] Die Literatur zum nationalen Sozialismus als einer Ideologie, einer Bewegung und einer Partei an der Macht füllt Bibliotheken. Für eine Bibliographie siehe Herre und Auerbach und die *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* (seit 1953). Grundlegend in englischer Sprache siehe Bracher (1970). Für eine kommentierte kritische Bibliographie siehe Orlow (1969, 1973) und Bracher und Jacobsen (1970). Nützliche Hinweise finden sich bei Broszat (1966), Nolte (1973), Dokumentensammlungen mit Einführung siehe Hofer (1957), Remak (1969), Noakes und Pridham (1974). Für den Zeitraum zwischen 1933 und 1935 siehe Wheaton (1969). Immer noch unentbehrlich ist der *Behemoth,* das klassische Werk von Franz Neumann (1963, Erstpublikation 1944). Einen interessanten Überblick über die deutsche Politik, Gesellschaft und Kultur unter dem Naziregime bietet Grunberger (1971). Für exzellente biographische Studien der Naziführer siehe Fest (1970). Eine Einordnung des Nazismus in den Kontext der deutschen Gesellschaft und Geschichte findet sich bei Dahrendorf (1965). Eine sehr gute Sammlung bietet Tyrell (1969). Einen sehr anregenden Überblick über die gegensätzlichen und sich ergänzenden Interpretationen des Nazismus bietet Sauer (1967).

Parteien treu, solange sie nicht durch revolutionäre Aufstände einen bleibenden Schrecken erfahren hatten und sie nicht durch fortwährende Wirtschaftskrisen, Inflation, Arbeitslosigkeit oder Bankrott desorganisiert, oder durch den Krieg entwurzelt worden waren. Dies trifft für Frankreich, Belgien, die Niederlande, Großbritannien, die skandinavischen Staaten (Kaltefleiter, 1966; Lepsius, 1968) wie auch für den italienischen Süden bis zum „Marsch auf Rom" im Oktober 1922 zu. Der Faschismus blieb in diesen Ländern ein Phänomen von Minderheiten und war zum Teil auch generationsbedingt. Er trat in nationalistischen Grenzgebieten auf und erhielt besonders in Krisenzeiten stärkere Unterstützung.

Da die Basis sehr heterogen war und es nicht gelang, jene sozialen Schichten, an die er sich besonders wandte, zu erobern - was letztendlich auch durch sein spätes Auftreten auf der politischen Bühne erklärbar ist -, gingen die faschistischen Parteiführer in ihrem Kampf um die Macht zu der Strategie über, mit bereits etablierten, nicht- oder antidemokratischen konservativen Kräften, opportunistische Allianzen zu schließen. Diese hofften wiederum, die Attraktivität des Faschismus in der Bevölkerung und dessen jugendliche Aktivisten für ihre eigenen Zwecke ausnutzen zu können. In Gesellschaften, die zwar eine ernste Krise, aber keinen politischen, sozialen und ökonomischen Zusammenbruch erlebt hatten, wie es im zaristischen Rußland der Fall gewesen war, bedeutete dies, daß der Weg zur Macht nur über eine Koalition mit anderen Kräften möglich war. Macht war nur im Bündnis mit konservativen autoritären Parteien, wie der „*Partito Nazionalista*" in Italien und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) in Deutschland, den machtvollen Interessengruppen des Kapitals und der Armee zu erreichen, wobei die Kirchen neutralisiert werden mußten. Solche Gruppen, die mit dem *Establishment* und dem Staat eng verbunden waren, konnten zugleich erfahrenere Politiker stellen, als es die faschistischen Aktivisten der ersten Stunden waren. Das Resultat waren autoritäre Regime, die einen stark eingeschränkten bzw. abgeschwächten Pluralismus und eine Einheitspartei aufwiesen. Diese herrschte zum Teil hegemonial und aktiv, manchmal auch nach totalitärem Muster. Zuweilen waren sie auch nur als Minderheitspartner an einer Koalition beteiligt. Darüber hinaus konnte die faschistische Bewegung auch aufgesogen oder unterdrückt werden, wie in Portugal bzw. in Rumänien. Nur in Deutschland sollte die Partei mit ihren vielen, miteinander konkurrierenden Organisationen dominant werden.

In all diesen Regimen wurde durch den Faschismus ein mobilisierendes, populistisches Element eingeführt und ein Kanal für eine bestimmte Art von politischer Partizipation geschaffen. Er war eine Quelle ideologischer Unzufriedenheit mit dem *Status quo* und brach-

te damit auch eine Legitimation für soziale Veränderung in das politische System. Dies unterscheidet mobilisierende autoritäre Regime von den anderen Typen. Selbst dort, wo diese Mobilisierung schließlich wieder rückgängig gemacht wurde, wie in Spanien (Linz, 1970), konnten die halb organischen, halb bürokratisch-militärischen Regime, die nach den 40er Jahren entstanden, nicht zum früheren Zustand zurückkehren. So zum Beispiel im Regime von Salazar, wo der Faschismus, wie wir ihn charakterisiert haben, niemals Wurzeln schlug.

Der Kampf gegen eine mächtige Arbeiterbewegung, besonders gegen die sozialdemokratische, und die Anstrengungen, die Autorität des demokratischen Staates zu unterminieren, verwandelten die romantischen Neigungen zur Gewalt in Selbstzweck. Die Bewegung wurde - bewußt oder unbewußt - ein Instrument jener etablierten Interessen, die verbal oder sogar ernsthaft vom Faschismus verdammt worden waren. Damit mutierte letztlich die „nationale integrative Revolution" in eine haßerfüllte Konterrevolution. Die marxistischen Interpretationen des Faschismus können zwar nicht die Entstehung dieser Ideologie, ihre komplexe Wirkung und ihre Anziehungskraft auf viele junge Ideologen erklären.[26] Sie mißverstehen meines Erachtens auch die Motive der Gründer und vieler ihrer Führer. Dennoch ist diese Interpretation in der Analyse der „objektiven" historischen Rolle des Faschismus für den Erhalt des Kapitalismus weitgehend richtig (F. Neumann, 1963). Dies heißt nicht, daß die These akzeptiert wird, die Faschisten seien vom Kapitalismus nur „gemietet" und wären von dessen Finanzen abhängig gewesen. (Die massiven Spenden kamen ja erst, als die Partei gegenüber anderen antimarxistischen Parteien einige Stärke und Erfolge hatten.) Auch die These, daß der Faschismus die letztmögliche Verteidigung des Kapitalismus sei bzw. daß er seit der Machtergreifung immer und ausschließlich kapitalistischen Interessen gedient hätte, wird hier nicht übernommen. Noch weniger spricht dies die marxistischen Bewegungen davon frei, daß ihre erfolglosen revolutionären Versuche, in relativ demokratischen Gesellschaften die Macht ergreifen zu wollen oder eine maximalistische Revolutionsrhetorik zu verfolgen, wiederum ihre Feinde mobilisierte und es den demokratischen Re-

---

[26] Vgl. u.a. Abendroth, 1968; Mansilla, 1971; *International Journal of Politics*, 1973; Galkin, 1970; Lopukhov, 1965. Zusätzlich zu den differenzierteren marxistischen Analysen des Faschismus sollte man nicht die Interpretationen der Parteiführer wie z.B. Aquila, Zetkin, Togliatti und Dutt vernachlässigen, die von Nolte (1967), De Felice (1969, 1970), Gregor (1974b), der Trotzkistin Guerin (1939) und neueren Schriften wie Lopukhow (1965), Galkin (1970) und Vajda (1972) sowie den Erklärungen der III. Internationale (Fetscher, 1962; Pirker, 1965) diskutiert werden.

gierungen unmöglich machte, effektiv zu funktionieren. Diese Strategie verhinderte auch, daß die sozialistische Arbeiterbewegung ihre Ziele - wenigstens teilweise - durch aktive Teilnahme im demokratischen politischen Prozeß durchsetzen konnte und wenn nötig, auch durch direkte Regierungsbeteiligung die Demokratie zu stärken vermochte. Der Faschismus ist unter anderem auch eine Antwort auf die Ambivalenz des marxistischen Erbes gegenüber der „formalen" liberalen Demokratie, ihren politischen Institutionen, sowie gegenüber Reformen. Mussolinis Worte, man hätte die „rote Gefahr" erfinden müssen, wenn es sie nicht gegeben hätte, machen diese dialektische Beziehung recht deutlich. Das anti- oder zumindest ademokratische Verhalten der Linken machte das effektivere der Rechten erst möglich, selbst wenn Manipulationen der Liberalen an demokratischen Institutionen manche Reaktion der Linken erklären konnten.

Im Kontext der hier behandelten autoritären Regime sind faschistische Regime weniger pluralistisch, mehr ideologisch und auch partizipatorischer als bürokratisch-militärische oder organische Regime. Sie stehen näher an der „Demokratie" als am „Liberalismus". Sie sind weiter weg von individueller Freiheit, aber näher daran, den Bürgern eine Chance zur Beteiligung zu bieten. Diese Regime sind auch weniger konservativ und mehr am Wandel orientiert.[27] Wahrscheinlich machte auch diese größere ideologische Legitimität und die größere Mobilisierung von Anhängern sie gegenüber innerer Opposition und Umsturz von innen weniger anfällig als andere Typen von autoritärer Herrschaft, und tatsächlich konnten dann auch nur äußere Kräfte sie letztlich zerstören.

4. Postkoloniale autoritäre Mobilisierungsregime - Theorie und Wirklichkeit

Autoritäre Mobilisierungsregime bildeten sich in Staaten heraus, die sich erfolgreich gegenüber ausländischer Abhängigkeit behauptet oder ihre Unabhängigkeit von kolonialer Herrschaft errungen haben. In der sogenannten Dritten Welt finden wir diesen Regimetyp besonders im subsaharischen Afrika[28] und im Maghreb[29]. Entgegen

---

[27] Die Beziehung des Faschismus zur Modernisierung ist ein komplexes Themengebiet, das Gegenstand einer neuen Debatte ist (Turner, 1972; Gregor, 1974b). Siehe auch Organski (1965) und den frühen Aufsatz von Borkenau (1933).

[28] Zur Politik einzelner dieser Länder gibt es monographische Studien, obwohl dabei nur wenig verglichen und theoretisch konzeptualisiert wurde; siehe z.B. über die Elfenbeinküste Zeller (1969), Zolberg (1969), Potholm (1970, S. 230-71), der eine kritischere Sichtweise hat und die PDCI mit Tansanias TANU vergleicht; über Mali siehe Snyder (1965)

den Erwartungen vieler Autoren haben sich in den letzten zehn Jahren jedoch nur wenige Systeme als stabil erwiesen. Besonders seit 1964 sind viele zivile Regierungen durch Militärputsche gestürzt

---

und über Sierra Leone Cartwright (1970); über Madagaskar Spacensky (1970); über Guinea unter der Führung Sékou Tourés - eines der wenigen verbliebenen mobilisierenden Einparteienregime - siehe Ameillon (1964), Charles (1962), Voss (1961) und Zolberg (1966). Über das autoritäre Regime, das im Kongo (Zaire) nach Jahren des Aufruhrs von Mobutu errichtet wurde, gibt es eine interessante Studie von Willame (1972), in der das Konzept des Patrimonialismus verwendet wird.

[29] Für eine Übersicht siehe Clement Moore (1970b) und Hurewitz (1969), der im Mittleren Osten zwischen Militärregimen, militärisch-bürgerlichen Koalitionen, traditionellen Monarchien, modernisierenden Monarchien und nichtmilitärischen Republiken unterscheidet. Das stabilste bürgerliche Einparteiensystem, das im Unabhängigkeitskrieg entstanden ist, hat Tunesien unter persönlicher Führerschaft von Bourguiba (Clement Moore 1965, 1970a; Canau, 1971; Hermassi, 1972), während Algerien, ursprünglich ein mobilisierendes Parteienregime, von Anfang an - infolge des verlängerten Krieges mit Frankreich - eine militärische Komponente besaß. Diese nahm überhand, als Boumedienne dann Ben Bella verdrängte (Quandt, 1969; Duprat, 1973). Im Irak (Vernier, 1963; Dann, 1969) und Syrien (für bibliographische Hinweise siehe Hurewitz, S. 520), wo die Baath-Partei in Zusammenarbeit mit der Armee einen erheblichen Einfluß hatte, versuchte das Militär, ähnlich wie in Ägypten, ein Regime zu errichten, das nationalistische, sozialistische, populistische und mobilisierende Elemente enthielt. Jedoch waren letztlich die persönliche Herrschaft, das Militär und die bürokratisch-technokratischen Elemente vorherrschend. Der Untergang der sozialistischen Baath-Partei war nicht allzu verschieden von dem kleinerer faschistischer Parteien in autoritären Regimen. Ethnische und religiöse Heterogenität trugen zur Instabilität dieser Regime bei. Die ägyptische Regierungsform unter Nasser und Sadat wurde seit dem Militärputsch gegen die Monarchie umfangreich analysiert. Unter den wichtigsten Untersuchungen verdienen folgende Beachtung: Vatikiotis (1961), Lacouture und Lacouture (1958), Lacouture (1969), Wheelock (1960), Abdel-Malek (1968, erstmals erschienen 1962), Binder (1965), Moore (1970, 1973, 1974), Dekmejian (1971), Kosheri Mahfouz (1972) und Harik (1973). Dies ist ein gutes Beispiel von Änderungen *innerhalb* eines Regimes, die zu Änderungen *des* Systems werden: von einer strikten Militärherrschaft zu komplexen, veränderlichen und unbestimmten Versuchen, eine mobilisierende Einheitspartei zu schaffen; von einer militärischen Grundeinstellung zu Ansätzen einer Ideologie; von einer öffentlichen Passivität zu Ansätzen für Partizipation. Dies zeigt sowohl die Breite der Möglichkeiten zu Veränderungen innerhalb der Strukturen eines autoritären Systems als auch die dabei auftretenden Schwierigkeiten, wenn dieses von der Armee errichtet wurde.

worden.[30] In anderen Ländern setzten Zerfallsprozesse ein, die zu Staaten ohne Parteien (*no-party-states*) führten.[31]

Mobilisierende Einparteienregime, die nicht „von oben“, also durch einen Herrscher etabliert, sondern durch politische Führer errichtet wurden, die dem „normalen“ Volk entstammen und dieses mobilisieren, sind vor allem in Gesellschaften mit einer schwach entwickelten Wirtschaft möglich, die sich durch egalitäre bäuerlich-ländliche Strukturen auszeichnen. In diesen Ländern ist die moderne Wirtschaftselite nur schwach ausgeprägt und sie formiert sich häufig aus Fremden oder Mitgliedern ethnischer Minderheiten. Zudem hat die Kolonialmacht dort oftmals die Herausbildung einer Mittelklasse, einer anerkannten, über Berufsethos verfügenden Beamtenschaft sowie einer professionellen Armee verhindert (Apter 1963). Im Fall des subsaharischen Afrikas kommt das Fehlen einer eigenen, hierarchisch organisierten religiösen Führung hinzu. Koloniale Herrschaft hat oft auch zur Zerstörung oder im Falle indirekter Herrschaftsausübung zur Diskreditierung der traditionellen vorkolonialen Herrschaftsstrukturen und ihrer Repräsentanten geführt, besonders gegenüber dem sich herausbildenden städtisch gebildeten und modernisierten Sektor. In diesem Kontext bildete sich eine neue nationalistische Führungsschicht unter denjenigen heraus, die ihre Ausbildung im Ausland oder in den wenigen kolonialen Bildungsinstitutionen erhielten. Sie wurden mitunter durch die linken Parteien in den Metropolen als Gewerkschaftsführer oder Vertreter in entstehenden Selbstverwaltungsstrukturen zusätzlich gefördert und durch einige nationalistische Intellektuelle und ihre Kontakte zum Ausland stimuliert.[32] Diese Führer übernahmen zunehmend die Vertretung und Artikulation der Beschwerden der einfachen Bevölkerung, der Arbeiter und Bauern, die vom Umbau der traditionellen Ordnung infolge wirtschaftlichen Wandels oder der Einführung westlicher Rechtsinstitutionen und gelegentlicher europäischer Besiedelung betroffen waren. Die Kolonialmächte, die sich mit diesen heranwachsenden Bewegungen konfrontiert sahen, schwankten zwischen Repression und Kooptierung. Diese Politik trug, besonders wenn sie nicht konsistent angewandt wurde, letztlich zur Stärkung einer nationalistischen Führungsschicht bei. Der Wunsch nach Unabhängigkeit überdeckte, zumindest anfänglich, die Bedeutung anderer Bruchlinien in der Gesellschaft; Unterentwicklung und ausländischer Einfluß in der Wirtschaft begrenzten die Bedeutung von Klassenpolitik. In den Parlamenten, die kurz vor oder unmittelbar nach der Unabhängigkeit gewählt wurden, errangen die

---

[30] Vgl. u.a. Bienen 1968, 1974; Lee 1969; C. E. Welch 1970.
[31] Vgl. u.a. Wallerstein 1966; Potholm 1970, Bretton 1973.
[32] Siehe u.a. Wallerstein 1961; Hodgkin 1961; Carter 1962; Coleman/Rosberg 1964.

Vertreter von nationalistischen Bewegungen jeweils die Stimmenmehrheit, die sie oft durch die Kooptierung derjenigen ausdehnten, die eher partikularistische Wählerschichten, wie Stammes-, religiöse oder traditionelle Gruppen, vertraten.

Zu Beginn bestand die Hoffnung, daß der Transfer britischer und französischer Verfassungselemente zu neuen demokratischen Staaten führen würde. Aber es kam anders. Aktionen der Opposition bzw. deren Wahrnehmung durch die regierende Partei, die schwierigen ökonomischen Probleme sowie die immer neuen Erwartungen der Bevölkerung führten dazu, daß die neuen Führer den freien politischen Wettbewerb und Wahlen zunehmend behinderten, begrenzten bzw. schließlich verboten. Gerade die Vorstellungen der regierenden Parteien von Nationenbildung schlossen periphere, partikulare oder Stammesinteressen völlig aus, besonders in Staaten mit künstlich festgesetzten Grenzen. In vielen Staaten, die im Prozeß der Entkolonialisierung entstanden waren, wurden Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit symbolisch mit einem Führer und seiner Partei identifiziert, die oft charismatische Autorität bei ihren Anhängern und Gefolgsleuten hatten. Die Schwäche traditioneller Autorität und das fehlende Verständnis für die Komplexität rechtsförmigen rationalen Regierens machten charismatische Führung, wenigstens dem Anschein nach, möglich. Der künstliche Charakter vieler Territorialgrenzen, die ethnische, religiöse und sprachliche Vielfalt der Bevölkerung, die großen gesellschaftlichen Entwicklungsunterschiede zwischen den wenigen städtischen Zentren und Küstenregionen sowie der ländlichen Peripherie, wie auch die Schwäche der Verwaltungsinstitutionen führten schließlich dazu, daß die Führer in ihrer Partei primär das Instrument der Nationenbildung sahen. Angesichts der Probleme der nationalen Integration, einer nicht immer loyalen Opposition und der Angst vor externen Einflüssen wurde die dominierende Partei im Umfeld einer politischen Kultur, in der liberale demokratische Werte nicht institutionalisiert waren, bald auch zur einzigen Partei. Bemerkenswert ist dabei jedoch, daß einige Führer die Idee einer monolithischen Einheitspartei ablehnten: „Wir sind gegen eine Einheitspartei (*parti unique*). Wir sind für eine vereinigte Partei (*parti unifié*)," um ein Wort von Leopold Senghor aus Senegal zu benutzen (Foltz 1965, S. 141). Politiker der herrschenden Parteien forcierten den Eintritt jener Führer in die eigene Partei, die über eine starke regionale, lokale bzw. Stammesbasis verfügten, die anfangs die besiegten Oppositionsparteien unterstützen oder gar diesen Parteien angehört hatten. Diese brachten dann natürlich in die lose organisierte *parti unifié* ihre Gefolgschaft und damit auch ihre Wähler mit ein.

Bei der Analyse der afrikanischen Einparteiensysteme und ihrer Mobilisierungskapazität sollten einige Fakten, auf die Aristide R.

Zolberg (1966, S.15-33) verwiesen hat, im Auge behalten werden, weil sie meines Erachtens für diese Gesellschaften kennzeichnend sind. In Ghana fand der erste Test für die Stärke der *Convention People's Party* (CPP) bei den Wahlen 1951 statt, also zwei Jahre nach ihrer Gründung. Dabei errang sie 92 % der Stimmen in Accra, 94 % der Stimmen in den übrigen Städten mit direkter Wahl und 72 % der Wahlmännerstimmen in anderen Gebieten. Allerdings waren in den fünf Städten nur 64 % der wahlfähigen Bevölkerung als Wähler registriert, von denen wiederum nur 47,2 % wählten. Dementsprechend repräsentierten die Wähler zirka 30 % der wahlfähigen Bevölkerung, was wiederum etwas kleiner als die Zahl der Erwachsenen war. Dies ist zwar ein verblüffendes Ergebnis, jedoch kein eindeutiger Beweis dafür, daß sich die CPP landesweit etabliert hatte. Ähnliches registrierte Zolberg für die Elfenbeinküste, wo die Organisation von Houphouet-Boigny, die PDCI, 1946 bei den Wahlen zur Territorialversammlung 94 % der Stimmen gewann. Das entsprach zwar 53 % der registrierten Wahlberechtigten, jedoch machten dies aufgrund der erheblichen Beschränkungen bei den Wahlen nur ca. 6 % der geschätzten erwachsenen Bevölkerung aus. Bei der Wahl im Jahre 1952, die von den Führern als „fair" eingeschätzt worden war, gewannen die Gegner der PDCI nur 28 % der abgegeben Stimmen und die PDCI selbst nur 33 % des vergrößerten Kreises der Wahlberechtigten. Eine ähnliche Rechnung führt von 68 % Stimmenanteil in den Jahren 1951 und 1952 zu einer geschätzten Unterstützung der Partei von Leopold Senghor in Senegal von nur ca. 10 bis 15 % der erwachsenen Bevölkerung. Sicherlich sind solche Stimmenanteile nicht mit denen gleichzusetzen, die Massenparteien, seien es demokratische oder antidemokratische, in kritischen, dem Zusammenbruch von Demokratien vorausgehenden Wahlen in Europa erringen konnten, also z.B. wie die massive Stimmenabgabe für die NSDAP in den frühen 30er Jahren. Solche Zahlen sollten aber jene stärker zum Nachdenken anregen, die eine totalitäre Kontrolle durch eine Massenbewegung und ihre Führer in afrikanischen Staaten, wie in Ghana, fürchten oder erhoffen. Dort erwecken oftmals Rhetorik, Organisationsstruktur der Partei und Führerkult den Eindruck, die Entwicklung ginge in diese Richtung.[33]

Die Einparteienregime in den neuen unabhängigen Nationen können unter der gegeben Sozialstruktur und der ökonomischen

[33] Der Fall Nkrumah, der vom charismatischen Führer zum persönlichen Herrscher innerhalb eines mobilisierenden Einparteienregimes wurde, das einige Autoren hinsichtlich seiner Ansprüche als totalitär empfinden, ist ein Beispiel dafür, wie sogar die Herrschaftsperiode einer Person nicht mit Hilfe einer Typologie klassifiziert werden kann. Dies zeigt aber auch, in welch unterschiedlicher Weise verschiedene theoretische Konzepte für die Analyse genutzt werden können: Wallerstein (1961), Apter (1963), Bretton (1966), Fitch und Oppenheimer (1966).

Entwicklung einfach nicht genügend Ressourcen mobilisieren, um ihre Visionen vom radikalen Umbau der Gesellschaft mittels der Parteiorganisation nachhaltig umzusetzen. Das Erheben von Steuern und Abgaben, um diese Organisationen zu erhalten, erwies sich als nicht durchführbar. Die wenigen politisch überzeugten und relativ gebildeten Führer wurden für die Regierung und die zahlreichen Behörden benötigt; dies wiederum zum Nachteil für die Parteiorganisation. Ursprüngliche und persönliche Loyalitäten hinderten die Parteiorganisation in der Peripherie, die Aufgaben, die ihnen das Zentrum zuwies, zu erfüllen. Die Unterschiede zwischen der ideologischen Rhetorik (Friedland/Rosenberg 1964) und den Ergebnissen bzw. den politischen Realitäten, zusammen mit der Unzufriedenheit der jungen Generation, besonders denjenigen, die aus dem Ausland zurückkehrten und keine ihren Ambitionen entsprechende Machtpositionen besetzen konnten, führte dann oft zu Spannungen zwischen Jugendorganisationen, Gewerkschaftsführung und anderen Organisationen. Diese Spannungen konnten am ehesten dadurch abgebaut werden, daß die Rolle der Partei weniger betont wurde. Die ideologischen Formeln waren meist fremden Modellen nachgeahmt, doppeldeutig und standen im Gegensatz zur pragmatischen Politik der Führung, die sich durch die sozialen und wirtschaftlichen Realitäten gebunden sah und deshalb den Mitgliedern keine klaren und unmittelbaren Ziele vorgeben konnte.

Im Ergebnis dessen wurde die Partei nicht zu einem totalitären Instrument der Massenmobilisierung, sondern sie mutierte zu einem weiteren Faktor in der Machtstruktur, in der sie nur begrenzte Partizipationsmöglichkeiten erreichte. Einige Autoren waren der Meinung, daß Einparteiensysteme die größten Überlebenschancen gerade in den am wenigsten entwickelsten Gesellschaften hätten, also wie Mali (Snyder 1965) und Tansania (Bienen 1970). In solchen Ländern wie Ghana, das über größere Ressourcen verfüge, setze als ein Ergebnis der wirtschaftlichen Kraft und im Zuge inflationärer Prozesse die Formierung von Interessen eher ein (Zolberg 1966, S. 145-50). Die Realität zeigt jedoch, daß gerade in sehr rückständigen Gesellschaften revolutionäre Ideen, die den modernen Sektor der Wirtschaft betrafen, nur geringe Störungen verursacht haben.

Eine andere Alternative war die Transformation der Partei von einer disziplinierten, ideologischen Massenbewegung in einen flexiblen Apparat, der die Solidarität zwischen seinen Mitgliedern mit Blick auf ihre eigenen Interessen erhält. Ein solcher Apparat erlaubt dann auch die Konkurrenz zwischen verschiedenen Gruppierungen und sichert zugleich das Aushandeln von Vereinbarungen. Dabei setzt dieser Prozeß bezeichnenderweise eher auf materielle Anreize als auf Begeisterung für politische Prinzipien. Führer, die mitunter für einzelne Schichten der Gesellschaft charismatischen Charakter

hatten, waren für andere nur einfach politische Bosse. Auch die gewachsenen Korruptionsmöglichkeiten trugen zur Krise von ideologischen Einheitsparteien bei, festigten aber zugleich den Apparat. Sofern die Opposition oder Dissidenten zum Schweigen gebracht werden mußten, bestand angesichts der geringen Zahl und der begrenzten Ressourcen, die sie hatten, auch kein besonderer Bedarf an jenem Typ paramilitärischer Organisationen, wie er in europäischen Staaten durch die faschistischen Parteien entwickelt worden war. Zwang wurde hier durch die Politik des Apparats ausgeübt (Zolberg 1966, 69; Bretton 1973).

Nur wenige mobilisierende Parteien behielten alle ihre Funktionen in den Jahren nach der Unabhängigkeit bei. Jene, die nicht einem Militärputsch zum Opfer fielen, durchlebten zum Teil recht bemerkenswerte Transformationen. Die Typologien, die anfangs formuliert wurden (Morisson u.a. 1972; Hodgkin 1961; Carter 1962), führen meines Erachtens in die Irre, da sie primär von den Ideen und Konzepten ausgingen, die afrikanische Parteien der Welt und sich selbst vermitteln wollten. Sie basierten auf relativ formalen Strukturen, d.h. sie bezogen sich zwar auf reale Phänomene, beschränkten sich jedoch nur darauf, zu erklären, wie sie entsprechend den normativen Erwartungen der Eliten funktionieren würden. Die Personen, die diese Ideologien formulierten, befanden sich in der Regel auch nicht im Zentrum der Macht innerhalb der Partei. Dennoch galt die Einheitspartei oft als ein objektives greifbares Symbol für die Einheit der Gesellschaft. Von einem Instrument entwickelte sich das politische Monopol zu einem sich selbst rechtfertigenden Ziel. Wie Zolberg interessanterweise bemerkte, ähnelte die Stimmung, in der die Einheitspartei in solchen im wesentlichen pluralen Gesellschaften, wie denen Afrikas, betont wurde, derjenigen bei den französischen Jakobinern, als sie sich mit den *Fédérés* konfrontiert sahen (1966, S. 62-63). Der Glaube an Planung, rationale Kontrolle der Wirtschaft statt an einen komplexen, wenig sichtbaren Prozeß, wie den Markt, ist mit der symbolischen Übereinstimmung mit der Gemeinschaft verbunden und bestärkt wiederum diese. Zolberg geht in seinem *Creating Political Order* (1966) darauf ein, wie solche Parteiapparate (*machine parties*) funktionieren, wenn sie auf die Eigeninteressen ihrer Mitglieder eingehen, Konkurrenz zwischen verschiedenen Gruppierungen und das Aushandeln von Vereinbarungen zulassen. Sie bieten dabei eine Plattform für die formelle und informelle Vertretung verschiedener, moderner oder nicht so moderner Gruppen in der Gesellschaft, einschließlich jener, die auf gemeinsamer Herkunft und auf ausdrücklichen wirtschaftlichen und politischen Interessen basieren. Ihre innere informelle Funktionsweise läßt Verhaltensmuster und Normen zu, die anderswo vielleicht als „unmodern" abgetan worden wären. Zugleich können dadurch

Personen am Politikprozeß teilnehmen, die über keine ausdrücklichen Verwaltungserfahrungen oder über Expertenwissen verfügen, jedoch an Politik interessiert sind. Das sichert auch eine mächtige zentrale Autorität, macht die Partei populär und ermöglicht den Kontakt zwischen Massen und Führung.

Eine Hoffnung so mancher Führer dieser Parteien war es, daß sie damit einen Kanal für demokratische Partizipation der Bevölkerung eröffnen können, ohne daß dies in einer nicht integrierten Gesellschaft zu den Spannungen eines Mehrparteiensystems führt. In diesem Zusammenhang war der Versuch von Julius Nyerere interessant, die *Tanganyika African National Union* (TANU) zur Etablierung eines demokratischen Einparteiensystems zu nutzen. Die Partei unterstützte z.B. zwei Kandidaten bei den nationalen Parlamentswahlen. Das Experiment der TANU, keine Eliten- sondern eine Massenpartei zu sein, über die jeder normale Bürger am Regieren teilnehmen könne, war aber mit einem Dilemma verbunden, das der folgende offizielle Bericht der TANU recht gut zum Ausdruck bringt: „Auf eine möglichst hohe ideologische Übereinstimmung zu bestehen, vereinbart sich nicht mit dem Ziel der Massenpartizipation an den Parteiangelegenheiten, die wir als wesentlich erachten." (Bienen 1970, S. 242) Wenn aber Mitgliedschaft keine politische Bindung einschließt, würde die TANU zur Nation werden und damit jegliche Rolle als politische Partei im ernsthaften Sinn aufgeben. Die Vorauswahl der Kandidaten innerhalb der Partei und der Wettbewerb zwischen ihnen sollte den Menschen erlauben, eine Person abzulehnen, ohne daß damit die TANU zurückgewiesen würde. Allerdings wurde die ursprüngliche Idee von Nyerere, daß die TANU vollkommen freie Wahlen abhält, in denen sich jeder Patriot als Kandidat aufstellen lassen könne, nicht akzeptiert. Tatsächlich tauchten Forderungen nach einer elitären und straffer organisierten TANU auf, für deren Mitgliedschaft bestimmte Kriterien gelten sollten. Im September 1965 konnten sich die Wähler im früheren Tanganyika, mit Ausnahme von fünf Wahlkreisen, zwischen zwei Kandidaten entscheiden. Ergebnis war, daß 22 von 31 Amtsträgern nicht erfolgreich waren und 16 von 31 Parlamentsmitgliedern verloren. Das Fehlen einer deutlichen Verbindung zwischen Erfolg oder Scheitern bei den Wahlen und dem Stimmenanteil, der in den Distriktvorwahlen der Partei erzielt wurde, machte deutlich, daß auch dann, wenn nur parteinahe Kandidaten zur Wahl standen, eine oligarchische Kontrolle der Ergebnisse nicht möglich war, wenn 50% der erwachsenen Bevölkerung abstimmten. Tansania ist ein interessantes Beispiel dafür, wie ein Einparteiensystem mit der Freiheit der Wähler verbunden wurde (Cliffe 1967). Der mehr offene als ideologisch-diszipliniert Charakter der TANU, die großen Bedeutung lokaler Probleme bei den Wählern sowie das Fehlen von tiefen,

mobilisierenden landesweiten *Cleavages* scheinen dies meines Erachtens ermöglicht zu haben. Dennoch ist es recht zweifelhaft, ob das Experiment eines demokratischen Einparteienstaates in einer städtisch-industrialisierten oder auch nur einer semi-industrialisierten Gesellschaft gelingen kann.

5. Rassen- oder ethnische „Demokratien"

Mit diesem bewußt paradoxen Konzept möchte ich mich Regimen zuwenden, in denen zwar der politische Prozeß zwischen denjenigen, die zu einer rassisch definierten Gruppe, oftmals eine Minderheit innerhalb der gesamten Bevölkerung, gehören, meiner Definition nach demokratisch ist, der jedoch permanent andere rassische Gruppen rechtlich oder mit Zwangsmitteln ausschließt. Dieser Ausschluß verbietet es uns, solche Regime als Demokratien zu bezeichnen. Die Republik Südafrika ist sicherlich das prominenteste Beispiel dafür. Regime, die einen großen Teil der Bevölkerung oder gar die Mehrheit von einem begrenzten Pluralismus aus rassischen Gründen ausschließen, können als rassische Oligarchien oder autoritäre Regime bezeichnet werden. Wenn man die Apartheidsideologie und das rassische Kastensystem für das tägliche Leben der Bürger, auch für die rassisch dominante Minderheit, bedenkt und dazu das Niveau der politischen und sozialen Mobilisierung gegen eine mögliche Gefährdung ihrer Vormachtstellung sowie den Umfang an Zwang, um den *Status quo* zu erhalten, berücksichtigt, so sind meines Erachtens diese Regime als vor- bzw. prätotalitär oder potentiell totalitär zu bezeichnen.

Warum aber bezeichne ich sie dann als „rassische Demokratien", womit sie begrifflich in die Nähe von Demokratie gestellt werden? Diese paradoxe Begriffsbestimmung spiegelt sich z.B. auch in der Einstufung Südafrikas von Robert Dahl wider. Nach den Möglichkeiten, an Wahlen teilzunehmen und öffentlich Opposition auszuüben wird dort Südafrika bei 114 Staaten in die Kategorie 14 (die niedrigste war 30) und damit wesentlich höher als die meisten autoritären Regime der Welt eingestuft (Dahl 1971). Dieses Paradox ergibt sich aus einer strengen Trennung zweier Gesellschaften und politischer Systeme. Zwar existieren diese in der utopischen Ideologie der Apartheid parallel und separat voreinander, jedoch kommt es durch zahlreiche wirtschaftliche, soziale und historische Zwänge unvermeidlich zu hierarchischen kastenähnlichen Beziehungen, die durch autoritäre und letztendlich gewaltsame Herrschaft politisch aufrecht erhalten werden.

Dieser Beziehungstyp hat zwar die Charakteristika kolonialer Herrschaft[34], die es noch in einigen Gebieten unter kolonialer Regierung gibt, unterscheidet sich aber zugleich von dieser in verschiedener Hinsicht. Die Herrschaft wird nicht von ernannten Amtsträgern ideologisch und rechtlich im Namen einer Kolonialregierung „zum Wohl der gesamten Bevölkerung“ ausgeübt, sondern allein zum Wohl einer regierenden rassischen Minderheit. Die Geschichte der Kolonialisierung führte in einigen Teilen der Welt zu umfassenderen weißen Besiedlungen in Gebieten, in denen große nichtweiße Bevölkerungsgruppen aber nicht dezimiert wurden. Rassische Vorurteile wurden durch Religion und Ideologie und durch die Migration von Familien, statt allein von Männern, die zu sexuellen Beziehungen mit Ureinwohnern bereit waren, verstärkt. Das brachte kastenähnliche, allein auf der Rasse basierende Gesellschaften hervor. Diese weißen Siedler brachten zugleich Grundwerte und Institutionen liberaler demokratischer Tradition mit. In dieser Hinsicht glichen sie den Gesellschaften, die Louis Hartz (1964) beschrieb, und die das Ergebnis des Zerfalls westeuropäischer Reiche waren, wie die in den USA, in Australien, Neuseeland und Kanada. Diese Traditionen und ihre Institutionalisierung, manchmal mit Unterstützung der Kolonialregierungen und manchmal gegen sie, konnten zur Herausbildung stabiler Demokratien führen, besonders unter Berücksichtigung der erheblichen ökonomischen Ressourcen, wie sie im Falle Südafrikas zur Verfügung standen. Solange die Urbevölkerung gesellschaftlich nicht mobilisiert war, sie traditioneller indirekter Herrschaft unterworfen, nicht-städtisch und ungebildet war, fernab westlicher Kultur, Religion und Massenmedien lebte sowie mehr oder weniger resigniert ihrem untergeordneten und marginalisierten Status gegenüberstand, konnten die weißen Siedler für sich repräsentative Institutionen aufbauen und bürgerliche Freiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit genießen. Das Ergebnis waren ein kompetitives Parteiensystem, eine parlamentarische Regierung und andere charakteristische Merkmale im politischen Leben der weißen Bevölkerung, die Südafrika schon 1968 in die Nähe der „Polyarchien“ brachten. Dennoch haben der Rassismus der Weißen, die zahlenmäßige Bevölkerungsverteilung zwischen Weißen und Nichtweißen, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Ungleichheit zwischen den Rassen, die Ängste aufgrund rassistischer Vorverurteilung sowie die demographischen und anderen Ungleichheiten zwischen den Rassen und die unvermeidliche Polarisierung aufgrund der anfänglichen Segregation und Zurückweisung politischer Integration letztlich das Entstehen einer gemischtrassigen Nation und dementsprechend auch einer gemischtrassigen Demo-

[34] Für Hinweise zu verschiedenen Mustern von Kolonialismus siehe Potholm (1970), S. 70-77.

kratie verhindert.[35] Selbst die beschränkte Teilnahme der Farbigen von Kapstadt an Wahlen und demokratischen Institutionen wurde zunehmend eingegrenzt und im Laufe eines komplexen und langen rechtlichen Verfahrens faktisch eliminiert.

Die europäischen Kolonialmächte waren unwillig und/oder, wie im Falle Rhodesiens, unfähig, irgendeine Form gemischtrassiger Demokratie durchzusetzen. Die Spannungen zwischen der großen Gruppe Afrikaans sprechender, bereits lange im Land lebender Weißer und der jüngeren, Englisch sprechenden Bevölkerung mit den Erinnerungen an den *Great Trek* und den Krieg von 1899-1902, und die weiter bestehenden Unterschiede in der Sozialstruktur, der wirtschaftlichen Macht, der Religion und der Kultur führten zur Mobilisierung der weißen Afrikaner hinter der Nationalistischen Partei und ihrer Apartheidpolitik. Davon zeugen auch das schlechte Abschneiden der Moderaten bei Wahlen, die praktische Bedeutungslosigkeit der Fortschrittspartei sowie die Tatsache, daß der aufgeklärte Teil der Elite, der sich gegen diese Politik stellt, eine Minderheit ist. Die damalige repressive Gesetzgebung, besonders die Ergänzungen zur Verfassung von 1963 und 1965, haben über die Jahre zu einer vollständigen weißen Dominanz, zum Verbot bzw. zur Zerstörung jeglicher afrikanischer Opposition und zu Staatsbürgern zweiter Klasse geführt. 68,3 % der Bantus und 9,4 % der Farbigen hatten kein Wahlrecht und eine kleine Minderheit von ihnen durfte vier Abgeordnete wählen. Die politische Freiheit der Weißen gründete sich auf ihre Einheit sowie den Konsens rassischer Dominanz und hatte zur Unterstützung der Mehrheit der Wähler für die Nationalistische Partei geführt. In diesem Kontext gehört Südafrika nach meiner Definition von Demokratie zu den undemokratischen Staaten. Zugleich rechtfertigt die Existenz demokratischer Institutionen, einer breiten Palette bürgerlicher Freiheitsrechte und von Parteien innerhalb der weißen Minderheit, die in freien Wahlen um die Macht kämpfen, die Bezeichnung als „Rassendemokratie“.

Eine solche „Rassendemokratie“ bedeutete nicht nur eine autoritäre Herrschaft über die Nichtweißen, sondern führte unvermeidlich auch zur autoritären Herrschaft über diejenigen Weißen, die die Politik der Mehrheit in Frage stellen. Die Folge waren wachsende Beschränkungen und Verletzungen der bürgerlichen Rechte sowie der politischen Artikulation für Dissidenten. Das Gesetz zur Bekämpfung des Kommunismus von 1950, das Gesetz zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und das Gesetz zur Änderung des Strafrechts von 1953, das Strafvollzugsgesetz von 1959, das Gesetz über Veröffentlichungen von 1962 sind dafür Beispiele. Sie beinhalten in ihren

[35] Siehe u.a. Thompson 1966, Van den Berghe 1967, Adam 1971, Potholm/ Dale 1972.

unklaren Formulierungen gesetzliche Möglichkeiten, die gegen weiße Dissidenten eingesetzt werden konnten und auch angewandt wurden. Im Endeffekt führte diese „Rassendemokratie“ zu autoritärer Herrschaft mit Mehrheitsunterstützung, die regelmäßig in Wahlen bekundet wurde. Es wurde eine autoritäre Herrschaft, die demokratischen politischen Wettbewerb zu nichtrassischen Fragen erlaubte und auch andere Freiheiten, wie das gleichberechtigte Nebeneinander von Afrikaans und Englisch, garantierte.

Anhänger des südafrikanischen Regimes könnten einwenden, daß diese Beschreibung unvollständig und sogar bruchstückhaft sei. Sie würden entgegnen, daß Apartheid prinzipiell, wenn auch vielleicht nicht genau in der Praxis, die separate Entwicklung von Gemeinschaften und Nationen auf Rassenbasis mit deren eigenem Gebiet und eigener demokratischer Regierung einschließe. Wenn man für einen Moment die Schwierigkeiten ausblendet, die ein solches Modell für die gemischte Bevölkerung in den Metropolen ohne eine besondere territoriale Fixierung mit sich bringt, das betrifft besonders die Asiaten, den größten Teil der Farbigen und auch einen sehr großen Teil der Bantu-Bevölkerung, so entsprachen auch die Versuche, demokratische, nichtweiße Staaten zu gründen, nicht meiner Definition von Demokratie.

Das gilt z.B. für die Transkei. Am wenigsten problematisch ist dabei, daß dort 400 Weißen entsprechend der Ideologie, daß Nichtafrikaner keine Staatsbürger sein können, das Mitspracherecht auf lokaler Ebene entzogen wurde, oder daß die vier Oberhäuptlinge und 60 weitere Häuptlinge der Transkei zusätzlich zu den 45 gewählten Abgeordneten im Parlament vertreten sind, wobei die Wiederbesetzung von vakanten Sitzen durch die regionalen Herrscher vom Staatspräsidenten bestätigt wurde. Schwerwiegender ist, daß wichtige Bereiche, wie das Recht auf Änderung und Ergänzung der Verfassung, die vom südafrikanischen Parlament verabschiedet worden war, dem Parlament der Transkei entzogen wurden. Die Verfassung ist dementsprechend die einer Kolonie in einem dyadischen Herrschaftsverhältnis, d.h. zwei Gewalten bestimmen: das koloniale Zentrum, das die Kontrolle über alles Wichtige ausübt, und eine einheimische Gewalt, die bestimmte lokale Angelegenheiten regeln darf. Dabei bedient man sich vor allem der Stammeshäuptlinge, die das Zentrum wiederum über zahlreiche offene und verdeckte Wege beeinflußt. Selbst wenn man ignoriert, daß 40 % der Bevölkerung der Republik tatsächlich in den Bantu-Gebieten leben, in denen nach den Vorstellungen der Regierung solche „schwarzen Rassendemokratien“ entstehen sollen, so verbietet die Tatsache, daß sie laut Verfassung nur über einen Bruchteil an Macht verfügen und es keine institutionalisierten Mechanismen gibt, um am Entscheidungsprozeß von ganz Südafrika teilzunehmen, diese afrikanischen Bantustans als parallele demokratische politische Ein-

heiten anzusehen. Wenn man bedenkt, wie den Versammlungen der Farbigen und der Inder ihre Macht über Nichtweiße in den Provinz- und Kommunalregierungen entzogen und welchen Anteil an der Macht diesen Versammlungen und deren Exekutive zugewiesen wurde, und dann jene Macht sieht, die die einzelnen Abteilungen der Zentralregierung auf sich vereinen, so werden sowohl die rechtlichen als auch die tatsächlichen Grenzen des Experiments deutlich, einen Staat mit getrennten Rassengemeinschaften zu schaffen, egal welcher Grad an Selbstbestimmung auch immer formal zugelassen wird.

Die soziale und ökonomische Wirklichkeit in Südafrika, besonders die enge gegenseitige Abhängigkeit der Rassen in den Ökonomien der Städte sowie die rechtlich sanktionierte Schlechterstellung der Nichtweißen sind meines Erachtens deutliche Beweise für den autoritären Charakter der weißen Rassen-„Demokratie". Letztendlich hängt die politische Zukunft Südafrikas und Rhodesiens vom Grad des politischen Bewußtseins und der Intensität der Opposition und des Widerstands der nichtweißen, besonders der afrikanischen Mehrheit ab. Diese Opposition ist per Definition grundsätzlich und nicht loyal, illegal oder wenigstens nichtlegal und, was nicht unwahrscheinlich ist, gewaltsam. Ihre Stärke und ihr Charakter werden wesentlich von externer Unterstützung und der Reaktion in Südafrika selbst abhängen. Offene und gewalttätige Konflikte zwischen den Rassen, besonders mit ausländischer Unterstützung, würden die weiße Rassendemokratie in eine reine autoritäre Mehrheitsherrschaft über weiße Dissidenten verwandeln, die sich angesichts der breiten Unterstützung der Apartheid, des Konsens' unter den weißen Afrikanern und deren Unterstützung durch die Holländischen Reformkirchen, sich weiter zu einem totalitären System mit Mehrheitsunterstützung, formalen demokratischen Institutionen sowie einer starken legalistischen Komponente entwickelt, das auf einer radikalen rassistischen Ideologie fußt.

Glücklicherweise sind die sozialen und historischen Bedingungen, die zur Etablierung der Rassendemokratie in Südafrika geführt haben, derzeit nur in wenigen Teilen der Welt zu finden. Außer Rhodesien, wo sich die Regierung von Salisbury von Großbritannien unabhängig erklärt und ein ähnliches Regime etabliert hat, gibt es nur wenige Kolonien, die eine große Bevölkerungsgruppe weißer Siedler, die nicht die Intention oder Möglichkeit zur Rückkehr in die kolonialen Zentren haben, mit einer Mehrheit sie umgebender Nichtweißer verbinden. Nur Algerien, mit etwas mehr als einer Million Europäer, die zumeist dort geboren sind, viele ohne jegliche Wurzeln in Frankreich, unter einer maghrebinischen Bevölkerung von ca. 8,5 Millionen, hätte sich in eine ähnliche Richtung entwickeln können, wenn sich die französischen Kolonisten und die

OAS gegen Algerien und Frankreich durchgesetzt hätten. In Angola besteht die Möglichkeit, daß die weißen Siedler, unabhängig von Portugal und unter südafrikanischem Einfluß, ebenfalls ein solches Regime errichten. Der US-amerikanische Süden wäre, wenn er im Bürgerkrieg Erfolg gehabt hätte, sicherlich ein weiterer Fall für diesen Regimetyp gewesen. Zweifellos können künftig andere rassisch, ethnisch, religiös oder kulturell multinationale Gesellschaften in der nichtwestlichen Welt politische Formen entwickeln, die denen von „Rassendemokratien“ ähneln. Einige Staaten experimentieren heute mit multinationalen demokratischen Regimen oder verschiedenen autoritären Regimen, die kaum einen Hauch von Demokratie für irgendeine ethnische Gruppe bedeuten. In den meisten dieser Fälle führen der niedrige Mobilisierungs- und politische Organisationsgrad sowie die geringe Fähigkeit dieser Gruppen, politischen Druck auszuüben, eher zu politischer Fragmentierung und Sezession.

Multiethnische nichtkonsensuale Demokratien

Paradoxerweise zeichnet sich in Israel mit seiner demokratischen politischen Kultur, seinen demokratischen Institutionen, einschließlich proportionaler Repräsentation, die den Parteienpluralismus verstärkt und gleiche Wahl für alle Bürger sichert, eine Entwicklung hin zu einer „Rassendemokratie“ ab (Fein 1967, Eisenstadt 1967). Das geschieht trotz der gegenteiligen Erklärungen seiner politischen Führer. Dies verdeutlicht die Schwierigkeiten, einen demokratischen, multikulturellen, vielsprachigen Vielvölkerstaat zu gründen, wenn ein dominantes kollektives Identitätsbewußtsein einer demographisch bedeutsamen Minderheit gegenübersteht, die sich ihrer Identität ebenso bewußt ist, und wenn beide durch große kulturelle, religiöse, sprachliche und wirtschaftliche Unterschiede getrennt sind. Mehrheiten, die quer zu den kommunalen Grenzen stehen, können nur durch eine Teilung in Klassen oder andere soziale Kategorien erzeugt werden. Diese machen dann auch einen demokratischen Vielvölkerstaat möglich, der tatsächlich, und nicht nur formal, die Gleichheit von Juden, Arabern und anderen Minderheiten garantiert. Eine solche Entwicklung würde allerdings den grundlegenden Annahmen der Zionisten und den religiösen Charakteristika, auf denen der jüdische Staat aufbaut und die sich infolge des unverhältnismäßig großen Einflusses der religiösen Minderheiten herausgebildet haben, diametral entgegenstehen. Die Akzeptanz des Staates innerhalb eines demokratischen Rahmens durch die arabische Minderheit und die Rückkehr der Palästinenser in den Staat und ihre Loyalität ihm gegenüber sind nur über eine kulturell-ideologische Säkularisierung des Staates selbst möglich. Es könnte nun argumentiert werden, daß eine föderale Struktur, die den Territorien der je-

weiligen kulturellen Gemeinschaften beträchtliche Selbstverwaltungsrechte unter den Bedingungen demokratischer Herrschaft einräumt, eine Entwicklung dahin begünstigen: Dieses Argument ignoriert allerdings die grundlegende Voraussetzung von Demokratie, nämlich die Loyalität gegenüber dem Staat. Das bedeutet auch, daß man nicht gegenüber irgendeinem anderen politischen System jenseits der Grenzen loyal ist und daß Abspaltung bzw. Aufrufe dazu abgelehnt werden. Diese Bedingungen scheint es für Israel in der nahen Zukunft eher nicht zu geben, und das trifft offenbar auch auf eine ganze Reihe anderer multiethnischer oder multikultureller Staaten zu, deren Staatsgrenzen quer zu kulturellen, ethnischen oder sprachlichen Gemeinschaften verlaufen. Unter solchen Bedingungen kann die Teilnahme der Minderheit am politischen Prozeß, selbst bei voller Staatsbürgerschaft, nur partiell und konditioniert sein. Beiden Seiten, sowohl der staatstragenden Mehrheit als auch der dem Staat gegenüber tatsächlich oder potentiell nichtloyalen Minderheit, kann diese Teilnahme nur suspekt sein. Demokratische Institutionen können unter diesen Bedingungen gut in der Gemeinschaft der Mehrheit funktionieren, besonders solange sie sich bedroht fühlt. Aber dann jedoch nur als Demokratie der Privilegierten. Es könnte nun eingewandt werden, daß die in diesen Systemen erdachten Formeln, die nicht auf der strikten Anwendung der Mehrheitsregel, von Lijphart „*consociational*“ genannt, beruhen, die hier angesprochenen Probleme bewältigen. (Mit *consociational democracy* meint Lijphart eine gewisse Form, Entscheidungen durch Verhandlungen zwischen Parteien oder Gruppenvertretern zu erreichen, die mehr als reine Mehrheitsentscheidungen bedeutet. Lijphart 1968a, b; 1969) Allerdings ist sich der Leser der inzwischen umfangreichen Literatur zu diesen Systemen sicherlich bewußt, welche Bedingungen für einen Erfolg notwendig sind, und es scheint mir eher unwahrscheinlich, daß wir diese in solchen Ländern wie Israel vorfinden (Daalder 1973, McRae 1974).

Nordirland ist mit seiner formal demokratischen Verfassung und den mehr oder weniger realen Garantien für politische Freiheit für diejenigen, die das Regime anerkennen, ein anderes Beispiel für die praktische Unmöglichkeit, den demokratischen Prozeß in geteilten Gesellschaften am Leben zu erhalten (Rose 1971, Lijphart 1975). Die Minderheit ist gegenüber der Verfassung und dem Regime nicht loyal und ein großer Teil der Mehrheit ignoriert die Tatsache, daß eine formal demokratisch legitimierte Mehrheitsherrschaft unter diesen Bedingungen den Charakter von Unterdrückung bekommt und zwangsläufig zu einem wachsenden Autoritarismus führt.

Paradoxerweise war und ist der Nationalismus als die Doktrin der Selbstbestimmung von Nationen und kulturellen Gemeinschaften, die im Westen zur selben Zeit wie die demokratischen Ideale im Zuge wachsender sozialer Mobilisierung entstanden war, in vie-

len Gesellschaften mit der Demokratie unvereinbar. Erstes Opfer dieser Inkompatibilität war die multinationale österreichisch-ungarische Monarchie, die unter autoritärer Herrschaft einen beachtlichen Grad an Koexistenz seiner nationalen Komponenten ermöglichte, aber scheinbar zwangsläufig im Prozeß der Demokratisierung zerfiel. Innerhalb der traditionellen demokratischen Regierungslehre gibt es bislang keine Lösung, wie man mit einer dauerhaften und selbstbewußten Minderheit umgeht, die die gemeinsame Loyalität gegenüber dem Staat und seinen Institutionen ablehnt, um unabhängig zu werden oder um sich einem anderen Staat anzuschließen. Die Tatsache, daß diese Gemeinschaften in vielen Teilen der Welt nicht mit irgendwelchen geographische Grenzen übereinstimmen und daß sie zerstreut in Städten oder Enklaven leben, führt oftmals zu Konflikten, die dann durch autoritäre Maßnahmen oder dadurch gelöst werden, daß der Teil der Minderheit, der die Legitimität des Staates in Frage stellt, *de jure* oder *de facto* in seinen Freiheitsrechten beschnitten wird. Die permanente Frustration führt dann zu Gewalt, dies sowohl gegen Mitglieder der herrschenden Gemeinschaft als auch gegen Mitglieder der eigenen Minderheit, die gewillt sind, an den demokratischen Verfahren teilzunehmen. Dadurch wird natürlich die autoritäre Reaktion der Mehrheit verstärkt.

Demokratisierung scheint erfolgreicher bei der Institutionalisierung von Klassenkonflikten, dem Kanalisieren von wirtschaftlich motivierten Interessenkonflikten mittels Parteien und sogar bei Konflikten zwischen Religion und Säkularismus zu sein. Dagegen scheint Demokratie bei der Lösung von Konflikten zwischen ethnischen, kulturellen und sprachlichen Gemeinschaften weniger erfolgreich. Solche Konflikte sind wiederum einer der Hauptfaktoren für die Entstehung und - paradoxerweise – auch für die Stabilität vieler nichtdemokratischer Regime (Fishman 1968).

Der Subtyp der „Rassendemokratie“ stellt auch einen theoretisch interessanten Fall des kontinuierlichen Übergangs von liberalen, demokratischen Institutionen zu autoritärer Herrschaft auf dem Weg formal demokratischer Verfahren dar. Theoretisch könnten andere, auf beschränktem Wahlrecht beruhende, oligarchische Demokratien dieselbe Entwicklung nehmen, wenn sie mit wachsenden Forderungen nach größerer politischer Partizipation der unteren Klassen konfrontiert werden. Allerdings haben das andere Niveau sozialer Integration in rassisch homogenen Gemeinschaften, trotz anderer tiefer *Cleavages,* und der daraus folgende Gemeinschaftssinn letztlich die Verbindung von liberaler demokratischer Form und Minderheitenherrschaft verhindert. In solchen Gesellschaften macht sich unweigerlich ein Teil der Minderheit der politisch privilegierten Klasse zum Anwalt der Ausdehnung politischer Rechte. Und dieje-

nigen, die dem ablehnend gegenüberstehen, haben entweder Konzessionen zu machen oder sind dazu gezwungen, den Schleier scheinbar gewährter demokratischen Freiheit fallenzulassen, selbst innerhalb des privilegierten Segments der Gesellschaft. Auch das macht indirekt die Schwierigkeiten und Instabilität einer teilweisen Liberalisierung und Demokratisierung innerhalb autoritärer Regime sichtbar. (Das gilt ebenso für die innere Demokratie in einer alleinherrschenden Partei.) Letztlich ist es offenbar nicht möglich, ohne eine relativ scharfe Barriere, wie das Kriterium der Rasse, nach dem entschieden wird, wer Partizipationsrechte hat und wer nicht, und ohne die außergewöhnliche Angst derjenigen, die anderen ihre Bürgerrechte vorenthalten, Partizipation über den Grad der sozialen Mobilisierung zu beschränken. Ansonsten muß man auf autoritäre Institutionen zurückgreifen. Allerdings zeigen die Fälle ethnischer, kultureller oder religiöser Minderheiten, daß die Ausdehnung des Wahlrechts nicht ausreicht, weder tatsächliche Möglichkeiten der politischen Partizipation zu sichern noch reale soziale Integration und Loyalität gegenüber einem Staat zu erzeugen, die wiederum für stabile demokratische Politik notwendig sind.

6. „Unvollkommene" und „prätotalitäre" politische Situationen und Regime

Um die Dynamik nichtdemokratischer politischer Systeme zu verstehen, habe ich versucht, Totalitarismus relativ eng zu definieren. Damit soll auch eine klare Unterscheidung von der Vielfalt autoritärer Regime gesichert werden. Allerdings sind die Übergänge zwischen beiden Typen nicht von derselben Diskontinuität und, mit einigen Ausnahmen, nicht mit solchen gewaltsamen Umbrüchen wie Revolutionen, Bürgerkriegen oder Militärputschen verbunden, wie dies im allgemeinen für die Übergänge von Demokratie zu Autoritarismus zutrifft. Diese verschwommene Grenze zeigt sich auch in der zunehmenden Verwendung solcher Begriffe wie quasi-totalitär, posttotalitär, rational-totalitär oder Totalitarismus ohne Terror, mit denen man versucht, die Grauzone zwischen beiden zu beschreiben. Mein Typologisierungsversuch basiert auf der Annahme, daß einige grundlegende Ausgangsmerkmale im Prozeß der Herausbildung nichtdemokratischer Regierungen vorherbestimmen, ob das Ergebnis des Prozesses sich eher am totalitären oder eher am autoritären Pol befindet. Die Analyse des Zusammenbruchs von Wettbewerbsdemokratien, traditionellen Regimen oder kolonialer Herrschaft sollte einiges über die Faktoren aussagen können, die zu dem einen oder anderen Ergebnis führen. Ich habe außerdem darauf aufmerksam gemacht, daß bestimmte Merkmale der Führer oder der Gruppe, die die Macht übernimmt, also deren Ideologie oder Men-

talität, deren organisatorische Basis in den Sozialstrukturen, in neuen Massenbewegungen oder in konspirativen Parteien und vielleicht auch deren Persönlichkeit, zusammen mit der konkreten historischen Situation letztlich das Ergebnis bestimmen. Da sich die komplexe Struktur totalitärer Systeme nicht innerhalb kurzer Zeit herausbildet, kann diese Zeit als prätotalitäre Phase beschrieben werden. (Ausnahmen finden wir in Gesellschaften, die infolge langer Kriege völlig desorganisiert sind, von ausländischen Truppen besetzt sind oder sich im Bürgerkrieg befinden.) Wir wissen immer noch wenig darüber, auf welchem Weg neue, revolutionäre Herrscher einschränkende Bedingungen durchbrechen, um eine Formulierung von Otto Kirchheimer (1966) zu benutzen, und unter welchen Umständen sie scheitern. Benötigt wird noch immer eine Theorie der Konsolidierung neuer Regime. Es ist dabei sicherlich erwähnenswert, daß ein faschistischer Politiker und Kenner des Systems, der Spanier Ramiro Ledesma Ramos (1935), in einem politischen Essay, in dem er europäische Einparteienstaaten, einschließlich der Sowjetunion der 30er Jahre, vergleicht, sich sehr stark auf jene begrenzenden Bedingungen konzentriert, die, sofern sie nicht überwunden werden, eine „totalitäre Revolution" verhindern. Ich würde eine Situation als prätotalitär einstufen, wenn folgende Faktoren, die für ein totalitäres Ergebnis günstig sind, vorhanden sind:

- eine wichtige politische Gruppe, die eine totalitäre Utopie favorisiert, deren Macht jedoch nicht vollständig konsolidiert ist und die dem System noch nicht seine eigene institutionelle Struktur aufdrücken konnte;
- Institutionen wie die Streitkräfte, Kirchen, Wirtschaftsorganisationen und andere Interessengruppen, hohe Würdenträger oder Stammesführer, Gerichte oder selbst ein Monarch besitzen immer noch ein gewisses Maß an Autonomie, Legitimation und Effektivität und haben sich noch nicht prononciert für ein totalitäres System ausgesprochen, auch wenn sie eine Begrenzung des Pluralismus wünschen;
- eine instabile Situation, in der Prognosen in die eine oder andere Richtung weisen können;
- die Erwartung in Teilen der Eliten, daß die totalitäre Bewegung in den bereits bestehenden Strukturen aufgeht, während andere sich auf deren endgültigen Erfolg freuen oder aber ihn fürchten.

Frühe Beschreibungen des Nazisystems, besonders von marxistischen Autoren, hoben die Kompromisse des Regimes mit den konservativen Strukturen der deutschen Gesellschaft hervor, besonders mit der Bürokratie und dem Militär, mitunter sogar mit den Kirchen (F. Neumann 1963). Sie wiesen zugleich auf den Verrat an den kleinbürgerlichen Idealen hin, die sich gegen den modernen Industrie- und Finanzkapitalismus, gegen Kartelle, Kaufhäuser und Handelsketten richteten. Wenn man das liest, sollte man sich zugleich die

Situation der Sowjetunion in ihrer Konsolidierungsphase ins Gedächtnis rufen, wie sie von Jeremy R. Azrael folgendermaßen beschrieben wird: „Nach der kurzen Phase eines linken Kriegszustandes eröffnete der Revisionismus von ‚Brot, Land und Frieden' den Weg zu den weitreichenden Kompromissen der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP). Der freie Markt wurde wiederbelebt, Konzessionen wurden an ausländische Investoren vergeben, materielle Bestrebungen wurden wieder bedeutsam und persönliches Eigentum an Grund und Boden wurde aktiv gefördert. Gleichzeitig wurden ‚Arbeiterkontrolle' sowie ‚Arbeiterverwaltung' drastisch eingeschränkt und Verwaltungseffizienz, technische Rationalität sowie strenge Arbeitsdisziplin zu Schwerpunkten der offiziellen Politik. Zugleich verlieh das Regime den übriggebliebenen ‚bürgerlichen Spezialisten' größere Autorität. Man wies die kommunistische Verwaltung an, sich von Experten beraten zu lassen. Darüber hinaus waren diese Entwicklungen durch eindeutige Symptome des Verfalls in der Partei selbst begleitet. Besonders ließen ‚revolutionäre Wachsamkeit' und revolutionäre Leidenschaft unter den Parteikadern nach, und in der Parteispitze waren deutliche Anzeichen einer ‚Umgruppierung' in administrative Interessengruppen und Verwaltungscliquen sichtbar." (Azrael 1970b, S. 263) Wäre das Regime der Sowjets zu dieser Zeit zerstört worden, so wäre die Fähigkeit der revolutionären Kräfte, die russische Gesellschaft umzugestalten und in Richtung einer totalitären Utopie zu transformieren, sicherlich äußerst fraglich gewesen. Dies erklärt auch, warum viele Beobachter zu jener Zeit alles andere als den Stalinismus erwarteten. Die sehr unterschiedlichen Interpretationen der Herrschaft Hitlers reflektieren dieselbe Gemengenlage. Die ungewisse Balance zwischen entgegengesetzten Tendenzen zog sich über Jahre hin, wobei Kräfte in die eine, wie im Falle Deutschlands, oder in die andere Richtung, wie im Falle des faschistischen Italien, trieben.

Eine typische prätotalitäre Situation finden wir vor, wenn eine Partei, die sich in Richtung totalitärer Kontrolle durch eine Massenorganisation und, im faschistischen Fall, durch paramilitärische Organisationen bewegt, Druck auf eine Regierung ausübt, in der sich ihre eigenen Führer in einer Koalition mit Vertretern anderer Parteien befinden.[36] Eine solche Koalition wurde in Italien nach dem

[36] Ein entscheidender Faktor für das Potential zur Mobilisierung, Kontrolle und Partizipation bei neuen Regimen - damit also auch für den Totalitarismus - ist die Fähigkeit der Partei, vor der Machtübernahme eine entsprechende Stärke zu erlangen. Man sollte dabei nicht vergessen, daß die italienischen Faschisten im März 1921 bereits 80.476 Mitglieder hatten, im Dezember 218.453 und bis Mai 1922 waren es 322.310 Mitglieder, auch wenn diese Mitglieder meist nördlich von

Marsch auf Rom und in Deutschland aufgrund präsidentieller Entscheidung unter der Kanzlerschaft Hitlers geschaffen, letztere unter der Teilnahme der autoritär-nationalistischen DNVP und von Papens als Vizekanzler. Die teilnehmenden Parteien waren entweder ganz oder teilweise gegen ein demokratisches Regime oder, wie im Falle Italiens, Vertreter der Minderheit anderer Parteien, die zur Zusammenarbeit mit den Faschisten bereit waren. In Deutschland stattete das Parlament - unter Druck und bei Ausschluß der Kommunisten und oppositionellen Sozialdemokraten - die Regierung über Ermächtigungsgesetze mit außergewöhnlichen Machtbefugnissen aus und versuchte damit, diese Kräfte an die Fortsetzung dieser Koalitionsregierung als einer autoritären „präsidentiellen" zu binden.

In Mittel- und Osteuropa führten nach 1945 der Druck der Sowjetunion, ihre militärische Präsenz und, mit Blick auf Deutschland, der Wunsch nach nationaler Einheit, die Existenz von kooperationswilligen Sozialisten sowie der Kompromiß zwischen der Sowjetunion und den westlichen Alliierten zur Bildung von Regierungen der Nationalen Front. In diesen waren dann alle antifaschistischen Parteien nach einem vorher ausgehandelten Proporz vertreten, der jedoch nicht notwendigerweise deren Stärke in der Wählerschaft und im Parlament entsprach.[37] Solche nominal noch „verfassungsmäßigen" Regierungen schlossen oftmals einige Parteien aus, so z.B. faschistische, oder diejenigen, die der Zusammenarbeit mit ihnen beschuldigt wurden. Zugleich schränkte man die bürgerlichen Freiheiten ein - meistens befand sich das Innenministerium in der Hand der dominanten Partei - und kooptierte einige Führer anderer Parteien - während sie andere neutralisierten, was schließlich mit der Auflösung aller oder der meisten Parteien und der Fusion einiger - oder Teilen von ihnen - mit der totalitär orientierten Partei endete (Korbell 1959). Das relative Gewicht und die Verbindungen jener kooptierten Elemente mit unabhängigen Machtgrundlagen ist offensichtlich entscheidend, ob das politische Ergebnis totalitär oder autoritär ist. In wirtschaftlich oder militärisch abhängigen Staaten hat auf dieser Stufe dann der ausländische Einfluß eine besondere Bedeutung für den politischen Ausgang (Black/ Thornton 1964, Triska 1969).

In dieser Situation finden sich die Koalitionspartner in einer Zwickmühle. Sie möchten sich zwar einigen Aspekten der Politik

Rom wohnten. (Der Marsch auf Rom war erst Ende Oktober 1922.) (De Felice, 1966, S. 10-11). Die NSDAP hatte 1930 129.563 Mitglieder, am 30. Januar 1933, dem Tage der „*Machtergreifung*", 719.446 (Schäfer, 1957, S. 17). Diese Art der Unterstützung kann offensichtlich nur in einer offenen und relativ modernen Gesellschaft oder im Zerfall durch Krieg verbunden mit einer Revolution wie in Rußland, Jugoslawien, China und Vietnam erreicht werden.

[37] Kaase 1968, Seton-Watson 1968, Ionescu 1967, Oren 1973.

der totalitär orientierten Partei entgegenstellen, gehen dabei allerdings das Risiko ein, daß dadurch ihre generelle Loyalität in Frage gestellt und dem neuen Regime damit der Weg eröffnet wird, sie aus der Regierung zu drängen. Jedoch tragen wiederum Billigung oder Passivität gegenüber einer Politik, die man selbst nicht teilt, zur Legitimation des Übergangs zu autoritärer Herrschaft bei und verhindern eine aktive Opposition von Institutionen oder sozialen Gruppen, die noch in der Lage dazu wären. In solchen Situationen gibt es viel Raum für Opportunisten, sich dem stärkeren Partner anzuschließen, indem der Zusammenschluß der eigenen Partei mit dem zunehmend dominanten Koalitionspartner befördert wird. Dies war bei vielen autoritär-konservativen Organisationen in Deutschland, wie auch bei Teilen der sozialdemokratischen Parteien der Fall, die zu kommunistisch dominierten Einheitsparteien fusionierten, wie der ostdeutschen „*Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)*". In einer Reihe von kommunistischen Ländern spiegelte sich diese Phase noch lange Zeit in einem Mehrparteiensystem mit kleinen Parteien unter Führung der Kommunisten wider. Sie dienen auch dazu, Vertreter aus anderen sozialen Gruppen zu kooptieren, und waren in der poststalinistischen Phase kontrollierte Repräsentationskanäle bestimmter Interessen und auch legitimatorische Fassade.

Ein System, in dem die Entwicklung zum Totalitarismus gestoppt bzw. stabilisiert wurde und in dem die Kräfte, die die totalitäre Kontrolle anstreben, eine - wenn auch sehr wichtige - Komponente eines beschränkten Pluralismus werden, deren Ideologie beträchtliche Teile des gesellschaftlichen Lebens beeinflußt und in dem die Mitgliedschaft in dieser Organisation wichtig ist, kann als „unvollkommener Totalitarismus" (*defective totalitarianism*) bezeichnet werden. Im Gegensatz dazu soll der Begriff prätotalitär (*pretotalitarian*) für die Bezeichnung der (mehr oder weniger langen) Phase beschränkt bleiben, die die Einführung eines totalitären Systems darstellt. Situationen, in denen die Stärke der prätotalitären Kräfte erhalten bleibt, können als „gestoppter Totalitarismus" (*arrested totalitarianism*) bezeichnet werden.

Die Analyse Spaniens als autoritäres Regime (Linz 1964) hat gerade jene Variablen betont, die zu einem endgültigen Scheitern der totalitären Tendenzen innerhalb der *Falange*-Bewegung führten. Es ist allerdings möglich, die spanische Politik noch einmal in der späten Phase des Bürgerkriegs und den ersten Jahren nach 1939 als unvollkommenes totalitäres System zu untersuchen. In vielerlei Hinsicht ist Ernst Fraenkels kenntnisreiches Buch *Der duale Staat. Ein Beitrag zur Theorie der Diktatur* von 1941 eine Studie der prätotalitären Aspekte des Naziregimes. Die Untersuchung prätotalitärer Situationen und unvollkommener totalitärer Regime kann zusammen mit einer Theorie zur Konsolidierung neuer Regime si-

cherlich zum besseren Verständnis der Einzigartigkeit von Totalitarismus beitragen und gleichzeitig uns davor bewahren, die totalitären Tendenzen, die oftmals die Entstehung autoritärer Regime begleiten, zu unterschätzen. Diese Unterschätzung ist vielleicht eine der Schwächen meiner Analyse des Franco-Regimes als einem autoritären System.

Solche vorzüglichen historischen Studien, wie die von Bracher, Sauer und Schulz über die „*Machtergreifung*" der Nazis, von de Felice über die Geschichte des Faschismus in seiner Mussolini-Biographie, von Robert Scalapino (*The Origin of the Communist Autocracy*,1965) und von Robert V. Daniels (*The Conscience of the Revolution,* 1969) sind zusammen mit Arbeiten zu Systemen, deren totalitäres Potential schwächer war, wie die von Leonard Schapiro (*Democracy and Party Government in Pre-War Japan,* 1953), gutes Quellenmaterial und könnten die Grundlage für eine Theorie der Entstehung und Konsolidierung des Totalitarismus sein. Eine solche Theorie würde diejenigen Analysen ergänzen, die sich auf die sozialen, kulturellen, psychologischen und politischen Krisen konzentrieren, die dem Zusammenbruch von Demokratien vorausgehen, und sie würde außerdem etwas darüber sagen können, bis zu welchem Maße Totalitarismus nicht vorherbestimmt ist, sondern aus bestimmten Entscheidungen in solchen Übergangsperioden erwächst.

7. Posttotalitäre Regime

Der Tod Stalins und die darauf einsetzende Entstalinisierung in der Sowjetunion und in mittel- und osteuropäischen Ländern führten innerhalb dieser Systeme zu Veränderungen, die es meines Erachtens fraglich machen, das klassische Modell totalitärer Systeme hier weiter anzuwenden. Forschungen zu Interessengruppen im sowjetischen Politikprozeß (Skilling/Griffiths 1971), über spezifische Prozesse der Politikformulierung (Ploss 1965, Steward 1968), zur sich verändernden Zusammensetzung der sowjetischen Elite[38] und zum geistig-kulturellen Leben, einschließlich Dissens und Opposition (Barghoorn 1973), zeigten den Wandel. Dieser führte trotz einiger Anzeichen von „Neo-Stalinismus" letztlich vom Stalinismus weg. Darüber hinaus haben komparative Studien zu den mittel- und osteuropäischen Regimen stets die zunehmend unterschiedlichen Entwicklungen in diesen Ländern hervorgehoben, die durch spezifische kulturelle, historische, sozio-kulturelle und wirtschaftliche

[38] Vgl. u.a. Armstrong 1967, Fischer 1968, Farrell 1970, Fleron 1969, 1970, Barghoorn 1972, Beck 1970.

Faktoren bedingt wurden.[39] Der Prager Frühling von 1968 unter Alexander Dubcek[40] und die vorherige Entwicklung in Jugoslawien in Richtung Selbstverwaltung haben ganz pointiert die Frage nach den Bedingungen und Grenzen des Wandels von Systemen sowjetischen Typs aufgeworfen. Dabei wurden die Begriffe Demokratisierung und Liberalisierung, oft als Synonyme benutzt, relativ freizügig und leider auch ohne genauere Bestimmung benutzt. Bezeichnend für diese Überlegungen war die Frage, ob Mexiko die Zukunft Osteuropas sei (Croan 1970). Man könnte nun meinen, daß diese Veränderungen deutlich machen, daß politische Systeme, die zu bestimmten historischen Momenten eher als totalitär interpretiert wurden, zugleich Merkmale autoritärer Regime besitzen. Dies würde nochmals unterstreichen, daß die Grenzen zwischen totalitären und autoritären Regimen relativ offen und auch durchlässig sind.

Allerdings wäre es irreführend, wenn wir davon ausgehen, daß sich solche posttotalitären Regime durch die gleichen Merkmale beschreiben lassen, wie jene, in denen nie eine totalitäre Entwicklung beabsichtigt bzw. versucht wurde oder die, trotz des politischen Willens der Führung, nie über das Stadium eines „unvollkommenen Totalitarismus“ hinausgekommen sind. Die totalitäre Phase hat, selbst wenn sie - wie in den mittel- und osteuropäischen Volksdemokratien - von außen induziert wurde, bestimmte politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen hinterlassen, die sich zwar wandeln, jedoch nicht verschwinden. Diese Phase hat auch zu speziellen Vorstellungen von Staat und Gesellschaft geführt, denen Teile der Elite weiter verbunden sind, die die „positiven“ Aspekte dieser Zeit erhalten bzw. wiederbeleben wollen. Außerdem bedingen die Erinnerungen an die schlimmsten Erscheinungen der totalitären Phase, wie Terror und Säuberungen, die Handlungen der politischen Akteure und beeinflussen damit auch eine Entwicklung dieser Systeme. Dies führt mich insgesamt zu dem Schluß, posttotalitäre Regime als einen besonderen Typ autoritärer Herrschaft zu klassifizieren, wobei er natürlich vielfältige nationale Variationen besitzt.

Die Alternative dazu wäre, jeglichen grundlegenden Wandel zu verneinen oder anzunehmen, daß die poststalinistischen Entwicklungen in Wirklichkeit nur zum Ausdruck bringen, daß solche Muster bereits vorher existierten. Das würde natürlich einschließen, daß der Totalitarismus niemals wirklich totalitär war und das Konzept, trotz Veränderungen, auch auf die heutigen Gegebenheiten ange-

---

[39] Vgl. u.a. Brzezinski 1960, Brown 1966, Skilling 1966, 1973, Ionescu 1967, Schöpflin 1970.

[40] Vgl. u.a. Zeman 1968, Gueyt 1969, James 1969, Remington 1969, Tigrid 1969, Windsor/Roberts 1969, Skilling 1970, 1973b.

wendet werden könnte, oder daß es einfach niemals Gültigkeit hatte. Die quälende Frage, wieviel Wandel *innerhalb* des Systems notwendig für den Wandel *des* Systems als solchen ist, diese Frage ist empirisch offenbar schwer zu beantworten, besonders da einerseits die Forschung in der Vergangenheit blind gegenüber den auch damals existenten Abweichungen vom utopischen Modell war und andererseits in den letzten Jahren meines Erachtens zu eifrig Wandel feststellte oder ihn einfach überschätzte.

Bei der vergleichenden Untersuchung jener Prozesse, die man als „Veralltäglichung" des Totalitarismus bezeichnen könnte, müssen wir uns aber auf die kommunistischen Länder beschränken, da die faschistischen Regime aufgrund der militärischen Niederlagen und des Zusammenbruchs verschwanden und somit auch nicht einen solchen Prozeß durchliefen. Es gab also kein Deutschland nach Hitler mit einem hingerichteten Himmler und einem Dönitz als *Führer*, der Bormann durch eine Koalition von Offizieren, die gegenüber dem Reich loyal gewesen wären, ersetzt hätte, und es gab auch kein Deutschland nach Hitler mit Beamten und Industriellen, die einige *Gauleiter* an der Spitze der Partei unterstützt hätten.

Für diejenigen, die den Stalinismus – in erster Linie oder sogar nur – als Ergebnis der paranoiden Persönlichkeit Stalins ansehen, ist es einfach, die totalitäre Phase als eine vorübergehende Abweichung aufzufassen, und das mag für einige der monströsesten Aspekte des Systems durchaus wahr sein. Dies war auch die offizielle Linie jener, die die Entstalinisierung in diesen Ländern durchführten. Jedoch verneint eine solche Interpretation zugleich den prätotalitären Charakter der Herrschaft unter Lenin und die generellen totalitären Intentionen der bolschewistischen Ideologie. Ein solcher Ansatz ist deshalb meines Erachtens unbefriedigend und letztlich auch unvollständig. Wahrscheinlich müssen wir zunächst die Veränderungen stärker zur Kenntnis nehmen, die sich im äußeren Umfeld und den sozio-ökonomischen Strukturen vollzogen haben, mit denen sich Stalins Nachfolger konfrontiert sahen.

Die Komplexität der politischen Entscheidungsprozesse erforderte eine größere Rationalität und Dezentralisierung. Diese Realität benötigte Experten und führte dazu, vor allem ideologisch ausgerichtete *Apparatschiki* durch Personen mit besserer Ausbildung und mit Expertenwissen zu ersetzen. Jene Autoren, die über Konvergenz der postindustriellen Gesellschaften schreiben, werden mit Verweis auf die Rolle der Ökonomen und der von ihnen getragenen Reformen, diesem Faktor wahrscheinlich besonderes Gewicht beimessen und auch diese Argumentation unterstützen. Andere Autoren, und dazu gehören auch sowjetische, betonen besonders das veränderte internationale Umfeld für die Sowjetunion. Sie war nun in Osteuropa von Verbündeten umgeben und hinter dem atomaren

Schutzschild sicher. Dazu kam, daß sich der „kapitalistische Feind“ in der Dritten Welt herausgefordert sah, und letztlich führten dann die gegenseitigen Sicherheitsinteressen zur Entspannung. Auch der wachsende Polyzentrismus innerhalb des kommunistischen Systems ist hier zu nennen, der zu alternativen Lösungen entsprechend der verschiedenen nationalen Traditionen führte und damit auch den Modellcharakter des ersten sozialistischen Staates in Frage stellte (Blackmer 1968). Die Entwicklung in Jugoslawien ist hier zu nennen. Dabei zeigt das Beispiel Rumänien, daß eine nationalistischere Politik innerhalb des Blocks nicht notwendigerweise mit tiefen inneren Umbrüchen einhergehen muß (Jowitt 1971). Die Haltung starker kommunistischer Parteien in Westeuropa, die nicht an der Macht waren, zu diesen Veränderungen war ein weiterer Faktor in diesen posttotalitären Entwicklungen in der Sowjetuinion und in Mittel- und Osteuropa.

Ohne die Rolle dieser Faktoren für die Entwicklung zum Posttotalitarismus in den kommunistischen Ländern zu leugnen, stimme ich jedoch mit Gordon Skilling überein, wenn er schreibt: „Ohne Zweifel sind in der Sowjetunion soziale und ökonomische Kräfte am Werk, die das Handeln von Interessengruppen fördern und unterstützen. Es scheint allerdings klar zu sein, daß diese spätere Entwicklung die Konsequenz bestimmter bewußter Entscheidungen individueller Führer und anderer politischer Personen der Sowjetunion gewesen ist; es waren Entscheidungen, die nicht unbedingt vorherbestimmt waren und die in der Zukunft auch wieder revidiert werden können. Das Anwachsen der Gruppenaktivitäten unter Chruschtschow war zuallererst das Ergebnis einer Initiative von oben. Es war der Versuch von Stalins Nachfolgern, das politische System im Entscheidungsprozeß rationaler zu gestalten und damit den gegenwärtigen Anforderungen und Bedürfnissen der Bevölkerung, besonders aber der einflußreichen Eliten, zu entsprechen.“ (Skilling/Griffiths 1971, S. 403)

Auch Max Webers Arbeiten ermöglichen einen interessanten Blick auf diese Problematik. In seiner Untersuchung zur charismatischen Autorität betont er, daß deren Strukturen tägliche Routine fremd ist. Die sozialen Beziehungen haben einen strikt persönlichen Charakter und er fährt fort: „Wenn dies kein reines Übergangsphänomen darstellen, sondern den Charakter einer permanenten Beziehung annehmen soll, also einer ‘Gemeinschaft’ von Schülern oder Anhängern, einer Parteiorganisation oder irgendeiner anderen Art politischer oder hierokratischer Organisation, ist es notwendig, den Charakter der charismatischen Autorität radikal zu ändern ... sie kann nicht stabil bleiben, ohne entweder traditionell oder rational oder eine Kombination von beiden zu werden. ...Die Hauptmotive, die diesem Wandel zugrunde liegen, sind folgende: a) das ide-

elle und materielle Interesse der Anhänger an der Fortsetzung und ständigen Wiederbelebung der Gemeinschaft, b) das noch stärkere ideelle und noch stärkere materielle Interesse der Mitglieder der Verwaltung, der Schüler, der Parteiarbeiter oder anderer an der Aufrechterhaltung ihrer Beziehung ... allerdings haben sie Interesse an deren Aufrechterhaltung in der Richtung, daß sowohl vom ideellen als auch vom materiellen Standpunkt aus ihre Stellung auf eine tägliche stabile Basis gestellt wird.“ (Weber 1968 Bd. 1, S. 246) In der anschließenden Diskussion zur charismatischen Herrschaft, besonders in Nachfolgekrisen, stellt Weber fest, daß entweder ein Prozeß der Traditionalisierung oder der Legalisierung einsetzt und eines der möglichen Ergebnisse eine stärkere Bürokratisierung sein kann. Für Weber ist ein entscheidendes Motiv für diese Routine des Charismas das Streben nach Sicherheit und die Notwendigkeit, eine Ordnung bzw. eine Organisation zu etablieren, die den normalen täglichen Bedürfnissen und der Aufrechterhaltung einer Verwaltung entsprechen. Ja, für die Verwaltung allein bedurfte es einer festgelegten Ordnung.

Es besteht kein Zweifel, daß der Wunsch nach Sicherheit in der Führungsgruppe nach Stalin und die Erfahrungen aus den Säuberungsaktionen die Entscheidungen dieser Kräfte wesentlich beeinflußten. Die Schwächung der Polizei bis hin zu ihrer Neutralisierung durch die Armee, die Betonung der kollektiven Führung sowie die Ablehnung des Personenkults, das Mißtrauen gegenüber einem möglichen starken Führer, das dann auch zur Absetzung Chruschtschows führte, der selbst bei ihm vorhandene Wunsch, die Führungskrise auf der Grundlage des Parteistatuts zu lösen und die gewachsene Bedeutung sozialistischer Gesetzlichkeit – dies alles spiegelt den Wunsch der politischen Führungskräfte nach Sicherheit wider. Manche dieser Veränderungen wurden dadurch erleichtert, daß sie an formalen Regeln aus der Zeit vor Stalin anknüpften. Insofern ist es äußerst fraglich, ob ein solcher Umbruch in einem Post-Hitler-*Führerstaat* genauso leicht hätte stattfinden können. Der Wunsch nach Sicherheit erklärt allerdings auch die erneute Betonung der Führungsrolle der Partei und sogar deren Reaktivierung. Dies wurde zu einer Legitimationsquelle für die Führung und diente dann selbst dazu, die Entstalinisierung zu verlangsamen bzw. zu revidieren und erklärt auch die heftige Reaktion auf die tschechischen Reformen. Um stabil zu sein, kann der Posttotalitarismus nur selektiv und graduell das totalitäre Erbe zurückweisen. Nur so kann ein revolutionärer Ausbruch, der zu radikalen Veränderungen des Systems führt und damit möglicherweise die Herrschaft gefährdet, verhindert werden. In der Literatur wird man darauf hinweisen, daß in diesen Systemen die Bruchlinie zwischen Konservativen und Reformern, die es in allen Organisationen, Gruppen oder Milieus gibt, weitestgehend entlang der Generationen verläuft. Davon schei-

nen sich wiederum die Nachfolgekrisen autoritärer Regime zu unterscheiden. Hier gibt es zusätzlich zu solch generationsbedingten Differenzen größere Spannungen zwischen den verschiedenen Elementen des begrenzten Pluralismus auf einer eher institutionalisierten Grundlage, wobei einige von diesen Kräften vielleicht aus dem System ausbrechen und so letztlich zu dessen Krise und Sturz beitragen (Linz 1973a). Bedeutsam ist außerdem, daß in keinem der kommunistischen Länder eine militärische Intervention oder ein Putsch der Militärs zu erwarten ist, der ein nichtkommunistisches Regime etablierten würde.

War erst einmal der große Durchbruch erreicht, ging die Führung davon aus, daß das System effektiver und gleichzeitig sicherer funktioniert, wenn man nicht beständig die politisch-moralische Einheit und ideologische Reinheit anruft, die Macht der Partei aus Angst vor Fraktionen hervorgekehrt und die Massen permanent mobilisiert. Das war sicherlich eine vernünftige Überlegung. Im Falle der Sowjetunion konnte die Parteiführung von relativ sicheren Positionen ausgehen: die traditionelle Gesellschaft war durch den Kriegskommunismus zerstört, die Herrschaft der kommunistischen Partei gesichert, ohne daß die Macht mit anderen linken Parteien geteilt werden mußte, die Landwirtschaft kollektiviert und die Industrialisierung vorangetrieben sowie der *Cordon Sanitaire* des Westens beseitigt. Entstanden war eine komplexere Gesellschaft, die größeres Fachwissen erforderte, sowie eine gewisse Autonomie von Individuen und Gruppen. Die Tatsache, daß die totalitären Maßnahmen, vielleicht aufgrund der Persönlichkeit von Stalin, mit massivem Terror auch gegen die eigene Elite begleitet war, hat offensichtlich den Übergang zu einem System legitimiert, das Tucker (1963) ein „erloschenes Bewegungsregime" (*extinct movement regime*) und andere „administrativen Totalitarismus" (Kassof 1969) bzw. „rationalisierten Totalitarismus" (Cocks 1970) genannt haben.

Der Übergang zu einem posttotalitären Staat beinhaltet weniger die Betonung des Ziels als vielmehr größere Aufmerksamkeit für die funktionalen Erfordernissen des gesellschaftlichen Systems. Dies erlaubt einen Prozeß, der oft als „Liberalisierung" beschrieben worden ist: das Entstehen von Interessengruppen oder wenigstens die Artikulation der Interessen durch einige Personen; „die freie Artikulation und der freie Widerspruch der Meinungen" ohne daß es zu Fraktionsbildung („*gruppowschina*") kommt; die Anerkennung von „nichtantagonistischen Widersprüchen" in der Ideologie sowie der tatsächliche und bis zu einem gewissen Maße auch sichtbare Einfluß von bestimmten Gruppen auf den politischen Entscheidungsprozeß (Skilling 1971). Beschränkter Monozentrismus, weniger ideologielastige Politik und größere Toleranz gegenüber Entpolitisierung deuten in Richtung Autoritarismus. Während aber die mei-

sten nichtkommunistischen autoritären Herrscher beständig vor der Rückkehr politischer Parteien warnen, waren es bei den Führern der Sowjetunion die „Gruppenbildung" und der Fraktionismus innerhalb der Partei, vor denen man sich fürchtete. Hier zeigen sich Unterschiede in den Ausgangsbedingungen für den Wandel.

Die Veränderungen in posttotalitären Regimen werden von Bürokratisierung und Professionalisierung begleitet - Tendenzen, die aber der ideologischen Tradition von Partizipation und Mobilisierung zuwiderlaufen. Dadurch wird die anfängliche posttotalitäre Legitimität eines sich entwickelnden autoritären Regimes in Frage gestellt. Nicht nur durch Neo-Stalinisten, sondern auch durch jene, die zu den marxistisch-leninistischen Wurzeln, d.h. zu einer sozial gerechteren Gesellschaft mit aktiver Beteiligung der Bürger, zurückkehren möchten. Die verschiedenen Wege, die nach der Entstalinisierung eingeschlagen wurden, und die damit verbundenen Spannungen in dieser Periode waren sicherlich das Ergebnis des Drucks aus diesen beiden Richtungen. Und tatsächlich befinden sich „Liberalisierung" und „Demokratisierung", d.h. eine größere Partizipation, entgegen den Annahmen vieler Autoren in einem Spannungsverhältnis. Die Gründe dafür liegen - wie auch bei anderen autoritären Regimen - darin, daß die beiden Richtungen zwangsläufig zu einem nichtautoritären Regime führen, das letztlich die Positionen der herrschenden Eliten gefährdet. Richard Löwenthal hat diesen widersprüchlichen Druck, der zu posttotalitärem Autoritarismus führt, sehr gut folgendermaßen formuliert: „Die kommunistische Partei kann nicht länger den Anspruch erheben, daß es ihre Aufgabe sei, die Staatsmacht zu nutzen, um entsprechend ihren utopischen Zielen die gesellschaftlichen Strukturen umzugestalten. Sie weiß, daß sie auf den Druck und die Forderungen der Gesellschaft reagieren muß. Da sie allerdings bestrebt ist, ihr Machtmonopol zu erhalten, kann sie sich nicht von der Auffassung lösen, daß Regierung nichts weiter als die Vertretung der gesellschaftlichen Bedürfnisse ist. Für ein wirklich repräsentatives Regime hätte es ein pluralistisches System zu sein, das unabhängig organisierte Gruppen erlaubt, die für ihre Meinungen und Interessen kämpfen und Koalitions- sowie Kompromißentscheidungen treffen. Statt dessen betrachtet sich das posttotalitäre Parteiregime als einen unentbehrlichen autoritären Schiedsrichter über den verschiedenen Interessen der Gesellschaft. Dieses Regime erkennt zwar deren Existenz an, jedoch wird deren Artikulation geregelt und ihre Vertretung beschränkt, jedoch behält es sich selbst das Letztentscheidungsrecht vor. Da es weder in der Lage ist, seine revolutionäre Offensive gegen die Gesellschaft fortzusetzen, noch bereit ist, sich auf einen bloßen Ausdruck einer sozialen Kräftekonstellation zu einem bestimmten Zeitpunkt beschränken zu lassen, ist es weder totalitär noch demokratisch, sondern *autoritär*: Es

ist gegenüber den Kräften autonomer gesellschaftlicher Entwicklung in der Defensive; es ist wie ein Vormund, der sich an seine Rolle klammert, nachdem sein Mündel erwachsen geworden ist." (Löwenthal 1970, S. 114-115)

Das Aufkommen von posttotalitären Tendenzen nach der Stabilisierung des revolutionären Regimes in China, speziell die Bürokratisierung der Partei, haben, so Schuremann in seiner Untersuchung von 1969, Mao, den großen alten, formal immer noch an der Macht befindlichen Führer, veranlaßt, diese Entwicklung durch Kulturrevolution und *Rote Garden* umzukehren. Es sollte dabei auch nicht vergessen werden, daß Chruschtschow die Enttotalisierung in der Zeit des Tauwetters mit der Wiederbelebung der Partei und neuen Versuchen verband, die Bürger stärker durch Partizipation einzubinden, sei es durch Schiedsgerichte, freiwillige Garden, den *Druschiny,* oder die Aktivierung des kommunistischen Jugendverbandes *Komsomol* (Lipson 1967). In dem Maße, wie die Masse der Bevölkerung und vor allem die aktiveren Sektoren der Gesellschaft die Werte einer an der Gemeinschaft orientierten Gesellschaft teilen, könnte eine größere Autonomie, wie sie vielleicht von intermediären Schichten favorisiert wird, auch in Frage gestellt und eher eine totalitäre Entwicklung unterstützt werden, die stärker auf Übereinstimmung und weniger auf Terror beruht. Dies könnte den recht unterschiedlichen posttotalitären Charakter der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich zu anderen Gesellschaften erklären, in denen die totalitäre Phase kürzer war, von außen induziert wurde und in denen pluralistische Elemente in Gesellschaft und Kultur aus der prätotalitären Zeit überlebt hatten.

In der Literatur finden sich zahlreiche Versuche, die posttotalitären kommunistischen Systeme zu konzeptualisieren und zu beschreiben, wobei sie auch die oben beschriebenen Dilemmata widerspiegeln.[41] Da die Sowjetunion, vor allem unter Stalin, in vielerlei Hinsicht am totalitärsten war, ist nach wie vor nicht klar, wie weit sie sich in eine autoritäre Richtung bewegen wird. Und tatsächlich hatte sich das stalinistische Regime in seiner letzten Phase zu einem System entwickelt, das durch Konservatismus, Unbeweglichkeit, Trägheit und Stagnation gekennzeichnet war. Es fehlte jegliche Form von Mobilisierung, die für totalitäre Regime so typisch ist. Diese Art von „Spättotalitarismus" (*late totalitarianism*) zeichnet sich

[41] Bei der Anwendung des *interest-group*-Ansatzes bei kommunistischen Systemen in Osteuropa, einschließlich der Sowjetunion, wurden die immer noch sehr ergiebigen Alternativen von „technisch, rationalen und traditionalistischen „Entwicklungsmodellen von Barrington Moore (1954) leider etwas vernachlässigt.

darüber hinaus durch ein stark ritualisiertes Festhalten an ideologischen Formeln und durch gedämpfte utopische Erwartungen, durch extreme bürokratische Strenge und wenig Erneuerung in der Organisation aus. Die Partei war sowohl konzeptionell als auch praktisch dem Staat und der Polizei untergeordnet, und die Massen nahmen nur hochgradig formalisiert am politischen Prozeß teil. Ein solches Regime könnte auch als „totalitärer Autoritarismus" aufgefaßt werden.

In den poststalinistischen Entwicklungen wurden zwei unterschiedliche Tendenzen deutlich, die sich auch in der wissenschaftlichen Debatte widerspiegeln. Zum einen zeigte sich eine Interessen- und Klientelpolitik, und zum anderen finden wir jenes von Azrael (1970a) gut beschriebene „populistische Modell eines rationalisierten Totalitarismus", das mit Chruschtschow begann. Diese Form war aufs engste mit einer Politik der verstärkten öffentlichen Teilnahme verbunden. In diesen Kontext gehört die Gründung sogenannter Parteikommissionen auf Kreis und Stadtebene, die aus Mitgliedern der Partei bestanden, die nicht dem Parteiapparat angehörten, und die bei der Behandlung von Aufnahmen sowie Disziplinarverfahren und Beschwerden mitwirkten. Dies stand im Kontrast zu der seit 1934 geübten Praxis, bei der die eben genannten Bereiche ausschließlich durch die Parteisekretariate bearbeitet wurden. Diese Instrukteure hatten ebenfalls Parteimitglieder zu überwachen, die zum „endlosen Aufpassen auf ihre Worte" (Cocks 1970, S.172) gezwungen waren. Meines Erachtens zeigt dies recht deutlich, warum Demokratisierung und Rationalisierung im sowjetischen Kontext nicht mit Liberalisierung gleichgesetzt werden können. Ein weiteres Beispiel sind die Kontrollfunktionen des Komsomol. Es gab im Jahre 1964 ungefähr 260.000 Gruppen und 500.000 Stellen von sogenannten „Komsomol-Kontrolleuren" (Cocks 1970, S.172). Die unter Führung der Parteikontrollkommission praktizierte Politik „des gesellschaftlichen Neubeginns" (*„obschtschestwennye natschala"),* die zu einer relativ starken Partizipation der Bevölkerung führte, wurde natürlich von den *Apparatschiki* und Wirtschaftsmanagern mit großem Mißtrauen betrachtet. Nach dem Fall Chruschtschows wurde deshalb auch diese Entwicklung hin zu einer „kommunistischen Selbstverwaltung" überprüft und schließlich eingeschränkt. Chruschtschows Nachfolger standen einem bürokratischen Verständnis von Rationalisierung näher. Freiwilligkeit und Volksverbundenheit hatten dabei für sie ein deutlich geringeres Gewicht. Dagegen setzten sie auf die „wissenschaftliche Organisation der Arbeit" (*„nautschnaja organisazija truda"),* was wiederum in der Tradition der leninistischen Vorliebe für wissenschaftliche Verwaltung stand und praktisch den Bedürfnissen der sozialistischen Wirtschaft entsprach. In der politischen Praxis führte dies zu einer verstärkten Schulung

der Partei- und Regierungskader. Ein neuer Geist zog in die Apparate ein. Informationsbeschaffung, Büroorganisation und Verwaltungsreformen standen ganz oben. Jedoch macht Cocks bei der Analyse des sowjetischen Systems, der ich hier folge, darauf aufmerksam, daß „jene Allianz von Wirtschaftsmanagern und Parteibürokraten, die durch gemeinsame Interessen und den Wunsch geschaffen wurde, ihre eigenen institutionellen Strukturen gegen demokratische Störungen und den Druck der Massen zu schützen, keine Garantie für einen langen Bestand hat." (Cocks 1970, S.185). Zvi Gitelman umreißt ebenfalls dieses Spannungsverhältnis, wenn er schreibt: „Ganz klar ist für Systeme, die sich für eine authentische Partizipationsstrategie entscheiden, die Rolle der Partei eine delikatere Sache, da in einer nationalen Strategie die Struktur und die politische Position der Partei zwar beibehalten werden können, sich jedoch der Inhalt ihrer Ideologie verändert und somit die Partei beispielsweise zu einer 'Experten'-Partei wird." (Gitelman 1970 S. 261)

Diese alternative Tendenz führt zu „einer verwalteten Gesellschaft, zu einem Totalitarismus ohne Terror", wie es Allen Kassof (1969) nannte. Dieses Ziel war im Jahre 1969 recht gut in der sowjetischen Parteizeitung *Partinnaja Schisn* folgendermaßen formuliert worden: „Systematische und grundlegende Kontrolle verhindert Entgleisungen, hält das Volk in einem Zustand von kreativer Anstrengung und läßt für Selbstzufriedenheit und Selbstgefälligkeit keinen Raum." (Cocks 1970, S. 186-187) Cocks meint zugleich, daß es eine Tendenz gebe, die auf die Fusion der beiden angeführten Entwicklungslinien hinauslaufe und die ein Gleichgewicht zwischen den populistischen und den bürokratischen Rationalisierungsformeln herzustellen versucht. All das führt dann zu der Frage, in welchem Maße die Sowjetunion posttotalitär ist.

Gordon Skillings umfangreiche Arbeiten und einige weitere Monographien zu Fragen des Politikprozesses und zur lokalen Politik in der Sowjetunion haben die Rolle von Gruppenkonflikten hervorgehoben. Ein Großteil der Diskussion dreht sich dabei um das Problem, was mit dem Begriff Gruppe gemeint ist. Skillings macht dabei fünf aus: Führungsgruppen oder -fraktionen, Verwaltungs- oder Bürokratiegruppen, die Gruppe der Intellektuellen, breitere gesellschaftliche Gruppen, und die Gruppe der Meinungsmacher. Die Frage ist, bis zu welchem Grad diese Gruppen mit jenen gleichgesetzt werden können, die wir auch in prätotalitären oder stabilen autoritären Regimen finden können. Er bemerkt zurecht, daß dabei das Hauptproblem in der Legitimität solcher politischer Gruppen besteht, genauer gesagt die in der marxistisch-leninistischen Theorie fehlende Legitimität für politische Gruppen. Es existiert ganz offensichtlich ein schmaler Grat zwischen der faktischen Existenz solcher Gruppen und der begrenzten Legitimität, die sie in rein au-

toritären Regimen haben. Wahrscheinlich öffnet die Diskussion über „nichtantagonistische Widersprüche“ auch die Tür zur Konvergenz. Skilling nennt in diesem Kontext drei zusätzliche Überlegungen, die beachtet werden sollten: die Gruppenautonomie und die Verteidigung ihrer Interessen und Meinungen, der Grad ihrer Institutionalisierung und die Bandbreite ihrer Zielstellungen.

Dies führt Skilling in seiner vergleichenden Analyse zu einer Einteilung kommunistischer Staaten in fünf Typen, wobei er die prätotalitäre (vorstalinistische) Phase eher beiläufig hinzufügt.

Der erste Typ sind „quasi-totalitäre Systeme“, die er folgendermaßen beschreibt: „In quasi-totalitären Staaten werden politische Gruppierungen in der Theorie als illegitim betrachtet und in der Praxis sind sie in ihrer Fähigkeit zu unabhängigem Handeln stark eingeschränkt. In einigen Fällen versucht die Führung bewußt, diese politischen Gruppen zu zerstören. In anderen Fällen infiltriert sie diese und schwächt die Führung dieser Gruppen. Falls organisierte Gruppen wie Gewerkschaften existieren, werden sie durch die Führung manipuliert sowie kontrolliert, und sie artikulieren kaum die Interessen ihrer Mitglieder. Im allgemeinen sind die offiziellen Gruppen, besonders die Partei, in Macht und Einfluß den Intellektuellen überlegen, die jeglicher realer Macht beraubt sind. Selbst die offiziellen Gruppen sind relativ schwach und werden durch die Führungsschicht eher als Werkzeuge gebraucht.“ (Skilling 1970, S. 222-223) Dieser Typ, bemerkt Skilling selbst, stimmt mit dem Totalitarismus überein, wenn wir nicht die Überdehnung des Machtmonopols und den Terror als entscheidend ansehen. Die Sowjetunion von 1929 bis 1953, Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei nach 1947/48 und Albanien der 60er und 70er Jahre können dieser Kategorie zugerechnet werden.

Ein zweiter Typ kann als „konsultativer Autoritarismus“ bezeichnet werden, um einen Begriff zu verwenden, den Peter Ludz (1968) in Bezug auf die Deutsche Demokratische Republik vorgeschlagen hat. Skilling ordnet auch Rumänien (Jowitt 1971), Bulgarien (Oren 1973), in verschiedener Hinsicht Ungarn in der 60er Jahren, Polen nach dem März 1968 (Wiatr 1967, Lane/Kolankiewicz 1973) sowie die Sowjetunion nach Chruschtschow in diese Kategorie ein. „Wenn sich Gruppenaktivitäten spontan entwickeln und grundsätzliche Opposition artikulieren, wird sie stark unterdrückt. Die dominante Rolle der Führung bleibt intakt. Obwohl die Polizei eine bedeutende Kraft bleibt, wird die herausragende Position, die sie in quasitotalitären Staaten innehat hier durch bürokratische Gruppen wie die Partei oder die staatliche Verwaltung besetzt. Diese Gruppen werden aufgrund ihrer Fachkompetenz geschätzt, was ihnen die Möglichkeit eröffnet, eigene oder Gruppeninteressen zu artikulieren. Zudem besteht eine wachsende Bereitschaft, einige Berufsgrup-

pen, wie Ökonomen oder Wissenschaftler, in den Entscheidungsprozeß zu integrieren, auch wenn der Parteiapparat nach wie vor die Führungsposition sowohl in Theorie als auch Praxis einnimmt. Kreative Intellektuelle werden streng kontrolliert, jedoch reißt gelegentlich die Leine, und ihr Standpunkt setzt sich durch. Breitere soziale Gruppen bleiben weiter machtlos und ihre Interessen werden, wenn überhaupt, nur durch mächtigere offizielle Gruppierungen artikuliert.“ (Skilling 1970, S. 223) Skilling zeigt auch, wie sich angesichts besonderer Herausforderungen dieser Typ in Krisen vorwärts bzw. rückwärts bewegt. In den Begriffen meiner allgemeinen Typologie, also auf einem höheren Abstraktionsniveau, befindet sich dieser Typ wahrscheinlich immer noch näher am totalitären Pol.

Die dritte Kategorie von Skilling ist der „quasi-pluralistische Autoritarismus“, der „sich durch ein größeres Maß an Gruppenkonflikten auszeichnet, die aus dem Handeln der Gruppen selbst resultieren. Obwohl die Parteiführung der dominierende Faktor in der Politik bleibt, existiert eine stärkere Interaktion zwischen Führern und politischen Gruppen und eine größere Wahrscheinlichkeit für den Einfluß letzterer auf den politischen Prozeß. Gruppenkonflikte werden oft durch scharfe Konflikte zwischen einzelnen Fraktionen in der Führung und ernsthafte Meinungsunterschiede innerhalb der Partei als Ganzes begleitet oder verschärft. Obwohl die bürokratischen Gruppen, besonders die Parteihierarchie, mächtig bleiben, können sie Intellektuelle und andere Meinungsgruppen nicht generell von der Partizipation ausschließen. Beide Gruppen zeigen größere Entschlossenheit, ihre Interessen und Werte entgegen der Parteilinie zum Ausdruck zu bringen. Sie kritisieren offen Entscheidungen und Aktionen, und in manchen Fällen fordern sie die offizielle Politik im Ganzen heraus. Ironischerweise bleiben diese Gruppen meist unorganisiert, während organisierte Gruppen, wie Gewerkschaften, machtlos bleiben.“ (Skilling 1970, S. 224) Diesem Typ ordnet er Ungarn und Polen zur Zeit des Tauwetters von 1953 bis 1956, die Sowjetunion unter Chruschtschow, die Tschechoslowakei und Polen in den 60er Jahren zu.

In diesem Kontext findet auch erstmals eine Institution aus der Vor-Regimezeit Erwähnung, die Katholische Kirche, speziell in Polen. Skillings Einordnungsversuche zeigen zwar die Instabilität dieses Typs, aber auch seine Häufigkeit. Vielleicht ist es jener Typ posttotalitärer Regime, der am häufigsten auftritt.

Ein vierter Typ kann nach Skilling als „sich demokratisierendes und pluralistisches autoritäres Regime“ bezeichnet werden. Dieser Typ umfaßt die Tschechoslowakei von Januar bis August 1968 und Jugoslawien nach dem Bruch mit der Sowjetunion, besonders nach 1966. Es sind dies Systeme, in denen „politische Gruppen unter

Beteiligung der Führung zu einem beträchtlichen Maße institutionalisiert wurden und eine entscheidende Rolle im Entscheidungsprozeß spielen" (Skilling 1970, S. 225). Die Tschechoslowakei unter Dubcek ist dafür ein interessantes Beispiel. Wir konnten hier sowohl einen von der Spitze, durch die Parteiführer konzipierten und gestalteten Wandel als auch mächtige spontane Kräfte von unten mit beachtlicher Meinungsfreiheit, besonders für jene am Wandel interessierten Intellektuellen, sowie ein breites Spektrum an Gruppeninteressen beobachten. Vorhandene Organisationen wie Gewerkschaften und selbst solche Gruppen wie der „Klub der Nichtparteimitglieder" drängten die Führung zu einer alternativen Politik, einschließlich eines institutionellen Wandels. Allerdings zerschlug die sowjetische Invasion diese Entwicklung. Jugoslawien entwickelte sich in den 50er und 60er Jahren eher graduell zu diesem Typ. Die öffentliche Verwaltung wurde dezentralisiert und es wurden Arbeiterräte eingeführt, die Artikulation lokaler und regionaler Interessen institutionalisiert und ökonomische Interessen wurden in wählbaren Versammlungen, die auf einer korporatistischen Basis beruhten, vertreten. Skilling geht davon aus, daß diese pluralistische Entwicklung in Jugoslawien den kulturellen und intellektuellen Bereich weniger berührte als in der Tschechoslowakei bzw. selbst während der kurzen Perioden in Polen oder Ungarn. Jugoslawien, das in diesem Zusammenhang sicherlich mehr Diskussion verdiente, ist auf der Grundlage meiner Typologie ein autoritäres Regime. Der unterschiedliche Grad an Autonomie, der den verschiedenen Gruppen gewährt wird, paßt recht gut in mein Verständnis von begrenztem Pluralismus.[42] Allerdings dürfen wir nicht die Partizipationsmöglichkeiten, die Selbstverwaltung und Arbeiterkontrolle boten (Roggemann 1970, Pusic 1973, Supek 1973), sowie das Mobilisierungspotential des *Bundes der Kommunisten* aus den Augen verlieren. Diese partizipatorischen Elemente befanden sich mit den bürokratischen und technokratischen Tendenzen ständig im Konflikt (Milenkovich 1971). Auch dem nationalistischen Druck sollten sie entgegenwirken. Ein Zeichen dafür, daß die neuen Institutionen bereits Legitimität erlangt hatten, war die oft geäußerte Kritik an der Diskrepanz von Theorie und Wirklichkeit bei der Selbstverwaltung. Jugoslawien veranschaulicht meines Erachtens auch, daß die Entwicklung autoritärer Regime zwei alternative Richtungen nehmen kann: einerseits in Richtung Liberalisierung, die vor allem den intellektuellen, kulturellen und meinungsbildenden Gruppen zugute kommt, aus denen dann Politiker in vielfältiger Weise rekrutiert werden können, und andererseits in eine eher ideologisch ausgerichtete Richtung, bei der die Partei weiterhin eine wichtige

[42] Vgl. ua. Neal 1957, Hoffman/Neal 1962, Zaninovich 1968, Horvat 1969, Barton/Denitch/Kadushin 1973.

Rolle spielt, jedoch zugleich auch eine größere Demokratisierung auf lokaler und Betriebsebene zugelassen wird. Aus dieser Perspektive wäre ein Vergleich mit der *Partido Revolucionario Institucional* (PRI) in Mexiko und sogar mit Franco-Spanien sicherlich sehr fruchtbar. Meine Annahme ist, daß stabile kommunistische Regime, die durch nationale Revolutionen entstanden und unabhängig von der Sowjetunion sind, sich mit größerer Wahrscheinlichkeit in Richtung einer partiellen Demokratie als in Richtung Liberalisierung bewegen. Posttotalitäre, und im Falle Jugoslawiens sich in der post-administrativen Phase befindende, unabhängige kommunistische Regime nehmen wahrscheinlich diese Form an.

Wenn jedoch die begrenzenden Bedingungen noch nicht durchbrochen werden konnten und die ursprünglich ideologisch verpflichtete Führung noch an der Macht ist, wird die Form eher dem chinesischen Modell mit seiner antibürokratischen Mobilisierung während der Kulturrevolution ähneln. Das ist eben jenes Modell, das Skilling als „anarchischen Autoritarismus“ beschreibt, in dem einige wenige Gruppen, die während der Kulturrevolution aufeinanderstießen, institutionalisiert oder „legitimiert“ wurden. Sie waren durch Mao zugelassen, ja sogar ermutigt worden und verwendeten spontane sowie Zwangsmethoden, die wenig mit den organisierten Gruppenaktionen in der Tschechoslowakei oder Jugoslawien gemein hatten. Gerade dieser letzte Typ in Skillings Klassifikation erscheint mir wenig nutzbringend. Seine Typologie wirft zudem eine weitere grundlegende Frage auf, die nicht einfach zu beantworten ist: Unter welchen Bedingungen wird „quasi-pluralistischer Autoritarismus“ zu „sich demokratisierendem und pluralistischem Autoritarismus“?

John Michael Montias Klassifizierung in *Types of Economic Systems* aus dem Jahre 1970 stellt nur wenige Bezüge zum politischen und kulturellen Wandel in den kommunistischen Systemen her.[43] Allerdings wäre es mit Blick auf die fundamentale Bedeutung der Wirtschaftsorganisation in der kommunistischen Politik, mit der sich verändernden Rolle der Partei in der Ökonomie, den materiellen Stimuli und deren Einfluß auf die Bürger sowie deren Bedeutung bei den Ursachen für Unzufriedenheit sehr interessant, eine Verbindung zwischen seinen Typen und politischen Veränderungen herzustellen. Auf der Grundlage seiner drei Koordinaten unterscheidet er vier

43 Sie beruht auf folgenden drei Koordinaten: Mobilisierungsgrad der Systemteilnehmer, speziell der Bauern, Arbeiter und Angestellten durch niedere Parteikader für die Unterstützung von Systemzielen; Vertrauensgrad der zentralen Herrschaftsinstanz auf die hierarchisch vermittelten Befehle zur Unterstützung von Regimezielen; relative Bedeutung des Produktionsgütermarktes.

Typen sozialistischer Wirtschaftssysteme: 1) mobilisierte, 2) zentral verwaltete, 3) dezentral verwaltete, wobei beide dadurch gekennzeichnet sind, daß sie über hierarchisch aufgebaute Bürokratien verfügen, um die ökonomische Politik der Partei zu beeinflussen, sowie 4) marktsozialistische. Das zuerst genannte System, das auf der Mobilisierungs- und Befehlsskala hoch angesiedelt ist, stimmt wahrscheinlich auf der wirtschaftlichen Ebene mit dem Totalitarismus-Modell am weitesten überein. Dies trifft auch für Mobilisierungssysteme zu, die sich nicht so stark auf hierarchisch durchgesetzte Befehle stützen, wie es in China zur Zeit des „Großen Sprungs nach vorn" der Fall war. Es scheint mir denkbar, daß in posttotalitären Regimen die Wirtschaft entweder die Form eines dezentral verwalteten Systems oder einer sozialistischen Marktwirtschaft annimmt.

In Verbindung mit der von Montias angebotenen Typologie kann auch die Frage aufgeworfen werden, ob ein Totalitarismus, der weniger auf die Umwandlung wirtschaftlicher bzw. sozialer Strukturen abzielt, sondern eher kulturelle und religiöse Werte betrifft, der für eine imperiale Politik eintritt und der eher den Status denn die Klassenstruktur ändern will, totalitär gegenüber einer Wirtschaft war, die nicht in das Konzept der mobilisierten bzw. zentralistisch verwalteten Ökonomien paßt. Das trifft auf Deutschland unter den Nazis zu. Dies war vielleicht der Fall, weil die deutsche Wirtschaft zu jener Zeit weiter entwickelt gewesen ist. Es scheint allerdings, daß unter der Bedingung einer engen Verbindung von politischem und wirtschaftlichem System in den kommunistischen Gesellschaften, Veränderungen in der Wirtschaft hin zu größerer Autonomie verschiedener Einheiten auch erhebliche politische Konsequenzen haben. Montias geht in seiner Analyse davon aus, daß der Übergang von einem System zum anderen in der Wirtschaft rückgängig zu machen ist und es Fälle einer Rückwärtsentwicklung gibt. Er ist zudem überzeugt, daß die Demontage eines zentralisierten Systems und besonders der Übergang zum Marktsozialismus schwer ohne „Revolution von oben" zu erreichen sei, was durch passende Veränderungen in der Ideologie abgestützt wird. In diesem Zusammenhang verweist er darauf, daß in Jugoslawien die Wirtschaftsreform durch scharfe Kritik an Staatsmonopolen und an der Bürokratisierung, beides Zeichen „sowjetischer Degeneration", ideologisch unterstützt wurde. Das fand in der Tschechoslowakei oder in Ungarn nicht statt. Dort wurden die Reformen dem alten System aufgepfropft. Ohne Wechsel der politischen Führungsschicht, so mein Eindruck, scheint ein Wandel zu Marktsozialismus einfach nicht möglich.

Sicherlich verdient die Frage nach dem jeweiligen Gewicht von wirtschaftlicher Entwicklung, sozialen Wandels und eng definier-

ter politischer Faktoren im Prozeß dieser Transformation vom Totalitarismus zu verschiedenen posttotalitären Systemen dringend weiterer Analysen. Wir sollten in unseren vergleichenden Analysen auch nicht die unterschiedlichen Wege vergessen, über die die Kommunisten in den jeweiligen Ländern an die Macht gelangt waren: die Verbindung von nationaler und sozialer Revolution in China, Jugoslawien, Kuba, Nordvietnam und Albanien; die weitestgehend von außen induzierte Herrschaft in Polen, in der Tschechoslowakei, in Rumänien, Bulgarien und Ostdeutschland. Auch den Charakter der kommunistischen Parteien vor der Machtübernahme können wir nicht vernachlässigen, so z.B. ihr respektables Abschneiden bei den freien Wahlen in der Tschechoslowakei. Ebensowenig sind die Entwicklungen zu vernachlässigen, die sich im Exil, in der Illegalität oder im Widerstand in anderen Ländern, wie auf dem Südbalkan, vollzogen. Im Fall der DDR hat der Übergang offensichtlich zur Stabilität beigetragen, dies trotz der Unzufriedenheit und dem Wettbewerb mit der Bundesrepublik Deutschland, die vor dem Bau der Mauer dessen Entwicklung unterminiert haben. Es ist zweifellos eine Vielzahl von sozialen, wirtschaftlichen, politischen und historischen Variablen, die diese unterschiedlichen Entwicklungen in posttotalitären kommunistischen Staaten bedingen. Wie jedoch der Fall der Tschechoslowakei zeigt, sind gerade die Bindungen zur Sowjetunion keine zu vernachlässigende Variable. Schließlich sind auch die Wirkungen nicht zu ignorieren, die sich aus Veränderungen in einem kommunistischen Land für die anderen ergaben. Das galt besonders für das jugoslawische Beispiel und, in eine völlig andere Richtung, für das chinesische Modell.

Kurzfristig, so glaube ich, haben die Stabilisierungen in der sowjetischen Einflußsphäre, speziell die Interventionen in Ungarn und der Tschechoslowakei, sowie die Entspannung in den Beziehungen mit den USA jene entmutigt, die für eine offenere Diskussion über politisch-institutionelle Alternativen eintreten und die die dominierende Rolle der Partei in Frage stellten. Zugleich dürfte sich die Komplexität der durch das politische System und die Partei zu lösenden Aufgaben in einer weniger gespannten Atmosphäre und mit größeren wirtschaftlichen Ressourcen eher positiv in Richtung eines partizipatorischen autoritären Regimes auswirken, in dem auf lokaler Ebene, vielleicht auf der Betriebsebene, eine gewisse Dezentralisierung mit einer freieren Teilnahme derjenigen, die dem System gegenüber grundsätzlich loyal sind, verbunden werden. Dies würde weniger zur weiteren Institutionalisierung eines „quasi-pluralistischen Autoritarismus“, sondern eher zu einem „sich demokratisierenden Autoritarismus“ auf unterem Niveau und auf höherer Ebene zu einem „konsultativen Autoritarismus“ (Peter Ludz) führen. Das würde dann mehr wirtschaftliche statt politische Reformen begün-

stigen, auch wenn das in kommunistischen Staaten schwer zu trennen ist.

Trotz der in vielerlei Hinsicht festzustellenden Konvergenzen mit anderen Typen autoritärer Regime, besonders mit den „mobilisierenden Einparteienregimen“ in der Dritten Welt und einigen der korporativ-autoritären Regime des Westens, gehe ich jedoch nicht davon aus, daß sich posttotalitäre Regime in dieselbe Richtung entwickeln. Im Westen ist wahrscheinlich der Druck für mehr Liberalisierung größer als jener für mehr Partizipation. Dagegen ist dieser Druck im Osten für Liberalisierung geringer als der für Partizipation, besonders auf den unteren Ebenen, wo er besser kontrolliert werden kann. Es hängt natürlich sehr stark vom normativen Verständnis des jeweiligen Autors ab, welche der beiden Entwicklungslinien er näher am Modell der Wettbewerbsdemokratie sieht. Wahrscheinlich führt aber letztlich keine von beiden Entwicklungen zu einer kompetitiven Demokratie. Die Möglichkeit einer Rückkehr vom posttotalitären Autoritarismus zu einem „populistischen“ oder „bürokratischen“ Totalitarismus kann sicherlich nicht ausgeschlossen werden, jedoch ist dies gegenwärtig nicht wahrscheinlich.

Das Problem des Posttotalitarismus, besonders in der Sowjetunion, ist eng mit den Konvergenztheorien der industriellen oder postindustriellen Gesellschaft verbunden.[44] Alfred G. Meyer hat den intellektuellen und ideologischen Kontext, in dem solche Theorien aufgestellt werden, meines Erachtens sehr gut folgendermaßen zusammengefaßt: „Konvergenztheorien sind so alt, wie die russische Revolution selbst, wenn wir an Waclaw Machajskis ironische Saint-Simon-Prognose über die Entwicklung einer Schichtengesellschaft denken, in der sich die Gebildeten als die neue herrschende Klasse herausschälen. Machajski war ein desillusionierter Marxist; und Konvergenztheorien scheinen sich solchen desillusionierten Marxisten, zumindest solchen, die über die Sowjetunion desillusioniert wurden, geradezu aufzudrängen. Man denke nur an die Theorien von Trotzki, Achminow, Djilas, Mao sowie die europäischen und amerikanischen Neuen Linken. In welchem Gewand auch immer,

---

[44] Siehe die Literaturbesprechungen zur Konvergenz bei Meyer (1970) und Weinberg (1969), ebenso Halm (1969), Linnemann, Pronk und Tinbergen (1965), Tinbergen (1961), Mills (1958), Sorokin (1964), Wolfe (1968), Black (1970), Aron (1967). Für eine kritischere Diskussion zur Konvergenz siehe Brzezinski und Huntington (1964, S. 9-14, 419-36). Obwohl die Autoren weit davon entfernt sind, die Konvergenztheorie zu akzeptieren, betonen sie in einer suggestiven vergleichenden Analyse die Ähnlichkeiten, die funktionalen Äquivalente und die Unterschiede zwischen den USA und der UdSSR.

sie alle beschreiben das sowjetische System als eines, in dem das Scheitern einer proletarischen Revolution zum Rückfall in eine Form des Kapitalismus geführt hat. Umgekehrt entsprechen die Theorien von der verratenen Revolution im Stile James Burnhams, eines ebenfalls desillusionierten Marxisten, den Annahmen über das 'Ende des Kapitalismus' und der Demokratie im Westen. Sie prophezeien die Entwicklung zur 'Manager'-Gesellschaft ebenso wie es Saint-Simon, Machajski oder andere getan haben.“ (Meyer 1970, S. 319)

Nicht nur desillusionierte Marxisten, sondern auch enttäuschte Demokraten oder jene, die die Demokratie mit ziemlicher Skepsis betrachten, vor allem Soziologen, haben auf die totalitären Tendenzen in Demokratien hinwiesen. Letztlich hatte schon Alexis de Tocqueville vor solchen Gefahren gewarnt. Und dies reicht bis zu Ökonomen unserer Tage, für die die Kommandowirtschaft dysfunktional geworden ist und die deshalb durch neue und rationale Planungsmethoden ersetzt werden müsse. In deren Arbeiten, wie auch bei Isaac Deutscher, findet sich ein stark technizistisch-ökonomischer Determinismus, der sie zu der Annahme (ver)führt, daß eine gegebene Technologie eine funktional eine entsprechende soziale Ordnung bedinge und ein entsprechendes System sozialer Beziehungen ähnliche politische Systeme hervorbringe. Die noch aus den Zeiten der Gründungsväter der Soziologie stammende Tendenz, dem Politischen nur eine begrenzte Autonomie gegenüber dem sozio-ökonomischen System zuzugestehen, und die daraus abgeleiteten Forschungsinteressen erklären die große Sympathie, mit der diese Perspektive unter ihnen aufgenommen wurde. Die von Paul Hollander (1969) herausgegebene Sammlung *American and Soviet Society* veranschaulicht meines Erachtens sowohl die Fruchtbarkeit als auch die Grenzen dieser Perspektive. Andere Quellen dieses Ansatzes sind pazifistische Moralisten mit einem Wunschdenken bzw. mit einfachem Unbehagen gegenüber dem Kalten Krieg. Sie alle gründen ihre Perspektive auf der meines Erachtens eher merkwürdigen Annahme, daß einander ähnliche Systeme auch kompatibler zueinander seien als einander unähnliche. In neueren Konvergenztheorien wird hervorgehoben, daß sich Industriegesellschaften in ihren Bürokratien immer ähnlicher werden und Liberalisierung und Demokratisierung Durchgangsstadien westlicher Gesellschaften seien. Ohne es Konvergenz zu nennen, schlägt Alfred G. Meyer (1970) in diese Kerbe, wenn er von der Sowjetunion als einer gigantischen Bürokratie, gewissermaßen als „*General Motors* im Großen“ spricht. (Obwohl er selbst davor warnt, die Analogie zu sehr auszuweiten, da *General Motors* sich in der Realität einer größeren Gesellschaft, Kultur und eines anderen politischen Systems befindet.) Die Konvergenztheorien, seien es optimistische oder mehr apokalyptische, die oft auf gegensätzlichen ideologischen Prämissen basieren, können für sich verbuchen, daß sie verschiedenen

Aspekten bei der Untersuchung von Gesellschaften und politischen Systemen besondere Bedeutung beimessen, die die Herangehensweise, die hier vorgestellt wurde, eher vernachlässigt. Es sind dies jedoch Momente, auf die in unseren Analysen nicht vollständig verzichtet werden kann.

[Posttotalitarismus kann man als ein Kontinuum verstehen, das vom „frühen" über einen „eingefrorenen" bis hin zu einem „reifen" Stadium reichen kann.

Der frühe Posttotalitarismus kommt dem totalitären Idealtypus ziemlich nahe, unterscheidet sich aber von diesem in mindestens einer entscheidenden Dimension: den Beschränkungen für den Führer. Es ist auch ein „eingefrorener" Posttotalitarismus möglich, in dem, trotz einer gewissen Toleranz gegenüber Kritikern des Regimes in der Gesellschaft, alle anderen Kontrollmechanismen des Parteistaates erhalten bleiben und sich nicht entwickeln. Ein Beispiel dafür war die Tschechoslowakei von 1977 bis 1989. Oder es existiert ein „reifer" Posttotalitarismus, in dem sich wichtige Veränderungen in allen Dimensionen des Regimes vollzogen haben - mit einer Ausnahme: die führende Rolle der Partei ist immer noch sakrosankt. Dies war der Fall in Ungarn von 1982 bis 1988. Ende 1988 näherte sich Ungarn einem Maß von Veränderung, das über den Rahmen des Typus des Posttotalitarismus hinauszutreten begann.

In bezug auf den Pluralismus besteht das definierende Merkmal des Totalitarismus ja darin, daß es in der jeweiligen politischen Ordnung keinen politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Pluralismus gibt und daß zuvor vorhandene Formen ausgemerzt oder systematisch unterdrückt worden sind. In einem autoritären Regime ist ein beschränkter politischer Pluralismus, häufig auch ein ziemlich umfangreicher wirtschaftlicher und sozialer Pluralismus vorhanden. Viele dieser verschiedenen Formen existierten schon vor dem autoritären Regime. Nun ist die Frage, auf welche Weise sich der Pluralismus in posttotalitären Regimen von dem fast vollständig fehlenden Pluralismus in totalitären Regimen und vom beschränkten Pluralismus autoritärer Regime unterscheidet?

Im reifen Posttotalitarismus gibt es ein deutlich komplexeres Zusammenspiel des institutionellen Pluralismus innerhalb des Staates als im Totalitarismus. Im Gegensatz zu letzterem verfügt der Posttotalitarismus normalerweise über ein erhebliches Niveau an sozialem Pluralismus, und im reifen Posttotalitarismus ist häufig von einer „zweiten Kultur" bzw. einer „parallelen Kultur" die Rede. Zeugnisse dafür finden sich z.B. in einer ausgeprägten *Samizdat*-Literatur mit häufig erscheinenden Zeitschriften, wie das im Totalitaris-

mus nicht möglich gewesen wäre.[45] Der zunehmende Pluralismus ist Quelle für eine Dynamik, die sowohl das posttotalitäre Regime verwundbar macht als auch das Entstehen einer demokratischen Opposition fördert. Diese „zweite Kultur“ kann z.B. so kraftvoll sein, daß die Oppositionsführer in einem reifen posttotalitären Regime - selbst dann, wenn sie häufig im Gefängnis sitzen - eine beträchtliche Anhängerschaft rekrutieren und dauerhafte oppositionelle Organisationen begründen können. In Momenten der Krise sieht sich ein reifes posttotalitäres Regime - im Unterschied zu einem totalitären Regime - einer in der Zivilgesellschaft wurzelnden demokratischen Opposition gegenüber, die dann über das Potential verfügt, zu einer starken demokratischen Oppositionsbewegung zu werden. Für ein posttotalitäres Regime kann auch ein Miteinander staatlich geplanter Wirtschaft und ausgedehnter Marktexperimente im staatlichen Sektor kennzeichnend sein, wodurch eine „rote Bourgeoisie“ von Managern des staatlichen Sektors entstehen kann. Auch wächst unter diesen Umständen der private Sektor, insbesondere in der Landwirtschaft, im Handel und im Dienstleistungsbereich. Jedoch ist dieser dem staatlichen Sektor immer noch nachgeordnet.

Dieser soziale und wirtschaftliche Pluralismus in einem posttotalitären Regime unterscheidet sich jedoch nach Umfang und *Performance* von demjenigen in einem autoritären Regime. Was Umfang und Ausmaß betrifft, so gibt es normalerweise in einem autoritären Regime mehr sozialen und wirtschaftlichen Pluralismus. Wir finden hier einen mit mehr Autonomie versehenen Privatsektor, eine größere Religionsfreiheit und auch mehr oder weniger unabhängige kulturelle Produktion, die nicht illegal ist. Der Unterschied hinsichtlich der *Performance*, der Art und Weise, wie dieser Pluralismus entstanden ist und wie er in der Gesellschaft wirkt, ist typologisch noch bedeutsamer. In einer posttotalitären Gesellschaft ist der historische Bezugspunkt sowohl für die Machthaber des Regimes als auch für die Opposition das frühere totalitäre Regime. *Per definitionem* bedeutet die Existenz eines früheren totalitären Regimes, daß die meisten der zuvor bestehenden Quellen für einen verantwortlichen und organisierten Pluralismus eliminiert oder unterdrückt wurden und eine totalitäre Ordnung etabliert worden war. Aus diesem Grunde gibt es von Seiten der oppositionellen Strömungen starke Bestrebungen zur „Enttotalisierung“. Ein großer Teil der emotionalen und organisatorischen Kraft dieser zivilgesellschaftlichen Opposition wird somit bewußt eingesetzt, um Alternativen zu den vom totalitären Regime geschaffenen politischen, wirtschaftlichen und

---

45 Im reifen posttotalitären Ungarn erschien beispielsweise die einflußreichste *Samizdat*-Publikation *Beszélö* von 1982 bis 1988 als Quartalszeitschrift mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren (Information vom Verleger und Redaktionsmitglied Miklós Haraszti, August 1994.)

sozialen Strukturen - die ja in der posttotalitären Gesellschaft immer noch eine bedeutende Rolle spielen - auf den Weg zu bringen. Vieles in der „zweiten Kultur“ hat deshalb keine traditionelle Form, sondern ist in den neuen Bewegungen zu finden, die aus der totalitären Erfahrung entstehen. Möglich ist auch eine vom Staat gelenkte Enttotalitarisierung, in der das Regime selbst damit beginnt, einige der extremsten Merkmale der monistischen Herrschaft zu beseitigen. Ist also ein wachsender „institutioneller Pluralismus“ vorhanden, ein zunehmender Respekt gegenüber rechtlichen Verfahren und Gesetzen, sowie ein tolerierter Privatsektor, dann sollte dies als eine Art von Pluralismus verstanden werden, der *außerhalb* des früheren totalitären Regimes entsteht.

Typologisch wie politisch wichtig ist, daß in posttotalitären Gesellschaften weiterhin wichtige Grenzen für diesen Pluralismus existieren. Im Gegensatz zu einem autoritären Regime gibt es *keinen* relativ autonomen, wenn auch beschränkten Pluralismus auf politischem Gebiet. Der offiziellen Partei wird in allen posttotalitären Regimen immer noch per Gesetz die führende Rolle in der politischen Ordnung zuerkannt. Der institutionelle Pluralismus eines posttotalitären Regimes sollte deshalb nicht mit einem politischen Pluralismus verwechselt werden. Ersterer wird innerhalb des Parteistaates bzw. innerhalb der nun tolerierten zweiten Wirtschaft oder in der parallelen Kultur ausgeübt. Der Pluralismus der parallelen oder „zweiten Kultur“ sollte jedoch zugleich als ein sozialer Pluralismus aufgefaßt werden, der auch politische Implikationen haben kann. Solange jedoch die Partei und die Führer in posttotalitären Regimen keine solche Veränderung durchmachen, die über den Typus hinausgeht, wird dem nichtoffiziellen politischen Pluralismus *keinerlei* Legitimität oder politische Verantwortung zuerkannt.[46] Selbst der formale Pluralismus von Satellitenparteien wird erst im Endstadium des Regimes politisch relevant, nachdem die Transition bereits im Gange ist.

Wenn wir uns der Führung zuwenden, so können wir in dieser Dimension sehr deutlich totalitäre von autoritären Regimen unterscheiden. Eine totalitäre Führung ist nicht durch Gesetze und Verfahrensweisen eingeschränkt. Sie hat häufig charismatische Züge und sie entstammt einer revolutionären Partei oder Bewegung. Deren Mitglieder reagieren oftmals recht sensibel auf die von der Spitze, dem Führer, verkündeten politischen und ideologischen Verände-

---

[46] Ungarn stellte in den Jahren 1988/89 ein reifes posttotalitäres Regime dar. Eine umfangreiche Enttotalitarisierung wurde durchgeführt und die Legitimität anderer Parteien zunehmend anerkannt. Damit kam es zu wichtigen typübergreifenden Veränderungen, noch bevor die kommunistische Partei ihre Macht verlor.

rungen. Das gilt um so mehr, wenn dabei die Gefahren für das eigene Leben anwachsen.[47] Im Unterschied dazu habe ich die Führung in autoritären Systemen dadurch charakterisiert, daß ein Führer bzw. eine kleine Gruppe innerhalb formal schlecht definierter, aber ziemlich genau vorhersagbarer Normen Macht ausübt. Es gibt dabei häufig recht starke Bestrebungen, alte Elitegruppen in Führungsrollen zu kooptieren, und es existiert eine geringe Autonomie in staatlichen Laufbahnen und im Militär.

Wie ist es nun bei der Führung in posttotalitären Regimen? Wie in einem totalitären Regime ist die posttotalitäre Führung immer noch ausschließlich auf die revolutionäre Partei oder Bewegung beschränkt. Jedoch tendieren die posttotalitären Führer eher dazu, bürokratisch und technokratisch als charismatisch zu sein. Im Kern geht es ihnen dabei darum, ihre Sicherheit zu erhöhen und die Furcht zu verringern, indem das bisherige Ausmaß der willkürlichen Machtausübung, die der Spitze gestattet war, eingeschränkt wird. Im Gegensatz zu jenen, für die das Konzept des totalitären Regimes statisch ist, bin ich anderer Ansicht: Wenn sich eine Gelegenheit bietet, wie z.B. der Tod des obersten Führers, so führt der Wunsch der Führungselite, die absoluten Machtbefugnisse des künftigen Führers zu beschränken, aller Voraussicht nach zu einem Druck in Richtung auf typübergreifende Veränderungen des Regimes, d.h. vom Totalitarismus hin zum Posttotalitarismus. Die posttotalitäre Führung steht in dieser Hinsicht der autoritären Führung typologisch näher: der Führer herrscht innerhalb nicht näher bestimmter, aber in der Realität vorhersagbarer Grenzen. Allerdings unterscheidet sich die Führung in beiden Regimetypen immer noch fundamental voneinander. Die posttotalitäre Führung wird ausschließlich aus Parteimitgliedern rekrutiert, die ihre Laufbahn direkt in der Parteiorganisation, in der Bürokratie oder im technokratischen Staatsapparat absolviert haben. Sie alle werden somit aus den vom Regime geschaffenen Strukturen rekrutiert. Im Gegensatz dazu ist es in den meisten autoritären Regimen normal, daß das Regime einen großen Teil der Führung aus Gruppen rekrutiert, die eine gewisse Macht und Legitimität besitzen, die sich nicht direkt vom Regime herleiten. In einigen Fällen wurden autoritäre Regime auch von machtvollen Gruppen der vorherigen Gesellschaft übernommen. Der Zugang zu Spitzenpositionen ist in solchen Regimen nicht allein durch politische Loyalitäten gesichert, sondern eher durch eine professionelle Kompetenz. Es gibt sogar ein bestimmtes Maß an Wettbewerb durch Prüfungen, die allgemein offenstehen. Auch in reifen posttotalitären Regimen wird die technische Kompetenz zunehmend

[47] Unter Stalin z.B. sind 1937 fünf der neun Mitglieder, die das Politbüro 1930 hatte, verschwunden oder erschossen worden (vgl. George K. Schueller, The Politburo, Stanford, 1951, S. 5-6).

wichtig. Jedoch sollten wir dabei nicht vergessen, daß der Zugang zur fachlichen Ausbildung durch politische Kriterien kontrolliert wurde. Die in posttotalitären Systemen akzeptierten oder anerkannten Kompetenzen sind zwar technische oder Verwaltungsqualitäten, aber keine Fertigkeiten und Fähigkeiten, die in einem eigenständigen Rechtswesen, in religiösen Organisationen oder in unabhängiger Unternehmer- bzw. Gewerkschaftstätigkeit erworben wurden. Der auf Parteibürokratie und -technokratie beschränkte Pluralismus verleiht dem Regime im Posttotalitarismus nicht die für interne Veränderungen erforderliche Flexibilität, wie sie sich viele autoritäre Regime verschaffen, indem sie nicht dem Regime angehörige Eliten kooptieren. Der Wunsch, einem machtvollen „1. Sekretär" zu widerstehen, kann zwar eine Veränderung vom Totalitarismus zum Posttotalitarismus bewirken - aber auch zu einer oligarchischen Führung von der Nomenklatura gestützter alter Männer führen. Den Versuchen, die Führungsspitze durch Einbeziehung oder Kooptierung neuer Männer und Frauen zu verjüngen, sind dabei normalerweise enge Grenzen gesetzt. In Extremfällen, wie z.B. der DDR in den 80er Jahren und der Tschechoslowakei nach 1968, zeigt der eingefrorene Posttotalitarismus Tendenzen der Vergreisung. Es klingt zwar paradox, aber unter Krisenbedingungen kann gerade die Unfähigkeit zur Erneuerung der Führung zugleich eine Quelle für Veränderungen werden, weil ein „eingefrorenes" posttotalitäres Regime mit seiner alten und engen Führungsbasis dafür nur eine sehr beschränkte Kapazität besitzt. Ist eine derartige Führungsstruktur dann nicht in der Lage, ihre Opponenten in einer Krise zu unterdrücken, steht der Zusammenbruch bevor.

Interessant ist dabei auch die Rolle der Kader der mittleren Ebene. In Krisenzeiten tendieren sie dazu, das Regime zusammenbrechen zu lassen, statt auf die demokratische Opposition zu schießen. Dies hängt mit der (veränderten) Rolle der Ideologie im Posttotalitarismus zusammen. Der Unterschied zum totalitären System ist hier sehr groß, wobei dies aber das Verhalten und den Glauben als den offiziellen Kanon betrifft. Es ist die wachsende Kluft zwischen ideologischem Anspruch und sozialer und politischer Realität, der ein dynamisches Potential für den Wandel von einem totalitären zu einem posttotalitären Regime befördert. Dies gilt sowohl für die Gesellschaft insgesamt als auch für die Kader. Deren ideologische Bindung an das System hat sich verringert. Die Diskrepanz zwischen der ständig wiederholten Beschwörung der Ideologie und deren zunehmender Irrelevanz für die Richtlinien der Politik oder, noch schlimmer, ihr auffälliger Widerspruch zur sozialen Realität trägt dazu bei, Bindung und Glauben an das Regime bei den Funktionären auf den mittleren und unteren Ebenen zu untergraben. Eine derartige Situation kann zum schnellen Zusammenbruch des Regimes beitragen, wenn die mittleren Funktionäre des Apparates von

schweren Zweifeln geplagt werden, ob sie denn das Recht hätten, auf Bürger zu schießen, die gegen das Regime und seine Ideologie protestieren - wie die Ereignisse in der DDR und der Tschechoslowakei im Jahre 1989 zeigen.[48]

Aus dieser Kluft erwächst auch die Kritik durch zivilgesellschaftliche Gruppen. Viele der neuen Kritiker kommen aus den Reihen der Partei und glaubten früher ehrlich an die Sache. Nun aber argumentieren sie, daß das Regime seine eigenen Ziele nicht erreicht hat oder überhaupt nicht erreichen kann. Der durch diese Spannung zwischen Doktrin und Realität erzeugte Druck trägt häufig zu einem über den Typus hinausgehenden Übergang bei.

Aus den Anstrengungen des totalitären Regimes zur Mobilisierung der Massen werden posttotalitäre Bestrebungen, um deren Fügsamkeit zu erhalten. Zwar existiert noch die alte Ideologie als offizieller Kanon, doch bei vielen Kadern haben Bindung und Glaube an die Utopie erheblich nachgelassen. Der Großteil der Bevölkerung sieht diesen als ein notwendiges Ritual an; für jene in der „parallelen Gesellschaft“ bzw. der „zweiten Kultur“ ist es die „gelebte Lüge“. Hier liegt eine weitere Ursache für die Schwäche bzw. die „Aushöhlung“ der scheinbaren Stärke des posttotalitären Apparates.

Die Rolle der Ideologie in einem posttotalitären Regime ist somit, verglichen mit der im Totalitarismus, deutlich abgeschwächt, unterscheidet sich aber immer noch beträchtlich von der in einem autoritären Regime. Diese haben meist diffuse nichtdemokratische Mentalitäten, verfügen aber nicht über stark ausformulierte Ideologien hinsichtlich der führenden Rolle der Partei, der Interessengruppen, der Religion und anderer Aspekte der Gesellschaft. In einem Regime, das ich posttotalitär nenne, existiert dies immer noch. Ein fundamentaler Gegensatz zwischen einem posttotalitären und einem autoritären Regime besteht demzufolge darin, daß ersteres über ein bedeutendes ideologisches Erbe verfügt, das nicht ignoriert und offiziell in Frage gestellt werden kann. Die staatlich sanktionierte Ideologie hat auch eine *soziale Präsenz* im Alltag der Organisationen des posttotalitären Gemeinwesens. Ob sie im extensiven Aufgebot staatlich geförderter Organisationen oder im Bereich neu gegründeter, aber immer noch offiziell kontrollierter Institutionen ihren Ausdruck findet - die Ideologie ist in einem größeren Ausmaß Teil der sozialen Realität eines posttotalitären Regimes. Darin unterscheidet es sich auch von den meisten autoritären Regimen.

---

[48] Von Daniel V. Friedheim stammen wichtige Forschungsergebnisse zum Problem des Zusammenbruchs solcher gefrorener posttotalitärer Regime; vgl. „Regime Collapse in the Peaceful East German Revolution: The Role of Middle-Level Officials“, in: German Politics, April 1993, S. 97-112; sowie seine an der Yale University verteidigte Dissertation.

Die Entideologisierung posttotalitärer Regime und die Abschwächung des Glaubens an die Utopie als Legitimierungsbasis führen schließlich dazu, daß das Regime versucht, sich auf der Basis von Leistungskriterien zu legitimieren. Die Kluft zu den ursprünglichen utopischen Elementen der Ideologie einerseits und die Legitimationsbemühungen, sich auf Effizienz zu stützen andererseits, werden jedoch - besonders wenn letztere fehlschlägt - wiederum zu einer weiteren Quelle für die Schwäche posttotalitärer Regime. Da Demokratien ihren Anspruch primär auf die Achtung und den Respekt vor den prozeduralen Grundlagen und deren Umsetzung gründen, verfügen sie auch über eine gewisse „Isolationsschicht" bei eigenen Schwächen. Eine solche Isolierung gegenüber schlechter *Performance* gibt es bei posttotalitären oder autoritären Regimen nicht. Die Schwächung der utopischen Ideologie als Merkmal des Posttotalitarismus eröffnet somit eine neue Dynamik für die Verwundbarkeit des Regimes bzw. aus der Perspektive demokratischer Transition, neue Möglichkeiten, die von der Opposition genutzt werden können.

Der letzte zu klärende typologische Unterschied betrifft die *Mobilisierung*. Die meisten autoritären Regime entwickeln niemals komplexe, allumfassende Netzwerke, um die Bevölkerung zu mobilisieren. Sie können zwar kurze Perioden der Mobilisierung haben, doch sind diese normalerweise weniger intensiv als in einem totalitären Regime und weniger extensiv als in einem posttotalitären Regime. In totalitären Regimen gibt es eine extensive und intensive Mobilisierung der Bevölkerung. Weil dem Regime utopische Ziele inhärent sind, gibt es große Anstrengungen, die Kader zu mobilisieren, und die meisten Führer entstammen diesen Kadern. Im totalitären System wurden „privatisierte" bürgerliche Individuen mit Heim, Familie und Freunden und dem Wunsch, das Leben in diesem kleinen Kreis eigener Wahl zu genießen, eher verächtlich angesehen. In posttotalitären Regimen dominieren zwar noch jene Institutionen, die vom Regime zur Mobilisierung geschaffen worden waren. Allerdings haben sie ihre Intensität verloren. Die Mitgliedschaft ist immer noch generell und auch obligatorisch, doch erzeugt sie eher Langeweile als Enthusiasmus. Eine staatliche oder technokratische Anstellung kann ein erfolgreicher alternativer Karrierepfad zum Aktivismus der Kader sein - vorausgesetzt eine „korrekte" Teilnahme an den offiziellen Organisationen wird gesichert. Während die Mobilisierung in einem totalitären Regime funktional sein kann, führt eine ritualisierte Mobilisierung in einem posttotalitären Regime eher zu „Kosten", speziell zu Zeitverlust bei der Erfüllung technokratische Aufgaben durch Fachleute. Bei vielen kommt es zu Langeweile und Flucht ins Privatleben. Wenn keine strukturelle Krise existiert und besonders dann, wenn keine erreichbare Alternative gesehen wird,

ist ein solcher Rückzug ins Privatleben für ein posttotalitäres Regime nicht notwendigerweise ein Problem. Kádárs berühmter Ausspruch „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns", ist nur in einem posttotalitären Regime denkbar, nicht aber in einem totalitären. Wenn aber die Leistung eines posttotalitären im Gegensatz zu einem totalitären Regime so armselig ist, daß selbst die persönlichen Erfolge im Privatleben untergraben oder gar zerstört werden, dann können Privatisierung und Apathie auch zu einer neuen Dynamik beitragen - besonders dann, wenn Alternativen als möglich angesehen werden -, also zu Krisen von „*exit and voice*".[49]

26 der 27 postkommunistischen Staaten in Europa (die einzige Ausnahme ist Polen) hatten sich während des Stalinismus bzw. vor der jugoslawischen „Häresie" jeweils dem totalitären Idealtypus angenähert. Die meisten von ihnen kamen später auch dem posttotalitären Idealtypus nahe. Der Terminus *posttotalitär* als solcher besagt, daß dieser Regimetyp von seinen Gründern ursprünglich nicht als ein bestimmter Typ politischer Ordnung wahrgenommen worden war, sondern daß er im Ergebnis von Veränderungen in einem System entstand, das einmal dem totalitären Modell nahegestanden hatte. Somit ist *Posttotalitarismus* - anders als Demokratie, Totalitarismus, Autoritarismus oder Sultanismus - kein eigenständiger, d.h. genetischer, sondern ein evolutionärer Typ. Das heißt, niemand würde ein posttotalitäres Regime schaffen oder schaffen können, wenn es dort nicht zuvor ein totalitäres Regime gegeben hätte.

Konzeptuell können die beiden bestimmenden Pfade, die aus dem Innern des Systems zum Posttotalitarismus führen, als „Posttotalitarismus durch Wahl" und „Posttotalitarismus durch Verfall" bezeichnet werden. Im ersten Fall können die Eliten des Regimes, häufig aus dem Gefühl, für die eigene persönliche Sicherheit zu sorgen, kollektiv darüber entscheiden, die Machtbefugnisse des obersten Führers zu beschränken, die Rolle des Terrors (falls dieser wesentlich war) zu reduzieren und von nun an das Entstehen einiger nichtoffizieller Organisationen in einer völlig „eingeebneten" Zivilgesellschaft zu tolerieren. Im „Posttotalitarismus durch Verfall" kann die Bindung an die Ideologie schlichtweg unglaubwürdig werden und die Mobilisierung degeneriert zu einem bürokratischen Ritual. Es können „Widerstandsnester" oder Bereiche relativer Autonomie entstehen, die mehr der Unfähigkeit des Regimes oder der widerwilligen Anpassung an Druck von außen als irgend-

---

[49] Ich beziehe mich hier auf Albert Hirschmans „*Exit, Voice, and Loyalty*" Cambridge 1970, S. 59. Für eine interessante Diskussion dieser Dynamik in bezug auf den Zusammenbruch der DDR vgl. Ders.: „*Exit, Voice and the Fate of the German Democratic Republic: An Essay an Conceptual History*", in: World Politics 41 (Januar 1993), S. 173-202.

einer Wahl geschuldet sind. Kräfte außerhalb des Regimes können ihrerseits eine Situation des „Posttotalitarismus durch gesellschaftliche Eroberung" erzeugen, in der zivilgesellschaftliche Gruppen für Bereiche relativer Autonomie kämpfen und diese auch gewinnen.[50] Ganz gleich, welcher Pfad vorliegt - alle posttotalitären Regime entstehen *per definitionem* aus totalitären Regimen.[51]

Die empirische Tatsache, daß sich der Wandel vom Totalitarismus normalerweise nicht zu einem autoritären Regime, sondern zu einem bestimmten Typ von posttotalitärem Regime vollzieht, bestätigt meine These, daß kein Kontinuum, also keine fortlaufende, ungebrochene Entwicklungslinie vom Totalitarismus zum Autoritarismus existiert.[52] Jedoch führt das Argument, wonach Posttotalitarismus nicht ohne Bezug auf Totalitarismus verstanden werden kann, auch dazu, ihn als Kontinuum zwischen einem beinahe totalitären Regime und einem System zu begreifen, in dem die früheren totalitären Elemente nur noch Überbleibsel (auch im anthropologischen Sinne) sind. Dies erklärt auch, warum es so schwierig ist zu bestimmen, an welchem Punkt sich die Transition von einem totalitären zu einem posttotalitären Regime vollzogen hat.

Weil der Posttotalitarismus ein Kontinuum ist, kann man auch die unterschiedlichen sozialen Strukturen innerhalb verschiedener posttotalitärer Regime analysieren. Die möglichen Variationen innerhalb des posttotalitären Typus können von einem frühen Posttotalitarismus, der nahe an der Grenze zum Totalitarismus liegt, über einen „eingefrorenen Posttotalitarismus", bis hin zu einem reifen Posttotalitarismus reichen, der sich nahe an einer typübergreifenden Veränderung zu einem demokratischen oder autoritären Regime befinden kann. Erst wenn wir ein Verständnis für solche Variationen innerhalb des posttotalitären Typus erworben haben, sind wir analytisch darauf vorbereitet, das breite Spektrum von Transitionspfaden, die innerhalb des Posttotalitarismus auftreten können und tatsächlich auch aufgetreten sind, zu untersuchen, einzuschätzen - und vielleicht auch vorauszusagen. Viele postkommunistische Staa-

---

50 Es gibt natürlich auch andere Pfade aus dem Totalitarismus. Er kann durch Eroberung und Besetzung durch demokratische Gemeinwesen beendet werden, wie dies in Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg geschah. In diesen Fällen gab es niemals ein posttotalitäres Regime, sondern eher eine Sequenz des Totalitarismus, gefolgt von Okkupation, sowie Liberalisierung gefolgt von Demokratisierung.

51 Konkrete Fälle des Übergangs von einem totalitären zu einem posttotalitären Regime können empirisch häufig einige Elemente aller drei beschriebenen Pfade des Posttotalitarismus enthalten.

52 Vgl. Juan J. Linz: An Authoritarian Regime: Spain, in: Erik Allardt/ Stein Rokkan (eds.), Mass Politics: Studies in Political Sociology, New York 1970, S. 251-283, bes. 253.

ten in Europa begannen den demokratischen Übergang von einem posttotalitären Ausgangspunkt. Zwar wurden sie alle - ähnlich wie beim Domino - durch die Ereignisse von 1989 beeinflußt, doch Stil und Konsequenzen der gegenwärtigen Transition hingen weitgehend von dem spezifisch posttotalitären Subtyp ab, der in jedem einzelnen Land zu finden war.

Was sind nun diese „Variationen innerhalb des Posttotalitarismus" konkret? Sicherlich ist die Differenz zwischen Ungarn und Bulgarien am deutlichsten. Im Februar 1989, d.h. in dem Monat, als der Runde Tisch in Polen begann, war Ungarn in der Tat schon nahe an einer typübergreifenden Veränderung vom Posttotalitarismus zu einem noch unbestimmten demokratischen oder autoritären Regime. Im Gegensatz dazu kam Bulgarien zu jener Zeit dem totalitären Pol, z.B. hinsichtlich autonomer Gruppen in der Zivilgesellschaft, immer noch sehr nahe. Die Tschechoslowakei wies - im Gegensatz zu Bulgarien - schon seit mehr als einem Jahrzehnt einige wichtige posttotalitäre Merkmale im zivilgesellschaftlichen Bereich auf. So war die mit dem Helsinki-Prozeß verbundene Menschenrechtsgruppe *Charta 77* bereits 1977 entstanden. Dennoch war in der Tschechoslowakei die Enttotalitarisierung in den 80er Jahren - sicherlich ein Fall von „Enttotalitarisierung durch Verfall" - nicht so tief und umfassend wie in Ungarn, das starke Elemente einer „Enttotalitarisierung durch Wahl" hatte. Wenn hier Ungarn als ein Beispiel für einen reifen Posttotalitarismus steht und Bulgarien für einen frühen Posttotalitarismus gelten kann, dann kann die Tschechoslowakei als Beispiel für „eingefrorenen" Posttotalitarismus dienen. Ungarn, die Tschechoslowakei und Bulgarien hatten Ende der 80er Jahre sowohl unterschiedliche staatliche Strukturen als auch verschiedene Rechtssysteme. Sie differierten im Mischungsverhältnis von wirtschaftlicher, ziviler und politischer Gesellschaft und dies strukturierte wiederum die Verhandlungskapazität von Regime und Opposition gleichermaßen. Daraus eröffneten sich bestimmte Transitionspfade bzw. andere wurden blockiert und nicht zuletzt führte dies auch zu verschiedenen Aufgaben bei der demokratischen Konsolidierung.

Schließen wir unsere Diskussion des Posttotalitarismus mit einer Zusammenfassung seiner politischen und ideologischen Schwächen. Sicherlich erklärt dies auch das schnelle Zusammenbrechen dieser Regime, als sie in eine langdauernde Stagnation eingetreten waren und die UdSSR ihnen ihre umfangreiche Unterstützung entzog hatte.

Totalitarismus, Demokratie und selbst viele autoritäre Regime beginnen mit einer „genetischen Legitimität" bei ihren Unterstützern,

wobei die historischen Umstände, die zur Etablierung dieser Regime geführt haben, konkret zu beachten sind. Im Gegensatz dazu haben posttotalitäre Regime keine solche begründende „genetische Legitimität", weil sie aus dem zur Routine gewordenen totalitären Regime, seinem Niedergang oder infolge von Ängsten der Elite entstehen. Posttotalitäre Regime können - infolge der ihnen inhärenten Zwangsressourcen und der entsprechenden Schwäche der organisierten Opposition - im Vergleich zu autoritären Regimen durchaus den Anschein von ebensoviel oder sogar größerer Stabilität erwecken. Wird allerdings die externe Unterstützung entzogen, sind sie durch den inneren Verlust von Sinn und Zweck sehr anfällig. Posttotalitäre Politik resultierte sowohl aus der Abkehr vom Stalinismus als auch aus sozialen Veränderungen in den kommunistischen Gesellschaften selbst. Posttotalitäre Regime beseitigten die schlimmsten Aspekte der Repression, erhielten aber gleichzeitig die meisten Kontrollmechanismen aufrecht. Obwohl weniger blutig als zu Zeiten des Stalinismus, durchdrang die Präsenz der Sicherheitsdienste - wie der Stasi in der DDR - die Gesellschaft bisweilen umfassender. Der Posttotalitarismus konnte zu gemäßigten Wirtschaftsreformen führen, wie denen, die zur Zeit des Prager Frühlings diskutiert wurden. Jedoch stoppte die Breschnewsche Restauration die dynamische Anpassung in der UdSSR und in den anderen Systemen sowjetischen Typs, mit Ausnahme von Ungarn und Polen.

Der Posttotalitarismus hatte für die herrschenden Eliten und vor allem für die Kader der mittleren Ebenen vielleicht geringere Legitimität als ein totalitäres System. Der Verlust der utopischen Komponente der Ideologie und das größere Vertrauen auf Leistung - was sich nach einigen Anfangserfolgen nicht fortsetzte - machten die Regime wiederum verletzbar. Auch massive Repression war nun weniger gerechtfertigt. Angepaßtheit und Karrierestreben öffneten Wege für den Rückzug ins Privatleben. Das alles schwächte das Regime, so daß die Opposition es schließlich dazu zwingen konnte, zu verhandeln oder es mußte zusammenzubrechen, wenn es nicht auf Zwang zurückgreifen konnte.

Die Schwäche posttotalitärer Regime ist noch nicht völlig untersucht und erklärt worden. Man kann sie aber wahrscheinlich nur verstehen, wenn man die enormen Hoffnungen und Energien berücksichtigt, die ursprünglich mit dem Marxismus-Leninismus verbunden waren, der in der Vergangenheit die Herausbildung des Totalitarismus und seine Anziehungskraft erklärte.[53] Viele bedeutende und

[53] Zur ideologischen und moralischen Attraktivität des revolutionären Marxismus-Leninismus als totales System und dem „Vakuum", das nach seinem Zusammenbruch zurückblieb, vgl. Ernest Gellner: „*Homeland of the Unrevolution*", in: Daedalus, Sommer 1993, S. 141-154.

einflußreiche westliche Intellektuelle bewunderten oder entschuldigten den Leninismus und in den 30er Jahren sogar den Stalinismus, aber nur wenige westliche Linksintellektuelle konnten sich für den Posttotalitarismus in der UdSSR oder selbst für *Perestroika* und *Glasnost* begeistern.

Herausbildung und Evolution des Posttotalitarismus können Ergebnis dreier verschiedener, aber häufig miteinander verbundener Prozesse sein: 1) einer überlegten Politik der Herrschenden, das totalitäre System abzuschwächen oder zu reformieren (Enttotalitarisierung durch Wahl), 2) der internen „Aushöhlung" der Strukturen des totalitären Regimes und einer internen Erosion des ideologischen Glaubens der Kader an das System (Enttotalitarisierung durch Verfall), und 3) der Entstehung sozialer, kultureller und sogar wirtschaftlicher Räume, die der totalitären Kontrolle widerstehen oder ihr entgehen (Enttotalitarisierung durch gesellschaftliche Eroberung).][54]

---

[54] Der Text von S. 245-256 war nicht im ursprünglichen Essay enthalten. Er wurde dem Buch von J. Linz und A. Stepan „Problems of Democratic Transition and Consolidation" entnommen. R.K.

V. Die Staaten der Welt in einer Typologie - Ein Versuch und seine Schwierigkeiten

Sicherlich wäre es sinnvoll und wünschenswert, die drei von mir formulierten Dimensionen, d.h. Monismus versus beschränkter Pluralismus, Mobilisierung versus Entpolitisierung und Ideologie versus Mentalitäten, noch weiter zu operationalisieren. Der nächste Schritt wäre dann, systematische, gültige und zuverlässige Indikatoren der drei Dimensionen zu finden und die Länder der Welt in dem zugehörigen Raum zu lokalisieren. Zum Schluß könnten dann wichtige Schnittpunkte zur sinnvollen Bestimmung von Typen und Subtypen nichtdemokratischer Regime gefunden werden. Letztendlich wäre das Ergebnis eine Auflistung von Typen, denen einzelne Länder zu einer bestimmten Zeit zugeordnet werden könnten. Jedoch weiß jeder, der die umfangreiche Literatur über Bedingungen und Vergleichbarkeit von Demokratien kennt, wie schwierig ein solches Vorgehen ist; selbst dann, wenn es sich um eine begrenzte Zahl von Fallbeispielen handelt, über die es außerdem noch eine Art Grundübereinstimmung gibt. Sicherlich gibt es meßbare Indikatoren für die Analyse politischer Systeme, so z.B. der Prozentsatz der Bevölkerung, der wahlberechtigt ist, die Wahlbeteiligung, die Unterstützung der Wähler für die Parteien und deren Sitzverteilung, der verfassungsmäßige Wechsel in den Institutionen der Exekutive, das Maß an Pressefreiheit und schließlich die ökonomische Entwicklung. Aber trotz all dieser Indikatoren gibt es keine allgemeingültige Klassifikation oder gar Maßeinheit, die den Grad von Demokratie anzeigen könnte. Die Daten, die wir benötigen, um die Dimensionen unserer Typologie zu operationalisieren, sind schwer faßbar, und darüber hinaus hat noch niemand bisher einen ernsthaften Versuch unternommen, sie systematisch zu sammeln.

Betrachtet man eine solche Dimension wie die der politischen Mobilisierung, so findet man bei weitem keine verfügbare Maßeinheit, die man ins Verhältnis zur prozentualen Wahlbeteiligung in Konkurrenzdemokratien setzen könnte.[1] Auch wenn man den unter-

[1] Eine wichtige Quelle für vergleichende Studien zu Wahlen unter autoritären Regimen sind die *Election Factbooks* für süd- und mittelamerikanische Länder, die vom *Institute for the Comparative Study of Political Systems* veröffentlicht wurden, sowie die von Sternberger und Vogel seit 1969 herausgegebenen Bände.

schiedlichen Sinn von Wahlen bei nicht vorhandenem Recht auf Meinungsfreiheit bzw. Oppositionsbildung beiseite läßt, scheint es irgendwie seltsam zu sein, daß in Guinea, Gabun, Niger, in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in der Elfenbeinküste die Wahlbeteiligung nach offiziellen Angaben bei 98% lag, wobei vergleichbare Angaben auch in über sieben kommunistischen Ländern gemacht wurden. Dagegen haben unter den Polyarchien nur die Niederlande einen vergleichbar hohen Anteil an Partizipation vorzuweisen. Es ist interessant, daß innerhalb jener Länder, die wir in unserer Definition als nichtdemokratisch einstufen, gerade jene, die eine Wahlbeteiligung von über 90% beanspruchen, als totalitär, posttotalitär oder mobilisierende Regime gekennzeichnet werden können, in denen im allgemeinen nur eine einzige Partei offiziell existiert.[2] Auf jeden Fall wäre ein solcher Indikator nicht für Länder angebracht, in denen es einerseits noch keine Wahlen auf nationaler Ebene gegeben hat, z.B. Kuba und China, und die sich andererseits ganz offensichtlich auf einen hohen Mobilisierungsgrad stützen. Ebensowenig trifft dies auf Länder wie die traditionellen arabischen Scheichtümer zu. Außerdem würde ein solcher Indikator mit seinen erheblichen Verzerrungen und Fälschungen nicht zur Klassifizierung jener Länder beitragen können, die zwischen diesen beiden Extremen liegen.

Ein weiterer möglicher Indikator von Mobilisierung, der bereits vorgeschlagen wurde, könnte die Mitgliedschaft und die Teilnahme an den Aktivitäten der offiziellen Partei und ihrer Massenorganisationen sein. Niemand hat bisher solche Daten systematisch gesammelt und es ist sehr wahrscheinlich, daß solche veröffentlichten Zahlen eher bestimmten Wünschen als der Wirklichkeit entsprechen würden. Sicherlich können nicht sinnvollerweise die 1,1 Millionen Mitglieder der *Falange*-Bewegung in Spanien aus den 60er Jahren mit den 2,5 Millionen Mitgliedern der NSDAP im Jahre 1935 verglichen werden, wenn wir die Indikatoren der Teilnahme an der Parteiarbeit in Betracht ziehen. (Interessanterweise liegen aber diese

---

[2] Das empirische und systematische Studium der Organisation, der Funktionsweise und der Zusammensetzung politischer Parteien tendiert dazu, sich auf Parteien in einem demokratischen, von Konkurrenz geprägten Kontext (einschließlich systemoppositioneller Parteien) und Parteien unter konkurrenzlosen kommunistischen Regimen und in Nazideutschland zu konzentrieren. Dagegen werden Parteien in autoritären Regimen mit pseudo-pluralen Parteiensystemen, mit offiziellen Einparteien bzw. oftmals de facto keinen Parteien nicht sonderlich beachtet. Das *International Comparative Political Parties Project* unter Kenneth Janda an der *Northwestern University* erfaßt mit einer sehr sorgsamen Datensammlung und einem bibliographischen Wegweiser 50 Länder und füllt damit diese Lücke.

Zahlen, vergleicht man sie proportional mit der Größe der Bevölkerung der beiden Länder, nicht weit auseinander.)

Falls es selbst bei diesem Indikator, der am leichtesten zu messen ist, kaum eine Vergleichbarkeit gibt, dann würden wir noch schlechter dastehen, wenn wir uns dem beschränkten Pluralismus oder dem politischen Machtmonopol zuwenden. Jene Autoren, die sich mit diesem Systemtyp nur wenig auskennen, laufen Gefahr, in eine Falle zu gehen, wenn sie z.B. den Anteil von Regierungsmitgliedern bzw. hohen Amtsträgern, die Parteimitglieder sind, als Indikator für die Rolle der Partei ansehen. Doch diese offiziellen Ämter und Positionen haben nichts mit der früheren Arbeit in der Partei zu tun. Der politische Erfolg basiert in diesen Systemen auf ganz anderen Kriterien, so z.B. auf einer Karriere im Militär oder in der Verwaltung, auf technischem Sachverstand oder auf der Mitgliedschaft in einer einflußreichen religiösen Gemeinschaft. Die einzige Möglichkeit, die die Anwendung solcher Indikatoren sinnvoll machen würde, wäre, wenn wir damit ein Fallbeispiel nach dem anderen durchgehen würden; aber leider ist das mit Monographien oft nicht möglich.

Natürlich wünschen wir uns auch quantitative Indikatoren, mit denen dann die Bedeutung der offiziellen Einheitspartei in totalitären und autoritären Regimen gemessen werden könnte, und ich leugne nicht, daß solche Indikatoren konstruiert sind, so z.B. das Verhältnis zwischen parteilosen Regierungsbeamten und Parteifunktionären oder die Relation zwischen Personen, die ihre Karriere in der Partei machten, und jenen, die in einem anderen Bereich des politischen Systems aufgestiegen sind, und schließlich auch, in welchem Ausmaß die Partei für die Kontrolle der Massenmedien verantwortlich ist. Das würde dann so aussehen, als ob wir mit dem Ansatz von Gabriel Almond mittels des Grades an Autonomie, Entwicklung, Interessenartikulation und -aggregation auch den Grad an Pluralismus messen könnten. Jedoch zeigen die Bemühungen von Banks und Textor recht deutlich die Schwierigkeiten bei der Operationalisierung dieser Konzepte außerhalb von demokratischen, und einigen anderen, relativ gut bekannten Ländern (1963; Banks/ Gregg, 1965). Tatsächlich beruht die systematische Erfassung der einzelnen Herrschaftsdimensionen nicht auf harten Indikatoren, sondern primär auf der Beurteilung durch den einzelnen Experten, der wahrscheinlich verschiedene Bezugspunkte hat, um jene Länder, die er am besten kennt, damit auch zu klassifizieren.

Angesichts dieser hier angedeuteten Probleme scheint es fast unverantwortlich, wenn man versucht, alle Länder der Welt innerhalb der Typen und Subtypen, die hier entwickelt wurden, zu verorten. Aber dennoch ist es meiner Meinung nach angebracht, zumindest

eine gewisse Anzahl von politischen Systemen den theoretisch und induktiv gewonnenen Typen zuzuordnen. Natürlich werden andere Autoren - mehr noch als in der Frage der Meßbarkeit von Demokratien - nicht mit meiner Typologie einverstanden sein. Selbst wenn sie die Brauchbarkeit akzeptieren, werden sie Zweifel anmelden, wenn es darum geht, bestimmte Länder zu einer bestimmten Zeit einzuordnen. Die Sicht der Dinge ist anders oder sie benutzen ganz einfach andere Indikatoren als ich. Deshalb sollte diese Klassifikation als orientierend und veranschaulichend verstanden werden. Bevor sie in entwickelten Computeranalysen verwandt wird, um Korrelationen zu anderen, nichtpolitischen Variablen zu suchen, müßte sie sicherlich mit Hilfe anderer Autoren noch vervollständigt werden. Die von mir gewählte Differenzierung ist eher qualitativ denn quantitativ, und sie ist weit von jenen Quantifizierungsversuchen entfernt, die von Dahl zur Klassifizierung von 114 Ländern hinsichtlich Wahlen und Opposition in 31 Typen unternommen wurden. Das bedeutet aber nicht, daß die unter Nutzung der umstrittenen Kodierung von Banks und Textor von ihnen herausgefundenen Gruppierungen keine Gemeinsamkeiten mit jenen aufweisen, die ich entwickelt habe. Wenn aber die Meinungen zwischen Banks/Textor und Dahl selbst bei der Einordnung eines solch bekannten Landes wie Frankreich so weit auseinandergehen, kann man sich vorstellen, wie bedenklich und anfechtbar die Datenlage bei solchen verfeinerten Klassifikationen für jene Länder sein muß, die erst seit kurzer Zeit unabhängig sind und bisher nicht Objekt komparativer Forschung waren. Dies erklärt auch, warum es relativ wenige Gemeinsamkeiten zwischen den Klassifikationen meiner Typologie und der Skalierung der gleichen Länder bei Dahl, Norling und Williams (Dahl 1971. Appendix A, S. 231-45) gibt, in der die Veränderungen von politischen Regimen, selbst wenn diese in kurzen Perioden erfolgten, nicht betrachtet werden. John D. May (1973) weist auf die Schwierigkeiten hin, auf die Marvin E. Olsen, Dick Simpson und Arthur K. Smith bei Messungen zu Demokratien gestoßen sind, und diese sollten uns als Warnung gegen jede verfrühte und trügerische Quantifizierung bei Typologien dienen. Elegante statistische Operationen auf schwachem Fundament sind gewiß eher irreführend als jene qualitativen Beurteilungen, die sich offen als solche bekennen und die auf einer intellektuellen und hoffentlich auch intelligenten Verarbeitung einer breiten Informationsbasis beruhen.

Ich habe in diesem Buch versucht, einen Überblick über all jene politischen Systeme zu geben, die nicht als Konkurrenzdemokratien angesehen werden können. Dagegen kann man mit Recht einwenden, daß ich mein Augenmerk nur auf souveräne Staaten gerichtet habe, während ich nicht die eindeutigen oder auch nicht so klaren

Beispiele von ausländischer Abhängigkeit beachtet habe. Nicht behandelt ist hier koloniale Herrschaft in all ihren Variationen, von der Intervention in Finanzangelegenheiten eines anderen Staates über das Protektorat bis zur indirekten oder direkten Verwaltung durch Ausländer. Auch jene Herrschaft wurde nicht beachtet, die durch eine ausländische Macht unter Drohung von Gewalt errichtet wurde, wie z.B. der Rest des tschechischen Staates unter dem „*Reichsprotektorat*“ der Nazis. Ebensowenig wurden hier Regime diskutiert, an deren Spitze zwar ein Einheimischer steht, die aber mit Hilfe militärischer und politischer Unterstützung eines anderen Landes etabliert wurden und in denen diese ausländische Macht sogar nach Abzug der eigenen Truppen Einfluß auf die Politik dieses Landes oder ein Veto in ihr hat, einschließlich des Rechts zur Intervention. Das trifft auf die Satellitenregime zu, die während des Zweiten Weltkrieges mit dem Namen Quisling verbunden wurden. Solch eine Herrschaftsform von begrenzter oder praktisch gar keiner Legitimation ist *per definitionem* im Ursprung nichtdemokratisch. Kontinuität, spezifische Erfolge und eine wachsende Autonomie mögen vielleicht zu einem stabilen Regime führen, das nicht allein auf Zwang basiert.

Die Abgrenzung internationaler Einflußsphären, die ideologische Affinität sowie die persönlichen Beziehungen zwischen Parteien verschiedener Länder, die sich mit einer internationalen Bewegung identifizieren, haben ebenfalls zur Stabilisierung solcher Regime beigetragen. Das gilt besonders für die kommunistischen Staaten. Interne politische, soziale oder wirtschaftliche Entwicklungen sind in diesen Ländern, auch wenn sie nicht direkt von der Hegemonialmacht veranlaßt wurden - wie dies offensichtlich bei Hitler oder Stalin der Fall war - im hohen Maße von Veränderungen in der Politik der herrschenden Macht im Block- oder Hegemoniegebiet betroffen. Außerdem gibt es noch feinere Verknüpfungen, die die innere politische Entwicklung vieler Staaten, besonders außerhalb der größeren Mächte, beeinflussen (Rosenau, 1969).

Intervention bei inneren Krisen und Veränderungen von Regimen sind nicht neu, ebensowenig die äußere Unterstützung für Rebellen oder sezessionistische Bewegungen. Seit der Französischen Revolution, Napoleon und der Heiligen Allianz ist äußere Unterstützung auf der Grundlage ideologischer Affinität, die nicht immer leicht von Machtpolitik zu trennen ist, normal. Internationale Parteien tauchten mit den revolutionären Bewegungen wie z.B. Anarchismus und Sozialismus auf. Später schuf die ideologische Affinität mehr oder weniger enge Beziehungen zwischen den Parteien wie der *Komintern* und *Kominform*, den christlichen *Equipes Internationales* und dann auch zwischen nationalistischen Terroristen. Hinzu kommt, daß in einem bestimmten historischen Moment das eine oder andere erfolgreiche Regime in anderen Völkern Bewunderung und

den Wunsch entfacht, dies nachzuahmen. Internationale und zwischenstaatliche Organisationen haben ebenfalls die Entwicklung von Regimen durch Vermittlung, Ausschluß, politisch-ökonomischen Boykott oder friedenserhaltenden Truppeneinsatz mit verschiedenen Erfolgsquoten zu beeinflussen versucht. Ohne all diese äußere Bezugnahme können interne politische Entwicklungen oftmals nicht verstanden werden. Andere Nationen, internationale Bewegungen oder internationale Organisationen unter deren Einfluß sind somit Faktoren bei der Errichtung totalitärer, autoritärer und - in seltenen Fällen - auch demokratischer Regime, was nicht vergessen werden darf, auch wenn es hier nicht ausführlich behandelt wurde.

Es ist natürlich schwierig, nach diesen Überlegungen allgemeingültige Tendenzen in der weiteren Entwicklung von Regierungsformen zu erkennen. So gibt es trotz politischer und sozialer Krisen erfolgreiche und stabile Demokratien mit freier politischer Meinungsäußerung, Möglichkeiten der politischen Partizipation für den Bürger und der friedlichen Lösung von Problemen. Sie sind ein Pol der Anziehung gerade für jene, die unter verschiedenen nichtdemokratischen Regimen leben. Das führt dann auch immer wieder dazu, daß Führer autoritärer Regime Lippenbekenntnisse für größeren Pluralismus und mehr Partizipation abgeben; manchmal wird es von ihnen auch mehr oder weniger aufrichtig gemeint, aber dann wieder inkompetent umgesetzt. An anderer Stelle habe ich angemerkt, daß Liberalisierung und Demokratisierung, d.h. mehr Möglichkeiten der politischen Partizipation, in den verschiedenen autoritären und totalitären Systemen nicht die gleichen Aussichten auf Erfolg haben. Sicherlich können wir viele Übergangstypen erwarten, die das Potential haben, Konkurrenzdemokratien zu werden, ohne daß sie ihren autoritären Charakter verlieren. In einigen wenigen Ländern, die erst vor kurzem noch Demokratien waren, entsteht ein Druck sowohl von unten als auch innerhalb der Elite, der in diese Richtung führt.

Aber wir sollten nicht vergessen, daß die Mehrheit der hier untersuchten Länder niemals liberal-demokratisch war und auch nie die Möglichkeit hatte, einen „*Rechtsstaat*" mit seinen Traditionen und Werten zu entwickeln. In diesen Ländern gab es auch keine Möglichkeit, jene Vielfalt an Institutionen und Körperschaften aufzubauen, wie sie sich im Westen in den Jahrhunderten des Feudalismus mit seinen ständischen Verfassungen oder autonomen Stadtverwaltungen entwickelt hat. Außerdem sollten wir nicht aus dem Blick verlieren, daß viele der hier betrachteten Regime die Nachfolge eines traditionellen monarchischen Despotismus angetreten hatten oder auf traditionellen politischen Systemen aufgebaut wurden, in denen die Autorität eher durch Sitten und Gebräuche als durch

Gesetze begrenzt wurde. In solchen Systemen konnten keine anderen Gruppen, auch nicht religiöse Vereinigungen oder einflußreiche Persönlichkeiten, die politische Autorität herausfordern oder einschränken. Eine große Zahl der politischen Herrschaftsformen, die man vor allem in Afrika findet, sind Ergebnis kolonialer Politik. Territorien wurden künstlich geteilt und den traditionellen politischen Einheiten, den vormodernen Stammesorganisationen und lokalen Strukturen die neue Regierungsform übergestülpt. In solchen Fällen wurde das moderne und pseudomoderne politische System nicht auf einer nationalen Gemeinschaft mit bürgerlichem Bewußtsein aufgebaut, sondern sie war das Ergebnis einer fremden autoritären Macht. Das Bewußtsein vom Bürger bzw. von der Nation zu entwickeln hatte in solchen Fällen meist deutlichen Vorrang vor dem Versuch, einen solchen demokratischen Staat zu organisieren, in dem dann die horizontalen Bruchlinien, die vertikalen, territorialen und/oder die ethnischen *cleavages* durchkreuzen und einbeziehen. Gerade in solchen Gesellschaften ist eine große Spannbreite autoritärer und gelegentlich auch totalitärer Bemühungen zu erwarten, die ein stabiles Regime errichten wollen. In jenen Gesellschaften, in denen die autoritäre Führung praktisch ohne Bruch der traditionellen autoritären Formen überlebt hat, wird der öffentliche Druck in Richtung Demokratie nur gering sein. Sicherlich sind Teile der Eliten, die gebildet sind und/oder sich am Westen orientieren, eher unzufrieden mit der autoritären Führung, und sie haben vielleicht auch das Gefühl, daß eine Modernisierung ihrer Gesellschaften entweder eine Konkurrenzdemokratie oder die Nachahmung utopischer totalitärer Modelle erfordert. Diese Unzufriedenheit bei Teilen der Elite trägt ohne Zweifel zur Instabilität autoritärer Regime bei; aber möglicherweise führt diese eher zu einer Reproduktion von neuen, anders gestalteten autoritären Regimen. Der Übergang vom anfänglichen Wunsch vieler afrikanischer Eliten nach einer konstitutionellen Demokratie, die auch zunächst nachgeahmt oder aufgesetzt wurde, zu mobilisierenden Einheitsparteien und schließlich dann zu autoritären bürokratisch-militärischen Herrschaftsformen spiegelt dieses Dilemma wider.

Autoritäre Regime des einen oder anderen Typs erscheinen in Demokratien manchem Intellektuellen oder Politiker - und auch so manchem einfachen Bürger - eigentlich nicht als rechtens, und diese normative Bewertung trägt sicherlich auch dazu bei, das Regime bei Teilen der Elite zu delegitimieren. Jedoch gilt dies nicht automatisch für die Masse der Bevölkerung in jenen Ländern. Daher sollten wir vorsichtig bei der Bewertung sein, um nicht die Instabilität von autoritären Staaten mit günstigen Aussichten für eine Demokratie zu verwechseln. Die Alternative zu einem bestimmten autoritären Regime kann nämlich auch ein Wechsel innerhalb des

Regimes oder der Wandel zu einem anderen Typ autoritärer Herrschaft sein, wenn nicht gar permanente Instabilität oder Chaos.

Wir sollten ebenfalls nicht vergessen, daß auch etablierte Konkurrenzdemokratien in Zeiten starker sozialer Veränderungen oder aufflackernder ideologischer Leidenschaften sehr wohl Krisen durchlaufen können. Das kann durchaus zu autoritären Führungen führen, wenn nicht in letzter Sekunde das Gleichgewicht erfolgreich wiederhergestellt wird. Wie die Fallbeispiele in Süd- und Mittelamerika zeigen, machen die Umstände, die zum Zusammenbruch der Demokratien geführt haben, deren Wiederherstellung sehr schwierig. Demokratie als eine politische Herrschaftsform scheint das Resultat von recht einzigartigen Faktoren und Umständen zu sein, die sowohl zu ihrer Einführung als auch zu ihrer Stabilität führen. Entwicklung in modernen und nicht so modernen Gesellschaften, vor allem in Zeiten ökonomischen Aufschwungs, sollte mancher Theorie nach stabile Demokratien möglich machen, jedoch sichern diese Faktoren nicht automatisch deren erfolgreiche Einführung. Sicherlich erfüllen viele Gesellschaften die Voraussetzungen für eine stabile Demokratie, wie wir sie in der Literatur finden, aber sie sind doch keine geworden.

„Wie bei vielen großen Dingen", schrieb Robert Dahl, als er die Frage nach der Zukunft von Polyarchien aufwarf, „kann man am sichersten darauf wetten, daß das Regime eines Landes in einer Generation zwar irgendwie anders, aber nicht sehr viel anders als heute aussehen wird." Das könnte man sehr gut auch über die gegenwärtigen nichtdemokratischen Regime sagen. Wir müßten das in Kontrast zu den stabilisierten Demokratien setzen und würden sowohl einen erheblichen Wechsel der Typen von autoritären Regimen als auch einen Wandel innerhalb der Regime erwarten. Paradoxerweise sind große Verschiebungen in der Wählerschaft in entwickelten Gesellschaften, außer in extremen Krisensituationen, nicht erkennbar, und daher ist für demokratische Politik ein evolutionärer Wechsel wahrscheinlicher als ein grundsätzlicher Wandel. Da in autoritären Regimen der Wandel nur von wenigen Akteuren abhängt, die nicht so an eine schwer zu überzeugende Wählerschaft gebunden sind, verlaufen dort wichtige Veränderungen unerwarteter und auch tiefgreifender. Vielleicht kann man auch deshalb größere Veränderungen innerhalb der autoritären Herrschaftsformen erwarten, weil hier die Institutionalisierung noch nicht so stark vorangeschritten ist.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat sich die Liste jener Länder, die sich in den einen oder anderen Subtyp von Demokratie einordnen lassen, kaum verändert. Das gilt übrigens auch, wenn man noch weiter zurückblickt. Ebenso hat sich die Zahl der nichtdemokratischen Staaten über den gleichen Zeitraum kaum verändert, dafür aber die Namen

der Länder, die zu unterschiedlichen Zeiten in die verschiedenen Subtypen passen. Sicherlich waren dabei die häufigen Militärputsche in Afrika nach der Unabhängigkeit ein besonderer Faktor. Es gibt aber auch innerhalb autoritärer Regime Entwicklungstendenzen, die zu einer Institutionalisierung des beschränkten Pluralismus, zu beschränkten Formen politischer Teilnahme und auch zu gewissen ideologischen Begründungen führen. An diesem Punkt kommt das autoritärer Regime oft dem nahe, was ich als „organischen Staat" bezeichnet habe. Trotzdem führt *de facto* der Prozeß oft zu einer mehr persönlichen Herrschaft des Führers oder der Exekutive, die dann alle Posten in Institutionen besetzt, in sie eingreift oder sie kontrolliert, indem sie unabhängige Führung und wirkliche institutionelle Autonomie verhindert. Jedoch verfügt sie selbst nicht über jene Mittel, die eine Partei hat, um Unterstützung zu mobilisieren und einen dynamischen sozialen Wandel durchzuführen. Diese Prozesse werden gut von Acquarone (1965) dargestellt.

Regime, die sich anfangs als Militärdiktaturen im engeren Sinne, d. h. als eine Übergangsform, etabliert haben, tendieren sehr schnell dazu, einen militärisch-bürokratischen, wenn nicht sogar militärisch-bürokratisch-technokratischen Charakter anzunehmen. Im Laufe der Zeit werden die verschiedenen Interessen, besonders die wirtschaftlichen, berufsständischen und sektoralen, sowie bis zu einem gewissen Umfang auch die Arbeits- und territorialen Interessen, in einen begrenzten und kontrollierten Pluralismus eingepaßt. Zugleich verlieren jene etablierten Systeme, in denen politische Parteien das Machtmonopol haben und/oder mittels Massenmobilisierung und ideologischer Bekundungen über andere pluralistische Komponenten dominieren, ihre Dynamik und müssen ihre Macht zunehmend mit anderen Interessengruppen teilen. Ihre totalitären bzw. „gehemmten" totalitären Tendenzen werden dann in Richtung konservativer quasi-pluralistischer oder pluralistischer Regime gelenkt. Gewiß ist dabei die Verwandtschaft zum Modell des „organischen Staates" groß.

Zu einem bestimmten Zeitpunkt hätte man glauben können, die Zukunft würde bei den mobilisierenden Einparteienregimen liegen, die weiterhin dominieren bzw. vorherrschend sind, wenn sie nicht sogar die ausschließliche Macht innehaben. Aber diesen Erwartungen zum Trotz haben wir erlebt, wie diese Einparteien-Regime mit ihren Organisationen überwunden bzw. transformiert wurden oder gar stürzten. Bürokratische Herrschaft im Zusammenwirken mit organisierten Interessen - dies scheint eher das vorherrschende Modell zu sein. Manchmal wird es vom Militär mit seiner Gewaltkapazität und seinen organisatorischen Ressourcen unterstützt. In anderen Fällen wird dieses Modell durch das Vorhandensein und den Einfluß einer Parteispitze legitimiert, die Möglichkeiten zur kontrollierten Teilnahme der Massen an-

bietet und politisch ambitionierte Menschen rekrutieren kann. Wir sollten uns der großen Breite und auch der Vielfalt der Entwicklungsrichtungen bewußt sein, in die sich ein autoritäres Regime entwickeln kann. Gerade dies macht es so schwierig, verschiedene Länder in die oben genannten Typen ohne Hinweis auf einen bestimmten konkreten Zeitpunkt einzuordnen.

Noch schwerer sind Prognosen zum Totalitarismus. Sicherlich scheinen zwei der geschichtlich herausragendsten Fälle, die Herrschaft von Hitler und Stalin, die Attraktivität dieses Modells erheblich geschwächt zu haben. Dennoch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß einige der ihnen zugrunde liegenden utopischen Überlegungen, die solch entstellte Formen mit all ihrem Terror ermöglichten, noch immer die Runde machen. Ein politisches Modell, das einerseits pluralistische Konflikte und Schlichtungsformen demokratischer Politik ablehnt und andererseits eine konsensuale Gesellschaft anstrebt, die auf der bewußten und aktiven Suche nach einem gemeinsamen Wert und auf einem rationalen (oder irrationalen) Ideal beruht und die von einer selbstbewußten Gruppe geführt wird, die sich als kompetent versteht - ein solches Modell scheint seine Anziehungskraft nicht zu verlieren. Der moderne Mensch hat die Attraktivität der totalitären Utopie bei weitem nicht vergessen. Vielleicht kann man dies in gewisser Hinsicht mit der Idee von der Freiheit des Individuums, das an demokratischer Politik teilnimmt, vergleichen. Geradezu unvermeidlich fühlen sich die Eliten autoritärer Regime von diesen beiden Seiten angezogen, selbst wenn die Realität es unwahrscheinlich macht, daß sich das Regime in eine der beiden Richtungen entwickelt.

Letztlich waren totalitäre Regime, ebenso wie die Konkurrenzdemokratie, das Ergebnis einer einzigartigen Zusammenfügung von Faktoren und Umständen. Vielleicht ist es dabei ein glücklicher Umstand, daß es nicht einfach ist, ein totalitäres System zu errichten. Das gelingt mit autoritären Regimen schneller, auch wenn sie dann scheitern, ihnen die Legitimität fehlt und sie bei Intellektuellen auch nicht besonders gut ankommen. Autoritäre Regime sind jene Herrschaftsform, die am leichtesten zu etablieren sind - leichter als totalitäre oder demokratische Regime. Sie funktionieren unter Bedingungen, die weder zu günstig noch zu ungünstig sind.

Im Gegensatz zu den Hoffnungen freier Menschen und auch jener „*terribles simplificateurs*“, wie Burckhardt sie bezeichnete, werden in vielen, wenn auch nicht in den meisten Staaten in der nächsten Zukunft autoritäre Regime herrschen, die den Einzelnen weder der „großen historischen Aufgabe“ unterordnen, eine perfekte Gesellschaft aufzubauen, noch ihm erlauben, frei aus verschiedenen Alternativen zu wählen oder seine Mitbürger für die Unterstützung seiner Ziele zu überzeugen.

Bibliographie

Abboushi, W. F. (1970), Political Systems of the Middle East in the 20th Century, New York.

Abdel-Malek, Anouar (1968), Egypt: Military Society, The Army Regime, the Left, and Social Change under Nasser, New York.

Abendroth, Wolfgang (1969), Faschismus und Kapitalismus, Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt a.M..

Abraha, Gedamu (1967), Wax and gold, Ethiopian Observer (Addis Abeba) 11, S. 226-43.

Acquarone, Alberto (1965), L'organizzazione dello Stato totalitario, Torino.

Adam, Heribert (1971), Modernizing Racial Domination, The Dynamics of South African Politics, Berkeley.

Adorno, Theodor W./ Frenkel-Brunswick, Else/ Daniel J. Levinson/ R. Nevitt Sanford (1964), The Authoritarian Personality, 2 Bd., New York.

Allen, Richard V. (Hrsg.), (1968, 1969), Yearbook on International Communist Affairs, Stanford.

Allen, William S. (1965), The Nazi Seizure of Power, The Experience of a Single German Town 1930-1935, Chicago.

Almond, Gabriel/ James S. Coleman (Hrsg.), (1960), The Politics of the Developing Areas, Princeton.

Almond, G./ G. Bingham Powell (1966), Comparative Politics, A Developmental Approach, Boston.

Ameillon, B. (1964), La Guinée, Bilan d'une Independence, Paris.

Anderson, Charles W. (1967), Politics and Economic Change in Latin America, The Governing of Restless Nations, New York.

- (1970a), Nicaragua, The Somoza Dynasty, in: M. Needler (Hrsg.), Political Systems of Latin America, New York.

- (1970b), The Political Economy of Modern Spain, Madison.

Andreski, Stanislav (1968), Military Organization and Society, Berkeley.

- (1956) The Anti-Stalin Campaign and International Communism, New York.

Apter, David E. (1963), Ghana in Transition, New York.

- (1965), The Politics of Modernization, Chicago.

Arendt, Hannah (1963), Eichmann in Jerusalem. A Report on the Banality of Evil, New York.

- (1966), The Origins of Totalitarianism, New York.

Armstrong, John A. (1967), The Soviet Bureaucratic Elite, A Case Study of the Ukrainian Apparatus, New York.

Aron, Raymond (1967), The Industrial Society, Three Essays on Ideology and Development, New York.
- (1968), Democracy and Totalitarianism, London.
Ashford, Douglas E. (1961), Political Change in Marocco, Princeton.
- (1965a), The Ellusiveness of Power: The African Single Party State, Ithaca, New York
- (1965b), Marocco-Tunisia: Politics and Planning, New York.
- (1967), National Development and Local Reform, Political Participation in Marocco, Tunisia and Pakistan, Princeton.
Azpiazu, Joaquin (1951), El Estado Corporativo, Madrid.
Azrael, Jeremy R. (1966), Managerial Power and Soviet Politics, Cambridge, Mass..
- (1970a), Varieties of de-Stalinization, in: Chalmers Johnson (Hrsg.), Change in Communist Systems, Stanford.
- (1970b), The internal dynamics of the CPSU, 1917-1967, in: S. Huntington/ C. Moore (Hrsg.), Authoritarian Politics in Modern Society, New York.
Bachrach, Peter (1967), The Theory of Democratic Elitism: A Critique, Boston.
Baier, Helmut (1968), Die deutschen Christen Bayerns im Rahmen des bayerischen Kirchenkampfes, Nürnberg.
Banks, Arthur S./ Robert B. Textor (1963), A Cross-Polity Survey, Cambridge, Mass..
Banks, Arthur S./ Phillip M. Gregg (1965), Grouping political systems, Q-factor analysis of a Cross-Polity Survey, in: American Behavioral Scientist 9, S. 3-6.
Barber, Benjamin (1969), Conceptual foundations of totalitarianism, in: Carl J. Friedrich/ M. Curtis/ B. Barber (Hrsg.), Totalitarianism in Perspective. Three Views, New York.
Barghoorn, Frederick C. (1971), The security police, in: H. Gordon Skilling/ F. Griffiths (Hrsg.), Interest Groups in Soviet Politics, Princeton.
- (1972), Politics in the USSR, Boston.
- (1973), Factional, sectoral, and subversive opposition in Soviet politics, in: Robert A. Dahl (Hrsg.), Regimes and Oppositions, New Haven.
Barnett, A. Doak (Hrsg.), (1969), Chinese Communist Politics in Action, Seattle.
Bärnthaler, Irmgard (1971), Die Vaterländische Front, Geschichte und Organisation,Wien.
Barton, Allen H./ Bogdan Denitch/ Charles Kadushin (Hrsg.), (1973), Opinion-Making Elites in Yugoslavia, New York
Bauer, Raymond A./ Alex Inkeles/ Clyde Kluckholn (1956), How the Soviet System Works, Cambridge, Mass.

Bauer, Otto/ Herbert Marcuse/ Arthur Rosenberg u.a. (1968), Faschismus und Kapitalismus, Frankfurt a.M.
Baum, Richard (Hrsg.) (1971), China in Ferment, Perspectives on the Cultural Revolution, Englewood Cliffs, N.J..
Baylis, Thomas A. (1974), The Technical Intelligentsia and the East German Elite, Legitimacy and Social Change in Mature Communism, Berkeley.
Beck, Carl (1970), Career characteristics of Eastern European leadership, in: R. Barry Farrell (Hrsg.), Political Leadership in Eastern Europe and the Soviet Union, Chicago.
Beck, F./ W. Godin [pseuds.] (1951), Russian Purge and the Extraction of Confession, New York.
Behrman, Lucy C. (1970), Muslim Brotherhoods and Politics in Senegal, Cambridge, Mass..
Bell, Daniel (1961), Ten theories in search of Soviet reality, in: Alex Inkeles/ Kent Geiger (Hrsg.), Soviet Society, A Book of Readings, Boston.
Bendix, Reinhard (1960), Max Weber, An Intellectual Portrait, Garden City, New York.
- (Hrsg.) (1968), State and Society, A Reader in Comparative Political Sociology, Boston.
Berdyaev, Nicholas (1948), The Origin of Russian Communism, London.
Berghahn, Volker R. (1969), NSDAP und geistige Führung der Wehrmacht 1939-1943, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 7, S. 17-71.
Berman, Harold J. (1963), Justice in the USSR, New York.
- (1972), Soviet Criminal Law and Procedure, the RSFSR Codes, Cambridge, Mass..
Berman, Harold J./ James W. Spindler (1972), Soviet Criminal Law and Procedure, The RSFSR Codes, Cambridge, Mass..
Berning, Cornelia (1964), Vom Abstammungsnachweis zum Zuchtwart, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin.
Berton, Peter/ Eugene Wu (1967), Contemporary China, A Research Guide, Stanford.
Bettelheim, Bruno/ Morris Janowitz (1950), Dynamics of Prejudice, New York.
Beyme, Klaus von (1971), Vom Faschismus zur Entwicklungsdiktatur, Machtelite und Opposition in Spanien, München.
Bienen, Henry (1970), Tanzania, Princeton.
- (1974), Military and society in East Africa, Thinking again about praetorianism, in: Comparative Politics 6, S. 489-517.
- (Hrsg.), (1968), The Military Intervenes, Case Studies in Political Development, New York.
Binder, Leonard (1969), Iran, Political Development in a Changing Society, Berkeley.

- (1964), The Ideological Revolution in the Middle East, New York.
- (1965), Egypt: The integrative revolution, in: L. W. Pye/ S. Verba (Hrsg.), Political Culture and Political Development, Princeton.
Black, Cyril (1970), Marx and modernization, in: Slavic Review 29, S. 189-86.
- (Hrsg.), (1967), The Transformation of Russian Society, Aspects of Social Change since 1861, Cambridge, Mass..
Black, Cyril E./ Thomas P. Thornton (Hrsg.), (1964), Communism and Revolution, The Strategic Uses of Political Violence, Princeton.
Blackmer, Donald L. M. (1968), Unity in Diversity: Italian Communism and the Communist World, Cambridge, Mass..
Blackmer, Donald L. M./ Sidney Tarrow, (Hrsg.), (1975), Communism in Italy and France, Princeton.
Bloch, Charles (1970), Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934, Frankfurt a.M..
Blondel, Jean (1972), Comparing Political Systems, New York.
Boberach, Heinz, (Hrsg.), (1965), Meldungen aus dem Reich, Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939-1944, Neuwied.
Borkenau, Franz (1933), Zur Soziologie des Faschismus, in: Ernst Nolte (Hrsg.), Theorien über den Faschismus, Köln.
Bourdeaux, Michael (1968), Religious Ferment in Russia, Protestant Opposition to Soviet Religious Policy, New York.
- (1969), Patriarch and Prophets, Persecution of the Russian Orthodox Church Today, London.
Bourricaud, François (1967), Pouvoir et société dans le Pérou contemporain, Paris.
Bowen, Ralph H. (1947), German Theories of the Corporate State, New York.
Bracher, Karl Dietrich (1957), Die Auflösung der Weimarer Republik, Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Stuttgart.
- (1970), The German Dictatorship, New York.
Bracher, Karl D. / Hans-Adolf Jacobsen, (Hrsg.), (1970), Bibliographie zur Politik in Theorie und Praxis, Düsseldorf.
Bracher, Karl Dietrich/ Wolfgang Sauer/ Gerhard Schulz (1960), Die nationalsozialistische Machtergreifung, Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln.
Bradenburg, Frank R. (1964), The Making of Modern Mexico, Englewood Cliffs, N.J..
Brandenburg, Hans-Christian (1968), HJ - Die Geschichte der HJ, Köln.
Brenner, Hildegard (1963), Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Reinbek.

Bretton, Henry L. (1966), The Rise and Fall of Kwame Nkrumah, A Study of Personal Rule in Africa, New York.
- (1971), Patron-Client Relations, Middle Africa and the Powers, New York.
- (1973), Power and Politics in Africa, Chicago.
Broszat, Martin (1966), German National Socialism, 1919-1945, Santa Barbara.
Brown, J. F. (1966), The New Eastern Europe, The Khrushchev Era and After, New York.
Brzezinski, Zbigniew (1956), The Permanent Purge, Cambridge, Mass..
- (1960), The Soviet Bloc, Cambridge, Mass. (erweiterte und überarbeitete Ausgabe 1971).
- (1962), Ideology and Power in Soviet Politics, New York.
- (1971), The Soviet Bloc, Unity and Conflict., Cambridge, Mass.
Brzezinski, Zbigniew/ Samuel P. Huntington (1964), Political Power, USA/USSR, New York.
Buchheim, Hans (1953), Glaubenskrise im Dritten Reich, Drei Kapitel nationalsozialistischer Religionspolitik, Stuttgart.
- (1958), Mitgliedschaft bei der NSDAP, in: Paul Kluke (Hrsg.), Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München.
- (1962), Totalitäre Herrschaft. Wesen und Merkmale, München.
- (1965), Befehl und Gehorsam, in: ders., Die SS - das Herrschaftsinstrument; Befehl und Gehorsam, NewYork.
Bullock, Alan (1964), Hitler: A Study in Tyranny, New York.
Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (1963), Die Wahlen in der Sowjetzone, Dokumente und Materialien, Bonn.
Burke, Melvin/ James Malloy (1972), Del Populismo Nacional al Corporativismo Nacional, El caso de Bolivia 1952-1970, in: Aportes 26, S. 66-97.
Burks, R. V. (1961), The Dynamics of Communism in Eastern Europe, Princeton.
Burks, R. V./ S. A. Stankoviae (1967), Jugoslawien auf dem Weg zu halbfreien Wahlen?, in: Osteuropa 17, S. 131-46.
Burrowes, Robert (1969), Totalitarianism, The revised standard version, in: World Politics 21, S. 272-94.
Bush, Richard C., Jr. (1970), Religion in Communist China, Nashville.
Busshoff, Heinrich (1968), Das Dollfuss-Regime in Österreich in geistesgeschichtlicher Perspektive unter besonderer Berücksichtigung der schöneren Zukunft und Reichspost, Berlin.
Butler, Rohan (1941), The Roots of National Socialism 1783-1933, London.
Camau, Michel (1971), La notion de démocratie dans la pensée des dirigeants maghrébins, Paris.

Cardoso, Fernando Henrique (1973), As contradiciones do Desenvolvimento-associado, Paper presented at the International Meeting on Sociology of Development, Dependency and Power Structure, Berlin, 1973.

Carr, Raymond (Hrsg.), (1971), The Republic and the Civil War in Spain, London.

Carsten, Francis L. (1967), The Rise of Fascism, Berkeley.

Carter, Gwendolen M. (Hrsg.), (1962), African One-Party States, Ithaca.

Cartwright, John R. (1970), Politics in Sierra Leone 1947-67, Toronto.

Chapman, Brian (1970), Police State, London.

Charles, Bernard (1969), Un parti politique africain, le Parti Démocratique de Guinée, Revue Française de Science Politique 12, S. 312-359.

Chen, S. H. (1967), Artificial flowers during a natural thaw, in: Donald W. Treadgold (Hrsg.), Soviet and Chinese Communism, Similarities and Differences, Seattle.

Chen, Theodore H. E. (Hrsg.), (1967), The Chinese Communist Regime, Documents and Commentary, New York.

Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch (1990), Die Geheimrede Chruschtschows, Über den Personenkult und seine Folgen, Rede des ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Gen. N.S. Chruschtschow, auf dem XX. Parteitag der kommunistischen Partei der Sowjetunion, 25. Februar 1956, Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen, 30. Juni 1956, Berlin.

Clausewitz, Karl von (1911), On War, (Original 1832), London.

Cliffe, Lionel (Hrsg.), (1967), One-Party Democracy, Nairobi.

Clogg, Richard/ George Yannopoulos, (Hrsg.), (1972), Greece under Military Rule, New York.

Cocks, Paul (1970), The rationalization of party control, in: Chalmers Johnson (Hrsg.), Change in Communist Systems, Stanford.

Cohen, Lenard (1973), The social background and recruitment of Yugoslav political elites, 1918-1948, in: Allen H. Barton, Bogdan Denitch, and Charles Kadushin (Hrsg.), Opinion-Making Elites in Yugoslavia, New York.

Cohen, Ronald/ John Middleton (Hrsg.), (1957), Comparative Political Systems, Studies in the Politics of preindustrial Societies, New York.

Cohn, Norman (1966), Warrant for Genocide, New York.

Coleman, James S./ Carl C. Rosberg, Jr. (Hrsg.), (1964), Political Parties and National Integration in Tropical Africa, Berkeley.

Conde, Francisco Javier (1942), Introducción al Derecho Político actual, Madrid.

Conquest, Robert (1960), The Soviet Deportation of Nationalities, New York.
- (1968), The Great Terror, Stalin's Purge of the Thirties, New York.
Conrad-Martius, Hedwig (1955), Utopien der Menschenzüchtung, Der Sozialdarwinismus und seine Folgen, München.
Conway, John S. (1968), The Nazi Persecution of the Churches, 1933-1945, New York.
Conze, Werner/ Hans Raupach (Hrsg.), (1967), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33, Stuttgart.
Cornell, Richard (1970), The Soviet Political System, A Book of Readings, Englewood Cliffs, N.J..
Cosío Villegas, Daniel (1979), El sistema político mexicano, las posibilidades de cambio, Mexico City.
Cotler, Julio (1972), Bases del Corporativismo en el Peru, in: Sociedad y Política 1, S. 3-11.
Coverdale, John F., Mussolini and Franco, Italian Intervention in the Spanish Civil War, Princeton.
Craig, A. M. (1961), Cho-Shu in the Meiji Restoration, Cambridge.
Crassweller, Robert D. (1966), Trujillo, The Life and Times of a Caribbean Dictator, New York.
Croan, Melvin (1970), Is Mexico the future of East Europe, institutional adaptability and political change in comparative perspective, in: S. Huntington/ C. Moore (Hrsg.), Authoritarian Politics in Modern Society, New York
Curtis, John S. (1960), Church and state, in: Cyril E. Black (Hrsg.), The Transformation of Russian Society, Cambridge.
Curtis, Michael (1969), Retreat from totalitarianism, in: Carl J. Friedrich, M. Curtis/ Benjamin Barber (Hrsg.), Totalitarianism in Perspective, Three Views, New York.
Daalder, Hans (1974), The consociational democracy theme, A review article, in: World Politics 26, S. 604-621.
Daedalus (Winter, 1973), Post-traditional societies.
Dahl, Robert A. (1971), Polyarchy, Participation and Opposition, New Haven.
Dahrendorf, Ralf (1967), Society and Democracy in Germany, Garden City, New York
Dallin, Alexander/ George W. Breslauer (1970), Political Terror in Communist Systems, Stanford.
Dallin, David J./ Boris I. Nicolaevsky (1947), Forced Labor in Soviet Russia, New Haven.
Daniels, Robert Vincent (1969), The Conscience of the Revolution, Communist Opposition in Soviet Russian, New York
Dann, Uriel (1969), Iraq under Quassem, A Political History 1958-1963, New York.
Deakin, F. W. (1966), The Brutal Friendship, Mussolini, Hitler and the Fall of Italian Fascism, Garden City, New York

De Felice, Renzo (1965), Mussolini il rivoluzionario, 1833-1920, Torino.
- (1966a), Mussolini il fascista. I, La conquista del potere, 1921-1925, Torino.
- (1968), Mussolini il fascista. II, L'organizzazione dello Stato fascista, 1925-1929, Torino.
- (1969), Le Interpretazioni del Fascismo, Bari.
- (1970), Il Fascismo, Le Interpretazioni dei contemporanei e degli storici, Bari.
- (Hrsg.), (1966b), Il Fascismo e I Partiti Politici Italiani, Testimonianze del 1921-1923, Rocca San Casciano.
Dekmejian, R. Hrair (1971), Egypt under Nasir, A Study in Political Dynamics, A1bany.
Delzell, Charles F. (Hrsg.), (l970), Mediterranean Fascism 1919-1915, New York.
Diamant, Alfred (1960), Austrian Catholics and the First Republic, Democracy, Capitalism, and the Social Order, 1918-1934, Princeton.
Diaz, Elias (1974), Pensamiento español 1939-73, Madrid.
Dicks, Henry V. (1972), Licensed Mass Murder, A Socio-Psychological Study of Some SS Killers, New York.
Diederich, Bernard/ A1 Burt (1969), Papa Doc, The Truth about Haiti Today, New York.
Dominguez, Jorge I. (1974), The civic soldier in Cuba, in: Catherine McArdle (Hrsg.), Political-Military Systems, Comparative Perspectives, Beverly Hills.
Döring, Hans Joachim (1964), Die Zigeuner im nationalsozialistischen Staat, Hamburg.
Drachkovitch, Milorad M. (Hrsg.), (1965), Marxism in the Modern World, Stanford.
Draper, Theodore (1965), Castroism, Theory and Practice, New York.
Dumont, René (1970), Cuba est-il socialiste? Paris.
Duprat, Gérard (1973), Révolution et autogestion rurale in Algérie, Paris.
Durkheim, Emile (1902), De la division du travail social: Étude sur l´organisation des sociétés supérieures, Paris.
Duverger, Maurice (1963), Political Parties, New York.
Eckstein, Harry (1966), Division and Cohesion in Democracy: A Study of Norway, Princeton.
- (1971), The Evaluation of Political Performance: Problems and Dimensions, Beverly Hills.
Eichholtz, Dietrich (1969), Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft: 1939-1945, Berlin.
Einaudi, Luigi R. (1969), The Peruvian Military: A Summary Political Analysis, Rand Memorandum Santa Monica.

Einaudi, Luigi/Alfred Stepan (1971), Latin American Institutional Development: Changing Military Perspectives in Peru and Brasil, Santa Monica.
Eisenstadt, S. N. (1958), The study of oriental despotism as system of total power, in: The Journal of Asian Studies 17, S. 435-446.
- (1959), Primitive political systems: A preliminary comparative analysis, in: American Anthropologist 61, S. 205-220.
- (1962), The Political Systems of Empires, New York.
- (1967), Israeli Society, New York.
- (Hrsg.), (1971), Political Sociology: A Reader, New York.
Elbow, Matthew H. (1953), French Corporative Theory, 1789-1948, New York.
Eschenburg, Th., et al. (1966), The Path to Dictatorship 1918-1933: Ten Essays by German Scholars, Garden City, New York
Esteban, Jorge de, et al. (1973), Desarrollo político y Constitución española, Barcelona.
Evans-Pritchard, E. E. (1940), The Political System of the Annuak of the Anglo Egyptian Sudan, London.
- (1948), The Divine Kingship of the Shilluk of the Nilotic Sudan, Cambridge.
Evers, Tilman Tönnies (1972), Militärregierung in Argentinien, Frankfurt a.M..
Fagen, Richard R. (1965), Charismatic authority and the leadership of Fidel Castro, in: Western Political Quarterly 18, S. 275-284.
- (1969), The Transformation of Political Culture in Cuba, Stanford.
Fagen, R. R./ Richard A. Brody/ Thomas J. O'Leary (1968), Cubans in Exile: Disaffection and the Revolution, Stanford.
Fagen, Richard R./ William S. Tuohy (1979), Politics and Privilege in Mexican City, Stanford.
Fainsod, Merle (1963), Smolensk under Soviet Rule, New York.
Fallers, Lloyd A. (1965), Bantu Bureaucracy: A Century of Political Evolution among the Basoga of Uganda, Chicago.
Farrell, R. Barry (I970a), Top political leadership in Eastern Europe, in: R. Barry Farrell (Hrsg.), Political Leadership in Eastern Europe and the Soviet Union, Chicago.
- (Hrsg.), (1970b). Political Leadership in Eastern Europe and the Soviet Union, Chicago.
Faye, Jean Pierre (1972), Langages totalitaires, Paris.
Fein, Leonard J. (1967), Politics in Israel, Boston.
Feit, Edward (1973), The Armed Bureaucrats: Military-Administrative Regimes and Political Development, Boston.
Feith, Herbert (1962), The Decline of Constitutional Democracy in Indonesia, Ithaca.
Fernandez-Carvajal, Rodrigo (1969), La Constitución Española, Madrid.

Fest, Joachim C. (1970), The Face of the Third Reich, Portraits of the Nazi Leadership, New York.
Fetscher, Iring (1969), Faschismus und Nationalsozialismus, Zur Kritik des sowjet-marxistischen Faschismusbegriffs, Politische Vierteljahresschrift 3, S. 42-63.
Finer, Herman (1935), Mussolini's Italy, New York.
Finer, S. E. (1962), The Man on Horseback: The Role of the Military in Politics, New York.
- (1971), Comparative Government, New York.
Fischer, George (1968), The Soviet System and Modern Society, New York.
Fischer, Sydney Nettleton (Hrsg.), (1963), The Military in the Middle East, Columbus.
Fishman, Joshua A. (1968), Some contrast between linguistically homogeneous and linguistically heterogeneous polities, in: Joshua A. Fishman/ Charles A. Fergurson/ Jyatirindra das Gupta (Hrsg.), Language Problems of Developing Nations, New York.
Fitch, John S., III (1973), Toward a model of the coup d'etat as a political process in Latin America, Ecuador 1948-1966, Yale.
Fitch, Bob/ Mary Oppenheimer (1966), Ghana, end of an illusion, Monthly Review, 18:1-130.
Fleischman, V. (1971), Aspekte der sozialen und politischen Entwicklung Haitis, Stuttgart.
Fleron, Frederic (1970), Representation of career types in Soviet political leadership, in: R. Barry Farrell (Hrsg.), Political Leadership in Eastern Europe and the Soviet Union, Chicago.
- (Hrsg.), (1969), Communist Studies and the Social Sciences, Essays on Methodology and Empirical Theory, Chicago.
Foltz, William J. (1965), From French West Africa to the Mali Federation, New Haven.
Fortes, M./ E. E. Evans-Pritchard (Hrsg.), (1940), African Political Systems, London.
Fraenkel, Ernst (1941), The Dual State, A Contribution to the Theory of Dictatorship, New York.
Fraga Iribarne, Manuel (1959), El reglamento de las Cortes Españolas, Madrid.
Friedland, Villiam H./ Carl G. Rosberg, Jr., (Hrsg.), (1964), African Socialism, Stanford.
Friedrich, Carl J. (1969), The evolving theory and practice of totalitarian regimes, in: C. Friedrich/ Michael Curtis/ Benjamin R. Barber (Hrsg.), Totalitarianism in Perspective, Three Views, New York.
- (Hrsg.), (1954), Totalitarianism, Cambridge.
Friedrich, Carl J./ Zbigniew K. Brzezinski (1965), Totalitarian Dictatorship and Democracy, New York.
Fromm, Erich (1941), Escape from Freedom, New York.

Galindez, Jesus de (1973), The Era of Trujillo Dominican Dictator, Tucson.
Galkin, Alexander (1970), Capitalist society and fascism, Social Sciences (Published by the USSR Academy of Sciences) 1, S. 128-38.
Gamm, Hans-Jochen (1969), Der braune Kult, Das Dritte Reich und seine Ersatzreligion, Ein Beitrag zur politischen Bildung, Hamburg.
Geertz, Clifford (1968), Islam Observed, Religious Development in Morocco and Indonesia, New Haven.
Geiger, Theodor (1932), Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart.
Gellner, Ernest/ Charles Micaud (Hrsg.), (1972), Arabs and Berbers, From Tribe to Nation in North Africa, Lexington.
Germani, Gino (1965), Política y sociedad en una época de transición, Buenos Aires.
- (1973), E1 surgimiento del peronismo, el rol de los obreros y de los migrantes internos, 13:S. 435-88.
Germani, Gino/ Kalman Silvert (1961), Politics, social structure and military intervention in Latin America, Archives Europeennes de Sociologie, 2:60-81.
Germino, Dante L. (1959), The Italian Fascist Party in Power, Minneapolis.
Gibson, R. (1972), African Liberation Movements, Contemporary Struggles against White Minority Rule, London.
Gilison, Jerome M. (1970), Elections, dissent, anti political legitimacy, in: Richard Cornell (Hrsg.), The Soviet Political System, A Book of Readings, Englewood Cliffs, N.J..
Gilmore, Robert (1964), Caudillism and Militarism in Venezuela 1810-1910, Athens, Ohio.
Gimbel, John H. (1968), The American Occupation of Germany, Politics and the Military, 1915-1919, Stanford.
Gitelman, Zvi Y. (1970), Power and authority in Eastern Europe, in: Chalmers Johnson (Hrsg.), Change in Communist Systems, Stanford.
Gittings, John (1967), The Role of the Chinese Army, London.
Gliksman, Jerzy G. (1954), Social propylaxis as a form of Soviet terror, in: Carl J. Friedrich (Hrsg.), Totalitarianism, Cambridge.
Gluckman, Max (1965a), Politics, Law and Religion in Tribal Society, Chicago.
- (1965b), The Ideas of Barotse Jurisprudence, New Haven.
Gonzalez Casanova, Pablo (1970), Democracy in Mexico, New York.
Gordon, Harold J., Jr. (1972), Hitler and the Beer Hall Putsch, Princeton.

Görgen, Hans-Peter (1968), Düsseldorf und der Nationalsozialismus, Köln.
Greene, Nathanael (Hrsg.), (1968), Fascism, An Anthology, New York.
Gregor, A. James (1968), Contemporary Radical Ideologies, New York.
- (1969), The Ideology of Fascism, The Rationale of Totalitarianism, New York.
- (1974a), The Fascist Persuasion in Radical Politics, Princeton.
- (1974b), Interpretations of Fascism, Morristown.
- (1974c), Fascism and modernization, some addenda, World Politics 26: 370-84.
Gripp, Richard C. (1973), The Political System of Communism, New York.
Groth, Alexander J. (1964), The 'isms' in totalitarianism, The American Political Science Review 58:888-901.
Grunberger, Richard (1971), The 12-Year Reich, A Social History of Nazi Germany 1933-1945, New York.
Gueyt, Remi (1969), La mutation tchécoslovaque, Paris.
Gulijew, W.E. (1972), Demokratie und Imperialismus, Berlin.
Gutteridge, William F. (1961), Military Institutions and Power in the New States, New York.
Hale, Oron J. (1964), The Captive Press in the Third Reich, Princeton.
Halm, George N. (1969), Will market economies and planned economies converge?, in: Erich Streissler (Hrsg.), Roads to Freedom, Essays in Honor of Friedrich A. von Hayek, London.
Halperin, Maurice (1972), The Rise and Decline of Fidel Castro, An Essay in Contemporay History, Berkeley.
Halpern, Manfred (1963), The Politics of Social Change in the Middle East and North Africa, Princeton.
Hamilton, Alastair (1971), The Appeal of Fascism, New York.
- (1973), The Appeal of Fascism, A Study of Intellectuals and Fascism 1919-1915, New York.
Hammond, Thomas T. (1955), Yugoslav elections, democracy in small doses, Political Science Quarterly 70:57-74.
Hamon, Leo/ Albert Mabileau (1964), La personnalisation du pouvoir, Paris.
Harasymiw, Bohdan (1972), Nomeklatura, The soviet communist party's Leadership recruitment system, Canadian Journal of Political Science 2:59-512.
Harik, Iliya (1973), The single party as a subordinate movement, the case of Egypt, World Politics 5, 26.
Hartz, Louis (1964), The Founding of New Societies, Studies in the History of the United States, Latin America, South Africa, Canada and Australia, New York.

Hayes, Paul M. (1973), Fascism, New York.
Hayward, Max/ William C. Fletcher (Hrsg.), (1969), Religion and the Soviet State, New York.
Hector, Cary (1964), Der Staatsstreich als Mittel der politischen Entwicklung in Südamerika, Dargestellt am Beispiel Argentiniens und Boliviens von 1930 bis 1955, Berlin.
Heidenheimer, Arnold J. (Hrsg.) (1970), Political Corruption, Readings in Comparative Analysis, New York.
Hennig, Eike (1973), Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938, Frankfurt a.M.
Hermassi, Elbaki (1972), Leadership and National Development in North Africa, A Comparative Study, Berkeley.
Hermet, Guy (1973), Les fonctions politiques des organisations religieuses dans les régimes à pluralisme limité, Revue Française de Science Politique 23:439-72.
Herre, Vorher F./ H. Auerbach (1905), Bibliographie zur Zeitgeschichte und zum Zweiten Weltkrieg für die Jahre 1915-1950, München.
Hess, Robert L. (1970), Ethiopia, The Modernization of Autocracy, Ithaca.
Hess, Robert L./ Gerhard Loewenberg (1964), The Ethiopian no-party state, a note on the functions of political parties in developing states, American Political Science Review 58:947-50.
Heyen, Franz Josef (1967), Nationalsozialismus im Alltag, Boppard.
Hildebrand, Klaus (1973), The Foreign Policy of the Third Reich, London.
Hilferding, Rudolf (1947a), The modern totalitarian state, Modern Review 1:597-605, (Erstmals unter dem Pseudonym Richard Kern, Die Weltwirtschaft in Kriegsgefahr, Neuer Vorwärts 289: January 1939.).
- (1947b), State capitalism or totalitarian state economy, Modern Review 1:26-71.
Hillgruber, Andreas (1971), Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Düsseldorf.
Hitler, Adolf (1922-26), Mein Kampf, englische Ausgabe von 1943, Boston.
Hodgkin, Thomas (1961), African Political Parties, An Introductory Guide, Harmondsworth, Middlesex.
Höhne, Heinz (1969), Der Orden unter dem Totenkopf, Die Geschichte der SS, Gütersloh.
Hoopke, Klaus-Peter (1968), Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus, Düsseldorf.
Hofer, Walther (Hrsg.), (1957), Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933-1945, Frankfurt a.M..
Hoffmann, Erik P./ Frederic J. Fleron, Jr., (Hrsg.), (1971), The Conduct of Soviet Foreign Policy, Chicago.

Hoffman, George W./ Fred W. Neal (1962), Yugoslavia and the New Communism, New York.
Hollander, Gayle D. (1972), Soviet Political Indoctrination, New York.
Hollander, Paul (1969), American and Soviet Society, Englewood Cliffs, N.J..
- (1973), Soviet and American Society, A Comparison, New York.
Hopkins, Raymond F. (1971), Political Roles in a New State, Tanzania's First Decade, New Haven.
Horn, Wolfgang (1972), Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf.
Horowitz, Irving Louis (1967), The military elites, in: S. M. Lipset/ A. Solari (Hrsg.), Elites in Latin America, New York
- (Hrsg.), (1972), Cuban Comunism, New Brunswick, N.J..
Horvat, Branko (1969), An Essay on Yugoslav Society, White Plains, New York
Hough, Jerry F. (1969), The Soviet Prefects, The Local Party Organs in Industrial Decision-making, Cambridge.
- (1971), The party apparatchiki, in: H. Gordon Skilling/ Franklyn Griffiths (Hrsg.), Interest Groups in Soviet Politics, Princeton.
- (1974), The Soviet system, petrification or pluralism?, in: Lenard J. Cohen/ Jane P. Shapiro (Hrsg.), Communist Systems in Comparative Perspective, Garden City, New York
Huberman, Leo/ Paul M. Sweezy (1969), Cuba, Anatomy of a Revolution, New York.
Huntington, Samuel P. (1956), Civilian control of the military, a theoretical statement, in: H. Eulau, S. Eldersveld/ M. Janowitz (Hrsg.), Political Behaviour, A Reader in Theory and Research, New York.
- (1964), The Soldier and the State, The Theory and Politics of Civil-Military Relations, New York.
- (1968), Political Order in Changing Societies, New Haven.
- (1970), Social and institutional dynamics of one-party systems, in: S. P. Huntington/ C.-H. Moore (Hrsg.), Authoritarian Politics in Modern Society, New York.
- (Hrsg.), (1962), Changing Patterns of Military Politics, New York.
Huntington, Samuel P./ Clement H. Moore (1970), Conclusion, authoritarianism, democracy, and one-party politics, in: S. P. Huntington/ C. M. Moore (Hrsg.), Authoritarian Politics in Modern Society, New York.
Hurewitz, J. C. (1969), Middle East Politics, The Military Dimension, New, York.
Iglesias Selgas, Carlos (1968), La via española a la democracia, Madrid.
- (1971), Comentarios a la Ley Sindical, Madrid.

Inkeles, Alex (1954), The totalitarian mystique, some impressions of the dynamics of totalitarian society, in: Carl J. Friedrich (Hrsg.), Totalitarianism, Cambridge.
Inkeles, Alex/ Raymond A. Bauer (1959), The Soviet Citizen, Daily Life in a Totalitarian Society, Cambridge.
Inkeles, Alex/ Kent Ceiger (Hrsg.), (1961), Soviet Society, A Book of Readings, Boston.
Institute for the Comparative Study of Political Systems, A Division of Operations and Policy Research Inc. (ab 1962), Election Factbook, Washington, D.C.
Institutional Journal of Politics (1973), Bd. 2, Nr. 4, Critiques of fascism theory from the West German New Left, Several essays.
Ionescu, Ghita (1967), The Politics of the European Communist States, New York.
Jäckel, Eberhard (1972), Hitler's Weltanschauung, A Blueprint for Power, Middletown.
Jackson, Gabriel (1965), The Spanish Republic and the Civil War 1931-1939, Princeton.
Jacobsen, Hans-Adolf (1968), Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938, Frankfurt a.M..
Jacobson, Jason, (Hrsg.), (1972), Soviet Communism and the Socialist Vision, New Brunswick.
Jäger, Herbert (1967), Verbrechen unter totalitärer Herrschaft, Studien zur nationalsozialistischen Gewaltkriminalität, Olten.
James, Robert Rhodes, (Hrsg.), (1969), The Czechoslovak Crisis, 1968, London.
Janda, Kenneth (Hrsg.), (1972), International Comparative Political Parties Project, ICPP variables and coding manual, Evanston.
Jänicke, Martin (1971), Totalitäre Herrschaft, Anatomie eines politischen Begriffes, Berlin.
Janos, Andrew C. (1970a), The one-party state and social mobilization, East Europe between the wars, in: S. Huntington/ C. Moore (Hrsg.), Authoritarian Politics in Modern Society, New York.
- (1970b), Group politics in communist society, a second look at the pluralistic model, in: S. Huntington/ C. Moore (Hrsg.), Authoritarian Politics in Modern Society, New York.
Janowitz, Morris (1964), The Military in the Political Development of New Nations, An Essay in Comparative Analysis, Chicago.
- (1971), On Military Intervention, Rotterdam.
Janowitz, Morris/ Jacques Van Doorn (Hrsg.), (1971), On Militaty Ideology, Rotterdam.
Jansen, M. B. (1961), Sakamoto, Ryoma and the Meiji Restoration, Princeton.
Jasper, Gotthard (Hrsg.), (1968), Von Weimar zu Hitler, 1930-1933, Köln.

Joffe, Ellis (1965), Party and Army-Professionalism and Political Control in the Chinese Officer Corps, 1919-1964, Cambridge.
- (1971), The Chinese army under Lin Piao, prelude to political intervention, in: J. M. H. Lindbeck (Hrsg.), China, Management of a Revolutionary Society, Seattle.
Johe, Werner (Hrsg.), (1967), Die gleichgeschaltete Justiz, Frankfurt a. M..
Johnson, Chalmers (Hrsg.), (1970), Change in Communist Systems, Stanford.
Johnson, John (1964), The Military and Society in Latin America, Stanford.
Johnson, Priscilla/ Leopold Labedz, (Hrsg.), (1965), Khrushchev and the Arts, The Politics of Soviet Culture, 1967-1961, Cambridge.
Jowitt, Kenneth (1971), Revolutionary Breakthroughs and National Development, The Case of Romania, 1914-1965, Berkeley.
Jünger, Ernst (1934), Die totale Mobilmachung, (1. Ausgabe 1930), Berlin.
Kahin, Georg AlcTurnan (1964), Governments and Politics in Southeast Asia, Ithaca.
Kaltefleiter, Werner (1968), Wirtschaft und Politik in Deutschland, Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems, Köln.
Kanet, Roger E. (Hrsg.), (1971), The Behavioral Revolution and Communist Studies, New York.
Karol, K. S. (1970), Guerrillas in Power, The Course of the Cuban Revolution, New York.
Karpat, Kemal H. (1959), Turkey's Politics, The Transition to a Multiparty System, Princeton.
- (Hrsg.), (1968), Political and Social Thought in the Contemporary Middle East, New York.
Kase, Francis, J. (1968), People's Democracy, A Contribution to the Study of the Communist Theory of State and Revolution, Leyden.
Kassof, Allen (1965), The Soviet Youth program, Cambridge.
- (1969), The administered society, totalitarianism without terror, in: Frederick J. Fleron, Jr. (Hrsg.), Communist Studies and the Social Sciences, Chicago.
- (Hrsg.), (1968), Prospects for Soviet Society, New York.
Kaufman, Susan Beth (1970), Decision-making in an authoritarian regime, the politics of profit-sharing in Mexico, Columbia University, N.J..
Kautsky, John H./ Roger W. Benjamin (1968), Communism and economic deve1opment, in: John H. Kautsky (Hrsg.), Communism and the Politics of Development, New York.
Kay, Hugh (1970), Salazar and Modern Portugal, New York.
Kedward, H. R. (1969), Fascism in Western Europe 1945, Glasgow.

Kele, Max H. (1972), Nazis and Workers, National Socialist Appeals to German Labor, 1919-1933, Chape1 Hill.
Kelleher, Catherine McArdle (Hrsg.), (1974), Political-Military Systems, Comparative Perspectives, Beverly Hills.
Kelsen, Hans (1929), Vom Wesen und Wert der Demokratie, Tübingen.
- (1948), The Political Theory of Bolshevism, A Critical Analysis, University of California, Berkeley.
Kern, Robert/ Ronald Dolkart (Hrsg.), (1973), The Caciques, Oligarchical Politics and the System of Caciquismo in the Luso-Hispanic World, Albuquerque.
Kilson, Martin (1963), Authoritarian and single-party tendencies in African politics, World Politics 15:262-94.
Kim, Se-Jin (1971), The Politics of Military Revolution in Korea, Chapel Hill.
Kirchheimer, Otto (1969), Politics, Law, and Social Change, New York.
Kirkpatrick, Jeane (1971), Leader and Vanguard in Mass Society, A Study of Peronist Argentina, Cambridge.
Klemperer, Victor (1966), Die unbewältigte Sprache, Aus dem Notizbuch eines Philologen LTI, Darmstadt.
Kling, Merle (1956), Towards a theory of power and political instability in Latin America, Western Political Quarterly 9:21-35.
Klönne, Arno (1957), Hitlerjugend, Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich, Hannover.
Kluke, Paul (1973), National Socialist Europe ideology, in: Hajo Holborn (Hrsg.), Republic to Reich, The Making of the Nazi Revolution, New York.
Koehl, Robert (1972), Feudal aspects of National Socialism, in: H. Turner (Hrsg.), Nazism and the Third Reich, New York
Kogon, Eugen (1950), The Theory and Practice of Hell, London.
Kollowicz, Roman (1967), The Soviet Military and Communist Party, Princeton.
- (1971), The military, in: H. G. Skilling/ F. Griffiths (Hrsg.), Interest Groups in Soviet Politics, Princeton.
Kool, Frits/ Erwin Oberländer (Hrsg.), (1967), Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Olten.
Korbell, J. (1959), Communist Subversion of Czechoslovakia, 1938-1948, The Failure of Coexistence, Princeton.
Korbonski, Andrzej (1974), Comparing liberalization processes in Eastern Europe, A preliminary analysis, in: Lenard J. Cohen/ Jane P. Shapiro (Hrsg.), Communist Systems in Comparative Perspective, Garden City, New York
Kornhauser, W. (1959), The Politics of Class Society, Glencoe.
Kosheri Mahfouz, E1 (1972), Socialisme et pouvoir en Egypte, Paris.
Krader, Lawrence (1968), The Origins of the State, Englewood

Cliffs, N.J..
Krausnick, Helmut/ Hans Buchheim/ Martin Broszat/ Hans-Adolf Jacobsen (1968), Anatomy of the SS State, New York
Kriegel, Annie (1972), Les grands procès dans les systèmes communistes, Paris.
Kühnl, Reinhard (1966), Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Meisenheim.
Labedz, Leopold (Hrsg.), (1962), Revisionism, Essyas on the History of Marxist Ideas, New York.
La Cierva, Ricardo de (1969), Historia de la Guerra Civil española, Bd. 1, Madrid.
Lacouture, Jean (1969), Quatreé hommes et leurs peuples, Surpouvoir et sousdevelopment, Paris.
Lacouture, Jean/ Simonne Lacouture (1958), Egyypt in Transition, New York.
Lamounier, Bolivar (1974), Ideologie em regimes autoritarios, uma critica a Juan J. Linz, Estudos Cebrap (Sao Paulo) 7, S. 69-92.
Landau, Jacob M., (Hrsg.), (1972), Man, State, and Society in the Contemporary Middle East, New York.
Lande, Carl H. (1965), Leaders, Factions, and Parties, The Structure of Philippine Politics, New Haven.
Lane, David/ George Kolankiewicz, (Hrsg.), (1973), Social Groups in Polish Society, New York.
Lang, Kurt (1965), Military sociology, a trend report and bibliography, Current Sociology 13: 1-55.
Lange, M. G. (1955), Wissenschaft im totalitären Staat, Die Wissenschaft der sowjetischen Besatzungszone auf dem Weg zum Stalinismus, Stuttgart.
Lanning, Eldon (1974), A typology of Latin American political systems, Comparative Politics 6:367-94.
Laquer, Walter (Hrsg.), (1976), Fascism. A Reader‘s Guide, Analysis, Interpretation, Bibliography, London.
Laqueur, Walter/ Leopold Labedz (Hrsg.), (1962), Polycentrism, The New Factor in International Communism, New York
Laqueur, Walter/ George L. Mosse (Hrsg.), (1966), International Fascism, 1920-1945, New York.
Lassell, Harold D./ Daniel Lerner (Hrsg.), (1966), World Revolutionary Elites, Studies in Coercive Ideological Movements, Cambridge.
Ledeen, Michael A. (1979), Universal Fascism, The Theory and Practice of the Fascist international 1928-1936, New York
Ledesma Ramos, R. (1968), Fascismo en España, Discurso a las juventudes de España, (1. Ausgabe 1935), Barcelona.
Lee, J. M. (1969), African Armies and Civil Order, New York.
Leeds, Anthony (1964), Brazilian careers and social structure, American Anthropologist 66: 1321- 47.

Lefever, Ernest W. (1970), Spear and Scepter, Army Police and Politics in Tropical Africa, Washington D.C..

Leff, Nathaniel H. (1968), Economic Policy-Making and Development in Brazil 1917-1964, New York.

Leites, Nathan C. (1953), A Study of Bolshevism, Clencoe.

Leites, Nathan/ Elsa Bemaut (1954), Ritual of Liqudation, The Case of the Moscow Trials, Glencoe.

Lemarchand, Rene (1979), Political clientelism and ethnicity in tropical Africa, competing solidarities in nation-building, The American Political Science Review 66: 68-90.

Lemarchand, Rene/ Keith Legg (1972), Political clientelism and development, a preliminary analysis, Comparative Politics 4:14-78.

Lenin, W. I. (1966), Geschichtliches zur Frage der Diktatur (Notizen), in: Ders., Werke Bd. 31, Berlin.

Lenin, W. I. (1951), Ein Schritt vorwärts, zwei Schritt zurück, Werke Berlin.

Lepsius, Rainer (1968), The collapse of an intermediary power structure, Germany 1933-1934, International Journal of Comparative Sociology 9:289-301.

- (1971), Machtübernahme und Machtübergabe, Zur Strategie des Regimewechsels, in: Hans Albert et al. (Hrsg.), Sozialtheorie und soziale Praxis, Meisenheim.

Lerner, Daniel/ Ithiel de Sola Pool/ George K. Schueller (1966), The Nazi elite, in: H. Lasswell/ D. Lerner (Hrsg.), World Revolutionary Elites, Studies in Coercive Ideological Movements, Cambridge.

Levine, Donald N. (1965), War and Gold, Tradition and Innovation in Ethiopian Culture, Chicago.

Levytsky, Borys (Hrsg.), (1974), The Stalinist Terror in the Thirties, Documentation from the Soviet Press, Stanford.

Lewis, John Wilson (1963), Leadership in Communist China, Ithaca.

Lewy, Guenter (1965), The Catholic Church and Nazi Germany, New York.

Lieuwen, Edwin (1960), Arms and Politics in Latin America, New York.

Lieuwen, Edwin (l964), Generals vs. Presidents, Neo- Militarism in Latin America, New York.

Lifton, Robert Jay (1968), Revolutionary Immortality, Mao Tse-tung and the Chinese Cultural Revolution, New York.

Lijphart, Arend (1968a), Typologies of democratic systems, Comparative Political Studies 1: 3-44.

- (1968b), The Politics of Accommodation, Pluralism and Democracy, the Netherlands, Berkeley.

- (1969), Consociational democracy, World Politics 21, S. 207-225.

- (1975), Review article, the Northern Ireland problem, cases, theories, and solutions, British Journal of Political Science 5, S. 83-106.
Lindbeck, J. M. H. (1967), Transformation in the Chinese Communist Party, in: Donald W. Treadgold (Hrsg.), Soviet and Chinese Communism, Similarities and Differences, Seattle.
- (Hrsg.) (1971), China, Management of a Revolutionary, Society, Seattle.
Linnemann, H., J. P. Pronk/ Jan Tinbergen (1965), Convergence of Economic Systems in East and West, Rotterdam.
Linz, Juan J. (1964), An Authoritarian Regime, The Case of Spain, in: Erik Allard/ Yrjo Littunen (Hrsg.), Cleavages, Ideologies and Party Systems, Helsinki.
- (1966), Michels e il suo contributo alla sociologia politica, Introduction to Roberto Michels, La sociologia del partito politico della democrazia moderna, Bologna.
- (1970a), From Falange to Movimiento-Organización, the Spanish single party and the Franco regime 1936-1968, in: S. Huntington/ C. Moore (Hrsg.), Authoritarian Politics in Modern Societies, The Dynamics of Established One Party Systems, New York.
- (1970b), Elites locales y cambio social en la Andalucia rural, Vol. 2, Estudio Socioeconómico de Andalucia, Madrid.
- (1973a), Opposition in and under an authoritarian regime, the case of Spain, in: Robert A. Dahl (Hrsg.), Regimes and Oppositions, New Haven.
- (1973b), The Future of an authoritarian situation or the institutionalization of an authoritarian regime, the case of Brazil, in: Afred Stepan (Hrsg.), Authoritarian Brazil, Origins, Policies, and Future, New Haven.
- (1973c), Continuidad y discontinuidad en la élite política española, de la restauración al régimen actual, in Libro Homenaje al Prof. Carlos Ollero, Madrid.
- (1976), Some notes towards a comparative study of fascism in sociological-historical perspective, in: Laquer (Hrsg.), 3-121.
Linz, Juan J./ Stepan, Alfred (Hrsg.), (1984), The Breakdown of Democratic Regimes, Crisis, Breakdown, and Reequilibration, Baltimore.
- (Hrsg.), Breakdown, and Crises of Democracies.
Linz, Juan J./ Amando De Miguel (1966a), Within-nation differences and comparisons, the eight Spains, in: Richard L. Merrit/ Stein Rokkan (eds.), Comparing Nations, New Haven.
- (1966b), Los empresarios ante el poder público, El liderazgo y los grupos de intereses en el empresariado español, Madrid.
Lipset, Seymour Martin (1959), Some social requisites of democracy, economic development and political legitimacy, American Political Science Review 53:69-105.

- (1960), Fascism-left, right, and center, in: S. M. Lipset, Political Man, The Social Bases of Politics, Garden City, New York
- (1973), Commentary, social stratification research and Soviet scholarship, in: Murray Yanowitch/ Wesley A. Fisher (Hrsg.), Social Stratification and Mobility in the USSR, White Plains, New York.
Lipset, Seymour M./ R. B. Dobson (1973), Social stratification and sociology in the Soviet Union, Survey 3:114-85.
Lipset, S. M./ S. Rokkan (1967), Cleavage structures, party systems, and voter alignment, an introduction, in: Lipset/ Rokkan (Hrsg.), Party Systems and Voter A1ignments, Cross-National Perspectives, New York.
Lipson, Leon (1967), Law, the function of extra-judicial mechanisms, in: Donald W. Treadgold (Hrsg.), Soviet and Chinese Communism, Similarities and Differences, Seattle.
- (1968), Law and society, in: Allen Kassof (Hrsg.), Prospects for Soviet Society, New York.
Lockwood, Lee (1967), Castro's Cuba, Cuba's Fidel, New York.
Lopukhov, Boris R. (1965), I1 problema del fascismo italiano negli scritti di autori sovietici, Studi storici 6:239-57.
Lowenthal, Abraham F. (1974), Armies and politics in Latin America, World Politics 27: 107-30.
- (Hrsg.), Continuity and Change in Contemporary Peru, Princeton.
Lowenthal, Richard (1970), Development vs. utopia in communist policy, in: Chalmers Johnson (Hrsg.), Change in Communist Systems, Stanford.
Lucena, Manuel (1971), L'Evolution du Systeme Portugais a travers les Lois (1933-1971), Paris.
Ludendorff, Erich (1935), Der Totale Krieg, München.
Ludz, Peter Christian (1964), Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaften, in: P. C. Ludz (Hrsg.), Soziologie der DDR, Köln.
- (1970), The German Democratic Republic from the Sixties to the Seventies, A Socio-Political Analysis, Cambridge.
- (1972), The Changing Party Elite in East Germany, Cambridge.
Lukács, Georg (1955), Die Zerstörung der Vernunft, Berlin.
Mabry, Donald J. (1973), Mexico's Accion Nacional, A Catholic Alternative to Revolution, Syracuse.
Macartney, C. A. (1962), October 15, A History of Modern Hungary, 1929-1944, 2 vols., Edinburgh.
McFarquhar, Roderick (1960), The Hundred Flowers Campaign and the Chinese Intellectuals, New York.
McGaffey, Wyatt/ Clifford R. Barnett (1965), Twentieth-Century Cuba, The Background of the Castro Revolution, Garden City, New York

MacInnis, Donald E. (1972), Religious Policy and Practice in Communist China, New York.

Mair, Lucy (1962), Primitive Government, Harmondsworth.

Malefakis, Edward E. (1970), Agrarian Reform and Peasant Revolution in Spain, Origins of the Civil War, New Haven.

Malloy, James M. (1974), Authoritarianism, corporatism and mobilization in Peru, The Review of Politics 36:52-84.

Manoilesco, Mihail (1936), Le Siecle du Corporatisme, (1. Ausgabe 1934.) Paris.

- (1938), El partido único, Zaragoza.

Mansilla, H. C. F. (1971), Faschismus und eindimensionale Gesellschaft, Neuwied.

Marcuse, Herbert (1964), One-Dimensional Man, Boston.

- (1969), Repressive tolerance, in: Robert Paul Wolff/ Barrington Moore, Jr./ H. Marcuse (Hrsg.), A Critique of Pure Tolerance, Boston.

Markovitz, Irving Leonard (Hrsg.), (1970), African Politics and Society, Basic Issues and Problems of Government and Development, New York.

Maruyama, Masao (1963), Thought and Behaviour in Modern Japanese Politics, London.

Marx, Karl (1969), Der achtzehnte Brumaire des Luis Bonaparte, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 8, Berlin.

Maser, Werner (1970), Hitler's Mein Kampf, An Analysis, London.

Mason, T. W. (1968), The primacy of politics-politics and economies in National Socialist Germany, in: S. J. Woolf (Hrsg.), The Nature of Fascism, London.

Massing, Paul W. (1949), Rehearsal for Destruction, A Study of Political Anti-Semitism in Imperial Germany, New York.

Matossian, Mlary (1958), Ideologies of delayed industrialization, some tensions and ambiguities, Economic Development and Cultural Change 6: 17-28.

Matthias, Erich/ Rudolf Morsey, (Hrsg.), (1960), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf.

Mau, Hermann (1953), Die Zweite Revolution, Der 30. Juni 1934, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte l: 119-137.

May, John D. (1973), Of the Conditions and Aleasures of Democracy, Morristown, New York

McAlister, Lyle N. (1966), Recent research and writings on the role of the military in Latin America, Latin American Research Review 2:5-36.

McDonald, Ronald H. (1971), Party Systems and Elections in Latin America, Chicago.

McRae, Kenneth D., (Hrsg.), (1974), Consociational Democracy, Political Accommodation in Segmented Societies, Toronto.

Medhurst, Kenneth N. (1973), Government in Spain, The Executive at Work, Oxford.
Medvedev, Zhoros A. (1969), Rise and Fall of T. D. Lysenko, New York.
Merkl, Peter H., Political Violence under the Swastika, 581 Early Nazis, Princeton.
Mesa-Lago, Carmelo (Hrsg.), (1971), Revolutionary Change in Cuba, Pittsburgh.
Messerschmidt, Manfred (1969), Die Wehrmacht im NS-Staat, Hamburg.
Meyer, Alfred G. (1957), Leninism, Cambridge.
- (1964), USSR, incorporated, in: Donald W. Treadgold (Hrsg.), The Development of the USSR, An Exchange of Views, Seattle.
- (1965), The Soviet Political System, An Interpretation, New York.
- (1967), Authority in communist political systems, in: Louis J. Edinger (Hrsg.), Political Leadership in Industrialized Societies, New York.
- (1970), Theories of convergence, in: Chalmers Johnson (Hrsg.), Change in Communist Systems, Stanford.
Meyerhoff, Hermann (1963), Herne 1933-1945 Die Zeit des Nationalsozialismus, Ein kommunalhistorischer Rückblick, Herne.
Michels, Robert (1928), Some reflections on the sociological character of political parties, The American Political Science Review 21:753-72.
- (1962), Political Parties, A Sociological Study of the Oligarchical Tendencies of Modern Democracy, (1. Ausgabe 1911), New York.
Mickiewicz, Ellen P. (1967), Soviet Political Schools, The Communist Party Adult Instruction System, New Haven.
Milenkovitch, Deborah (1971), Plan and Market in Yugoslav Economic Thought, New Haven.
Mills, C. Wright (1958), The Causes of World War Three, New York.
Milne, R. S. (1967), Government and Politics in Malaysia, Boston.
Milward, .Alan S. (1966), Die deutsche Kriegswirtschaft, 1939-1945, Stuttgart.
Montias, John Michael (1970), Types of communist economic systems, in: Chalmers Johnson (Hrsg.), Change in Communist systems, Stanford.
Montgomery, John D./ Albert O. Hirschman (Hrsg.), (1968), Public Policy, 17 Articles on military government and reconstruction by C. J. Friedrich/ L. Krieger/ P. H. Merkl.
Moore, Barrington Jr. (1951), Soviet Politics, The Dilemma of Power, The Role of Ideas in Social Change, Cambridge.
- (1954), Terror and Progress USSR, Some sources of Change and Stability in the Soviet Dictatorship, Cambridge.
- (1965), Political Power and Social Theory, New York.

- (1966), Social Origins of Dictatorship and Democracy, Lord and Peasant in the Making of the Modern World, Boston.
Moore, Clement H. (1965), Tunisia since Independence, Berkley.
- (1970a), Politics in North Africa, Algeria, Morocco, and Tunisia, Boston.
- (1970b), The single party as source of legitimacy, in: S. Huntington/ C. Moore (Hrsg.), Authoritarian Politics in Modern Society, New York.
- (1973), Raisons de la faillite du parti unique dans les pays arabes, Revue de l'Occident Musulman et de la Mediterranee 15-16:242-52.
(1974), Authoritarian politics in unincorporated society, the case of Nasser's Egypt, Comparative Politics 6:193-218.
Morris, Ivan (Hrsg.), (1968), Japan 1931-1945, Militarism, Fascism, Japanism, Lexington.
Morrison, Donald George, et al. (1972), Black Africa, A Comparative Handbook, New York.
Morton, Henry W./ Rudolf L. Tökes (Hrsg.), (1974), Soviet Politics and Society in the 1970´s, New York.
Mosse, George L. (1964), The Crisis of German Ideology, Intellectual Origins of the Third Reich, New York.
- (1966), Nazi Culture, Intellectual, Cultural and Social Life in the Third Reich, New York.
Mote, Max E. (1965), Soviet Local and Republic Elections, A Description of the 1963 Elections in Leningrad, Stanford.
Moy, Roland F. (1971), A Computer Simulation of Democratic Political Development,Tests of the Lipset and Moore Models, Sage Professional Papers in Comparative Politics, No. 01-019:2, Beverly Hills.
Nagy-Talavera/ Nicholas M. (1970), The Green Shirts and the Others, A History of Fascism in Hungary and Rumania, Stanford.
Neal, Fred W. (1957), Titoism in Action, Berkley.
Needleman, Carolyn/ Martin Needleman (1969), Who rules Mexico? A critique of some current views of the Mexican political process, Journal of Politics 31: 1011-34.
Needler, Martin (1964), Anatomy of a Coup d 'etat, Ecuador 1963, Washington D.C..
- (1966), Political development and military intervention in Latin America, American Political Science Review 60:616-26.
- (1967), Latin American Politics in Perspective, Princeton.
- (1971), Politics and Society in Mexico, AIbuquerque.
- (Hrsg.), (1970), Political Systems of Latin America, New York.
Neubauer, Deane E. (1967), Some conditions of democracy, American Political Science Review 61: 1009-09.
Neumann, Sigmund (1949), Permanent Revolution, Totalitarism in the Age of International Civil War, New York.

Neumann, Franz (1957), The Democratic and the Authoritarian State, Glencoe.
- (1963), Behemoth, The Structure and Practice of National Socialism 1933-1944, (1. Ausgabe 1944), New York
Newton, Ronald C. (1974), Natural corporatism and the passing of populism in Spanish America, The Review of Politics 36:34-51.
Noakes, Jeremy/ Geofirey Pridham, (Hrsg.), (1974), Documents on Nazism 1919-1945, London.
Nolte, Ernst (1963), Der Nationalsozialismus, München.
- (1966), Die faschistischen Bewegungen, München.
- (1968a), Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen, München.
- (1968b), Der Faschismus von Mussolini zu Hitler, Texte, Bilder und Dokumente, München.
- (1969), Three Faces of Fascism, Action Francaise, Italian Fascism, and National Socialism, New York.
- (Hrsg.), (1967), Theorien über den Faschismus, Köln.
Nordlinger, Eric A. (1970), Soldiers in mufti, the impact of military rule upon economic and social change in the non-Western states, The American Political Science Review 64:1131-48.
Nordlinger, Eric A. (1972), Conflict Regulation in Divided Societies, Cambridge.
Norman, H. (1948), Japan's Emergence as a Modern State, New York.
North, Liisa (1966), Civil-Military Relations in Argentina, Chile, and Peru, Berkeley.
Nove, Alec (1964), Economic Rationality and Soviet Politics, Or was Stalin really necessary? New York.
NSDAP, Reichsorganisationsleiter (1935), Partei-Statistik, Stand 1935, 4 Bde., München.
Nun, Jose (1968), A Latin American phenomenon, The middle-class military coup, in: James Petras/ Maurice Zeitlin (Hrsg.), Latin America: Reform or Revolution?, New York.
- (1969), Latin America, The Hegemonic Crisis and the Military Coup, Berkeley.
Nyomarkay, Joseph (1967), Charisma and Factionalism in the Nazi Party, Minneapolis.
O'Connor, Dennis M. (1963), Soviet People's Guards, An experiment with Civil police, New York.
O'Donnell, Guillermo (1973), Modernization and Bureaucratic-Authoritarianism, Studies in South American Politics, Berkeley.
Oren, Nissan (1973), Revolution, Administered, Agrarianism and Communism in Bulgaria, Baltimore.
Organski, A. F. K. (1965), The Stages of Political Development, New York.

Orlow, Dietrich (1965), Die Adolf-Hitler-Schulen, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 23:272-84.
- (1969), The History of the Nazi Party, 1919-1933, Pittsburgh.
- (1973), The History of the Nazi Party, 1933-1945, Pittsburgh.
Padgett, Vincent (1966), The Mexican Political System, Boston.
Palmer, David Scott (1973), Revolution from Above, Military Government and Popular Participation in Peru, 1968-1972, Cornell University, Ithaca.
Pauker, Guy J. (1963), The Indonesian Doctrine of Territorial Warfare and Territorial Management, Santa Monica.
Paxton, Robert O. (1972), Vichy France, O1d Guard and New Order, 1940-44, New York.
Payne, Stanley G. (1967), Politics and the Military in Modern Spain, Stanford.
Pelczynski, Zbigniew (1959), Poland 1957, in: David E. Butler (Hrsg.), Elections Abroad, London.
Penniman, Howard R. (1972), Elections in South Vietnam, Washington D.C..
Perham, Margery (1947), The Government of Ethiopia, London.
Perlmutter, Amos (1969), The praetorian state and the praetorian army, toward a taxonomy of civil-military relations in developing polities, Comparative Politics 2: 382-404.
- (1970), The Arab military elite, World Politics 22:969-300.
Peterson, Edward N. (1969), The Limits of Hitler's Power, Princeton.
Pike, Frederick B./ Thomas Stritch (Hrsg.), (1974), The New Corporatism, Social Political Structures in the Iberian World, Notre Dame.
Pipes, Richard (1967), Communism and Russian History, in: Donald W. Treadgold (Hrsg.), Soviet and Chinese Communism, Similarities and Differences, Seattle.
- (Hrsg.), (1961), The Russian Intelligentsia, New York.
Pipping, Knut/ Rudolf Abshagen/ Anne-Eva Brauneck (1954), Gespräche mit der deutschen Jugend, Ein Beitrag zum Authoritätsproblem, Helsingfors.
Pirker, Theo (Hrsg.), (1968), Komintern und Faschismus, 1910-1920, Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus, Stuttgart.
Plessner, Helmuth (1959), Die verspätete Nation, Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Stuttgart.
Ploss, Sidney I. (1965), Conflict and Decision-Making in Soviet Russia, A Case Study of Agricultural Policy, 1953-1963, Princeton.
Pollack, Jonathan D. (1974), The study of Chinese military politics, toward a framework for analysis, in: Catherine McArdle Kelleher (Hrsg.), Political-Military Systems, Comparative Perspec-

tives, Beverly Hills.
Potash, Robert A. (1969), The Army and Politics in Argentina, 1928-1945, Stanford.
Potholm, Christian P. (1970), Four African Political Systems, Englewood Cliffs, N.J..
Potholm, Christian P./ Richard Dale (Hrsg.), (1972), Southern Africa in Perspective, Essays in Regional Politics, New York
Powell, John Duncan (1970), Peasant society and clientelist politics, American Political Science Review 64: 411-25.
Puhle, Hans-Jürgen (1970), Tradition und Reformpolitik in Bolivien, Hannover.
Pulzer, P. G. J. (1964), The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria, New York.
Pusic, Eugen (Hrsg.), (1973), Participation and Self-Management, Zagreb.
Putnam, Robert (l967), Toward explaining military intervention in Latin American politics, World Politics 20: 83-110.
Pye, Lucian W. (1967), Southeast Asia's Political Systems, Englewood Cliffs, N.J..
- (1971), Mass participation in Communist China, its limitations and the Continuity of culture, in: John. M. H. Lindbeck (Hrsg.), China, Management of a Revolutionary Society, Seattle.
Quandt, William B. (1969), Revolution and Political Leadership, Algeria 1951-1968, Cambridge.
Rämisch, Raimund (1957), Der berufsständische Gedanke als Episode in der nationalsozialistischen Politik, Zeitschrift für Politik 4:263-70.
Reitlinger, Gerald (1968), The Final Solution, The Attempt to Exterminate the Jews of Europe, 1939-1945, South Brunswick.
Remak, Joachim, (Hrsg.), (1969), The Nazi Years, A Documentary History, Englewood Cliffs, N.J..
Remington, Robin A. (1974), Armed forces and society in Yugoslavia, in: Catherine McArdle Kelleher (Hrsg.), Political-Military Systems, Comparative Perspectives, Beverly Hills.
- (Hrsg.), (1969), Winter in Prague, Documents on Czechoslovak Communism in Crisis, Cambridge.
Rigby, T. H. (1968), Communist Party Membership in the USSR, 1917-1967, Princeton.
- (1969), Traditional market and organizational societies and the USSR, in: Frederic J. Fleron, Jr. (Hrsg.), Communist Studies and the Social Sciences, Chicago.
Riggs, Fred W. (1967), Thailand, The Modernization of a Bureaucratic Polity, Honolulu.
Roberts, Henry L. (1951), Rumania, Political Problems of an Agrarian State, New Haven.

Robinson, Thomas W. (1974), Political succession in China, World Politics 27:1-38.
Roggemann, H. (1970), Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, Frankfurt a.M..
Rogger, Hans/ Eugen Weber, (Hrsg.), (1964), The European Right, A Historical Profile, Berkeley.
Rokkan, Stein (1966), Norway, numerical democracy and corporate pluralism, in: Robert Dahl (Hrsg.), Political Oppositions in Western Democracies, New Haven.
Ronfeldt, David (1972), Patterns of civil-military rule, in: Luigi Einaudi (Hrsg.), Latin America in the 1970's, Santa Monica.
Rose, Leo E./ Margaret W. Fisher (1970), The Politics of Nepal, Persistence and Change in an Asian Monarchy, Ithaca.
Rose, Richard (197l), Governing without Consensus, An Irish Perspective, Boston.
Rose, Richardl/ Harve Mossavir (1967), Voting and elections, A functional analysis, Political Studies 15:173-201.
Rosenau, James N. (Hrsg.), (1969), Linkage Politics, Essays on the Convergence of National and International Systems, New York.
Ross, Stanley R. (Hrsg.), (1966), Is the Mexican Revolution Dead?, New York.
Rossiter, Clinton L. (1948), Constitutional Dictatorship, Crisis Government in the modern Democracies, Princeton.
Rotberg, Robert I./ Christopher K. Clague (1971), Haiti, The Politics of Squalor, Boston.
Roth, Guenther (1963), The Social Democrats in Imperial Germany, Totowa N.J..
- (1971), Personal rulership, patrimonialism, and empire-building, in: Reinhard Bendix/ Guenther Roth (Hrsg.), Scholarship and Partisanship, Essays on Max Weber, Berkeley.
Rush, Myron (1968), Political Succession in the USSR, New York.
Rustow, Dankwart A. (1964), Succession in the twentieth century, Journal of International Affairs 18:10-13.
- (1967), A World of Nations, Problems of Political Modernization, Washington D.C.
- (1971), Middle Eastern Political Systems, Englewood Cliffs, N.J..
Sabine, George H. (1934), The state, in: Edwin R. A. Seligman/ Alvin Johnson (Hrsg.), Encyclopedia of the Social Sciences, New York.
Salvemini, Gaetano (1961), Scritti sul fascismo, Milano.
Sarti, Roland (1968), Fascism and the industrial leadership in Italy before the March on Rome, Industrial and Labor Relations Review 21:400-17.
- (1971), Fascism and the Industrial Leadership in Italy 1919-1910, Berkeley.
- (1970), Fascist modernization in Italy, traditional or revolutionary?, American Historical Review 75:1029-45.

Sartori, Giovanni (1962a), Democratic Theory, Detroit.
- (1962b), Dittatura, Encicloperlia del Diritto, Vol. 11, Milano.
- (1968), Political development and political engineering, in: John D. Iviontgomery/ Albert O. Hirschman (Hrsg.), Public Policy, Vol. 17, Cambridge.
- (1970a), Concept misformation in comparative politics, The American Political Science Review 64: 1033-53.
- (1970b), The typology of party system, proposals for improvement, in: Erik Allardt/ Stein Rokkan (Hrsg.), Mass Politics, Studies in Political Sociology, New York.
- (1974), Resistenza il pluralismo polarizzato, in: F. L. Carazza/ S. R. Graubard (Hrsg.), Milano.
Sauer, Wolfgang (1967), National Socialism, totalitarianism or fascism?, American Historical Review 73:40-24.
Scalapino, Robert A. (1953), Democracy and the party Movement in Prewar Japan, The Failure of the First Attempt, Berkeley.
- (Hrsg.), (1972), Elites in the People's Republic of China, Seattle.
Schäfer, Wolfgang (1957), NSDAP, Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover.
Schapiro, Leonard (1965), The Origin of the Communist Autocracy, Political Opposition in the Soviet State, First Phase, 1917-1929, New York.
- (1972a), Totalitarianism, New York.
- (Hrsg.), (1972b), Political Opposition in One-Party States, London.
Schein, Edgard H./ Inge Schneier/ Curtis H. Baker (1961), Coercive Persuasion, Socio-psychological Analysis of the Brainwashing of American civilian prisoners by the Chinese Communists, New York.
Schmidt, Carl T. (1938), The Plough and the Sword, New York.
- (1939), The Corporate State in Action, Italy under Fascism, New York.
Schmitt, Carl (1928), Die Diktatur, Von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Klassenkampf, München.
- (1940), Die Wendung zum totalen Staat, Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar-Genf-Versailles 1923-1939, Hamburg.
Schmitter, Philippe C. (1971), Interest Conflict and Political Change in Brazil, Stanford.
- (1973a), Military Rule in Latin America, Functions, Consequences and perspectives, Beverly Hills.
- (1973b), Corporatist interest representation and public policy-making in Portugal, Durham, N.H..
Schmitter, Philippe C. (1974), Still the century of corporatism?, Review of Politics 36:85-131.

Schneider, Herbert W. (1928), Making the Fascist State, New York.
- (1936), The Fascist Government of Ita1y, New York.
Schneider, Ronald M. (1971), The Political System of Brazil, Emergence of a Modernizing Authoritarian Regime, 1964-1970, New York.
Schoenbaum, D. (1967), Hitler's Social Revolution, Class and Status in Nazi Germany 1933-1939, Garden City, New York
Scholtz, Harold (1967), Die NS-Ordensburgen, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 15:269-98.
Schöpflin, George (Hrsg.), (1970), The Soviet Union and Eastern Europe, A Handbook, New York.
Schorn, Hubert (1959), Der Richter im Dritten Reich, Geschichte und Dokumente, Frankfurt a.M..
Schram, Stuart R. (1967), Mao Tse-tung, Harmondsworth.
- (1969), The Political Thought of Mao Tse-tung, New York.
Schueller, George K. (1966), The Politbüro, in: Harold D. Lasswell/ Daniel Lerner (Hrsg.), World Revolutionary Elites, Studies in Coercive Ideological Movements, Cambridge.
Schumann, Hans-Gerd (1958), Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover.
Schumpeter, Joseph A. (1950), Capitalism, Socialism, and Democracy, New York.
Schurmann, Franz (1968), Ideology and Organization in Communist China, Berkeley.
Schweitzer, Arthur (1965), Big Business in the Third Reich, Bloomington, Ind.
- (1974), Theory of Political Charisma, Comparative Studies in Society and History 16:150-81.
Scott, Robert E. (1964), Mexican Government in Transition, Urbana.
- (1965), Mexico, the established revolution, in: Lucian W. Pye/ Sydney Verba (Hrsg.), Political Culture and Political Development, Princeton.
Seidel, Bruno/ Siegfried Jenkner (Hrsg.), (1968), Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt.
Seton-Watson, Hugh (1967), Eastern Europe between the Wars 1918-1941, New York.
- (1968), The East European Revolution, New York.
Shaffer, Harry G. (Hrsg.), (1967), The Communist World, Marxist and Non-Marxist Views, New York.
Edward Shils (1960), Political Development in the New States, The Hague, Mouton.
Shoup, Paul (1971), Comparing communist nations, prospects for an empirical approach, in: Roger E. Kanet, (Hrsg.), The Behavioral Revolution and Communist Studies, New York.
Shulman, Marshall D. (1969), Stalin's Foreign Policy Reappraised, New York.

Silva, Umberto (1973), Ideologia e Arte del Fascismo, Milano.
Simmons, Ernest J. (1971), The writers, in: H. Gordon Skilling/ Franklyn Criffiths (Hrsg.), Interest Groups in Soviet Politics, Princeton.
- (Hrsg.), (1955), Continuity and Change in Russian and Soviet Thought, Cambridge.
Skilling, H. Gordon (1966), The Government of Communist East Europe, New York.
- (1970), Leadership and group conflict in Czechoslovakia, in: R. Barry/ Farrell (Hrsg.), Political Leadership in Eastern Europe and the Soviet Union, Chicago.
- (1971), Group conflict in Soviet politics, some conclusions, in: H. G. Skilling/ F. Griffiths (Hrsg.), Interest Groups in Soviet Politics, Princeton.
- (1973a), Opposition in Communist East Europe, in: Robert A. Dahl (Hrsg.), Regimes and Oppositions, New Haven.
- (1973b), Czechoslovakia's interrupted revolution, in: Robert A. Dahl (Hrsg.), Regimes and Oppositions, New Haven.
Skilling, H. Gordon/ Franklyn Griffiths (Hrsg.), (1971), Interest Groups in Soviet Politics, Princeton.
Snyder, Frank Gregory (1965), One-Party Government in Mali, Transition Toward Control, New Haven.
Solaun, Mauricio (1969), E1 fracaso de la democracia en Cuba, un régimen patrimonial autoritario (1952), Aportes 13:57-80.
Solaun, Mauricio/ Michael A. Quinn (1973), Sinners and Heretics, The Politics of Military Intervention in Latin America, Urbana.
Solomon, Richard H. (1971), Mao's Revolution and the Chinese Political Culture, Berkeley.
Solzhenitsyn, Aleksander I. (1974), Der Archipel GULAG, Bern, München.
Sontheimer, Kurt (1968), Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München.
Sorokin, Pitirim (1964), The Basic Trends of our Times, New Haven.
Spacensky, Alain (1970), Madagascar, 50 ans de vie politique, Paris.
Speer, Albert (1969), Erinnerungen.
Speier, Hans (1944), Ludendorff, The German concept of total war, in: Edward Mead Earle (Hrsg.), Makers of Modern Strategy, Princeton.
Spiro, Herbert J. (1968), Totalitarianism, International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol. 16, New York.
Staff, Ilse, Hrsg. (1964), Justiz im Dritten Reich, eine Dokumentation, Frankfurt a.M.
Stalin, Joseph (1924), The Foundations of Leninism, in: Bruce Franklin, (Hrsg.), (1972), The Essential Stalin, Major Theoretical Writings, 1905-1957, Garden City, New York

Stepan, Alfred (1971), The Military in Politics, Changing Patterns in Brazil, Princeton.

- (1973), The new professionalism of internal welfare and military role expansion, in: A. Stepan (Hrsg.), Authoritarian Brazil, Origins, Policies, and Future, New Haven.

Stern, Fritz (1965), The Politics of Cultural Despair, Garden City, New York

Sternberger, Dolf/ B. Vogel (Hrsg.), (1969), Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, Vol. I, Europa, Berlin.

Stewart, Philip (1968), Political Power in the Soviet Union, A Study of Decision-Making in Stalingrad, Indianapolis.

Strafgesetzbuch (1953), Strafgesetzbuch der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik vom 22. November 1926 in der am 1. Januar 1952 gültigen Fassung, Berlin.

Strothmann, Dietrich (1963), Nationalsozialistische Literaturpolitik, Bonn.

Struve, W. C. (1973), Elites against Dermocracy, Leadership Ideals in Bourgeois Political Thought in Germany, 1890-1933, Princeton.

Suarez, Andres (1967), Cuba, Castroism and Communism, 1959-1966, Cambridge.

Supek, Rudi (1973), The Statist and self-managing models of socialism, in: Allen H. Barton/ Bogdan Denitch/ Charles Kadushin (Hrsg.), Opinion-Making Elites in Yougoslavia, New York.

Swartz, Marc J. (1968), Local-Level Politics, Social and Cultural Perspectives, Chicago.

Swayze, Harold (1962), Political Control of Literature in the USSR, 1946-1959, Cambridge.

Swearer, Howard R./ Myron Rush (1964), The Politics of Succession in the USSR, Materials on Khrushchev's Rise to Leadership, Boston.

Talmon, J. L. (1961), The Origins of Totalitarian Democracy, New York.

Tang, Peter S. H./ Joan Maloney (l962), The Chinese Communist Impact on Cuba, Chestnut Hill.

Tannenbaum, Edward R. (1972), The Fascist Experience, Italian Society and Culture, 1922-1945, New York.

Taylor, Charles Lewis/ Michael C. Hudson (1972), World Handbook of Political and Social Indicators, New Haven.

Taylor, George E. (1967), Communism and Chinese history, in: Donald W. Treadgold (Hrsg.), Soviet and Chinese Communism, Similarities and Differences, Seattle.

Taylor, Philip B., Jr. (1960), The Mexican elections of 1958, affirmation of authoritarianism?, Western Political Quarterly 13: 722-44.

Thalheimer, August (1930), Über den Faschismus, Gegen den Strom, Organ der KPD (Opposition). in: O. Bauer/ H. Marcuse/ A. Rosenberg (1967), Faschismus und Kapitalismus, Frankfurt/M..

Thomas, Hugh (1971), Cuba, The Pursuit of Freedom, New York.

Thompson, Leonard M. (1966), The Republic of South Africa, Boston.

Tigrid, Pavel (1960), La chute irrésistible d'Alexander Dubcek, Paris.

Timashef, Nicholas S. (1960), The inner life of the Russian Orthodox Church, in: Cyril E. Black (Hrsg.), The Transformation of Russian Society, Cambridge.

Tinbergen, Jan (1961), Do communist and free economies show a converging pattern?, Soviet Studies 1:133-41.

Titus, David Anson (1974), Palace and Politics in Prewar Japan, New York.

Toharia, José Juan (1974), The Spanish judiciary, A sociological study, Ph.D. dissertation, Yale University.

Tökes, Rudolf L. (1974), Dissens, the politics for change in the USSR, in: Henry W. Morton/ Rudolf L. Tökes (Hrsg.), Soviet Politics and Society in the 1970's, New York.

Tomasevich, Jozo (1955), Peasants, Politics, and Economic Change in Yugoslavia, Stanford.

Townsend, James R. (1972), Political Participation in Communist China, Berkley.

- (1974), Politics in China, Boston.

Travaglini, Thomas (1963), Der 20. Juli, Technik und Wirkung seiner propagandistischen Behandlung nach den amtlichen SD-Berichten, Berlin.

Treadgold, Donald W. (Hrsg.), (1967), Soviet and Chinese Communism, Similarities and Differences, Seattle.

Trindade, Helgio (1974), Integralismo, O Fascismo Brasileiro na Decada de 30, Sao Paulo.

Triska, Jan F. (Hrsg.), (1969), Communist Party-States, Comparative and International Studies, Indianapolis.

Trotsky, Leon (1937), The Revolution Betrayed, New York.

Trotzki, Leo (1976), Terrorismus und Kommunismus (Anti-Kautsky), Dortmund.

Tucker, Robert C. (1961), Towards a comparative politics of movement-regimes, American Political Science Review 55:281-89.

- (1963), The Soviet Political Mind, New York.

- (1965), The dictator and totalitarianism, World Politics 17:555-84.

- (1969), On the comparative study of communism, in: F. J. Fleron, Jr. (Hrsg.), Communist Studies and the Social Sciences, Chicago.

Turner, Henry A. (1972), Fascism and modernization, World Politics 24:547-64.

- Fascism and modernization, A few corrections, World Politics.
Turner, Victor/ Marc Swartz, (Hrsg.), (1966), Political Antropology, Chicago.
Tyrell, Albrecht (Hrsg.), (1969), Führer befiehl, Selbstzeugnisse aus der Kampfzeit der NSDAP, Düsseldorf.
Ueberhorst, Horst (1968), Elite für die Diktatur, Düsseldorf.
Ugalde, Antonio (1970), Power and Conflict in Mexican Community, A Study of Political Integration, Albuquerque.
Uhlig, Heinrich (1956), Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln.
Ulam, Adam B. (1968), Expansion and Coexistence, The History of Soviet Foreign Policy from 1917-67, New York.
Ungari, Paolo (1963), Alfredo Rocco e l'Ideologia giuridica del Fascismo, Brescia.
U.S. Department of State, Bureau of Intelligence and Research (1971), World Strength of the Communist Party Organizations, Washington D.C..
U.S. Department of State, Division of Research for Europe, Office of Intelligence Research (1948), Direct Popular Elections in the Soviet Union, OIR Report No. 4711, Washington D.C..
Vaker, Nicholas (1962), The Taproot of Soviet Society, New York.
Vallauri, Carlo (1971), Le radici del corporativismo, Rom.
Van den Berghe, Pierre L. (1967), South Africa, A Study in Conflict, Berkeley.
Van Doorn, Jacques (Hrsg.), (1968), Armed Forces and Society, The Hague.
Vatikiotis, P. J. (1961), The Egyptian Army in Politics, Pattern for New Nations?, Bloomington.
Vermeil, Edmond (1955), The origin, nature and development of German nationalist ideology in the l9th and 20th centuries, in: Maurice Baumont/ John H. E. Fried/ Edmond Vermeil (Hrsg.), The Third Reich, International Council for Philosophy and Humanistic Studies, New York.
Vernier, Bernard (1963), L'Irak d'aujourd'hui, Paris.
Viereck, Peter (1961), Metapolitics, The Roots of the Nazi Mind, New York.
Vierhaus, Rudolf (1964), Faschistisches Führertum, Ein Beitrag zur Phänomenologie des europäischen Faschismus, Historische Zeitschrift 1986: 14-39.
Voegelin, Erich (1936), Der totalitäre Staat, Wien.
Vogel, Ezra (1967), Voluntarism and social control, in: Donald W. Treadgold (Hrsg.), Soviet and Chinese Communism, Seattle.
- (1971), Canton under Communism, Programs and Politics in a Provincial Capital, 1949-1968, New York.
Vogelsang, Thilo (1962), Reichswehr, Staat und NSDAP, Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart.

Voss, Joachim (1971), Der progressistische Entwicklungsstaat, Das Beispiel der Republik Guinea, Hannover.
Vysinskijn Andrej (1935), Sudoustrojstvo v SSSR, Moskau.
Wagner, Albrecht (1968), Die Umgestaltung der Gerichtsverfassung und des Verfahrens- und Richterrechts im nationalsozialistischen Staat, Stuttgart.
Walker, Malcolm T. (1972), Politics and the Power Structure, A Rural Community in the Dominican Republic, New York
Wallerstein, Immanuel (1961), Africa, The Politics of Independence, An Interpretation of modern African History, New York
- (1966), The decline of the party in single-party African states, in: Joseph LaPalombara/ Myron Weiner (Hrsg.), Political Parties and Political Development, Princeton.
Ward, Robert E./ Dankwart A. Rustow, (Hrsg.), (1964), Political Modernization in Japan and Turkey, Princeton.
Ware, Alan (1974), Polyarchy, European Journal of Political Research 2:179-99.
Waterbury, John (1970), The Commander of the Faithful, The Moroccan Political Elite, A Study in Segmented Politics, New York.
Weber, Eugen (1964), Varieties of Fascism, Princeton.
Weber, Hermann (1969), Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M..
Weber, Max (1968), Economy and Society, Edited and translated by Guenther Roth and Claus Wittich, 3 vols., New York.
Webster, Richard A. (1960), The Cross and the Fasces, Christian Democracy and Fascism in Italy, Stanford.
Weeks, Albert L. (1970), The Other Side of Coexistence, An Analysis of Russian Foreign Policy, New York.
Weiker, Walter F. (1963), The Turkish Revolution, 1960-1961, Washington.
- (1973), Political Tutelage and Democracy in Turkey, The Free Part and Its Aftermath, Leiden.
Weinberg, Gerllard L.(Hrsg.), (1964), Adolf Hitler und der NS-Führungsoffizier (NSFO),Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 19:44-56.
Weinberg, Ian (1969), The problem of convergence of industrial societies, A critical look at the state of a theory, Comparative Studies in Society and History 11:1-15.
Weiner, Stephen M. (1970), Socialist legality on trial, in: Abraham Brumberg (Hrsg.), In Quest of Justice, New York.
Weinkauff, Hermann (1968), Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus, Stuttgart.
Welch, Claude E., Jr.(Hrsg.), (1970), Soldier and State in Africa, A Comparative Analysis of Military Intervention and Political Change, Evanston.

Welch, Holmes (1972), Buddhism under Mao, Cambridge.
Welk, William G. (1938), Fascist Economic Policy, An Analysis of Italy's Economic Experiment, Cambridge.
Werner, Andreas (1964), SA und NSDAP, Parteitruppe oder Revolutionsarmee?, Erlangen.
Wheaton, Eliot Barculo (1969), Prelude to Calamity, With a Background Survey of the Weimar Era, Garden City, New York
Wheelock, Keith (1960), Nasser's New Egypt, New York.
Wiarda, Howard J. (1968), Dictatorship and Development, The Methods of Control in Trujillo's Dominican Republic, Gainesville.
- (1973a), Toward a framwork for the study of political change in the Iberic-Latin tradition, the corporative model, World Politics 25:206-35.
- (1973b), The Portuguese corporative system, basic structures and current functions, Iberian Studies 2:73-80.
- (1974), Corporatism and development in the Iberic-Latin word, persistent strains and new variations, The Review of Politics 36:3-33.
Wiatr, Jerzy J. (1962), Elections and voting behavior in Poland, in: A. Ranney (Hrsg.), Essays on the Behavioral Study of Politics, Urbana.
- (Hrsg.), (1967), Studies in Polish Political System, Warschau.
Wiatr, Jerzy J./ Adam Przeworski (1966), Control without opposition, Government and Opposition 1:227-39.
Wiles, P. J. D./ Markowski, St. (1971), Income distribution under communism and capitalism, Soviet Studies 22:344.
Willame, Jean-Claude (1972), Patrimonialism and Political Change in the Congo, Stanford.
Willner, Ann Ruth (1968), Charismatic Political Leadership, A Theory, Princeton.
Wilson, David A. (1962), Politics in Thailand, Ithaca.
Winckler, Eduin A. (1970), Political anthropology, in: B. J. Siegel (Hrsg.), Biennial Review of Anthropology, 1969, Stanford.
Windsor, Philip/ Adam Roberts (1969), Czechoslovakia 1968, Reform, Repression and Resistance, London.
Winkler, Heinrich August (1972), Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln.
Wiseman, H. V. (1966), Political Systems, Some Sociological Approaches, London.
Wittfogel, Karl A. (1962), Die Orientalische Despotie, Köln.
Wolf, Eric R./ Edward C. Hansen (1967), Caudillo politics, A structural analysis, Comparative Studies in Society and History 9: 168-79.

Wolfe, Bertram D. (1968), Russia and the USA, A challenge to the convergence theory, The Humanist 28:3-8.
Woolf, S. J., (Hrsg.), (1968), The Nature of Fascism, London, in: Weidenfeld/ Nicolson (Hrsg.), (1969), European Fascism, New York.
Wu, Yuan-li (Hrsg.), (1973), China, A Handbook, New York.
Wulf, Joseph (1963a), Literatur und Dichtung im Dritten Reich, Eine Dokumentation, Gütersloh.
- (1963b), Die Bildenden Künste im Dritten Reich, Ein Dokumentation, Gütersloh.
- (1963c), Musik im Dritten Reich, Ein Dokumentation, Gütersloh.
- (1964), Theater und Film im Dritten Reich, Eine Dokumentation, Gütersloh.
Vang, C. K. (1965), Chinese Communist Society, The Family and the Village, Cambridge.
Yeh, K. C. (1967), Soviet and Chinese industrialization strategies, in: D. Treadgold (Hrsg.), Soviet and Chinese Communism, Similarities and Differences, Seattle.
Yglesias, José (1969), In the Fist of the Revolution, Life in a Cuban Country Town, New York.
Young, William B., Military regimes shape Africas future, The military, key force, (unpublished paper).
Zagoria, Donald S. (1969), The Sino-Soviet Conflict 1956-1961, New York.
Zaninovich, M. George (1968), The Development of Socialist Yugoslavia, Baltimore.
Zapf, Wolfgang (1965), Wandlungen der deutschen Elite, Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919-1961, München.
Zartman, I. William (Hrsg.), (1971), Man, State and Society in the Contemporary Maghreb, New York.
Zeller, Claus (1969), Elfenbeinküste, Ein Entwicklungsland auf dem Weg zur Nation, Freiburg.
Zeman, Zbynek A. (1968), Prague Spring, A Report on Czechoslovakia 1968, Harmondsworth.
Ziegler, Heinz O. (1932), Autoritärer oder Totaler Staat, Tübingen.
Zipfel, Friedrich (1965), Kirchenkampf in Deutschland, Berlin.
Zmarzlik, Hans-Günter (1973), Social Darwinism in Germany, seen as a historical problem, in: Hajo Holborn (Hrsg.), Republic to Reich, The Making of the Nazi Revolution, New York.
Zolberg, Aristide R. (1966), Creating Political Order, The Party-States of West Africa, Chicago.
- (1969), One-Party Government in the Ivory Coast, Princeton.
Zonis, Marvin (1971), The Political Elite of Iran, Princeton.

Nachwort

Warum wird dieser Text, 25 Jahre nach seiner ersten Veröffentlichung, in deutscher Sprache publiziert? Soll dem bereits erfolgten Auf- und Abrechnen des kurzen, aber intensiven 20. Jahrhunderts eine weitere Interpretation, zumindest aber eine die ganze Spannbreite politischer Herrschaft erfassende Reflexion hinzugefügt werden? Soll ein sicherlich „klassisch" zu nennender Text der vergleichenden Politikwissenschaft aus der akademischen Versenkung geholt und durch die Übersetzung auch für ein deutsches studierendes Publikum produktiv gemacht werden? Oder soll damit einem Autor, der mittlerweile weltweit zu den renommiertesten der Politologenzunft zählt, endlich auch in jenem Land zu der verdienten Aufmerksamkeit verholfen werden, mit dem er nicht nur durch Geburt und Sprache so eng verbunden ist? Sicherlich trifft keine der Fragen ins Schwarze und trotzdem ist von jeder etwas richtig.

Der Titel „Totalitäre und autoritäre Regime" mag hierzulande die einen zur Hoffnung auf Seelenmassage (ver)führen, könnte sich doch dahinter eine weitere Abrechnung mit politischen Systemen der jüngeren Vergangenheit verbergen. Bei anderen läßt er - aus eben diesem Grunde - eher Seelenterror befürchten. Beide werden sicherlich enttäuscht, aber keiner wird ohne Gewinn das Buch aus der Hand legen. Auch wenn dies keineswegs ein seelenloser Text ist, so richtet er sich doch in erster Linie an den Intellekt. Es geht hier um die messerscharfe Analyse eines Politikwissenschaftlers, gewiß nicht ohne normative Werte, aber bar des moralischen Zeigefingers. Als ich diesen Text von Juan J. Linz Anfang der 90er Jahre im benachbarten und zu jener Zeit auch befreundeten Otto-Suhr-Institut zum ersten Mal las, war es genau diese nüchterne und schnörkellose Analyse, die mit methodischer Klarheit und intellektueller Bescheidenheit die ganze Fülle des historischen Materials behandelte, die mich faszinierte. Der Versuch, auf den geistigen Spuren von Max Weber systematisch politische Ordnungen, vor allem nichtdemokratische, im 20. Jahrhundert zu bestimmen, war mit dem intellektuellen Bedürfnis nach Differenzierung engstens verbunden; geistiges Ordnen war mit der Ablehnung von Vereinfachung und metaphysischem Aufblasen verknüpft, auch wenn diese in empirisch-behavioristischer Verkleidung daherkamen. Das geradezu enzyklopädische Wissen über die – auch heute noch relevante - Literatur und der kritische, aber gleichzeitig respektvolle Umgang mit ihr beeindrucken bis heute. Wir - und hier schließe ich meinen Freund Wolfram Wallraf mit ein - waren von diesem Text von Anfang an so begeistert, daß wir ihn sofort in unseren Seminaren an der Uni-

versität Potsdam verwendeten. Zugleich waren wir überrascht und auch verwundert, wie wenig der Text im universitären Betrieb bekannt war. Es entstand die Idee, den gesamten Text zu übersetzen. Aber dies wurde zunächst nur in Arbeitsübersetzungen einzelner Abschnitte umgesetzt. Angesichts täglicher Überlebenskämpfe an und außerhalb der Universität geriet das Projekt jedoch auf ein Abstellgleis. Von dort wurde es erst abgeholt, als am Rande von Juan Linz' Simmel-Vorlesungen an der Humboldt-Universität im Juni 1997 beim Plaudern in einem naheliegenden Berliner Café unter der donnernden S-Bahn das Gespräch auf diesen Essay und seine geringe Bekanntheit in Deutschland kam. Das sollte und könnte mit einer deutschen Übersetzung geändert werden. Juan Linz war von dem Projekt gleich angetan. Vielleicht, so seine vage Hoffnung, könnte damit das „Linz-Defizit" in der deutschen Politikwissenschaft etwas abgebaut werden. Seine Nähe zu Deutschland ist nicht nur wegen seines Geburtsortes Bonn und seiner weiterhin vorzüglichen Deutschkenntnisse, sondern vor allem aufgrund seines engen Verhältnisses zu Max Weber mehr als evident. Letzteres machte dann die Übersetzung des Textes, der zwar in Englisch, aber in *a Weberian style* geschrieben ist, gewiß nicht leichter.

Im beständigen Austausch während der Übersetzung beeindruckten umfassende Kenntnisse der Literatur, intellektuelle Offenheit und geistige Vitalität des 74jährigen Emeritus, der mit Charme und Konsequenz um die sprachliche Genauigkeit im Text rang und stritt. Das „*Potsdam Paper*", das ergänzende Vorwort, kam im Verlaufe des Jahres 1999 in verschiedenen Fassungen aus New Haven nach Potsdam - jedes Mal umfangreicher, sowohl was die angesprochenen Probleme angeht als auch hinsichtlich der Bibliographie. Diesen Prozeß geistiger Produktion unmittelbar miterlebt zu haben, gehört zu meinen bleibenden Eindrücken als Übersetzer und Herausgeber dieses Buches. In dieser Arbeit stand ich nicht allein: Christian Boulanger, Gudrun Richter, Frank König, Marco Overhaus und Nadine Bültel fertigten Rohfassungen der Übersetzung an; Tino Erstling, Cornelia Wilkens und Shermin Faki legten Bibliographien und Register an; das Seminar an der Universität Potsdam im Sommersemester 1999, in dem der Entwurf des Textes kritisch diskutiert wurde, hierbei ist besonders Lydia Ebersbach zu nennen; Georg Zoller, der den reibungslosen technischen Ablauf sicherte; Rico Janke, der auch diesen Text mit Akkuratesse setzte, und schließlich Erhard Crome, der als Lektor und Mitherausgeber der *PTB*-Reihe mir stets Partner und Freund in diesem Projekt war. Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt!

Wenn nach Walter Benjamin das Herauslesen die Urform des Lesens ist, dann könnte man in dem Text eine Streitschrift gegen die *terribles simplificateurs* sehen, denen das intellektuelle, besser ideologische Handwerk zu legen ist. Dies scheint mir der Flucht-

punkt dieses Buches zu sein. Geschrieben wird dies zugleich aus der Erfahrung eines Lebens in einem autoritären Regime, dem Franco-Spaniens, das um Opportunität, menschliche Schwäche und soziale und politische Differenz in nichtdemokratischen Systemen weiß. Das macht dieses Buch gerade heute bei der Allgegenwärtigkeit moralischer Hybris westlich-besserwisserischer Diskursverwalter im Osten Deutschlands, aber vielleicht nicht nur dort, so angenehm zu lesen. Vielleicht erschwerte dies auch den verschiedenen ideologischen Abteilungen, Juan Linz für sich zu reklamieren, und vielleicht hat dies auch dazu geführt, daß der Autor an deutschen Universitäten bisher nur wenig bekannt ist. Hinzu kommen seine Nähe zu Max Weber, die lange mit dem Zeitgeist an bundesdeutschen Universitäten nicht korrespondierte, und die nicht zu verkennende Tendenz im deutschen Wissenschaftsbetrieb, trotz gegenteiliger Behauptungen fremdsprachige Texte kaum zur Kenntnis zu nehmen. Es fällt zumindest auf, daß bei der „Renaissance“ des Totalitarismus-Konzepts in den 90er Jahren in Deutschland nur wenig auf Linz Bezug genommen wird, obwohl er natürlich kein Unbekannter hier ist.

Mit diesem Buch soll Juan Linz nicht zu einem Säulenheiligen der Politikwissenschaft stilisiert werden. Gewiß zählt der vorliegende Text zu den „klassischen“ Studien der vergleichenden Regierungslehre im 20. Jahrhundert und es ist sicherlich kein Zufall, daß zeitgleich der ursprüngliche Text (zusammen mit dem „Potsdamer Vorwort“) in den USA in separater Buchform bei *Lynne Rienner Publishers* erneut erscheint. Aber Einspruch und Kritik sind dennoch gefordert. Ist es z.B. typologisch sinnvoll, den Posttotalitarismus immer stärker als einen eigenständigen Typ ähnlich wie autoritäre oder totalitäre Regime zu entwickeln oder gehört dieser nicht eher als Endphase zum Grundtypus „totalitär“? Das Buch ist auch keineswegs (nur) als historischer Text über (längst) Vergangenes zu lesen. Daß auch das 21. Jahrhundert der „totalitären Versuchung“ von *1984* ausgesetzt sein wird, ist nicht nur im Angesicht der geradezu revolutionierenden technischen Instrumentarien, sei es Internet oder Gentechnik, zu vermuten. Daß das kommende Jahrhundert sehr konkreten autoritären Herausforderungen gegenübersteht, das läßt sich schon heute an vielen Orten der Welt absehen und hat bereits Ralf Dahrendorf veranlaßt, das 21. Jahrhundert als ein autoritäres zu benennen. Enttäuschungen und Frustrationen über die (westliche) Demokratie prägen das Bild in vielen Regionen, nachdem dort die „dritte Welle“ der Demokratisierung fast spurlos hinweggegangen ist. Alternativen jenseits der liberalen Demokratie werden gesucht und offenbar auch gefunden. Dabei über das intellektuelle Rüstzeug zu verfügen, um diese politischen Phänomene erfassen und interpretieren zu können, dafür kann und soll dieser vierte Band der *Potsdamer Textbücher* nützlich sein.

Potsdam, den 25.3.2000 Raimund Krämer

Nachwort zur 2. Auflage

Im Frühjahr 2003 war *der Linz* vergriffen, und der *Berliner Debatte Wissenschaftsverlag* hat sich zügig zur 2. Auflage entschlossen. Dafür sei dem Verlag, vor allem seinem Geschäftsführer Erhard Crome, herzlich gedankt. Es ist zwar eine unveränderte Neuauflage des Textes aus dem Jahr 2000, jedoch wurde dieser um ein zweites *Potsdam Paper* erweitert. Dieses 2. Vorwort ist ein exzellenter Bericht zum *State of the Art* in *Comparative Studies* im Jahre 2003. Juan Linz kritisiert darin und er benennt Defizite in der vergleichenden Länderforschung, vor allem zu nichtdemokratischen Regimen. Zugleich aber wirft er Fragen und Probleme auf, die sicher zu weiteren Forschungen anregen. Es gibt auch so manchen Zweifel, und es fehlt nicht an warnenden Worten in Richtung der akademischen Kollegen, aber auch der Politiker. Jedoch bleibt der optimistische Grundton, der bereits für den ursprünglichen Text kennzeichnend war, weiterhin der bestimmende.

Für die Mitarbeit und Unterstützung bei dieser 2. Auflage danke ich sehr herzlich Anne Burchardt, Sascha Krämer und Rico Janke.

Potsdam, im August 2003 Raimund Krämer

Länderregister

Personenregister

PTB 4
ISBN 978-3-941880-00-9

„Mit dieser Edition liegt ein klassischer Text der Politischen Wissenschaft nach 25 Jahren erstmals in deutscher Sprache vor.“
Deutschland-Archiv 6/2000

„Eine der einflußreichsten vergleichenden Untersuchungen zu diktatorischen Herrschaftssystemen in einer gelungenen deutschen Übersetzung.“
Politische Vierteljahresschrift 2/2001

„Das grundlegende Werk von Linz leistet für den Rückblick und als Hilfe zum Verständnis gegenwärtiger und künftiger Entwicklungen der Politik einen Beitrag von ungebrochenem Wert.“
Karl Dietrich Bracher

WeltTrends